

2016

band 4 heft 2/3

www.zeitschrift-suburban.de

# sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

Kritische Stadtforschung:  
Produktionsbedingungen  
und Geschichte

## aufsätze

Von der Kritik zur Konkurrenz

Kritische Stadtgeographie –  
ein Archipel epistemischer  
Gemeinschaften

„This is a process not a protest“

## debatte

Basisorganisation

„Kritische Wissenschaft braucht  
einen Begriff von Gesellschaft“

Rassismus, Klassenverhältnisse  
und Geschlecht an deutschen  
Hochschulen

## magazin

Neue Horizonte feministischer  
Wissensproduktion

Die ungleichen Auswirkungen  
universitärer Prekarität

Aushöhlung der  
Mitbestimmung?

Nicht förderungswürdig

Kritische Lehre

Haltung provozieren

Der Lucius-Burckhardt-Platz in  
Kassel

Das Projektstudium:  
Eine ‚weltfremde‘ Utopie?

Zur konkreten Utopie einer  
kritischen Universität

u. v. m.

## rezensionen

themenschwerpunkt  
**Bedingungen kritischer  
Wissensproduktion**

---

# Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2016, Band 4, Heft 2/3

Bedingungen kritischer Wissensproduktion

ISSN 2197-2567

## Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Mélina Germes, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

## Heftkoordination für diese Ausgabe

Antonio Carbone, Johanna Hoerning

## Autor\_innen dieser Ausgabe

Dario Azzellini, Bernd Belina, Thomas Bürk, Antonio Carbone, Cécile Gintrac, Angela Graf, Nina Gribat, Encarnación Gutiérrez-Rodríguez, Kien Nghi Ha, Stefan Höhne, Sandra Huning, Jan S. Hutta, Initiative Zivilcourage München, Helen Keller, Emily Ngubia Kessé, Markus Kip, Linus Karl Maria Klappenberger, Kollektiv, Ilko-Sascha Kolwalczuk, Kotti & Co, Claudia Kratzsch, Markus Kurth, Mike Laufenberg, Katharina Lepik, Robert Maruschke, Joscha Metzger, Boris Michel, Christina Möller, Annekathrin Müller, Daniel Mullis, Tino Petzold, Tilman Reitz, Ayana Rosen, Rothe Ecke Kassel, Paschalis Samarinis, Lars Schmitt, Christiane Schulte & Freund\_innen, Frank Schulz, Nina Schuster, sieben Textfresser\*innen, Dimitra Spanou, Sarah Speck, Sonja Staack, Lisa Vollmer, Paul Welch Guerra, Felix Wiegand, Workers' Center

## Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch [jnb@posteo.de](mailto:jnb@posteo.de), Theresa George [th.george@posteo.de](mailto:th.george@posteo.de) (Lektorat)  
Robert Hänsch [signtific@jpberlin.de](mailto:signtific@jpberlin.de) (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

## Titelbild

Originalbild von Katharina Lepik, verändert durch s u b \ u r b a n

## Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h. alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor\_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nichtkommerzielle Verbreitung.

Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor\_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de).

## Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf [www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de)

## Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub-urban e.V.

Bank: GLS Bank

IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00 – BIC: GENODEM1GLS

## Kontakt

[www.zeitschrift-suburban.de](http://www.zeitschrift-suburban.de) – [info@zeitschrift-suburban.de](mailto:info@zeitschrift-suburban.de)

# Inhaltsverzeichnis

*Schwerpunkt: Bedingungen kritischer Wissensproduktion*

	Editorial	5	SCHWERPUNKT
<b>Aufsätze</b>	Einleitung: Kritische Stadtforschungen. Ein Gespräch über Geschichte und Produktionsbedingungen, Disziplinen und Interdisziplinarität <i>Nina Gribat, Stefan Hoehne, Boris Michel und Nina Schuster</i>	11	
	Von der Kritik zur Konkurrenz. Die Umstrukturierung wissenschaftlicher Konflikte und ihre Wissenseffekte <i>Tilman Reitz</i>	37	
	Kritische Stadtgeographie – ein Archipel epistemischer Gemeinschaften <i>Cécile Gintrac</i>	59	
	„This is a process not a protest“. Globale urbane Proteste, Betriebsbesetzungen zur Produktion unter Arbeiterkontrolle und lokale Selbstverwaltung <i>Dario Azzellini</i>	83	
<b>Debatte</b>	Basisorganisation verändert die politische Landschaft <i>Claudia Kratzsch, Robert Maruschke</i>	103	SCHWERPUNKT
	Towards a Workers' Center. (Selbst-)Organisierungsversuche von EU-migrantischen Arbeiter*innen in München <i>Initiative Zivilcourage München</i>	113	
	Alles muss man selber machen: Multi-Layer-Organizing für eine soziale Wohnraumversorgung in Berlin <i>Kotti &amp; Co.</i>	121	
	Organisierende Zentren am Beispiel einer Kampagne zum Nahverkehr in Kassel <i>Rothe Ecke Kassel</i>	127	
	Basisorganisation als Herkulesaufgabe. Eine Replik zur Debatte <i>Robert Maruschke</i>	131	
	„Kritische Wissenschaft braucht einen Begriff von Gesellschaft“ <i>Christiane Schulte &amp; Freund_innen</i>	137	
	Human-Animal Studies zwischen wissenschaftlicher Distanz und politischem Engagement. Ein Gespräch über Wissenschaft, Politik und Gesellschaft mit dem Chimaira-Arbeitskreis <i>Markus Kurth, Helen Keller, Aiyana Rosen</i>	145	
	„Schulte et al. haben nicht nur den Finger in die Wunde gelegt, sie sind auch Ausdruck derselben.“. Ein Gespräch über den 'Schäferhund-Hoax' mit dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk <i>Ilko-Sascha Kowalczyk</i>	155	
Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen. Ein runder Tisch, der aneckt <i>Encarnación Gutiérrez-Rodríguez, Kien Nghi Ha, Jan Hutta, Emily Ngubia Kessé, Mike Laufenberg und Lars Schmitt</i>	161		

**Magazin**

Neue Horizonte feministischer Wissensproduktion <i>Nina Schuster</i>	191
And the winner is... The male academy oder: Die ungleichen Auswirkungen universitärer Prekarität <i>Annekathrin Müller, Sarah Speck</i>	203
Aushöhlung der Mitbestimmung? Die Interessenvertretung an Hochschulen kämpft mit neuen Strukturen der Steuerung und Finanzierung sowie mit überholten Rollenbildern in der Wissenschaft <i>Sonja Staack</i>	213
Nicht förderungswürdig. Weshalb die Evaluation der Exzellenzinitiative gegen deren Fortsetzung spricht <i>Tilman Reitz, Angela Graf, Christina Möller</i>	221
„Es kann nicht nur darum gehen, dass wir David Harvey unterrichten“. Interview mit Thomas Bürk zu Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten kritischer Lehre an der neoliberalen Universität <i>Thomas Bürk</i>	233
„Haltung provozieren“. Ein Gespräch über Möglichkeiten der Kooperation zwischen universitären Lehrveranstaltungen und stadtpolitischen Initiativen <i>Anna Heilgemeir, Asli Varol, Beatrice Termeer, Enrico Schönberg, Dagmar Pelger und Paul Welch Guerra</i>	241
Der Lucius-Burckhardt-Platz in Kassel. Eine Geschichte über den Kampf um Legitimität und Deutungshoheit bei der Neugestaltung des Campus der Universität Kassel <i>Sieben Textfresser*innen von der Initiative „Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!“</i>	249
Das Projektstudium: Eine ‚weltfremde‘ Utopie? Zwischen gesellschaftskritischem Reformanspruch und wissenschaftsbasierter Berufsvorbereitung <i>Sandra Huning, Frank Schulz</i>	265
Zur konkreten Utopie einer kritischen Universität <i>Kollektiv</i>	275
Gelsomina. Ein Fotoessay <i>Katharina Lepik</i>	285
Neuer „Hofadel“ am Seerheinufer Konstanz? Machteffekte im restrukturierten Raum <i>Linus Karl Maria Klappenberger</i>	293
Durch Athen auf Frankfurt blicken. ‚Austerity Urbanism‘, Uneven Development und Alltäglichkeit – Reflektionen aus zwei Workshops <i>Felix Wiegand, Tino Petzold, Daniel Mullis, Bernd Belina</i>	303
‚Austerity Urbanism‘ in griechischen und deutschen Städten. Nachbetrachtungen eines gemeinsamen Projekts <i>Paschalis Samarinis, Dimitra Spanou</i>	313
<b>Rezensionen</b>	
Umkämpfte Orte <i>Antonio Carbone</i>	321
Das Wissen um die ‚gute Stadt‘ und die Herausforderung, um sie zu kämpfen <i>Joscha Metzger</i>	327
No Escape from the Burbs <i>Markus Kip</i>	333
Im Aufstand vereint? <i>Lisa Vollmer</i>	339

## Editorial

Liebe Leser\_innen,

wir haben vor drei Jahren (2013) die erste Ausgabe einer neuen Zeitschrift veröffentlicht. Sie sollte ein Ort für deutschsprachige Auseinandersetzungen mit der disziplinären und transdisziplinären Perspektivvielfalt kritischer Stadtforschung werden. Die Idee war da, unser Enthusiasmus riesig, das Interesse potenzieller Leser\_innen groß – und die Arbeit daran, wie sollte es anders sein, hart. Gleichzeitig haben uns, zusammen mit einer Menge Spaß, einige Überzeugungen dabei gehalten, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. Wir freuen uns sehr, dass wir jetzt, nach drei Jahren, die zehnte Ausgabe der Zeitschrift s u b \ u r b a n veröffentlichen können! Viele Menschen haben daran mitgewirkt, ob durch ihr Schreiben, ihr Begutachten, ihr Lektorieren, ihr Setzen oder ihr Mitdiskutieren und nicht zuletzt durch ihr Lesen und Spenden.

Wir möchten dieses ‚Jubiläumsheft‘ zum Anlass nehmen, ein bisschen eingehender darüber zu reflektieren, wie unter welchen Bedingungen welches kritische Wissen eigentlich von wem produziert und verbreitet wird. Damit erweitern wir unseren gewöhnlichen Fokus auf Stadt und schwenken ihn einerseits hin zur Reflexion über *Stadtforschung*. Andererseits erweitern wir unseren Blick auf die Arbeitsbereiche, innerhalb derer Stadtforschung stattfindet, allen voran universitäre Wissenschaft mit Forschung, Verwaltung und Lehre, aber auch auf soziale Bewegungen, Planungspraxis und Gewerkschaften sowie die Beziehungen zwischen diesen Feldern. Wir haben diesen Themenschwerpunkt zur ‚kritischen Wissensproduktion‘ bewusst gewählt und gestaltet, um über die Inhalte einer kritischen Stadtforschung nicht zu vergessen, wie wir überhaupt dazu kommen, eine solche zu formulieren und wer sie von welchem Standpunkt aus formulieren kann.

Unser Versprechen als Redaktionskollektiv von s u b \ u r b a n , zu einer ‚kritischen‘ Stadtforschung beizutragen, wurde bisher vor allem dadurch eingelöst, dass wir eben diesen Ort für kritische Perspektiven auf Städte geschaffen haben. Mit dem Themenschwerpunkt unseres 10. Hefts drücken wir unsere Auffassung aus, dass kritische Forschung sich nicht nur mit inhaltlicher Kritik begnügen kann, sondern dass wir dabei auch auf die strukturellen Fragen der



Produktion dieser Inhalte zielen müssen. Wir denken, dass die Trennung zwischen der Analyse von Inhalten und deren Produktionsbedingungen überholt werden muss. Die Bedingungen, unter denen Stadtforscher\_innen arbeiten, beeinflussen nicht nur grundlegend die Auswahl ihrer Forschungsthemen, sondern auch die Art und Weise, wie diese Themen erforscht, erarbeitet und präsentiert (z. B. publiziert) werden. In gewisser Weise wurde bei der Gründung von s u b \ u r b a n mit der Feststellung einer ‚subalternen‘ oder ‚minoritären‘ Position der kritischen Stadtforschung argumentiert; dementsprechend folgt sie einem gegenhegemonialen Impuls. Die Etablierung einer solchen Zeitschrift zielt auf die Überwindung der Marginalisierung und ihrer Ursachen ab. Aber auch sie geht einher mit Setzungen, die bisweilen zu deren Verwandlung in hegemoniale oder zumindest dominante Positionierungen führen können. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe, die Inhalte dieser Zeitschrift beständig mit einer Reflexion darüber zu begleiten. In diesem Sinne sind uns auch entsprechende Beiträge willkommen – ob in der kritischen Auseinandersetzung mit den Positionierungen, die in den veröffentlichten Beiträgen zum Ausdruck kommen oder in deren Kontextualisierung in den erweiterten Rahmen von Stadtforschung, Wissenschaft und außeruniversitärer Wissensproduktion und Kritik.

Die meisten Beiträge dieses Heftes beschäftigen sich deshalb nicht direkt mit Stadt, sondern mit der Produktion von Wissen (über Stadt) und den Bedingungen, in denen es entsteht. Aufsätze einzuwerben, die sich wissenschaftlich mit dem Thema der Bedingungen der universitären und außeruniversitären Wissensproduktion beschäftigen, war nicht leicht. Diese Erfahrung möchten wir mit Euch Leser\_innen teilen, weil uns dieses Problem symptomatisch für die mangelnde wissenschaftliche Beschäftigung mit ihren eigenen Produktionsbedingungen scheint. Wie kann Wissenschaft kritisch sein, wenn sie nicht in der Lage ist, die eigene Position kritisch zu reflektieren?

In den Vorbereitungen zu unserem ‚Jubiläumsheft‘ haben uns vier Themenstränge in Bezug auf diese Reflexion beschäftigt:

(1) Wie schon zu Beginn des Projektes s u b \ u r b a n tauchte die Frage wieder auf, *was eigentlich Kritik ist und welche akademischen wie außerakademischen Positionierungen hierzu erkennbar sind*. Einerseits geht es darum, darüber nachzudenken, was mit kritischer Stadtforschung in der Wissenschaft gemeint ist, andererseits, wie sich diese Kritik innerhalb der wissenschaftlichen Stadtforschung zu kritischen Beiträgen in der Praxis sozialer Bewegungen verhält. Wir freuen uns sehr, dass wir hierzu einen Beitrag von *Cécile Gintrac* gewinnen konnten. In ihrem Aufsatz setzt sie sich mit einer Reihe semi-autonomer Gruppen auseinander, die an der Schnittstelle zwischen institutionalisierter akademischer Wissenschaft und außerakademischer, praktischer Kritik beziehungsweise kritischer Praxis positioniert sind. Indem Gintrac die Gruppen GESP (Grupo de Estudos sobre São Paulo) in Brasilien, Kritische Geographie Berlin und das internationale Netzwerk INURA (International Network for Urban Research and Action) zu ihren kollektiven Wissenspraktiken als kritische epistemische Gemeinschaften untersucht, geht es ihr darum herauszufinden, welche normativen und theoretischen Grundlagen, welche politischen Praktiken und welches Wissen aus diesen Positionierungen heraus produziert wird. Mit diesem Thema ist für uns die Frage verbunden, wie sich linke Kritik in die

Praxis übersetzen lässt. Unsere *Debatte zu Basisorganisation* wird eingeleitet durch einen Beitrag von *Claudia Kratzsch* und *Robert Maruschke*, die ein Plädoyer für basisorientierte Ansätze des *community organizing* in der Arbeit sozialer Bewegungen halten. Die Debatte löst dabei etwas ein, was mit dem Anspruch der Transdisziplinarität dieser Zeitschrift verbunden ist: Diskutiert wird die Frage der Basisorganisation nicht von akademischen Wissenschaftler\_innen, sondern von stadtpolitischen Initiativen, die diesen Ansatz in ihrer politischen Praxis verfolgen. Die Debattenbeiträge kommen von *Rothe Ecke* aus Kassel, von *Kotti&Co* aus Berlin und vom *Workers Center München*. Dass der Austausch zwischen akademischer und aktivistischer Wissensproduktion nicht ganz einfach ist, hat die Organisation dieser Debatte gezeigt, für die es nicht einfach war, Repliken einzuwerben. Viele politische Gruppen haben schlicht keine Zeit, selbstreflexive Texte zu verfassen, manch andere will interne Konflikte nicht in der Öffentlichkeit austragen, wieder andere fragen sich, ob eine wissenschaftliche Zeitschrift überhaupt der richtige Ort für eine solche Diskussion ist. Zur Überbrückung der verschiedenen Logiken von Wissensproduktion, denen Akademie und Bewegung folgen, möchte *sub \ urban* auch in Zukunft beitragen. An diese Debatte knüpft der Magazinbeitrag zum Lucius-Burckhardt-Platz in Kassel an, in dem es um den Kampf um Legitimität und Deutungshoheit bei der Neugestaltung des Campus der Universität Kassel geht. Geschrieben ist er von *Mitgliedern der Initiative „Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!“* selbst. Mit der Diskussion um das Verhältnis von Theorie und Praxis beziehen wir uns auf deutlich ältere Debatten, die sich besonders pointiert anhand feministischer Wissensproduktion zeigen lassen. *Nina Schuster* beschäftigt sich in ihrem Magazinbeitrag mit der Entwicklung dieses Anspruchs feministischer Wissensproduktion, skizziert seine Fallstricke und plädiert dafür, akademische feministische Wissensproduktion und Bewegungspraxis einander wieder stärker anzunähern.

(2) Der zweite Themenbereich dreht sich um die oben aufgeworfene Frage danach, *wie und unter welchen Bedingungen überhaupt kritische Wissenschaft möglich ist* und *welche Arbeits- und Produktionsbedingungen für kritische Wissenschaftler\_innen* gegeben sind. Vieles wurde bereits gesagt, vonseiten des akademischen Mittelbaus, vonseiten einzelner Fachvereinigungen (etwa von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie DGS) und insbesondere auch vonseiten der GEW. Die konkreten Arbeits- und Studienbedingungen haben sich dennoch kaum bis gar nicht verbessert. Im Gegenteil: Der Umbau der Hochschulen hin zu Orten der Ausbildung (und nicht des Studiums und des kritischen Denkens) wird weiter vollzogen und die Kette derer, die die Stell(en)schrauben eng und enger drehen können oder sich dazu genötigt fühlen, reicht über alle (politischen und Status-)Ebenen und trifft auch mehr als nur eine Statusgruppe. Ähnlich schwerwiegend sind die paradigmatische Neuausrichtung der Forschung, der permanente Wettbewerb um Forschungsgelder und die zum Teil miserablen Arbeitsbedingungen und Aussichten für Projektmitarbeiter\_innen. Wo und wie, so fragt man sich, soll hier noch Raum für Andersdenken, für Verweigerung, für selbstbestimmte Forschung sein, die nicht den Regeln des Wissenschaftsbetriebs und seiner Gier nach Neuheiten, sondern den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihrer kritischen Reflexion folgt? Warum ist

der Widerstand so gering? Welche Möglichkeiten der Interessenvertretung sind überhaupt noch gegeben? Welche Beispiele für Gegeninitiativen gibt es, woraus können wir heute lernen, woran anknüpfen, wenn wir morgen nicht in einer Entfremdungsmaschinerie lernen, lehren und forschen wollen? *Annekathrin Müller* und *Sarah Speck* reflektieren in ihrem Magazinbeitrag, dass die Prekarisierung mitnichten alle in gleichem Maße in den Würgegriff nimmt. Ausgehend davon, was es bedeutet, wenn der Beruf als Berufung zur Genialität verstanden wird und angesichts der Frage, in welchem Maße Wissenschaftsmythos und -kultur männlich sind, plädieren die Autorinnen für eine neue Wissenschaftskultur. An einem virtuellen runden Tisch zu den Verhältnissen von Rassismus, Klassenverhältnissen und Geschlecht wird diese Frage noch weitergeführt. Das Redaktionsmitglied *Jan Hutta* hat mit *Encarnación Gutiérrez-Rodríguez*, *Kien Nghi Ha*, *Emily Ngubia Kessé*, *Mike Laufenberg* und *Lars Schmitt* die Mechanismen diskutiert, die hinter der anhaltenden De-Thematisierung insbesondere von Rassismus, aber auch von Klassenverhältnissen steckt. Gemeinsam eruieren die sechs Forscher\_innen sowohl intersektionelle Verstrickungen verschiedener Machtformen als auch praktische Möglichkeiten des Umgangs damit und der Intervention. Mit konkretem Bezug zu den Produktionsbedingungen kritischer Stadtforschung haben die Redaktionsmitglieder *Nina Gribat*, *Nina Schuster*, *Stefan Höhne* und *Boris Michel* ein Gespräch geführt. Der daraus entstandene Text befasst sich mit einer Rekonstruktion der Geschichte der interdisziplinären Stadtforschung im deutschsprachigen Raum und der Frage danach, was eigentlich kritische Stadtforschung ist und sein kann. Für eine weitergehende Reflexion über den grundsätzlichen Paradigmenwechsel im Wissenschaftssystem freuen wir uns über den Aufsatz von *Tilman Reitz*, der uns in einer wissenssoziologischen Analyse berichtet, inwiefern die vorherrschende epistemische Praxis von Kritik auf Konkurrenz umgestellt wurde. Wenn Wissenschaft zu einem selbstreferentiellen Wettbewerb um Forschungsgelder und Status wird, Kritik, wenn überhaupt, voröffentlich im Rahmen von Review-Verfahren geäußert wird und Berufungen zu reiner Statistik werden, dann, so *Tilman Reitz*, weist das auf eine Entpolitisierung wissenschaftlicher Auseinandersetzungen hin. In einer Vorveröffentlichung zu dieser Ausgabe ist außerdem bereits der Magazinbeitrag von *Angela Graf*, *Christina Möller* und *Tilman Reitz* erschienen, der die Fortsetzung der Exzellenzinitiative kritisch reflektiert und problematische Folgen des Wettbewerbs um Fördermittel und ‚Exzellenz‘ aufzeigt. Auch dieser Beitrag ist in unserem Heft enthalten. – Und wie funktioniert nun eigentlich Interessenvertretung unter diesen Verhältnissen? Was bedeutet universitäre Selbstverwaltung eigentlich noch in diesem Kontext? Über die Aushöhlung der Mitbestimmung und die Schwierigkeiten der Interessenvertretung im wissenschaftlichen Kontext schreibt *Sonja Staack* in ihrem Magazinbeitrag.

Mit diesen Beiträgen ist eine (beileibe nicht umfassende) Vielfalt an Perspektiven und Kritik an den derzeitigen Verhältnissen wiedergegeben. Diese Analysen, diese Reflexionen sind unumgänglich. Wie aber weiter? Wir haben ein Experiment gewagt und eine Zukunftswerkstatt abgehalten, in der es um das Entwerfen einer konkreten Utopie der kritischen Universität ging. Ein *Kollektiv* aus Studierenden und studentischen Mitarbeiter\_innen, arbeitslosen beziehungsweise prekär beschäftigten Akademiker\_innen und



solchen mit stabileren Beschäftigungsverhältnissen an der Universität hat ausgehend von einer Problemanalyse drei Utopien entworfen, wie wir uns Universität jenseits der heutigen, entmündigenden Verhältnisse vorstellen können. Wir hoffen, dass diese Entwürfe (möglicherweise zu weiteren Entwürfen) inspirieren und uns im Zweifel sogar Orientierung bieten können bei der Überwindung heutiger Verhältnisse.

(3) Ein dritter Themenbereich, der uns in unseren Diskussionen sehr am Herzen liegt, ist die *kritische Lehre*. Gerade weil die Universitäten immer stärker auf Ausbildung statt Studium ausgerichtet sind und durch die Bologna-Reform extreme Standardisierung (Modularisierung) eingeführt haben, von den leidvollen und leidigen Credit Points ganz zu schweigen, sieht sich auch die Lehre in einem immer engeren Korsett gefangen. Welche Freiräume aber gibt es auch hier noch? Wie kann kritische Lehre heute aussehen? Wir haben zu diesen Fragen ein Interview mit *Thomas Bürk* geführt und unter anderem über die Arbeitsbedingungen sowie Möglichkeiten emanzipatorischer Lehrformen an der neoliberalen Universität diskutiert. *Sandra Huning* und *Frank Schulz* beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit den Ansprüchen an das Projektstudium und aktuellen Veränderungen in diesem Bereich und beschreiben eine Gratwanderung zwischen emanzipatorischem Lehr-Lernanspruch und Verwertbarkeitsinteressen. Einen Bogen zur Wissensproduktion außerhalb der Akademie und der Frage, welches kritische Wissen wo und von wem produziert wird, schlägt ein Beitrag, der die Schnittstelle zwischen Universität und sozialen Bewegungen beleuchtet: Ein besonderes Lehrveranstaltungsformat fand im Wintersemester 2014/15 am Institut für Architektur der TU Berlin statt, in dem sich das *Fachgebiet für Städtebau und Urbanisierung CUD* gemeinsam mit der Initiative *Stadt von Unten* und dem *Mietshäuser Syndikat* ein Semester lang mit den Potenzialen der Produktion von Stadt als Gemeingut beschäftigte. *Paul Welch-Guerra* führte das Interview mit *Anna Heilgemeir*, *Asli Varol*, *Beatrice Termeer*, *Enrico Schönberg* und *Dagmar Pelger*.

(4) Als Zeitschrift ist es schließlich für uns von besonderer Bedeutung, darüber zu reflektieren, was eigentlich *kritisches Publizieren* unter den heutigen Bedingungen heißen kann. So haben wir bereits im Vorfeld ein Interview mit *Christiane Schulte & Freund\_innen* zu ihrer Kritik an den Human-Animal-Studies und Totalitarismustheorien sowie zu ihrer Diagnose eines verbreiteten Konformismus in den Geistes- und Sozialwissenschaften geführt. Hieraus ist zu unserer Freude nun eine ganze Debatte entstanden: *Ilko-Sascha Kowalczyk* etwa vertritt die These, dass „Schulte et al. nicht nur den Finger in die Wunde gelegt [haben], [sondern] auch Ausdruck derselben“ sind. Und der *Chimaira Arbeitskreis für Human-Animal Studies* fragt: „Warum denn nicht über Rex den Schäferhund schreiben?“

In diesem Themenfeld wären viele weitere Beiträge denkbar: Als Open Access-Zeitschrift bleibt etwa die Frage, was eigentlich der Stand einer kritischen Reflexion über eine solche Form der öffentlichen Zugänglichmachung sein kann – ohne dabei erneut Formen der (Selbst-)Ausbeutung zu kreieren oder einen Ort zu schaffen, der die Wissenschaft weiter mit Artikeln überflutet, auch nur Unmengen an Positionen wiedergibt und damit dem Publikationswahn weiter Vorschub leistet. Und wie sieht es aus mit der anglophonen Hegemonie und der Frage nach Sprache und der Situiertheit

von Wissen? Hier ist uns insbesondere an einer Reflexion dazu gelegen, wie kolonial das imaginierte internationale Wissenschaftssystem eigentlich ist. Wir hoffen, dass wir hierzu in Zukunft (noch) mehr Autor\_innen gewinnen können.

Im *offenen Teil* dieses Doppelheftes finden sich außerdem die folgenden spannenden Beiträge: In seinem Aufsatz argumentiert *Dario Azzellini*, dass die Platzbesetzungen der neuen urbanen Bewegungen, die Betriebsbesetzungen in Lateinamerika und darüber hinaus sowie die kollektiven lokalen Selbstverwaltungen wie etwa in Mexiko oder Venezuela Teile globaler nicht-staatszentrierter Transformationsperspektiven sind. Der Fotoessay *Gelsomina* von *Katharina Lepik* lenkt den Blick auf skurrile und märchenhafte Orte, die etwas aus der Zeit gefallen scheinen. *Linus Klappenbergers* machtkritische Analyse untersucht neoliberale urbane Sicherheitsregime am Beispiel des umkämpften Konstanzer Seerheinfers. Ebenfalls in dieser Ausgabe finden sich zwei Magazinbeiträge, welche die Debatte um *Austerity Urbanism* aus der Sicht deutscher und griechischer Städte aufgreifen: Einmal von *Felix Wiegand*, *Tino Petzold*, *Daniel Mullis* und *Bernd Belina*, ein weiteres Mal von *Paschalis Samarinis* und *Dimitra Spanou*. Abgerundet wird dieses Heft durch vier Rezensionen: *Markus Kip* bespricht den Sammelband *Suburban Constellations* von Roger Keil (Hg.) (2013), *Antonio Carbone* rezensiert *Risse im Raum* von Anne Huffs Schmid (2015), *Lisa Vollmer* rezensiert den Band *Urban Uprisings* von Margit Mayer, Catharina Thörn und Håkan Thörn (Hg.) (2016) und *Joscha Metzger* hat sich mit *Konflikte um die Stadt für Alle* von Moritz Rinn (2016) auseinandergesetzt.

Dank der spannenden Auseinandersetzungen mit unseren Autor\_innen und innerhalb des Redaktionskollektivs hat dieses Heft viele Fragen aufgeworfen, darunter auch die zum Begriff der Kritik, wie er durch die Veröffentlichungen in s u b \ u r b a n selbst zum Ausdruck kommt. Wir freuen uns, für das kommende Jahr einen Beitrag ankündigen zu können, der sich damit beschäftigen wird.

Wir möchten den Anlass unseres 10. Heftes nutzen, diese und weitere Themen mit euch öffentlich zu diskutieren. Dazu veranstalten wir am *Freitag, den 20. Januar 2017 im Südblock* in Berlin/Kreuzberg einen Workshop und möchten danach gern zusammen mit unseren Leser\_innen, Autor\_innen, Unterstützer\_innen, Freund\_innen und allen Interessierten die zehnte Ausgabe und das Bestehen dieses Zeitschriftenprojekts feiern. In diesem Sinne: Wir freuen uns, Euch am 20. Januar 2017 in Berlin zu sehen und wünschen einstweilen eine inspirierende Lektüre.

Die Redaktion von s u b \ u r b a n ,

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Mélina Germes, Nina Gribat, Johanna Hoerning, Stefan Höhne, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster und Lisa Vollmer.



## Kritische Stadtforschungen

Ein Gespräch über Geschichte und Produktionsbedingungen, Disziplinen und Interdisziplinarität

Nina Gribat, Stefan Hoehne,  
Boris Michel und Nina Schuster

Als Redaktion von s u b \ u r b a n begreifen wir uns als interdisziplinäre Redaktion, die eine interdisziplinäre Zeitschrift für kritische Stadtforschung macht. Zu unseren Gründungszeiten haben wir viel über den Begriff der Interdisziplinarität diskutiert und uns gefragt, ob wir nicht eher trans- oder postdisziplinär sind bzw. sein wollen. In unserer Redaktionsarbeit sind uns Fragen von Disziplinen dann überraschend oft begegnet und das war nicht immer einfach, zum Beispiel im Begutachtungsverfahren. Ein Zitat von Lefebvre (welcher Disziplin er auch immer angehörte) fasst dieses Spannungsfeld zusammen. In *Die Revolution der Städte* schreibt er 1970, dass die Komplexität des Urbanen bzw. des Städtischen „die Zusammenarbeit der einzelnen Disziplinen unerlässlich [macht]. Das Phänomen Verstädterung kann in seinem gesamten Umfang nicht von einer Spezialwissenschaft bewältigt werden. [...] Wenn man das zugibt bzw. postuliert, setzen die Schwierigkeiten erst ein. Wer kennt nicht die Enttäuschungen und Rückschläge, die man bei den sogenannten ‚interdisziplinären‘ oder ‚pluridisziplinären‘ Konferenzen erlebt. [...] Bald ein Dialog von Tauben, bald eine Pseudo-Begegnung ohne gemeinsame Standpunkte.“

Aufgrund dieser Überlegungen zur konstitutionellen Interdisziplinarität der Stadtforschung und gleichzeitig zu den Schwierigkeiten ihrer Umsetzung haben wir die Ressourcen unserer interdisziplinären Redaktion mobilisiert, um eine Debatte über kritische Stadtforschung und Interdisziplinarität zu starten, die wir auch in Zukunft gerne fortsetzen möchten. Erster Schritt dieser Diskussion war die Rekonstruktion einer Geschichte der Stadtforschung im deutschsprachigen Raum. Durch die Perspektive unterschiedlicher Disziplinen haben wir versucht, die Entwicklung der Stadtforschung nachzuvollziehen und dabei die Entstehung einer explizit ‚kritischen‘ Besinnung und deren Veränderung in einen breiteren historischen Kontext einzubetten. Anhand dieser ersten Ergebnisse über die Geschichte der Stadtforschung skizzieren wir Züge einer Diagnose der heutigen Produktionsbedingungen kritischer Stadtforschung im deutschsprachigen Raum und formulieren Wünsche für ihre weitere Entwicklung. Am Gespräch beteiligt haben sich Vertreter\_innen aus Geographie (Boris Michel), Architektur/Städtebau (Nina Gribat), Kulturgeschichte (Stefan Höhne) und Soziologie (Nina Schuster).

s u b \ u r b a n (s\u): Eine sozial-, kultur- und geisteswissenschaftliche Auseinandersetzung mit Städten setzte nicht nur in einer Zeit ein, in der die rapide wachsenden Städte in Europa zu einem gesellschaftlichen Problem wurden. Sie entwickelte sich auch zu einer Zeit, in der sich das, was heute an akademischen Disziplinen zugegen ist, herauszubilden begann. Wie haben also vor dem Hintergrund, dass die Grenzen der Disziplinen noch gar nicht so klar waren, die verschiedenen ‚Disziplinen‘ Stadt oder Urbanität als Thema und Forschungsgegenstand entdeckt?

**Nina Schuster (NiS):** Die Entstehung der Stadtsoziologie wird in die Zeit der zweiten industriellen Revolution datiert und eng mit der Entstehung und dem Anwachsen großer Städte verbunden. Für den Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts beschreiben Häußermann und Siebel zwei entgegengesetzte soziologische Reaktionen auf das Anwachsen der Städte und das Entstehen einer neuen sozialen Schicht: Einerseits sehen sie die dominante, konservative, manchmal reaktionäre Stadtkritik, die die industrielle Großstadt für das Elend in den Städten verantwortlich macht. Sie forderte die Abschaffung der Großstädte und die Rückkehr der Menschen in kleinere Städte und Dörfer. Andererseits existierte bereits die ‚progressive‘ Stadttheorie, die mit Friedrich Engels‘ *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1845) beginnt. Sie sah in den neuen Verhältnissen eine Chance für grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen und ging davon aus, dass die gesellschaftliche Dynamik sich bis zur Krise steigern würde, aus der schließlich eine Revolution wieder herausführen würde. Einige Jahre später entsteht mit Ferdinand Tönnies eine Soziologie, die diesen Fokus auf die Erfahrungen mit dem Leben in Großstädten weiter stärkt: Individualisierung und die Anonymität und Flüchtigkeit der Begegnungen sind für Tönnies‘ Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft typisch großstädtisch und damit charakteristisch für die Gesellschaft, die im Gegensatz zur traditionellen Gemeinschaft von Arbeitsteilung und unverbindlichen Tauschbeziehungen geprägt ist. Diese Perspektive auf die moderne Großstadt baut Georg Simmel Anfang des 20. Jahrhunderts aus, indem er konträr zur dominanten Großstadtkritik Individualisierung und Anonymität in der Großstadt mit den Möglichkeiten der Stadt als Ort der Emanzipation von traditionellen Lebensformen assoziiert. Demgegenüber bemüht sich Max Weber in seiner historischen Rekonstruktion von Stadttypologien 1921 in *Wirtschaft und Gesellschaft*, sich einer Wertung des Phänomens Großstadt zu enthalten. Er bezieht sich besonders auf die ökonomischen, untergeordnet auch auf die politischen und sozialen, Aspekte der Herausbildung der verschiedenen Typen okzidentaler Städte bis zur Industrialisierung. Seine Darstellung hält sich mit Einschätzungen zu zeitgenössischen Stadtentwicklungen zurück.

**Nina Gribat (NG):** Das ist spannend, ich sehe in dieser sehr unterschiedlichen Bewertung der Großstadt in der Industrialisierung eine Parallele zur Architektur und zum Städtebau, vor allem im Übergang zur Moderne oder zum Funktionalismus. Grundsätzlich lässt sich an diese durch die Praxis des Planens und Bauens geprägte Disziplinen natürlich die Frage stellen, inwieweit deren Beschäftigung mit der Stadt oder mit Urbanität auch für Sozial- und Geisteswissenschaftler\_innen als ‚Forschung‘ gilt – inwieweit also das

Planen und Bauen auch einen eigenständigen Beitrag zum Erkenntnisgewinn darstellt. Ich möchte in meinen Redebeiträgen hier einfach mal davon ausgehen (ohne jedoch näher bestimmen zu wollen, wie dieser Beitrag genau aussieht). Ich behandle also Entwürfe und Manifeste der Architektur und des Städtebaus als Teile einer Ideengeschichte, welche auch in der Stadtforschung eine Rolle spielen.

Die Entdeckung der Stadt oder der Urbanität als Thema fand aber in der Architektur und im Städtebau schon viel früher statt – damit meine ich jetzt nicht nur, dass sich Bauen und Planen ja ohnehin ‚schon immer‘ im städtischen Kontext abgespielt haben, sondern die Problematisierung von Urbanität beziehungsweise Stadt in der Architektur und im Städtebau. Letztlich waren Fragen von Herrschaft und sozialer Ordnung sowie deren Repräsentation oder das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit auch schon für antike Baumeister von Bedeutung, allerdings sind bis auf Vitruvs *Zehn Bücher über die Architektur*, die sich hauptsächlich baulichen und ingenieurstechnischen Fragen widmen, recht wenige Schriften überliefert. Deshalb mache ich lieber einen Sprung und komme zurück zur sehr unterschiedlichen Bewertung der Großstadt, von der NiS gerade gesprochen hat. Eine sehr wichtige Strömung war zum Beispiel die künstlerisch geprägte Kritik der industrialisierten Stadt, für die Camillo Sittes (1843-1903) Buch *Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen* von 1889 exemplarisch ist (und bis heute noch – oder wieder – als eine der grundlegenden Referenzen gilt). Im Gegensatz zur Moderne beziehungsweise zum Funktionalismus ist Sittes Buch aber weniger an den Produktionsbedingungen der industrialisierten Großstadt interessiert – für Sittes war Städtebau Kunst und kein technisches oder soziales Problem.

Ganz anders wurde die industrialisierte Großstadt im Kontext des modernen und funktionalistischen Städtebaus beziehungsweise der Architektur bewertet: Einerseits sind diese ja von einer großen Faszination für die Möglichkeiten der Industrialisierung geprägt, gerade wenn es um Bautechnik geht, zum Beispiel zum Bau von Wohnungen. Die Lösung der Wohnungsfrage etwa rückte durch den industrialisierten Massenwohnungsbau in greifbare Nähe. Andererseits sind sie von einer Ablehnung der schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen in der industrialisierten Großstadt geprägt. Die Charta von Athen, die auf dem Congrès International d'Architecture Moderne (CIAM, Internationaler Kongress für neues Bauen) 1933 vorgestellt wurde, fasst die Grundannahmen des modernen funktionalistischen Ansatzes gut zusammen. Dabei kommen neben den normativen Fragen, wie die neue, moderne Stadt gestaltet sein sollte, wie die funktionale Trennung von Wohnen, Arbeiten und Erholung zu bewerkstelligen sei, auch Fragen nach den Ursachen der Misere in der industrialisierten Stadt, wie Spekulation im Wohnungsbau, zum Ausdruck. Der Modernisierungsanspruch war gleichzeitig ein sozialreformerischer Anspruch, den man allerdings vielleicht nicht so ohne Weiteres aus den diversen Idealstadtentwürfen dieser Zeit (Le Corbusier, Hilbersheimer) oder deren Umsetzungen herauslesen kann. Letztlich hat sich die diesen Entwürfen zugrunde liegende Annahme, dass sich diese Ziele wirklich allein durch Planen und Bauen realisieren lassen würden, auch schlicht als zu kurz gegriffen herausgestellt.

Interessanterweise haben sich in der Beschäftigung mit der Urbanität und der Stadt in der Architektur und im Städtebau sowohl die modernen und

funktionalistischen Ansätze als auch der stadtbaukünstlerische Ansatz über eine ganze Zeit hinweg in unterschiedlicher Intensität gehalten.

**Stefan Höhne (SH):** Für die historische Stadtforschung stellt sich die Entwicklung etwas anders dar. So lässt sich guten Gewissens behaupten, dass die Geschichte der Städte schon seit jeher ein zentrales Interesse der Geschichtswissenschaft war, und zwar schon weit vor ihrer Institutionalisierung an den Universitäten im späten 19. Jahrhundert. Als eine der ersten kulturhistorischen Arbeiten zur Stadt im engeren Sinne kann sicher die Schrift *Die Kultur der Renaissance in Italien* des Schweizer Historikers Jacob Christoph Burckhardt aus dem Jahre 1860 gelten. Dabei beobachtet Burckhardt in den Renaissancestädten Oberitaliens unter anderem bereits die Entstehung des modernen individuellen Subjekts, begünstigt durch eine hochgradige Arbeitsteilung, den Aufschwung merkantilistischer Ökonomien sowie die Dichte und Heterogenität der urbanen Bevölkerung. Damit macht er sozusagen ein stadtsoziologisches Argument *avant la lettre*. Wenn es für Burckhardt vor allem die Städte sind, welche die Emergenz moderner Subjektivität und autonomer Individualität begünstigen (und damit u. a. auch die moderne Mode erfinden), wird hier bereits ein Evergreen der Stadtforschung thematisch, der u. a. durch Weber und Simmel auch Eingang in die Soziologie gefunden und bis heute Konjunktur hat.

Jenseits solch rar gesäter Vorreiterstudien von Burckhardt oder auch von Karl Bücher wurde die deutschsprachige Stadtgeschichte um 1900 jedoch weitestgehend von Laienhistorikern oder Archivaren betrieben und war dementsprechend stark auf die Lokalgeschichte konzentriert. Auch an den Universitäten war sie mehr oder weniger marginal und wurde vor allem im Kontext von Bevölkerungswissenschaft, Rechtsgeschichte, Nationalökonomie oder der frühen Soziologie wirksam. In diesen Arbeiten werden, ähnlich wie auch in der frühen Soziologie und Volkskunde, immer wieder großstadtfeindliche Ressentiments laut, welche die ‚Unnatur‘ und ‚Maßlosigkeit‘ der Metropolen geißeln und die sich dort versammelnden, potentiell revolutionären Massen kritisch beäugen. Man könnte behaupten, dass sich da also bereits eine Form von kritischer Stadtgeschichte abzeichnet, allerdings aus einer konservativ-reaktionären Richtung.

**Boris Michel (BM):** Bei der Geographie ist das wiederum ein wenig anders. Die Geographie ist als eine Wissenschaft entstanden, für die Städte nicht im Zentrum ihres Interesses standen. Die eben von euch angesprochene Bedeutung der Industrialisierung für ein neues Denken über Raum wurde in der Geographie lange Zeit verdrängt. Das ist sicherlich sowohl ihrer besonderen Stellung zwischen Naturwissenschaften und Sozial-/Kultur-/Geisteswissenschaften geschuldet, als auch der Verbindung mit Entdeckungsreisen und Kolonialismus. Ihr Fokus war die Abhängigkeit des Menschen von der Natur beziehungsweise das Verhältnis von Natur und Kultur sowie die Erforschung nicht-moderner, ‚primitiver‘ und ‚unzivilisierter‘ Räume. Für Städte war da wenig Platz.

In den 1890er Jahren begannen Geographen wie Friedrich Ratzel und Otto Schlüter von Siedlungsgeographie zu schreiben. Dabei interessierten sie sich insbesondere für Lage und Form der Städte. Dass Städte sozial differenziert,



widersprüchlich und politisch sind, war für die Geographie, die in Kategorien wie Völkern und ‚dem Menschen‘ dachte, natürlich nicht sichtbar. Differenz wurde eher zwischen Städten betont und diese Unterschiedlichkeit von Städten als Ausdruck von so etwas wie ‚Kulturkreisen‘, der naturräumlichen Bedingungen oder individueller Eigenlogik gesehen.

1903 erschien von Friedrich Ratzel ein Text, der sich mit der *Geographischen Lage der großen Städte* beschäftigte, interessanterweise genau in der Publikation, in der auch Georg Simmels *Die Großstädte und das Geistesleben* erstmals veröffentlicht wurde. Und ich glaube, wenig macht die Ungleichzeitigkeit dieser beiden Disziplinen in Bezug auf ein Verständnis moderner kapitalistischer Gesellschaften deutlicher. Bei Ratzel ist Stadt eine irgendwie universelle Größe, in der halt irgendwie Menschen, Verkehr und Wirtschaft verdichtet sind. Daher tauchen bei ihm dann auch relativ gleichberechtigt Konstantinopel, das antike Theben und Stuttgart auf. Dahingegen ist die Großstadt bei Simmel ein Ort der Verdichtung einer ganz spezifischen, modern-kapitalistischen Erfahrung. Und das drückt meines Erachtens doch sehr unterschiedliche Vorstellungen und Funktionen von Stadt aus. Für diese Geographie war das eine Form von Raum unter anderen und ihr Interesse war räumlich und nicht sozial ausgerichtet.

Der Begriff der Stadtgeographie setzt sich gegenüber dem der Siedlungsgeographie erst nach dem Ersten Weltkrieg durch, und in dieser Zeit entstehen zahlreiche stadtgeographische Monographien im Stil geographischer Länderkunden. Das heißt: monographische Schilderungen einzelner Städte, die idealerweise zunächst mit einer physisch geographischen Beschreibung des Naturraums einsteigen, dann eine historische Genese nachzeichnen und schließlich zu einer morphologischen Beschreibung des heutigen ‚Stadtkörpers‘ kommen. So enthält die erste Stadtgeographie Berlins sowohl Erörterungen über Relief und Niederschlag wie auch eine Kartierung der Kneipendichte. Wegen der stark idiographischen Ausrichtung dieser Geographie werden diese Städte als räumliche Individuen begriffen und stehen zunächst für nichts außer sich selbst. Eine Fragestellung oder ein Problem sucht man meist vergebens. Es geht eher um ein Sammeln von Städten. Was besonders auffällt, ist der Fokus auf Städte, die weder damals noch heute als Großstädte gelten können. Eher interessierten Klein- und Mittelstädte. Die erste Arbeit über Berlin wurde erst 1933 veröffentlicht. Eine Konzentration auf Großstädte wie bei Autoren der Chicago School, aber auch bei Simmel, Benjamin, Marx und so weiter war dieser Geographie fremd. Eine Kleinstadt in Thüringen war nicht mehr und nicht weniger interessant und bedeutsam als New York.

**NiS:** Auch in den soziologischen Gemeindestudien, die zwischen den Weltkriegen und dann wieder seit den 1950er Jahren zahlreich durchgeführt wurden (zu Darmstadt 1957, Euskirchen 1958, Steinfeld 1958, Dortmund 1959, Wolfsburg mehrfach seit 1959), wurden Groß- ebenso wie Kleinstädte erforscht. Anders als in den geographischen Beschreibungen ging es in den Studien der 50er Jahre weniger um die äußere Form der Stadtgebilde als darum, das soziale Geflecht als eine Totalität zu betrachten, die für sich steht und in der sich alles, was in der Gesellschaft vorhanden ist, abbildet. Dieser Ansatz war in der Soziologie allerdings umstritten, auch wegen seines deskriptiven Charakters, und geriet zunehmend ins Abseits.

Ganz anders ist die frühe Studie der Arbeitsgruppe um Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel aus den 1930er Jahren zu Marienthal ausgerichtet. Dieser umfangreichen Forschung, die quantitative mit kreativ entwickelten qualitativen Methoden verbindet, geht es zwar um den Alltag in der Siedlung Marienthal, einem kleinen niederösterreichischen Ort südlich von Wien, jedoch ohne dass der gesamtgesellschaftliche Kontext, in dem dieser Gegenstand steht, ausgeblendet würde. Die Studie interessiert sich in erster Linie für die Auswirkungen der zu dieser Zeit neu aufgetauchten Massenarbeitslosigkeit, für die subjektive Stimmungslage, die Alltagsbewältigung sowie die materielle Versorgung der Bewohner\_innen. Wie im Labor wird dies am Beispiel einer Siedlung mit extrem hohem Arbeitslosenanteil untersucht. Dafür haben die Forschenden, die einige Monate mit in der Siedlung gelebt haben, auch über verschiedene, von ihnen organisierte Aktivitäten wie medizinische Sprechstunden, Kurse, Kinderwettbewerbe und Kleidersammlungen den Zugang zu den Marienthaler\_innen gesucht. Das Forschen hatte also auch einen karitativen Anteil – den Beforschten sollte offenbar etwas zurückgegeben werden, wie man heute sagen würde. Ja, sicherlich waren die Interessen und Forschungszugänge dieser soziologischen Studie ganz anders als die anderer Disziplinen. Sie ist vielleicht beispielhaft für die soziologische Ausrichtung in der Zwischenkriegszeit, wenn sie auch wegen ihrer aufwändigen Forschungsarbeit außergewöhnlich ist und erst mit dem neuen Interesse an qualitativer Forschung in der Soziologie seit den 1980er Jahren wieder stärker rezipiert wird.

**BM:** Ja, genau. In der Geographie hatte der Blick auf Kleinstädte eine andere Qualität. Ich würde das auch eher erkenntnistheoretisch begründen als forschungspraktisch oder empirisch, wie ich es für die Soziologie vermuten würde. Ein wichtiger Grund war meines Erachtens der, dass die Geographie vielfach von der Idee getrieben war, Natur und Mensch müssten in ihrem Wechselverhältnis beschrieben werden, meist sogar als Prägung des Menschen durch die Natur. Die Großstadt galt da als etwas zu Künstliches, etwas, das die Natur zu sehr verdrängte. Da wundert es sicherlich auch nicht, dass die Geographie vielfach stadtkritische Momente aufweist. Das verschärft sich ab Ende der 1920er und insbesondere in Verbindung mit dem Zweig der Geopolitik.

**SH:** Schaut man sich die Entwicklung der nicht nur deutschsprachigen stadthistorischen Forschung seit Beginn des 20. Jahrhunderts an, so lassen sich die dort entstehenden Forschungen vielleicht grob in drei Kategorien einteilen. Zunächst finden sich unzählige lokale Stadtgeschichten, die sich der Entwicklung einzelner Städte widmen und dabei oftmals auch von ‚Laienhistorikern‘ oder Chronisten verfasst werden. Hier widmet man sich vor allem der rechtlichen Entstehung von Stadtverfassungen und adressiert kaum die realen sozialen und wirtschaftlichen Lebenswirklichkeiten was der Geschichtswissenschaft bereits um 1900 viel Kritik einbringt, beispielsweise von Werner Sombart und Georg Simmel. Allerdings finden sich dann vor allem ab den 1920ern auch vermehrt Studien, die Teilprozesse städtischer Entwicklung und auch soziale Dimensionen in den Blick nehmen, wie beispielsweise Wohnen, Städtebau oder Migration. Diese Studien stellen

zugleich wichtige Impulse für die Herausbildung der Sozialgeschichte dar, nicht zuletzt in Deutschland und Frankreich.

Drittens formiert sich in diesem Zeitraum auch eine historische Urbanisierungsforschung, welche jenseits von Lokalgeschichte die Entwicklung der Städte als Ausdruck gesamtgesellschaftlichen Wandels adressiert. Sie versucht dann Urbanisierungsgeschichte als große Erzählung im Sinne einer Longue Durée zu entfalten, die ganze Hemisphären und Epochen umfassen kann. Dabei finden sich gerade in letztgenannter Kategorie immer wieder wirklich beeindruckende Arbeiten, die auch an konzeptionell-theoretischen Debatten und Zugängen interessiert sind. Spätestens ab den 1960ern zeigt sich dies unter anderem auch an einem vermehrten Interesse an stadtsoziologischen und -geographischen Zugängen; ab den 1980ern wird beispielsweise Lefebvre auch in der Stadtgeschichte ansatzweise rezipiert. Dies kann man als Ausdruck einer produktiven Unsicherheit dieser Disziplin über den konzeptionellen Status des Untersuchungsgegenstands ‚Stadt‘ deuten, die die ‚Urban Studies‘ heute ja generell auszuzeichnen scheint. Auch in der historischen Urbanisierungsforschung wird sie immer wieder thematisch und mündet regelmäßig in neue Debatten und Definitionsangebote um Begriffe wie ‚Urbanität‘ und ‚Verstädterung‘ sowie deren Rollen im Verhältnis zu Großprozessen von (De-)Industrialisierung, Modernisierung, Durchsetzung des Fordismus et cetera. Dabei werden auch vermehrt geographische wie stadtsoziologische Arbeiten herangezogen. Damit wäre diese Forschung durchaus auch an Debatten anschlussfähig wie sie unter anderem in *s u b \ u r b a n* geführt werden. Doch ich greife vor; wir könnten vielleicht noch genauer auf die Rolle der deutschsprachigen Stadtforschung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingehen, oder?

**s\u:** *Zur Rolle der Disziplinen im Nationalsozialismus würde ich gerne mehr hören. Etwa zu der Rolle von so jemandem wie Andreas Walther, der in den 1930er und 1940er Jahren seine Erfahrungen mit der Chicago School in eine NS-Stadtsoziologie übersetzt hat. Auch die Geographie ist nicht gerade für ihre antifaschistische Geschichte bekannt.*

**NiS:** In den 1920er Jahren hat sich der Soziologe Andreas Walther nach einem Forschungsaufenthalt in Chicago insbesondere an der forschungspraktischen Ausrichtung der Chicagoer Studien orientiert. Während es Robert E. Park in Chicago jedoch um ein unvoreingenommenes Verstehen der städtischen Vorgänge ging, hatte Walther im Sinn, durch seine Studien Einfluss auf seinen Forschungsgegenstand zu nehmen. Als Hamburger Soziologieprofessor kartographierten er und seine Studierenden in der Zeit des Nationalsozialismus in Hamburg unter anderem in seiner 1934 von der DFG geförderten Studie *Notarbeit 51* „gemeinschädigende Regionen“ beziehungsweise „soziale Krankheitsherde“ der Stadt. Darunter verstand er unangepasste Lebensformen, Verhaltensweisen und politische Orientierungen ebenso wie körperliche Einschränkungen, die er allesamt mit Minderwertigkeit, Kriminalität und Asozialität assoziierte. Aufgrund der angeblich „volksschädigenden Wirkung“ der Stadtgebiete, in denen er eine Häufung entsprechender Lebensweisen festgestellt hatte, empfahl Walther deren „Sanierung“ und bereitete damit die brutalen nationalsozialistischen bevölkerungspolitischen Eingriffe mit vor.

Walther hat also die Vorgehensweisen der Chicago School übernommen, sich aber in seiner Forschung an politischen Zielen und praktischer Anwendbarkeit der Ergebnisse orientiert. Dies lässt sich ausführlich unter anderem in Ulrike Kändlers gerade erschienener Studie *Entdeckung des Urbanen* nachlesen.

**BM:** Das, was ich vorhin als stadtkritische Momente der Geographie zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg angedeutet habe, radikalisiert sich in den 1930er Jahren bei einigen Autoren. Insbesondere ein radikaler Antisemit wie Siegfried Passarge fällt mir dazu ein, aber auch die Linie der Geopolitik von Karl Haushofer, die in der Verstädterung die Gefahr einer „Entwehrung“ des Ländlichen gesehen hat. Für beide ist Verstädterung die Materialisierung und Verschärfung einer Erzählung von gesellschaftlichem Niedergang, ein bisschen im Sinne von Oswald Spenglers *Untergang des Abendlandes* sicherlich. Städte, beziehungsweise die Menschen in Städten, gelten diesen Autoren als ‚wurzellos‘, liberal und vergeistigt. Und die großen Städte sind dann auch noch der Sitz des Judentums, des internationalistischen Proletariats und des Finanzkapitals. Nationalsozialistische Geographie müsse hingegen zur Verwurzelung des Menschen mit der Scholle und nationaler Gesinnung beitragen. Die relativ konservative und oftmals reaktionäre Grundhaltung in der Geographie (man wollte seine Kolonien zurück, sah in den Grenzen von Versailles ein widernatürliches Unrecht, hatte wenig Sympathie für die Arbeiter\_innenbewegung usw.) machte die Disziplin bekanntermaßen recht offen für den NS.

Zugleich beginnt hier erstmals das, was man ‚angewandte Geographie‘ nennen könnte, also eine Raumplanung, die eben auch Städte plant. Walter Christaller fällt mir dazu ein, der seine Theorie der ‚Zentralen Orte‘ im Rahmen des ‚Generalplans Ost‘ in die Praxis umsetzen sollte. Auch zeigt man sich interessiert an der Verländlichungspolitik von Mussolini und an Fragen nach biopolitisch optimalen Siedlungsformen. Dass ein Geograph sich allerdings zu Albert Speers ‚Germania‘, quasi nationalsozialistischer Metropolenpolitik, geäußert hätte, wäre mir unbekannt.

**SH:** Im Gegensatz zur Geographie und Soziologie scheint die deutschsprachige historische Urbanisierungsforschung der 1920er und 1930er offenbar kaum einflussreiche Arbeiten hervorgebracht zu haben. Stattdessen war es nun vor allem die aufstrebende Bevölkerungswissenschaft, die sich der Stadtentwicklung und urbanen Migration in Mitteleuropa historisch näherte. Diese Forschungen wurden dann bezeichnenderweise auch während des Nationalsozialismus weitergeführt. Was die Funktion der Stadtgeschichte als Disziplin im engeren Sinne während des Nationalsozialismus angeht, so scheint es dazu bislang wohl kaum dezidiert Forschungen zu geben. Zwar ist mittlerweile gut ausgearbeitet, dass die deutsche Geschichtswissenschaft vor allem ab 1939 intensiv darum bemüht war, eine der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik dienliche Geschichtsinterpretation voranzutreiben. Zumindest nach meinem Kenntnisstand hat die Stadtgeschichte darin aber wohl kaum eine wichtige Rolle gespielt. Dies könnte vielleicht auch daran liegen, dass sie oftmals Narrative mobilisiert, die nicht auf klassisch historische Akteure wie Nation, Herrscher oder Volk zentriert sind, sondern eben eher auf Städte und ihre Bewohner\_innen. Dennoch würde es sich

lohlen, da noch mal genauer hinzuschauen und beispielsweise die Rolle von Stadthistoriker\_innen im Kontext der sogenannten ‚Ostforschung‘ genauer zu beleuchten. Allerdings gab es während des Nationalsozialismus natürlich eine Vielzahl von Arbeiten zur Stadt, die eine starke historische Dimension aufwiesen, auch wenn diese vor allem von Rasseforschern und völkischen Anthropologen verfasst wurden. Sie tragen dann so sprechende Titel wie *Die Verstädterung – Ihre Gefahren für Volk und Staat* oder *Großstadt und Volkstum*. Darin wird die bereits weit verbreitete Großstadtkritik sowohl zunehmend hysterisiert und apokalyptisch zugespitzt wie auch rassenbiologisch fundiert – ein wahres Gruselkabinett der Stadtforschung.

Zudem kann man sagen, dass nicht nur die Disziplinengeschichte der Stadtgeschichte im Nationalsozialismus bislang kaum beforscht ist, sondern auch die Stadtentwicklung dieser Zeit erstaunlich wenig Beachtung gefunden hat, wenn man von einzelnen Studien beispielsweise zu Trier oder Hildesheim wie auch den unzähligen Publikationen über den Dauerbrenner ‚Germania‘ mal absieht. Hier gäbe es sicher noch einiges zu entdecken.

**NG:** In der Architektur und im Städtebau hat Werner Durth mit *Deutsche Architekten: Biographische Verflechtungen 1900-1970* anhand der eher bekannten Protagonisten (soweit ich mich erinnere, war keine einzige Frau darunter) nachvollzogen, von welchen erstaunlichen Kontinuitäten die Disziplinen geprägt waren, weit über den Nationalsozialismus hinaus. Eine ganze Reihe der modernen Avantgarde wanderte zwar aus, viele praktizierten aber einfach weiter, teilweise mit entsprechend anderen ästhetischen Grundsätzen. Eigentlich wollte ich aber noch kurz einen der Kristallisationspunkte im Richtungsstreit kurz vor dem Nationalsozialismus erwähnen: die Stuttgarter Weissenhofsiedlung, die als Werkbund-Ausstellung 1927 in Stuttgart gebaut wurde. Die wichtigsten Vertreter des Neuen Bauens waren daran beteiligt und die Leitung hatte Mies van der Rohe inne. Die Siedlung besteht hauptsächlich aus weißen, modernen Gebäuden mit Flachdächern. Sie wurde schnell von einem Großteil der traditionalistischen ‚Stuttgarter Schule‘ um Paul Schmitthenner und Paul Bonatz abgelehnt und mit ‚Araberdorf‘ titulierte. Als Gegenentwurf bauten die Stuttgarter Architekten 1933 in Blickweite die Kochenhofsiedlung, weitgehend im Holzbau und mit Satteldächern. Die Kochenhofsiedlung entstand im Rahmen der Ausstellung „Deutsches Holz für Hausbau und Wohnung“. Der oft auch als ‚internationaler Stil‘ bezeichneten Moderne wurde in Stuttgart der Heimatstil entgegengestellt – das sind zwar keine dezidierten Forschungsprojekte, für mich passen sie aber dennoch als Ausdruck einer materialisierten Debatte in unser Gespräch.

**NiS:** Für die 1950er Jahre konstatiert Ulfert Herlyn eine ‚statische‘ Soziologie, deren Fokus auf der Dokumentation der Stabilität sozialer Systeme während der gesellschaftlichen Reorganisation und des Wiederaufbaus der Städte in der BRD entsprechend „alter, traditionsreicher Muster“ lag, und die von der Stadtforschung zustimmend begleitet wurde. Herrmann Korte attestiert der Soziologie dieser Zeit ein starkes Bedürfnis nach Stabilisierung und Harmonisierung, was sich auch in den bereits erwähnten Gemeindestudien zeigt, die sich allerdings wiederum auch stark an den US-amerikanischen *community studies* orientieren. Für die 1960er Jahre lässt sich dann ein

Wirtschaftsprimat feststellen, das sich stark an einem Fortschrittsglauben und einem umfassenden Modernisierungsschub festmacht, begleitet von einer beschleunigten Verstädterung. Interessant ist die Fragerichtung damals, in der es darum ging, wie die Großstadt den wachsenden Anforderungen der Planungspraxis gerecht werden könnte, wie es Herlyn formuliert. Insbesondere für den Wohnungs- und Städtebau wurden von der Soziologie lösungsrelevante Antworten erwartet. Die Disziplinen Soziologie und Städtebau rückten also in dieser Zeit enger zusammen, was auch Hans-Paul Bahrds Abhandlung *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau* von 1969 deutlich macht. In ihrer Kooperation mit dem Städtebau wurde die Soziologie einerseits zu dessen Hilfswissenschaft, andererseits versuchten Soziolog\_innen aber auch, den Städtebauer\_innen und Planer\_innen die Stadt als soziales System näherzubringen. Hier setzt also die Stadtsoziologie ihre Funktion als Zulieferin für Stadtplanung und -politik fort, allerdings im Gegensatz zur NS-Zeit ohne deren menschenverachtenden politischen Eifer.

**NG:** Im Städtebau (beziehungsweise an den Architekturfakultäten – damals) kann man Mitte der 1960er Jahre ähnliche Tendenzen beobachten: Die Studierenden begannen eine Verwissenschaftlichung von Architektur und Städtebau zu fordern. Entwürfe sollten anhand ‚harter‘ Kriterien bewertbar und begründbar werden – die Bedarfsplanung stand hoch im Kurs, ebenso Systemtheorie und Kybernetik. Und es gab zu dieser Zeit eine unglaubliche fachliche Ausweitung im Städtebau: Neben der Öffnung in Richtung Sozialwissenschaften wurde auch die Öffnung in Richtung der wirtschaftlichen und technischen Wissenschaften wie Ökonomie und Baustoffkunde gefordert und teils dann auch erzielt. Sozialpsychologie und Pädagogik wurden für einige auch zum Thema. Zugleich verbanden viele große Hoffnungen mit der Industrialisierung, was die Überwindung der Wohnungsnot angeht. Einige nahmen in diesem Zusammenhang auch Verbindung auf mit Kolleg\_innen in der DDR, die die Rationalisierung und Standardisierung etwas radikaler vorantreiben konnten.

**NiS:** In diese Zeit fällt ja auch die Gründung der Stadt- und Raumplanungsfakultäten mit starker sozialwissenschaftlicher und interdisziplinärer Verankerung, zum Beispiel in Dortmund 1969 und an der TU Berlin 1972. Durch ihre enge Zusammenarbeit mit dem Städtebau hat die Stadtsoziologie in den 1960er Jahren entscheidend zum funktionalistischen Umbau der Stadt beigetragen. Sie arbeitete ihm zu, indem sie ihm beispielsweise auf der Grundlage großer Sozialerhebungen in Sanierungsgebieten Sozialdaten für die Bedarfsermittlung lieferte, aufgemacht in formalisierten Darstellungsformen. Ihre Unterstützung half, vorzeitig mögliche Konflikte zu verringern und das bestehende System zu optimieren und so abzusichern, dass die Städtebauer\_innen ihre technisch-ästhetischen Optimierungsversuche leichter durchsetzen konnten. Dass dies ab einem bestimmten Zeitpunkt immer weniger gelang, zeigen die Proteste seit den 1960er Jahren, die sich gegen Kahlschlagsanierung in vielen Städten regten.

**NG:** Vor der von dir beschriebenen Abspaltung der Stadt- und Regionalplanung von der Architektur gab es ja auch viel Zusammenarbeit von Architekt\_innen



sowie Städtebauer\_innen und Soziolog\_innen (und teils auch Pädagog\_innen). Ich denke zum Beispiel an das damals noch recht frische Format der Stadtteilarbeit, mit dem Studierende der Berliner Universitäten, vor allem jedoch die Architekturstudent\_innen der TU Berlin, ab 1968 in diversen Basisgruppen zu experimentieren begannen. Aus einer Kritik an der Kahl-schlagsanierung in Kreuzberg und dem Bau des Märkischen Viertels, die sich Ende der 1960er formierte, haben sich verschiedene Gruppen von Studierenden sowohl in Kreuzberg als auch im Märkischen Viertel in der Stadtteilarbeit engagiert und Bewohner\_innen beraten beziehungsweise sogenannte Gegenplanungen entwickelt. In Kreuzberg beispielsweise gründeten Architekturstudierende und ein Soziologe der Freien Universität 1968 gemeinsam das Büro für Stadtanierung und Soziale Arbeit, das neben der Stadtteilarbeit auch eine der wichtigsten Publikationen zu dieser Arbeit herausgab: Das Buch *Sanierung für Wen?*. Neben der Kritik an den Abrissen der Altbauten hinterfragten die Studierenden auch zunehmend den modernen und funktionalistischen Massenwohnungsbau in Westberlin, einerseits in Bezug auf die Finanzierung und politische Verfilzungen, andererseits aber auch in Bezug auf die sozialen und psychologischen Folgen von Monotonie und Entfremdung.

Insgesamt kamen zu dieser Zeit eine Menge spannender Bücher heraus, die diese große Offenheit über disziplinäre Grenzen hinweg zeigen und in der – vielleicht aus heutiger Sicht relativ überraschend – neben den Sozialwissenschaftler\_innen auch eine Gruppe junger Architekt\_innen und Städtebauer\_innen (wovon einige später in den sich kurz darauf gegründeten Planungswissenschaften arbeiten werden) kräftig mitwirkte. Ich denke dabei zum Beispiel auch an das *Kursbuch Nr. 27: Planen Bauen Wohnen* oder den von Hans G. Helms und Jörn Janssen herausgegebenen Band *Kapitalistischer Städtebau*. Die Bezüge waren vielfältig und reichten von der kritischen Theorie über Sozialpsychologie bis hin zur Semiotik.

**SH:** Die späten 1960er und frühen 1970er Jahre sind bemerkenswerterweise auch die Jahre, in denen sich im deutschsprachigen Raum eine eigenständige Stadtgeschichte der Moderne formiert. Sie tritt mit einem deutlichen Geltungsanspruch aus dem Schatten einer generellen Geschichtswissenschaft heraus. In diesem Bestreben kommt vor allem der 1970 ins Leben gerufenen Fachzeitschrift *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* (IMS) eine zentrale Bedeutung zu. Bis heute erscheint sie mehrmals jährlich und bildet mit mittlerweile mehr als 90 Ausgaben ein beeindruckendes Kompendium stadthistorischer Forschung in West-Deutschland. Schaut man in die allerersten noch sehr dünnen und mit Schreibmaschine verfassten Ausgaben, so wird dort bereits eine Krise der Geschichtswissenschaften allgemein und der Stadtgeschichte im Besonderen beklagt, die sich nicht zuletzt in unzähligen „Bildbände[n] mit belanglosen Texten“ niederschlagen würde. Dass man stattdessen eine ganz andere historische Stadtforschung wollte, wird bereits im programmatischen Geleitwort der ersten Ausgabe deutlich: Hier postuliert der Historiker Hans Herzfeld den Anspruch einer Stadtgeschichte der Moderne als „Geschichte eines umfassenden Urbanisierungsprozesses“, die weit mehr als nur Lokalgeschichte oder die isolierende historische Analyse einzelner Städte sein will. Es ging ab jetzt also eher um die Geschichte der Urbanisierung als um klassische Stadtgeschichte im Sinne

einer Lokalgeschichte. Dieses sympathische Programm, die Entwicklung von Städten im 19. und 20. Jahrhundert als Teil gesamtgesellschaftlicher Transformationen (wie bspw. der Industrialisierung oder Modernisierung) zu verstehen, hat sich als sehr erfolgreiche und produktive Strategie erwiesen.

Ein nicht unähnliches Vorgehen verfolgte auch die durchaus produktive Stadtgeschichtsforschung in der DDR, die auf Grundlage des Historischen Materialismus die Städte als Orte sozialer Kämpfe und Klassenkonflikte adressiert. Dass es hier einen starken Fokus auf die mittelalterliche Stadtkultur gab, liegt nicht zuletzt in der marxistischen Geschichtstheorie selbst begründet. So galt schon für Marx und Engels die Blüte der europäischen Städte als Indiz für den Fortschritt der Feudalgesellschaft gegenüber der Antike. Allerdings avancierte mit der Entstehung bürgerlicher Ordnungen der Nationalstaat zur zentralen politischen Instanz. Nach dieser Deutung waren die modernen Städte bestenfalls noch Schauplatz dieses historischen Prozesses, was sich auch in dem weitgehenden Desinteresse der DDR-Historiker\_innen an der modernen Stadtgeschichte niederschlug. Dies ist jedenfalls mein Eindruck – eine genauere Untersuchung der historischen Urbanisierungsforschung in der DDR steht noch aus und versprache sicher interessante Erkenntnisse zu Grenzen und Perspektiven klassisch-marxistischer Stadtforschung.

Interessant in diesem Zusammenhang ist übrigens auch eine Forschungsrichtung namens ‚New Urban History‘, die primär im englischsprachigen Raum um 1970 einen ebenso kurzen wie spektakulären Aufschwung erlebte. Imprägniert vom Geist der qualitativen Revolution versuchten hier Historiker\_innen mit Hilfe neuer quantitativer Verfahren und soziologischer Theorieimporte die Alltagserfahrungen der einfachen Stadtbewohner\_innen historisch zu rekonstruieren. Dieser ziemlich interessante makroperspektivische Ansatz hatte jedoch auf die deutschsprachige Forschung bestenfalls marginalen Einfluss und ist auch in den USA und in Großbritannien mittlerweile nahezu vollständig verschwunden. Vielleicht erlebt er ja durch den aktuellen Hype um die digitalen Geschichtswissenschaften und Big Data eine Renaissance.

**BM:** Die 1950er Jahre waren wir in der Geographie – vielleicht so, wie das gerade für die Soziologie beschrieben wurde – ziemlich statisch und vom Versuch geprägt, an das alte Paradigma anzuschließen, sich von einer Verwicklung mit dem Nationalsozialismus zu befreien (bzw. zu begründen, warum man nie etwas damit zu tun hatte) und die Perspektive ein wenig durch eine funktionalistische Sprache zu modernisieren. Dabei wurden vermutlich auch erstmals Texte von Soziolog\_innen gelesen. Es gab also erste Versuche, die Geographie als eine Sozialwissenschaft zu denken, und dabei spielten städtische Themen durchaus eine wichtige Rolle.

Die späten 1960er Jahre waren auch in der Geographie eine zentrale Phase für die umfangreichere Modernisierung der Disziplin. Dabei ist der Begriff ‚Modernisierung‘ sicherlich treffender als hier in der deutschsprachigen Geographie von einer kritischen Wende zu sprechen. In den späten 1960er Jahren wurden auch in der Geographie die gesellschaftlichen Konflikte dieser Zeit deutlich. Dabei spielten sowohl inneruniversitäre wie außeruniversitäre Momente eine Rolle, sei es der kulturelle Wandel oder die

Krise des Bildungssystems. Man sollte nicht unterschätzen, welche Rolle die Einführung der Diplomstudiengänge seit den frühen 1960er Jahren gespielt hat. Die Geographie befand sich sicherlich schon vorher in einer Identitäts- und Relevanzkrise und hatte ihre Legitimation zunehmend in der Lehrer\_innenausbildung gesucht. In den 1960er Jahren gab es dann eine Hinwendung zu quantitativen Verfahren und eine Stärkung der angewandten Geographie. Gerade von studentischer Seite wurde die Frage der Relevanz, der Praxis und so weiter diskutiert. Um welche Praxis und welche Relevanz es dabei ging, war natürlich umkämpft: um Stadt- und Regionalplanung zur Verbesserung der Bindungen der Kapitalakkumulation im fordistischen Staat oder um die Formulierung von linken Alternativen. Aber zumindest aus Anekdoten und Berichten wird klar, dass auch Geograph\_innen mitbekamen, was in den späten 1960er Jahren in der BRD geschah.

**NiS:** Die Proteste und Bewegungen Ende der 1960er Jahre hatten offenbar auch großen Einfluss auf die Stadtsoziologie und haben einen Paradigmenwechsel herbeigeführt. Die Stadtsoziologie gewinnt an politischer Relevanz: *Community power* avanciert zu einem wichtigen Forschungsgegenstand, wobei die als eindimensional empfundene Ästhetik des städtebaulichen Funktionalismus und die Zergliederung und Zurichtung der Städte ebenso kritisiert wird wie die damit assoziierte Ausrichtung auf kapitalistische Verwertung. Ins Zentrum des Interesses rücken dabei die Auswirkungen der baulich-räumlichen Veränderungen auf den Menschen und sein Verhalten. Alexander Mitscherlichs Kritik in *Die Unwirtlichkeit unserer Städte* von 1969 geht in genau diese Richtung. Er kritisiert darin die Funktionstrennung der Städte, aus der eine „Unwirtlichkeit“ resultiere, die „niederdrückend“ wirke, beklagt die Zerstörung und Zersiedlung des städtischen Umlands, die wachsende „Stadtwüste“, beklagt das Fehlen eines strukturierenden Städtebaus und den Verlust klassischer Stadtstrukturen. Hier wird also nun aus einer linken, großstadtkritischen Strömung heraus gegen ‚Entfremdung‘ argumentiert. In den 1970er Jahren kommt es zu einer starken Ausweitung und Konsolidierung stadtsoziologischer Forschung und Lehre an Universitäten, sowohl in theoretischer als auch empirischer Hinsicht. Für den US-amerikanischen Kontext identifiziert Herbert Gans in den 1980er Jahren zwei theoretische Strömungen, die damals wichtiger wurden: die neo-marxistischen und die neo-ökologischen Analysen zu den Zusammenhängen von Kapitalismus, Stadt und Gesellschaft. Allerdings scheint es, abgesehen von Castells und Lefebvre, von denen einige Werke übersetzt wurden, damals in der BRD kaum eine Rezeption nicht deutschsprachiger kritischer stadtsoziologischer Debatten zu geben.

**NG:** Interessanterweise wurde *Kampf in den Städten* von Castells von Architekt\_innen übersetzt und 1975 im VSA Verlag in der Reihe *Analysen zum Planen und Bauen* herausgegeben. Was die Rezeption nicht deutschsprachiger stadtsoziologischer Debatten angeht, nehme ich es etwas anders wahr: In *Sanierung für Wen?* (1970 vom Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit herausgegeben) sind zum Beispiel diverse Beiträge zu Partizipation, zu Mieterinitiativen oder Mieterstreiks aus den USA und England enthalten. Die frühen ARCH+-Hefte (damals noch „Studienhefte für architekturbezogene Umweltforschung und -planung“) bezogen für einige Jahre

ab Heft 9 (1970) zu Themen wie *advocacy planning* oder Stadtteilarbeit vielfach auch nicht deutschsprachige stadtsoziologische Debatten mit ein. Dort erschien 1977 dann auch eine frühe Rezeption stadt- und raumbezogener Texte von Lefebvre, etwa *Die Produktion des städtischen Raumes* und ein Beitrag zur *Revolution der Städte*. Bei unserer Forschung für das Buch *Vergessene Schulen: Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968* (das im Herbst 2016 bei Spectorbooks erscheint) hat mich die Fülle der internationalen Bezüge, die es damals schon gab, auch überrascht. Für das Buch haben wir viele Zeitzeug\_innen interviewt, die damals an den Architekturfakultäten von Berlin und Stuttgart eingeschrieben waren oder arbeiteten. Die Protagonist\_innen berichteten sowohl von diversen Reisen als auch von einem regen internationalen Austausch, teilweise sogar weit über Europa hinaus. Hauptsächlich wurden jedoch die verschiedenen Bewegungen verfolgt, die es in den USA, England und Frankreich gab, sei es in Bezug auf Mieterproteste, Designmethoden oder partizipative Ansätze der Planung. Einige verfolgten auch die italienische Bewegung (z. B. mit Planungsansätzen in Bologna, zu denen es relativ frühe Arbeiten von Bodenschatz und Harlander gibt).

Die von dir angesprochene Einteilung in neo-marxistische und ökologische Ansätze sehe ich in den Debatten zum Städtebau aber auch. Bei den neo-marxistischen Ansätzen gab es jedoch eine strikte Abstufung, die später auch in einer Fragmentierung der Bewegung resultiert hat: Während sich der eine Teil der Debatte um Stadtteilarbeit, Partizipation und die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen rankte, widmete sich der andere Teil um die proletarische Revolution. Stadtteilarbeit et cetera wurde von den Revolutionär\_innen als reformistisch bezeichnet und deren Akteure als sogenannte ‚Refos‘ verspottet.

**NiS:** In der bundesdeutschen Stadtsoziologie der 1970er und 80er ist der sozialökologische Ansatz unter anderem mit Friedrichs, Hamm und Atteslander verbunden, später mit Häußermann/Siebel und Dangschat, die ihn zur Analyse der sozialen und räumlichen Organisation der Gesellschaft aufgreifen. Ihre Segregationsforschung beschäftigt sich nun mit der durch räumliche Trennung erzeugten sozialen Kluft zwischen den verschiedenen Klassen; die Teilhabe an sozialer Infrastruktur wird ebenso zum Thema wie die Kumulation von Benachteiligungen für bestimmte soziale Gruppen. Auch lokale Macht- und Entscheidungsstrukturen werden in die Analysen einbezogen und eine breitere Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen vorgeschlagen. Die empirische Forschung ist weiterhin stark auf die stadt- und wohnungspolitische Bedarfsermittlung ausgerichtet, was Häußermann/Siebel 1978 stark kritisieren.

Für die 1980er Jahre stellt Herlyn ein abnehmendes Interesse für anwendungsbezogene stadtsoziologische Forschung fest, „eine tiefgreifende Skepsis gegenüber ökonomisch nicht abgesicherten bzw. ‚durchgerechneten‘ sozialwissenschaftlichen Konstrukten und Konzeptionen“. Dies wird aus Sicht der Stadtsoziologie als eine ‚Krise‘ gedeutet. Außerdem artikulieren insbesondere feministische Forscherinnen seit den 1980er Jahren eine feministische Kritik an städtischen Strukturen und zeigen deren Zusammenhänge mit patriarchalen und heterosexuellen Ordnungen, zum Beispiel

Becker, Dörhöfer, Rodenstein und Terlinden, später dann beispielsweise Bauhardt, Breckner, Frank, Löw, Ruhne, Sturm und andere, die organisiert sind in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der DGS, in einer eigenen Arbeitsgruppe, sowie in der FOPA (Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen), die 1981 in Berlin gegründet wurde. In beiden Organisationen, die Soziologie und Planung beziehungsweise Architektur zugeordnet sind, existieren personelle Überschneidungen.

**SH:** Dies ist ein interessantes Beispiel für unterschiedliche Konjunkturen der einzelnen Disziplinen der Stadtforschung. Wenn du für die 1980er Jahre bereits ein abnehmendes Interesse an stadtsoziologischen Forschungen konstaterst, erlebt zeitgleich die westdeutsche Urbanisierungsforschung innerhalb der Geschichtswissenschaften einen bis heute unerreichten Boom, samt eigenem Sonderforschungsbereich, Publikationsflut et cetera. Insgesamt lässt sich für die 1970er bis frühen 1990er Jahre eine beeindruckende Konjunktur der kulturhistorischen Urbanisierungsforschung in Deutschland konstatieren. Dabei war es sicher auch die Abwendung von klassischen Sujets der Geschichtswissenschaft, wie Nation und Staat, sowie die Hinwendung zu Fragen der Sozial- und Alltagsgeschichte, die dieses Interesse begünstigt haben. Diesen Schub einer Verwissenschaftlichung und Institutionalisierung der deutschsprachigen Stadtgeschichte bezeugt auch eine zweibändige *Bibliographie zur deutschen historischen Städteforschung* aus dem Jahre 1996, die bereits mehr als 14.000 Publikationen verzeichnen kann. Hier findet sich also eine gigantische Menge an stadthistorischem Wissen, das jedoch bis auf einzelne Ausnahmen erstaunlich wenig in anderen Feldern und Disziplinen der Stadtforschung rezipiert worden ist.

**NG:** Im Städtebau waren die 1980er Jahre geprägt von dem Paradigma der ‚behutsamen Stadterneuerung‘ und ab 1975 (dem europäischen Denkmalschutzjahr) auch von Fragen der Erhaltung von Altbauquartieren. Im Grunde war das dann ja auch die Kehrtwende gegenüber den modernen und funktionalistischen Ansätzen, die ich vorhin beschrieben habe – die aber auch schon vom „Team 10“, den jungen Organisator\_innen des 10. CIAM Kongresses, kritisiert wurden. Eine wichtige Referenz in Bezug auf die ‚behutsame Stadterneuerung‘ war dabei auch Wolf Jobst Siedlers *Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum* von 1964 (vielleicht als ein Pendant zu Jane Jacobs *Tod und Leben großer amerikanischer Städte* von 1961, das ja auch erstaunlich früh in der DDR rezipiert wurde, z. B. von Brigitte Reimann). Neben dem sozialen Anspruch der behutsamen Stadterneuerung entwickelten sich zu dieser Zeit im Städtebau andere ästhetische Kategorien und Bezugspunkte wie die (Wieder-)Entdeckung der Europäischen Stadt und ein wachsendes Interesse an der identitätsstiftenden Kraft von Symbolen und Referenzen in der Postmoderne. Im Grunde stellt diese Hinwendung zur Postmoderne dann auch einen Abschluss der Öffnung von Architektur und Städtebau in Richtung der Sozialwissenschaften dar, die sich im Zuge der 1968er Bewegung ergeben hatte. Postmoderne Architektur und postmoderner Städtebau sollte sich wieder deutlicher auf sich selbst beziehen und zum Beispiel bauliche Traditionen zitieren und damit zum Erzählen gebracht werden.

**s\|u:** *Jetzt haben wir über unterschiedliche disziplinäre Zugänge zur Stadt/Urbanität gesprochen. Wie kam es dann zu explizit kritischen Stadtforschungsansätzen?*

**NiS:** Die Frage, ob und wann, also in welchen gesellschaftlichen Konstellationen, es bereits kritische soziologische Stadtforschung gab, finde ich deswegen schwer zu beantworten, weil vorher der Begriff des Kritischen geklärt werden muss. Engels (1845) hatte früh eine Gesellschaftskritik im Blick, als er die Lebens- und Wohnbedingungen der Arbeiter\_innen in den Städten zum Anlass für seine Analysen nahm. Weitere empirische Studien zu den Wohn- und Lebensverhältnissen in den großen Städten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten eher sozialreformerische beziehungsweise sozialpolitische Ideen. Es ging darum, das ‚Chaos zu ordnen‘, die hygienischen Verhältnisse in den proletarischen Wohnquartieren zu verbessern und dabei zugleich die Stadtteile überhaupt kontrollierbar zu machen. Die Entstehung der empirischen Sozialforschung ist eng mit der Entstehung von Großstädten und der Erforschung städtischer Lebensbedingungen verbunden. Diese Forschung stellte sich allerdings häufig in den Dienst der Sozialpolitik.

**NG:** Es macht sicherlich Sinn, wenn wir uns erst einmal über den Kritikbegriff verständigen – allerdings bin ich mir nicht sicher, ob wir eine explizite gesellschaftstheoretische Basis voraussetzen sollten. Teilweise waren ja Forderungen zu der Zeit, als sie geäußert wurden, vielleicht kritisch und radikal, erscheinen aber aus heutiger Perspektive nicht mehr so (ohne jetzt von einem wissenschaftlichen Fortschrittsideal ausgehen zu wollen). Für den Städtebau gilt natürlich weitgehend die Idee, das Chaos der Städte zu ordnen und planerisch oder baulich zu besseren Lebensverhältnissen beizutragen – also letztlich ein sozialreformerischer, angewandter Ansatz. Darüber hinaus gab und gibt es ja noch eine Reihe von idealen Architektur- und Stadtmodellen, die als Hegemoniekritik und radikale Neuordnungen verstanden werden können (manche Modelle befassen sich ja durchaus mit Besitzverhältnissen o. Ä.).

Hier ist vielleicht auch noch interessant zu erwähnen, dass es in der Architektur auch immer einen ästhetisch-gestalterisch geprägten Kritikbegriff gibt. Zum Beispiel gab es in den 1980er Jahren eine Debatte zur kritischen Architektur, die von Peter Eisenman geprägt wurde. Als kritische Gestaltung galt, was sich nicht durch den Status Quo (also durch den Kapitalismus) vereinnahmen ließ. Rem Koolhaas zog diese Möglichkeit in Zweifel: Architektur könne per se nicht kritisch sein, die Möglichkeit der Vereinnahmung bestehe immer.

Letztendlich bleibt natürlich die Frage, ob ein formaler beziehungsweise ästhetischer Ansatz in der Architektur – also das Objekt selbst – kritisch sein kann, oder ob es produktiver ist, über soziale, politische und ökonomische Veränderungen nachzudenken. Mir scheint Letzteres sinnvoller – ohne dass ich mich dabei von Ästhetik und Formalem grundsätzlich abwenden möchte. Meines Erachtens geht es aber viel mehr um eine Reflexion kritischer Praxis in der Architektur und Stadtplanung, die sich ja nie im luftleeren Raum abspielt. Die Frage scheint mir zentral, welche Wechselwirkungen es gibt zwischen sozialen Kontexten, die von Macht, Ausbeutung, Ungleichheit oder Ähnlichem geprägt sind, auf der einen Seite, und dem Planen und Bauen auf der anderen.



**SH:** Schaut man in der deutschsprachigen kulturhistorischen Urbanisierungsforschung nach sich als kritisch ausweisenden Ansätzen und Perspektiven, so wird man kaum fündig werden. Ich habe lange recherchiert und letztlich auch einige Professor\_innen der Stadtgeschichte gefragt, ob sie Ansätze und Perspektiven kennen, die sich selbst als kritisch verstehen, und zwar nicht nur in einem erkenntnistheoretischen, sondern auch in einem gesellschaftsanalytischen Sinne. Dies scheint jedoch wirklich nicht der Fall zu sein. Dies ist selbst für eine gemeinhin als eher konservativ geltende Disziplin wie der Geschichtswissenschaft bemerkenswert, wo es doch beispielsweise im Umfeld der Zeitschrift *WerkstattGeschichte* eine rege Diskussion um kritische Ansätze gab. Ebenso gibt es doch in den Feldern feministischer oder post-marxistischer Geschichtswissenschaften Ansätze, die sich selbst als ‚kritisch‘ bezeichnen und durchaus auch städtische Phänomene erforschen. Warum dies in der deutschen wie auch anglo-amerikanischen Stadtgeschichte nur sehr eingeschränkt der Fall ist, darüber kann ich nur spekulieren. So wäre zu vermuten, dass sich diese Studien strategisch eher im Feld der Sozialgeschichte verorten, wo es auch stärkere institutionelle Strukturen gibt als in der Stadtgeschichte, der zudem oftmals noch ein eher provinzieller Ruf anhaftet. Allerdings finden sich auch im Feld der historischen Urbanisierungsforschung immer wieder herrschaftskritische Studien zu Kolonialismus oder Analysen zur Klassendynamik urbaner Transformationen et cetera. Ebenso entsteht vor allem ab den 1990ern eine Reihe von produktiven Arbeiten, die sich beispielsweise aus Gender-Perspektive der historischen Stadtforschung nähern oder durch Foucault und Bourdieu inspiriert sind.

Zudem hat sich unter dem Eindruck der kulturgeschichtlichen Wende wie des *spatial turns* in den letzten Jahren die historische Urbanisierungsforschung stark ausdifferenziert und bietet eine Vielzahl neuer produktiver Ansätze. So finden sich mittlerweile Studien zur urbanen Umweltgeschichte ebenso wie (post-)koloniale Studien, Arbeiten zur Rolle von Kriegen und Katastrophen für die Urbanisierung, Demographie und Gesundheit, zur Geschichte urbaner Repräsentationsformen und Bildpolitiken, *local Governance* und Selbstverwaltung, Stadt- und Infrastrukturen und vieles mehr. Zugleich wird auch der stark eurozentrische Blick der bisherigen Forschungen immer deutlicher erkannt und das führt vermehrt dazu, dass sich nun beispielsweise auch der osteuropäischen oder asiatischen Urbanisierungsgeschichte zugewandt wird. Gerade die in den letzten Jahren verstärkt unternommenen Bestrebungen, die ‚globalen‘ Verbindungen von historischen Urbanisierungsbewegungen herauszuarbeiten, erscheinen mir als wichtige Korrektive gegenüber der oft noch sehr im Lokalistischen und Provinziellen verhafteten klassischen Stadtgeschichte. Diese Ansätze erlauben es nicht zuletzt, den konzeptuellen wie methodologischen Nationalismus wie den Regionalismus der Stadtgeschichtsforschung zu dekonstruieren und neue Perspektiven zu eröffnen.

Da sich auch die historische Urbanisierungsforschung zudem in enger Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Transformationen befindet, ließe sich angesichts der zunehmenden Bedeutung urbaner Fragestellungen auch eine Renaissance der historischen Stadtforschung erwarten, die auch Raum für herrschaftskritische und emanzipatorische Forschungen bietet.

**BM:** Wenn ich das richtig sehe, dann ist kritische Stadtgeographie und zumal kritische deutschsprachige Stadtgeographie etwas, das recht wenig Geschichte hat. Das, was es an Geschichte gibt, ist weder kritisch noch deutschsprachig noch stadtgeographisch. Ich glaube nicht, dass der Begriff vor der Mitte der 1990er Jahre irgendwo in einer deutschsprachigen Publikation aufgetaucht ist. Aber das mag vielleicht auch damit zu tun haben, dass diejenigen, die so etwas betrieben haben, ihr Tun nicht unbedingt disziplinar so eng gefasst haben und vielleicht auch gar nicht ‚Stadt‘ als so zentral begriffen haben. Aber wenn man sich anschaut, wie ‚Stadt‘ und ‚kritisch‘ – sowohl als Begriffe wie auch als eine irgendwie in Tradition einer kritischen Gesellschaftstheorie stehende Perspektive – in die Geographie kamen, dann gibt es da doch eine Reihe interessanter Beobachtungen.

Die alte Stadtgeographie und die geographische Auseinandersetzung mit Stadt waren, wie ich vorhin beschrieben habe, alles andere als kritisch – außer vielleicht ‚stadtkritisch‘. Und wenn für die Soziologie die Stadt sicherlich zentral für die sie interessierenden Formen der Vergesellschaftung war, so waren Geograph\_innen auch nach 1945 eher an gemeinschaftlichen Formen, an Dörfern, interessiert. Das ist nicht überraschend, wurde doch Geographie vor 1945 nicht und auch danach zunächst nur schleppend als Sozialwissenschaft gedacht.

Das war aber sicherlich die Grundbedingung für so etwas wie eine Kritische Geographie. Versuche einer solchen kritischen und gesellschaftswissenschaftlichen Geographie, die parallel zu einer stärker angewandten, planerischen und quantitativ-theoretischen Geographie in den späten 1960er Jahren entstanden, wurden aber durch die dominanten Positionen in der Disziplin weitgehend isoliert. Während sich eine angewandte und szientistische Geographie ab den 1970er Jahren als Modernisierung des Faches langsam durchsetzen konnte, wurde eine gesellschaftskritische Perspektive weitgehend verhindert und verdrängt. Dort, wo eine Kritische Geographie stattfand, war sie eher mit allgemeiner Wissenschaftstheorie beschäftigt und vielleicht auch mit Gesellschaftstheorie als mit empirischer oder theoretischer Stadtforschung.

Natürlich gab es die eine oder andere Publikation, etwa die Arbeiten von H. D. von Frieling und eine Reihe von Beiträgen in der Reihe „Urbs et Regio“ oder den Sammelband *Theorien zur Stadtentwicklung* von Hartmann, Hitz, Schmid und Wolff in den frühen 1980er Jahren. Auch in den meist sehr kurzlebigen linken Zeitschriften wie *Roter Globus*, *Geografiker* oder *Geographie in Ausbildung und Planung*, die in den 1970er Jahren erschienen, gab es gelegentlich das, was man als kritische Stadtgeographie bezeichnen könnte. Etwa Beiträge mit Titeln wie „Das Ghetto als interne Neokolonie“, eine Übersetzung aus der *Antipode*, oder Texte zu städtischen Problemen in der ‚Dritten Welt‘. Kritisch heißt hier ziemlich ausschließlich: marxistisch. Die ersten feministischen Beiträge erscheinen in den späten 1980er Jahren, aber die begriffen sich sicherlich kaum als eine kritische ‚Stadt‘-geographie.

Kritische Stadtgeographie entstand anderswo. Vermutlich kann man ohne großes Risiko David Harveys *Social Justice and the City* von 1973 als den Gründungstext für das bezeichnen, was heute unter dem Label Kritische Stadtgeographie läuft. Bis das in die deutschsprachige Geographie kam, vergingen noch einige Jahrzehnte, und von vielen der in den 1970er

Jahren sozialisierten Geograph\_innen wurden die 1980er Jahre als eine ziemlich bleierne Zeit beschrieben. Und selbst hier ist nicht so ganz klar, ob die Impulse wirklich aus der deutschsprachigen Geographie kamen. Erste Übersetzungen von Harveys stadtgeographischen Arbeiten erschienen eher bei Planer\_innen (*Stadtbauwelt* 1974), Soziolog\_innen wie Krämer und Neef oder in einer Zeitschrift wie der *prokla* (1987). In deutschsprachigen geographischen Zeitschriften wurde das fast nicht rezipiert.

Eine Traditionslinie kritischer Stadtgeographie reicht vermutlich nicht in die Zeit vor Harvey zurück. Ich würde stark vermuten, dass, wenn kritische Stadtgeograph\_innen sich heute auf ältere Texte – also sagen wir mal auf jene aus einer Zeit von vor Harvey und Lefebvre – beziehen, dies eher die Texte von Autoren wie Marx, Engels, Simmel oder Benjamin sind.

**NG:** Die erste Übersetzung von Harvey ins Deutsche erschien meines Wissens als Beiheft der zweiten Auflage der Publikation *Sanierung für Wen?* des Büros für Stadtsanierung und soziale Arbeit. Rolf Czeskleba-Dupont, ein Soziologe von der FU Berlin, der im Büro für Stadtsanierung eng mit Architekt\_innen zusammenarbeitete, übersetzte 1972 Harveys *Revolutionäre und gegenrevolutionäre Theorie in der Geographie und die Probleme der Ghattobildung*. Und Castells wurde ja, wie vorhin schon erwähnt, erstaunlicherweise zunächst von Architekt\_innen übersetzt.

**s\u:** *Es scheint ja so, als wären die späten 1960er Jahre in allen Erzählungen recht entscheidend gewesen. Ist das, was wir heute ‚kritische Stadtforschung‘ nennen würden, erst in den 1960ern entstanden? Und bezeichnen wir damit heute dieselbe Forschung, die sich schon damals als ‚kritisch‘ verstanden hat? Dies bringt ja auch die Frage nach den Produktionsbedingungen kritischer Wissenschaft ins Spiel. Bei aller Institutionenkritik waren die Universität ebenso wie Netzwerke doch sicherlich wichtige Orte für kritische Stadtforschung. Wie würdet ihr denn die Institutionalisierung einer (kritischen) Stadtforschung in euren Disziplinen beschreiben?*

**BM:** Als Initial einer Kritischen Geographie gilt gemeinhin ein Zusammenschluss von Studierenden, die die Zeitschrift *Geografiker* herausgegeben und auf dem Geographentag 1969 in Kiel einigen Ärger gemacht haben. Der Kieler Geographentag 1969 ist so ein mythisches Ereignis in der Geographie. Aber wie gesagt, deren Fokus war eher allgemeingeographisch. In den 1980er Jahren gab es Netzwerke wie WISSKRI, eine Gruppe kritischer Geograph\_innen, und auch ein erstes Netzwerk feministischer Geograph\_innen hat sich in dieser Zeit gegründet. Stadt blieb aber auch da eher ein Randthema. Themen wie Ökologie und ‚Dritte Welt‘ waren sicherlich für die Geographie die bestimmenderen.

**NiS:** Ich würde sagen, dass eine Stadtsoziologie, die sich aufgrund ihrer Forschungsausrichtung explizit als kritisch verstanden hat, von den späten 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre hinein ihre Blütezeit hatte und sich danach wieder allzu stark in sozialreformerische Politiken hat einbinden lassen. Ich denke dabei vor allem an die erfolgreiche Anregung und Begleitung des Programms „Soziale Stadt“ in den 1990ern, das ohne eine stadtsoziologische Segregationsforschung und quartiersbezogene Partizipationsansätze, die auch

innerhalb der neuen Planungsfakultäten entstanden, kaum denkbar gewesen wäre. Dennoch wurden immer wieder auch explizit gesellschaftskritische Arbeiten verfasst, wenn sie auch nie in der Mehrheit waren. Dazu gehören auch die zunächst kämpferisch polarisierenden feministischen Stadtkritiken. Dieser Bereich hat besonders wenig Institutionalisierung erfahren (beispielsweise im Rahmen fester Stellen oder Denominationen von Professuren). Feministische Lehr- und Forschungsinhalte fanden sich an Universitäten allenfalls, weil einzelne Wissenschaftlerinnen zusätzlich zu den üblichen Themen entsprechende Forschungsschwerpunkte hatten. Allerdings haben sich an vielen Hochschulen in den 1990er Jahren Zentren für Gender Studies gegründet, an deren thematischer Konturierung auch Stadt- und Raumsoziologinnen maßgeblich beteiligt waren, zum Beispiel in Frankfurt am Main, Kassel und Marburg.

Das Verschwinden der meisten Professuren für Stadtsoziologie in grundständigen Soziologiestudiengängen seit den 1990er Jahren beantwortet die Frage nach dem institutionellen Ort für (kritisches) stadtsoziologisches Wissen eindeutig: Stadtsoziologie ist insgesamt an deutschsprachigen Unis derzeit vor allem Hilfswissenschaft oder ‚Grundlagenfach‘ in Planungsstudiengängen, in denen die Studierenden auf einen ‚Anwendungsbezug‘ pochen und dabei kaum Interesse an kritisch-theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Bestehenden haben.

**NG:** An den Architekturfakultäten hat sich im Zuge der großen Umstrukturierungen als Folge der Studentenbewegung in den 1968ern ein institutioneller Wandel vollzogen (Fakultäten wurden in Fachbereiche aufgespalten, deren Titel sich teils gar nicht mehr auf ‚Architektur‘ bezogen, sondern Namen trugen wie ‚Bauplanung‘ und ‚-fertigung‘). In dieser Zeit vollzog sich ja auch an einigen Universitäten die Abspaltung der Stadt- und Regionalplanungs-Fachbereiche von der Architektur. Seither ist das Fach ‚Städtebau‘ sowohl an Architektur- als auch an Planungsfakultäten verankert. In der Architektur selbst wurden neue Fachgebiete und Ansätze in die Lehre integriert (mehr Theorie, weitere Grundlagenfächer). Heute werden an einigen Universitäten die Theorielehrstühle wieder etwas zusammengestrichen. Was ich neben der Institutionalisierung für wichtig halte, sind eine Reihe von kritischen Netzwerken, vor allem in den 1960/70er Jahren, die teils marxistisch oder anarchistisch geprägt waren, wie die Rote Zelle Bau oder die Marxistisch-Leninistische-Hochschulgruppe Bau. Zu dieser Zeit gab es auch eine Gruppe, die sich in der Gewerkschaft „Bau Steine Erden“ für die Architekt\_innen als ‚lohnabhängige Arbeiter‘ engagierte. Es wurden Kollektive oder Gesellschaften gegründet, die die Büroarbeit anders organisierten. Ich vermute, dass es in den 1980/90er Jahren auch noch Gruppen gab, von denen ich allerdings nichts weiß. Für die frühen 2000er ist das Architekturkollektiv „Freies Fach“ zu nennen, das dann auch die kritische Architekturzeitschrift *AnArchitektur* herausgab.

**SH:** Die Situation der Stadtgeschichte ist dem nicht unähnlich. Auch hier sind die Professuren mittlerweile wieder sehr rar gesät. Sich dezidiert als kritisch verstehende Forschung ist dabei bestenfalls am Rande auszumachen. Allerdings sind durch die zunehmende Internationalisierung der Forschung beispielsweise durch die European Association for Urban History seit den

1990er Jahren sowie auch die Gründung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) neue institutionelle Zusammenhänge entstanden, die durchaus Räume, Ressourcen und Netzwerke für solche Forschungen und Kollaborationen freigeben könnten. Diese gilt es zu nutzen.

**BM:** Vermutlich ist das in der Geographie ein wenig anders. Es ist nicht so, dass Stadtgeographie einen Niedergang erlebt hätte und ich glaube nicht, dass sich die Zahl der stadtgeographischen Professuren in den vergangenen Jahren reduziert hätte. Und wenn man sich anschaut, wie sich Geograph\_innen heute selbst positionieren, so ist doch die Beschreibung der eigenen Arbeit als Stadtgeographie ziemlich häufig zu finden, und das gilt sicherlich ganz besonders für Leute, die sich in der Tradition einer Kritischen Theorie der Gesellschaft verorten würden.

**s\u:** *Bisher haben wir eine recht akademische Geschichte gehört. Bei s u b \ u r b a n versuchen wir ja immer wieder – auch wenn das nicht immer klappt –, eine Beziehung zwischen Akademie und Aktivismus herzustellen (ohne da jetzt so eine klare Trennlinie aufstellen zu wollen). Fällt euch dazu etwas in der Geschichte ein? Gingen die kritischen Stadtforscher\_innen an die Fließbänder und vor die Fabriktoe?*

**NG:** Einige Architekt\_innen und Städtbauer\_innen waren auf jeden Fall auch Aktivist\_innen. Manches, was ich weiter oben beschrieben habe, wie zum Beispiel die Bewegung diverser Basisgruppen in die Stadtteilarbeit, deutet ja schon darauf hin. Viele Zeitzeug\_innen haben uns im Rahmen des Buchs *Vergessene Schulen* von regelmäßigen Demonstrationen, dem Verteilen von Flugblättern – teilweise direkt vor den Werkstoren großer Firmen – und anderen Aktionen erzählt. Eine Person hat an der Seite von Rebellen im Bürgerkrieg von Angola gekämpft und von anderen haben wir gehört, dass sie zumindest für eine Zeit lang an die Fließbänder gingen. Ansonsten gab es in der Architektur in den 1960ern und 1970ern auch eine intensive Auseinandersetzung mit den Arbeitsverhältnissen von Architekten als lohnabhängigen Arbeitern, wie ich das schon oben erwähnt habe. Parallel dazu haben sich einige sehr stark in der Gewerkschaft „Bau Steine Erden“ engagiert oder andere kollektiv oder genossenschaftlich arbeitende Bürogemeinschaften gegründet. Der Anspruch, die gesellschaftlichen sowie die eigenen beruflichen Praktiken zu verändern, war damals weit verbreitet. Letztlich sollten so aber auch die akademischen Praktiken verändert werden. Es gab verschiedene selbstorganisierte Lehr- und Lernformate, die auch zu einem Wandel an den Architekturfakultäten beitragen sollten.

**NiS:** Ich gehe davon aus, dass viele Soziolog\_innen in die neuen Projekte gingen: die linken und die feministischen Wohnprojekte, Hausbesetzungen, Wohn- und Arbeitskollektive und -genossenschaften, die seit den 1960er Jahren entstanden sind und teilweise bis heute existieren. In dieser Praxis des Sich-Auskoppeln-Wollens und Neues-Gestalten-Wollens finden sich deutliche Verbindungen zu kritischen, akademischen Auseinandersetzungen, was eben sicherlich auch daran liegt, dass viele der Akteur\_innen studiert haben oder sich zumindest in ihrer Freizeit in Lesekreisen mit viel Theorie beschäftigt

haben. Und auch in der Stadtteilarbeit waren ja sicher viele von ihnen engagiert, auch zusammen mit Raumplaner\_innen und Sozialpädagog\_innen. Genauer weiß ich dazu allerdings nicht, und das ist bislang, soweit ich weiß, auch nicht systematisch erforscht worden. Eure Zeitzeugenforschung mit den wilden Architekt\_innen der 1968er Jahre ist da sicher bahnbrechend.

**SH:** Es gab in den lokalen Geschichtswerkstätten der 1970er und 1980er eine Vielzahl von Gruppen, die eng mit sozialen Bewegungen zusammengearbeitet und sich Themen wie städtischen Kämpfen, Wohnungsnot etc. gewidmet haben. Hier ging es also um eine Art ‚Stadtgeschichte von unten‘. Auch heute gibt es in vielen Städten Gruppen wie Berlin Postkolonial e.V., die sich kritisch mit der urbanen Kolonialgeschichte auseinandersetzen. Diese organisieren nicht nur Stadtführungen, Veranstaltungen und erinnerungspolitische Initiativen, sondern machen auch Forschungsarbeit und geben Bücher heraus. Diese Forschungen finden aber bezeichnenderweise bislang weitestgehend außerhalb der Universitäten statt und werden innerhalb der Institutionen noch viel zu wenig rezipiert.

**BM:** Ich weiß es nicht. Kritische Geograph\_innen haben sowas sicherlich gemacht und natürlich auch an städtischen sozialen Bewegungen und Konflikten teilgenommen. Aber dass das Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden ist, glaube ich nicht. Ich glaube, es gibt doch noch so einiges an Ausgrabungsarbeit zur Geschichte der Kritischen Stadtforschung und der Kritischen Geographie insbesondere zu tun.

**s\u:** *Was wünscht ihr euch für eure jeweilige Disziplin, um kritische Stadtforschung zu stärken? Und was fehlt? Andere Arbeitsbedingungen, andere Forschungsfoki, andere Förderungsmöglichkeiten?*

**NiS:** Für eine kritische soziologische Stadtforschung reicht es nicht, beispielsweise Armut und soziale Ungleichheit in den Städten zu benennen – mehr Forschung zu ihrer Reproduktion und Ausweitung wäre allerdings schon mal etwas. Auch die Forderung nach städtischer ‚sozialer Mischung‘ und ‚Integration‘ bezeugt häufig das Fehlen einer herrschaftskritischen Auseinandersetzung und entsprechender gesellschaftstheoretischer Fundierung. Eine Reflexion zu Machtverhältnissen und Hegemonien, aber auch zu Demokratiedefiziten und problematischen städtischen Entwicklungen, etwa im Bereich der ‚Sicherheitspolitik‘, brächte eine radikalere Forderung oder Haltung gegenüber den herrschenden (immer stärker und deutlicher ökonomisch grundierten) Verhältnissen mit sich, und damit ein entschlosseneres Eintreten gegen soziale Ungleichheiten in vielen gesellschaftlichen Kontexten, auch in den Städten. Die vertretenen soziologischen Positionen sind erstaunlich blass und fast immer einseitig bürgerlich, was eigentlich nicht reflektiert wird. Dabei fehlen in stadtsoziologischen Arbeiten marginalisierte Perspektiven – die von Arbeiter\_innen, Zugewanderten, People of Colour, Frauen, Queers, Menschen mit Behinderung, Kapitalismusgegner\_innen.

**SH:** Diese Forderungen kann ich auch für die historische Urbanisierungsforschung uneingeschränkt unterschrieben. Auch hier ginge es darum,

herrschaftskritische und gesellschaftstheoretische Ansätze zu stärken wie auch marginalisierte Perspektiven jenseits der immer noch erstaunlich dominanten bürgerlichen Erzählung zu befördern. Wenn es stimmt, dass die Fragen und Themen der Geschichtswissenschaft aus den jeweils gegenwärtigen Problemen und Debatten heraus motiviert sind, so muss dies auch für die historische Stadtforschung gelten. Demzufolge wären beispielsweise die Perspektivierung auf globale Migrationsdynamiken und eine De-Zentrierung europäischer Stadtgeschichte ebenso wichtig wie Untersuchungen zur Geschichte städtischer Regierungstechniken und urbaner Subjektivierungsweisen, wie sie mittlerweile verstärkt in der anglo-amerikanischen Forschung unternommen werden. Stattdessen scheint sich zumindest nach meiner Einschätzung der Trend zu einer unkritischen deutschsprachigen Stadtgeschichte auch bei jüngeren Forscher\_innen bis auf wenige Ausnahmen weiter fortzusetzen. Dies zeigt sich nicht zuletzt in einer starken Fokussierung auf Akteursgeschichten sowie einer verkürzt kulturgeschichtlichen Perspektive, die ein bemerkenswertes Desinteresse an Fragen der politischen Ökonomie oder historischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen hat.

Zudem erscheint mir die historische Urbanisierungsforschung auch sehr dafür geeignet, die Reichweite von dominanten Modellen und Konzepten der Stadt- und Raumforschung auszuloten. Hier wäre beispielsweise zu fragen, welche Erklärungskraft den Theorien Lefebvres, Castells und anderen eigentlich in nicht-kapitalistischen Kontexten zukommt und welche Modelle hier vielleicht brauchbarer wären.

**BM:** Ich bin vielleicht etwas optimistischer. Mein Eindruck ist der, dass in der deutschsprachigen Geographie eine kritische Perspektive auf Stadt und Urbanität heute stärker vertreten ist als je zuvor. Oft wird in der Geographie dabei die These vertreten, dass es paradoxerweise die Forderung war, sich im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung zu internationalisieren. Da die anglophone Geographie aber recht stark von kritischen Autor\_innen geprägt wurde und wird, war es auf einmal möglich, mit marxistischen und feministischen Positionen am Exzellenzspiel teilzunehmen. Wie weit diese Geschichte trägt, ist mir nicht ganz klar, aber was vielleicht fehlt, in der disziplinären Praxis, aber auch in unserem Gespräch, ist die Frage der Vermittlung und der Lehre. Was heißt ‚Kritische Stadtforschung‘ in der ‚kritischen‘ universitären Lehre? Wie Thomas Bürk in dem Gespräch mit uns (in diesem Heft) ja so schön sagt, kann es nicht nur darum gehen, Harvey zu lesen.

**NG:** In der Architektur und im Städtebau heute fehlen auch weitgehend die marginalisierten Perspektiven, die Nina S. gerade angesprochen hat. Ansonsten kann ich gerade ein eher gemischtes Bild beobachten. Bestimmte Themen wie Wohnungsnot, soziale Bewegungen, städtische Konflikte, Migration und Möglichkeiten einer alternativen, das heißt nicht marktkonformen, Stadtentwicklung werden in der Architektur und im Städtebau gerade wieder etwas verstärkt diskutiert. Das finde ich grundsätzlich positiv und es scheint mir, dass dadurch vielleicht sogar etwas Raum für eine kritische Praxis gewonnen werden kann. Gleichzeitig erscheinen mir einige Debatten, zum Beispiel um ‚soziale Architektur‘ oder die ‚selbstgemachte Stadt‘ etwas

verkürzt. Hier würde ich mir wünschen, dass Produktionsbedingungen, Machtverhältnisse und Ausschlussprinzipien etwas weiter mitgedacht würden (siehe auch meinen Beitrag zusammen mit Hannes Langguth und Mario Schulze in s u b \ u r b a n Heft 3/3).

*s\|u:* Vielen Dank für diese interessante Diskussion, die einen Einblick in die Geschichte der deutschsprachigen (kritischen) Stadtforschung und die Bedingungen ihrer Produktion gibt. Ich glaube, dass eure Überlegungen schon eine gute Grundlage für eine Diskussion zu den Produktionsbedingungen der Stadtforschung und zu ihrer Interdisziplinarität darstellen. Eure historische Rekonstruktion könnte sicherlich präzisiert, vertieft und erweitert werden. Man könnte zum Beispiel fragen, ob die Relevanz der Kontakte zwischen der deutschsprachigen Stadtforschung und der globalen Zirkulation von Ideen und wissenschaftlichen Praktiken, die ihr besonders stark in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verortet habt, nicht vordatiert werden müsste.

Die Frage der Interdisziplinarität betreffend setzt eure gesamte Herangehensweise überhaupt die Existenz von Disziplinen voraus. Man könnte aber auch fragen, ob es überhaupt Sinn macht, eine solche Analyse aus disziplinären Perspektiven zu betreiben, wenn viele der Autor\_innen, die genannt worden sind, sich schon immer an den Grenzen der Disziplinen bewegt haben. Kurz gefasst könnte man fragen, ob das Problem der Multi-disziplinarität und daher das Bedürfnis nach Interdisziplinarität nicht eher eine sehr junge historische Entwicklung ist.

In eurer Rekonstruktion der Geschichte der deutschsprachigen Stadtforschung habt ihr auf einige weiße Flecken hingewiesen, darunter scheint eine tiefere Auseinandersetzung mit der Stadtforschung der DDR für euch alle ein Desiderat zu sein. Ein weiterer Punkt, der in der Diskussion offen blieb, ist die Definition von Kritik und von ‚kritisch‘. In dieser Hinsicht würde es sich zu fragen lohnen, ob man einen absoluten Begriff von Kritik braucht, der a priori benutzt werden kann, oder ob man eher einen ‚situativen‘ Begriff von Kritik, der von der Selbstverortung der Wissenschaftler\_innen ausgeht, anwenden sollte. Um diese Frage zu beantworten, sollte man auch den strategischen Nutzen der Bezeichnung ‚kritisch‘ hinterfragen und die Rolle, die auch s u b \ u r b a n in diesem Kontext für sich beansprucht.

Wir hoffen, mit diesen und weiteren offenen Punkten, die sich aus dieser ersten Diskussion zur kritischen Stadtforschung ergaben, eine Debatte zu starten, die in den kommenden Monaten eine Fortsetzung findet.

## **Beteiligte**

Nina Gribat ist Stadt- und Planungsforscherin. Sie arbeitet zur Zeit an international vergleichenden Forschungsprojekten, die sich mit Stadtentwicklungskonflikten, schrumpfenden Städten und den Studienreformen/-revolten um 1968 in der Architektur beschäftigen.

Stefan Höhne ist Historiker und Kulturwissenschaftler. Er forscht und lehrt zu transatlantischer Stadtgeschichte, Kulturgeschichte der Technik und Infrastruktur sowie seit Neuerem zu Praktiken der Sabotage im Kalten Krieg.  
stefan.hoehne@metropolitanstudies.de



Boris Michel ist Geograph. Er forscht zur Geschichte der Geographie und interessiert sich dabei zunehmend für die Geschichte der geographischen Auseinandersetzung mit Stadt.  
boris.michel@fau.de

Nina Schuster ist Soziologin und forscht an der Schnittstelle von stadtsoziologischen und queer/feministischen Theorien zur sozialen und räumlich-materiellen Produktion sozialer Ungleichheit.  
nina.schuster@tu-dortmund.de



# Von der Kritik zur Konkurrenz

Die Umstrukturierung wissenschaftlicher Konflikte und ihre Wissenseffekte

**Tilman Reitz**

Da Wissenschaft Meinungsverschiedenheiten impliziert, müssen die Beteiligten Wege finden, Auseinandersetzungen zu führen und zu gestalten. Der vorliegende Beitrag soll zeigen, dass dabei lange Zeit die Form wechselseitiger Kritik vorherrschte, inzwischen aber zunehmend das Prinzip organisierter Konkurrenz dominiert. Kritik wird tendenziell zum bloßen Mittel für Wettbewerbserfolg herabgestuft. Im Beitrag werden zunächst Kritik und Konkurrenz als Formen sozialer Praxis eingeführt. In einem zweiten Schritt wird an geschichtlichen Episoden gezeigt, dass wissenschaftliche Kritik regelmäßig politische Unruhe oder systemische Störungen ausgelöst hat. Schließlich führt eine kleine Bestandsaufnahme neuerer Konkurrenzformen – Wettbewerbe um Forschungsmittel, Wettstreit um angesehene Publikationsorte und globale Rankingplatzierungen – zur verbindenden These: Kritik verliert in der Wissenschaft nicht zufällig an Bedeutung, vielmehr wird in vielen (anti-)mikropolitischen Prozessen ihr Störungspotenzial eingehegt.

*Ersteinreichung: 5. August 2016; Veröffentlichung online: 29. November 2016  
An english abstract can be found at the end of the document.*

Fast nichts scheint so unanfechtbar geworden zu sein wie der Grundsatz, dass alles kritisiert werden kann. Seit das „Zeitalter der Kritik“ begann, der sich schon Kant zufolge alle Autoritäten „unterwerfen“ müssten (1781: A XII), haben die betreffenden Sprachpraktiken weiter an Raum gewonnen und dabei oft ihre Anstößigkeit verloren. Von persönlichen Ansichten und Beziehungen bis hin zu politischen Einrichtungen und Entscheidungen werden inzwischen alle Bestandteile sozialer Verständigung und Praxis argumentativ überprüft, beurteilt und infrage gestellt, ohne dass dies zwingend ihre Bestandsfähigkeit berührt. Eher haben sich Formen wechselseitiger Stabilisierung ergeben. Nach Luc Boltanski läuft in unseren „kapitalistisch-demokratischen Gesellschaften“ die „Beziehung zwischen Institutionen und Kritik“ darauf hinaus, dass letztere fest „in die Routinen des sozialen Lebens“ (2010: 185) eingebaut ist.[1] Erheblich weniger stabil erscheinen hingegen Herrschaftsformen, die es weiterhin (oder wieder) nötig haben, Kritik gewaltsam zu unterdrücken. Das Verhältnis muss nicht so bleiben, doch bis auf Weiteres lebt ein großer Teil der Menschheit im Zeitalter der institutionalisierten Kritik.

Am oft unterbrochenen, aber umfassenden Siegeszug ‚der‘ Kritik war die Wissenschaft maßgeblich beteiligt. Als Kritik noch unter dem Verdacht stand,

Bürgerkriegen vorzuarbeiten, betraf dies nicht zuletzt die textkritischen Disziplinen, und Philosophen wie Spinoza und Kant hatten ihre kritischen Impulse bereits aus den experimentellen Naturwissenschaften bezogen. Doch gerade der kritische Kern wissenschaftlicher Kommunikation könnte heute akut gefährdet sein, und zwar nicht allein durch die Institutionalisierung kritischer Verfahren. Vielmehr ist zu vermuten, dass Kritik in den Wissenschaften wirksam eingehegt wurde und nicht mehr das Leitmedium von Auseinandersetzungen darstellt. Sie wird zunehmend Konkurrenzregeln unterworfen, teilweise ausdrücklich in den allerorts eingerichteten Wettbewerben um Forschungsmittel, teilweise schleichend durch konkurrenzorientierte, etwa auf Publikationserfolg ausgerichtete Praxis im Kontext wechselseitiger Bewertungen.

Um diese These zu entfalten, werde ich zunächst die Begriffe *Kritik* und *Konkurrenz* (wissens-)soziologisch bestimmen, sie also beide als Interaktionsformen erläutern und ihre epistemischen Aspekte (Urteile fällen) beziehungsweise Einsatzmöglichkeiten (Fehler offenlegen, Lösungen überbieten) beleuchten (1). Auf dieser Grundlage kann ich konkret fragen, welche Effekte es hat, wenn wissenschaftliche Auseinandersetzung vorwiegend durch Kritik oder Konkurrenz strukturiert ist. Eine erste Teilantwort werde ich an exemplarischen Episoden aus der Geschichte der Kritik entwickeln: Anders als konkurrenzorientierte Interaktionsformen hat Kritik oft politische Anteile und Überschüsse, die weder in der Politik noch in der Wissenschaft wirklich erwünscht sind (2). Der aktuelle Wandel, den ich daran anschließend näher betrachten will, lässt sich konträr bestimmen: Er besteht darin, kritische Praxis in entpolitisierte Konkurrenz- oder Wettbewerbskontexte zu integrieren (die auch politisch beabsichtigt sein können). Jede Gutachterkommission und jedes Peer-Review übt Kritik, doch fast immer im Rahmen der Konkurrenz um Publikationsmöglichkeiten oder Forschungsmittel. Es bleibt zu überlegen, weshalb man heute diese Struktur Situationen vorzieht, in denen Kritik als solche Priorität hat oder nur dem Wechselspiel von Erkenntnis und politischem Streit untergeordnet ist (3).

## 1. Konkurrenz und Kritik als Formen epistemischer Praxis

Kritisieren und Konkurrieren sind Handlungsformen, in denen mindestens zwei Beteiligte vermittelt durch eine dritte Instanz einen Konflikt austragen. Im Fall von Konkurrenz ist diese Instanz ein sachliches beziehungsweise soziales Gut, das von mehreren angestrebt wird und dementsprechend zunächst von keiner Streitpartei kontrolliert wird – etwa Ressourcen, Marktanteile, Medaillen, Zuwendung oder Aufmerksamkeit, die der unterlegenen Seite entgehen. Wer verliert, kann stark geschädigt werden. Aber die Energie der Konkurrierenden richtet sich nicht – oder nicht primär – auf eine solche Schädigung (Simmel 1983 [1903]: 222). Im Fall von Kritik ist das fragliche Dritte nicht das Ziel, sondern das Medium der Durchsetzung, nämlich allgemein akzeptierte Vernunft: Eine Seite prüft, urteilt und korrigiert so stichhaltig, dass die andere dem „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Habermas 1981) folgen muss oder müsste.

Bereits diese erste Gegenüberstellung macht deutlich, dass sich beide Modi – Konkurrenz wie Kritik – gut für Wahrheits- und Wissensstreitfragen

eignen, die nicht gewaltsam ausgetragen werden und die, wenn Einsicht herrscht, konsensuelle Lösungen finden. Sie verweist zudem auf die stärkere epistemische Aufladung von Kritik, die schwer ohne Argumente vorstellbar ist. Und sie lässt auch schon mögliche institutionelle Formen erahnen, etwa die Ausschreibung von Wettbewerben oder die Einrichtung von Prüfungsverfahren. Vermutlich sieht geregelte Kritik und Konkurrenz anders aus als spontane, und vielleicht lassen sie sich institutionell kombinieren. Doch um solche Ausgestaltungen präzise erfassen zu können, müssen die beiden Handlungsformen zunächst jeweils für sich genauer analysiert werden.

Das kritische, urteilend-unterscheidende Handeln ist zu Beginn der Wortgeschichte ebenso durch seine praktische Einbindung wie durch seine epistemischen Anteile gekennzeichnet: Beim Anklagen und Urteilen (*krineîn*, substantivisch *krîsis*) beziehungsweise in der Gerichtsgewalt (*kritikê archê*), an der die Bürger griechischer Stadtstaaten teilhatten (Aristoteles 1957: 1275a, 1275b), wurde Wahrheit zwar anders ermittelt als heute, doch das Ziel war bereits die – folgenreiche – Klärung eines Sachverhalts. Bei der etwas später eingebürgerten – und in der Neuzeit weitergeführten – *kritikê téchne* oder *ars iudicandi* (Röttgers 1982: 652), also den grammatischen, logischen und philologischen Künsten, stand die Tätigkeit von Gelehrten im Zentrum. Hier galt es herauszufinden, was genau in Argumentationen korrekt oder unstimmig, was in Texten authentisch oder verfälscht und was mit ihnen gemeint ist, und es wurde auch über die moralische, intellektuelle, ästhetische Qualität der Bestände geurteilt. Im modernen Sprachgebrauch werden diese Spezialfälle – zusammen mit der inzwischen hinzugetretenen Kunstkritik – universalisiert, erneut praktisch gewendet und auch in praktischen Kontexten aus engen – juristischen – Rahmenordnungen gelöst: Kritisierbar sind nun alle Behauptungen mit Wahrheitsanspruch, alle auch anders möglichen Handlungsweisen und Artefakte, kritikfähig sind alle, die etwas Stichhaltiges dazu vorbringen können.

Was Kritisieren nun genau heißt, lässt sich am besten durch eine Auflistung von überlieferten und neuen Sinnschichten abstecken: Kritik üben bedeutet nach wie vor *urteilen*; man lobt, bemängelt oder verwirft. Meistens weist man dabei auf Irrtümer oder Fehler hin und greift diejenigen an, die etwas Falsches vertreten und tun. Man hat dabei die Wahl, ihnen („konstruktiv“) gleich eine andere Lösung anzubieten oder sie allein damit zu konfrontieren, dass es so nicht geht, bewegt sich aber dem Anspruch nach bereits in einem gemeinsamen normativen Horizont. Ein solcher Anspruch zeigt sich etwa, wenn man eine richtige Verteilung von Gütern einfordert und dann bemängelt, dass sachfremde Faktoren ins Spiel kommen oder die falschen Kriterien gewählt wurden (Boltanski/Thévenot 1999: 373 f.). Falls die so Beurteilten nicht selbst anerkennen, dass sie etwas anders sehen oder machen müssen (zum Beispiel nicht Studierende mit Oberschichthabitus bevorzugen dürfen, die Prüfungen insgesamt drängenden politischen Fragen unterordnen müssten; ebd.), sollen ihnen zumindest Andere die Unterstützung entziehen. Diese Anderen sind nicht selten eine Öffentlichkeit: die Gesamtheit der Forschenden, Mitdenkenden, politisch Interessierten und Handlungsfähigen.

Der strukturelle Kern der kritischen Sprachhandlungen besteht wie angesprochen darin, dass sie Auseinandersetzungen intellektuell zu führen erlauben. Man droht den Anderen keine Sanktionen an, behindert sie nicht,

bietet ihnen keine Kompensationen und nimmt ihnen nichts weg, um ihr Reden und Handeln (oder ihre Stellung) zu ändern, sondern versucht sie (oder die Öffentlichkeit) zu überzeugen. Die Kritik kann dennoch aggressiv sein und (auch absichtlich) die Kritisierten schädigen: Sie können als lächerlich, dumm oder machtsüchtig erscheinen, ihr Ansehen und ihren Status verlieren, im Extremfall sogar als Ziel berechtigter Gewalt markiert werden. Daher hat die – sonst schwer zu kritisierende – kritische Praxis den Ruf, Ärger zu machen. In der Wissenschaft reduziert sich ihr Konfliktpotenzial jedoch zusätzlich, weil Erkenntnisfragen im Zentrum stehen: Argumente werden nicht vorrangig eingesetzt, um sich praktisch durchzusetzen, sondern um Wissen zu vermehren und die Wahrheit ans Licht zu bringen. Das ist ein entscheidender Punkt, denn erst die Freisetzung von Kritik aus traditionellen, religiösen und staatlichen Begrenzungen hat das ermöglicht, was wir Wissenschaft nennen. Klassische Wissenschaftstheorien – wie diejenige Poppers (1935) oder das verwandte deduktiv-nomologische Modell von Hempel und Oppenheim (1948) – verleihen der Kritizierbarkeit entsprechend grundsätzlichen Status: Thesen müssen empirisch falsifizierbar sein, die Kohärenz und Erklärungsreichweite von Theorien sind in einer „Methode der kritischen Nachprüfung“ (Popper 1935: 5) zu klären. Derart lässt sich Kritik vielleicht sogar methodisch gestalten. Sie kann bei Datenerhebungen und Diskussionen institutionelle Formen annehmen, die klar zu sehen erlauben, wer Recht hat. Gegen diese Vision spricht, dass oft gerade die Umwälzung von Denkroutinen und Forschungsregeln zu neuen Erkenntnissen geführt hat.[2] In jedem Fall muss man begründet sagen können, was am bisher für wahr Gehaltenen falsch war.

Selbst eine zwischen Regeln und Regelbruch oszillierende Kritik wäre vermutlich nicht hinreichend für wissenschaftlichen Fortschritt. Die bloße Zurechtweisung kann steril bleiben, und schon in der Tradition der Argumentationslogik stellt man Kritik die Kunst des Erfindens – die *topica* beziehungsweise den *ars inveniendi* – zur Seite (Röttgers 1982: 652). Auch für die Naturforschung gelten Einfälle und Beobachtungen als entscheidend, nicht die bloße Korrektur bisheriger Lehrmeinungen. Sobald sich Forschende nicht mehr primär an Überlieferungswissen abarbeiten, könnte Kritik als Operationsmodus sogar veraltet sein. Was nicht überzeugt, wird dann womöglich weniger widerlegt als vergessen beziehungsweise „in neuen kommunikativen Akten nicht mehr aufgenommen“ (Stichweh 2013 [1994]: 65).

Die Kommunikation neuer Entdeckungen dürfte dann allerdings weiterhin sozial reguliert sein. Wenn eine institutionalisierte oder systemisch selbstständige Wissenschaft schon der vielgestaltigen Praxis der Kritik feste Formen aufzuprägen tendiert, werden andere und historisch jüngere Formen wissenschaftlicher Auseinandersetzung erst recht in Verfahren eingebunden sein, die sicher stellen, was weiter verfolgt, was verworfen oder vergessen wird. Dass es in einem produktiven Sinn weiter geht, könnte das Leitmedium der Konkurrenz oder ihre verregelte Spielart, der Wettbewerb, gewährleisten.

Der praktisch entscheidende – aber epistemisch ambivalente – Punkt der Konkurrenz liegt darin, dass ihre wichtigen Formen in einem starken Sinn sozial, nämlich auf eine Vielfalt Beteiligter angewiesen und durch deren Auswahlakte bestimmt sind. Zwar kann man auch dann von Konkurrenz sprechen, wenn Lebewesen einander Nahrungsmittel, Licht, Raum oder Ähnliches

streitig machen (Toepfer 2015). Doch wenn die Konkurrerenden zugleich symbolisch handeln, gilt, was Georg Simmel herausgestellt hat: Sie bemühen sich um die Gunst einer dritten Partei, die häufig beliebige Andere umfasst (Reitz 2015: 169 f.), insofern diese über begehrte und knappe Ressourcen verfügen. Man versucht Käufer\_innen, Geliebte oder Anhänger\_innen zu gewinnen, Blicke auf sich zu ziehen, Jurys zu überzeugen. Wie im Fall von Kritik geht es hier also häufig darum, eine Öffentlichkeit für die je eigene Sache einzunehmen. Sie soll einem zwar nicht generell Recht geben, muss aber das je eigene Angebot attraktiv finden. Das gilt auch für geistige Angebote. In der wissenschaftlichen Konkurrenz wird derart vor allem um kognitive Aufmerksamkeit geworben – besonders um das Interesse anderer Forschender, die an die eigenen Ergebnisse anknüpfen. Die Konkurrenz um dieses Interesse wird in nennenswertem Maß möglich, seit aufeinander Bezug nehmende Publikationen in der Wissenschaft wichtiger wurden (Stichweh 2013 [1994]: 56 ff.). Und sie wird notwendig, sobald selbst Fachleute die Masse an Neuerscheinungen in ihrem Feld nicht mehr überblicken können. Zudem lassen sich Wettbewerbe besonders gut organisieren. Welche Kritik zutrifft beziehungsweise welche Kriterien gelten, kann anhaltend umstritten sein. Wer eine Förderung einwirbt oder wie häufig ein Text zitiert wird, lässt sich hingegen eindeutig feststellen und zur Grundlage weiterer Entscheidungen machen. Wenn Kritik mutmaßlich die Weise war, in der sich Wissenschaft von außerwissenschaftlichen Autoritäten emanzipiert hat – und vielleicht weiterhin emanzipieren muss –, könnte Konkurrenz das Leitmedium sein, in dem ein bereits etabliertes Wissenschaftssystem arbeitet.

Der mögliche Konkurrenzserfolg wissenschaftlich Tätiger ist allerdings vielfältig. Sie können auch außerhalb der eigenen Disziplin oder beim nichtwissenschaftlichen Publikum populär werden, auf Nutzungs- und Verwertungsinteresse für ihre Entdeckungen stoßen, sie patentieren lassen, verkaufen oder für geplante Forschungen Fördergelder erhalten, Preise und Ehrungen empfangen, Macht im Wissenschaftsbetrieb aufbauen, privilegierte Arbeitsbedingungen und Arbeitsorte erreichen, um schließlich ganz oben in globalen Ranglisten zu stehen. Die Auflistung ist nicht vollständig – und wird zumal im Bereich der Prestigekonkurrenz zu ergänzen sein –, doch sie legt nahe, dass Konkurrenz in der Wissenschaft eine Art Strudel bildet: Je weiter die Kreise sind, die sie zieht, desto mehr droht der soziale ‚Erfolg‘ die wissenschaftliche ‚Leistung‘ dem Blick zu entziehen. Und da die Forschenden selbst neben Einsichten immer auch Bestätigung, Anerkennung, Macht und Verfügungsgewalt anstreben, lassen sich ‚Erfolg‘ und ‚Leistung‘ nicht einmal im Austausch wissenschaftlicher Bezugnahmen klar unterscheiden. Gerade die Verdichtung statusrelevanter Qualitätsurteile könnte bewirken, dass fürs Erste niemand erfolgreiche Wettbewerbsstrategien und wissenschaftliche Qualität auseinanderhalten vermag. Relevantes Wissen ist dann, was sich in der Konkurrenz um Publikationen, Fördergelder und Rankingplätze durchsetzt. Kritik und Korrekturen sind damit nicht ausgeschlossen, werden aber nachrangig.

Im Folgenden gilt es auszuloten, ob eine solche Konkurrenz wirklich das neue Leitmedium wissenschaftlicher Auseinandersetzung bildet und wie sich dann der Bedeutungsverlust der Kritik erklären lässt. Mindestens zwei Vermutungen – zur nur begrenzten Regulierbarkeit von Kritik und zur sozial erforderlichen Reduktion wissenschaftlicher Komplexität – wurden bereits

geäußert, eine geschichtlich fundierende Betrachtung steht aber noch aus. Von ihr ausgehend sollte auch klarer zu sehen sein, welche Effekte die mögliche Umstellung auf Konkurrenz hat.

## 2. Episoden aus der Kritikgeschichte der Wissenschaften

Kritik ist gefährlich. Zumindest war sie es, als sie sich als Verständigungsmodus durchsetzte. Sie bleibt oder wird es wieder, wenn Macht auf Orthodoxie, Autorität und Überzeugungen fußt. Gefahr droht dann zum einen der autoritären Ordnung selbst – die weniger überzeugt, wenn sie sich als inkonsequent erweist oder an von ihr nicht vorgesehenen Maßstäben gemessen wird –, zum anderen denen, die sie sprachpraktisch angreifen. Auf den Spielwiesen westlicher Wissenschaft – und angesichts wissenschaftlich-technischer Gefahren, die durch Kritik nur benannt und nicht erzeugt werden – muss man an diesen Umstand eigens erinnern. Doch er zeigt sich nicht nur gegenwärtig in Entlassungen, Verhaftungen, Drangsalierungen, politischen Morden und Folter in vielen Ländern. Er lässt sich auch in der Kritikgeschichte der Wissenschaften nachweisen und beeinflusst immer noch, wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen geführt werden.

Hier bleibt Kritik, auch wo niemand akut gefährdet ist, eine Quelle von Störungen, die sowohl Erkenntnisprozesse beeinträchtigen als auch Pseudowissenschaftlichkeit bloßstellen können. Was zunächst als ideologische Mäkelei erscheint, erweist sich nach einer Wirtschaftskrise vielleicht als prognosestarke Erkenntnis. Damit bestätigt der Gang der Wissenschaften die soziologische Annahme, dass sich der Bezugsrahmen von Kritik nie abschließend fixieren lässt. Sie wechselt zwischen normativen, kognitiven und ästhetischen Ansprüchen, sobald lebensweltliche Verständigung einsetzt (Habermas 1981: 183 ff.) beziehungsweise Metareflexion in natürlicher Sprache nötig wird. Und sie verschiebt den Urteilsrahmen – beispielsweise von der Religion zum Staatsinteresse, zu Ansehen, Markt- oder Produktionseffizienz –, wenn Entscheidungsroutrinen suspekt werden (Boltanski/Thévenot 1999). Diese Variabilität lässt sich praktisch kaum völlig ausschließen – indem man etwa ‚normative‘, ‚politische‘ oder ‚ideologische‘ Forschungsaspekte aussieht –, und sie trägt konstitutiv zu Erkenntnisfortschritten bei (Feyerabend 1983: 65 f.). Allerdings ist anzunehmen, dass unerwünschte Kritik immer wieder eingehegt oder marginalisiert wurde, um Konflikte und Störungen im Wissenschaftsbetrieb zu vermeiden und dass die gegenwärtige institutionelle Stellung von Kritik aus eben diesem Prozess resultiert.

Um diesen Vermutungen nachzugehen, will ich im Folgenden drei Episoden der europäischen Wissenschaftsgeschichte näher betrachten. Zunächst werde ich an die Unruhen erinnern, die in den hierarchischen Ordnungen der Frühen Neuzeit ausgelöst beziehungsweise verstärkt wurden, als die Kritik beinahe beliebiger Privatleute in die etablierte öffentliche Seinsauslegung einzugreifen begann. Zweitens interessiert mich die Umwendung subjektphilosophischer Erkenntniskritik in radikale Sozialkritik, die sich zwischen Feuerbach und Marx beobachten lässt. Schließlich vollziehe ich nach, wie kritische Impulse auch im Wissenschaftssystem selbst für Verwirrung gesorgt haben: in der Kritik wissenschaftlicher Rationalität, die besonders die frühe Kritische Theorie und poststrukturalistisch geprägte Forschende entwickelt



haben. Zu jeder Episode frage ich auch, inwiefern das Wissenschaftssystem und andere soziale Ordnungen Anlass zu Abwehrreaktionen erhalten haben. Die Streitigkeiten um ‚postmoderne Beliebigkeit‘ und ‚eleganten Unsinn‘ bilden dabei vielleicht nur den sichtbarsten Ausdruck institutioneller Kämpfe, die in den Dispositiven wissenschaftlicher Konkurrenz münden.

Dass die innovative, experimentelle Naturforschung der Frühen Neuzeit eine Bedrohung für kirchliche Autoritäten, traditionale Vergesellschaftung und erbliche Herrschaft darstellte, ist bekannt. Auf der Hand liegt zudem die Frontstellung zwischen philologisch-philosophischer Textkritik und den Verwalter\_innen der biblischen Offenbarung, die in Verfolgung und Untergrundliteratur ausagiert wurde (Israel 2001, Mulsow 2012). Doch auch die frühmodernen Versuche, Herrschaft und soziale Ordnung neu zu denken und herzustellen, sahen sich durch die kritischen Verhaltensweisen der Forschenden herausgefordert. Dabei lassen sich zwei komplementäre Probleme und ein gemeinsamer Lösungsansatz erkennen.

Reinhart Koselleck hat im Umfeld der Textkritik starke Belege für seine – beziehungsweise Carl Schmitts – These gefunden, dass die Beendigung der religiösen Bürgerkriege durch eine konfessionell neutrale Staatsmacht an Grenzen stieß, als die zunächst entpolitisierten Privatleute eigene moralische Normen aufbauten (vgl. Koselleck 1996 [1959], Schmitt 1938). Indem das Gewaltmonopol von Glaubensfragen abgetrennt wurde, ließ man die Meinungen frei – und gab damit einer anarchischen Dynamik Raum. So sieht das Resultat schon Pierre Bayle, ein Protagonist der philologischen Kritik. Für ihn ist die „République des Lettres“ (zitiert nach Koselleck 1996 [1959]: 91) ein äußerst freier Staat oder Zustand („un état extrêmement libre“), in dem allein die Herrschaft der Wahrheit und der Vernunft („l’empire de la vérité et de la raison“) anerkannt wird (ebd.). Man führe daher unschuldig Krieg gegen beliebige Andere – („on fait la guerre innocemment à qui que ce soit“), jeder sei zugleich Souverän und dem Urteil eines jeden unterworfen („justiciable de chacun“) (ebd.). Bayle spielt hier offenkundig auf den „Bürgerkrieg“ (ebd.) beziehungsweise auf den Kampf aller gegen alle an. Mit einer weniger hobbesianischen Haltung kann man in seinem Szenario die demokratische Gleichheit von Beliebigem hervorheben: ‚chacun‘, ‚qui que ce soit‘ oder ‚n’importe qui‘ (Rancière 2002 [1995]). Diese Gleichheit wird im wissenschaftlichen Streit erprobt. In jedem Fall werden weniger die strittigen *Inhalte* der Offenbarung, Überlieferung und Naturerkenntnis akzentuiert als die *Form* ihrer Verhandlung. Gerade mit dieser Form sprengt die Wissenschaft den Rahmen einer um der Ordnung willen zu akzeptierenden Autorität.

Die Gefahr betrifft auch die Ordnungsbestrebungen der kritischen Oberschicht, die Koselleck stark vernachlässigt beziehungsweise von vornherein abwertet. Der Bürgerkrieg wurde in England weniger durch den Souverän beendet als durch eine Allianz zwischen Adel und nobilitierten Geldklassen, die sich in der konstitutionellen Monarchie ihre Institutionen aufbauten (Habermas 1990 [1961]: 123). Ihren wissenschaftlichen Arm bildete die Royal Society, die sich trotz ihres Namens wesentlich als Privatsozietät (Im Hof 1982: 113) experimenteller Naturforschung widmete. Der Austausch über nichtmenschliche Verhältnisse galt dabei als Alternative zu gewaltträchtigen Themen.[3] In der Praxis drohten der kulturell erneuerten Oberschicht dennoch Konflikte: Wie kann man ehrbaren Leuten abstreiten, die Wahrheit

zu sagen, ohne ihre Ehre zu kränken? Steven Shapin hat gezeigt, dass „Giving the lie“ (1994: 107ff.) tatsächlich eine symbolische Aberkennung des Gentleman-Status bedeutete und gewaltsame Antworten provozieren konnte. Zugleich waren aber genau diese kritischen Einwände nötig, wenn man korrekturoffenes Wissen auf nachprüfbar sinnvolle Wahrnehmungen gründen wollte. Die organisierte wissenschaftliche Neugier bedrohte also die Prinzipien ihrer stärksten Verbündeten, die Autorität des Staats und die Konsolidierung der Oberschichten.

Shapin zufolge wurde das Problem gelöst, indem man direkten Widerspruch vermied und zugunsten des höflichen Umgangs die Standards wissenschaftlicher Exaktheit lockerte.[4] Eine stabilere Lösung betrifft Staat wie Oberschichten: das Peer-Review, die vor der Publikation erfolgende Prüfung von Manuskripten durch Mitgelehrte. Während Martin Reinhart vermutet, dass voröffentlich (und moderat) geäußerte Kritik die Beleidigungsfahr reduzierte (2010: 4 f.),[5] zeigt Mario Biagioli, dass sie die direkte staatliche Aufsicht ersetzte (2002: 20 ff.). Schriften über Politik oder Religion waren der staatlichen Zensur vorzulegen; die als weniger heikel geltenden naturwissenschaftlichen Schriften konnten die Forschenden selbst auf Unbedenklichkeit hin prüfen. In dieser Anweisung stimmten – bei sonst sehr ungleicher Publikationspraxis – die Statuten der Académie Française und der Royal Society überein (ebd.). Erst im 18. Jahrhundert begann in den Peer-Reviews der Zweck der ‚Qualitätssicherung‘ zu dominieren (ebd.: 17 ff.). Doch selbst die heutige Praxis der Peer-Reviews dürfte weiterhin disziplinierend wirken (siehe unten und ebd.: 12). Das entstehende Wissenschaftssystem hat also früh begonnen, Kritik durch Moderierungsverfahren einzuhegen. Und es hat nachhaltigen Erfolg gehabt.

Als sich im 19. Jahrhundert das moderne, fachlich gegliederte und akademisch organisierte System der Wissenschaften herausbildet, ist die Lage entspannter: Der Trend zur Meinungsfreiheit hat sich trotz restaurativer Gegenbewegungen verstetigt und ausgeweitet, neben die religiösen Lehren treten säkulare Ideologien, die Oberschichten definieren sich zunehmend eher durch Geld als durch Ehre. Die zunächst vereinzelt, erst zum Ende des 19. Jahrhunderts gebündelten Ansätze zu Wissenschaften von der Gesellschaft bleiben politisiert – und sei es in der Form, dass sie auch Steuerungswissen über das staatlich nicht direkt Gestaltbare versprechen (Reitz 2015b: 137 ff.). In diesem proto-sozialwissenschaftlichen Kontext wird der Kritikbegriff selbst gegenüber Kant radikalisiert. Konnte man ihn im idealistischen Umkreis zunächst in Abgrenzung zu Erfahrungswissen und Politik nutzen (Röttgers 1982: 662), treibt nach Hegel gerade die subjektphilosophische Reflexion zu Veränderung. Bei Feuerbach hieß dies, christliche Heilslehren als entfremdete Gestalt menschlicher Freiheit zu erkennen. Andere Linkshegelianer attackieren im Namen dieser Freiheit den Staat, das Eigentum und die Mehrheitsmeinung. Die Idee der Kritik ist dabei zentral: „Moderne Freiheit besteht in Kritik, in einer Untersuchung und Umformung des Gegebenen, die alle irrationalen Beziehungen und Institutionen auslöscht“ (Moggach 2010: 243). Diese breite Zuständigkeit droht allerdings in Referenzlosigkeit umzuschlagen, wenn sich die Kritiker\_innen nicht mehr an Lehrmeinungen reiben können. Bruno Bauer, der in der theologischen Fakultät mit radikaler Bibelkritik aufgetreten war, fragt schließlich: „Was ist

jetzt der Gegenstand der Kritik?“ (1844a). Die wohl wichtigste Alternative benennen Engels und Marx: Kritik muss politische Bündnisse schließen. Statt sich wie Bauer auch von den politisch-sozialen Bewegungen abzustößeln, die um 1848 aufkommen,<sup>[6]</sup> hat Kritik ihnen zufolge erst Sinn, wenn sie in solchen Bewegungen mitwirkt und deren Primat anerkennt; im Extremfall wird sie sogar mit den praktischen Kämpfen gleichgesetzt.

Die entsprechenden bekannten Sätze des jungen Marx vollziehen die Entwicklung sozusagen im Schnelldurchlauf. Rückblickend heißt es: „Für Deutschland ist die *Kritik der Religion* im Wesentlichen beendet, und die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik“ (1957 [1844]: 378). Wer Religion als die bloß „phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens“ (ebd.: 379) bestimmt, kann weitergehen: „Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die *Kritik der Religion* in die *Kritik des Rechts*, die *Kritik der Theologie* in die *Kritik der Politik*“ (ebd.). Da bloß geistige Kämpfe – zumal in Deutschland – jedoch wenig Verbesserung versprechen, ruft Marx schließlich zu verändernder Praxis beziehungsweise zu engagierten Aussagen auf: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“ (ebd.: 385). Die gleiche Wendung findet sich ethischer getönt in der Formel wieder, dass die „Kritik der Religion“ in dem „*kategorischen Imperativ*“ münde, „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (ebd.).

Man kann die avantgardistische und die praktisch-politische Wendung der Kritik bei Bauer und Marx als Sonderfälle einordnen, die mit (Sozial-)Wissenschaft nur noch wenig zu tun haben. Dagegen spricht die Tendenz der Sozialwissenschaften, immer wieder sozialkritische oder oppositionell engagierte Fraktionen hervorzubringen – die für einige sogar konstitutiver Teil dieser Wissenschaften sind (Burawoy 2005). Strukturell interessant wird diese Tendenz, wenn man die Gegenseite hinzunimmt: die Produktion von Herrschaftswissen. Sozialwissenschaftler\_innen, die keine politische Kritik anstreben, sind ja nicht normativ neutral oder unpolitisch. Mit vielen Techniken – wohlfahrtsökonomischen Rechnungen, sozialpsychologischen Diagnosen, Einkommens- und Einstellungsstudien – arbeiten sie Kräften wie der Staatsverwaltung, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden oder deutungsmächtigen Professionen zu. Wer hier Schwächen in den Methoden, Theorien und Resultaten aufdeckt, erzielt fast automatisch einen politischen Effekt. In seiner *Kritik der Politischen Ökonomie* nutzt Marx diese Möglichkeit bereits, und soziologische Hauptwerke von Mills bis Bourdieu haben ideologiekritischen Charakter. Praktische Anweisungen geben sie nicht notwendig, aber sie bewegen sich eher im Horizont einer oppositionellen als der herrschenden Praxis.

Daher lohnt es zu fragen, wie institutionell auf die praktische Wende im 19. Jahrhundert reagiert wurde. Die Ausgangslage ist klar: Bruno Bauer wurde bereits infolge seiner Bibelkritik seine *venia docendi* entzogen (was er mit inszeniert hatte), und auch andere linkshegelianische Religionskritiker wurden faktisch aus dem Universitätsbetrieb ausgeschlossen (Eßbach 1988: 124 ff.). Wer wie Edgar Bauer oder Marx zudem Staat und Privateigentum angriff,

musste mit Haft rechnen oder ins Exil gehen. Das sind nicht die Hauptreaktionsformen des wissenschaftlichen und politischen Systems geblieben. Wo die radikalen Äußerungen Gelehrter nicht mehr als große Gefahr eingestuft wurden, aber weiter als Störungen auffielen – in den Demokratien des frühen 20. Jahrhunderts, nach 1968, in der Globalisierungskritik –, sind repressive Reaktionen durch subtilere Lösungen ergänzt worden. Institutionell entscheiden nun eher akademische Hierarchien, Integration und Anerkennung im Forschungssystem als die Justiz darüber, wer oder was tolerabel ist, und Ausschlussdrohungen sind eher informell als formell. Manchmal stellen sogar Belohnungen die Kritik still, etwa die Kooptation als Experte oder Expertin. Welche Mechanismen genau bestimmend werden, um politisch engagierte Kritik einzuhegen, lässt sich an der Ursituation um 1848 nicht ablesen. Das Terrain der Auseinandersetzung ist jedoch bestimmbar: Auf politische Änderungsziele antwortet Machteinsatz, bevorzugt in Gestalt negativer oder positiver Sanktionen.

Der Prozess kritischer Radikalisierung ist in einer Art eigener Fortschrittsgeschichte weiter gegangen: als (Selbst-)Kritik der wissenschaftlichen Vernunft, die schließlich auch die naturwissenschaftlichen Disziplinen erfasste. Epistemologisch kennzeichnet diese Wende, dass ihre Protagonist\_innen Rationalität im Kern kritisieren; soziologisch kann man sie als Nebenprodukt akademischer Professionalisierung begreifen. Die aus der deutschen Universität verjagten und in den USA nie ganz integrierten Intellektuellen der Kritischen Theorie hatten Anlass und Möglichkeiten, das Gesamtgefüge rationaler Naturbeherrschung sozialtheoretisch zu kritisieren. Nach den Studierendenrevolten um 1968 haben vor allem strukturalistisch geprägte Gelehrte versucht, intellektuelle Struktur- und Regelbrüche an den Hochschulen selbst voranzutreiben. Auch sie greifen dabei nicht bloß sozialwissenschaftliche Normen an. In ihrer Nachfolge setzen sich bis heute feministisch und ökologisch motivierte Forschende für eine andere Gesellschaft ein, die zugleich eine andere Naturwissenschaft kultivieren würde. Fraglich bleibt, ob die Kritik wissenschaftlicher Vernunft in allen Disziplinen zu ähnlich überzeugenden Einsichten führt.

Die Innenansichten von Wissenschaft, die in der Kritischen Theorie erarbeitet werden, fallen nur für die Sozialwissenschaften einigermaßen präzise aus. Immerhin ist dabei gerade die Übernahme naturwissenschaftlicher Verfahren ein geeignetes Kritikziel. Gegen Popper ließ sich im Positivismusstreit einwenden, dass die Aufstellung und experimentelle Überprüfung gesetzesförmiger Annahmen für Soziales schlecht anwendbar ist, weil sich dort keine Laborbedingungen herstellen lassen und die Forschung ständig symbolisch mit ihren Gegenständen kommuniziert (Habermas 1964). In der *Dialektik der Aufklärung* (1988 [1947]) hatten Adorno und Horkheimer positivistische Sozialforschung sogar als Instanz von Verhaltensnormierung kenntlich gemacht.[7] Die Naturwissenschaften trifft die Rationalitätskritik dagegen eher von außen. Zum einen betrachten Adorno und Horkheimer naturwissenschaftliche Erkenntnisprozesse nie im Detail (und übersehen daher wohl kreative, anarchische oder mimetische Anteile). Zum anderen ist ihr Vorwurf begrenzt: Während sie im Sozialen behaupten können, dass Menschen und Verhältnisse durch ihre normierte Erfassung verändert beziehungsweise zugerichtet werden, halten sie den Naturwissenschaftler\_innen

nur vor, dass ihre *Einsichten* in der technischen Naturbeherrschung *funktionieren*. Dabei fallen harte Worte:

„Das Wissen, das Macht ist, kennt keine Schranken, weder in der Verklavung der Natur noch in der Willfähigkeit gegen die Herren der Welt. [...] Die Könige verfügen über die Technik nicht unmittelbarer als die Kaufleute: sie ist so demokratisch wie das Wirtschaftssystem, mit dem sie sich entfaltet.“ (ebd.: 8)

Bei aller Anklage bleibt jedoch Bacons Gedanke unberührt: Rationale Forschung schafft ein Wissen, das es beliebigen Akteuren erlaubt, Naturvorgänge in ihrem Sinn zu manipulieren, sofern sie über die erforderlichen Ressourcen verfügen.

Die poststrukturalistische Kritik und ihr nachfolgende fallen radikaler aus. Sie zeigen im stärksten Fall, dass sich die Wissenschaften, die unsere Gesellschaften faktisch ausgebildet haben, kontingenten Machtverhältnissen, Ereignisketten oder Sprachspielen verdanken – nicht der ‚Wahrheit‘ ihrer Resultate. Hätten wir andere Geschlechterverhältnisse, andere Beziehungen zu Tieren und Pflanzen, andere globale Machtordnungen, Regierungs- und Verwaltungstechniken, Rechts- und Eigentumsformen, Hochschulen und Labore, würden auch unsere Physik, Biologie und (erst recht) Medizin Anderes herausfinden – und umgekehrt. Feministische Biologie ist politisch nicht stärker vorentschieden als etwa Dawkins Thesen zum ‚egoistischen Gen‘ (1976). Und anders als kryptopolitische Theorien reflektiert sie Kontexte der Entdeckung, Darstellung und Geltung, zum Beispiel anhand des Genbegriffs (Fox Keller 2000) oder der epistemisch wie praktisch vereindeutigten Zweigeschlechtlichkeit (Fausto-Sterling 2000). Dass es, wenn Fachwissen fehlt, auch misslingen kann, die Kontextabhängigkeit der Naturwissenschaften aufzuweisen, hat 1996 Alan Sokals Hoax-Essay „Transgressing the Boundaries“ demonstriert, der eine Reihe falscher physikalischer Aussagen in die Zeitschrift *Social Text* eingeschmuggelt hat. Bei den ebenfalls parodistisch gemeinten Anklagen des ‚Kapitalismus‘ oder des ‚Militärs‘ stellt der nachträgliche Kommentar jedoch fast immer klar, dass sie nicht *ganz* falsch sind, nur „überzeichnet“ (Sokal/Bricmont 2001: 316). Die Frage, inwiefern Wissenschaftskritik zutrifft, die Wissen in seinen Funktionskontexten angreift, bleibt also offen.

Eine Antwort, die den poststrukturalistischen Ansatz weiterentwickelt, hat Bruno Latour in dem Vortrag „Why Has Critique Run out of Steam?“ (2004) entwickelt. Für ihn beschäftigen sich die Naturwissenschaften wie alle anderen nicht mit ‚matters of fact‘, sondern mit ‚matters of concern‘ – mit Dingen also, die uns angehen und unser Verhalten beeinflussen. Damit wendet er sich nicht allein wie Horkheimer und Adorno gegen die Reduktion der Welt auf beherrschbare Objekte, die er als Mangelform der ‚matters of concern‘ begreift (ebd.: 234 f.). Er entwickelt darüber hinaus eine Gegenerzählung, die bei den naturwissenschaftlich-technisch erschlossenen und gestalteten Dingen ansetzt. Angeregt durch etymologische Überlegungen Heideggers – aber gegen dessen Präferenz für das nichttechnische-Traditionale –, begreift Latour solche Dinge als eine Art Thingstätte oder ‚Versammlung‘ bedeutsamer Faktoren, einschließlich von Instanzen wie ‚Mensch‘ und ‚Gott‘. Ein Beispiel bietet Allan Turings Aufsatz über „Computing Technology and



Intelligence“ (1950), der seine grundlegenden Neuerungen aus der Frage entwickelt, ob Maschinen denken können und wie das gegenüber dem Schöpfer verantwortbar wäre. Latour entnimmt dem Text sogar einen Hinweis darauf, wie Kritik wieder lebendig werden könnte: Sie kommt zustande, wenn in der Ding-Versammlung eine kritische Masse von Faktoren überschritten wird, ab der Neues entsteht.[8]

Latour reflektiert leider nicht den klassischen Einwand, dass man Genesefaktoren nicht als Geltungsaspekte behandeln sollte.[9] Turings theologische Fragen mögen zur Entstehung und anfänglichen Rezeption seines Textes beigetragen haben, aber sie sind in der Entwicklung der Computertechnologie vergessen beziehungsweise durch ebenso austauschbare Elemente wie libertäre Visionen und Hippiekosmologien ersetzt worden. Der Einwand ist entscheidend dafür, wie weit eine kritische Kontextanalyse gehen kann. Von Profit- und Herrschaftszielen bis zu Sozialkritik selbst können verschiedenste Motive – von Profit- und Herrschaftsbestrebungen bis hin zur Sozialkritik – wissenschaftlich-technische Innovationen antreiben. Doch wo diese sich durchsetzen, ist anzunehmen, dass der spezielle Impuls hinter der allgemein anerkannten und allgemein nutzbaren Tragfähigkeit der Entdeckung oder Erfindung zurücktritt. Eine Kritik der Bedingtheit von Wissenschaft hätte dann keine bleibenden Anhaltspunkte. Man kann die These aber auch differenzierter vertreten: Je umfassender die praktischen Alternativen sind, die sich aus wissenschaftlichen Streitfragen ergeben, desto umfänglicher hängt auch der anerkannte, nutzbare Gehalt wissenschaftlicher Erkenntnisse von Machtverhältnissen ab. Eine Wirtschaftswissenschaft oder Medizin, die sich aus Diskussionen über die Wirtschaftsordnung oder das Gesundheitswesen völlig heraushält, ist schwer vorstellbar. Je breiter und vielfältiger sich Ergebnisse dagegen nutzen lassen – oder je weniger direkte Anwendung möglich ist –, desto besser greift die Unterscheidung von Genese und Geltung; in der Astronomie genauso wie in der Rechentechnik. Die Chancen von Wissenschaftskritik variieren entsprechend, aber sie brechen nicht weg, nur weil ‚Natur‘ der Gegenstand ist.

Das Wissenschaftssystem hat die wissenschaftskritischen Störungen trotzdem vergleichsweise lautlos bewältigt. Entscheidend waren dabei weder wechselseitige Disziplinierung unter den Forschenden noch ein Sanktionsapparat, sondern Arbeitsteilung. Ihre sichtbarste Form ist, dass führende Poststrukturalist\_innen nur wenig über Naturwissenschaft wissen und von Fachleuten bloßgestellt werden. Weniger direkt fällt ins Auge, dass Rationalitätskritik in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen auch selten aufkommt, ein Anliegen der Kulturwissenschaften bleibt und sogar aus der Philosophie weithin verdrängt wurde. Will man diese Lage erklären, muss man nicht nur Debatten, sondern vor allem Erfolgchancen in den Blick nehmen. Biologische Forschungen, die mögliche Genmanipulation erschließen, ziehen mehr Kapital an als solche, die Geschlechtertrennungen relativieren. Wo die theoretische Physik von Nutzungsfragen entkoppelt wurde, kann Atomwaffenkritik nicht als fachliche Erkenntnis honoriert werden. Und wenn sich Philosoph\_innen bemühen, wissenschaftlich zu werden, setzen sie eher auf objektivierbare logische Form(e) als auf Verunsicherung. Fraglich bleibt, wie solche Erfolgsbedingungen selbst zu erklären sind. Das Zwischenergebnis liegt aber auf der Hand: Am wirksamsten könnte

heute die Organisation wissenschaftlichen Erfolgs dafür sorgen, dass die systemischen Störungen und Konflikte, die Kritik als Verständigungsmodus hervortreibt, unter Kontrolle bleiben.

Damit ist der Übergang zur Diskussion von Konkurrenz erreicht. Die nunmehr ausgeführte Grundlage ist, dass eine geschichtlich an verschiedenen Fronten radikalisierte Kritik bis heute antikritische Gegenreaktionen provoziert. Die Autoritätsprobleme der Frühen Neuzeit dürfen zwar inhaltlich als erledigt gelten, doch ihr strukturelles Zentrum, die Streitfähigkeit von Beliebigen, sucht weiterhin die Anerkennungsgefüge wissenschaftlichen Austauschs heim. Der erstmals um 1848 sichtbare Impuls, die kritische Kompetenz auf verschiedenste praktische Ordnungen auszudehnen und sie mit politisch-sozialer Opposition zu verbinden, ist zurzeit abgeschwächt, bleibt aber aktivierbar, solange sich Eliten auf verbürgtes Herrschaftswissen stützen. Und während Kritik an der sozialen Funktion wissenschaftlicher Verfahren randständig bleibt, hat sie doch Wirkungspotenzial in der Geschlechter-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Um die bisher nur skizzierten Reaktionen genauer zu fassen, lohnt es noch einmal neu anzusetzen.

### **3. Wissenschaftliche Konkurrenz und akademischer Statuswettbewerb**

Dass sich die sprachpraktischen Register von Kritik und Konkurrenz in der Wissenschaft nicht ausschließen, wurde bereits im ersten schematischen Überblick betont und wird durch diverse Wissenschaftstheorien bestätigt. Karl Popper, den ich als Zeugen für die Zentralität von Kritik angeführt habe, kann ebenso als Wettbewerbsdenker herangezogen werden: „Konkurrenz und Wettbewerb werden seit jeher als Wesensmerkmale der wissenschaftlichen Wissensproduktion beschrieben – erst im Wettbewerb um neue Ideen entsteht wissenschaftlicher Fortschritt (vgl. Popper 1959).“ (Gülker 2015: 76) Tatsächlich hat Popper über konkurrierende Theorien nachgedacht und sogar erklärt, „dass der Fortschritt der Wissenschaft vom freien Wettbewerb der Ideen und somit von der Freiheit abhängt“ (Popper 2005: 267). Allerdings äußert er diesen Gedanken nicht in der Erstauflage von 1935, sondern erst als Parteigänger der freien westlichen Welt in der Nachkriegszeit.[10] Das verdeutlicht, wie stark Kritik und Wettbewerb ideologisch aufgeladen sind (und zeigt nebenbei die Unschärfe einer Wissenschaftskultur, die nicht mehr kritisch den Wortlaut ihrer Bezugstexte überprüft). Grundsätzlich liegt nahe, dass Forschende sowohl durch Kritik um Ansehen konkurrieren als auch im Wettbewerb darum stehen, wem eine gute Kritik der anderen Positionen gelingt. Die Frage ist, worauf der Schwerpunkt liegt oder welcher Zweck übergeordnet ist. Die institutionellen Rahmenbedingungen von Wissenschaft dürften dies wesentlich vorentscheiden.

Wie diese Bedingungen aussehen, hängt stark von den herrschenden Gesellschaftsverständnissen und Regierungstechniken ab. In der neoliberalen Ära war es (krypto-)politisch eher Programm, alle im Wettbewerb einzuspannen, als (wie Popper) die Vorzüge einer freien (westlichen) Kultur zu betonen. Zugleich fragt sich, wie eine auf Konkurrenz eingerichtete Wissenschaft konkret funktioniert – womöglich auch nach der neoliberalen Hegemonie.

Viele Neuerungen, die Konkurrenz im Wissenschaftssystem stärken, haben tatsächlich neoliberale Regierungen (inklusive der Sozialdemokratie des „dritten Wegs“) gestaltet:

- die verstärkte Konkurrenz um wirtschaftliche Nutzung, Forschungsaufträge und Renditen auf geistiges Eigentum, wie sie besonders in den USA seit 1980 mit einer Reihe von Gesetzen gefördert wird (Slaughter/Leslie 1997, Berman 2012);
- die zunehmende Umstellung von bedarfsabhängiger auf wettbewerbsbasierte (und projektgebundene) Mittelverteilung, wie sie besonders in Deutschland seit etwa zwei Jahrzehnten stattfindet[11] – mit der als „Exzellenzstrategie“ ausgeführten Zusatzpointe, dass man so neue Hierarchien zwischen den Universitäten schaffen will;
- ein akademisches *New Public Management*, das Mittelvergabe über Kennzahlen an Leistungen bindet, paradigmatisch in Großbritannien mit dem Research Assessment Exercise (1986-2008) und dem Research Excellence Framework (ab 2014).

Weitere, mit den Regierungsmaßnahmen vielfältig verbundene Trends haben sich im Wissenschaftssystem selbst eingestellt:

- eine allgemeine Orientierung auf quantitativ gemessene Publikationserfolge, die zumeist an Zitationshäufigkeit gebunden sind und mittels verschiedener Indizes erhoben werden (siehe unten);
- eine verschärfte Stellungskonkurrenz der Forschenden, die mit variablen Mischungen von Indikatoren (Burrows 2012, Münch 2016) sowie Einladungen, Preisen und Ähnlichem um gute Arbeitsbedingungen und Entscheidungspositionen ringen;
- der Wettstreit wissenschaftlicher Einrichtungen um globales Ansehen, der besonders in Hochschulrankings stattfindet (Marginson/van der Wende 2007, Hazelkorn 2011) und Feedbackeffekte auf Studierenden- und Forscherzustrom, staatliche und private Unterstützung sowie Lehr- und Forschungsprofile selbst hat.

Im Folgenden will ich zunächst kurz erläutern, wie sich der Status wissenschaftlicher Kritik in solchen Zusammenhängen verändert. Danach diskutiere ich Antworten auf die schwerer zu klärende Frage, ob die Umstellung auf Konkurrenz auch durch die dargestellten Gefahren kritischer Auseinandersetzung bedingt ist. Ich schließe mit Bemerkungen zu den Konsequenzen für Erkenntnisfortschritte und politische Rationalität, die der umrissene Wandel erwarten lässt.

Um Konkurrenz gezielt als Modus wissenschaftlicher Auseinandersetzung zu untersuchen, bieten sich zwei Ansatzpunkte an: die Peer-Reviews, die über die Annahme von Publikationen und Forschungsanträgen entscheiden, und die Kennzahlen, durch die Forschungsleistungen quantitativ vergleichbar werden. Im ersten Bereich sind verschiedene Konkurrenzeffekte verhandelt worden: Es wurde gefragt, ob Peer Reviews zuverlässig, aussagekräftig und fair sind (Reinhart 2012: 98 ff.), ob sie die Schönung und Fälschung von Forschungsergebnissen aufzudecken helfen oder eher herausfordern (Fang et al. 2012), wie die Reviewer\_innen selbst ihre Rolle bei Entscheidungen sehen (Lamont 2010). Die hier zentrale strukturelle



Erwägung ist anders gelagert, aber für diese Fragen aufschlussreich: Im Peer-Review verschiebt sich der Prozess der wissenschaftlichen Kritik *vor* die Publikation oder sogar vor die Forschung – und rückt damit in ein instrumentelles Verhältnis zu erstrebten Wettbewerbserfolgen.

Das erklärte Ziel dabei ist Qualitätssicherung: Texte sollen ein hohes Niveau von Informiertheit und Stringenz erreicht haben, bevor sie zur Publikation zugelassen werden, und nur die besten Forschungsvorhaben sollen finanziell unterstützt werden. Um diese Tests zu bestehen, setzt man sich der Kritik der anderen Fachleute aus; in avancierten Journals wird diese sogar bereits mitpubliziert. Alles dies sind vermutlich sinnvolle Maßnahmen (auch wenn die Urteile über ein und denselben Text in der Fachgemeinschaft fast zufällig variieren) doch sie fördern ein schlichtes Kalkül: Ich lege meinen Text oder Antrag so an, dass er möglichst bei keiner Reviewerin, die als sachlich zuständig gilt, Anstoß erregt (und möglichst jeder das Gefühl gibt, selbst berücksichtigt worden zu sein). Durch dieses Kalkül wird die Kritik *an* anderen Positionen in den Texten vorab geschwächt, weil sie zur Ablehnung führen könnte, und zugleich die erwartbare Kritik *von* anderen vorgreifend aufgewertet, weil sie über Sein oder Nichtsein meines Beitrags in der Fachwelt entscheidet. Öffentlich geübte Kritik wird zum vermeidbaren Risiko, besonders wirksam ist Kritik als Publikationshürde. Ein instrumentelles Verhältnis zu ihr entwickle ich spätestens dann, wenn das Ziel nicht mehr bloß die Publikation, sondern die Veröffentlichung in einer möglichst hoch angesehenen Zeitschrift ist (eine inzwischen übliche Praxis; Rogge 2015: 209f.). Und da das Ansehen quantitativ gemessen wird, kommen an diesem Punkt Kennzahlen ins Spiel.

Solche Zahlen können in ihren wirtschaftlichen und bürokratischen Herkunftskontexten in verschiedenster Weise erhoben werden, um steuerungsrelevante Leistungen zu messen (wie viele Klient\_innen werden pro Tag versorgt, wie viele Reklamationen fallen pro Woche an?). In der Wissenschaft messen sie nicht bloß Pflichten wie Promotionsbetreuungen, sondern bevorzugt die wechselseitige Einschätzung von Forschenden – direkt durch Befragungen, vermittelt durch Bewilligungen sowie vor allem, mit bibliometrischen Verfahren, durch Zitationshäufigkeit. Die Komplexität der Verfahren hat auch hier Debatten ausgelöst; die „Sichtbarkeit“ von Einzelnen und der Impact-Faktor einer Zeitschrift variiert je nach Datenbasis und Berechnungsweise deutlich (vgl. Münch 2015: 149 ff.). Strittig ist natürlich auch, ob man überhaupt wissenschaftliche Qualität quantifizieren kann. Für die Frage nach der Struktur der epistemischen Praxis genügt erneut eine einfache Überlegung: Die Kennzahlen sind ein *Konkurrenzmedium* par excellence (Reitz 2015a: 179). Sie erlauben es, Leistungen oder Erfolg quantitativ anzuordnen, und sie können damit diverse Verteilungsprozesse regeln. In Deutschland spielen sie bisher vor allem für Berufungsentscheidungen eine Rolle, in Großbritannien wie erwähnt für die finanzielle Versorgung ganzer Institute, Fachbereiche und Hochschulen. Weltweit steuert die Reputation von Fachzeitschriften die Weise, in der Forschende ihre knappen guten Einsichten verteilen. Kritische Urteile werden auf dieser Bearbeitungsstufe wissenschaftlicher Kommunikation schlicht überflüssig. In Berufungsverfahren muss man kaum noch Publikationen besprechen, und mit dem Impact-Erfolg einer Zeitschrift erübrigen sich Urteile zu

ihrer Ausrichtung oder zur Qualität von ihr arrangierter Debatten – wenn Diskussion angestrebt ist und nicht bloß die Zusammenstellung ambitionierter Beiträge.

Befördert durch solche Prozesse wird auch die Wahrnehmung von Wissenschaft zunehmend von Wettbewerbsbildern bestimmt, sei es in den spektakulären globalen Rankings, sei es im Alltag derer, die Forschende, deren Projekte und Institute beurteilen sollen.[12] In einem Feld, das sich so massiv als Konkurrenzbetrieb präsentiert, wird Kritik selbst in ihrer dienenden Funktion oft verzichtbar.

Dieser Erfolg von Konkurrenzmechanismen und -medien kann nicht allein auf die neoliberale Hegemonie seit den 1980ern zurückgeführt werden. Ergänzend werden vor allem funktionale Erklärungen diskutiert. Die Sozialtechnik des Peer-Review erleichtert Mittelverteilungen und schafft Vertrauen in ihre Legitimität (Reinhart 2012), limitiert und sortiert die Überfülle wissenschaftlicher Beiträge. Die ergänzende Schicht quantitativer Indikatoren könnte so alternativlos sein wie die neuen Informations- und Kontrolltechnologien insgesamt; wer in Kommissionen noch Texte diskutieren will, verhält sich vielleicht wie jemand, der dem Auto die Kutsche vorzieht, um die Landschaft besser zu sehen (Weingart 2015: 249). Kombiniert verleihen Peer-Reviews und Kennzahlen der akademischen Profession eine neue Autonomie (Musselin 2013), die dennoch bürokratisch-politisch berechenbar ist. Zudem kann der Staat durch seine Wettbewerbe Fördergeld sparen, weil jeweils nur wenige etwas gewinnen (Reitz u. a. 2016). Und schließlich geben Kennzahlen und Rankings der weichen Währung wissenschaftlicher Reputation eine Struktur, an der sich neben Hochschulverwaltungen und Regierungen auch künftige Studierende und ihre Eltern, Unternehmen und Spender\_innen orientieren können (Münch 2016). Diese Erklärungsansätze sind alle sinnvoll; sie sagen jedoch wenig darüber, was die begleitende Abwertung von Kritik bedingt. Nimmt man die hier vorgestellten Thesen zusammen, liegt nahe, dass die akademische Konkurrenz sogar auf diese Abwertung angelegt ist.

Während insgesamt offen ist, ob Konkurrenz Wissenschaft effizient organisiert, bildet das soziale Störpotenzial von Kritik ein Effizienzhemmnis, das in der neuen akademischen Welt überwunden wird. Eine Reihe bereits angesprochener Kontexte macht den Punkt deutlich: Wo *Berufungskommissionen* über Texte diskutieren, kann alles aufbrechen, was man in der oft sowieso gespannten Lage eher unter der Artikulationsschwelle halten will: Paradigmenstreit, Konflikte um männliche oder weibliche Dominanz, Kollisionen politischer und ästhetischer Einstellungen. Der Rekurs auf Zahlen wirkt dagegen pazifizierend und hilft den Beteiligten, zumindest in der Selbstwahrnehmung wissenschaftliche Leistungen von Nichtzugehörigem zu trennen. Eine ähnliche Trennung erlaubt die Vorverlagerung von Kritik in *Reviewerverfahren*. Während es vor Publikum attraktiv sein kann, Kolleg\_innen zu desavouieren und politisch-theoretische Streitigkeiten auszutragen, fällt dieser Reiz fort, wenn die Kritik im Manuskript gleich vom angegriffenen Lager abgewehrt zu werden droht und Kritik am Manuskript nur eine Person erreicht. Das schließt nicht aus, dass auch die Kritik im Schutz der Anonymität verletzend ist, löst aber das Gentlemanproblem der Frühen Neuzeit: Da in der voröffentlichen, doppelt blinden Überprüfung nicht sichtbar Personen und Parteien aufeinandertreffen, können sie einander auch nicht ehrwürdig

angreifen. Die Gefahr unwissenschaftlicher Konflikte wird reduziert. Ein Nebeneffekt könnte sein, dass etwa die Soziologie ihre öffentliche Dimension verliert und „nur noch interessant für die Gemeinde der Artikelproduzenten selbst ist“ (Münch 2015: 154). Ziemlich klar ist die Lage schließlich bei der *wettbewerbsförmigen Verteilung von Forschungsgeldern*. Eine politische Entscheidung dafür, das neue Großprojekt in der Humangenetik oder in der Umweltbiologie anzusiedeln, die marktliberale Hauptlinie oder die keynesianische Opposition in der Volkswirtschaftslehre zu fördern, ist jederzeit angreifbar; wenn dagegen Wettbewerbe den Besten den Zuschlag geben, bleibt nur noch die weit weniger aussichtsreiche Kritik an den Begutachtungsgremien. Gewöhnlich herrscht öffentlich einfach Vertrauen, dass diese Gremien sachlich entscheiden (Reinhart 2012: 127 ff.).

Eine allgemeine Formel für die drei Kontexte und für weitere, verwandte Verschiebungen wäre (je nach Haltung), dass die Einhegung von Kritik durch Konkurrenz wissenschaftliche Auseinandersetzung *entpolitisiert* oder dass sie die *Politisierung* von Wissenschaft *begrenzt*. Man kann sogar hinzufügen, dass sich eine so umgestaltete Wissenschaft zur Entpolitisierung von Politik selbst eignet, nämlich als Reservoir parteilich nicht vorbelasteter Expert\_innen, die bei heiklen Fragen zur Beratung herangezogen werden (vgl. am Beispiel der Ökonomik Maeße 2015). Dieser Befund ist in einem bestimmten Theoriespektrum (von Laclau/Mouffe 1985 über Rancière 1995 bis zu Marchart 2013) nicht originell beziehungsweise nur noch nicht auf die Strukturen wissenschaftlicher Auseinandersetzung angewendet worden. Er erlaubt aber Schlussfolgerungen, die sich von den eingangs genannten Annahmen zur Ermüdung von ‚Kritik‘ deutlich unterscheiden: Wenn Kritik durch Konkurrenzmechanismen *verdrängt* oder *ingehegt* wird, weil das Wissenschaftssystem ohne sie reibungsloser und selbstbezoglicher arbeiten sowie effektiver regiert werden kann, ist das mehr als eine gleichsam automatische Selbstneutralisierung oder produktive Eingliederung der kritischen Impulse. Es bedeutet eine Umstellung in den praktischen Routinen der Wissenschaft, die nicht alternativlos war und es in zahlreichen Einzelfällen weiter nicht ist.

Erschöpfte, abstrakte, routinemäßige, halbherzige, wirkungslose, integrierbare Kritik erklärt sich in diesem Fall nicht aus inneren Schwierigkeiten, sondern daraus, dass die Beteiligten die Ordnungen der Konkurrenz akzeptiert haben. Kritische Theorie im Exzellenzcluster, DFG-geförderte Projekte zur gegenwärtigen Krise des Kapitalismus, Qualifikationsschriften zur Anklage bildungsbasierter Exklusion können selbstverständlich Raum für aufrührerische Personen und Aussagen bieten – der Normalfall ist, dass der Kontext den Inhalt neutralisiert. Der springende Punkt ist dabei nicht individuelle Aufrichtigkeit oder Heuchelei, sondern die Frage, welche Anschlusskommunikationen wahrscheinlich sind. Eine Serie von kritischen Äußerungen (und gegebenenfalls gegenkritischen Antworten) in den Wissenschaften kann auch heute dazu beitragen, dass sich (proto-)politische Fronten bilden und bewegen; zumeist verliert sie sich aber in der besser greifenden Serie erfolgsorientierter Anträge und Publikationen.

Wie man mit dieser Lage umgehen kann, hängt stark von den politischen Anliegen ab, die man gegebenenfalls verfolgt. Allgemein lässt sich aber festhalten, weshalb die geschilderte Lage nicht allein harten Gesellschaftskritiker\_innen Unbehagen bereitet. Einerseits haben sich Gefahren für wissenschaftliche

Standards gezeigt, die gerade mit der Konkurrenzkultur wachsen (und zunehmend kritisch diskutiert werden): Fassadenpflege in Anträgen, Selbstzensur und stille „Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner“ in Publikationen (Münch 2015: 154), zu Präsentationszwecken geschönte oder gefälschte Ergebnisse, eine vom Vorbild weniger Fächer und Länder geprägte Publikations-Monokultur (ebd.: 155 ff.), die Verdrängung wissenschaftlicher Neugier durch Statusmotive. Andererseits macht sich in Kontexten politischen Engagements empfindlich bemerkbar, dass eine Kultur wissenschaftlicher Kritik fehlt. Was immer an der Politisierung wissenschaftlicher Debatten unangenehm auffallen mag – ein Hang zum Besserwissen, zum moralischen Rechthaben und zum Dogmatismus –, ist in der Regel argumentativ besser artikuliert und zugänglich als Ideologien, denen das Korrektiv wissenschaftlicher Schulung fehlt. Das gilt nicht nur für autoritär populistische Diskurse, sondern auch für die Gesellschaftskritik linker Sekten, die von vornherein nicht mit dem akademischen Konkurrenzbetrieb kommunizieren.

Im Eingangsbereich dieses Betriebs, sozusagen vor der Konkurrenz, finden sich vermutlich mehr Menschen als je zuvor, die zugleich intellektuelle Neugier und Interesse an politischer Veränderung haben. Der Autor dieses Beitrags gibt in wissenschaftlichen Texten ungern praktische Empfehlungen, aber vielleicht wäre es angebracht, hier wieder an einer Kultur wechselseitiger Kritik zu arbeiten, die öffentlich stattfindet und sich offene Übergänge zur politischen Auseinandersetzung herausnimmt. Die sehr abstrakte Reflexion darauf, was Kritik als solche ist und leisten kann (oder ob sie heute noch möglich ist), würde in einem solchen Prozess vielleicht schrittweise überflüssig.

## Endnoten

- [1] Das betrifft Boltanski zufolge sogar den Bereich ökonomischer Ungleichheit: „In diesen Gesellschaften unterliegen die der Öffentlichkeit übermittelten Geschehnisse und die über sie verbreiteten Diskurse [...] einem *Imperativ der Rechtfertigung*, so dass sie von jedem wie auch immer dazu qualifizierten (und als *legitim* angesehenen) Adressaten diskutierbar gemacht werden können. [...] In diesem Gesellschaftstyp unterliegen nicht nur Staatsagenturen, sondern auch das, was man [...] die *Institutionen des Kapitalismus* nennen könnte, diesen Anforderungen.“ (2010: 185)
- [2] Dies ist bekanntlich der Einwand von Kuhn (1996 [1962]), Feyerabend (1983) und anderen gegen Popper. In einer Gegenoffensive spitzt Imre Lakatos die Kritikbegrifflichkeit folgendermaßen zu: „[A]ccording to Popper science is ‚revolution in permanence‘, and criticism the heart of the scientific enterprise.“ (1970: 92)
- [3] „[W]hile the consideration of *Men*, and of *humane affairs*, may affect us, with a thousand various disquiets; *that* never separates us into mortal factions; *that* gives us room to differ, without animosity; and permits us, to raise contrary imaginations on it, without any danger of a *Civil War*.“ (Sprat 1959 [1667]: 55 f.)
- [4] „The Royal Society’s ‘modern’ rejection of authority in scientific matters quite specifically mobilized codes of presumed equality operative in early modern gentle society. [...] Conversation was [...] not only a mark of epistemic efficiency, it was also a civil end in itself. No conception of truth could be legitimate if pursuing and maintaining it put civil conversation at risk.“ (ebd.: 123) Konfliktfällen, in denen es dennoch Kritik gab und die sozial zu eskalieren drohten – etwa weil Randfiguren aus dem restaurativen Lager oder, im Fall Spinozas, aus dem Ausland eine Rolle spielten –, geht Shapin leider nicht weiter nach.
- [5] Martin Reinhart (2005: 4 f.) verweist im Kontext auch summarisch auf Shapin, der Peer-Reviews allerdings nicht systematisch diskutiert.

- [6] Als nun anstehenden ‚Gegenstand der Kritik‘ bestimmt Bauer (1844a, 1844b) in der entscheidenden Phase die ‚Masse‘ und die frühsozialistischen Systeme. Die Berliner Junghegelianer transformieren sich währenddessen von der ‚politischen Partei‘ zur ‚intellektuellen Boheme‘ (Eßbach 1988: 204 ff. sowie 290 ff.).
- [7] Sätze wie der folgende reihen sie unter normierende und disziplinierende Sozialtechniken ein, die man heute ‚fordistisch‘ nennt: „Die Angst des rechten Sohns moderner Zivilisation, von den Tatsachen abzugehen, die doch bei der Wahrnehmung schon durch die herrschenden Usancen in Wissenschaft, Geschäft und Politik klischeemäßig zugerichtet sind, ist unmittelbar dieselbe wie die Angst vor der gesellschaftlichen Abweichung“ (Horkheimer/Adorno 1988 [1947]: 3).
- [8] Turing fragt, ob eine Maschine in diesem Sinn ‚super-critical‘ sein kann; Latour regt an, dass wir selbst es werden: „Critical theory died away long ago; can we become critical again, in the sense [...] offered by Turing? That is, generating more ideas than we have received, inheriting from a prestigious critical tradition but not letting it die away, or ‘dropping into quiescence’ like a piano no longer struck“ (2004: 248).
- [9] Im Textverlauf deutet er solche Probleme immerhin an: „[N]o matter what we do, when we try to reconnect scientific objects with their aura, their crown, their web of associations, when we accompany them back to their gathering, we always appear to *weaken* them, not to *strengthen* their claim to reality“ (ebd.: 237).
- [10] Die betreffende Fußnote findet sich zuerst in der englischsprachigen Neuauflage der *Logik der Forschung* von 1959, dann auch in den deutschen Ausgaben ab 1966 – und Popper verweist darin auf seine u. a. antimarxistische Kampfschrift *The Poverty of Historicism* (1957). Der einzige starke Beleg zum Wettbewerb in der Erstauflage lautet, das Ziel empirischer Forschung sei es, „in möglichst strengem Wettbewerb das relativ haltbarste [System] auszuwählen“ (Popper 1935: 14).
- [11] Besonders die Daten für die Zeit ab 2000 sind deutlich. Das Verhältnis der staatlichen Grundfinanzierung zu den Ausgaben der Hochschulen ist von 2003 bis 2013 von 75% auf 66% gefallen (IEKE 2016: 12), während der Anteil von Drittmitteln an der Hochschulfinanzierung zwischen 2000 und 2010 von 10% auf 15% gestiegen ist (WR 2013: 115). Fast die Hälfte der Forschung an deutschen Hochschulen ist inzwischen drittmittelfinanziert.
- [12] Silke Gülker zeigt das – eingeleitet vom schon zitierten Popper-Verweis – in einer Analyse von Review-Haltungen in verschiedenen Ländern. Selbst angesichts des altbekannten Wissenschaftswettbewerbs falle auf, „mit welcher Selbstverständlichkeit sich die wissenschaftliche Fachgemeinschaft in internationaler Konkurrenz beschreibt“ (2015: 76). Obwohl „keine noch so gut informierten Gutachterinnen die weltweite Forschungslandschaft überblicken oder Zitationsindizes diese treffend erfassen“ (ebd.) können, setzten „die Gutachterinnen [...] gedachte weltweite Ranglisten“ voraus, „wenn sie davon sprechen, dass ein Institut im internationalen Wettbewerb ‚nach vorne‘ kommen müsse oder ein bestimmtes Paper keine internationalen Auswirkungen habe“ (ebd.: 75).

## Autor\_innen

Tilman Reitz ist Soziologe und Philosoph. Seine Schwerpunkte sind Politische Theorie, Gesellschaftstheorie, Wissenssoziologie und Ästhetik.  
tilman.reitz@uni-jena.de

## Literatur

- Aristoteles (1957): *Politica*. Herausgegeben von William David Ross, Oxford: Oxford UP.
- Bauer, Bruno (1844a): Was ist jetzt der Gegenstand der Kritik? In: Hans Martin Sass (Hg.) (1968), *Feldzüge der reinen Kritik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 200-212.
- Ders. (1844b): Die Gattung und die Masse. In: Hans Martin Sass (Hg.) (1968), *Feldzüge der reinen Kritik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 213-223.

- Berman, Elizabeth Popp (2012): *Creating the Market University. How Academic Science Became an Economic Engine*. Princeton/New Jersey: Princeton UP.
- Biagioli, Mario (2002): From Book Censorship to Academic Peer Review. In: *Emergences: Journal for the Study of Media & Composite Cultures* 12, 11-45.
- Boltanski, Luc (2010): *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ders. / Thévenot, Laurent (1999): The Sociology of Critical Capacity. In: *European Journal of Social Theory* 2, 359-377.
- Burawoy, Michael (2005): For Public Sociology. In: *American Sociological Review* 70, 4-28.
- Burrows, Roger S. (2012): Living With the H-Index? Metric Assemblages in the Contemporary Academy. In: *The Sociological Review* 60, 355-372.
- Dawkins, Richard (1976): *The Selfish Gene*. Oxford: Oxford University Press.
- Eßbach, Wolfgang (1988): *Die Junghegelianer. Zur Soziologie einer Intellektuellengruppe*. München: Fink.
- Fang, Ferric C. / Steen, R. Grant / Casadevall, Arturo (2012): Misconduct Accounts for the Majority of Retracted Scientific Publications. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 109, 17028-33.
- Fausto-Sterling, Anne (2000): *Sexing the Body: Gender Politics and the Construction of Sexuality*. New York: Basic Books.
- Feyerabend, Paul (1983): *Wider den Methodenzwang*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fox Keller, Evelyn (2000): *The Century of the Gene*. Cambridge/Massachusetts: Harvard UP.
- Gülker, Silke (2015): Responsivität beim Bewerten von Wissenschaft. In: Hildegard Matthies / Dagmar Simon / Marc Torks (Hg.), *Die Responsivität der Wissenschaft. Wissenschaftliches Handeln in Zeiten neuer Wissenschaftspolitik*. Bielefeld: transcript, 51-95.
- Habermas, Jürgen (1990 [1961]): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ders. (1964): Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 16, 636-659.
- Ders. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde., Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hazelkorn, Ellen (2011): *Rankings and the Reshaping of Higher Education. The Battle for World-Class Excellence*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hempel, Carl Gustav / Oppenheim, Paul (1948): *Studies in the Logic of Explanation*. In: *Philosophy of Science* 15, 135-175.
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1988 [1947]): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- IEKE (Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative) (2016): *Endbericht*. Berlin: Institut für Innovation und Technik.
- Im Hof, Ulrich (1982): *Das gesellige Jahrhundert. Gesellschaft und Gesellschaften im Zeitalter der Aufklärung*. München: Oldenbourg.
- Israel, Jonathan (2001): *Radical Enlightenment. Philosophy and the Making of Modernity 1650-1750*. Oxford: Oxford UP.
- Kant, Immanuel (1781): *Kritik der reinen Vernunft*, Riga: Hartknoch.
- Koselleck, Reinhart (1997 [1959]): *Kritik und Krise. Zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kuhn, Thomas (1996 [1962]): *The Structure of Scientific Revolutions*. 3. A.. Chicago / London: University of Chicago Press.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London: Verso.
- Lakatos, Imre (1970): Falsification and the Methodology of Scientific Research Programs. In: ders. / Alan Musgrave (Hg.), *Criticism and the Growth of Knowledge. Proceedings of the International Colloquium in the Philosophy of Science*. Bd. 4. Cambridge: Cambridge UP, 91-196.
- Lamont, Michèle (2010): *How Professors Think. Inside the Curious World of Academic Judgement*. Cambridge/Massachusetts: Harvard UP.
- Latour, Bruno (2004): Why Has Critique Run out of Steam? From Matters of Fact to Matters of Concern. In: *Critical Inquiry* 30, 225-248.
- Maeße, Jens (2015): *Eliteökonomien. Wissenschaft im Wandel der Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer.

- Marchart, Oliver (2013): Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Marginson, Simon / van der Wende, Marijk (2007): To Rank or to Be Ranked. The Impact of Global Rankings in Higher Education. In: *Journal on Studies in International Education* 11 (3-4), 306-330.
- Marx, Karl (1844): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung (1844). In: *Marx Engels Werke (MEW)*, Bd. 1 (1957), Berlin/DDR: Dietz, 378-391.
- Moggach, Douglas (2010): Politische Heteronomie und republikanische Freiheit bei Bruno Bauer. In: Klaus Michael Kodalle / Tilman Reitz (Hg.), *Bruno Bauer (1809-1882) – ein „Partisan des Weltgeistes“?* Würzburg: Königshausen & Neumann, 241-249.
- Münch, Richard (2016): Die Macht der Zahlen in der Evaluation wissenschaftlicher Forschung. Eine soziologische Erklärung. In: Julian Hamann / Jens Maeße / Vincent Gengnagel / Alexander Hirschfeld, *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer.
- Ders. (2015): Alle Macht den Zahlen! Zur Soziologie des Zitationsindexes. In: *Soziale Welt* 66, 149-159.
- Mulsow, Martin (2012): *Prekäres Wissen. Eine andere Ideengeschichte der Frühen Neuzeit*, Berlin: Suhrkamp.
- Musselin, Christine (2013): How Peer Review Empowers the Academic Profession and University Managers: Changes in Relationships between the State, Universities and the Professoriate. In: *Research Policy* 42, 1165–1173.
- Popper, Karl (1935): *Logik der Forschung. Zur Erkenntnistheorie der modernen Naturwissenschaft*. Wien: Julius Springer.
- Ders. (2005): *Logik der Forschung*, 11. Auflage. Herausgegeben von Herbert Keuth, Berlin: Akademie Verlag.
- Reinhart, Martin (2012): *Soziologie und Epistemologie des Peer Review*. Baden-Baden: Nomos.
- Ders. (2010): Qualität durch Peer Review. [http://www.hkb.bfh.ch/fileadmin/PDFs/Y/symposium/Qhoch3\\_Martin\\_Reinhard.pdf](http://www.hkb.bfh.ch/fileadmin/PDFs/Y/symposium/Qhoch3_Martin_Reinhard.pdf) (letzter Zugriff am 5.8.2016).
- Reitz, Tilman (2015a): Konkurrenz als Beharrungsprinzip. Soziologische Theorie im Anschluss an Lewis Carroll. In: Thomas Kirchhoff (Hg.), *Konkurrenz. Historische, strukturelle und normative Perspektiven*. Bielefeld: transcript, 165-190.
- Ders. (2015b): *Das zerstreute Gemeinwesen. Politische Semantik im Zeitalter der Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ders. / Graf, Angela / Möller, Christina (2016): Nicht förderungswürdig. Weshalb die Evaluation der Exzellenzinitiative gegen deren Fortsetzung spricht. In: *suburbana. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 4/2 (in diesem Heft)
- Rivera, Lauren (2015): *Pedigree. How Elite Students Get Elite Jobs*. Princeton, Oxford: Princeton UP.
- Rogge, Jan-Christoph (2015): Soziale Bedingungen und Effekte der quantitativen Leistungsmessung. Ergebnisse einer Befragung von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. In: *Soziale Welt* 66, 205-214.
- Röttgers, Kurt (1982): Kritik. In: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 3. Stuttgart: Klett Cotta, 651-675.
- Schmitt, Carl (1938): *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*. Hamburg: Hanseatische Verlags-Anstalt.
- Shapin, Steven (1994): *A Social History of Truth. Civility and Science in Seventeenth-Century England*, Chicago. London: University of Chicago Press.
- Simmel, Georg (1983 [1903]): Zur Soziologie der Konkurrenz. In: Heinz-Jürgen Dahme / Otthein Rammstedt (Hg.): *Schriften zur Soziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 173–193.
- Slaughter, Sheila / Leslie, Larry L. (1997): *Academic Capitalism. Politics, Policies, and the Entrepreneurial University*. Baltimore/Maryland.: Johns Hopkins UP.
- Sokal, Alan / Bricmont, Jean (2001): *Eleganter Unsinn. Wie die Denker der Postmoderne die Wissenschaften missbrauchen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Spanier, Bonnie (1995): *Im/partial Science: Gender Ideology in Molecular Biology*. Bloomington/Indiana: Indiana University Press.
- Sprat, Thomas (1959 [1667]): *History of the Royal Society*. Herausgegeben von Jackson I. Cope und Harold Whitmore Jones, London: Routledge.
- Stichweh, Rudolf (2013 [1994]): Die Autopoiesis der Wissenschaft. In: ders. (Hg.), *Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen*. Bielefeld: transcript.

- Toepfer, Georg (2015): Die Rote Königin jagt den Hofnarren. Konkurrenz auf der Bühne der Natur und im Spiel der Evolution. In: Thomas Kirchhoff (Hg.), Konkurrenz. Historische, strukturelle und normative Perspektiven. Bielefeld: transcript, 117-138.
- Turing, Alan (1950): Computing Machinery and Intelligence. In: Mind 49, 433-460
- Weingart, Peter (2015): Nostalgia for the World without Numbers. In: Soziale Welt 66, 243-250.
- WR (Wissenschaftsrat) (2014): Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten (Drucksache 4009-14). <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4009-14.pdf> (letzter Zugriff am 2.11.2016).
- WR (Wissenschaftsrat) (2013): Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems (Drucksache 3228-13). <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3228-13.pdf> (letzter Zugriff am 2.11.2016).

### **The Restructuring of Scientific Conflicts and its Knowledge Effects**

*Since the social and natural sciences imply dissent, ways of waging and regulating conflicts have to be found. This paper argues that the prevailing practice of conflict has for a long time been mutual critique, whereas recently organized competition assumed the dominant role. In order to substantiate this thesis, critique and competition are first introduced as specific forms of social practice. In a second step, episodes from the history of Western science serve to show that scientific critique has always been on the verge of producing political unrest and social disruptions. It has threatened established authorities, cooperated with oppositional social movements, and questioned scientific rationality itself. In the last step I argue that the recent hegemony of competition is (in parts) a reaction to this series of threats. In almost all forms of competition – contingent funding, impact-factor-mania, global rankings – traces of minimizing the disruptive potential of critique can be found.*



# Kritische Stadtgeographie – ein Archipel epistemischer Gemeinschaften<sup>[1]</sup>

Cécile Gintrac

Das Ziel dieses Artikels ist es, die kritische Stadtgeographie anhand drei zeitgenössischer Gruppen zu analysieren, die für sich beanspruchen, zu dieser zu gehören: die GESP (Grupo de Estudos sobre São Paulo) in Brasilien, die Kritische Geographie Berlin in Deutschland und das internationale Netzwerk INURA (International Network for Urban Research and Action). Die Methode ist angeregt durch die *Science Studies* und beinhaltet die Analyse dessen, was getan wird ebenso wie eine Analyse der theoretischen Inhalte, die dabei produziert werden. Aus dieser Sicht existieren Ideen nur, insofern sie von diesen Gruppen getragen, umgesetzt und verbreitet werden. Mithilfe des gesammelten Datenmaterials wird es möglich, kritische Stadtgeographie zu definieren und die Geopolitik dieser spezifischen Wissensproduktion zu beschreiben.

*Ersteinreichung: 10. Juni 2016; Veröffentlichung online: 29. November 2016*  
*An english abstract can be found at the end of the document.*

In Deutschland nimmt die Kritische Geographie seit den frühen 2000er Jahren Konturen an (Belina et al. 2009). In Frankreich dagegen, wo ich selbst studiert habe und Geographie lehre, mussten wir bis 2010, 2011, 2012 warten: Erst in diesen Jahren stieg die Zahl der Übersetzungen<sup>[2]</sup>, einheimischen Veröffentlichungen<sup>[3]</sup> und Konferenzen<sup>[4]</sup>, die sich einer kritischen und radikalen Stadtgeographie widmeten. Als die Zeitschrift *Carnets de géographes* 2011 dazu aufrief, Beiträge zu „Kritischen Geographien“ einzureichen, definiert sie diese als

„Gesamtheit der Ansätze, die im weiteren Sinne eine Infragestellung der klassischen analytischen Kategorien zum Lesen der Welt betreiben und den Willen artikulieren, Einfluss auf die politischen und sozialen Entwicklungen der untersuchten Gesellschaften zu nehmen. In den angelsächsischen Geographien sind kritische Ansätze in der Regel mit einer radikalen, gegenüber dem Kapitalismus und dem Neoliberalismus als dominanten strukturierenden Kräften kritischen Haltung und den dazugehörigen kritischen Oppositionsströmungen verbunden, wie beispielsweise die *postcolonial studies* oder die *subaltern studies* (Calbérac/Morange 2011).

Es erschien mir sinnvoll, nicht bei allgemeinen Definitionen stehen zu bleiben, sondern genauer zu untersuchen, was diese kritische, radikale

Stadtgeographie für diejenigen Gruppen bedeutet, die sich ihr weltweit verschrieben haben, von Brasilien bis Japan über Spanien oder auch Südafrika. Dies impliziert auch den Versuch zu verstehen, was dies konkret für das Funktionieren dieser Kollektive, für ihre ‚Art, etwas zu tun‘ bedeutet – und auch für das Verhältnis zur Universität, für das eigene Engagement und die Politik.

Dafür ist es erforderlich, sich den Einsichten der Soziologie der Wissenschaften und allgemeiner der *Science Studies* (STS) zuzuwenden. Dabei geht es dann nicht mehr allein darum, sich lediglich mit dem Inhalt von Forschungen zu beschäftigen, sondern auch die Praktiken der Forscher\_innen mit in die Untersuchung einzubeziehen. Die wissenschaftliche Arbeit wird unter diesem Blickwinkel als eine soziale ‚Konstruktion‘ betrachtet, deren Ergebnis nicht eine bloße Re-Transkription der Wirklichkeit ist – auch wenn sie sich stetig dieser anzunähern versucht –, sondern zu einem gewissen Teil von ihren spezifischen Produktionsbedingungen bestimmt ist. Die kombinierte Lektüre der Arbeiten Pierre Bourdieus, insbesondere von *Science de la science et reflexivité* (*Wissenschaft der Wissenschaft und Reflexivität*, Bourdieu 2001), und Bruno Latours (1979; 2005; 2006; 2007) hat mich Schritt für Schritt dahin gebracht, eine Untersuchung ohne apriorischen Fokus auf Praktiken und Wissen der Forschenden zu bevorzugen und auf solche Weise „den Akteuren selbst zu folgen“ (Latour 2007).

Bei dieser Herangehensweise werden die analytischen Kategorien nicht durch eine externe Beobachterin festgelegt, sondern als Bekräftigung und Legitimierung der eigenen Praxis von den Akteur\_innen selbst formuliert. Aus diesem Grund werde ich von dem Postulat ausgehen, dass die Kritische Geographie von der Gesamtheit der lokalen Gruppen hervorgebracht wird, die dieses Etikett für sich in Anspruch nehmen und so dazu beitragen, dem Begriff einen Sinn zu geben und ihn zu definieren.

Ich habe mich daher entschlossen, diese ‚Fabrik‘ zu untersuchen, indem ich drei aktuelle Gruppen in den Blick nehme – die GESP (*Grupo de Estudos sobre São Paulo*) in Brasilien, die Kritische Geographie Berlin in Deutschland sowie das internationale Netzwerk INURA (*International Network for Urban Research and Action*) –, die sich ausdrücklich mit der Kritischen Stadtgeographie identifizieren. Trotz der räumlichen Distanz sowie kultureller und wissenschaftlicher Unterschiede teilen sie eine ausdrücklich kritische Herangehensweise der Stadtforschung. Außerdem lassen sie sich gewissermaßen als ‚peripher‘ qualifizieren, wenn man der mehrfach in Debatten innerhalb der Kritischen Geographie vertretenen Auffassung folgt, dass es in diesem Bereich ein hegemoniales Zentrum anglophoner Wissensproduktion gebe.

Die Untersuchung der Kritischen Geographie der Stadt durch das Prisma der *science studies* baut auf verschiedenen Postulaten auf, die ich im folgenden Kapitel ausführen werde. Im Anschluss werden die drei genannten Gruppierungen vorgestellt. Danach werde ich anhand einer Analyse der kollektiven Praktiken zu zeigen versuchen, was genau die Kritische Geographie ausmacht. Abschließend wird es dann um die Frage gehen, wie sich diese Gruppen in die heutige globale Geopolitik des Wissens einschreiben, insbesondere im Hinblick auf die nationalen und internationalen Machtverhältnisse in der akademischen Welt.

## Der unverzichtbare Beitrag der *Science Studies*

Die *Sciences Studies* bieten wertvolle Instrumente für die Untersuchung der zeitgenössischen Kritischen Stadtgeographie. Sie beruhen vor allem darauf, „von den wissenschaftlichen Praktiken zu sprechen und auf dieser Grundlage ein realistischeres Exposé der Wissenschaft im Werden zu entwerfen, indem diese fest in den Kontext der Institute, Erfahrungen und Forschungsgruppen gesetzt wird“ (Latour 2007: 23). Mit anderen Worten: Beim Versuch, die Wissenschaften zu verstehen, werden die Inhalte in einer Weise untersucht, die sie von der Betrachtung der alltäglichen oder besonderen Praktiken der Forschenden, die sie hervorbringen, nicht mehr abtrennt. Es geht also darum, sich nicht auf eine *internalistische* Epistemologie zu beschränken, bei der lediglich die Inhalte analysiert werden, sondern diese stattdessen in den Kontext eines *externalistischen* Blicks auf die Wissenschaft zu stellen, im Sinne einer Analyse der Praktiken, einer (um Latours Begriff wieder aufzugreifen) ‚Anthropologie‘ der wissenschaftlichen Arbeit, die auf einer sozial-relationalen Konzeption aufbaut, die auf konkrete Interaktionen der Forschenden in ihrem Alltag fokussiert.

Auch Bourdieu befasst sich mit den Praktiken. Er wirft Latour allerdings vor, die Analyse auf die Ebene der Forschungsstätte, des Labors, zu beschränken, was dazu führen könne, „wie in einer Dorfmonographie in der Forschungsstätte selbst erklärende Prinzipien zu suchen, die sich außerhalb befinden, in der Struktur des Raums, in dem sich diese befindet“ (Bourdieu 2001: 68). Bourdieu zufolge „haben Untersuchungen von Forschungsstätten die Tendenz gezeigt, die Wirkungen der Positionierung der Forschungsstätte innerhalb einer Struktur zu vernachlässigen“ (ebd.: 75): Dispositive der Wissenschaftsverwaltung (z.B. Gesetzgebung und Finanzierung), aber auch Kräfteverhältnisse zwischen den Forschungsstellen, Universitäten oder Forschungszentren. Der Konstruktivismus Bourdieus lässt sich also als strukturalistisch auffassen. Er stützt sich auf die Theorie der Felder und zeichnet auf dieser Grundlage eine Art Geopolitik des wissenschaftlichen Felds, das auf der nationalen Ebene vorgestellt wird als „ein Ort eines *mehr oder weniger ungleichen* Kampfes zwischen Akteuren, die in unterschiedlichem Maße mit je spezifischem Kapital ausgestattet sind“ (1976: 96, Hvh. i. O.).

Im Grunde sind die Auffassungen der beiden Autoren also diametral entgegengesetzt: sozial-relational bei dem einen, strukturell beim anderen. Aber diese beiden zunächst einmal antagonistischen Herangehensweisen sind nicht unvereinbar: Die anthropologische Beschreibung der wissenschaftlichen Praktiken, wie Latour sie vorschlägt, gewinnt, wenn sie um eine Analyse der wissenschaftlichen und politischen Machtverhältnisse ergänzt wird, und zwar auf nationaler wie auf internationaler Ebene (womit wir uns im letzten Abschnitt des Aufsatzes befassen werden). Und meinem Verständnis nach sollte die Beschreibung der alltäglichen Forschungspraxis im Kontext der großen Entwicklungen der Wissenschaftsverwaltung berücksichtigt werden. Bleibt die Frage, wie eine solche Studie methodologisch anzulegen, und vor allem auf welcher Ebene sie durchzuführen wäre.

## Denkströmungen aus der Perspektive der epistemischen Gemeinschaften

In vielerlei Hinsicht erscheint die Ebene der Forschungsgruppe als relevant; sie verweist uns auf den Begriff der ‚epistemischen Gemeinschaft‘. Dieser Begriff, der aus den Konzepten der *Science Studies* stammt, kam in den Arbeiten von Peter Haas (1992) auf und bezeichnet eine Gruppe, deren Mitglieder Werte und eine spezifische wissenschaftliche Herangehensweise teilen. Die Konstituierung als Gruppe erfolgt meist über die Annahme eines Namens und die Definition von Prinzipien und schafft so eine starke innere Einheit. Unter diesem Blickwinkel ist die Kritische Geographie nichts anderes als die Summe der epistemischen Gemeinschaften, die diesen Begriff für sich verwenden und die dann ein mehr oder weniger kohärentes Netzwerk bilden.

Unsere Methode besteht darin, solche selbstkonstituierte Gruppen zu untersuchen, deren Einheit endogen und nicht von dem oder der Betrachter\_in hergestellt ist. Anstatt also „anzunehmen, dass epistemische Gemeinschaften *a priori* existieren, müssen wir wissen, wie sie entstehen, wie sie hergestellt und materialisiert werden, was eine Untersuchung der Praktiken, Objekte, Metaphern, Instrumente und Diskurse erfordert, die diese Gemeinschaften hervorbringen und aufrechterhalten“ (Meyer/Molygneux-Hodgson 2001: 149).

Mit dem Konzept der epistemischen Gemeinschaften und der Methode, die sich mit ihm zur Verfügung stellt, lassen sich die meisten methodologischen Probleme lösen, welche die Untersuchung einer umfänglichen Denkströmung mit sich bringt:

1. Die Modalitäten der (Selbst-)Organisation der Gruppe sind häufig Gegenstand von kollektiven Aushandlungsprozessen und Debatten, die meist repräsentativ sind für die vertretenen Werte. Wenn sie sich von üblichen Forschungspraktiken unterscheiden, dann ist dies fast immer absichtlich der Fall.
2. Mit dem Untersuchungsobjekt ‚Gruppe‘ erledigt sich die Frage nach den zeitlichen und räumlichen Eingrenzungen: Jede Gruppe entfaltet sich in der Zeit (im Rahmen ihrer eigenen spezifischen Geschichte) sowie im Raum (über das Netzwerk, das aus den von ihren Mitgliedern und den zu anderen Gruppen und Institutionen geknüpften Verbindungen besteht).
3. Gleichzeitig regelt die Gruppe die Frage nach dem Platz des Individuums: Die freiwillige Mitgliedschaft reicht aus, um das Individuum in das Forschungsfeld einzubeziehen.
4. Die Gruppe ermöglicht es schließlich, sich nicht bloß auf die großen Namen zu beschränken und über rein individuelle Erzählungen hinauszugehen. Sie erlaubt es uns, sich für alle Mitglieder der Gruppe ungeachtet des Status zu interessieren.

Die epistemische Gemeinschaft erscheint uns daher als ein tragfähiger Begriff, der für das Studium kritischer Ansätze besonders gut geeignet ist: Sie ermöglicht es, eher das Kollektiv als das Individuum in den Blick zu nehmen, die Selbstorganisation anstelle der Institution, die konkreten Praktiken anstelle der kanonischen Arbeiten.

### **Drei Gruppen mit dem Anspruch, Kritische Stadtgeographie zu betreiben**

Zwar bestehen die ausgewählten Gruppen zur gleichen Zeit, sie entwickeln sich aber in sehr unterschiedlichen sprachlichen und institutionellen Kontexten. Genau hierin besteht der Erkenntniswert einer Studie über Gruppen, die sich alle einem gleichen Ansatz verschrieben haben. Sie haben sich selbst auf Grundlage dieser gemeinsamen Zugehörigkeit definiert und konstituiert.

Was sie zunächst einmal voneinander scheidet, ist die geographische Entfernung. Die GESP ist an der Universität von São Paulo untergebracht, in einer Metropole des sogenannten ‚Südens‘, während die Kritische Geographie Berlin in der Hauptstadt eines großen ‚industrialisierten‘ Landes sitzt, wo sie aber in Örtlichkeiten außerhalb der Universität aktiv ist (ehemals besetzten Häusern, Kneipen, Vereinslokalen). INURA ist ein internationales Netzwerk, dessen Mitglieder aus der ganzen Welt kommen, das aber administrativ in Zürich angesiedelt und in seiner Zusammensetzung im Wesentlichen europäisch geblieben ist. Es tritt nur dann in der Wirklichkeit zutage, wenn sich seine Mitglieder zu Konferenzen in Hotels, Konferenzsälen und zu Exkursionen treffen. Zwei der Gruppen sind also städtisch verankert, während INURA sich als internationales mobiles Netzwerk präsentiert, welches jährliche Konferenzen an ständig wechselnden Orten ausrichtet. Die Mitgliederzahlen der Kritischen Geographie Berlin und der GESP bleiben mit 15 bis 25 bescheiden, während INURA etwa hundert Mitglieder zählt.

Die drei ausgewählten Gruppen sind in gewissem Sinne ‚peripher‘: Wenn wir die wichtigsten Orte der Publikation und der Verbreitung von Wissen in der Stadtgeographie und den Stadtstudien, seien sie kritisch oder nicht, als zentral annehmen, dann sind die maßgebenden Fachzeitschriften und Konferenzen englischsprachig und befinden sich in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten. Abgesehen von INURA, wo Englisch die wichtigste Verkehrssprache ist – selten aber die Muttersprache der Mitglieder –, bevorzugen die ausgewählten Gruppen Publikationen in ihrer eigenen Sprache, also Portugiesisch im Fall der GESP und Deutsch im Fall der Kritischen Geographie Berlin. Die Gruppen haben sich entschieden, ihre Ergebnisse in erster Linie lokal und national zu verbreiten. Diese Entscheidung rührt auch von einer angenommenen persönlichen – wenn nicht sogar aktivistischen – Haltung her, die nicht erneut die ohnedies am häufigsten veröffentlichten und kommentierten Autor\_innen ins Zentrum der Analyse stellen will.

Eine Reihe von Feldforschungen wurde zwischen 2012 und 2015 von Forschungsgruppen und Verbänden an von ihnen frequentierten Orten (Universitäten, Vereinslokale etc.) unternommen. Die Studie stützt sich auf die Analyse der dort geführten Interviews, der besuchten Konferenzen, der schriftlichen Produktion, der Bibliographien, der Praktiken der untersuchten Gruppen und versteht sich als Untersuchung der Kritischen Stadtgeographie in Aktion, von Berlin nach São Paulo über Lissabon und Belgrad.



### Die GESP (*Grupo de Estudos sobre São Paulo*) als marxistisch-lebervrianische Forschungsgruppe

Die GESP ordnet sich auf ihrer Webseite der radikalen und Kritischen Stadtgeographie zu. Sie will den Prozess der „aktuellen Produktion des Raums“ beschreiben, den sie als „zutiefst ungleich“ qualifiziert, und an „der Konstruktion des Projekts einer anderen Stadt“ mitwirken. Es mag zunächst paradox erscheinen, dass eine solche Forschungsgruppe an die größte und mächtigste Universität Lateinamerikas angeschlossen ist. Die im Jahre 1934 gegründete USP (*Universidade de São Paulo*) ist eine öffentliche Universität, die vom Bundesstaat São Paulo finanziert wird und etwa 80.000 Studierende aufnimmt. Die GESP ist innerhalb der Abteilung für Geographie entstanden, die ihrerseits der Fakultät für Philosophie, Geistes- und Humanwissenschaften (*Faculdade de Filosofia, Letras e Ciências Humanas*) angehört. Die FFLCH verbindet den Anspruch, die – insbesondere politische – Elite des Landes heranzubilden, mit dem Geist der Revolte; daraus erklärt es sich, dass die GESP und das LABUR (*Laboratório de Geografia Urbana* [Forschungsstelle für Stadtgeographie]), in dessen Rahmen sie gegründet worden ist, sowohl im Bereich der Forschung als auch in der Lehre eine weitgehende Autonomie genießen.

Die Forschungsgruppe, die im Jahre 2015 zwanzig Mitglieder zählt, ist aus sich selbst heraus entstanden, ohne Finanzierung und außerhalb der Strukturen der Forschungsstelle und der Abteilung. Seit 2001 hat sie mehr oder weniger regelmäßig Lektüregruppen und Debatten zum Thema der kapitalistischen Produktion des urbanen Raums organisiert. Es geht ihr darum, gestützt auf die Vielfalt der konkreten Forschungen der Gruppenmitglieder einen Zugriff auf die ‚metropolitane Totalität‘ São Paulos zu bekommen. Diese kollektive Reflexion hat nicht erst im Jahre 2001 mit der Gründung der Gruppe begonnen. Sie ist, wie die Professorin Ana Fani Alessandri Carlos als Mitgründerin der GESP erklärt,[6] die Frucht einer langen Tradition innerhalb der FFLCH:

„18 Jahre lang haben wir jedes Jahr über fünf Monaten hinweg jeden Mittwochvormittag von 9 bis 13 Uhr Marx gelesen und studiert – in der

Abb. 1 Parolen in den Abteilungen für Geschichte und Geographie der FFLCH[5] (Quelle: Cécile Gintrac, 29.10.2013)

Gruppe, die der Soziologe Martins 1975 gegründet hat. Jeder las für sich und dann diskutierte man für drei oder dreieinhalb Stunden. Wir haben das ganze *Kapital* gelesen, die *Grundrisse*, die *Deutsche Ideologie* ... fast alles, was man von Marx lesen kann. Danach schlug Professor Martins vor, das Werk eines Intellektuellen zu lesen, der das Denken von Karl Marx fortgesetzt hat, um so das 20. Jahrhundert zu denken: Es handelte sich um Henri Lefebvre. Ab 1989, mit dem gleichen Arbeitsstil [...], haben wir angefangen, *Recht auf Stadt* zu lesen, *Die Produktion des Raums*, *Die Revolution der Städte*.“ (Carlos 2011, Interview im Orig. auf Französisch)

Innerhalb der Gruppe bildet das Werk Lefebvres die unverzichtbare theoretische Grundlage. Dies gilt nicht nur für das *Recht auf Stadt* als Hauptreferenzwerk der brasilianischen Geographie, die von der GESP in Bewegung gesetzt wird, sondern für die Gesamtheit der Konzepte Lefebvres (Produktion, Alltagsleben, Raum-Zeit), die sich alle in dem Band *Crise Urbana*, dem ersten kollektiven Werk der GESP, wiederfinden (Carlos 2015).

Die heute zwanzig Mitglieder der GESP sind zur Hälfte Professor\_innen, zur anderen Hälfte Studierende. Unter den Ersteren finden sich drei zentrale Figuren der radikalen brasilianischen Geographie: Ana Fani Alessandri Carlos, die Gründerin der Gruppe, Ariovaldo Umbelino de Oliveira, ein Landwirtschaftsgeograph, der ländliche Räume untersucht hat, und Arlete Moysés Rodrigues, eine Spezialistin für die Kämpfe in den *favelas*. Die Frauen sind in der Mehrheit, auch bei den Professor\_innen (unter denen neun Frauen sind). Die Forschung der GESP versteht sich als kollektive Arbeit, ungeachtet des akademischen Grades der Mitglieder, und die Gruppe hat sich nicht gescheut, öffentliche Kritik am universitären Produktivismus zu üben (Carlos 2012; Cruz 2012).

Bislang genießt die GESP in Brasilien beträchtliches wissenschaftliches Ansehen – wegen seiner Einbindung in die USP, aber auch, weil ihre Mitglieder dazu beigetragen haben, anerkannte Räume und Infrastrukturen zu schaffen: Zeitschriften, Sammelbände, Konferenzen. Für letztere steht beispielhaft das SIMPURB (*Simpósio Nacional de Geografia Urbana* [Nationales Symposium für Stadtgeographie]), die wichtigste Konferenz zur Stadtgeographie, auf der sich alle zwei Jahre hunderte von Forscher\_innen versammeln und die 1989 auf Initiative von Ana Fani Alessandri Carlos ins Leben gerufen wurde. Die GESP hat zudem Verbindungen zu anderen, verwandten brasilianischen Gruppen wie der NuPeD (*Núcleo de Pesquisas sobre Desenvolvimento Sócio-Espacial* [Forschungszelle für sozialräumliche Entwicklung]) in Rio de Janeiro geknüpft: Dort vertritt Marcelo Lopes de Souza eine weniger marxistische als libertäre Version der Kritischen Geographie.

Die GESP setzt sich ausdrücklich für „eine andere Stadt“ ein und unterstützt den „Kampf für das Recht auf Stadt“ (GESP 2014). Einige Mitglieder nehmen an städtischen Kämpfen teil, insbesondere in den *favelas*. Bislang ist das ‚Terrain‘ der Aktivitäten der GESP allerdings vor allem die Universität. Die Forschenden der GESP haben niemals die pädagogische Arbeit vernachlässigt und beteiligen sich beispielsweise an der Weiterbildung der staatlichen Lehrkräfte des Staates São Paulo. Ana Fani Alessandri Carlos und Arlete Moysés Rodrigues haben in diesem Zusammenhang weit verbreitete und mehrfach nachgedruckte didaktische Arbeiten veröffentlicht: *A Cidade, A geografia na sala da aula* (Carlos 2006) und *Moradia nas*

*Cidades Brasileiras* (Rodrigues 1988). Diese kleinen Büchlein werden in großem Umfang von den Lehrenden der Sekundarstufen verwendet. Im Unterschied zur Komplexität der Formulierungen in manchen akademischen Aufsätzen und Büchern der GESP ist der Schreibstil sehr einfach gehalten, wobei im Prozess der Popularisierung nichts von der ‚radikalen‘ Energie verlorenght: Nicht umsonst lautet etwa der Titel des sechsten Kapitels „Die Stadt als Kampffeld“ (Carlos 2006).

### **INURA (*International Network for Urban Research and Action*): Ein urbaner Altermondialismus**

Das Netzwerk wurde im Mai 1991 gegründet, ein Jahr nachdem die Idee während eines Treffens in Zürich aufgekommen war. Salecina, der Ort der Gründungskonferenz, wurde nicht zufällig ausgewählt: Hier lebte der Aktivist Theo Pinkus, dessen Anspruch es war, die Bewegungen der extremen Linken zusammenzubringen. Er war daher eine Inspirationsquelle für die jungen Züricher Geograph\_innen, die ein transdisziplinäres Netzwerk außerhalb der Mauern der Universität ins Leben rufen wollten. INURA ist von Anfang an als eine Gruppe konzipiert worden, die ebenso offen ist für Künstler\_innen und politische Aktivist\_innen wie für Forschende (Prinzip 10). Sie ist sich im Klaren über „die Bedeutung ethnischer und kultureller Diversität

1. INURA is a new network of people involved in action and research in localities and cities. We are committed to sharing our experiences and information in order to further the understanding of the problems affecting our areas.
2. We are committed to the empowerment of people in their neighbourhoods, communities, cities and regions.
3. In our work we recognize the importance of ethnic and cultural diversity, and the need to oppose racism, class and gender discrimination.
4. Changes in forms of work and of community and domestic life must be understood and planned in relation to each other.
5. We must resist and reverse the process of polarization of income and quality of environment, both in the social fragmentation of our cities and the divergence of core and periphery regions.
6. Our network particularly wants to broaden its links with housing, employment and environmental campaigns.
7. We aim to further the process of environmentally sustainable urban development.
8. We seek to resist centralization and the damaging effects of globalization.
9. We are working to create strong and diverse visions of future urban life.
10. INURA will work with a variety of methods of research, communication, interaction and dissemination of information, including scholarly work, media productions, activist documents, debates and stories of urban experience. INURA invites future contributions from academics, the arts, political activists and social movements.

Abb. 2 Die zehn Prinzipien des INURA-Netzwerks. Auszug aus dem ersten ‚Bulletin‘ (Quelle: INURA 1991: 10)



und die Notwendigkeit, sich Diskriminierungen aufgrund von Rasse, Klasse und Geschlecht entgegenzustellen“ (Prinzip 3). Einer Formulierung des ersten ‚Bulletins‘ des INURA zufolge (1991: 3) „will INURA die Grenzen der Isolierung der Individuen und Disziplinen voneinander zum Fallen bringen. Es ist das Ziel unseres Netzwerkes, unsere Städte und unsere Regionen zu besseren, lebenswerteren Orten zu machen.“

Bereits 1991 wird der Beschluss gefasst, die jährlichen Konferenzen jeweils an einem anderen Ort stattfinden zu lassen, zunächst mit einer Beschränkung auf Europa. Die Konferenzen sind offen für alle; konzipiert und organisiert werden sie jeweils von einer Gruppe von Freiwilligen. Im Jahr 2014 beispielsweise, als die Konferenz in Belgrad stattfand, hatte das Belgrader Kollektiv *Ministarstvo Prostora* [Raumministerium] die Ausrichtung übernommen. Diese Aktivistengruppe, die keine direkten Beziehungen zur Universität unterhält, vereint Architekt\_innen, Forschende, Designer\_innen und Künstler\_innen. Im Falle Belgrads unterstrich die Geographie der Konferenz selbst den Umstand, dass die Zusammenkünfte keine klassischen akademischen Konferenzen sind: Sie war verstreut auf zahlreiche universitäre, städtische, kulturelle und aktivistische Lokale.

Ihre Originalität beruht auch auf dem breitgefächerten Angebot an Stadtekskursionen, die häufig nachmittags stattfinden und nicht nur eine Vielzahl unterschiedlicher Viertel vorstellen, sondern auch verschiedene gerade stattfindende städtische Prozesse. Die Konferenzen des INURA bieten ihren Teilnehmer\_innen so die Möglichkeit, in jeder Stadt, in der sie abgehalten werden, die städtischen Bewegungen kennenzulernen, die sich dort entwickelt haben. In Lissabon wie in Belgrad kamen in Podiumsdiskussionen Zusammenschlüsse und Nichtregierungsorganisationen zu Wort. Im Übrigen waren viele Mitglieder des INURA in ihrer Jugend in städtischen Kämpfen engagiert oder sind es noch immer. Aktive Gruppen zu treffen ist für sie daher ebenso wichtig – wenn nicht wichtiger – als der Erwerb wissenschaftlicher Kenntnisse. Die Parole „Eine andere urbane Welt ist möglich“ oder die Teilnahme am Weltsozialforum in Porto Alegre im Jahre 2005 erinnern daran, dass sich INURA das Ziel gesetzt hat, die städtische Wirklichkeit zu verändern – mit einer Konzeption, die der in den 1990er Jahren entstandenen altermondialistischen Bewegung nahesteht.

Jeder Konferenz folgt ein *Retreat*, das heißt eine mehrtägige Zusammenkunft zur kollektiven Reflexion über ein Netzwerk, dessen Mitglieder weit verstreut leben. Es handelt sich dabei um ein grundlegendes reflexives



Abb. 3 Treffen mit der Vereinigung der Bewohner von Vale da Amoreira in Lissabon[7] (Quelle: Cécile Gintrac, 19. Juni 2013)

Moment, durch das verschiedene Fragen über die Praxis und die eigentliche Organisation des INURA zur Sprache gebracht werden: Ist das Netzwerk den sozialen Bewegungen hinreichend nahe? Soll man sich als Kollektiv stärker engagieren? Sind die Redezeiten gleichmäßig verteilt?

Geselligkeit und freundschaftliche Bande, die inzwischen entstanden sind, bilden einen Teil des Erfolgs und der Treue der Mitglieder. Die Prinzipien der Selbstorganisation und der Horizontalität, welche die Gruppe auszeichnen, materialisieren sich konkret in den gemeinsamen Publikationen: *Possible Urban Worlds: Urban Strategies at the End of the 20th Century* (INURA 1999) und *The Contested Metropolis: Six Cities at the Beginning of the 21st Century* (INURA 2004). In Fortsetzung der früheren Arbeiten hat INURA im Jahr 2008 ein großes gemeinsames Forschungsprojekt in Gang gesetzt, das sich dem „*New Metropolitan Mainstream*“ (NMM) widmet als einer neuen stadtentwicklungspolitischen Norm, die die städtischen Landschaften und das städtische Leben uniformisiert. Diese kollektive und internationale Forschungsarbeit erfolgt in Form einer fortlaufenden Kartographie der Metropolen, die von den Mitgliedern angefertigt wird und bereits in verschiedenen Ausstellungen gezeigt wurde.

Zwar geht die Gründung des INURA im Wesentlichen auf Geograph\_innen zurück; diese haben aber von Anfang an darauf Wert gelegt, das Netz nicht auf einfache disziplinäre Grenzen festzulegen. In diesem Sinne bildet INURA ein echtes Netzwerk für eine Stadtforschung (*Urban Studies*), die weniger von einem disziplinären Zugriff ausgeht als vom Gegenstand der Stadt selbst. Infrastruktur- und Stadtplaner\_innen, Architekt\_innen, Stadtplaner\_innen stellen aus diesem Grund einen beträchtlichen Teil der Mitglieder.

Die gerühmte Horizontalität hat das INURA im Übrigen nicht daran gehindert, sich zu institutionalisieren und damit sein dauerhaftes Bestehen zu sichern. Von 1991 bis heute hat das Netzwerk, das auch als Verein besteht, 93 Mitglieder gewonnen und sich geographisch auf die ganze Welt ausgedehnt – wobei die Mehrheit der Teilnehmer\_innen europäisch geblieben ist. Die Verteilerliste zählt im Juni 2014 350 Abonnent\_innen als Einzelpersonen oder Gruppen. Obwohl das INURA also in hohem Maße mobil ist, hat es eine stabile und organisierte Struktur aufgebaut, die sich im *INURA Common Office* materialisiert. Das 1999 in Zürich eröffnete Büro erledigt das Alltagsgeschäft des Vereins.

### **Kritische Geographie Berlin:**

#### **Kritische Geographie außerhalb der Mauern der Universität**

Die Gruppe scheint nach dem Bild des sozialen Lebens in Berlin geschaffen: Sie ist prekär, selbstorganisiert, offen, aber sie hat seit ihrer Gründung wesentlichen Anteil daran, eine deutsche Kritische Geographie anzuregen.

Die monatlichen Treffen der Kritischen Geographie Berlin finden in Kreuzberg statt, in den Räumlichkeiten des Vereines Babylonia, der sich aus einer ehemaligen Hausbesetzung gleichen Namens gebildet hatte. Die Wahl eines unabhängigen Versammlungsortes entspricht den eigenen Prinzipien: „*Kritische Geographie Berlin* ist ein unabhängiger linker Zusammenhang, der nicht an politische Parteien, Universitäten oder andere öffentliche Einrichtungen gebunden ist“ (*Über uns*, Webseite 2012).

Abb. 4 Eingang zum  
Babylonia[8] (Quelle:  
Cécile Gintrac,  
18. Juli 2014)



Die Ursprünge der Gruppe gehen auf das Jahr 2000 zurück, als einige Studierende, die während Studienaufenthalten an englischsprachigen Universitäten die radikale Geographie kennengelernt hatten, sich als autonome Lektüregruppe organisierten. Zu dieser Zeit erschien die deutsche Geographie als eher konservative Wissenschaft. Bis 2005 bestanden diese Treffen „vor allem darin, sich als Gruppe selbst zu organisieren, die Konstruktion unseres Wissens selbst zu organisieren und herauszufinden, was wir mit diesem Wissen machen wollen“, erzählt Thomas Bürk, einer der Gründer der Gruppe. Dieses Engagement fand Widerhall in anderen Initiativen, die sich zu dieser Zeit bildeten. Von besonderer Bedeutung waren in diesem Zusammenhang die „Doreen Massey-Wochenenden“, eine Reihe von Konferenzen, die von 1999 bis 2004 von einer Gruppe feministischer Geographinnen ausgerichtet wurden. Diese Veranstaltungsreihe verlieh der deutschen feministischen Geographie neue Legitimität (B.A.S.S.D.A. 2006) und begünstigte die Internationalisierung der deutschen Geographie (Belina et al. 2009).

Trotz dieser neuen Dynamik kamen die Aktivitäten der Gruppe ab 2008 zum Erliegen. Die meisten Mitglieder beendeten zu dieser Zeit ihre Doktorarbeiten oder ihre Verträge als Wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen endeten und sie verließen Berlin. In diesem Zusammenhang entstanden andere Gruppen der Kritischen Geographie in Frankfurt, Hamburg, Leipzig (AK Kritische Geographie).

Über mehr als ein Jahr fand kein Treffen der Gruppe statt. Die Mitglieder, die in Berlin geblieben waren, mussten nun eine Möglichkeit finden, die Gruppe wieder in Gang zu setzen und sie gleichzeitig zu vergrößern. Die tatsächliche Wiedergeburt der Gruppe findet schließlich 2010 statt. Seither gilt das Prinzip offener monatlicher Treffen. Damit verwandelt sich die Lektüregruppe, die im Wesentlichen auf Freundschaften aufbaute, zu einem offeneren Kollektiv, das 2012 als Verein eingetragen wird. Ebenfalls 2012 entsteht in der Gruppe der Gedanke, eine Online-Zeitschrift zu lancieren, die kostenlos und interdisziplinär ausgerichtet sein soll, woraus schließlich

s u b \ u r b a n . z e i t s c h r i f t f ü r k r i t i s c h e s t a d t f o r s c h u n g entsteht. „Nach einem Treffen kamen wir darauf, dass wir eine Zeitschrift herausgeben müssten,“ erinnert sich Boris Michel, eines der Mitglieder. Méline Germes, Boris Michel, Henning Schirmel und Jan Hutta haben daraufhin Berliner Kolleg\_innen aus verschiedenen Disziplinen dazu eingeladen, sich ihnen anzuschließen, damit das Projekt in Gang kommt.

Das Angebot, das die Kritische Geographie Berlin über ihre monatlichen Veranstaltungen hinaus offeriert, besteht also darin, Geographie zu *machen*, ohne dass der Status, die soziale Stellung oder der akademische Rang diese Praxis beeinflussen würden. Die enorme Tendenz zur Prekarisierung ist der Grund für die Notwendigkeit, einen Ort außerhalb der Universität zu finden, wo sich Kritische Geographie betreiben und von wo aus sie sich verbreiten lässt – mit oder ohne Stelle, mit oder ohne Forschungsvertrag. Die Kritische Geographie Berlin hat öffentlich gegen die Logik der Prekarisierung der Forschung und der Kommerzialisierung des Wissens Stellung bezogen, indem sie gemeinsam mit anderen Forschenden und Gruppen einen Aufruf zum Boykott von LfBA-Verträgen (*Lehrkräfte für besondere Aufgaben*) herausgegeben hat, weil diese inakzeptable Arbeitsbedingungen vorschreiben.

Das Ziel der Gruppe besteht also weniger in der Produktion von Wissen, sondern begründet sich vielmehr durch das Interesse an den Bedingungen seiner Vermittlung und Verbreitung. Bemerkenswert ist in diesem Sinne, dass die Gruppe als Kollektiv nur einen einzigen Aufsatz veröffentlicht hat (Kritische Geographie Berlin 2014b). Dagegen organisiert die Gruppe im Babylonia auch Werkstätten, die für ein größeres Publikum geöffnet sind sowie kritische Exkursionen, an denen alle teilnehmen können; sie sind als praktische Alternative zur klassischen Geographie gedacht. Kritische Geographie zu betreiben kann so darin bestehen, das eigene Viertel, den eigenen Alltagsbereich zu beobachten und sich in die Konflikte einzubringen, die dort stattfinden.

Inhaltlich verfolgt Kritische Geographie Berlin das Ziel, die Dynamiken zu untersuchen, die das Berliner Alltagsleben tiefgreifend verändern, insbesondere den intensiven Gentrifizierungsprozess, der beispielsweise in Kreuzberg und im Prenzlauer Berg im Gange ist, oder die ‚Touristifizierung‘, die in sehr kurzer Zeit Berlin zur dritten europäischen Touristenmetropole nach London und Paris gemacht hat (Kritische Geographie Berlin 2014b; Füller/Michel 2014).

Berlin gilt als günstiges Pflaster für lokale, unabhängige, selbstorganisierte Bewegungen. In Berlin zu wohnen bedeutet für die Mehrzahl der Mitglieder daher auch ein intensives soziales und aktivistisches Leben.

„Berlin ist ein guter Ort, um Kritische Geographie zu machen, weil es so viele ‚kritische‘ Fragen gibt, die sich hier stellen und es so viele junge Leute gibt, die sich hier niederlassen. Das ist das Profil unserer Gruppe: junge Leute, die sich für die Stadt, ihre Probleme, ihre Konflikte interessieren. Das hätte man in einer Kleinstadt nicht machen können.“ (Bürk 2012, Interview auf Englisch)

Kritische Geographie Berlin schreibt sich zweifelsohne in diese berlinspezifische aktivistische Dynamik ein.

## Das Neuzeichnen der Kritischen Stadtgeographie

Die Gemeinsamkeiten der drei Gruppen offenbaren im Abgleich eine Struktur der Kritischen Stadtforschung:

### 1. Die normative Verankerung der Absichtserklärungen

Alle drei Gruppen vertreten gemeinsame Werte, die in ihren Gründungserklärungen bestimmt werden; damit legen die Gruppen offen, *von wo aus* sie sprechen. Nun ist eines der grundlegenden Prinzipien, „das es uns ermöglicht, kritisches Denken in den konzeptuellen Raum der Humanwissenschaften einzuordnen, an das *Verhältnis zwischen dem Deskriptiven und dem Normativen* gebunden. Kritisches Denken neigt dazu, die Unterscheidbarkeit dieser beiden Instanzen in Frage zu stellen, mitunter sogar zurückzuweisen.“ (Keucheyan 2013: 101) Zunächst einmal scheint diese Positionierung im offenen Gegensatz zum – freilich meist idealisierten – Idealkonzept der *Wertfreiheit* zu stehen, wie Max Weber es aufgestellt hat. Dieser Begriff ist häufig herangezogen worden, „um das Bild des von parteiischen Leidenschaften freien Forschers zu rechtfertigen“ (Pinto 2011: 109).

Dieser offensichtliche Widerspruch lässt sich auflösen, indem man dem Gedanken folgt, dass „das, was die Kritik vorbringt, die Notwendigkeit ist, die eigenen normativen Setzungen rational zu begründen, das heißt sie einzugestehen und ausdrücklich zu nennen, damit sie nicht länger Implikationen sind, die als Schmuggelware mitgeführt werden“ (Granjon 2015).

In ihren Absichtserklärungen formulieren die Gruppen daher ausdrücklich ihre Absichten („*Empowerment*“, „*Gerechtigkeit*“, „*Recht*“, „*Emanzipation*“) und erklären, wogegen sie sich engagieren („*Rassismus*“, „*Ungleichheit*“, „*Diskriminierung*“ aufgrund von Klasse, Hautfarbe oder Geschlecht). Indem sie das tun, tragen sie zur Definition dessen bei, was Kritische Stadtgeographie ist: Eine offen aktivistische, wissenschaftliche Praxis, die städtische Formen der Machtausübung entlarvt und zur Schaffung einer gerechteren Stadt beitragen will.

### 2. Theoretische Grundlagen

Die Kritische Geographie verwendet ein linkes Theoriegebäude. Grundlage des Denkens der Linken ist der Wille, die bestehende Ordnung zu verändern, wohingegen das Denken der Rechten in dem Sinne zutiefst realpolitisch ist, als es den bestehenden Verhältnissen, der etablierten Ordnung, der „*Macht der Dinge*“ folgt (Terray 2012). Lawrence Berg sagt in einer der Enzyklopädien der Humangeographie nichts anderes, wenn er feststellt, dass sich zwar nicht alle Kritischen Geograph\_innen auf den Marxismus berufen, sich aber „alle gerne als linke Fortschrittler identifizieren“ (Berg 2010: 619).

Ausgehend von den Bibliographien der Gruppen und den von ihnen zitierten Autor\_innen bilden vier Autoren die gemeinsame theoretische Basis der drei Gruppen: David Harvey, Neil Smith, Edward Soja und vor allem Henri Lefebvre (Tabelle 1). Die Besonderheit dieser Autoren besteht darin, dass sie Theorien über den Raum formulieren.

	Kritische Geographie Berlin <i>Handbuch Kritische Stadtgeographie</i> , 2014	INURA <i>The Contested Metropolis</i> , 2004	GESP <i>Crise Urbana</i> , 2015
Henri Lefebvre	6	5	40
David Harvey	23	5	9
Neil Smith	11	2	3
Edward Soja	1	1	3
Michel Foucault	13		1
Max Horkheimer	1		2
Karl Marx	9		6
Friedrich Engels	2		2
Milton Santos	1		3
Marcelo Lopes de Souza	1		1
Christian Schmid	1	2	
Doreen Massey	13	2	
Margit Mayer	9	4	
Neil Brenner	3	1	
Roger Keil	7	1	
Antonio Negri und Michael Hardt	2	1	
Bob Jessop	1	2	
Andrej Holm	5	2	
Jonathan Friedman	1	3	
Saskia Sassen	5	3	
Stephen Graham	5	1	
Pierre Bourdieu		3	1

Tab 1 Geteilte Referenzen, die in mindestens zwei der Überblicksdarstellungen *Handbuch Kritische Geographie* (Belina et al. 2014), *Crise Urbana* (Carlos 2015) und *The Contested Metropolis* (INURA 2004) angeführt werden.

Dieser harte Kern der theoretischen Basis wird ergänzt durch spezifische Referenzen: Milton Santos in Brasilien, Michel Foucault in Deutschland oder Denker\_innen wie Naomi Klein, die dem Altermondialismus nahestehen, bei INURA.

Sicherlich sind die meisten dieser Referenzautor\_innen Marxist\_innen oder Postmarxist\_innen, insbesondere bei der Kritischen Geographie Berlin und der GESP, auch wenn einige (wie Bourdieu oder Foucault) sich nicht darauf reduzieren lassen. Zudem ist all diesen Denker\_innen gemeinsam, dass sie aus unterschiedlichen Blickwinkeln über Machtverhältnisse nachgedacht haben. Lawrence Berg betont: „Die Vertreter der Kritischen Human-geographie stützen sich auf theoretische Konzepte wie den Anarchismus, den Antikolonialismus, die kritische Rassentheorie (*critical race theory*), die Umweltbewegung, den Feminismus, den Marxismus, die nicht-repräsentative Theorie, den Post-Marxismus, den Postkolonialismus, den Post-strukturalismus, die Psychoanalyse, die *queer*-Theorie, den Situationismus und den Sozialismus“ (Berg 2010: 616).

### 3. Wissensproduktion

Die Kritische Stadtgeographie, wie sie von der GESP, der Kritischen Geographie Berlin oder dem INURA konzipiert wird, weist eine stark theoretische

Orientierung auf. Da sie sich – wie die Analyse des bibliographischen Korpus zeigt – meist an mindestens eine kritische Theorie anlehnt, strebt sie eine Form der ‚Totalisierung‘ an. Sie „postuliert einen gewissen Übergang zur Allgemeingültigkeit, sie beschränkt sich nicht auf ein genau bezeichnetes empirisches Objekt“ (Keucheyan 2013, 100).

Das Wissen, das die Kritische Stadtgeographie hervorbringt, gehört in den Bereich der Analyse kapitalistischer und/oder neoliberaler Raumproduktion. Diese Analyse will deren Antriebskräfte und Manifestationen verstehen, betont dabei aber Formen des Widerstands gegen Enteignungsprozesse und eine Negation des Alltagslebens. Es zeigt sich ein wiederkehrendes Triptychon aus Raumproduktion/Ungleichheiten/Widerständen.

Das Konzept, das von allen drei Gruppen im gleichen Sinne aufgegriffen wird, ist das von Henri Lefebvre eingeführte Konzept der sozialen Produktion des Raums. Bei diesem Begriff geht es vor allem darum, die dabei wirksamen Mechanismen sowie die Prozesse zu verstehen, durch die das Kapitalverhältnis im und durch den Raum produziert und reproduziert wird. Diese Interpretation ist unmittelbar der *Production de l'Espace* entnommen: „Jede Gesellschaft (und damit jede Produktionsweise mit der Vielfalt von Formen, die sie einschließt [...]) bringt einen Raum hervor: den eigenen.“ (Lefebvre 2000 [1974]: 40). In anderen Worten: „Die Produktionsweise organisiert – produziert – gleichzeitig mit spezifischen sozialen Verhältnissen ihren Raum (und ihre Zeit)“ (ebd.: XXV).

Aber es lassen sich beim Vergleich der Gruppen auch Besonderheiten ausmachen: Der komparatistische Ansatz bei INURA, die Diskursanalyse in der Kritischen Geographie Berlin oder die Verwendung eines lefebvrrianischen Analyserasters bei der GESP. Einige der spezifischen Themenstellungen reflektieren bestimmte lokale Dynamiken. So würde die Berliner ‚Touristifizierung‘ in São Paulo keinen Sinn ergeben, während umgekehrt die Frage nach Zugang der *favela*-Bewohner\_innen zu städtischem Grundbesitz nichts zum Verständnis der Transformationen der deutschen Hauptstadt oder der Austeritätspolitik in Lissabon beiträgt, mit der sich die INURA-Konferenz im Jahr 2013 auseinandergesetzt hat.

#### 4. Transdisziplinarität

Die drei Gruppen konzeptualisieren die Kritische Stadtgeographie als Möglichkeit, die Spezialisierung des Wissens und die Spaltung zwischen der akademischen Welt, der Welt der Aktivist\_innen und der allgemeinen sozialen Welt zu überwinden. Es gibt also eine transdisziplinäre Ausrichtung, die sich schon in den Gründungsdokumenten des INURA oder auch in der Zeitschrift *sub \ urban* wiederfindet. Obwohl einige Mitglieder sich ausdrücklich einer geographischen Herangehensweise verschrieben haben, wird die Kritische Stadtgeographie immer mehr in die Kritische Stadtforschung (*Critical Urban Studies*) eingebunden, jenes immense Feld, an das sich zahlreiche andere Forschende anschließen. Im *Le Droit à la ville* [Recht auf die Stadt] stellt Lefebvre den „Partialwissenschaften“ eine „Philosophie der Stadt“ gegenüber, die das Objekt Stadt in ihrer Totalität in den Blick nimmt und „versucht, das Globale in den Griff zu bekommen“ (1986: 35). Da das spezialisierte Wissen nicht in der Lage ist, eine veritable Kritik zu formulieren,



mit der sich die Wirklichkeit verändern ließe, ist es kaum verwunderlich, dass die Kritische Stadtgeographie, wie ein Blick in die Bibliographien deutlich macht, in beträchtlichem Umfang auf die Philosophie (Marx, Foucault, de Certeau u.a.) sowie auf die Soziologie zurückgreift.

##### 5. Gegen den akademischen Produktivismus, für kollektive Praktiken

Die Feststellung, dass die Universität im Sinne des Neoliberalismus umgeformt wird, wird weitgehend geteilt – sicherlich an den englischsprachigen Universitäten, aber auch in verschiedenen anderen Ländern, in denen die Geograph\_innen unserer Gruppen tätig sind. Unter ‚Neoliberalisierung‘ ist der Prozess der allmählichen Durchsetzung „einer Ideologie, die auf der Generalisierung der Prinzipien der Konkurrenz und des Marktes in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens aufbaut“ (Morange/Fol 2014), zu verstehen. Angewandt auf die Universität besteht Neoliberalisierung im Kern darin, eine Konkurrenz zwischen den Universitäten sowie zwischen den Forschenden selbst herzustellen. Erwan Lamy und Terry Shinn erklären, dass sich „die wissenschaftlichen Einrichtungen zunehmend in Richtung auf Modelle entwickeln, die an die Verhältnisse in der Industrie angelehnt sind“ (Lamy/Shinn 2006: 23), wobei der wissenschaftliche Erkenntniswert ersetzt wird durch den „ökonomischen Marktwert“ (ebd.). Die Produktionsweisen von Wissen in einer immer stärker von Konkurrenz geprägten akademischen Welt sind von kritischen Geograph\_innen mehrfach angeprangert worden. So beschrieb Neil Smith die Universität als eine „Wurstfabrik“ (*sausage factory*) und stellte fest, dass „die Privatisierung der Universität ein globales Problem ist, dessen Wirkungen bei uns bereits spürbar werden“ (Smith 2000: 331).

Die Mitglieder unserer Gruppen prangern regelmäßig die Art und Weise an, in der derzeit Wissen produziert wird. In Brasilien wie in Deutschland sind sie aufmerksame Beobachter\_innen der Entwicklungen der Forschung. Für die Kritische Geographie Berlin ist die Verschlechterung der Forschungsbedingungen offensichtlich: Sie wird zunehmend zu einer Handelsware. In Brasilien bezeichnet Rita de Cássia Cruz, eine brasilianische Forscherin und Mitglied der GESP, die angesehene USP, an der sie selbst tätig ist, als „neoliberale und neokoloniale Universität“ (Cruz 2012).

Weil es darum geht, die Welt zu verändern, soll das produzierte Wissen so weit wie möglich zugänglich und kostenfrei sein und weit verbreitet werden. Allen Gruppen ist daran gelegen, sich von den Bedingungen des Produktivismus abzusetzen und ihn anzuprangern. Sie versuchen, sich von der akademischen (zwischenmenschlichen und zwischen den Universitäten bestehenden) Konkurrenz zu emanzipieren, indem sie ein anderes Verhältnis zur Zeit, zur Publikation und zum Kollektiv entwickeln.

Die Kollektive bemühen sich also darum neue, horizontalere und kollektivere Räume der Wissensproduktion zu schaffen (Assoziationen/Vereine, nicht finanzierte Forschungsgruppen, Netzwerke, Veröffentlichungen bei unabhängigen Verlagen). Es wäre, unter Verwendung der Formulierung von Foucault, statthaft, sie als „Heterotopien“ der Forschung zu qualifizieren, als „tatsächliche Orte, wirksame Orte, Orte, die in die Einrichtung der Gesellschaft selbst eingezeichnet sind, die eine Art Gegenplatzierungen sind“ (Foucault 1994: 755-756).



## 6. Ein politisches Engagement mit variabler Geometrie

Engagement wird in den drei Gruppen unterschiedlich konzeptualisiert: Die GESP, die in die Universität eingebunden ist, hat sich entschieden, den Kampf vor allem innerhalb der Universität zu führen, gemäß einer sehr Bourdieuschen Auffassung der akademischen Welt als eines Schauplatzes von Machtverhältnissen: einem Feld, das man nicht aufgeben sollte. Dies entspricht weitgehend auch der Konzeption des amerikanischen Geographen Don Mitchell, der seine eigene Arbeit als die eines „Schreibtischradikalen“ (*deskbound radical*) beschreibt. Er geht davon aus, dass seine Rolle weiterhin eher darin besteht, Wissen zu produzieren, das dann in den Kämpfen verwendet werden kann, als in einer direkten Beteiligung an ihnen (Mitchell 2008). Dies liegt sicherlich an der soziologischen Charakteristik der brasilianischen Universität, wo Forschende und Studierende hauptsächlich aus der Mittelklasse kommen: das universitäre Engagement schließt oft gedanklich an die städtischen sozialen Kämpfe an, ist aber fast nie aus ihnen hervorgegangen.

INURA verfolgt eine eindeutig horizontale Vision, in der sich die Aktivist\_innen und die Forschenden innerhalb des Vereins auf Augenhöhe begegnen. In diesem Sinne vernetzt das Netzwerk auch die Erfahrungen lokaler Aktivist\_innen.

Die Kritische Geographie Berlin bleibt im Wesentlichen ein Ort des Wissensaustauschs und ‚para-universitärer‘ Projekte, wobei die Gruppe sich ähnlich wie die aktivistische Historiographie und Soziologie Berlins auf intensive Interaktionen mit lokalen aktivistischen Netzwerken einlässt.

Diese Besonderheiten der einzelnen Gruppen führen aber niemals dazu, dass die Formen individuellen Engagements vollständig durch das Kollektiv festgelegt werden. In allen untersuchten Gruppen unterscheiden sich die Ausprägungen des Engagements von einer Person zur nächsten, je nach persönlicher oder familiärer Geschichte, Forschungsgebiet und der jeweiligen Auffassung von Engagement.

In jeder untersuchten Gruppe beteiligen sich einige Mitglieder an den städtischen sozialen Kämpfen, während andere sich der offiziellen Politik zuwenden oder sogar Mandate innehaben. Letzteres ist beispielsweise der Fall bei einem der Gründer des INURA, Richard Wolff, der seit 2013 Stadtrat in Zürich ist.

Es fällt auf, dass in allen drei Fällen studentische Politisierung und Infragestellung als eine der Triebkräfte für den Willen und das Engagement dafür aufscheinen, neue Klassensolidaritäten zwischen Akademiker\_innen und stärker marginalisierten Bevölkerungsteilen zu schaffen. Es lässt sich die These wagen, dass die Vitalität der Bewegung in den 1980er Jahren (Kampf gegen die Diktatur in Brasilien, politische Militanz der Berliner Hausbesetzer\_innen in Kreuzberg und in Zürich) dazu beigetragen hat, die aktivistische Identität der späteren Gruppenmitglieder zu prägen. Diese lange Dauer des Aktivismus findet sich im Übrigen mitunter sehr viel später in den Forschungspraktiken wieder.

Unser an sechs Punkten angesetzter Vergleich erlaubt es uns nun, festzuhalten, dass sich die Kritische Stadtgeographie an den Grenzen verschiedener Welten verortet: der disziplinären, der sozialen und der theoretischen. Ich greife damit einen Gedanken des Anthropologen und Soziologen

Didier Fassin auf. In einem Artikel in der Zeitschrift *Traces* stellt er ohne Umschweife die Frage, ob „eine soziale Wissenschaft nützlich sein kann“ (Fassin 2009). Um eine solche herzustellen, schlägt er vor, der Überzeugung Michel Foucaults zu folgen, dass „man der Alternative von Drinnen und Draußen entkommen muss; man muss sich an den Grenzen positionieren. Die Kritik ist ja gerade die Analyse der Grenzen und die Reflexion über sie“ (Foucault 2001: 1393).

Die Kritische Stadtgeographie hält sich häufig an solchen Grenzlinien zwischen den Welten auf: zwischen dem Empirischen und dem Normativen, der Theorie und der Praxis, den Grenzen der Universität, indem sie Räume schafft, die nie vollständig institutionalisiert sind und niemals vollständig von der Institution abgekoppelt; an der Grenze zwischen unmittelbarem Engagement und kritischer Distanz; an den Grenzen der Disziplinen, zwischen spezialisiertem Wissen und interdisziplinären, transdisziplinären und gleichsam ‚nichtdisziplinären‘ Erkenntnissen. Und schließlich werden die Studienobjekte häufig an den Grenzen, der Peripherie, an den Fronten des Fortschritts oder des Rückzugs städtischer Phänomene (die Fronten der Gentrifizierung, der Deindustrialisierung oder der Touristifizierung) oder am Rand verortet – im soziologischen Verständnis des Begriffs, das heißt bei den armen, beherrschten, marginalisierten Bevölkerungsteilen. Zwischen diesen Linien wandern die Geograph\_innen ständig hin und her. In welchem Maße resultiert nun aber die Zirkulation von Überlegungen der Kritischen Geographie auch aus einer entsprechenden transnationalen Mobilität?

### **Eine Geopolitik der Kritischen Stadtgeographie**

Wir haben anhand der Arbeiten Bourdieus gesehen, dass nur eine Analyse des wissenschaftlichen Feldes es uns ermöglicht, einer Untersuchung der verschiedenen Gruppen Sinn und Tiefe zu geben. Auch wenn sich die drei betrachteten Gruppen selbst bestimmen und selbst organisieren, interagieren sie doch deshalb nicht weniger mit einer wissenschaftlichen Welt, die von einer in hohem Maße asymmetrischen institutionalisierten und internationalen Geopolitik strukturiert wird. Wie verorten sich die Gruppen innerhalb dieser Geopolitik? Tragen sie dazu bei, sie zu verändern? In welchem Maße sind sie innerhalb des Feldes marginalisiert?

Zwei der am häufigsten von GESP, INURA und Kritischer Geographie Berlin zitierten Autor\_innen, David Harvey und Neil Smith, sind Briten, ein dritter, Edward Soja, Amerikaner. Alle drei haben an nordamerikanischen Universitäten gelehrt. Diese flüchtige Feststellung führt zu der Vermutung, dass es ein angloamerikanisches Zentrum der Produktion kritischer Stadttheorie gibt sowie Peripherien, die diese auf lokale Kontexte anwenden (Gutiérrez/Lopez-Nieva 2001; Braun 2003; Keucheyan 2013). Selbst die Bezugnahmen der Kritischen Geographie Berlin und der INURA auf Foucault oder Lefebvre verorten sich eher im Bereich anglophoner Debatten als in französischen Auseinandersetzungen. So hat beispielsweise im INURA Christian Schmid, einer der Gründer und Lefebvre-Experte, eher Kontakte zu Lefebvrianer\_innen in den Vereinigten Staaten (Neil Brenner und die *Urban Theory*) und Kanada (Kanishka Goonewardena) geknüpft denn zu solchen in Frankreich.

Diese Hypothese lässt sich offensichtlich dadurch stützen, dass unsere drei Gruppen wenig Kontakt untereinander haben, obwohl sie zahlreiche internationale Verbindungen geknüpft haben. Die anglophone Dominanz wird verstärkt durch die Geopolitik der Veröffentlichungen und die Rolle von Zeitschriften wie etwa der *Antipode*, die inhaltlich offen aktivistisch sind, gleichzeitig aber seit 1969 als Motor für die Entwicklung der radikalen Geographie sowie als Instrument zu ihrer Verbreitung und Anerkennung in der ganzen Welt funktionieren.

Diese Geopolitik der Wissensproduktion ist auch dadurch geprägt, dass das Englische faktisch zur *lingua franca* der Forschung (Germes/Husseini de Araujo 2016) und damit auch der Kritischen Stadtgeographie geworden ist – in solchem Maße, dass die jüngste Veröffentlichung der GESP, *Crise Urbana* (Carlos 2015), anders als die vorangegangenen Publikationen, ins Englische übersetzt wurde. Da sich die Gruppe ihrer relativen Randständigkeit bewusst ist, hat sie diese Übersetzungsarbeit als zu zahlenden Preis in einer Strategie der Anerkennung übernommen. In einem anderen Kontext, in Deutschland, hat sich die junge Kritische Geographie zu Beginn der 2000er Jahre mit Bezugnahmen auf den Erfolg der englischsprachigen Literatur gestützt, um die eigene Legitimität zu belegen. Bernd Belina, Ulrich Best und Matthias Naumann haben gezeigt, wie Anleihen bei der englischsprachigen Kritischen Geographie verhindert haben, dass diese Strömung von vornherein innerhalb eines deutschen wissenschaftlichen Felds abgelehnt wurde, das zunächst einmal kritischen Ansätzen gegenüber verschlossen war. Ab den 2000er Jahren war es leichter, solche Referenzen einzusetzen – „nicht weil sie kritisch wären, sondern weil sie international und auch international erfolgreich sind“ (Belina et al. 2009 : 54).

Die Geograph\_innen sind sich über diese Kräfteverhältnisse im Klaren, und die Diskussion hierüber ist häufig auf den Konferenzen der Kritischen Geographie (ICCG) geführt worden. Der bemerkenswerteste der Vorschläge, die auf diesen Konferenzen vorgebracht worden sind, ist sicherlich die Gründung einer multilingualen Zeitschrift für Kritische Geographie, der *ACME. An International E-Journal for Critical Geographies*. Seit 2002 bietet die Zeitschrift Dossiers in verschiedenen Sprachen. Das Herausgeberkomitee verfügt über breite sprachliche Kenntnisse, der Zugang zur Zeitschrift ist völlig kostenfrei: „ACME soll international ausgerichtet sein. Ihre Herausgeber begrüßen akademische und nichtakademische Beiträge aus dem nicht-anglophonen oder -angloamerikanischen Bereich. Beiträge können auf Französisch, Spanisch, Italienisch, Deutsch oder Englisch eingereicht werden.“ (ACME 2015)

Dieses Diffusionsmodell mit einem anglophonen Zentrum und unter dessen Einfluss stehenden Peripherien ist jedoch nicht dafür geeignet, die Zirkulation der Ideen der Kritischen Geographie vollständig zu erfassen: Tatsächlich gibt es nämlich sprachliche und transnationale Subsysteme (Houssay-Holzschuch/Milhaud 2013). Dies bestätigen auch die realen Netzwerke, die unsere drei epistemischen Gemeinschaften geknüpft haben. Unter sprachlichen Subsystemen sind privilegierte transnationale Austauschbeziehungen auf der Grundlage einer gemeinsamen oder nahe verwandter Sprachen zu verstehen. In den hier untersuchten Fällen sind dies das Spanische und Portugiesische, das Deutsche und das Schweizerdeutsch. Mit

anderen Worten: Alle Gruppen haben internationale Netzwerke aufgebaut, die eine Geopolitik der Wissensproduktion sichtbar werden lassen, die sich nicht auf die Opposition Zentrum/Peripherie beschränken lässt.

Beispielsweise stehen sich INURA und Kritische Geographie Berlin geographisch und kulturell recht nahe. Auf der Webseite der Berliner Gruppe erscheint INURA auf der Liste der „Friends & Family“. Es gibt in Berlin ein lokales Komitee des INURA, dem aber nur ein Mitglied der Kritischen Geographie Berlin angehört. Obwohl diese beiden Gruppen keine echten gemeinsamen Initiativen gestartet haben, kommt es vor, dass sie sich gelegentlich auf Berliner Veranstaltungen begegnen, etwa 2014 während des „Festival[s] 48 Stunden Neukölln“. Die beiden Gruppen haben ihre engsten Beziehungen möglicherweise über Toronto. Hier bildet das *German Studies*-Programm der York University, der ersten kanadischen Universität, tatsächlich eine Plattform für den Austausch zwischen Deutschland und der englischsprachigen Welt. Zwischen Berlin, Toronto und Zürich zeichnet sich so ein sprachliches und wissenschaftliches Netzwerk ab. Die Besonderheit dieses Subsystems liegt sicherlich darin begründet, dass es sehr stark in internationale, anglophone Netzwerke eingebunden ist.

Die GESP hat in erster Linie Kontakte nach Spanien und in andere lateinamerikanische Länder geknüpft. Ana Fani Alessandri Carlos hat sogar 2012 den Geocritica-Preis „für ihren Beitrag zur Stadtgeographie sowie zur Theorie und Geschichte der Geographie und für ihre Beiträge zu einer lateinamerikanischen Kritischen Geographie“ (GEOCRITICA 2012) erhalten. Die über Horacio Capel hergestellte Nähe zu Katalonien – Capel hat die Zeitschrift *Geocritica* 1976 gegründet – zeigt sich auch in den universitären Beziehungen zwischen der USP und der Universität von Barcelona.

Die GESP verfügt auch über Verbindungen nach Frankreich, insbesondere zu lefebvrinischen Netzwerken (z. B. *La Somme et le Reste* [Die Summe und der Rest]) sowie zur Universität in Nanterre. Dabei darf nicht vergessen werden, dass enge Beziehungen zwischen den brasilianischen Universitäten und der französischen akademischen Welt so alt sind wie erstere selbst: Die USP wurde nach französischem Vorbild gegründet und hat ihre Lehrstühle zunächst mit französischen Akademiker\_innen besetzt. Heute sind diese Beziehungen durch ein Stipendienprogramm und eine Partnerschaft mit dem *Institut des Hautes Etudes de l'Amérique Latine* IHEAL (Institut für Höhere Lateinamerikastudien) sowie durch eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Nanterre und der USP zum Thema der räumlichen Gerechtigkeit institutionalisiert.

Die GESP zeigt, dass die englischsprachigen Zeitschriften und die britischen und amerikanischen Universitäten bei weitem nicht die einzigen relevanten Orte der Kritischen Geographie sind. Der Begriff der Hegemonie benennt hier zwar eine unbezweifelbare Asymmetrie; er verdeckt aber auch die Komplexität der Netzwerke, die sich über die Welt spannen, zu einem beträchtlichen Teil aber durch den Lupeneffekt unsichtbar werden, den die englische Sprache induziert.

Wir können also festhalten, dass sich diese Gruppen in der globalen Geopolitik des Wissens in sekundären Peripherien verorten und aus diesem Grunde in gewissem Maße – was die Publikationen und das Ansehen angeht – vom anglophonen Zentrum abhängig sind, dass es aber neben diesem andere, sekundäre und hochaktive Netzwerke gibt.

## Schlussbemerkung

Es lässt sich abschließend feststellen, dass die Analyse der Kritischen Stadtgeographie auf dem Weg über die Gruppen, die diese für sich in Anspruch nehmen, neues Licht auf diese Denkströmung wirft.

Ausgehend von den methodologischen Ansätzen der *Science Studies* sehen wir, dass die Ideen nur als Ergebnisse ihrer Produktion und Verbreitung existieren. Sie entstehen in einem sozialen Handeln, das ebenso untersucht werden muss wie die hervorgebrachten Inhalte. Es gibt nur deshalb eine Kritische Stadtgeographie, weil bestimmte Gruppen an verschiedenen Plätzen der Welt sich auf sie berufen und sich bemühen, sie durch die Schaffung von Infrastrukturen und Aktivitäten zu verbreiten.

In vielerlei Hinsicht erscheint die Kritische Geographie als Experimentierfeld für wissenschaftliche Praxis, mit einem subtilen und mitunter paradoxen Spiel von Integration und Marginalität in ihren Beziehungen zur Institution der Universität. Letztlich scheint sie sich auf bzw. an der Schwelle zu befinden.

Die Untersuchung epistemischer Gemeinschaften ist in der Lage, die Komplexität der ‚internationalen‘ Wissenschaft, die allzu häufig in binärer Weise als Verhältnis von hegemonialem Zentrum und dominierten Peripherien aufgefasst wird, besser zu begreifen. Ausgehend von den tatsächlich bestehenden Netzwerken, sehen wir die Existenz mehrerer, unterschiedlich internationalisierter Subsysteme. Wenn wir diese Feststellung auf den Weltmaßstab übertragen, müssen wir berücksichtigen, dass es mehrere Subsysteme der Verbreitung gibt, die die Vorstellung in Frage stellen, dass die Geographie, wie sie die Kritische Geographie hervorbringt, eindeutig und einförmig wäre. Eine unbezweifelbare anglophone Hegemonie koexistiert mit dem Bestehen weniger bekannter, aber hochaktiver Subsysteme.

Selbstverständlich ließe sich das hier entwickelte Forschungsprogramm auf weitere Gruppen aus der Kritischen Geographie ausdehnen: Solche Gruppen bestehen in Hong Kong, Kolumbien, Spanien und anderen Ländern. Vor allem aber bringen die bislang untersuchten Gruppen, die sich der Kritischen Stadtgeographie zuordnen, in ihrer Mehrheit ja eine marxistische und postmarxistische Geographie hervor. Mit der hier gewählten Methode wäre es aber möglich, weitere Ansätze – etwa feministische oder postkoloniale – oder solche Gruppen zu untersuchen, die in noch periphereren Räumen ansässig sind.

## Endnoten

- [1] Übersetzung aus dem Französischen: Michael G. Esch. Referenzen und Zitate aus französischsprachigen Werken/Originalen wurden eigens übersetzt.
- [2] Etwa die Übersetzungen von David Harvey (2010a und b; 2012).
- [3] Etwa Garnier (2010), Clerval (2010), Calbérac / Morange (2012).
- [4] Internationale Konferenz „Espace et rapports de domination“ [Raum und Machtverhältnisse], September 2012.
- [5] An den Geländern werden auf großen Packpapier-Blättern Forderungen gestellt. Einige Parolen („Demokratie an der Universität“, „Für eine dreiteilige Verwaltung“, „Parität“) beziehen sich unmittelbar auf einen Konflikt, der zwischen dem Rektor und den Studierenden besteht. Diese wollen an der Verwaltung der Universität beteiligt werden. Politische Gärung ist omnipräsent an der USP.

- [6] Ana Fani Alessandri Carlos ist aus der Kritischen Stadtgeographie nicht wegzudenken. Sie lehrt seit 1982 an der USP, wo sie 1987 promoviert und 2000 habilitiert wurde. Sie hat zahlreiche Sammelbände zur Stadtgeographie herausgegeben, die vom Werk Lefebvres inspiriert sind. Seit 2001 koordiniert sie die GESP.
- [7] Während der Konferenz in Lissabon im Jahre 2013 beinhaltete eine der angebotenen Exkursionen ein Treffen mit den Einwohner\_innen von Vale de Amoreira. Die Bevölkerung dieses Randbezirks von Lissabon, die mehrheitlich aus postkolonialen Migrationen stammt (und kapverdischer, angolanischer, mosambikanischer Nationalität ist), wird sozial und räumlich marginalisiert. Der Forscher und Aktivist António Guterres übersetzte die Äußerungen der Bewohner\_innen. Die Mitglieder des INURA stellten dann Fragen und besichtigten dann das Viertel.
- [8] Im ersten Hof sieht man zwei Mitglieder der Gruppe Kritische Geographie kurz vor dem monatlichen Treffen. Das Gebäude der Babylonia findet man im Herzen Kreuzbergs, in der Cuvrystraße 23, unweit des sehr beliebten Görlitzer Parks. Das Kulturzentrum bietet vor allem die Möglichkeit, Sprachen zu lernen. Über die entsprechenden Kurse hinaus ist das ehemals besetzte Haus inzwischen auch der Sitz des gleichnamigen Vereins.

## Autor\_innen

Cécile Gintrac ist französische Geographin mit Fokus auf Kritische Stadtgeographie und Wissenschaftstheorie.

## Literatur

Die Publikationen der Gruppen erscheinen im **Fettdruck**

- ACME (2015): An International E-Journal for Critical Geographies, "Focus and scopes." <http://acme-journal.org/index.php/acme/about/editorialPolicies#focusAndScope> (letzter Zugriff am 10.05.2015).
- B.A.S.S.D.A. (2006): A Kind of Queer Geography/Räume Durchqueeren: The Doreen Massey Reading Weekends. In: *Gender, Place & Culture: A Journal of Feminist Geography* 13/2, 173-186.
- Berg, Lawrence D. (2010): Critical Human Geography. In: Barney Warf (Hg.): *The Encyclopedia of Geography*. Thousand Oaks : Sage Publishers, 616-621.
- Belina, Bernd / Best, Ulrich / Naumann, Matthias (2009): Critical geography in Germany: from exclusion to inclusion via internationalization. In *Social geography*, 4/1, 47-58.**
- Belina, Bernd / Naumann, Matthias / Strüver, Anke (Hrsg.) (2014): Handbuch Kritische Stadtgeographie. Münster : Westfälisches Dampfboot.**
- Bourdieu, Pierre (1976): Le Champ scientifique. In: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 2/2-3, 88 –104.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Science de la science et réflexivité : cours du Collège de France 2000-2001*. Paris, Raison d'agir.
- Braun, Bruce (2003): Introduction: tracking the power geometries of international critical geography. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, 21/2, 131–168.
- Calbérac, Yann / Morange Marianne (2011): appel à articles.. <http://calenda.org/204866> (letzter Zugriff am 12.11.2016).
- Calbérac, Yann / Morange Marianne (2012): Géographies critiques 'à la française. In: *Carnets de géographes*, 4 [http://www.carnetsdegeographes.org/carnets\\_debats/debat\\_04\\_01\\_Morange\\_Calberac.php](http://www.carnetsdegeographes.org/carnets_debats/debat_04_01_Morange_Calberac.php) (letzter Zugriff am 10.05.2015).
- Carlos, Ana Fani Alessandri (2006): Geografia na sala de aula. São Paulo: Contexto.**
- Carlos, Ana Fani Alessandri (2012): Contra o produtivismo, um protesto solitário. <http://gesp.fflch.usp.br/es/node/187> (letzter Zugriff am 16.05.2014).**
- Carlos, Ana Fani Alessandri (Hg.) (2015): Crise urbana. São Paulo : Contexto.**

- Clerval, Anne (2010) : Les dynamiques spatiales de la gentrification à Paris. In: *Cybergeog: European Journal of Geography*. <http://cybergeog.revues.org/23231>; DOI: 10.4000/cybergeog.23231 (letzter Zugriff am 10.05.2015).
- Cruz, Rita de Cássia Ariza da (2012): Universidade Classe Mundial: paradoxos de um pensamento ao mesmo tempo neoliberal e neocolonialista.** <http://gesp.fflch.usp.br/node/181> (letzter Zugriff am 16.05.2014).
- Foucault, Michel (2001 [1984]): Qu'est-ce que les Lumières? In: Ders., Dits et écrits. Paris: Gallimard, 1381-1397.
- Füller, Henning / Michel, Boris (2014): 'Stop Being a Tourist!' New Dynamics of Urban Tourism in Berlin-Kreuzberg.** In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 38/4, 1304–1318.
- Garnier, Jean-Pierre (2010): Une violence éminemment contemporaine. Essais sur la ville, la petite-bourgeoisie intellectuelle et l'effacement des classes populaires. Marseille: Agone.
- GEOCRITICA (2012): El premio internacional de Geocritica a la profesora Ana Fani Alessandri Carlos. <http://www.ub.edu/geocrit/pig12.htm> (letzter Zugriff am 16.05.2014).
- Germes, Mélina / Husseini de Araujo, Shadia (2016): For A Critical Practice of Translation. In: *ACME*, 15/1, 1-14 (Englisch, Deutsch, Französisch).
- GESP (2014): Apresentação.** <http://gesp.fflch.usp.br/node/83> (letzter Zugriff am 16.05.2014).
- Granjon, Fabien (2015): Des fondements matérialistes de la critique. In : *Revue française des sciences de l'information et de la communication*, 6. <http://rfsic.revues.org/1257> (letzter Zugriff am 06.09.2015)
- Gutierrez, Javier / Lopez-Nieva, Pedro (2001): Are international journals of human geography really international?. In: *Progress in Human Geography*, 25/1, 53– 69.
- Haas, Peter M. (1992): Epistemic Communities and International Policy Coordination. In: *International Organization*, 46/1, 1-35.
- Harvey, David (2010a): Géographie et capital, Vers un matérialisme historico-géographique. Paris : Syllepses.
- Harvey, David (2010b): Le Nouvel impérialisme. Paris : Les prairies ordinaires.
- Harvey, David (2012): Paris, capitale de la modernité. Paris : Les prairies ordinaires.
- Houssay-Holzschuch, Myriam / Milhaud, Olivier (2013): Geography after Babel – a View from the French Province. In: *Geographica Helvetica*, 68, 51-55.
- INURA (1991): INURA Bulletin, 1.** [http://www.inura.org/v2/wp-content/uploads/2014/06/bulletin-nr1\\_1991.pdf](http://www.inura.org/v2/wp-content/uploads/2014/06/bulletin-nr1_1991.pdf) (letzter Zugriff am 12.11.2016).
- INURA (1999): Possible Urban Worlds: Urban Strategies at the End of the 20th Century.** Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser.
- INURA (2004): The Contested Metropolis: Six Cities at the Beginning of the 21st Century.** Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser.
- Keucheyan, Razmig (2013): Sociologie des pensées critiques contemporaines. In: Fabien Granjon (Hg.): De quoi la critique est-elle le nom? Paris: Mare & Martin, 95-111.
- Kritische Geographie Berlin (2014a): Über uns, [Online].** [http://kritische-geographie-berlin.de/?page\\_id=34](http://kritische-geographie-berlin.de/?page_id=34) (letzter Zugriff am 30.10.2014).
- Kritische Geographie Berlin (2014b): Touristification in Berlin: Ein Bericht zur Workshop-Reihe des Vereins Kritische Geographie Berlin.** In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 2/1, 167-180.
- Lamy, Erwan / Shinn, Terry (2006): L'autonomie scientifique face à la mercantilisation. Formes d'engagement entrepreneurial des chercheurs en France. In: *Actes de la recherche en sciences sociales* 164/4, 23-50. [www.cairn.info/revue-actes-de-la-recherche-en-sciences-sociales-2006-4-page-23.htm](http://www.cairn.info/revue-actes-de-la-recherche-en-sciences-sociales-2006-4-page-23.htm) (letzter Zugriff am 12.11.2016).
- Latour, Bruno / Woolgar, Steve (1979): *Laboratory Life: the Social Construction of Scientific.* Los Angeles: Facts.
- Latour, Bruno (2005): *La science en action - introduction à la sociologie des sciences.* Paris: Poche La Découverte.
- Latour, Bruno (2006): *Changer de société –refaire de la sociologie.* Paris: La Découverte.
- Latour, Bruno (2007): *L'espoir de Pandore. Pour une version réaliste de l'activité scientifique.* Paris : La Découverte [Erstausgabe 2001 [dt. Fassung: Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaften, Frankfurt/M. 2002]].
- Lefebvre, Henri (1968): *Le droit à la ville,* Paris: Editions Anthropos. [dt. Fassung: *Recht auf Stadt,* Hamburg, Nautilus, 2016].

- Lefebvre, Henri (2000 [1974]): La Production de l'espace. Paris: Éditions Anthropos.
- Meyer, Morgan / Molygneux-Hodgson Susan (2011): Communautés épistémiques: une notion utile pour théoriser les collectifs en sciences ? In: Terrains et travaux, 18/1, 141-154.
- Morange, Marianne / Fol, Sylvie (2014): Ville, néolibéralisation et justice. In: justice spatiale / spatial justice, 6, <http://www.jssj.org/article/neoliberalisation-ville-et-justice-spatiale/> (letzter Zugriff am 12.11.2016).
- Mitchell Don (2008): Confessions of a Desk-Bound Radical. In: Antipode, 40/3, 448-454.
- Pinto, Louis (2011): Neutralité axiologique, science et engagement. Une lettre de Pierre Bourdieu. In: Savoir/Agir, 16, 109-113.
- Rodrigues, Arlete Moysés (1988): Moradia nas Cidades Brasileiras. São Paulo: Editora Contexto.**
- Smith, Neil (2000): Who rules this Sausage Factory? In: Antipode, 32/3, 330-339.
- Terray, Emmanuel (2012): Penser à droite. Paris: Galilée.

### Liste der Interviews

- Bürk, Thomas (2012): Interview im Orig. auf Englisch. Berlin, 25.10.2012.
- Carlos, Ana Fani Alessandri (2011), Interview im Orig. auf Französisch. São Paulo, 04.07.2011
- Michel, Boris (2014): Interview im Orig. auf Englisch. Berlin, 18.07.2014.

## Critical Urban Geography as an Archipelago of Epistemic Communities

*This article aims at a study of critical urban geography by the example of three contemporary groups which claim to partake of it: Brazil's GESP (Grupo de Estudos sobre São Paulo), Germany's Kritische Geographie Berlin and the international network of INURA (International Network for Urban Research and Action). This method is inspired by the science studies and implies studying the action of doing something done just as much as whatever theoretical content is being produced. In this perspective, ideas exist only insofar as they are borne, carried out and broadcast by these groups. From the data collected, it is possible, by crosschecking, to define critical urban geography and describe the geopolitics of this specific knowledge production.*



# „This is a process not a protest“

Globale urbane Proteste, Betriebsbesetzungen zur Produktion unter Arbeiterkontrolle und lokale Selbstverwaltung

**Dario Azzellini**

Der Beitrag verknüpft die Platzbesetzungen seit 2011 mit den Betrieben unter Arbeiterkontrolle, die ab 2000 in Lateinamerika und darüber hinaus entstanden, sowie mit Formen kollektiver lokaler Selbstverwaltung. Diesen Praxen sind bei allen Unterschieden grundlegende Charakteristika gemeinsam. Sie konstruieren Räume der Produktion sozialer Alternativen. Ich arbeite die Gemeinsamkeiten heraus und argumentiere, dass sie Teil globaler, nicht-staatszentrierter Transformationsperspektiven sind. Sie machen eine wachsende Tendenz sichtbar, die sich an direkter Demokratie, Selbst-Organisierung und Autonomie orientiert. Entgegen der Kritik der Strategielosigkeit wird gezeigt, dass die Strategie darin besteht, in den selbst produzierten Räumen Elemente der angestrebten Veränderungen zu entwickeln und zu erproben. Die Beteiligten sehen die Praktiken nicht als Nische, sondern als gesamtgesellschaftliche Alternative. Die Praktiken werden via Netzwerke verknüpft und bilden neue räumliche Konfigurationen.

*Ersteinreichung: 18. April 2016; Veröffentlichung online: 29. November 2016  
An english abstract can be found at the end of the document.*

## 1. Einleitung

Die Verbindungen und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Protestbewegungen seit Beginn der aktuellen Krise 2008 von Tunesien und Island über die weltweiten Platzbesetzungen bis zu den aktuellen französischen Protesten wurden von zahlreichen Autor\_innen herausgestellt (Arenas 2014, Castañeda 2012, Castells 2012, Cossar-Gilbert 2016, Mason 2013, Roos/Oikonomakis 2014, Sitrin/Azzellini 2014). Die Bewegungen entstehen in einer Krise der Repräsentation und teilen die Kritik – ob in autoritären Regimen oder repräsentativen Demokratien – an der Repräsentation. Sie empfinden diese als undemokratisch und praktizieren Formen direkter Demokratie (Arenas 2014, Castañeda 2012, Juris/Ronayne/Shokooh-Valle/Wengronowitz 2012, Ressler 2012, Sitrin/Azzellini 2014, Yörük 2014).

Selten und eher punktuell als systematisch sind hingegen die Gemeinsamkeiten der neuen globalen Bewegungen, und deren Orientierungen auf direkte Demokratie, Kollektivität, Solidarität, Selbstverwaltung und Autonomie, mit zwei weiteren Bewegungen der vergangenen Jahre untersucht worden: (1) Den rückeroberten Betrieben unter Arbeiterkontrolle (RBA). Gemeint sind Hunderte von Betriebe, die seit der Jahrtausendwende

vornehmlich in Lateinamerika von Arbeiter\_innen besetzt wurden, um selbstverwaltet zu produzieren. (2) Den diversen Systemen lokaler Selbstverwaltung von Mexiko über Venezuela bis Kurdistan, die hier Kommunen genannt werden. Einige Autor\_innen führen die neuen globalen Bewegungen und einzelne Beispiele von RBA oder Kommunen als miteinander verwandte Bestandteile einer Produktion und Erprobung gesellschaftlicher Alternativen an, die nicht in der Tradition der seit 1848 dominanten Form der repräsentierenden Partei oder Gewerkschaft steht (Sitrin/Azzellini 2014: 14-39, Hardt/Negri 2009; 2013, Harvey 2012, Holloway 2010, Ross 2015, Teivainen 2016).

Die alternativen politischen Praxen der neuen globalen Bewegungen werden von Teivainen (2016) als „transnationaler libertärer Sozialismus“ bezeichnet. Lopes (2014) analysiert die neue Orientierung in urbanen Bewegungen und nennt das Phänomen „libertäre Wende“. In meinem Beitrag zeige ich auf, auf welche Weise die Gemeinsamkeiten in der alternativen Raumproduktion neue globale Bewegungen, RBA und Kommunen verbinden. Damit sollen diese nicht miteinander gleichgesetzt werden. Sie unterscheiden sich voneinander und untereinander in Dauer, Form, Umfang und Reichweite. Darauf wirken zahlreiche Faktoren ein. Ortsspezifische Dynamiken prägen alle gesellschaftlichen Kämpfe (Harvey 1995). Es soll auch keine vermeintlich gemeinsame Front aus den verschiedenen Praktiken und Kämpfen konstruiert werden. Vielmehr geht es darum herauszustellen, wie in ihnen eine politische Kultur sichtbar wird, die eine Alternative darstellt zu der traditionellen Organisation von Protest im Bezugsrahmen der Repräsentation sowie des Staates und seiner Institutionen.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die neoliberale Globalisierung haben Ansätze befördert, die eher in der historischen Tradition der Pariser Kommune stehen als in der des autoritären und staatszentrierten Sozialismus. Die Renaissance rätebasierter Selbstorganisation erfasst Praxis und Debatten. Zeitgenössische Theoriekonzepte, die in Rätmodellen und Selbstverwaltung gründen, erfahren verstärkt Beachtung. Dazu gehören etwa die kommunalen Konsum- und Produktionskreisläufe des in Lateinamerika stark rezipierten István Mészáros (1995), der „demokratische Föderalismus“ von Murray Bookchin (Biehl/Bookchin 1997, Bookchin 1992; 2015), der vom kurdischen Befreiungskampf übernommen wurde (Flach/Ayboğa/Knapp 2015) und das Konzept „Parecon“ von Michael Albert (2006). Diverse Diskussionen um Alternativen zum kapitalistischen System, die im Kontext der Krise erfolgten, verwiesen ebenfalls auf demokratische Rätmodelle (Bonnet 2014, Esteva 2009, Demirovic 2009, Roth 2008, Wolff 2012, Zelik/Tauss 2013).

Tahrir, 15-M in Spanien, Occupy in den USA, Occupy in London, Griechenland, Kanada, Brasilien und die Gezi-Park-Bewegung - die Platzbesetzungen breiteten sich weltweit aus (Harvey 2012: 161, Mason 2013, Roos/Oikonomakis 2014, Sitrin/Azzellini 2014).[1] Sie sind „eine sehr lokale und spezifische Strategie und eine transnationale oder globale Praxis zugleich“ (Feigenbaum/Frenzel/McCurdy 2013: 2, Übers. d. A.). Es wird ein zentraler Platz besetzt und in einen Ort verwandelt, um darüber zu diskutieren was in der Gesellschaft falsch läuft und was dagegen zu tun ist. Die Platzbesetzungen drücken ein Bedürfnis nach einem Raum aus, in dem ein freier Austausch möglich ist und die Regeln dafür gemeinsam festgelegt

werden. Es entsteht ein „politischer Commons“ (Harvey 2012: 161). Auf den besetzten Plätzen wird versucht „die soziale Reproduktion und Neuschaffung des täglichen Lebens in Weisen zu ermöglichen, die den Status Quo anfechten“ (Feigenbaum/Frenzel/McCurdy 2013: 10; Übers. d. A.). Im Unterschied zu RBA und Kommunen geschieht dies auf den Plätzen aber nur temporär.

Anders als üblicherweise bei Protestcamps seit den 1960ern geht es bei den Platzbesetzungen ab 2011 nicht um den Protest gegen eine Maßnahme oder einen Akteur (also „contentious politics“, McAdam/Tarrow/Tilly 2001), sondern um eine systemische Unzufriedenheit, die in die Öffnung von Räumen zur Erprobung von Alternativen mündet. So lautete eine weit verbreitete Losung von Occupy LSX (London) bis Occupy US: „Dies ist kein Protest, sondern ein Prozess“. Ganz gleich, was nun der konkrete Anlass für die Platzbesetzungen war, immer ging es dabei um wesentlich mehr. Stand bei Occupy die Macht der Konzerne und Gier der Eliten im Vordergrund, waren unter anderem auch Themen wie Zwangsräumungen, Ökologie, direkte Demokratie, Studienschulden, die Militarisierung der Polizei, Gender und Rassismus stark präsent (Arenas 2014: 434). Ganz ähnlich war es auch auf den anderen Plätzen weltweit. Sie alle hatten gemeinsam, dass sie eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung und Veränderung anstrebten (Byrne 2012, Castañeda 2012, Graeber 2012, Interview Lozada (2012):, Ressler 2012, Roos/Oikonomakis 2014, Schumacher/Osman 2012, Sitrin/Azzellini 2014, Yörük 2014).

Entgegen oberflächlicher Betrachtung und weit verbreiteter Ansicht ist das, was auf den Plätzen wirkte und sichtbar wurde, nicht verschwunden. Allen Platzbesetzungen gingen zahlreiche soziale Kämpfe voraus, in denen spätere Praktiken und Inhalte angelegt waren (Ali 2012, Castañeda 2012, Roos/Oikonomakis 2014: 125-128, Schumacher/Osman 2012, Sitrin/Azzellini 2014; Sowers/Toensing 2012, Yörük 2014). Die meisten Platzbesetzungen beschlossen nach einiger Zeit selbst ihre Auflösung, um an anderen Orten aktiv zu werden, einige wurden auch gewaltsam geräumt. Es erfolgte eine bewusste Reterritorialisierung, die in bestimmten Stadtteilen und konkreten Projekten vollzogen wurde. In Spanien folgten Bewegungen bezüglich Bildung, Gesundheitsversorgung und Diskriminierung gegen Frauen, die auf Versammlungen und direkter Demokratie beruhten. Dort, in Griechenland sowie in den USA entstanden zahlreiche Kooperativen und Netzwerke von Produzent\_innen und Verbraucher\_innen. Strike Debt, die US-Bewegung gegen Privatverschuldung durch Studium oder Gesundheitsversorgung, ist aus Occupy hervorgegangen; die Bewegung gegen Zwangsräumungen in den USA und Spanien wurden massiv gestärkt (Roos/Oikonomakis 2014, Sitrin/Azzellini 2014). Tahrir führte zu einem enormen Zuwachs an betrieblicher Selbstorganisation und unabhängigen Gewerkschaften (Alexander/Bassiouny 2014: 224-251); zudem entstanden mindestens zwei RBA (Azzellini 2015b), bis ein Militärputsch eine massive Repression entfachte.

Besetzungen von Betrieben mit dem Ziel, unter Selbstverwaltung zu produzieren, hat es historisch vereinzelt in verschiedenen Ländern gegeben. Zu einer breiteren Praxis wurden sie mit der Krise 2000/2001, als Arbeiter\_innen in Argentinien damit begannen, ihre schließenden Betriebe zu besetzen. Die Besetzungen weiteten sich auch auf Uruguay, Brasilien und Venezuela aus. 2015 existierten in Argentinien etwa 360 RBA, in Brasilien 70,

in Uruguay 22 und in Venezuela etwa 80 (Azzellini 2014, 2015c, 2016, Chedid et al. 2013, Sardá de Faria/Novaes 2012, Rieiro 2015). Vereinzelt RBA entstanden auch in anderen lateinamerikanischen Ländern und Asien (Azzellini 2015a; Azzellini/Ness 2012). Im Zuge der aktuellen Krise kamen in Argentinien fast 60 und in Venezuela etwa zwei Dutzend neue RBA hinzu. Auch in Italien, Frankreich, Griechenland, Bosnien, Kroatien, Tunesien sowie in den USA und in der Türkei entstanden einzelne RBA (Azzellini 2015b, 2015c). RBA sind in allen industriellen Sektoren entstanden (Metall, Textilien, Lebensmittel, Chemie und Baustoffe) sowie zunehmend im Dienstleistungsbereich (Gaststätten, Kliniken, Hotels und Transport) und im Bereich Medien (Azzellini 2015a; Azzellini/Ness 2012).

Eine Reihe von Eigenschaften unterscheiden RBA von anderen selbstverwalteten Betrieben und von traditionellen Kooperativen. Die RBA bilden eine offensive Strategie in einer defensiven Situation. Anstatt zu resignieren nehmen die Arbeiter\_innen ihr Schicksal selbst in die Hand und zeigen eine Lösung auf. Ein zuvor hierarchisch-kapitalistisch organisierter Betrieb mit dem Primärziel, den Mehrwert zu steigern und abzuschöpfen, wird in einen demokratisch selbstverwalteten Betrieb verwandelt, in dem das Wohlergehen der Arbeiter\_innen im Mittelpunkt steht. Ein RBA ist ein sozialer und ökonomischer Prozess. Es entstehen neuartige soziale Beziehungen und es verändert sich die Arbeitsweise. Das Privateigentum an Produktionsmitteln wird in kollektives soziales Eigentum umgewandelt. Die Form, in der dies geschieht, stellt das Privateigentum an Produktionsmitteln infrage. Die Produktion unter demokratischer Selbstverwaltung als Antwort auf den Angriff des Kapitals reaffirmiert die Identität der Arbeiter\_innen als Arbeiter\_innen, allerdings ohne Chef, während zugleich gezeigt wird, dass eine andere Art zu arbeiten möglich ist (CDER 2014, Chedid et al. 2013: 27, 30, Ruggeri 2014: 16, Sitrin 2012).

Lokale Selbstverwaltung mittels direkter Demokratie als linke, sozialistische Perspektive im größeren Rahmen tauchte nach dem Fall des Realsozialismus erstmals in indigenem Kontext mit dem Kampf der Zapatistas in Chiapas, Mexiko, auf. Seitdem sind in verschiedenen Weltregionen ähnliche Ansätze der politischen Organisation sozialistischer Gesellschaften als Föderationen von Kommunen zu finden. Ich beziehe mich hier vorwiegend auf Chiapas und Venezuela, sowie in geringerem Maße auf Guerrero, Oaxaca und Kurdistan.

Die neuen Praktiken lokaler Selbstverwaltung in Lateinamerika sind stark von indigenen Widerstandserfahrungen und Vorstellungswelten geprägt. Diese haben auf der einen Seite viel gemeinsam mit der sozialistischen Kommunitradition, die vor dem Aufkommen des Staatssozialismus als Vorstellung von Sozialismus hegemonial war, und andererseits mit dissidenten sozialistischen Strömungen wie Rätekommunismus, libertärem Sozialismus und Anarchosyndikalismus. Gustavo Esteva aus Oaxaca unterstreicht den „kommunitären Impetus“ dem der Sozialismus entstammt. „Die Communities erscheinen als eine Alternative, weil in ihnen die Einheit zwischen Politik und Ort wieder hergestellt wird und das Pueblo eine Form hat, in der es seine Macht ausüben kann, ohne sich dem Staat ergeben zu müssen“ (Esteva 2009, Übers. d. A.).

In Kurdistan knüpft die Selbstverwaltung sowohl an lokale kommunale Traditionen wie auch an sozialistische Konzepte an. Die zuvor marxistisch-leninistische nationale Befreiungsbewegung PKK orientierte sich ab Ende der 1990er am demokratischen Konföderalismus von Bookchin. 2005 wurden die PKK und die zahlreichen Organisationen um sie herum reorganisiert als KCK, Assoziation der Communitys Kurdistans (Jongerden/Hamdi 2013). Es folgte der Aufbau von Rätestrukturen in Nordkurdistan (Türkisch-Kurdistan), die bis heute klandestin arbeiten. 2007 weiteten sich die klandestinen Rätestrukturen auf Westkurdistan (Nordsyrien) aus und wurden nach dem Kollaps der Regierungskontrolle ab 2011 öffentlich (Flach/Ayboğa/Knapp 2015, Jongerden/Hamdi 2013: 173).

Es folgen nun einige Aspekte der sozial-utopischen Antizipation, gemäß der englischsprachigen Debatte „Präfiguration“ genannt, in den Platzbesetzungen, RBA und Erfahrungen lokaler Selbstverwaltung. Dabei werden bereits Gemeinsamkeiten in der Produktion gesellschaftlicher Alternativen in den von ihnen produzierten Räumen herausgestellt. Im Anschluss erörtere ich die Frage der Autonomie, die direktdemokratische Entscheidungsfindung und die Herstellung räumlicher Konfigurationen mittels Netzwerke als zentrale Elemente der Raumkonstruktion. Daraus wird deutlich, wie diese Praktiken in einem gemeinsamen Rahmen gesellschaftlicher Transformationsstrategien eingeordnet werden können.

Angesichts der Kritik, vor allem von Geograph\_innen, allgemeine Interpretationen sozialer Kämpfe litten häufig an mangelnden empirischen Grundlagen (Arenas 2014: 434), beziehe ich mich zentral auf Aussagen, Praktiken und Vorstellungen der direkt Beteiligten. Auch die verwendete akademische Literatur stammt meist von Autor\_innen, die an den Praktiken beteiligt waren oder sind.[2]

## **2. Sozialutopische Antizipation statt Repräsentation**

Neue globale Bewegungen, RBA und Kommunen produzieren Räume der sozialutopischen Antizipation. Es sind Räume, wie sie ganz ähnlich von Ernst Bloch als „konkrete Utopie“ (1973), von Walter Benjamin als „Jetztzeit“ (1965), von David Harvey als „Räume der Hoffnung“ (2000) und von John Holloway als „Risse im Kapitalismus“ (2010) beschrieben werden. Da diese Praxis charakteristisch ist für viele der neuen Bewegungen, werden sie auch als präfigurative Bewegungen bezeichnet (Maeckelbergh 2011, Sitrin 2006; 2013, Teivainen 2016, van de Sande 2013). Teivainen (2016) schlägt vor, von „demokratischer Präfiguration“ zu sprechen, da historisch auch religiöse, esoterische, völkische und faschistische präfigurative Bewegungen existiert haben.

Präfigurative Bewegungen erzeugen „in ihren aktuellen sozialen Beziehungen die Zukunft“ (Sitrin 2006: 4; Übers. d. A.). Die Mittel werden nicht dem Ziel untergeordnet. Es geht nicht um die Implementierung eines Programms, sondern um einen Prozess mit unklarem Ausgang und einer „inhärent experimentellen und empirischen Praxis“ (van de Sande 2013: 232, Übers. d. A.). Der Zapatista-Slogan „Fragend gehen wir voran“ drückt dieses Verhältnis aus.

Auf den besetzten Plätzen entstanden überall thematische Arbeitsgruppen, in denen diskutiert und politische Aktionen vorbereitet wurden, und kollektive

Strukturen, um die zur Erhaltung des Camps notwendigen Arbeiten zu organisieren. Dazu gehörten zu Beginn Infrastruktur, Verpflegung, Sicherheit sowie juristischer Beistand. Die größeren Platzbesetzungen verwandelten sich in kleine Städte, es entstanden Bibliotheken, Kinderbetreuung, Übersetzungsdienste und Schulen, es wurden Zeitungen, Webseiten, Kunst und Kultur produziert und politische Proteste, Aktionen und Veranstaltungen organisiert. Die Angebote waren in der Regel alle kostenlos, es galt, dass Partizipation nicht an mangelnden finanziellen Mitteln scheitern dürfe. Die Räume waren „Commons insofern die internen Beziehungen nicht die des Warenaustauschs waren, ein anti-hierarchischer Ethos oder ‚Horizontalität‘ überwogen, und grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Sicherheit, Essen, Abfallbeseitigung, Gesundheit, Wissen und Unterhaltung selbstorganisiert waren“ (Linebaugh 2014: 24). Alle Platzbesetzungen waren nach außen hin offen und verfügten über Strukturen, um Interessierte zu empfangen. Einige der Platzbesetzungen waren aber auch mit rassistischen Vorfällen, sexuellen Übergriffen, Störer\_innen, psychisch Kranken, Drogenkonsum und Odachlosen konfrontiert und mussten Weisen entwickeln, wie damit umgegangen werden konnte (Arenas 2014, Byrne 2012, Graeber 2012, Interview Lozada (2012), Juris/Ronayne/Shokooh-Valle/Wengronowitz 2012, Ressler 2012, Roos/Oikonomakis 2014, Sitrin/Azzellini 2014, Yörük 2014).

RBA sind dauerhafter angelegt als Platzbesetzungen und es besteht für die Beteiligten weniger die Möglichkeit, bei Unzufriedenheit einfach wegzugehen. Die direkte kollektive Verwaltung steht hier im Zentrum und es wird Zeit und Kraft darein investiert, eine andere Form der Arbeit zu praktizieren. RBA halten wesentlich häufiger Versammlungen ab als traditionelle Kooperativen (CDER 2014: 46). 88 Prozent der RBA in Argentinien führen regelmäßige Vollversammlungen durch, 44 Prozent davon wöchentlich (PFA 2010: 47). In Brasilien finden Vollversammlungen seltener statt. Doch zugleich finden, wie auch in anderen RBA, regelmäßige Koordinationssitzungen statt; 75 Prozent der brasilianischen RBA verfügen zudem über Wandzeitungen, 43 Prozent über regelmäßige Abteilungsversammlungen und elf Prozent über interne Publikationen (Chedid et al. 2013: 124). Ganz grundsätzlich gibt es in RBA keine Geheimnisse und keine Repression, das heißt, es kann immer und überall über die RBA geredet werden – was auch geschieht.

Das Prinzip der Gleichheit betrifft in den meisten RBA auch die Bezahlung. Eine Untersuchung von 81 RBA in Argentinien ergab, dass 45 davon alle Beschäftigten gleich bezahlen, während bei weiteren 34 der Unterschied zwischen dem höchsten und niedrigsten Einkommen höchstens 33 Prozent beträgt (PFA 2010: 55-56). Die RBA in den USA, Italien, Frankreich, Griechenland und der Türkei zahlen ebenfalls gleiche Einkommen (Azzellini 2015b). Das gilt auch für zehn RBA in Venezuela und zwei in Uruguay, die ich besucht habe. Nur in Brasilien liegen große Einkommensunterschiede vor. In 15 von 50 untersuchten RBA war das höchste Einkommen sogar fünf bis zehn Mal so hoch wie das niedrigste (Chedid et al. 2013: 128). Da dies kollektiv beschlossen wurde, wäre weitere Forschung zu den Ursachen interessant.

Die Kommunen stellen zweifelsohne die weitestgehende und komplexeste Form der Präfiguration dar. Der Aufstand der Zapatistas führte 1994 als erstes zur Gründung von 32 „Rebellischen Autonomen Zapatistischen Landkreisen“ (MAREZ), bestehend aus einer unterschiedlichen Anzahl

Autonomer Gemeinden. Sie funktionieren mit Rätssystem und direkter Demokratie und koordinieren sich auf höheren Ebenen, das heißt zwischen den autonomen Gemeinden besteht eine Koordination innerhalb der autonomen Landkreise, während diese wiederum auch miteinander koordiniert werden (Vergara-Camus 2014). Die Zapatistas widmeten sich zunächst dem Aufbau von Bildungs- und Gesundheitsversorgung sowie der Koordination der Landwirtschaft und dem Austausch von Agrarprodukten untereinander. Parallel dazu entwickelten sie ein alternatives Justizsystem und widmeten sie sich dem Aufbau von Kooperativen. Die Zapatistas reklamieren ‚Autonomie‘. Neben indigenen Einflüssen ist der Zapatismus von mexikanischen sozialrevolutionären Strömungen, autonomem Marxismus und Anarchismus beeinflusst (EZLN 2016, Ramírez 2003, Vergara-Camus 2014).

Das Beispiel der Zapatistas führte zur Ausrufung selbstverwalteter indigener Gemeinden in Oaxaca und Guerrero. Im Bundesstaat Oaxaca mit mehrheitlich indigener Bevölkerung gibt es eine starke Selbstverwaltung in ländlichen Gemeinden. In der gleichnamigen Hauptstadt Oaxaca verwandelte sich das Protestcamp einer Lehrgewerkschaft nach der brutalen Räumung durch die Polizei am 14. Juni 2006 in einen allgemeinen Aufstand. Polizei und Stadtverwaltung verließen die 600.000 Einwohner\_innen zählende Stadt, die von Tausenden von Barrikaden geschützt wurde. Bis zur Erstürmung durch Sondereinheiten der Polizei Ende Oktober wurden Alltag und politische Aktionen von der Bevölkerung selbst und mittels der neu gegründeten Popularen Versammlung der Völker Oaxacas (APPO) organisiert. Die APPO war eine Koordination von Sprecher\_innen von über 300 politischen und sozialen Organisationen und Gruppen von Landarbeiter\_innen, Studierenden, indigenen Gruppe und Nachbarschaften. Der indigene Erfahrungsschatz stellte ein bedeutendes Element in der „Kommune von Oaxaca“ dar. Zugleich aber ereignete sich der Aufstand in der Stadt, wo die Bevölkerung mehrheitlich nicht indigen ist (Arenas 2014, Beas Torres 2007, Esteva 2009; 2010).

In Venezuela entstand die lokale Selbstverwaltung ab 2004 von unten durch linke Basisorganisationen in urbanen und ländlichen Regionen. 2005 griff die Regierung, auf Initiative von Präsident Hugo Chávez, den Ansatz der Kommunalen Räte auf. Diese bestehen in den Städten aus 150 bis 400 Wohneinheiten und in ländlichen Regionen aus mindestens 20. Ihre Struktur existiert parallel zu den Institutionen der repräsentativen Demokratie und ist diesen nicht unterworfen. Die Räte arbeiten als direktdemokratische Nachbarschaftsversammlungen mit verschiedenen thematischen Komitees, in denen Projekte für die Community erarbeitet werden. Sie widmen sich Infrastrukturprojekten, Gesundheitsversorgung, Bildung, Sport, Kultur, Medien und zunehmend dem Aufbau kollektiv betriebener produktiver Projekte (Azzellini 2010: 261-299).

Ab 2007 entstanden *comunas* als Zusammenschlüsse von Kommunalen Räten und anderer im Territorium präserter Basisorganisationen. Die Entscheidungen werden weiterhin in den Kommunalen Räten getroffen, die ihre Sprecher\_innen entsenden. Eine gesetzliche Regelung für die *comunas* folgte 2012 (Azzellini 2013). Im März 2016 existierten in Venezuela 45.749 Kommunale Räte und 1.500 *comunas*.<sup>[3]</sup> Diese erhalten jährlich bis zu sechs Milliarden US-Dollar an staatlicher Finanzierung. Der Mechanismus

der Bildung von *comunas* ist flexibel gestaltet. Die Beteiligten definieren selbst, welche gemeinsamen Projekte sie entwickeln und welche Aufgaben sie übernehmen. Das erleichtert den Organisationsprozess und ermöglicht ein organisches Wachstum, doch ist die starke Überlagerung der kommunalen selbstorganisierten Räume mit dem staatlich-administrativen Raum Ursache häufiger Konflikte (Azzellini 2013; 2014). Die Räte klagen über Kooptationsversuche aus Institutionen und Politik, langwierige und intransparente bürokratische Verfahren in der Interaktion mit Institutionen sowie über Korruption und ein fehlerhaftes Management innerhalb der staatlichen Institutionen (Azzellini 2010: 310-312; 345-349, Sitrin/Azzellini 2014: 240-244).

Der kommunale Sozialismus im Aufbau nährt sich aus kommunistischen und anarchistischen Einflüssen ebenso wie aus populären, indigenen und afro-amerikanischen Erfahrungen (Azzellini 2013). So nennen die afro-venezolanischen Communitys in der Region Barlovento ihre *comunas* „*cumbes*“, wie die einst selbstverwalteten freien Siedlungen von Ex-Sklavinnen in der Region. Die Schaffung von kommunalen Produktions- und Konsumkreisläufen, kombiniert mit Rätestrukturen verschiedener Art auf unterschiedlichen Ebenen, als Transition zum Sozialismus, geht stark auf István Mészáros (1995) zurück und ist von der kritischen Geografie beeinflusst, vor allem von Doreen Masseys Arbeit zu ungleichen und antidemokratischen Machtgeometrien (2009).

Die präfigurative Praxis der neuen globalen Bewegungen wird häufig als Strategielosigkeit kritisiert (Dean 2013, Demirovic 2014, Porcaro 2013, Roberts 2012, Wainwright 2012). Dabei wird davon ausgegangen, Strategie definiere klare Wege und Ziele und bedürfe einer vertikalen Organisation, während Präfiguration kulturell und unorganisiert sei (Maeckelbergh 2011: 4-7). Letzteres lässt sich empirisch nicht bestätigen. Die präfigurativen Praktiken der neuen globalen Bewegungen, RBA und Kommunen zeichnen sich dadurch aus, dass es sich nicht um einen Rückzug handelt, um nach eigenen Vorstellungen zu leben, wie in einigen präfigurativen Bewegungen seit den 1960ern. Im Gegenteil – die Bewegungen machen Kapital und Staat, Orte und Räume streitig und eignen sie sich an. Luca Federici vom RBA RiMaflow in Mailand nennt das „konfliktive Selbstverwaltung“ (Azzellini/Ressler 2014). „Präfigurative Strategie“, so Maeckelbergh, „beinhaltet zwei grundlegende Praxen: Die der Konfrontation mit den existierenden politischen Strukturen und Entwicklung von Alternativen – keine von beiden könnte ohne die andere die erwünschten strukturellen Veränderungen erzielen“ (2011: 15, Übers. d. A.).

### 3. Gemeinsame Aspekte der Raumproduktion

Das Streben nach Autonomie und direkter Demokratie gehört zu den zentralen Gemeinsamkeiten in der Raumproduktion von Platzbesetzungen, RBA und Kommunen. Um etwas Neues produzieren zu können und nicht kooptiert zu werden oder vorhandene Formen zu reproduzieren, werden die Räume möglichst freigehalten von Einflüssen durch Staat und Kapital. Die Entscheidungsfindung mittels partizipativer und direkter Demokratie trägt entscheidend dazu bei, einen Raum für alle zu schaffen, den auch



alle gleichberechtigt mitgestalten (Sitrin/Azzellini 2014: 134; 158-163). Die demokratische Entscheidungsfindung ist dabei gleichermaßen Weg und Ziel (Maeckelbergh 2011: 6-11, Polletta 2002: 199, Teivainen 2016: 25). Ich werde aufzeigen, wie durch Inspirationen, Kontakte und Netzwerke eine kulturelle und räumliche Konfiguration erfolgt, welche die verschiedenen Praktiken zusammenbringt und eine Strategie hin zu einer neuen Art der politischen Organisation erkennen lässt, deren Prinzipien und Ziele sich in den Praktiken widerspiegeln.

### *Ein Raum Jenseits des Staates*

Der von Plätzen, RBA und Kommunen produzierte Raum ist wesentlich ein Raum jenseits des Staates und seiner Organisationsformen. Angesichts der Machtasymmetrie zu Gunsten der konstituierten Macht kann nur so etwas Neues entstehen ohne dem Druck zu erliegen, die von Staat und Kapital vorgegebenen Formen zu übernehmen. Plätzen, RBA und Kommunen ist daher ein Streben nach Autonomie gemeinsam. Autonomie meint Prioritäten selbst zu bestimmen und Entscheidungen ohne den Druck anderer Akteure zu treffen. Das eigene Projekt steht im Mittelpunkt, nicht Staat oder Kapital. Die Ausgangsbasis sind die eigenen Wünsche und Bedürfnisse, nicht der Rahmen, der von anderen Akteuren vorgegeben wird (Azzellini 2013, Interview Antillano (2008), Jongerden/Hamdi 2013, Ramírez 2003, Sitrin/Azzellini 2014: 32-34).

Autonomie bedeutet aber nicht, jede Interaktion mit staatlichen Institutionen zwangsläufig abzulehnen. Je dauerhafter eine Praxis angelegt ist und je mehr Räume sich mit der eigenen Raumproduktion überlagern, desto unausweichlicher ist eine Interaktion. Auch die Platzbesetzungen interagierten mit Behörden und Institutionen. RBA sind noch viel mehr auf Interaktion angewiesen. Sie müssen einen juristischen Prozess (Schließung des Betriebes und Entlassung) in einen politischen Prozess verwandeln. Dafür ist meist an irgendeiner Stelle die Intervention staatlicher Institutionen notwendig. Ein Großteil der RBA in Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela und die beiden Fabriken in Frankreich haben eine staatliche Intervention erlebt, von der Enteignung der Ex-Eigentümer[4] bis zu direkten Finanzierungen oder Bürgschaften. Doch bezüglich ihrer Diskussionen, Entscheidungen und Ziele behalten sich alle RBA ihre Autonomie vor (Azzellini 2013; 2014; 2015b, Chedid et al. 2013, PFA 2010: 71, Rieiro 2015).

Im Falle der lokalen Selbstverwaltung beginnt die Autonomie damit, dass von Chiapas über Venezuela bis Kurdistan die Bewohner\_innen der Communitys von der kleinsten Einheit bis zur Kommune das Bezugsterritorium und die Zugehörigkeit selbst festlegen (Azzellini 2013, Flach/Ayboğa/Knapp 2015, Interview Abel (1998), Ramírez 2003). Die Kommunen beziehen sich auf den (relationalen) sozio-kulturell-ökonomischen Raum, der sich aus dem Alltag ableitet und nicht auf den bestehenden politisch-administrativen Raum (Harvey 2006: 119-148). Die beiden Räume überlagern sich und ihr Verhältnis ist meist von Konflikt geprägt. Während in Mexiko und in Kurdistan aufgrund der Konflikt- beziehungsweise Kriegssituation eine Interaktion mit dem Staat (oder mit Staaten im Falle Kurdistans) jenseits des Konflikts kaum existiert, fordern und erhalten Kommunale Räte und *comunas* in Venezuela

finanzielle Unterstützung vom Staat. Sie sehen den Zugriff auf den gesellschaftlich produzierten Reichtum als ein Recht an, bestehen aber gegenüber staatlichen Institutionen und Parteien auf ihrer Autonomie. In der Durchsetzung ihrer Vorstellungen und Entscheidungen geraten sie häufig in Konflikt mit staatlichen Institutionen, die nicht effektiv arbeiten beziehungsweise eigene Prioritäten durchsetzen oder die Selbstverwaltungsstrukturen kooptieren wollen (Azzellini 2013; 2014). Auch aus diesem Grund sehen die meisten *comunas* eine sozio-produktive Entwicklung als notwendig an, um nicht mehr auf den Staat angewiesen zu sein (Azzellini 2013; 2014, Azzellini/Ressler 2010, Interview Figuera León (2015), Interview Jiménez (2012)).

Der Selbstorganisation wird in der Regel mit Gewalt begegnet, wenn sie die Hoheit des Staates und das Privateigentum allgemein praktisch in Frage stellt. Die Plätze wurden gewaltsam geräumt, wenn sie nicht zuvor verlassen wurden. RBA müssen sich Räumungsversuchen der Polizei und zum Teil auch der Gewalt der Ex-Eigentümer\_innen widersetzen. Auf die lokalen Selbstverwaltungen reagiert der Staat – außer in Venezuela – immer mit Repression (Azzellini 2013, 2014, Flach/Ayboğa/Knapp 2015: 283-315, Gasparello 2009, Interview Abel (1998), Jongerden/Hamdi 2013: 170, Ramírez 2003).

Die Erklärung des Basisaktivisten und Soziologen Andrés Antillano aus Caracas zu Venezuela beschreibt auch das gängige Verhältnis der neuen globalen Bewegungen, RBA und Kommunen zum Staat und seinen Institutionen:

„Wir haben immer gesagt, dass wir vorwärts schreiten müssen im Aufbau einer neuen Gesellschaft, mit dem Staat, ohne den Staat, gegen den Staat. Das heißt das Verhältnis mit dem Staat definieren nicht wir, sondern es wird von der Bereitschaft des Staates definiert, sich den Interessen des Pueblo[5] unterzuordnen“ (Interview Antillano 2008).

### *Demokratische Entscheidungsfindung und Raumproduktion*

Die Raumproduktion von Platzbesetzungen, RBA und Kommunen ist durch horizontale und konsensuale Demokratie geprägt. Die Entscheidungsfindung als kollektiven Prozess zu organisieren stärkt Kooperation und Vertrauen. Einfache Mehrheitsentscheidungen hingegen produzieren sich gegenüberstehende Lager. Im Falle eines gemeinsamen Projekts ist aber entscheidend, dass es möglichst breit getragen wird. Die Mechanismen der Entscheidungsfindung sind somit zentral für die Raumproduktion. Die „räumlichen Dynamiken der Besetzung in einer Zelt-Stadt machen das Zusammenleben zur Notwendigkeit. Dies nährt die verschiedenen Stile partizipativer Politiken der Versammlung, welche ein kreatives Mittel bietet, Konfrontation in Kooperation zu verwandeln“ (Arenas 2014: 435). Die Versammlung steht bei Platzbesetzungen wie auch in RBA und Kommunen im Mittelpunkt. Sie ist nicht wie in der liberalen Demokratie der Ort der Ideenkonkurrenz, sondern des kollektiven Denkens und des Aufbaus. Wie Ayelen aus Madrid erläutert:

„Es ist nicht so, dass jeder etwas anderes denkt und wir das alles zusammen werfen. Es geht darum, von Anfang an zusammen etwas aufzubauen, das es vorher nicht gegeben hat [...]. Es geht nicht

ums Überzeugen, sondern darum, gemeinsam etwas aufzubauen“. (Interview Lozada 2012)

In der gleichen Situation sind auch RBA und Kommunen. Im Betrieb oder in der Nachbarschaft ist die Notwendigkeit des Zusammenlebens existenzieller als auf den Plätzen (Azzellini 2015b, Azzellini/Ressler 2010, Ramírez 2003, Sitrin/Azzellini 2014).

Konsens bedeutet für gewöhnlich nicht Einstimmigkeit, sondern verweist auf einen Prozess, in dem alle Stimmen zu Gehör kommen und auf eine gemeinsame Position hingearbeitet wird. Dafür braucht es zunächst einmal Zeit. Es kommen aber auch zahlreiche Instrumente zum Einsatz, vor allem auf den Plätzen: Moderation, Redelisten mit unterschiedlichen Quotierungen, Redezeitbeschränkungen, Zusammenfassungen, Handzeichen, um Stimmungen auszudrücken und Ablehnung, die keine Beschlüsse blockiert. Auf manchen Plätzen, wie etwa in Madrid, führte ein dogmatisches Beharren einiger Teilnehmer\_innen auf völligem Konsens öfters zur Entscheidungsunfähigkeit. Die konsensuale Entscheidungsfindung ist zentral, um den Raum zu erzeugen, der die breite Partizipation ermöglicht, zugleich kann sie aber auch blockierend wirken. Dies war jedoch seltener ein Problem, als die Kritik suggeriert (Harvey 2012: 156, Teivainen 2016). Entscheidungen wurden auf vielen Plätzen mit überwältigenden Mehrheiten getroffen, einige führten auch Sprecherräte ein (Sitrin/Azzellini 2014: 135-140; 173-174).

In RBA wird meist versucht, einen Konsens zu erzielen. Kleinere Betriebe entscheiden in Argentinien nach dem Konsensprinzip (Interview Ruggeri (2015)), ebenso die RBAs in Europa (Azzellini 2015b). In Venezuela kann ich dies für zehn und in Uruguay für zwei kleinere Betriebe, die ich besucht habe, bestätigen. In Brasilien scheint es ähnlich zu sein, allerdings lassen die Daten keine endgültigen Schlüsse zu. In größeren Betrieben wird zwar auch meist konsensual diskutiert, aber häufiger durch große Mehrheiten entschieden (Chedid et al. 2013: 114-132, Interview Ruggeri (2015)).

In der lokalen Selbstverwaltung in Venezuela (Azzellini 2010: 271-300; Azzellini/Ressler 2010, Interview Jiménez (2012)) wie auch in Chiapas (Interview Abel (1998), Ramírez 2003) wird auf Konsens hin diskutiert. „Nicht die Demokratie, die erdrückt, wo es einen Besiegten und einen Sieger gibt“, werde praktiziert, so Rafael Falcón in einem Workshop zur Gründung kollektiver Betriebe einer *comuna* in Caracas, „sondern eine Konsensdemokratie, wo wir uns alle in den Entscheidungen wiederfinden können“ (Azzellini/Ressler 2010). Über einzelne Entscheidungen wird auch abgestimmt, aber selten mit einfacher Mehrheit entschieden. In RBA wie auch in den lokalen Selbstverwaltungen werden Räte, Sprecher\_innen, Koordinator\_innen, und Verantwortliche gewählt. Sie haben meist keine (oder nur limitierte) Entscheidungsgewalt und können von der Basis wieder abgesetzt werden. Dies hat sich in den Selbstverwaltungsstrukturen in Venezuela (Azzellini 2013), Chiapas (EZLN 2016, Vergara-Camus 2014) und Guerrero (Gasparello 2009) bewährt.

### *Netzwerke und räumliche Konfigurationen*

Die demokratische Selbstverwaltung erzeugt neue soziale Beziehungen, die von Kooperation, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung geprägt sind.

Die Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Orten und unterschiedlichen Praktiken haben nicht nur ideellen Charakter. Es wird gegenseitig aufeinander Bezug genommen und es existieren direkte Kontakte zwischen Beteiligten (Roos/Oikonomakis 2014: 128-131, Sitrin/Azzellini 2014). Durch die Verknüpfung anhand von Netzwerken entstehen kulturelle und räumliche Konfigurationen (Escobar 2001, Routledge 2015). Zwischen den Plätzen in Madrid und Kairo bestanden Videoübertragungen; Occupy Gezi lehnte sich schon im Namen an Occupy an; Platzbesetzer\_innen aus Spanien waren an Occupy in den USA beteiligt; Athen grüßte Madrid und 15-M und Occupy-Aktivist\_innen besuchten Paris.

Occupy Chicago unterstützte die Arbeiter\_innen der RBA „New Era Windows & Doors“ bei der Besetzung, blockierte eine mögliche Räumung und versorgte die eingeschlossenen Arbeiter\_innen mit Lebensmitteln (Lydersen 2017). Für die RBA Kazova in Istanbul war die Unterstützung durch Occupy Gezi und die daraus entstandenen Stadtteilversammlungen entscheidend (Azzellini 2015b). New Era hatte auch Arbeiter\_innen aus argentinischen RBA zu Besuch, ebenso eine Mehrheit der RBA in Europa (Azzellini 2015b). Dimitris Koumatsioulis, Arbeiter der RBA Vio.Me. in Thessaloniki, Griechenland, berichtet: „Selbstverständlich hatten wir auch die Genossen aus den argentinischen Fabriken hier, wir haben lange Diskussionen geführt und sie haben uns geholfen, unseren Horizont zu erweitern und unsere Stimmung zu heben. Selbstverständlich haben sie uns auch von allen Schwierigkeiten berichtet [...] und wer uns alles bekämpfen wird“. (Azzellini/Ressler 2015b)

Zwischen italienischen und griechischen RBA und Bewegungen bestehen direkte Verbindungen, Besuche und ein Austausch über Kampfformen (Vogiatzoglou 2015: 24-25). Die Solidarität unter RBA ist generell groß. 82,3 Prozent der argentinischen und 71 Prozent der brasilianischen RBA haben von anderen RBA Unterstützung erhalten (Azzellini 2015a; 2015c, Chedid et al. 2013: 161-166, PFA 2010: 80). In Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela existieren landesweite Organisationen und Netzwerke, in denen die RBA zusammenkommen. Darüber hinaus besteht auch eine internationale Vernetzung von RBA.

Die meisten RBA bilden Netzwerke mit anderen Bewegungen sowie mit sozialen und politischen Organisationen. In Argentinien stellt mehr als die Hälfte der RBA permanent Raum für andere Initiativen zur Verfügung (Ruggeri 2010, Sitrin 2012). In Europa sind alle RBA mit anderen Bewegungen verknüpft (Azzellini 2015b, Kokkinidis 2015). RiMaflow in Mailand ist lokal verankert, unterstützt Arbeitskämpfe in der Umgebung und steht darüber hinaus mit sozialen Bewegungen in Italien und international in Kontakt. RiMaflow ist Teil des Comunia-Netzwerkes, das den RBA mit besetzten Bauernhöfen, einem besetzten Park, besetzten sozialen Zentren und solidarökonomischen Akteuren zusammenbringt. Zwischen ihnen bestehen soziale, politische und auch ökonomische Beziehungen. In Venezuela bestehen enge Verbindungen zu Kommunalen Räten und *comunas*. In einigen Fällen kam es zu gemeinsamen Besetzungen (Azzellini 2016).

Auf internationaler Ebene bestehen ein gegenseitiges Anerkennen, Bezugnahme, Erfahrungsaustausch und gelegentlich Kooperation. Es ist aber keine internationale Koordination, neue Internationale oder Einheitsfront.

Kooperation und Koordination findet wesentlich auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene statt.

Die Kommunen in Chiapas, Venezuela und Kurdistan verstehen sich explizit als antikapitalistisch (Azzellini 2013, Jongerden/Hamdi 2013: 172, Ramírez 2003). In allen werden kollektive und selbstverwaltete Arbeits- und Produktionsformen aufgebaut. Die produktiven Projekte der *comunas* in Venezuela verfolgen die Intention, die Produktionsverhältnisse zu transformieren und das kapitalistische Wirtschaftsmodell zu überwinden (Interview Jiménez (2012)). Für Chiapas trifft dies ebenfalls zu. Die Koordination des landwirtschaftlichen Anbaus und des Vertriebes der Produktion dient dort auch einem Ausgleich von räumlichen Ungleichheiten (EZLN 2016). Auch in Rojava, der kurdischen Region auf syrischem Staatsgebiet, wird seit 2012 und vor allem seit 2014 verstärkt der Aufbau von Kooperativen in allen Bereichen gefördert (Flach/Ayboğa/Knapp 2015: 251-253). In Venezuela sind die *comunas* seit 2010 dazu übergegangen, sogenannte Unternehmen Kommunaler Sozialer Produktion (EPSC) zu gründen. Dabei handelt es sich um Kooperativen, die von den Arbeiter\_innen und der *comuna* verwaltet werden (Azzellini 2013, Interview Jiménez (2012)).

#### 4. Schlussbemerkung

Alltagspolitik wird an konkreten Orten praktisch. Die Makrobedingungen des Kapitals strukturieren den Raum und reproduzieren sich an jedem Ort. Politische Entscheidungen werden an konkreten Orten zur Realität – und ebenso auch der Widerstand (Harvey 1995). Die Platzbesetzungen sind ein Jetztzeit-Fenster der neuen globalen Bewegungen. In ihnen konzentrieren und potenzieren sich Praktiken, Produktion und Werte, die für die neuen Bewegungen prägend sind (Arenas 2014, Ressler 2012, Roos/Oikonomakis 2014, Sitrin/Azzellini 2014). RBA und Kommunen können wiederum als Ausübung der Prinzipien der Platzbesetzungen als dauerhaftes Projekt im konkreten Alltag angesehen werden. Das Potenzial dieser Praktiken liegt auch darin, dass sie sich durch die massive Partizipation von Personen auszeichnen, die zuvor nicht an sozialen und politischen Mobilisierungen beteiligt waren. Alle Quellen, ganz gleich ob zu Argentinien, Ägypten, Griechenland, Spanien, der Türkei, Venezuela oder den USA, unterstreichen ganz wesentlich die – den Kontexten entsprechende – soziale, politische, ethnische und so weiter Breite der Beteiligung (Arenas 2014, Azzellini 2015b, Byrne 2012, Graeber 2012, Roos/Oikonomakis 2014, Sitrin 2012, Sitrin/Azzellini 2014, Yörük 2014).

Die jüngste Platzbewegung, die am 31. März 2016 in Paris begann und sich in kürzester Zeit auf über 50 Städte in Frankreich ausdehnte, wurde ausgelöst durch Proteste gegen die Reform der Arbeitsgesetzgebung. Die Besetzungen waren „in sehr ähnlicher Weise wie die der 15-M-Bewegung in Spanien strukturiert, mit partizipativen Entscheidungsstrukturen und in der Überzeugung, dass in einem demokratischen Prozess Menschen viel mehr zu sagen haben sollten. Es ist das organisierte Chaos, mit kostenlosem Essen, professionellen Sound-Systemen, einer Webseite, Live Streaming und einem Medien-Zelt, aber mit niemandem, der die Leitung hat“ (Cossar-Gilbert 2016). Die Bewegung „nuit debout“ kam den von langer

Hand geplanten Gewerkschaftsprotesten zuvor. Die Gewerkschaften wurden gezwungen mitzuziehen. Zugleich aber ging in Frankreich die Ausweitung der Kämpfe und die Zusammenarbeit der neuen Mobilisierungen und traditioneller Akteure (vor allem Gewerkschaften) weiter als in anderen vorangehenden Bewegungen (Syrovatka 2016).

Den Platzbesetzungen, RBA und Kommunen gelingt es, das hegemoniale räumliche Vorstellungsdenken zu überwinden und umzuformulieren. Dafür sind Autonomie und die demokratische Entscheidungsfindung zentral. In den neu geschaffenen Räumen erfolgt eine Freisetzung menschlicher Kreativität. Die Vielfalt der Initiativen und Debatten auf den Plätzen zeugt genauso davon wie die Vielfalt der Aktionen, die von ihnen ausgingen (Sitrin/Azzellini 2014). Was auf den Plätzen im Kleinen geschieht, ereignet sich in der lokalen Selbstverwaltung im größeren Maßstab. Zahlreiche Initiativen entstehen. Zuvor unmögliche Vorhaben werden angegangen und realisiert, von Bildung und Gesundheitsversorgung über die Gründung von kollektiven Betrieben und Medien bis zu Not- und Verteidigungsmaßnahmen, die es ermöglichen, stärkeren Feinden zu widerstehen (Azzellini 2013, Flach/Ayboğa/Knapp 2015, Klein 2015, Ramírez 2003, Vergara-Camus 2014). In den Betrieben unter Arbeiterkontrolle ist ebenfalls ein „großes Freilassen menschlicher kreativer Energie“ (Wallis 2012: 21) zu beobachten. Es werden Produktionsprozesse verbessert, neue Produkte erfunden, Ersatzteile selbst hergestellt, neue Arbeiten erlernt und kulturelle Aktivitäten integriert (Azzellini 2014; 2015b, Azzellini/Ressler 2014; 2015a; 2015b, CDER 2014, PFA 2010, Sitrin 2012).

Die Bewegungen, um die es hier geht, haben ihre Fähigkeit gezeigt, die Kapitalakkumulation zu stoppen (Harvey 2014: 3), indem sie Räume produzieren, die nicht vom Kapital geformt sind und in denen die Gesetze des Kapitals nicht oder nur bedingt gelten. Der Metabolismus des Kapitals (Mészáros 2009) wird von Platzbesetzungen, RBA und Kommunen in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichem Ausmaß gestört und außer Kraft gesetzt. Dies bedeutet nicht, dass dadurch alle kapitalistischen Verhältnisse überwunden würden. Kapitalismus ist ein soziales Verhältnis und damit nicht durch einzelne ‚Maßnahmen‘ zu beseitigen. Das Kapital ist auf die Strukturierung des Raumes zur Sicherstellung der Umschlagszeiten für die Reproduktion des Kapitals und seine Akkumulation angewiesen. Dies wird von den Bewegungen in den entsprechenden Kontexten verlangsamt beziehungsweise außer Kraft gesetzt.

Auf den Plätzen bestanden soziale Beziehungen, welche die Kapitalakkumulation außer Kraft gesetzt haben. Die sozialen Beziehungen auf den Plätzen basierten nicht auf den Regeln der Kapitalakkumulation. Das bedeutet nicht, dass sie die Kapitalakkumulation in der Gesellschaft oder global außer Kraft gesetzt oder gar den Kapitalismus überwunden hätten. Die RBA funktionieren im Kapitalismus, ohne sich nach allen seinen Regeln zu richten. Sie produzieren für gewöhnlich, ohne Kapitalakkumulation zu betreiben und sich auf die Erhöhung des Mehrwerts zu konzentrieren – was nicht verhindert, dass sie mit dem kapitalistischen Markt in Interaktion treten und dort bestehen müssen.

„Wir nehmen jeden Monat einen Teil unserer Arbeitszeit und investieren sie in den Kampf, zur Unterstützung anderer Kämpfe. Gemäß der kapitalistischen Logik ist das verlorene Zeit“, so Ernesto des RBA Druckerei

Chilavert, Buenos Aires (Interview Ernesto (2015)). Eine Haltung, die nicht unüblich ist in RBA. Die RBA zeigen die konkrete Möglichkeit auf, eine andere Form der Ökonomie aufzubauen. Trotz widriger Bedingungen haben sie eine längere Lebensdauer als herkömmliche Betriebe. Von 205 RBA, die 2010 in Argentinien untersucht wurden, schlossen bis Ende 2013 nur sechs ihre Pforten (CDER 2014: 10, 13). Dabei bleiben die RBA – in Argentinien, Brasilien und Uruguay – ihren Prinzipien der Gleichheit und der demokratischen Selbstverwaltung treu (Chedid et al. 2013, Ozarow/Croucher 2014: 990, Rieiro 2015). In Chiapas, Guerrero, Kurdistan und Venezuela ist zu sehen, wie unterschiedliche Erfahrungen der Selbstverwaltung zu einem alternativen antikapitalistischen Gesellschaftsmodell zusammengeführt werden.

Die Gemeinsamkeiten, Verbindungen und Bezüge zwischen neuen globalen Bewegungen, RBA und Kommunen lassen den Schluss zu, sie einer geteilten nicht-staatszentrierten Transformationsstrategie zuzuordnen. In ihren kulturellen und räumlichen Konfigurationen stellen die Bewegungen diese Zusammenhänge auch selbst her. Ebenso lässt sich feststellen, dass Platzbesetzungen, RBA und Kommunen keine vorübergehenden Erscheinungen sind – letztere haben sich in den vergangenen Jahren weiterverbreitet und konsolidiert, während sich neue massive Platzbesetzungen an neuen Orten ereignet haben.

Wie Spanakos (2016) aus der Perspektive der komparativen Politikwissenschaften bezüglich der partizipativen Praktiken der Linksregierungen in Lateinamerika und der Platzbesetzungen bemerkt: Auch wenn eine Institutionalisierung nicht sofort erkennbar sei, könne nicht behauptet werden, es sei nicht zumindest damit begonnen worden, eine neue Ordnung zu errichten, deren institutionelle Form noch nicht festgelegt wurde und auch nicht auf traditionellem Wege festgelegt werden wird.

## Endnoten

- [1] Es geht hier nicht um den Akt der Platzbesetzung an sich, eine Praxis die es auch in der Vergangenheit gegeben hat, sondern um die Platzbesetzungen als Ausdruck der neuen globalen Bewegungen. Das sind nicht alle Bewegungen, die in den vergangenen Jahren ähnliche Praktiken angewandt haben. So gehört z. B. das Beispiel des Maidan in der Ukraine, eine Platzbesetzung, die in eine nationalchauvinistische bis faschistische Mobilisierung abkippte, nicht in diese Reihe. Die Anerkennung einer absoluten Gleichheit bei aller Unterschiedlichkeit ist eine der wesentlichen Grundlagen der neuen globalen Bewegungen. Rassistische, faschistische oder nationalchauvinistische Positionen waren auf allen anderen Plätzen ausgeschlossen. Auf dem Maidan waren sie von Beginn an (minoritär) präsent und wurden toleriert. Insofern war der Maidan nicht Ausdruck der neuen globalen Bewegungen.
- [2] Ich habe seit 1997 wiederholt mehrere Monate in Chiapas in Autonomen Gemeinden geforscht. Auch in Guerrero und Oaxaca habe ich lokale Selbstverwaltungsstrukturen besucht und interviewt. In Venezuela habe ich von 2003 bis 2012 insgesamt über vier Jahre verbracht und mit Kommunalen Räten, Comunas, dem Nationalen Netzwerk der Kommunard\_innen und Arbeiter\_innen für Arbeiterkontrolle gearbeitet und dazu geforscht. Seit 2003 habe ich etwa 40 RBA in Venezuela, Argentinien, Uruguay, Italien, Frankreich und Griechenland besucht, Interviews durchgeführt und mich an nationalen und internationalen Konferenzen von RBA-Arbeiter\_innen und Forscher\_innen beteiligt. Ich habe diverse Occupies in den US besucht (vor allem OWS ab der dritten Woche) und mich 2013 mehrere Monate an der Stadtteilversammlung Occupy Kensington in Brooklyn, New York, beteiligt. Darüber hinaus habe ich Occupy London besucht und war

seit 2011 mehrmals an verschiedenen Orten in den USA, Spanien und Griechenland, wo ich ebenfalls Interviews geführt habe.

- [3] Vgl. Ministerio del Poder Popular para las Comunas y los Movimientos Sociales: <http://consulta.mpcomunas.gob.ve/>.
- [4] Der Autor verzichtet a. d. S. ausdrücklich auf die gegenderte Form mit dem Hinweis, dass diese aufgrund des geringen Anteils an Frauen unter den Eigentümern bzw. des Fehlens queerer Eigentümer die Geschlechterverhältnisse verschleiern. (Anm. d. Lektorats)
- [5] Volk. Hier allerdings im Sinne von „populär“ wie bei Gramsci mit einer klaren Klassendimension.

## Autor\_innen

Dario Azzellini ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er arbeitet zu Prozessen sozialer Transformation, popularen Bewegungen, lokaler und Arbeiterselbstverwaltung.  
dario@azzellini.net

## Literatur

- Albert, Michael (2006): *Parecon. Leben nach dem Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Trotzdem Verlag.
- Alexander, Anne / Bassiouny, Mostafa (2014): *Bread, Freedom, Social Justice. Workers and the Egyptian Revolution*. London: Zed Books.
- Ali, Khalid (2012): Precursors of the Egyptian Revolution. In: *IDS Bulletin. The Pulse of Egypt's Revolt* 43/1, 16-25.
- Arenas, Iván (2014): Assembling the multitude: Material geographies of social movements from Oaxaca to Occupy. *Environment and Planning D: Society and Space* 32, 433-449.
- Azzellini, Dario (2010): *Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune: Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela*. Hamburg: VSA.
- Azzellini, Dario (2013): The Communal System as Venezuela's transition to Socialism. In: Shannon K. Brincat (Hg.), *Communism in the 21st Century, Vol. II: Whither Communism? The Challenges Facing Communist States, Parties and Ideals*. Westport: Praeger Publishers.
- Azzellini, Dario (2014): Venezuela's social transformation and growing class struggle. In: Susan Spronk / Jeffery R. Webber (Hg.): *Crisis and Contradiction: Marxist Perspectives on Latin America in the Global Economy*. Leiden: Brill Press, 138-162.
- Azzellini, Dario (Hg.) (2015a): *An Alternative Labour History: Worker Control and Workplace Democracy*. London und New York: Zed Books.
- Azzellini, Dario (2015b): Contemporary crisis and workers' control. In: Dario Azzellini (Hg.), *An Alternative Labour History. Worker Control and Workplace Democracy*. London und New York: Zed Books, 67-99.
- Azzellini, Dario (2015c): Besetzen, Widerstand leisten, produzieren. Betriebsbesetzungen in Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 31/2, 79-105.
- Azzellini, Dario (2016): Workers control and class struggle in state owned companies in Venezuela. In: *Latin American Perspectives*, online first, DOI: 10.1177/0094582X16666016.
- Azzellini, Dario / Ness, Immanuel (Hg.) (2012): *Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute*. Köln: Neuer ISP Verlag.
- Azzellini, Dario / Ressler, Oliver (2010): *Comuna en construcción*. Caracas, Berlin und Wien: Film im Eigenverlag, 94 min.
- Azzellini, Dario / Ressler, Oliver (2014): *Occupy, Resist, Produce – RiMaflow*. Berlin und Wien: Film im Eigenverlag, 34 min.
- Azzellini, Dario / Ressler, Oliver (2015a): *Occupy, Resist, Produce – Officine Zero*. Berlin und Wien: Film im Eigenverlag, 33 min.
- Azzellini, Dario / Ressler, Oliver (2015b): *Occupy, Resist, Produce – Vio.Me.*. Berlin und Wien: Film im Eigenverlag, 31 min.



- Beas Torres, Carlos (2007): La batalla por Oaxaca. In: Carlos Beas Torres (Hg): La batalla por Oaxaca. Oaxaca: YoPe Power, 21–79.
- Benjamin, Walter (1965): Geschichtsphilosophische Thesen. In: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 78–94.
- Biehl, Janet / Bookchin, Murray (1997): The Politics of Social Ecology: Libertarian Municipalism. Montreal: Black Rose Books.
- Bloch, Ernst. (1973): Das Prinzip Hoffnung, 3 Bde.. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bonnet, Alberto (2014): The idea of councils runs through Latin America. In: South Atlantic Quarterly 113/2, 271–283.
- Bookchin, Murray (1992): Urbanization. Without. Cities. The Rise and Decline of Citizenship. Montreal: Black Rose Books.
- Bookchin, Murray (2015): The Next Revolution: Popular assemblies and the promise of direct democracy. London und New York: Verso.
- Byrne, Janet (2012): The Occupy Handbook. New York: Back Bay Books.
- Castañeda, Ernesto (2012): The Indignados of Spain: A precedent to Occupy Wall Street. In: Social Movement Studies 11/3, 1–11.
- Castells, Manuel (2012): Networks of Outrage and Hope. Cambridge: Polity Press.
- CDER (Centro de Documentación de Empresas Recuperadas) (2014): Nuevas Empresas Recuperadas 2010–2013. Buenos Aires: Continente.
- Chedid Henriques, Flávio / Moreira Sígolo, Vanessa / Rufino, Sandra / Santos Araújo, Fernanda / Nepomuceno, Vicente / Baptista Giroto, Mariana / Paulucci, Maria Alejandra / Nogueira Rodrigues, Thiago / Rocha Cavalcanti, Maíra / Sardá de Faria, Maurício (2013): Empresas Recuperadas por Trabajadores no Brasil: Resultados de um Levantamento Nacional. Rio de Janeiro: Editorial Multifoco.
- Cossar-Gilbert, Sam (2016): #NuitDebout: A movement is growing in France's squares. In: ROAR Magazine, 6. April. <https://roarmag.org/essays/nuit-debout-republique-occupation/> (letzter Zugriff am 7.4.2016).
- Dean, Jodi (2013): Occupy Wall Street: After the Anarchist Moment. In: Leo Panitch / Greg Albo / Vivek Chibber (Hg.), Socialist Register 2013: The Question of Strategy. London: Merlin Press, 52–62.
- Demirovic, Alex (2009): Rätedemokratie und das Ende der Politik. In: PROKLA 39/2. <http://www.linksnet.de/de/artikel/24699> (letzter Zugriff am 13.3.2016).
- Demirovic, Alex (2014): Transformation und Ereignis. Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation. In: Michael Brie (Hg.), Futuring. Münster: Westfälisches Dampfboot, 419–435.
- Escobar, Arturo (2001): Culture sits in places: Reflections on globalism and subaltern strategies of localization. In: Political Geography 20, 139–174.
- Esteva, Gustavo (2009): Otra mirada, otra democracia. <http://www.rebellion.org/noticia.php?id=80143> (letzter Zugriff am 13.3.2016).
- Esteva, Gustavo (2010): The Oaxaca Commune and Mexico's Coming Insurrection. In: Antipode 42/4, 978–993.
- EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) (2016): Und in den zapatistischen Gemeinden? <http://www.chiapas.eu/news.php?id=8685> (letzter Zugriff am 13.3.2016).
- Feigenbaum, Anna / Frenzel, Fabian / McCurdy, Patrick (Hg.) (2013): Protest Camps. London und New York: Zed Books.
- Flach, Anja / Ayboğa, Ercan / Knapp, Michael (2015): Revolution in Rojava. Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo. Hamburg: VSA.
- Gaspardo, Giovanna (2009): Policía comunitaria de guerrero, investigación y autonomía. In: Política y Cultura 32, 61–78.
- Graeber, David (2012): Inside Occupy. Frankfurt am Main.: Campus.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2009): Commonwealth. Cambridge: Harvard University Press.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2013): Demokratie! Wofür wir kämpfen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Harvey David (1995): Militant particularism and global ambition: the conceptual politics of place, space, and environment in the work of Raymond Williams. In: Social Text 42, 69–98.
- Harvey David (2000): Spaces of Hope. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.

- Harvey, David (2006): *Spaces of Global Capitalism. Towards a Theory of Uneven Geographical Development*. London und New York: Verso.
- Harvey David (2012): *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. London und New York: Verso.
- Harvey, David (2014): Foreword. In: Marina Sitrin / Dario Azzellini, *They Can't Represent Us!: Reinventing Democracy from Greece to Occupy*, London und New York, 1-4.
- Holloway, John (2010): *Crack Capitalism*. London: Pluto Press.
- Jongerden, Joost / Hamdi Akkaya, Ahmet (2013): Democratic confederalism as a Kurdish Spring: The PKK and the quest for radical democracy. In: Mohammad M. A., Ahmed / Michael M. Gunter (Hg.), *The Kurdish Spring: Geopolitical Changes and the Kurds*. Costa Mesa: Mazda Publishers, 163-185.
- Juris, Jeffrey S. / Ronayne, Michelle / Shokooh-Valle, Firuzeh / Wengronowitz, Robert (2012): Negotiating Power and Difference within the 99%. In: *Social Movement Studies* 11/3, 1-7.
- Klein, Hilary (2015): *Compañeras: Zapatista Women's Stories*. New York: Seven Stories Press.
- Kokkinidis, George (2015): Spaces of possibilities: Workers' self-management in Greece. In: *Organization* 22/6, 847-871.
- Lopes de Souza, Marcelo (2014): „Towards a libertarian turn? Notes on the past and future of radical urban research and praxis“. In: *City* 18/2, 104-118.
- Linebaugh, Peter (2014): *Stop, Thief! The Commons, Enclosures, and Resistance*. Oakland: PM Press.
- Lydersen, Kari (2017): Revolts on Goose Island: A long fight pays off for Chicago window factory workers. In: Dario Azzellini / Michael G. Kraft (Hg.), *The Class Strikes Back. Self-Organized Workers' Struggles in the 21st Century*. Amsterdam: Brill, i. E.
- Maeckelbergh, Marianne (2011) Doing is believing: Prefiguration as strategic practice in the Alter Globalization Movement. In: *Social Movement Studies* 10/1, 1-20.
- Mason, Paul (2013): *Why is it still kicking off everywhere? The new global revolutions*. London / New York: Verso.
- Massey, Doreen (2009): Concepts of space and power in theory and in political practice. In: *Documenta d'analisi geografica* 55, 15-26.
- McAdam, Doug / Tarrow, Sidney / Tilly, Charles (2001): *Dynamics of Contention*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mészáros, Istvan (1995): *Beyond Capital. Towards a Theory of Transition*. London: The Merlin Press.
- Muñoz Ramírez, Gloria (2003): *20 + 10 Das Feuer und das Wort*. Münster: Unrast Verlag.
- Novaes, Henrique T. / Sardá de Faria, Maurício (2014): ¿Para donde van las empresas recuperadas por los trabajadores brasileños? In: Andrés Ruggeri / Henrique Novaes / Mauricio Sardá de Faría (2014): *Crisis y Autogestión en el Siglo XXI. Cooperativas y Empresas Recuperadas en Tiempos de Neoliberalismo*. Buenos Aires: Continente, 75-90.
- Ozarow, Daniel / Croucher, Richard (2014): Workers' self-management, recovered companies and the sociology of work. In: *Sociology* 48/5, 989-1006.
- PFA (Programa Facultad Abierta) (2010): *Las Empresas Recuperadas en la Argentina: Informe del Tercer Relevamiento*. Buenos Aires: University of Buenos Aires.
- Polletta, Francesca (2002): *Freedom is an Endless Meeting*. Chicago: University of Chicago Press.
- Porcaro, Mimmo (2013): Occupy Lenin. In: *LuXemburg* 1/2013, 132-139.
- Ressler, Oliver (2012): *Take the Squares*. Wien: Film im Eigenverlag, 88 min.
- Rieiro, Anabel (2015): Collective self-management and social Classes: The case of enterprises recovered by their workers in Uruguay. In: Dario Azzellini (Hg.), *An Alternative Labour History: Worker Control and Workplace Democracy*. London: Zed Books, 273-297.
- Roberts, Alasdair (2012): Why the Occupy Movement Failed. In: *Public Administration Review* 72/5, 754-762.
- Roos, Jérôme E. / Oikonomakis, Leonidas (2014): They don't represent us! The global resonance of the Real Democracy Movement from the Indignados to Occupy. In: Donatella della Porta / Alice Mattoni (Hg.): *Spreading Protest: Social Movements in Times of Crisis*. Colchester: ECPR Press, 117-136.
- Ross, Kristin (2015): *Comunal Luxury. The Political Imaginary of the Paris Commune*. New York und London: Verso.

- Roth, Karl Heinz (2008): Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven. Zusammenfassung der ersten Ergebnisse. [http://www.wildcat-www.de/aktuell/ao68\\_khroth\\_krise.htm](http://www.wildcat-www.de/aktuell/ao68_khroth_krise.htm) (letzter Zugriff am 13.3.2016).
- Routledge, Paul (2015): Geography and social movements. In: Donatella della Porta / Mario Diani (Hg.): *The Oxford Handbook of Social Movements*. New York: Oxford University Press, 383-395.
- Ruggeri, Andrés (2010): Autogestión obrera y empresas recuperadas, límites y potenciales en el capitalismo neoliberal globalizado. Buenos Aires: Universidad de Buenos Aires.
- Ruggeri, Andrés (2014): Crisis y Autogestión en el Siglo XXI. In: Andrés Ruggeri / Henrique Novaes / Mauricio Sardá de Faría, (2014), *Crisis y Autogestión en el Siglo XXI. Cooperativas y empresas recuperadas en tiempos de neoliberalismo*. Buenos Aires: Continente, 13-26.
- Sardá De Faria, Mauricio / Novaes, Henrique T. (2012): Die Zwänge der Arbeiterkontrolle bei besetzten und selbstverwalteten brasilianischen Fabriken. In: Azzellini, Dario / Ness, Immanuel (Hg.): *Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute*. Köln: Neuer ISP Verlag, 503-527.
- Schumacher, Juliane / Osman, Gaby (2012): *Tahrir und kein Zurück. Ägypten, die Bewegung und der Kampf um die Revolution*. Münster: Unrast.
- Sitrin, Marina (2006): *Horizontalism. Voices of Popular Power in Argentina*. Oakland: AK Press.
- Sitrin, Marina (2012): *Everyday Revolutions*. London und New York: Zed Books.
- Sitrin, Marina (2013): Occupy Trust: The role of emotion in the new movements. In: *Cultural Anthropology Online*. <http://culanth.org/fieldsights/76-occupy-trust-the-role-of-emotion-in-the-new-movements> (letzter Zugriff am 13.3.2016).
- Sitrin, Marina / Azzellini, Dario (2014): *They Can't Represent Us! Reinventing Democracy from Greece to Occupy*. London und New York: Verso.
- Sowers, Jeannie / Toensing, Chris (2012): *The Journey to Tahrir: Revolution, Protest and Social Change in Egypt 1999-2011*. London und New York: Verso Books.
- Spanakos, Anthony P. (2016): Institutionalities and political change in Bolivarian Venezuela. In: Anthony P. Spanakos / Francisco Panizza (Hg.): *Conceptualizing Comparative Politics*. New York: Routledge, 215-242.
- Syrovatka, Felix (2016): Nuit Debout: Frankreich gerät in Bewegung! In: *PROKLA* 46/2, 317-323.
- Teivainen, Teivo (2016): Occupy representation and democratise prefiguration: Speaking for others in global justice movements. In: *Capital & Class* 40/1, 19-36.
- Van de Sande, Mathijs (2013): The Prefigurative Politics of Tahrir Square: An Alternative Perspective on the 2011 Revolutions. In: *Res Publica* 19/3, 233-239.
- Vergara-Camus, Leandro (2014): *Land and Freedom*. London: Zed Books.
- Vogiatzoglou, Markos (2015): Workers' transnational networks in times of austerity. Italy and Greece. In: *Transfer: European Review of Labour and Research* 21/2, 215-228.
- Wainwright, Hilary (2012): Griechenland: Syriza weckt Hoffnungen. In: *LuXemburg* 3/2012, 118-25.
- Wallis, Victor (2012): Arbeiterkontrolle und Revolution. In: Azzellini, Dario / Ness, Immanuel (Hg.): *Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute*. Köln: Neuer ISP Verlag, 20-45.
- Wolff, Richard (2012): *Democracy at Work: A Cure for Capitalism*. Chicago: Haymarket Books.
- Yörüük, Erdem (2014): The long summer of Turkey: The Gezi Uprising and its historical roots. In: *South Atlantic Quarterly* 113/2, 419-426.
- Zelik, Raul / Tauss, Aaron (Hg.) (2013): *Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen: Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte*, Hamburg: VSA.

### *Interviews*

- Interview Abel (1998): Interview mit Abel, Verantwortlicher für Bereich Produktion der Autonomen Gemeinde „17 de Noviembre“, Autonomer Landkreis „Torbellino de nuestras palabras“ (ex-Morelia), durchgeführt im Februar 1998 von Dario Azzellini in Chiapas, Mexiko.

Interview Antillano (2008): Interview mit Andrés Antillano, Soziologe und Aktivist der Urbanen Landkomitees (CTU), durchgeführt am 20.4.2008 von Dario Azzellini in Caracas, Venezuela.

Interview Ernesto (2015): Interview mit Ernesto, Arbeiter, RBA Kooperative Chilavert (Druckerei), durchgeführt am 13.2.2015 von Dario Azzellini in Buenos Aires, Argentinien.

Interview Figuera León (2015): Interview mit Adys Figuera León, Promotorin für populäre Macht, Kommunaler Rat Las Charras, Kommune Los 7 Pilaes Socialistas, durchgeführt am 11.2.2012 von Dario Azzellini in Anaco, Anzoátegui, Venezuela.

Interview Jiménez (2012): Interview mit Atenea Jiménez, 38 Jahre, Nationales Netzwerk der KommunardInnen Venezuelas, durchgeführt am 14.2.2012 von Dario Azzellini in Belomonte, Caracas, Venezuela.

Interview Lozada (2012) Interview mit Ayelen Lozada, 15-M Madrid, Physiotherapeutin, durchgeführt am 8.1.2012 von Dario Azzellini in Madrid, Spanien.

Interview Ruggeri (2015): Interview mit Andrés Ruggeri, Universidad de Buenos Aires, Direktor des CDER, durchgeführt am 15.1.2015 von Dario Azzellini in Buenos Aires, Argentinien.

**“This is a process not a protest”. Global urban protests, workplace occupation for production under workers’ control and local self-government.**

*The article connects the square occupations since 2011 with the workplaces under workers’ control, which started to appear in Latin America around 2000 and then spread out from there, and with forms of local self-management. Beyond all differences these practices all build spaces for the production of social alternatives. I point out the shared characteristics and argue that they are part of global non-state-centered perspectives of social transformation. These practices of the new global movements display a growing tendency towards direct democracy, self-organization and autonomy. Contrary to the critique regarding a supposed lack of strategy I show how the strategy consists precisely in experimenting and developing the aspired societal changes in the self-produced spaces. The participants of these practices do not see them as a niche but as an alternative model for the whole of society. The practices are connected among each other through networks and form new spatial configurations.*

**Debatte**

2016, Band 4, Heft 2/3

Seiten 103-112

zeitschrift-suburban.de

Claudia Kratzsch, Robert Maruschke/Basisorganisation verändert die politische Landschaft

Kommentare von:

Workers Center München,  
Kotti&Co Berlin, Rothe  
Ecke Kassel

Replik von:

Robert Maruschke

# Basisorganisation verändert die politische Landschaft

**Claudia Kratzsch**  
**Robert Maruschke**

Aktuelle Debatten aus dem Kontext linker sozialer Bewegungen betonen Organisationsfragen. Dieser Essay kritisiert die übliche These, der zufolge dynamische soziale Bewegungen und feste Organisation einander widersprechen. Stattdessen plädieren die Autor\_innen für ein miteinander verzahntes Verständnis von Bewegungen und Organisation – angelehnt an das Konzept des transformativen Organizing. Sie skizzieren einige wichtige Aspekte linker Basisorganisation und fordern eine ehrliche Bestandsaufnahme ein. Ermöglichen es die vorherrschenden Strategien sozialer Bewegungen unterschiedlichen Menschen, sich in soziale Konflikte einzubringen, diese zu gestalten und eine gesellschaftliche Vision abseits tagespolitischer Zumutungen zu entwerfen? Diese Fragen bilden den Ausgangspunkt für eine Debatte mit mehreren Basis-Initiativen.

*An english abstract can be found at the end of the document.*

Strategiedebatten sollten für soziale Bewegungen und ihre Initiativen, Gruppen oder Organisationen zur Routine gehören. Die eigene Herangehensweise regelmäßig zu überprüfen, ist ein mitunter unangenehmes Unterfangen, weil man sich gegebenenfalls eigene Fehleinschätzungen eingestehen und diese korrigieren muss. Eventuell erweist sich ein großer Teil der geleisteten Arbeit als verlorene Liebesmüh – was im ersten Moment schwer auszuhalten ist, langfristig aber vor ähnlichen Fehleinschätzungen bewahren kann. Strategiedebatten können aber auch zunächst unauffällige Aspekte der politischen Arbeit ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken oder bisher wenig beachtete Kraftanstrengungen zur Würdigung verhelfen.

In der mit diesem Artikel eröffneten Debatte wollen wir unterschiedliche Erfahrungen aus den letzten Jahren zusammenführen und Interessierten zugänglich machen. Nur allzu oft versauern die Ergebnisse produktiver Selbstreflexionen in Plenumsordnern oder auf Festplatten und Emailservern, wenn sie es denn überhaupt bis dahin schaffen. Unsere Perspektiven auf die Lage linker außerparlamentarischer Politik haben uns zu der Einschätzung gebracht, dass den Zumutungen des Alltags politisch nur mit vielen neuen Projekten der Basisorganisation beizukommen ist.

## Basisorganisierung und Bewegung – ein Gegensatz?

Basisorganisierung ist ein Begriff, der durch seine Unbestimmtheit Gefahr läuft, produktive Kontroversen zu verhindern. Je nach Blickwinkel und politischer Prägung kann Basisorganisierung vieles bedeuten und von (fast) allen für gut und richtig gefunden werden. Die sehr konkrete und praktische Frage, durch welche Organisations- und Aktionsformen linke Bewegungen die selbstgesteckten Ziele erreichen können, kann mit einer unbestimmten Vorstellung von Basisorganisierung nur unzureichend beantwortet werden. Durch unseren Text und die nachfolgende Debatte wollen wir an anderer Stelle begonnene Strategieggespräche vertiefen[1]. In den letzten Jahren haben wir die Konturen unseres Verständnisses von Basisorganisierung geschärft, vieles praktisch ausprobiert und einige Diskussionen mit anderen Aktiven geführt. Dabei sind wir auf Konzepte des Organizing gestoßen, die oft als Modestrategien abgetan werden. Es wird argumentiert, dass diese Konzepte linken sozialen Bewegungen keine neuen Anregungen für gegenwärtige Orientierungsprozesse bringen könnten. Diese Sichtweise verstellt jedoch den Blick auf vergrabene Organisationsstrategien sozialer Bewegungen, die in der BRD kaum Beachtung finden, deren genauere Betrachtung sich aber durchaus lohnt.

„Organizing“ ist ein Sammelbegriff für eine unüberschaubare Vielfalt an Organisationsansätzen aus der US-amerikanischen Geschichte. Das zentrale Organizing-Versprechen lautet: Es bringt Menschen zusammen und organisiert sie, bietet ihnen Auswege aus der eigenen Ohnmacht, erhöht ihren Einfluss auf die eigene Lebensrealität und politisiert, demokratisiert und verändert – ausgehend von den alltäglichen Lebenszusammenhängen – die Gesellschaft (Rubin/Rubin 2008). Unter diesem Begriff politischer Basisorganisierung versammeln sich revolutionäre Organisationsansätze wie der militante Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts, der Arbeitslosenbewegung der 1930er Jahre oder des Black Power und Feminist Movement in den 1960er und 70er Jahren. Es zählen jedoch auch (neo-)liberale Gegenstrategien der Herrschaftssicherung dazu.

Die US-amerikanische Organizing-Debatte untersucht dieses Spannungsfeld zwischen revolutionärer (transformativer) und herrschaftssichernder (liberaler) *Politik von unten*. Aus diesen Diskussionen kommen oftmals treffsichere Analysen staatlicher und unternehmerischer Strategien der Vereinnahmung und Repression von progressiven Basisbewegungen. Gleichzeitig verweisen viele Beiträge der Debatte auf kritische Aspekte linker Mobilisierungsstrategien, wenn diese beispielsweise statt der sozialen Frage eher subkulturelle Milieugrenzen bearbeiten. Und schließlich setzt die Organizing-Debatte das Handeln linker sozialer Bewegungen ins Verhältnis zu den Strategien der Herrschaftssicherung und versucht revolutionäre Auswege zu finden.

Die Besonderheit revolutionärer Organizing-Praxis liegt darin, dass sie die scheinbare linke Grundsatzentscheidung zwischen träger Organisation und dynamischer Bewegung aufbricht und dadurch einen dynamischen Begriff der Basisorganisierung anbieten kann. Der jahrzehntelange Aktivist und anarchistische Organizer Chris Crass kritisiert mit Blick auf den WTO-Gipfel in Seattle 1999, dass die öffentliche Diskussion nach den Protesten einen „autonomen Mythos“ kreierte hätte.[2] Dieser Mythos verkläre militante soziale

Proteste zu spontaner und unorganisierter Wut, zu deren ‚Organisation‘ ein Aufruf, eine Website, Flyer und der Startpunkt einer Demonstration ausreichen würden. Dabei seien die Proteste in Seattle Ergebnis jahrelanger Basisorganisation (ebd.).

Die Debatte um das Für und Wider großer (Basis-)Organisationen ist natürlich älter als der WTO-Gipfel 1999. Sie wird seit über hundert Jahren in politischen Strategie-, aber auch in wissenschaftlichen Debatten geführt. Spätestens seit Roberto Michels aus der Bürokratisierung der deutschen Sozialdemokratie ein „ehernes Gesetz Oligarchie“ ableitete (Michels 1911), das eine quasi-naturgesetzliche Verknöcherung und Ent-Demokratisierung jeglicher Organisierungsbemühungen unterstellte, verläuft diese Debatte entlang der Konjunkturwellen politischer Diskurse. Viele Autor\_innen verweisen auf die Fallstricke, wenn „Poor People’s Movements“ Organisierung um der Organisation willen betreiben, anstatt gesellschaftliche Veränderungen anzustreben (Piven/Cloward 1979). Wir schließen uns politischen (Williams/Awatramani 2015) und wissenschaftlichen (Piven/Cloward 1979; Clemens/Minkoff 2004) Einschätzungen an, die diese organisatorischen Tücken nicht als Zwangsläufigkeit, kollektive Organisierung aber als Notwendigkeit betrachten. Es erscheint uns plausibel, dass linke Bewegungen die Verhältnisse nur ins Wanken bringen können, wenn sie Organisationsformen finden, in denen sich massenhaft Betroffene verbindlich, langfristig und demokratisch organisieren können. Dass diese Formen auch bei zunehmender Größe basisdemokratisch und taktisch variabel bleiben können, das zeigen weltweit viele Beispiele, und wir trauen es den Beteiligten zu.

### **Dynamische Basisorganisation – alles fordern, viel gewinnen!**

Verbindliche und schlagkräftige Basisorganisationen sollten im 21. Jahrhundert als notwendiges Gegenstück zu wellenhaften Protesten auf der Straße gesehen werden. Abseits von Protestkonjunkturen können sie linke Politik greifbar machen und sozial verankern, ihre Basis verbreitern und Interessierte politisch und praktisch ausbilden. Wie der kommunistische Widerstandskämpfer Sebastian Franck schon 1938 feststellte, ist Organisierung eine

„[...] Notwendigkeit für die proletarische Klasse, weil nur sie dem zentralen Kampfapparat des bürgerlichen Staates eine Gegenmacht gegenüberstellen kann, weil nur sie wirksam die Vereinzelung und Machtlosigkeit des Proletariats aufhebt und weil das organisatorische Prinzip des geringsten Kraftaufwandes, der möglichen Kraftersparnis und damit Kraftsteigerung Voraussetzung der Machtentfaltung ist.“ (Franck 1972: 58)

Entsprechende Organisationen sollen gesellschaftliche Konflikte „bis an ihre äußeren Grenzen treiben“ (Piven/Cloward 1979: 91, Übers. d. A.), um alles zu gewinnen, was zum jeweiligen Zeitpunkt möglich ist (ebd.: 37).

Transformative beziehungsweise revolutionäre Basisorganisationen fordern alles (Williams 2013), gewinnen viel (Mann 2011) und sind Trägerinnen von Bewegungen, die von gesellschaftlich marginalisierten Menschen gemacht wird. Sie sind mit „herzzerreißenden Situationen“ (Mann, zit. n.

Maruschke 2014: 19) konfrontiert, wenn beispielsweise Menschen unter erzwungener Illegalität ins Land gebracht werden und in Konkurrenz zu anderen Niedriglöhner\_innen treten. Ihre Arbeit liegt in gesellschaftlichen Feldern, in denen das solidarische Miteinander und eine klare Strategie die allgemeinen Zumutungen überbrücken müssen. Wie aber kann eine klare Vorstellung von Organisierung und Mobilisierung aussehen?

### **Basisarbeit – das Herzstück des Organizings**

Das „Labor and Community Strategy Center“ ist die aktuell größte und schillerndste revolutionäre Basisorganisation in den USA. Ausgehend von jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfen gegen General Motors in den 1980er Jahren (Mann 2001), in denen sich tausende Arbeiter\_innen in Fabrik und Nachbarschaft erfolgreich gegen GM organisiert haben, wurde das „Strategy Center“ 1989 in Los Angeles gegründet. Im Schatten des Hollywoodglamours, umgeben von einer Arbeitslosenquote von 22 Prozent und knapp 40.000 Obdachlosen (US Census Bureau 2014), betreibt es mittlerweile ein eigenes Organizing-Ausbildungszentrum, einen Verlag, eine Radiosendung und zwei unabhängige Basisorganisationen: die „Bus Riders Union“ (BRU) und die „Community Rights Campaign“ (CRC). Allein die BRU hat 3.000 Mitglieder, 30.000 feste Unterstützer\_innen und monatliche Vollversammlungen, an denen 300 Menschen teilnehmen.

Bei der Betrachtung der Arbeit des „Strategy Centers“ werden einige Grundzüge erfolgreicher Basisorganisationen deutlich. Das Herzstück eines jeden Versuchs, langfristig und verbindlich immer mehr Menschen zusammenzubringen, ist die politische Arbeit mit ihnen und der Aufbau persönlicher Beziehungen. So banal es klingen mag, ohne Respekt vor anderen Lebenssituationen, ohne Geduld, ohne Offenheit und Interesse für kulturelle Unterschiede, ohne die Menschen in ihrer Widersprüchlichkeit zu mögen, gelingt keine Basisorganisation. Die Herausforderung besteht darin, diese Selbstverständlichkeiten in eine alltägliche Praxis zu übersetzen. Sind wir bereit, voneinander auch Persönliches zu lernen, bewusst dafür zu sorgen, dass ein Treffen kein kaltes Abklopfen der Tagesordnungspunkte von Multi-Aktivist\_innen, sondern ein Ort ist, an dem auch Menschen ohne linken Polit-Habitus gerne zusammen kommen?

Hier setzt transformatives Organizing an. Es bietet Menschen, die im institutionalisierten Politikbetrieb keine Lobby haben, die mit wenig Privilegien ausgestattet sind, die ausgebeutet und diskriminiert werden, die an der „Frontlinie des Neoliberalismus“ (Goldberg 2008) stehen, die Möglichkeit des gemeinsamen Kampfes für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Es soll diejenigen erreichen, „die von den rechten Angriffen ohne Hoffnung oder Gemeinschaftlichkeit zurückgelassen wurden“ (Mann, zit. n. Maruschke 2014: 19).

### **Vom Kontakt zur Organisierung**

Wollen sich Menschen gemeinsam organisieren, müssen sie in Kontakt kommen. Die BRU des „Strategy Centers“ geht jeden Tag mit Festangestellten und Freiwilligen durch den öffentlichen Nahverkehr in Los Angeles und spricht die Menschen in den ‚Fabriken auf Rädern‘ konkret an. Andere Organisationen



gehen durch Arbeitsämter oder in der Nachbarschaft von Tür zu Tür. Die aufwendige Kontaktaufnahme bringt den Organisationsprozess nur weiter, wenn das erste Gespräch nicht abstrakt bleibt, sondern konkretes Interesse am politischen Projekt geweckt wird und Kontaktmöglichkeiten ausgetauscht werden.

Ist dieser erste Schritt gelungen, dann beginnt die eigentliche Arbeit einer Basisorganisation. Die Interessierten sollten so persönlich wie möglich eingeladen werden. Ein regelmäßiger Anruf vor dem nächsten großen Treffen, ein offenes Ohr für die persönlichen Anliegen und die Meinung des Gegenübers machen es Interessierten viel einfacher, sich einzubringen. Zwei Faustregeln des Organizings erleichtern die Arbeit: (1) Rede nicht mehr als dein\_e Gesprächspartner\_in; (2) Menschen müssen drei Mal persönlich kontaktiert werden, bevor sie zu einem Treffen kommen.

Von diesem Punkt an stellen sich neue Fragen: Verstehen Menschen, die wahrscheinlich zum ersten Mal in einer politischen Gruppe zusammenarbeiten, wann, wie und wo Entscheidungen getroffen werden? Gibt es verschiedene Angebote, sich einzubringen je nach Zeitbudget und Motivation? Sind die Verantwortlichkeiten klar definiert? Werden interessierte Menschen regelmäßig eingeladen und kontaktiert? Sind die Treffen auch für Alleinerziehende attraktiv, oder anders ausgedrückt: Habt ihr Respekt vor der Zeit der Leute, fangt ihr pünktlich an und hört ihr pünktlich auf?

Ist auch dies geglückt, stellt sich die Frage, wie die Problemlagen Einzelner zur politischen Auseinandersetzung verallgemeinert und mit anderen Kämpfen verbunden werden können. Menschen für ein politisches Projekt zu begeistern, das den engen, vom Eigeninteresse vorgegebenen Rahmen verlässt, ist eine langfristige Angelegenheit, für die ein langer Atem, Beharrlichkeit und eine stetige Radikalisierung notwendig sind.

Gesellschaftliche Gruppen sind trotz objektiv gleicher Interessenlagen weder homogen zusammengesetzt noch in ihren Lebensrealitäten widerspruchsfrei. Bei dem Versuch gemeinsamer politischer Arbeit weisen historische und aktuelle Erfahrungen auf die dringende Notwendigkeit hin, dass „politische Bildung ein wesentlicher Teil von Nachbarschaftsorganisation sein [muss]“ (Fisher 1994: 227f., Übers. d. A.). Politische Bildung verstehen wir als ein strukturiertes gemeinschaftliches Nachdenken über unsere Alltagserfahrungen, die dabei in einen größeren Zusammenhang von Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung gestellt werden. Als Ergebnis erhoffen wir uns, dass die Beteiligten die Schuld an eigener Armut nicht bei sich selbst oder anderen Prekären suchen, sondern in gesellschaftlichen Strukturen.

Politische Bildungsarbeit fordert die Beteiligten auch emotional heraus. Es ist einfacher gesagt als getan, gemeinsam Vorurteile zu verlernen, Unterwerfungen zu benennen, Konkurrenzen zu überdenken und sich letztlich in einem kollektiven Prozess selbst zu verändern. Wir glauben, dass wir gestärkt aus solchen Prozessen herauskommen und lebhaftere Analysen formulieren können, in denen sich Menschen mit ähnlichen Erfahrungen wiederfinden.

## **Die Weisheit der Gruppe**

Die Anerkennung unterschiedlicher Lebensrealitäten ist bei diesem Unterfangen der Ausgangspunkt, um Gemeinsamkeiten auf dem Arbeitsmarkt, in der Konfrontation mit polizeilicher Repression oder bei anderen Problemen

zu erkennen. Bildungsprozesse von unten können eine neue kollektive Stärke hervorbringen und beugen reaktionären Entwicklungen vor, die bei zahlreichen scheinbar ‚unpolitischen‘ Organizing-Projekten festzustellen war. Ist Bildungsarbeit fest verankerter Teil der eigenen Praxis, wird durch regelmäßige Aufarbeitung der eigenen Lebensrealitäten die Gesellschaftsanalyse präzisiert es entsteht eine neue Sicht auf die Welt. Die „Weisheit der Gruppe“ (Williams 2013, Übers. d. A.) wird so zur Grundlage von Entscheidungen für oder gegen Kampagnen, für oder gegen Bündnisse und für die gezielte Ausbildung von Organizer\_innen beziehungsweise Aktivist\_innen.

Neben dieser breiter angelegten, gemeinschaftlichen politischen Bildung haben viele transformative Organisationen in den USA Ausbildungszentren oder Lehrgänge für Menschen geschaffen, die mehr Verantwortung in der politischen Arbeit übernehmen wollen. Viele soziale Bewegungen flachten auch deshalb ab, weil die inhaltliche und praktische Ausbildung dem Zufall überlassen wurde. Dies führte zu einer Dominanz privilegierter Schichten in den organisatorischen Zusammenhängen, die aus einem materiell gesicherten Umfeld viel Zeit und erlernte Fähigkeiten in die Bewegung einbringen können. Wenn diese wenigen Protagonisten die Bewegung verlassen, ist solch eine Lücke dann kaum zu schließen.

Das „Strategy Center“ hat aus dieser historischen Erfahrung gelernt und bildet seit mehr als zwei Jahrzehnten inhaltlich und praktisch aus. Inzwischen stammt ein Großteil der festangestellten Frauen aus den armen und diskriminierten Nachbarschaften in Los Angeles. Sie werden professionell geschult und müssen die jahrzehntelang erprobten Techniken und Analysen nicht neu erfinden, sondern lediglich einem Realitätscheck unterziehen. Der erste Tag jedes neuen Mitglieds in der „National School for Strategic Organizing“ findet in den Bussen von Los Angeles statt.

Für eine ähnlich starke Verankerung praktisch-politischer Schulungen von unten fehlt es hierzulande an Ressourcen und oftmals auch am Konsens über deren Priorität. Einige Gruppen betonen zwar zu Recht den weiterbildenden Effekt der alltäglichen Arbeit. Die praktische Erfahrung, fremde Menschen zum Jobcenter ins Herz der europäischen Niedriglohnöhle zu begleiten, sich auf sie wirklich einzulassen, sollte nicht unterschätzt werden. Für eine sich immer weiter verbreitende widerständige Praxis muss Bildungsarbeit innerhalb der Gruppen und zwischen denselben institutionalisiert werden.

## **Vom Einzelkonflikt zur Gesellschaft**

Kontinuierliche und gegenseitige Selbst- und Weiterbildung hilft den Einzelnen und der Gruppe, scheinbar individuelle Konflikte zu politischen Fragen der ganzen Gesellschaft werden zu lassen. Wie diese Fragen und die eigenen Forderungen in die Öffentlichkeit getragen und durchgesetzt werden können, muss in einer nachvollziehbaren, zugänglichen, demokratischen und für eine große Anzahl an Menschen geeigneten Form geschehen. Es müssen Diskussions- und Entscheidungsformen gefunden werden, die die Fallstricke einer übermäßigen Formalisierung und Bürokratisierung auf der einen Seite und der „Tyrannei der Strukturlosigkeit“ (Freeman 2013) auf der anderen umschiffen. Uns erscheinen hier weder komplexe, tagelange und mehrstufige Abstimmungsverfahren auf der Grundlage einer seitenlangen Satzung

praktikabel, noch endlose Plenen, auf denen die letzten drei Anwesenden die Entscheidungen treffen.

Die BRU wählt regelmäßig einen Rat aus ihren Mitgliedern, die alltägliche Entscheidungen mit den Festangestellten Organizer\_innen abstimmen. Auf monatlichen Vollversammlungen werden dann verbindliche, grundsätzliche Entscheidungen getroffen. Dazwischen führen die Organizer\_innen möglichst viele Einzelgespräche mit den Mitgliedern, so genannte *one-on-ones*, um Meinungen einzuholen. Diese Gespräche werden ausgewertet, die Meinungen festgehalten und so in gemeinschaftliche Prozesse integriert.

Die entstehenden Kampagnen sollten, darin sind sich transformative Organisationen in den USA einig, einen Blick in die Welt ermöglichen, die erkämpft werden soll. Dabei ist es selbstverständlich, dass keine Kampagne zu hundert Prozent erfolgreich sein kann. Gleichzeitig sollte der durch die Kampagne aufgebrochene Konflikt, in dem Kampagnen nur Zwischenziele erreichen können, langfristig betrachtet werden. In Los Angeles gibt es nur deshalb ein flächendeckendes Nahverkehrssystem, weil die BRU der Stadt Mehrinvestition in Höhe von 2,7 Milliarden Dollar abgerungen hat. Die Basis und die Festangestellten der BRU haben dafür monatelang diskutiert und Forderungen und Vorgehen abgewogen und sind in einen Prozess gekommen, in dem sich die Einzelnen als Teil eines politischen Projekts sehen, das über die Bearbeitung von Einzelinteressen hinaus geht.

Mittlerweile ruft die BRU den „Fight for the Souls of our Cities“ aus und fordert unter anderem ein autofreies Los Angeles. Williams bringt diese Herangehensweise auf den Punkt, wenn er sagt:

„Wenn wir nur Kampagnen machen, die wir erfolgreich abschließen können, dann kämpfen wir aus meiner Erfahrung nicht für das, was unsere Leute verdient haben. Zweitens: Es gibt Zeiten, in denen die Angriffe von rechts mit so einer Intensität kommen, dass es sein kann, dass wir verlieren. Aber oft sind Menschen nicht notwendigerweise durch die Perspektive des Sieges, sondern dadurch inspiriert, dass wir ehrlich, in ihrem Interesse, auf ihre Art kämpfen. Und manchmal ist es einfach wichtig zu kämpfen, selbst wenn du weißt, dass sie dir die Zähne eintreten.“ (Williams, zit. n. Maruschke 2014: 67)

Eine auf diese Weise verankerte Basisorganisation kann ein wichtiger Eckpfeiler sozialer Bewegungen sein. Dieser Zusammenhang bestätigt sich schon bei einem oberflächlichen Blick auf den Widerstand gegen Atommülltransporte im Wendland oder auch bei genauerem Hinsehen in der Occupy-Bewegung in den USA.

Denn entgegen dem angesprochenen ‚autonomen Mythos‘ war die Occupy-Bewegung in Oakland nicht nur wegen guter Websites oder der Spontaneität der Beteiligten schlagkräftig, sondern auch wegen dutzender beteiligter Basisorganisationen. Auf die gegenseitige Abhängigkeit von lokaler Verankerung und dynamischer Bewegungs- und Aktionsformen weist die transformative Organizing-Debatte schon seit einiger Zeit hin (Fisher/Shragge 2000). Auch in der BRD scheint sich diese Sicht langsam durchzusetzen (Schaber 2015).

### **Eine visionäre Bewegung aufbauen...**

Es mangelt transformativen Basisorganisationen nicht an Schlagworten, die den politischen Gegner beschreiben. Eine eigene, vermittelbare

gesellschaftliche Vision, die radikal über gegenwärtige Krisenmitverwaltung hinaus geht, an den jeweiligen Wurzeln der Alltagsprobleme ansetzt und in der Lage ist, die oftmals vereinzelt Kämpfe zu vereinen, wird jedoch noch nicht formuliert. Die Erfahrungen aus der tagtäglichen Arbeit zeigen aber, dass eine formulierte Utopie Menschen für eine Organisation über den persönlichen Horizont hinaus begeistern kann. Die Alternative muss dabei in wenigen Sätzen vermittelbar sein und in der Praxis erprobt werden. Sie sollte verständlich, konkret und klar formuliert sein und sich nicht hinter subkultureller und akademischer Sprache verstecken.

Die Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen, ist nicht leicht zu beantworten. Eine ehrliche Debatte darüber ist nur in einer Atmosphäre möglich, welche die Praxis unterschiedlicher Organisationsansätze und ihre wechselseitige Ergänzung als Notwendigkeit erkennt. Eine solche Debatte sollte vom „Respekt für politischen und ideologischen Pluralismus“ (Lee et al. 2014, Übers. d. A.) getragen werden. Neben einer revolutionären Analyse von unten, politischer Basisarbeit und konfrontativen Politikformen ist eine solidarische Haltung zwischen den beteiligten Menschen und Organisationen unerlässlich. Die revolutionäre Kraft sozialer Bewegungen wird sich nicht zuletzt in einer „erneuerten linken Kultur“ (Lee et al. 2014, Übers. d. A.) ausdrücken.

### **...um zu gewinnen!**

Basisorganisation verlängert den politischen Zeithorizont und damit die Bewertungskriterien von Erfolg oder Misserfolg linker Politik. Ihre Stärke liegt nicht nur in kurzfristiger Mobilisierung, sondern im langfristigen Aufbau von Gegenmacht, verankert im Leben vieler Menschen. Im Ergebnis erscheinen soziale Bewegungen nicht mehr als phasenhaft aufflackernder Widerstand, sondern als Ergebnis jahrzehntelanger Organisation entlang gesellschaftlicher Widersprüche, in welcher abseits der Hochphasen des Protests die Bewegung verbreitert wurde. So können in den Druckphasen der Bewegung die Konflikte bis an ihre äußersten Grenzen getrieben werden. Dafür sollten viele Gewohnheiten des linksradikalen Aktivismus und der institutionalisierten Linken in der BRD überdacht werden. Basisorganisation braucht andere Formen und Räume als allein ein wöchentliches Plenum. Es muss genug Zeit geben, sich kennenzulernen, soziale Beziehungen aufzubauen und gemeinsames Vertrauen zu entwickeln. Dies können traditionelle große linke Institutionen aufgrund ihrer gegenwärtigen organisatorischen Trägheit und kleine Basisorganisationen vor Ort wegen fehlender Ressourcen praktisch kaum leisten. Flächendeckende und unbürokratische Basisorganisation ist nicht ausschließlich in der Freizeit und als Hobby umsetzbar. Mit Blick in die US-amerikanische und südeuropäische Praxis müssen beide Seiten gemeinsam eine Lösung finden. Eine finanzielle Förderung als sinnvolle Möglichkeit zu diskutieren ist dabei die Aufgabe der einen Seite, sie unkompliziert bereitzustellen, die der anderen.

Die US-amerikanische Praxis des Transformativen Organizing eröffnet allen Interessierten eine strukturierte und jahrzehntelang reflektierte Herangehensweise an funktionierende und schlagkräftige Basisorganisation, die revolutionäre Politik in der Gesellschaft verankert und greifbar werden lässt. Unabhängig von gesellschaftlichen Unterschieden innerhalb kapitalistischer Staaten

und von den Fachbegriffen des Organizing verändert Basisorganisation die politische Landschaft. Auf dem langen Weg der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse scheint dies dringend notwendig.

## Endnoten

- [1] Zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit: Die dreiteilige Workshopreihe zum Thema Basisorganisation auf dem BUKO-Kongress 2014 oder die vom „Bündnis Zwangsräumungen verhindern“ organisierte Konferenz im Sommer 2015 mit Basisorganisationen aus Spanien, Italien, der BRD u. a.
- [2] Vortrag von Chris Crass (2010): Presentation of the Catalyst Organizing Project in Phoenix/Arizona. San Francisco.

## Autor\_innen

Claudia Kratzsch ist Aktivistin in den Bereichen Erwerbslosigkeit und Migration.

Robert Maruschke ist Politikwissenschaftler und arbeitet zu Bürgerbeteiligung, Organizing und sozialen Protesten.

## Literatur

- Clemens, Elisabeth S. / Minkoff, Debra C. (2004): Beyond the iron law. Rethinking the place of organizations in social movement research. In: David A. Snow / Sarah Soule / Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Blackwell companion to social movements*. Malden u. a.: Blackwell, 155-170.
- Fisher, Robert (1994): *Let the people decide. Neighborhood Organizing in America*. New York: Twayne Publishing.
- Fisher, Robert / Shragge, Eric (2000): Challenging community organizing. Facing the 21st century. In: *Journal of Community Practice* 8/3, 1-19.
- Franck, Sebastian (1972 [1938]): *Zur Kritik der politischen Moral. Ein Beitrag zur Konzeption einer neuen sozialistischen Bewegung*. Giessen: Prolet-Buchvertrieb.
- Freeman, Jo (2013 [1972]): The tyranny of structurelessness. In: *WSQ: Women's Studies Quarterly* 41/3-4, 231-246.
- Goldberg, Harmony (2008): Building power in the city. Reflections on the emergence of the Right to the City Alliance and the National Domestic Workers Alliance. <https://inthemiddleofthewhirlwind.wordpress.com/building-power-in-the-city/> (letzter Zugriff am 17.3.2015).
- Lee, N'Tanya / Munoz, Cinthya / Poblet, Maria / Warren-White, Josh / Williams, Steve (2014): *Towards a Transformational Strategy*. <https://leftroots.net/towards-strategy/> (letzter Zugriff am 17.3.2015).
- Mann, Eric (2001): A race struggle, a class struggle, a womens struggle all at once. Organizing on the Buses of LA. In: *Socialist Register* 37/37, 259-273.
- Mann, Eric (2011): *Playbook for Progressives 16 Qualities of the Successful Organizer*. Boston: Beacon Press.
- Maruschke, Robert (2014): *Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Eine kritische Einführung*. Münster: edition assemblage.
- Michels, Robert (1911): *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Leipzig: Werner.
- Piven, Frances Fox / Cloward, Richard A. (1979): *Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail*. New York: Vintage.
- Rubin, Herbert J. / Rubin, Irene (2008): *Community Organizing and Development*. Boston: Allyn & Bacon.

- Schaber, Peter (2015): Gewalt! In: Neues Deutschland. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/965349.gewalt.html> (letzter Zugriff am 24.3.2015).
- US Census Bureau (2014): Los Angeles Quick Facts. <http://quickfacts.census.gov/qfd/states/06/0644000.html> (letzter Zugriff am 24.3.2015).
- Williams, Steve (2013): Fordert Alles! Lehren aus dem Transformivem Organizing. New York: Rosa-Luxemburg-Stiftung. [http://www.rosalux-nyc.org/wp-content/files\\_mf/williams\\_transformatives\\_organizing.pdf](http://www.rosalux-nyc.org/wp-content/files_mf/williams_transformatives_organizing.pdf) (letzter Zugriff am 12.11.2013).
- Williams, Steve / Awatramani, Rishi (2015): New Working-Class Organization and the Social Movement Left. In: Socialist Register 51/51, 1-15.

## **Grassroots Organizing changes the political landscape**

*Contemporary discussions from within leftist social movements put much emphasis on organizational questions. This essay criticizes the popular thesis of activists and social movement scholars according to which dynamic social movements and solid organizations contradict each other. Instead, the authors call for an interlocked understanding of movements and organization. They outline a few critical aspects of leftist grassroots organizing and run a reality check. Are dominant strategies of social movements able to invite people to actively take part in social conflicts? Can people join together to work on a vision of our society that is not confined to day-to-day struggles? The concept of Transformative Organizing and a dialogue with German initiatives guide the authors on their quest.*

**Debatte**

2016, Band 4, Heft 2/3  
Seiten 113-120  
zeitschrift-suburban.de

Claudia Kratzsch, Robert  
Maruschke/Basisorgani-  
sierung verändert die  
politische Landschaft

## Towards a Workers' Center

(Selbst-)Organisierungsversuche von EU-migrantischen Arbeiter\*innen in München

Kommentare von:  
Workers Center München,  
Kotti&Co Berlin, Rothe  
Ecke Kassel

Replik von:  
Robert Maruschke

### Initiative Zivilcourage München

Wir sind eine kleine linke Gruppe, die gegen Ungerechtigkeiten kämpfen möchte und dabei, so hat es sich ergeben, vor allem mit migrantischen Arbeiter\_innen zusammenarbeitet. Wir tragen den Namen „Initiative Zivilcourage“ und sind aus einer Freundschaftsgruppe entstanden. Wir sind vor allem linke Aktivist\_innen, die in den 1980er-Jahren aus der Türkei nach Deutschland kamen, biodeutsche Studierende und Erwerbslose, die 2009/2010 Werkvertragsarbeiter\_innen aus der Türkei in ihrem Kampf gegen ungezahlte Löhne und für ein Bleiberecht unterstützten (Riedner et al. 2009, Riedner/Zehmisch 2009). Seitdem sind immer wieder Leute dazugekommen und abgesprungen.

Seit 2010 öffnen wir ein- bis zweimal wöchentlich das sogenannte Workers' Center[1] im Münchner Bahnhofsviertel. Zwar hatte es auch in Frankfurt schon einen Versuch gegeben, ein Worker Center zu gründen, was eine allgemeinere Debatte zu Worker Centers angestoßen hat,[2] doch noch gibt es Worker Centers – unseres Wissens nach – vor allem in den USA. Martina Benz (2014) hat ein Buch über Worker Centers in den USA geschrieben, in dem sie unterschiedliche Entstehungskontexte und verschiedene Organisationsweisen vorstellt. Einige entstanden aus unabhängiger Organisation migrantischer oder afroamerikanischer Arbeiter\_innen, manche wurden von religiösen Gruppen initiiert, andere von Gewerkschaften und wieder andere von rechtlichen oder sozialen Beratungsstellen (2014: 14). Sie haben gemeinsam, dass sie einen Ort anbieten, an dem Arbeiter\_innen zusammenkommen können. In der Zeitschrift *wildcat* wurden Worker Centers als „community-based“ beschrieben, „wobei diese Community über die Herkunft, territorial oder über eine bestimmte Arbeitssituation bestimmt sein kann, Überschneidungen inklusive“ (2006/2007: 22). Das ist vor allem in Verhältnissen, in denen Arbeitsplätze wenig Kontinuität bieten, von Vorteil. Manche Worker Center – wie das Pomona Day Labor Center (Calderon et al. 2003) – dienen auch als Treffpunkt für Arbeitssuchende und potenzielle Arbeitgeber\_innen, die sich registrieren und dazu verpflichten, Mindeststandards wie zum Beispiel einen bestimmten Lohn einzuhalten. In den meisten Worker Centers stehen Auseinandersetzungen um vorenthaltene

Löhne im Mittelpunkt. Daneben werden „Bildung, Schulung, Sprachtraining und Beratung“, aber auch „die Organisierung von politischen Kampagnen“ wie zum Beispiel die Verschärfungen der Einwanderungsgesetzgebung diskutiert (wildcat 2006/2007: 22).

Worker Centers können sich mit Organisationsstrategien und Kampagnen sehr gut ergänzen, weil sie nicht „auf einen bestimmten Bereich des Arbeitsmarkts, bestimmte Gewerkschaften und das Engagement weniger AktivistInnen beschränkt sind“ (Benz 2014: 16). Worker Centers gelten insofern auch als Strategie, durch die „neue Impulse für eine revitalisierte Gewerkschaftsbewegung entstehen können“ (ebd.). Gleichzeitig weist Benz in ihrer Arbeit darauf hin, dass sie auf einem „schmalen Grat zwischen Informalisierung, Selbsthilfe und Organisierung“ (ebd.) agieren würden. So wurden sie als „mögliche Konkurrenz für Gewerkschaften“ (ebd.) kritisiert und dafür, dass sie „mit ihren auf Empowerment und Selbsthilfe ausgerichteten Angeboten zum Teil neoliberalen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken in die Hände spielen“ (ebd.) könnten.

### **Towards a Workers' Center in München**

Als sich Anfang 2010 einige Aktivist\_innen der Initiative Zivilcourage und türkischsprachige Arbeiter\_innen aus Bulgarien bei einem Infostand zu den Arbeitsrechten von Migrant\_innen im Münchner Bahnhofsviertel kennenlernten, war schnell klar, dass sie ein Worker Center für notwendig hielten. In den extrem fragmentierten und prekarierten Lebens- und Arbeitsverhältnissen (Obdachlosigkeit oder prekäre Wohnverhältnisse, kein Job oder schnell wechselnde Jobs, keine oder schwer durchsetzbare Ansprüche auf soziale Leistungen) waren es nämlich weniger gemeinsame Wohn- oder Arbeitsorte, die eine Basis zur Organisierung bildeten, sondern vielmehr der gemeinsame Ort des selbstorganisierten Arbeitsmarkts, von den Medien auch ‚Tagelöhnermarkt‘ genannt. Hier halten sich täglich migrantische – meist bulgarische – Arbeiter\_innen auf und warten darauf, dass Arbeitgeber\_innen vorbeikommen oder anrufen und ihnen einen Job – meist im Reinigungs-, Gastronomie- oder Baugewerbe – anbieten. Am selbstorganisierten Arbeitsmarkt, der sowohl als Jobbörse als auch als Informationsumschlagplatz und Treffpunkt dient, sind die Arbeiter\_innen nicht nur der Witterung ausgesetzt, sondern auch regelmäßigen Polizeikontrollen. Es fehlte also ein Ort, um sich ungestört ausruhen, unterhalten oder auch um in einer größeren Gruppe diskutieren zu können.

Mit einigem Glück fanden wir noch am gleichen Tag einen Ort – eine Art Stadtteilzentrum des Theaterprojekts „Munich Central“ –, den wir über einige Jahre regelmäßig nutzen konnten, auch als er zum angesagten Szeneclub „Import Export“ wurde. Kurz bevor das Haus abgerissen werden sollte, woraufhin es einen Besetzungsversuch gab,<sup>[3]</sup> mussten wir uns neue Räume suchen und fanden diese bei einer NGO, die Sinti und Roma unterstützt. Inzwischen wurde, auch auf unser Betreiben hin, ein Aufenthaltsraum für die ‚Tagelöhner\_innen‘ geöffnet, das städtisch finanzierte „Infozentrum Migration und Arbeit“. Unsere Idee eines Workers' Centers wurde zwar aufgenommen, gleichzeitig aber entpolitisiert, insofern der Aufenthaltsraum nicht von den Nutzer\_innen selbst organisiert wird und sie kein Mitspracherecht haben. Trotzdem



nutzen auch wir diese Räumlichkeiten seit einigen Monaten für unser wöchentliches Workers' Center, auch mit der Absicht, die Arbeiter\_innen bei ihrer Organisierung zu unterstützen, wenn es zu Konflikten mit den Träger\_innen und Vorgesetzten vom „Infozentrum Migration und Arbeit“ kommt.

Auf dem schmalen Grat zwischen Einhegung und Widerstand, den wir in den Aushandlungen mit der Stadt München immer wieder gegangen sind, halten wir uns grundsätzlich daran, den Arbeiter\_innen so oft wie möglich, und so oft diese es wollen, zu ermöglichen, für sich selbst einzutreten. Die städtischen Akteure würden sonst immer über ihre Köpfe hinweg über ihre Angelegenheiten entscheiden. Zum anderen kommunizieren wir, wenn wir es strategisch für sinnvoll halten, mit der Stadt und den Behörden, vermeiden dabei aber keine Konflikte, sondern treiben diese aktiv voran. In den ersten zwei Jahren konnten wir erfolgreich einige Tausend Euro bei der Stadt München beantragen, mit denen wir die Miete und andere Ausgaben begleichen konnten. Fast hätten wir sogar ein Worker Center nach unseren Vorstellungen mit 200.000 Euro Jahresbudget bezuschusst bekommen. Diese Finanzierung platzte aber. Seither finanzieren wir uns über Spenden, auch weil wir so unsere Unabhängigkeit von der Stadt sicherstellen wollen, mit der wir ja regelmäßig in Konflikt treten.

Im Zentrum des Münchner Workers' Center steht immer der Versuch einen kollektiven Raum zu schaffen, einen Raum zur gegenseitigen Unterstützung, der politisch, widerständig und unangepasst sein soll, nicht nur abstrakt sondern in konkret gelebter gegenseitiger Solidarität begründet. Ein Raum, der sich nicht anfühlt wie eine Beratungsstelle, auch wenn manches von dem, was konkret getan wird, auf den ersten Blick der Arbeit solcher Stellen gleicht.

Derzeit sieht der Alltag im Workers' Center folgendermaßen aus: Am Dienstag Vormittag kommt mindestens ein\_e Aktivist\_in die Räumlichkeiten und setzt sich mit Personen, die Unterstützung möchten, und anderen Anwesenden, an einem Tisch zusammen.[4] Im gleichen Raum halten sich meist noch weitere Menschen auf, die sich ausruhen, unterhalten oder Tee trinken. Mit denen, die Unterstützung suchen, gehen wir die Angelegenheiten nach und nach gemeinsam durch. Meist handelt es sich um Briefe, die wir den Arbeiter\_innen – oft ins Türkische – übersetzen oder genauer erläutern. Die Grenzen zwischen ‚Unterstützter\_innen‘ und ‚Betroffenen‘ verlaufen hierbei oft, insofern das Wissen aller Anwesenden miteinfließt und gegenseitige Unterstützung beim Übersetzen erfolgt. Die Briefe kommen von den unterschiedlichen Behörden: Jobcenter, Ausländerbehörde, Inkasso-Unternehmen, Krankenkassen, Krankenhäuser, Mobilfunkbetreiber, Schulen, Staatsanwaltschaft, Banken et cetera. Dann besprechen wir – wobei wir unsere Erfahrungen mit und unser Wissen über das bürokratische System einbringen –, ob und wie die Angeschriebenen auf diese Briefe reagieren möchten und unterstützen sie gegebenenfalls dabei, indem wir Antwortbriefe schreiben, Telefonate führen und uns manchmal auch für gemeinsame Besuche bei Ämtern oder Arbeitgeber\_innen verabreden. Manche Personen erzählen von bestimmten Problemen und wir überlegen gemeinsam, wie wir diese lösen können. Immer wieder können wir konkret nicht viel tun. Zum Beispiel wenn eine Person obdachlos ist, keine Arbeit, keine Anmeldung und kein Geld hat. Dann können wir nur auf Arztpraxen für Menschen

ohne Krankenversicherung und andere Stellen hinweisen. Doch allein der Erfahrungsaustausch und das Kennenlernen anderer Menschen in ähnlich prekären Situationen macht oft schon einen Unterschied für die Betroffenen.

Leider hat die Initiative Zivilcourage und linke Zusammenhänge in München allgemein nur sehr begrenzte Kapazitäten, um Menschen ein Dach über dem Kopf, Arbeit oder auch nur eine Meldeadresse anzubieten oder sich autonom zu organisieren, um solche Möglichkeiten und Ressourcen zu schaffen. Hier bewundern wir die Kämpfe in Köln,[5] wo es – unseren Informationen nach – mehr konkrete Schnittstellen zwischen Arbeits- und Lebenskontexten gibt. Dort wird gemeinsam gearbeitet, gewohnt, gefeiert. Aufgrund von Ressourcen- und Kapazitätenmangel unterstützen wir Menschen strategisch eher bei Konflikten mit den Behörden und dabei, Wohnraum und ein Existenzminimum vom Staat einzufordern. Trotzdem feiern wir auch immer wieder gemeinsam.[6]

Außerdem fordern wir vorenthaltene Löhne ein. Die Arbeitsverhältnisse der zu uns kommenden Personen sind sehr divers und keinesfalls auf die medialen Schreckensmeldungen über Stundenlöhne von zwei Euro, Arbeitsrechtslosigkeit und ständige Bedrohung zu vereinfachen. Es handelt sich meist um Jobs im Bau- und Reinigungsgewerbe für etwa acht bis zwölf Euro (brutto) die Stunde, die mit mehr oder weniger dokumentierten Arbeitsverträgen oder auch als (schein-)selbstständige Einpersonenernehmen ausgeführt werden. Für Arbeiter\_innen, die gegen Lohnbetrug vorgehen möchten, rufen wir erst die Arbeitgeber\_innen an, legen die Situation und Forderungen dar und weisen darauf hin, dass wir zum Arbeitsgericht und auch zur Presse gehen könnten. Manchmal lenken die Arbeitgeber\_innen dann schon ein. Wenn nicht, schicken wir eine schriftliche Geltendmachung, in der wir eine Zahlungsfrist setzen, und rufen in der folgenden Woche noch einmal an. In vielen Fällen sind wir so schon erfolgreich. Manchmal aber gehen wir auch vor Gericht und hin und wieder wenden wir uns auch an die Presse.

### **Vom individuellen zum kollektiven Problem**

Wenn wir also an einem Tisch sitzen und gemeinsam versuchen, die individuellen Probleme zu lösen, kommt es immer wieder vor, dass aus einem individuellen Problem ein kollektives wird, in dem sich mehr als eine Person wiederfindet. Dann kommt es zu Diskussionen. Diese Diskussionen führen immer wieder zu Protesten und Kampagnen. Manche Kampagnen werden auch durch Aktivist\_innen der Initiative Zivilcourage angestoßen. Ob eine politische Aktion zustande kommt oder nicht, hängt davon ab, ob beide Momente zusammenkommen.

So haben wir beispielsweise 2010 gegen die Abschiebung von Roma aus Frankreich mit einem Fahrradkorso zum Französischen Konsulat protestiert. Als Reaktion auf eine Zollrazzia, bei der die Kontrollierten mit einem grünen Armband markiert wurden (Apostolova 2013), haben wir gemeinsam mit kontrollierten und markierten Personen einen offenen Protestbrief an die Verantwortlichen beim Zoll geschrieben, der ein Medienecho hervorrief und dazu führte, dass die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen sowohl im Münchener Stadtrat und als auch im Bayerischen Landtag Anfragen

stellten. Daraufhin mussten leitende Zollbeamt\_innen ihr Vorgehen vor dem Fachaustausch Südliches Bahnhofsviertel und dem Münchner Ausländerbeirat erklären.

Als es im Jahr 2011 zu einer Welle von rassistischen Ausschreitungen gegen Rom\_nija in Bulgarien kam, haben wir eine Demonstration und eine Informationsveranstaltung in München organisiert. Mit mehreren Pressemitteilungen, Protestschreiben und Infoständen haben wir immer wieder gegen die rassistischen Praktiken von Geschäftsleuten protestiert. Diese – gegen die sogenannten ‚Tagelöhner\_innen‘ gerichteten – rassistischen Umtriebe erreichten ihren Höhepunkt in einer Petition im August 2013. Der Rassismus wird deutlich, wenn darin „von stetig wachsenden Mengen von Arbeitern“ geschrieben wird, die das Viertel „belagern“, „blockieren“ und „vermüllen“ würden, die „spucken“, „urinieren“ und „belästigen“. Die Petition schlug medial hohe Wellen und der Münchener Stadtrat reagierte auf den „Aufschrei der Geschäftsleute“, indem er beschloss einen – von einigen Geschäftsleuten beauftragten – privaten Sicherheitsdienst am selbstorganisierten Arbeitsmarkt zu finanzieren. Wir protestierten mit mehreren Infoständen vor den Räumen der Theatergemeinde, deren Geschäftsleiter sich besonders aktiv gegen den selbstorganisierten Arbeitsmarkt engagiert hatte. Indem wir, wenn auch nur für einen Vormittag, gemeinsam mit den Arbeiter\_innen den Platz einnahmen, von dem sie sonst vertrieben wurden, konnten wir ganz konkret in die lokalen Machtverhältnissen intervenieren. Unsere Aktionen stießen auch bei der Presse auf Interesse (siehe zum Beispiel Barrios 2016 und Rahmsdorf 2016).

Über die Jahre haben wir an mehreren Demonstrationen teilgenommen, die von größeren Zusammenhängen organisiert wurden, wie etwa an der 1. Mai Demonstration 2010, der Revolutionären 1. Mai Kundgebung und an der bundesweiten antirassistischen Demonstration zum Auftakt des NSU-Prozesses, bei der etwa 20 EU-migrantische Arbeiter\_innen an der Spitze mitliefen und zur Stärke der Demonstration zentral beitrugen. In diesem Jahr haben wir mit „Wir wollen wohnen!“<sup>[7]</sup> eine unserer größten Kampagnen in einem größeren Bündnis gestartet, an dem verschiedene linke und linksradikale Gruppen teilnahmen.<sup>[8]</sup> Mit Protest auf der Straße, Anträgen im Stadtrat und Eilklagen haben wir das Recht auf ganztägige und ganzjährige Unterbringung aller unfreiwillig obdachlosen Personen in München gefordert. Wir nutzten dabei strategisch rechtliche Argumente, die die geltende Dienstanweisung des Münchner Wohnungsamtes (und generell den Ausschluss von obdachlosen Personen von Obdachlosenunterkünften) für rechtswidrig erklärten (Ruder 2015). Am 1. März 2016 – und damit auch im Rahmen des „transnational social strike“<sup>[9]</sup> – hat die Kampagne mit einer kleinen, aber kraftvollen Demonstration in der Münchner Innenstadt gestartet. Zwei Wochen später haben wir dem Münchner Oberbürgermeister einen unerwarteten Besuch abgestattet, um ihm die rechtliche Stellungnahme zu überreichen. Am 31. März, also der Tag an dem die Kälteschutzeinrichtung schließt, haben wir mit einer Kundgebung vor derselben protestiert. Daraufhin sind wir zum Wohnungsamt gezogen, um dort mit etwa zehn obdachlosen Personen ihre Unterbringung zu beantragen. Als diese, wie erwartet, abgewiesen wurden, haben wir mit einigen einen Eilantrag beim Amtsgericht gestellt. Die Kampagne hat einigen Staub aufgewirbelt, aber ob wir konkret mehr als kleine Änderungen erreicht haben, wird sich erst mit der Zeit zeigen.

Auf Herausforderungen treffen wir zum einen bei den Kapazitäten, aber auch in Hinsicht auf Macht- und Wissenshierarchien und dabei, Kontinuität in der gemeinsamen politischen Organisation zu erreichen. Dies scheitert zum einen an mangelnden Kapazitäten von Seiten der nicht-migrantischen Aktivist\_innen, zum anderen wird es durch die extrem prekären Lebenssituationen der migrantischen Arbeiter\_innen, eine große Fluktuation und auch durch mangelnde Transparenz von Wissens- und Machtverhältnissen erschwert. Es braucht einfach sehr viel Zeit sowie gegenseitiges Vertrauen und Hartnäckigkeit, um sich über gemeinsame Utopien, politische Analysen, Forderungen und konkrete Durchsetzungsmöglichkeiten auszutauschen. Und gerade Zeit und Ruhe haben wir meist viel zu wenig, weil wir ständig im Feuerwehrmodus arbeiten. Trotzdem haben wir in den letzten sechs Jahren Erfahrungen, Freundschaften und gemeinsame Kampfkraft entwickelt, was sich in den vielen starken Momenten der Kampagne „Wir Wollen wohnen“ ausgedrückt hat, die ohne den kontinuierlich geteilten Raum und die gemeinsam ausgetragenen Konflikte mit Arbeitgeber\_innen und staatlichen Akteuren niemals möglich gewesen wären. Was in einem ‚richtigen‘, festen Workers‘ Center möglich wäre, das von Arbeiter\_innen und Aktivist\_innen gemeinsam betrieben und selbst organisiert wäre, sodass sich die Grenzen zwischen den einen und den anderen tendenziell aufheben, in dem es genug Ressourcen gäbe, sodass Personen regelmäßig Zeit und Ruhe fänden, um sich über gemeinsame Analysen, Forderungen, Ziele und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten austauschen und dies auch noch festhalten und umsetzen könnten, davon können wir derzeit nur träumen. Aber immerhin haben wir einen Traum.

## Endnoten

- [1] Im Unterschied zu der Schreibweise der Worker Center in den Vereinigten Staaten schreiben wir unser Workers‘ Center mit einem Genitiv-S, um auszudrücken, dass es ein Zentrum von Arbeiter\_innen und keines für Arbeiter\_innen sein soll.
- [2] Für mehr Informationen siehe <http://archiv.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/workerscenter.html>
- [3] Für mehr Informationen siehe <https://linksunten.indymedia.org/de/node/92148>
- [4] Bevor es die Aufenthaltsräume des Infozentrums gab und wir diese mitnutzten, stellte es eine wichtige Komponente des Workers‘ Centers dar, dass wir einen nicht-kommerziellen und solidarischen Raum öffneten, in dem sich jede\_r ausruhen, aufhalten, mit anderen zusammenkommen und diskutieren konnte. In gewissem Sinn ist dies durch das Infozentrum nun institutionalisiert worden.
- [5] Die Gruppe „Wohnraum für Alle“ aus Köln, sowie Aktivist\_innen der „Eisfabrik“ in Berlin haben wir im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Стачка! Streik!“ nach München eingeladen. Zudem haben wir das Netzwerk „Europa für Alle“ (siehe <http://europafueralle.net/>) mit angestoßen, das sich bisher dreimal getroffen hat und einen Versuch darstellt, lokale Bewegungen – die gegen Prekarisierung und (Über-)Ausbeutung von sowie Rassismus gegenüber EU-migrantischen Arbeiter\_innen kämpfen – zu vernetzen.
- [6] Bei Konflikten mit dem Jobcenter haben wir oft mit der Erwerbsloseninitiative IGEL zusammengearbeitet (siehe <https://igel-muc.de>).
- [7] Für mehr Informationen siehe <https://www.facebook.com/wir-wollen-wohnen-1222768504405350>.

- [8] Im Jahr 2010 haben wir im Bündnis mit verschiedenen Gruppen eine Kampagne zum Thema Wohnen organisiert, im Februar 2014 eine Kundgebung gegen die Nullgradregelung der Münchner Kälteschutzeinrichtung.
- [9] Für mehr Informationen siehe <http://www.transnational-strike.info>.

## Autor\_innen

inizivi@gmx.de

## Literatur

- Apostolova, Raia (2013): Green wristbands. In: Lefteast. <http://www.criticatac.ro/lefteast/green-wristbands/> (letzter Zugriff am 09.11.2016).
- Barrios, Giuliana (2016): Aufstand der Armen: Obdachlose fordern Unterbringung. In: tz, 01.04.2016. <http://www.tz.de/muenchen/stadt/schwabing-freimann-ort43408/aufstand-armen-obdachlose-fordern-unterbringung-6269582.html#idAnchComments> (letzter Zugriff am 09.11.2016).
- Benz, Martina (2014): Zwischen Migration und Arbeit: Worker Centers und die Organisation prekär und informell Beschäftigter in den USA. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Calderon, José / Foster, Suzanne / Rodriguez, Silvia (2003): Organizing immigrant workers: Action research and strategies in the Pomona Day Labor Center. Paper presented at the annual meeting of the American Sociological Association. Atlanta, GA.
- Rahmsdorf, Inga (2016): Protestzug – Obdachlose Tagelöhner demonstrieren vor dem Rathaus. In: Süddeutsche Zeitung, 01.03.2016. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/protestzug-obdachlose-tageloehner-demonstrieren-vor-dem-rathaus-1.2887586> (letzter Zugriff am 09.11.2016).
- Riedner, Lisa / Weinzierl, Matthias / Zehmisch, Philipp (2009): Eiskalte Händchen. Eine eiskalte Hinterland-Comieilage. In: Hinterland, 12.
- Riedner, Lisa / Zehmisch, Philipp (2009): Widerstand auf der Baustelle: Eine ethnographische Fallstudie zur Aushandlung transnationaler Realitäten der Werkvertragsarbeit in München und Istanbul. In: Ausstellungsgruppe, Crossing Munich (Hg.), Crossing Munich. Texte zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus. München: Silke Schreiber Verlag.
- Ruder, Karl-Heinz (2015): Grundsätze der polizei- und ordnungsrechtlichen Unterbringung von (unfreiwillig) obdachlosen Menschen unter besonderer Berücksichtigung obdachloser Unionsbürger. Berlin: Verlag der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.
- Wildcat (2006/2007): Weltweite Workers Center? In: wildcat 2006/2007, 78. S. 21-22. [http://www.wildcat-www.de/wildcat/78/w78\\_workers\\_center.htm](http://www.wildcat-www.de/wildcat/78/w78_workers_center.htm) (letzter Zugriff am 09.11.2016).



#### Debatte

2016, Band 4, Heft 2/3  
Seiten 121-126  
zeitschrift-suburban.de

Claudia Kratzsch, Robert Maruschke/Basisorganisation verändert die politische Landschaft

Kommentare von:  
Workers Center München,  
Kotti&Co Berlin, Rothe Ecke Kassel

Replik von:  
Robert Maruschke

# Alles muss man selber machen: Multi-Layer-Organizing für eine soziale Wohnraumversorgung in Berlin

Kotti & Co.

Wir sind Kotti & Co, eine Gemeinschaft von Mieter\_innen im Sozialen Wohnungsbau am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg (Kotti) und darüber hinaus (Co). Wir haben uns im Jahr 2011 zusammen gefunden, als wir schon wieder eine Mieterhöhung erhalten haben, die immer weniger Geld zum Leben übrig lässt und unser Zusammenleben bedroht. Auf die Frage, wer wir sind, haben wir mal geantwortet:

„Wir sind Kreuzberg! – und nicht erst seit gestern. Wir! Für uns gibt es keinen Begriff, keine Kategorie. Schon ihre Wörter spiegeln die Hilflosigkeit der Sprache wider, mit der man uns nicht mehr zu fassen kriegt: ‚Deutsche‘, ‚Ausländer‘, ‚Gastarbeiter‘, ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘, ‚Deutsch-Türken‘...usw. usf. ... Wir sind eine Gemeinschaft, die in der Welt von Sarrazin und vielen anderen nicht vorkommt. Wir sind Azubi, Rentnerin, Arzthelferin, Krankenpfleger, Bauingenieurinnen auf Hartz IV, wir sind Versicherungsvertreter, die Soziologie studiert haben, wir sind Metallbauerinnen, die ihre Doktorarbeit in Politik schreiben, Marktverkäuferinnen, Designer die im Kulturbetrieb arbeiten, wir sind Kinder von Leuten, die hier ihr Leben lang hart gearbeitet haben und mit den ‚Anwerbeverträgen‘ kamen. Deutsch, türkisch, ein bisschen iranisch, tscherkessisch, afghanisch oder kurdisch oder ...was auch immer das heißen mag. [...] Wir kämpfen schon unser Leben lang mit dem Rassismus oder der sozialen Ausgrenzung, mit Hartz IV und Altersarmut in dieser Gesellschaft. Wir sind alt, wir sind jung. Wir glauben an Allah, Gott, oder einfach an eine gerechte Gesellschaft.“[1]

## Kontext

Wir wohnen im sogenannten ‚Sozialen Wohnungsbau‘. Der wurde in Berlin zu großen Teilen von privaten Investor\_innen mit milliardenschweren Förderungen, staatlich garantierten Gewinnen und einer gesetzlich organisierten Staffelmiete für die Sozialmieter\_innen gebaut. Die



Sozialmieten liegen im Durchschnitt bereits jetzt über denen des ‚normalen‘ Wohnungsmarktes nach dem Mietspiegel. Das Jobcenter übernimmt die Sozialmieten nicht mehr, weil sie zu hoch seien. Viele Familien geben über die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus. Nach dem Ende der Sozialbindung können die Eigentümer\_innen mit den Wohnungen machen, was sie wollen. Und sie kaufen sich noch schneller aus den ohnehin auslaufenden Bindungen frei, indem sie die Förderkredite vorzeitig zurückzahlen. Von den ehemals über 500.000 Sozialwohnungen sind heute nur noch 40.000 Wohnungen in der aktiven Förderung übrig. Der Soziale Wohnungsbau ist zu einer Verdrängungs-Maschine geworden. Begleitet wurde der Ausstieg aus dem Sozialen Wohnungsbau in den 1990er und 2000er Jahren von einer Privatisierung von rund 200.000 landeseigenen Wohnungen. Unser größtes Problem teilen wir also mit vielen Berliner\_innen mit kleinem Einkommen.

Aus der Not heraus sind wir zu Expert\_innen in Sachen Sozialer Wohnungsbau geworden und haben Lösungsansätze entwickelt, die dringend umgesetzt werden müssen: Einerseits braucht es sofortige Maßnahmen, um die Verdrängung aufzuhalten, wie zum Beispiel eine Mietobergrenze bei 4 Euro pro Quadratmeter kalt oder Kostenübernahme bei geringem Einkommen. Andererseits brauchen wir die einzig nachhaltige Perspektive: die (Re-)Kommunalisierung der Sozialwohnungen, am besten mit demokratischer Kontrolle oder Selbstverwaltung durch die Mieter\_innen. Denn solange die Eigentümer\_innen mit den Sozialwohnungen ihre Gewinne maximieren oder Privatisierungen möglich sind, steigen unsere Mieten.

Darüber hinaus braucht es eine ‚soziale‘ Wohnraumversorgung für Menschen mit geringem Einkommen in Berlin, die ihrem Namen tatsächlich gerecht wird, aus den Fehlern der Vergangenheit lernt und nachhaltig in der Öffentlichen Hand unter der Kontrolle der Mieter\_innen gesichert ist.

## Was wir tun

Im Mai 2012 haben wir das Kotti vor unseren Wohnungen besetzt und dort das Gecekondu-Prottesthaus[2] errichtet. Seitdem sind wir im Dauerprotest auf der Straße. Das Gecekondu ist jeden Tag geöffnet. Es ist zu einem Ort geworden, an dem sich Nachbar\_innen neu begegnen können, Veranstaltungen, Filmabende und Konzerte stattfinden, wo wir eine Sozialberatung und eine Mietrechtsberatung anbieten, wo nachbarschaftliche oder stadtweite Kampagnen entstehen oder Initiativen und Bündnisse mit anderen Mieterinitiativen geschmiedet werden, wie etwa der Mietenvolksentscheid. Mit der Zeit ist das Gecekondu zu einem zentralen Ort für viele stadtpolitische Debatten, Auseinandersetzungen und Organisationsprozesse geworden.

Wir machen auf verschiedenen Ebenen Druck gegen die unsoziale Politik des Senats: Vom Dauerprotest im Gecekondu ausgehend haben wir über 30 Lärmdemonstrationen sowie nachbarschaftliche und stadtweite Kampagnen organisiert. Wir haben Expertise organisiert – in Form einer Konferenz im Abgeordnetenhaus[3], in verschiedener Broschüren und Publikationen über das Problem und die mögliche Zukunft des Sozialen Wohnungsbaus[4], in zahllosen Veranstaltungen[5], Interviews und Artikeln[6], Kunstprojekten[7] und Filmen[8]. Wir haben uns stadtweit und international mit vielen Gruppen



vernetzt, die für ihr Recht auf Stadt kämpfen und mit denen wir uns gegenseitig solidarisch unterstützen.

Als wir angefangen haben, wollte niemand mehr vom Sozialen Wohnungsbau sprechen. Wir haben das Thema zurück auf die Tagesordnung gesetzt. Nach neun Monaten Dauerprotest hat der Senat sich genötigt gesehen, mit dem sogenannten ‚Mietenkonzept‘ die jährlichen Mieterhöhungen um 13ct in den Sozialwohnungen der 16 Berliner Großsiedlungen auszusetzen. Die Regierung hat das als Mietkappung verkauft. De facto ist es jedoch nur ein Aufschub der Erhöhung und das auch nur für einen Teil der Gebäude, da viele gar nicht (mehr) in der Kreditphase sind, in der der Aufschub greifen könnte. Gemeinsam mit anderen Mieterinitiativen haben wir 2014 dann den Mietenvolksentscheid initiiert, nach einem breiten Aushandlungsprozess selbst ein Gesetz für die soziale Wohnraumversorgung in Berlin geschrieben und in Rekordzeit 50.000 Unterschriften gesammelt. Damit haben wir die Regierung so unter Druck gesetzt, dass sie schnell ein Abfang-Gesetz verabschiedet hat. Dieses bleibt in vielen Punkten weit hinter unserem zurück, aber als Zugeständnis gewährt es zum Beispiel Sozialmieter\_innen mit geringem Einkommen einen neuen Mietzuschuss, damit sie nicht mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Kaltmiete zahlen müssen. Einige von uns erhalten nun diesen (extrem bürokratisch zu beantragenden) Zuschuss. Für die Warmmiete bedeutet das dann nur leider oft immer noch 50 Prozent unseres Einkommens, da die absurden Betriebskosten in unseren Gebäuden am Kotti doppelt so hoch sind wie der Berliner Durchschnitt. Daher ist unsere Betriebskostenkampagne wichtig: Wie bei unseren Mietminderungskampagnen versuchen wir die Vereinzelung, die im Mietrecht angelegt ist, zu überwinden und legen kollektiv Widerspruch beziehungsweise Klagen gegen die Betriebskosten ein, die als ‚Zweite Miete‘ ein massiver Verdrängungsfaktor sind. Das gemeinsame Einsehen der Belege und Schreiben der Widersprüche besteht in mühsamer, schrittweiser Arbeit, aber im Prozess bauen wir gleichzeitig Strukturen in der Nachbarschaft auf, knüpfen ein Netz von Ansprechpersonen in jedem Haus, gehen von Tür zu Tür, sammeln Kontakte, machen Hausversammlungen und schaffen so Situationen, in denen die Nachbar\_innen sich gegenseitig kennen lernen und über ihre Rechte aufklären, Verantwortung für konkrete Dinge übernehmen und gemeinsam handeln. Diese Kontakte und das gegenseitige Vertrauen brauchen wir nicht nur jetzt als wichtigen Faktor gegen Verdrängung, sondern sie bereiten auch im ‚Kleinen‘ die Rekommunalisierung und die Selbstverwaltung der Mieter\_innen vor. Über 150 Haushalte machen schon bei der Kampagne mit.

Die Erfahrungen und Informationen aus der kollektiven Beratungs- und Nachbarschaftsarbeit bilden für uns auch die Grundlage, um Druck auf den Bezirk auszuüben (z. B. in Sachen Kostenübernahme der Jobcenter oder Millieuschutz) und um in Gremien wie der Experten- und Fachkommission des Senats zur Zukunft des Sozialen Wohnungsbaus argumentieren zu können. Nicht zuletzt auf unseren Druck hin hat die Regierung diese Kommissionen einberufen, um Lösungsansätze für den derzeitigen Bestand in Berlin zu finden. Wir saßen in der Fachkommission und obwohl deren Auftrag klingt wie unsere Problembeschreibung von vor fünf Jahren, sind die jüngst vom Senat vorgelegten Maßnahmen Flickschusterei und lösen das Problem

nicht. Wir machen also weiterhin lautstark auf die eigentlichen Probleme aufmerksam[9] und fordern weiter die Rekommunalisierung, die wir hoffen in den nächsten Jahren endlich umzusetzen zu können.

### **Was wir unter Organisierung verstehen**

Für diesen Artikel wurden wir gebeten zu beschreiben, was wir unter Organisierung verstehen. Dem Verständnis, das Claudia Kratzsch und Robert Maruschke als Ausgangspunkt für ihren Text nehmen, würden wir nicht unbedingt widersprechen.

„Das zentrale Organizing-Versprechen lautet: Es bringt Menschen zusammen und organisiert sie, bietet ihnen Auswege aus der eigenen Ohnmacht, erhöht ihren Einfluss auf die eigene Lebensrealität und politisiert, demokratisiert und verändert – ausgehend von den alltäglichen Lebenszusammenhängen – die Gesellschaft.“ (Rubin/Rubin 2008)

Bloß hat bei Kotti & Co keiner jemand anderem etwas versprochen, noch war die Organisierung selbst von Anfang an ein Ziel. Wir haben uns zunächst als Mieter\_innen zusammengefunden, weil wir wollten, dass unsere Miete sinkt, dass wir und unsere Familien, Freund\_innen und Nachbar\_innen am Kotti wohnen bleiben können und dass die rassistische Ausgrenzung vieler von uns endlich aufhört. Erst aus dieser Situation heraus haben wir angefangen uns näher kennen zu lernen, über die Rahmenbedingungen zu recherchieren, bei sehr viel Tee Neugier füreinander und ein Selbstverständnis als Gruppe zu entwickeln, uns besser missverstehen zu lernen, inhaltlich zu vertrauen und zu respektieren. Das kann man Organisierung nennen, Beziehungsarbeit, Betroffenenengemeinschaft, Selbstermächtigung, oder eine Erweiterung der Familie...

Aus unseren bewegten Geschichten bringen wir dabei ganz verschiedene politische Erfahrungen und Selbstverständnisse mit – aus Moscheevereinen oder aus linken Gruppen und Kampagnenarbeit, aus Selbsthilfekreisen oder aus politischen Parteien, aus kleinen oder großen Familien, aus gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen, antirassistischer Arbeit, Kanak Attak, aus Transformative-Organizing-Projekten in den USA, der PAH in Spanien oder Stadtteilarbeit in Argentinien, oder aus dem jahrzehntelangem Weben von Nachbarschafts-Netzen durch Alltags-Unterstützung oder Gespräche in Kaffeehäusern, Fahrstühlen und auf Demos. Das Gemeinsame ist nicht einfach aus einer (ohnehin ungleichen) Betroffenheit entstanden, sondern daraus, dass wir uns gegenseitig zugehört, uns gestritten und überrascht haben. Um ein gemeinsames politisches Begehren entstehen und wirksam werden zu lassen, gilt es erst einmal näher zu verstehen, was uns jeweils bewegt – und dann herauszufinden, wie wir uns gemeinsam bewegen können. Dabei haben wir zu vielen Fragen um Mieten, Stadt- und Sozialpolitik und Rassismus gemeinsame Stimmen, Forderungen und Herangehensweisen entwickelt. Zu anderen Fragen sprechen wir mit ganz verschiedenen Stimmen und das ist sehr gut so.

Auch in der gemeinsamen Arbeit ist es sehr wichtig, Raum für ganz verschiedene Begehren, Erfahrungen und Fähigkeiten zu schaffen. Für Manche steht dabei vielleicht die Arbeit in der Nachbarschaft oder das Gecekondu als sozialer Raum im Vordergrund, für andere vielleicht die Diskursarbeit – und

in Manchem wechselt man sich ab. Denn alles will ja ‚organisiert‘ werden, vom Kaffee-Nachschub über den Ablauf von Treffen oder Demos bis hin zu Diskursverschiebungen und selbstgeschriebenen Gesetzen. Das geht nur zusammen – ohne dass alle alles gleich gut können müssen. Und mit unglaublich viel Lernen voneinander und vom Prozess. Wir glauben dabei nicht an eine Ideologie oder ein Rezept der Organisation, das uns den Weg zeigt. Aber wir sind bisher ganz gut darin, unseren Weg gemeinsam zu erfragen. Dabei ist unser Wissen umeinander und um unsere vielfältigen Erfahrungen mit strukturellen Machtverhältnissen in dieser Gesellschaft zentral.

Zurzeit sind wir etwa 15 Leute, die in der Kerngruppe und/oder den Arbeitsgemeinschaften aktiv sind (Gecekondü, Büro, Nachbarschaft, Mietrechtsberatung, Sozialberatung, Rekommunalisierung). Dazu kommen Familien, Freunde und ein großes Netzwerk an Mitstreiter\_innen und anderen Gruppen, die zum offenen ‚Co‘ gezählt werden können. Die zentralen Entscheidungen trifft die Kerngruppe. Gleichzeitig sind unsere Aufgabenfelder so umfangreich und weit verzweigt, dass wir ohne Arbeitsteilung, Teilzuständigkeiten und unabhängige Teilentscheidungen all das gar nicht leisten könnten. Es ist eine ständige Herausforderung, all die Arbeit und offenen Fragen der verschiedenen Baustellen immer wieder in die Kerngruppe zurück zu kommunizieren, sie dort zu würdigen, zu diskutieren und kritisch zu überprüfen. Aber diese Feedbackprozesse sind zentral. Der Rest wird getragen von ziemlich viel Vertrauen in die gemeinsam erarbeiteten Grundlagen und in die Kompetenzen der verschiedenen Leute in ihren Feldern.

Wir machen Kotti & Co aus Überzeugung und von Herzen – und es ist gleichzeitig sehr viel harte Arbeit. Würden wir alle unsere Tätigkeiten zusammenzählen, kämen wir bestimmt auf 200-300 Stunden in einer Woche. Seit fünf Jahren machen wir das alles ehrenamtlich. Zusätzlich zum Geldverdienen, Jobcenterstress, Kinder großziehen, zur Schule gehen, Hausarbeit machen... Wir gehen daher leider oft über unsere finanziellen, körperlichen und emotionalen Grenzen. Um uns ein wenig zu entlasten und um die Kontinuität unserer Arbeit zu gewährleisten, diskutieren wir seit einiger Zeit Modelle, wie wir Teile der Arbeit auch bezahlen können. Dass das nochmal ganz andere Herausforderungen für die Gruppe mit sich bringt, ist uns sehr bewusst. Aber vielleicht stärkt es uns ja auch. Ein Ziel ist es auf jeden Fall, in Zukunft noch mehr Strukturen aufzubauen, die die Rekommunalisierung schon im ‚Kleinen‘ vorwegnehmen und die Arbeit auf mehr Schultern verteilen. Oh, und die uns allen frühere Feierabende bescheren. Die sind nämlich am Kotti besonders schön! Kommt doch mal nicht nur zur Demo, sondern auch gern auf einen Tee vorbei!

## Endnoten

- [1] <https://kottiundco.net/2012/08/03/merhaba-salam-und-schonen-guten-tag/?iframe=true&preview=true> (letzter Zugriff wie bei allen folgenden Links am 4.9.2016).
- [2] Gecekondü bedeutet auf Türkisch in etwa „über Nacht gebaut“. Es bezieht sich auf den osmanischen Rechtsgrundsatz, dass, wer binnen einer Nacht ein Haus auf öffentlichem Land errichtet, das Recht hat, dort zu wohnen. In der Türkei werden Siedlungen so genannt, in denen die Bewohner\_innen durch Selbstbau und z. T. Aneignung von Land ihr Recht auf Stadt selbst in die Hand genommen haben.

- [3] <https://kottiundco.net/2012/10/11/unsere-konferenz-zum-sozialen-wohnungsbau-am-13-november-2012/>
- [4] <http://www.nichts-laeuft-hier-richtig.de/>
- [5] <https://kottiundco.net/2012/05/28/camp-programm/>
- [6] <https://kottiundco.net/kleine-presseschau/>
- [7] [https://www.hkw.de/de/programm/projekte/2015/wohnungsfrage/ausstellung\\_wohnungsfrage/wohnungsfrage\\_kotti\\_co.php](https://www.hkw.de/de/programm/projekte/2015/wohnungsfrage/ausstellung_wohnungsfrage/wohnungsfrage_kotti_co.php)
- [8] Z.B. <http://www.weltfilm.com/de/filme/in-produktion/miete-essen-seele-auf>, <https://www.youtube.com/watch?v=nn638lqeAZ8>
- [9] <https://kottiundco.net/2016/06/15/msetzung-von-sofortmassnahmen-und-ausblick-zur-reform-des-sozialen-wohnungsbaus/>

## **Autor\_innen**

kottico@gmx.net



**Debatte**

2016, Band 4, Heft 2/3  
Seiten 127-130  
zeitschrift-suburban.de

Claudia Kratzsch, Robert Maruschke/Basisorganisation verändert die politische Landschaft

Kommentare von:  
Workers Center München,  
Kotti&Co Berlin, Rothe Ecke Kassel

Replik von:  
Robert Maruschke

# Organisierende Zentren am Beispiel einer Kampagne zum Nahverkehr in Kassel

Rothe Ecke Kassel

Im Jahr 2014 trafen sich vier Menschen in Kassel, die alle in verschiedensten gewerkschaftlichen Initiativen und selbstorganisierten politischen Projekten tätig waren. Angeregt von Erfahrungen in den USA, entschlossen wir uns den Stadteilladen „Rothe Ecke“ im Stadtteil Rothenditmold zu gründen. Ausgangspunkt war, dass wir raus aus den linken Milieus und rein in die Nachbarschaft und unter die Kolleg\_innen wollten. Nach unserer Vorstellung soll die Rothe Ecke ein Raum sein, der es Menschen erleichtert, sich gemeinsam mit anderen bei Konfrontationen mit Jobcenter, Vermieter\_in, Vorgesetzten oder der Stadt zu organisieren und Infrastruktur und Wissen zur Verfügung stellt, um kollektive Interessen erfolgreicher durchzusetzen. Den Stadtteil wählten wir, da wir teilweise bereits dort lebten und weil in dem ehemaligen Arbeiterstadtteil diejenigen wohnen, für die ein gesellschaftlicher Wandel am drängendsten ist: Prekäre, Arbeitslose, Junge, Alleinerziehende, arbeitende Rentner\_innen, Migrant\_innen... Sie sind die Ersten, die Armut, prekären Lebensrealitäten, schikanösen Arbeitsbedingungen und Rassismus ausgesetzt sind. Also mieteten wir ein ehemaliges Ladengeschäft mit einem Raum und vielen Schaufenstern, was wir durch Spenden finanzierten. Dann begannen wir damit, verschiedene Ansätze auszuprobieren, wie wir vor Ort transformatives Organizing über Veranstaltungen, die Gründung einer Jobcenter-Initiative, Spieleabende und andere Dinge umsetzen könnten. Wir waren schnell ein Treffpunkt für einzelne Betriebsgruppen (Call Center, Post, Taxifahrer\_innen...), die in den Räumen von Gruppen Beratung erhielten, dort bei sozialen Events andere Leute trafen oder einfach einen Raum als Treffpunkt brauchten. Dabei war der Raum wertvoll sowohl für Betriebsgruppen als auch als Begegnungsort verschiedener Beschäftigtengruppen. In dieser Zeit hat er allerdings eher wie ein Workers Center funktioniert.

Dadurch konnten wir existierende Gruppen unterstützen und vernetzen, waren aber nicht dazu in der Lage, unsere eigenen Kräfte, also unser Kernteam, aufzubauen und fühlten uns deshalb lange nicht kampagnenfähig. Im Sommer 2015 wurde dann bekannt, dass in Kassel Kürzungen im öffentlichen Nahverkehr anstehen und zum Teil ganze Buslinien gestrichen werden sollen. Diese Umstrukturierung wurde von einem Beteiligungsverfahren

begleitet, bei dem absehbar war, dass es darauf abzielt, größere Widerstände abzuwiegeln oder einzubinden. So war klar, dass nach diesem Verfahren zwar Änderungen bei einzelnen Linien möglich waren, aber damit nur die Kürzungen an andere Stellen verschoben werden, statt diese grundsätzlich in Frage zu stellen.

Die Herausforderung lag also darin, in unserem Stadtteil das vorherrschende Gefühl der Ohnmacht aufzubrechen und gleichzeitig die Änderungen grundsätzlich anzugreifen, um nicht in die ‚Mitmachfalle‘ zu tappen. So wollten wir erreichen, dass auch nach der Überarbeitung der Sparmaßnahmen möglichst viele der Beteiligten dabei bleiben und keine Kürzungen akzeptieren würden.

Wir haben unsere Strategie auf zwei Ebenen entwickelt. Einerseits begannen wir direkt bei uns im Stadtteil mit dem Einsatz für eine konkrete Buslinie, andererseits betrieben wir Bündnisarbeit mit Menschen und Verbänden aus der ganzen Stadt, um die verschiedenen Kritiker\_innen an der Netzreform zusammen zu führen und, statt nur einzelne Buslinien zu fokussieren, den Blick auf den gesamten ÖPNV zu lenken. So wollten wir anstelle von Fragen der Wirtschaftlichkeit die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellen. Konkrete Wünsche nach Verbesserung versuchten wir immer mit großen, allgemeinen Forderungen zu verbinden, hinter denen wir als Gruppe auch tatsächlich stehen können.

Als Höhepunkt auf halber Strecke, also auf dem ersten Abschnitt der Auseinandersetzung bis zur Überarbeitung des Verkehrsnetzes, organisierten wir eine Woche vor der Kommunalwahl strategisch günstig eine gemeinsame Demonstration, bei der wir alle bis dahin aufgetretenen Forderungen vertraten: günstigere Tickets, Ausbau des Nahverkehrs, bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Die Demonstration war ein großer gemeinsamer Erfolg. Denn für viele war das die erste selbstorganisierte Demonstration und viele der Redebeiträge wurden von Frauen gehalten, da besonders Mütter im Bündnis aktiv waren. Dadurch, dass die Organisation nicht allein den Routinierten überlassen wurde, flossen neue Ideen ein und die Demo wurde sehr lebendig. Gerade diejenigen, für die dies ihre erste Demo war, glänzten mit fundierten und begeisternden Redebeiträgen, die plastisch werden ließen, was es für die einzelnen Menschen bedeutet, wenn der Nahverkehr eingeschränkt wird.

Bei uns im Stadtteil begannen wir mit einer Unterschriftenliste, die wir im ganzen Stadtteil auslegten und für die jeder direkt an Haltestellen und im Bus sammeln konnte. Dabei führten wir zahlreiche Einzelgespräche und wir trafen auf eine große Wut und Empörung, da die Kürzungen als weiterer Angriff auf Menschen mit wenig Geld wahrgenommen wurden und die Menschen schnell das konkrete Thema der Mobilität mit allgemeinpolitischen Diskussionen verknüpften.

Jede Woche trafen wir uns für eine Stunde als organisierender Kern in einem kleinen Kreis mit Nachbar\_innen. Durch diese kurzen, regelmäßigen Treffen und das gemeinsame Feiern der kleinen und größeren Erfolge sind wir zusammengewachsen.

Wir versuchen unsere Treffen möglichst offen zu gestalten und nicht nur für Absprachen zu nutzen, sondern auch mit direkten Aktivitäten zu verknüpfen: etwa Infoständen draußen, Malen von Transparenten und so weiter.

Nicht alles gelingt beim ersten Mal. Vor allem wird es bei begrenzten Kapazitäten schwierig, den Balanceakt zu finden zwischen dem Gang in die Breite (also jeden Tag auf die Straße zu gehen, um neue Menschen zu kontaktieren) und dem in die Tiefe (also Zeit haben, die Einzelnen kennen zu lernen und sich über transformatives Organizing und die größere Vision auszutauschen). Den Schritt vom Aktivisten zur Organizerin möchte dabei nicht jede\_r neu dazu Gekommene gleich vollziehen. Umso bedeutender war es auch hier, Menschen vor Aktionen direkt anzurufen und zum Beispiel gemeinsam in der Nachbarschaft zu grillen.

Bei den wöchentlichen Treffen sind wir ein kleiner Kreis. Wir haben aber auch gelernt, die Anzahl der Teilnehmer\_innen an einem Treffen nicht zum wichtigsten Maßstab zu machen. Nicht immer klappt es zeitlich – manche wollen nicht zu Treffen gehen, sondern bevorzugen Aktionen.

Die in unserem Schaufenster ausgehängten Informationen werden von vielen Menschen gelesen. Für Bildungsarbeit haben wir nur begrenzt Formate gefunden. Wichtig für uns war dabei, dass man sich immer wieder klarmacht, dass Bildung nicht nur im Seminarrahmen stattfindet. Oft besteht Bildung auch aus Diskussionen, wenn man abends zusammensitzt, oder zu zweit Plakate aufhängt, weil dann ein Rahmen geschaffen ist, innerhalb dessen jeder offen Fragen stellen kann. Wichtig war auch, zu sehen, dass wir Bildung nicht immer selbst organisieren müssen. Einmal waren wir etwa gemeinsam bei einer Veranstaltung zum GdL-Streik und konnten auch direkt die Busfahrt dorthin für Gespräche mit anderen Busnutzer\_innen nutzen.

Wir spielten des Öfteren durch, wie der Gegner, beziehungsweise in diesem Fall die kommunal Verantwortlichen und die in den Verkehrsbetrieben, reagieren könnten. So bereiteten wir uns auf die nächsten Schritte vor. Zumindest in unserer Gruppe und dem stadtweiten Bündnis ist nun klar, dass wir weiter gegen die Kürzungen und für den Ausbau eines bezahlbaren ÖPNV aktiv bleiben werden, auch nachdem es uns gelungen ist, die Streichung unserer konkreten Buslinie in einer Überarbeitung des Entwurfs zu verhindern. In diesem Prozess arbeiten wir daran neue Menschen einzubinden, Menschen zu finden, die sich dafür entscheiden, Organizer\_innen zu werden.

Um also auf das Verhältnis von Organisation und spontaner Bewegung zurück zu kommen: Spontan kam es zu Protesten gegen die Umstrukturierung im Nahverkehr. Dass diese vereinzelt Proteste aber zusammengeführt, stabilisiert und mit einer gesellschaftlichen Frage verknüpft wurden, ist auch das Ergebnis von Verbundenheit, gegenseitigem Lernen und des Wirkens transformativer Kräfte als organisierenden Faktoren. Dass dabei auch gerade für einen nichtbürgerlichen Stadtteil etwas gewonnen wurde und hier die Erfahrung eines erfolgreichen gemeinsamen Widerstands gemacht werden konnte, ist das Ergebnis der Arbeit von anfangs nicht mehr als vier Menschen, die sich bewusst dafür entschieden haben, eine Kampagne zu starten. Ob sich diese Erfahrungen nun auf andere Politikfelder übertragen und in den vorhandenen vertiefen lassen, wird in der Zukunft zu sehen sein.

## **Autor\_innen**





**Debatte**

2016, Band 4, Heft 2/3

Seiten 131-136

zeitschrift-suburban.de

Claudia Kratzsch, Robert Maruschke/Basisorganisation verändert die politische Landschaft

Kommentare von:

Workers Center München,  
Kotti&Co Berlin, Rothe  
Ecke Kassel

Replik von:

Robert Maruschke

# Basisorganisation als Herkulesaufgabe

Eine Replik zur Debatte

Robert Maruschke

Wie kann eine außerparlamentarische Linke die gegenwärtigen Verhältnisse ins Wanken bringen? Ausgehend von dieser Frage haben wir einen Debataufschlag geschrieben, mit dem wir eine Strategiedebatte innerhalb linker Bewegungen in der BRD anregen wollen. Wir sehen die Notwendigkeit Organisationsformen zu finden, in denen sich massenhaft Menschen verbindlich, langfristig und demokratisch organisieren können. Unser skizzierter Vorschlag der Basisorganisation ist das Ergebnis einer jahrelangen gemeinsamen Diskussion mit vielen politischen Gruppen auf der Grundlage des Konzeptes des Transformativen Organizing. Dieser Vorschlag wurde von drei Initiativen kommentiert. Mit der folgenden Replik wollen wir die drei Kommentare sowie zwei weitere Texte zusammenführen und so abstrakte und konkrete Anregungen für die politische Praxis und für weiterführende Diskussionen anbieten.

Ein weiteres Ziel ist die Stärkung der brüchigen Verbindung zwischen linker Wissenschaft und linker Bewegung. Wir wollen dies durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gruppen, eine allgemeinverständliche Sprache und einen Austausch zwischen wissenschaftlichen und bewegungsnahen Texten erreichen. Exemplarisch verweisen wir daher in dieser Replik auf zwei Texte aus der Zeitschrift *Arranca* der Interventionistischen Linken (IL). Die Artikel stammen von „Zweiter Mai“, die von ihren Erfahrungen in der Hamburger Gruppe „Wilhelmsburg solidarisch“ [1] berichten, und von der Berliner „Erwerbsloseninitiative BASTA“ [2]. Beide haben auch wir angefragt, sie konnten und wollten in kurzer Zeit aber keinen weiteren Text schreiben. Mit den beiden Texten aus der *Arranca* blicken wir nun auf eine Debatte mit fünf Beiträgen.

In dieser Debatte ist es für uns zweitrangig, ob die jeweiligen Gruppen sich auf die Begriffe der Basisorganisation oder auf Transformatives Organizing beziehen. So haben uns die Autor\_innen von Zweiter Mai darauf hingewiesen, dass sie den Begriff der Basisorganisation explizit ablehnen, weil Basis etwas impliziere, „das drüber steht“. Hier sind wir anderer Meinung, freuen uns aber auf zukünftige Diskussionen. Wir woll(t)en diese Debatte nicht führen, um unsere Begriffe durchzusetzen, sondern um über die jeweilige

Praxis der Gruppen ins Gespräch zu kommen und voneinander zu lernen. Wir streben einen ehrlichen Austausch über die vielen in den Kommentaren und in unserem Aufschlag angesprochenen Fragen an. Dazu gehört auch die Frage der Hierarchien, die wir fortlaufend in ihren vielen Facetten besprechen wollen. Unserer Meinung nach lassen sich die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der hier diskutierten Initiativen am treffendsten mit dem Begriff der Basisorganisation zusammenfassen und beschreiben, weil er eine Abgrenzung zu klassischen Formen der Organisation (Partei, Gewerkschaft, Vereine, Verbände, NGO) ermöglicht und Besonderheiten gegenüber anderen oder innerhalb anderer linker Initiativen (autonome Gruppe, Bürger-/Mieterinitiative, Selbsthilfe- und/oder Unterstützerguppen) deutlich macht.

Die fünf Initiativen öffnen den Blick in die vielfältige Landschaft der Basisorganisation. Die jeweils verschiedenen Ausgangssituationen ziehen dabei unterschiedliche Antworten auf die Organisationsfrage nach sich. Die Initiative Zivilcourage arbeitet „ständig im Feuerwehrmodus“ und muss mit einer großen Fluktuation der beteiligten Basis umgehen. Ihr Workers' Center ist der Dreh- und Angelpunkt der Organisation. Die Rothe Ecke in Kassel hat einen eigenen festen Treffpunkt, organisiert aber entlang einer Kampagne zum Nahverkehr, verlagert viele Treffen in den öffentlichen Raum und verbindet sie mit praktischen Aktivitäten. Kotti & Co nutzen ihren eigenen Ort in Berlin-Kreuzberg, das Gecekondu, für eine große Bandbreite an Aktivitäten. Sie bringen, ausgehend von der gemeinsamen Betroffenheit von Mieterhöhungen, Vertreibung und Rassismus, eine klar definierte Gruppe von Mieter\_innen im sozialen Wohnungsbau zusammen. Die Erwerbsloseninitiative BASTA versucht sich als Organisation im Stadtteil unter Erwerbslosen und Niedriglöhner\_innen zu verankern, weiterzubilden und so „ein Gerüst aufzubauen, das jeder/m Interessierten die Möglichkeit des Mitmachens“ bietet. Sie erhebt das „Mehr-werden“ zum Organisationsprinzip im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie und richtet ihre Arbeitsweise danach aus. „Wilhelmsburg solidarisch“ will über die gegenseitige finanzielle und emotionale Unterstützung in Alltagskämpfen gegen Ämter und Arbeitgeber\_innen „ein Gefühl umfassender Klassensolidarität erzeugen“ (Zweiter Mai) und so eine „breite soziale Basis [...] für eine gesellschaftliche Transformation“ (ebd.) herstellen.

Es ist angesichts der umfangreichen, aber notwendigen Bandbreite von Aktivitäten nicht verwunderlich, dass alle fünf Gruppen in unterschiedlicher Deutlichkeit Ressourcenmangel und Überlastung ansprechen. Den Wunsch nach mehr Zeit, mehr Geld, einem eigenen Raum oder nach Möglichkeiten zur unbürokratischen Hilfe in Notlagen werten wir als Zustimmung zu unserer These, dass „flächendeckende und unbürokratische Basisorganisation [...] nicht ausschließlich in der Freizeit und als Hobby“ zu stemmen ist. Ein Patentrezept zur Lösung des Ressourcenproblems scheint es nicht zu geben, verschiedene Gruppen werden jeweils kreative Lösungen finden müssen. Sei es die Aussicht auf die Bezahlung von Teilen der Arbeit bei Kotti & Co, die Nutzung eines von der Stadt München finanzierten Raumes der Initiative Zivilcourage oder der vorausschauende und ehrliche Umgang mit den eigenen Kapazitäten bei „Wilhelmsburg solidarisch“, um Überlastung auch ohne Bezahlung vorzubeugen. Hier ist von Vorverurteilungen und Besserwisserei von der Seitenlinie dringend abzuraten. Aus unserer Erfahrung,

das zeigt auch diese Debatte, ist ein offener Austausch über die jeweiligen Herangehensweisen sehr produktiv. Anders ausgedrückt: Linke Initiativen sollten nicht der Gegner im politischen Diskurs sein.

Denn so unterschiedlich die Konstellationen vor Ort auch sein mögen, die fünf genannten Gruppen weisen viele Gemeinsamkeiten in ihrem Organisationsansatz auf. Die prägnanteste Überschneidung ist die starke Betonung des unvoreingenommenen Kennenlernens neuer und alter Mitstreiter\_innen. Unsere These, dass „ohne Respekt vor anderen Lebenssituationen, ohne Geduld, ohne Offenheit und Interesse für kulturelle Unterschiede, ohne Menschen in ihrer Widersprüchlichkeit zu mögen, [...] keine Basisorganisation [gelingt]“, wurde von allen Gruppen bestätigt. Auch werden zugängliche Orte und diverse Aktivitäten abseits der Plenen als wichtig für eine Einbindung von Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten hervorgehoben, zum Beispiel das Teetrinken im Gecekondu bei Kotti & Co. Diese Vielfältigkeit der „Andockpunkte“ (Zweiter Mai) erleichtert es, als Gruppe „in die Tiefe“ (Rothe Ecke) zu wachsen, also sich besser kennen zu lernen, sich auszutauschen und gemeinsam zu analysieren und eine Vision zu entwerfen. Alle Gruppen bestätigen, dass nur so das für Basisorganisation nötige Vertrauen entstehen kann.

Wie aber kann eine in die Tiefe wachsende Gruppe gleichzeitig „in die Breite“ (Rothe Ecke) wachsen, also stetig mehr Leute organisieren? Spätestens an diesem Punkt erscheint Basisorganisation als Herkulesaufgabe. Der von der Rothen Ecke beschriebene und von allen anderen bestätigte „Balanceakt“ ist nur mit viel „Zeit, gegenseitige[m] Vertrauen und Hartnäckigkeit“ (Initiative Zivilcourage) zu stemmen. Die Rothe Ecke, Kotti & Co, Wilhelmsburg solidarisch und BASTA sammeln hierfür Kontakte potenzieller Mitstreiter\_innen ein und nutzen diese für zukünftige Einladungen. Die Erfahrungen damit sind durchweg positiv. Es entstand bei allen Gruppen – und das ist unserer Meinung nach das entscheidende Merkmal linker Basisorganisation – „keine nebulöse, sondern eine konkrete Basis“ (BASTA).

Gemeinsam ist den Initiativen zudem, dass sie sich selbst und die eigene Basis in gesellschaftlichen Machtverhältnissen verorten können und diese Verortung die Triebfeder der eigenen Politik ist. Auf der Grundlage dutzender, hunderter oder tausender Gespräche ist eine vielseitige Verbindung zu Menschen entstanden, die das Handeln der Gruppen lenken. Mit dieser von uns als Vertrauen in die „Weisheit der Gruppe“ (Steve Williams) bezeichneten Haltung, ist politische Organisation eine „Selbstverteidigungsmaßnahme“ (Zweiter Mai) und kein Hobby oder Lifestyle mehr. Geprellte Löhne, Obdachlosigkeit und Diskriminierung (Initiative Zivilcourage), Armut, Ausgrenzung und Erniedrigung durch die Jobcenter (BASTA), der Wegfall des öffentlichen Nahverkehrs (Rothe Ecke), die Vertreibung aus dem Kiez (Kotti & Co) oder ein Potpourri aus den genannten Zumutungen (Wilhelmsburg solidarisch), machen das Handeln der Gruppen zwingend notwendig. Eine „Kultur [...], die jeden willkommen heißt und ernst nimmt“ (Zweiter Mai) befähigt die Initiativen dazu, über viele Gräben hinweg eine eindrucksvolle Solidarität zwischen Menschen herzustellen, die sich ohne die Initiativen nicht begegnen würden.

Eine weitere These der Debatte ist die Wichtigkeit der politischen und kulturellen Weiterbildung der Beteiligten. Beides findet bei allen Gruppen mit unterschiedlicher Häufigkeit und Intensität statt. In der Praxis stehen

Zwischengespräche, einzelne Workshops, Konferenzen oder eine längere Reihe von Seminaren nebeneinander und helfen den Gruppen, ihre Analysen und Forderungen zu schärfen. Die Erfahrung der BASTA Erwerbslosenschule zeigt darüber hinaus, dass ein umfassendes politisches und praktisches Weiterbildungsprogramm sehr gut angenommen wird und es den Menschen erleichtert, in die Gruppe einzusteigen und mehr Verantwortung zu übernehmen.

Für alle Initiativen ist Basisorganisation zudem kein Selbstzweck, sie entwickeln politische Kämpfe in enger und langwieriger Zusammenarbeit mit ihrer Basis. Sie versuchen kleine und große, überlebensnotwendige Ziele mit einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Kritik zu verbinden und bewegen sich dabei dauerhaft auf dem „schmalen Grat zwischen Einhegung und Widerstand“ (Initiative Zivilcourage).

Aus den Kommentaren geht hervor, dass erfahrene Aktivist\_innen maßgeblich am Aufbau der Gruppen beteiligt waren. Dies halten wir für plausibel und sinnvoll. Die meisten Initiativen haben gemeinsame Plenen, auf denen der harte Kern wesentliche Entscheidungen fällt. Daneben existieren mitunter thematische Arbeitsgruppen, die mit den Plena durch viel „Vertrauen“ und eine kontinuierliche „Kommunikation“ (Kotti & Co, auch BASTA) zusammen gehalten werden müssen. Wilhelmsburg solidarisch hat keine zentrale Entscheidungsinstanz; es entscheiden die jeweils Beteiligten in den Arbeitsgruppen. Diese arbeiten autonom, machen ihr Handeln aber für alle transparent. Für die Rothe Ecke und BASTA haben zeitlich eng eingegrenzte Treffen gut funktioniert.

Von wem und wie das Handeln der Gruppen am Ende entschieden wird, bleibt jedoch eine komplizierte Sache. Wenn wir in unserem Ausgangstext Offenheit in der Basisorganisation fordern, meinen wir nicht politische Beliebigkeit oder Richtungslosigkeit. Vielmehr wünschen wir uns linke Organisationen, in denen Dutzende, hunderte oder tausende Menschen Wege des Mitentscheidens vorfinden, anstatt, wie von BASTA kritisiert, „nur schmückendes Beiwerk zu sein“ (BASTA). Dazu gehört auch – wie wir es formuliert haben –, ob „Menschen, die wahrscheinlich zum ersten Mal in einer politischen Gruppe zusammenarbeiten [, verstehen], wann, wie und wo Entscheidungen getroffen werden“. Uns treibt die Frage um, wie eine wachsende Gruppe mit hunderten Unterstützer\_innen Möglichkeiten des Mitentscheidens auch für Menschen schaffen kann, für die ein wöchentliches Plenum nicht drin ist? Reichen die vielen Einzelgespräche neben den Plenen aus oder sollten andere, eventuell geeignetere Entscheidungsformen ausprobiert werden? Unserer Meinung nach würden alle Gruppen von ehrlichen und ausführlichen Erfahrungsberichten solcher Experimente profitieren, da dies in der Praxis viele Kopfschmerzen bereitet.

Diese Art von Offenheit mit politischer Klarheit zu verbinden, ist eine der größten Schwierigkeiten linker Basisorganisation. Dies drückt sich auch in den Kommentaren aus. Kotti & Co schreibt: „Um ein gemeinsames politisches Begehren entstehen und wirksam werden zu lassen, gilt es erst einmal näher zu verstehen, was uns jeweils bewegt – und dann herauszufinden, wie wir uns gemeinsam bewegen können. [...] Wir glauben dabei nicht an eine Ideologie oder ein Rezept der Organisation“ (Kotti & Co). Demgegenüber betont Zweiter Mai, dass gemeinsame Alltagskämpfe das „Zurückstellen eigener Privilegien“ erfordern und dass sich dies „nicht mehr mit kurzfristigen

Interessen oder Bedürfnissen begründen [lässt], sondern nur durch unsere politische Perspektive“ (Zweiter Mai). Auch für die Rothe Ecke, die Initiative Zivilcourage und BASTA bildete das „politische Begehren“ die Grundlage, auf der ein eigenes „Rezept der Organisation“ ausgearbeitet und immer wieder verändert wurde.

Ob das politische Begehren in der Organisation erst entwickelt wird oder dieser voraus geht, ist die Gretchenfrage der Basisorganisation. Bei den genannten Gruppen begründet sich die Reihenfolge nicht nur durch ihre Position zu dieser Grundsatzfrage, sondern auch durch den Entstehungskontext. Kotti & Co ist auf eine Zusammenarbeit der Nachbar\_innen angewiesen und muss politische Positionen, die über die Ablehnung von Mieterhöhungen hinaus gehen, erst entwickeln. Andere Initiativen können mit politischer Positionierung wichtige Klarheit für den Organisationsprozess schaffen – vorausgesetzt, diese versteckt sich nicht hinter akademischer oder subkultureller Sprache. Sie lässt gleichzeitig für viele Interessierte die Tür offen, wenn sie eine solidarische Haltung der schon Aktiven zu den Interessierten deutlich macht und letzteren das politische Bekenntnis nicht als Eintrittskarte abverlangt.

Hier kommen die auf den ersten Blick gegensätzlichen Positionen von Kotti & Co und Zweiter Mai wieder zusammen, wenn sie keine „Ideologie“ (Kotti & Co) oder „Theorie oder Lifestyle“ (Zweiter Mai) zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit machen, sondern „gelebte Renitenz“ (Zweiter Mai) beziehungsweise das „Wissen umeinander und um unsere vielfältigen Erfahrungen mit strukturellen Machtverhältnissen in dieser Gesellschaft“ (Kotti & Co). In der Praxis wissen also beide Gruppen, wo sie im gesellschaftlichen Machtgefüge politisch stehen. Sie nutzen diese klare Haltung als Fundament der Organisation und verzichten demgegenüber auf Szenecodes oder die Forderung nach korrekten Formulierungen. Dies ist für die weitere Diskussion um die Frage, wann und wie Basisorganisation eigentlich politisch sein sollte, eine gute Grundlage. Unsere Position in dieser Diskussion, nach der es sinnvoll ist, schon im ersten Gespräch die Interessierten mit der politischen Haltung der eigenen Gruppe bekannt zu machen, findet sich in dieser Deutlichkeit jedoch nur selten in der Praxis wieder.

Der entscheidende Aspekt für die weitere Debatte ist unserer Meinung nach also nicht die Rolle oder der Zeitpunkt politischer Positionierung im Organisationsprozess. Entscheidend für erfolgreiche Basisorganisationen ist eine ehrliche, herzliche, unvoreingenommene, langfristige und verlässliche Verbindung zur eigenen Basis. Nur so kann eine gemeinsame Antwort auf die erlebten Zumutungen entwickelt werden. Dass diese Antwort eine linke ist, ist entgegen der herrschenden wissenschaftlichen Meinung zum Thema Organizing nicht in irgendeinem Automatismus begründet. Linke Perspektiven ergeben sich nicht von alleine. Sie entspringen einer unvereinbaren Haltung der Gruppen zu den Zumutungen des Alltags und den unterdrückerischen Funktionslogiken der Gesellschaft. Diese Haltung ist eine emotional und inhaltlich begründete Wut, die, ohne detailverbissen zu sein, linke Basisorganisation beflügelt, sie sogar bedingt und sie von rechter Mobilisierung unterscheidet. Denn unserer Erfahrung nach schließt sie an die Motivation der Menschen an, die wir treffen. Sie ermöglicht den beteiligten Menschen zu verstehen, wieso sie und viele weitere jeweils auf so unterschiedliche Art zu einem leidvollen Leben gezwungen werden. Diese Haltung schafft

eine solidarische Klammer und somit den Ausgangspunkt, sich gemeinsam über allgemeine Veränderungs- und konkrete Widerstandsmöglichkeiten auszutauschen und diese umzusetzen. Demgegenüber sind eine detaillierte politische Verortung innerhalb des facettenreichen Spektrums linker Politik oder Formulierungsfragen zweitrangig.

Sind Basisinitiativen in der politischen Landschaft etabliert, können sie sich darauf einstellen, dass viele erkämpfte Verbesserungen im Nachhinein schon immer die Ideen der Regierungen, Verwaltungen, des Managements oder der Vermieter\_innen waren. Diese immer wiederkehrende Ironie der Geschichte haben die Initiativen nicht unter Kontrolle. Sie können aber durch ihre Präsenz im Alltag auf ihre eigene Erzählung vertrauen und diese verbreitern. Sie sind dadurch in der Lage, die Konflikte immer weiter zu eskalieren und so mittelfristig „die Hegemonie zu gewinnen“ (BASTA).

Basisorganisationen haben alle Voraussetzungen, die „Mitmachfalle[n]“ (Rothe Ecke, ursprünglich Thomas Wagner, bspw. Runde Tische oder andere Beteiligungsverfahren) der Verwaltungen und Regierungen zu umschiffen und sie als Herrschaftsinstrumente offenzulegen. Im besten Fall verhindert eine feste und unumstößliche Anbindung an eine große mobilisierbare Basis, dass faule Kompromisse voreilig geschluckt werden. Mit einer gesellschaftlichen Vision, fundamentaler Kritik am Status Quo, vielen Verbündeten und einer bunten Palette an konfrontativen Aktionen können Basisorganisationen den Versuch der De-Politisierung zerschlagen. Angesichts der enormen Herausforderungen bleibt uns an dieser Stelle nichts weiter übrig, als allen Engagierten den dafür notwendigen „lange[n] Atem, die Beharrlichkeit und eine stetige Radikalisierung“ zu wünschen!

## Endnoten

[1] <http://arranca.org/ausgabe/49/kommt-ihr-mit-in-den-alltag>

[2] <http://arranca.org/ausgabe/49/die-hegemonie-gewinnen>

## Autor\_innen

Robert Maruschke ist Politikwissenschaftler und arbeitet zu Bürgerbeteiligung, Organizing und sozialen Protesten.



## Debatte

2016, Band 4, Heft 2/3

Seiten 137-144

zeitschrift-suburban.de

Schulte & Freund\_innen/  
„Kritische Wissenschaft  
braucht einen Begriff von  
Gesellschaft“

Repliken von:  
Markus Kurth, Helen  
Keller und Aiyana Rosen  
(Chimaira – Arbeitskreis für  
Human-Animal Studies)  
sowie von Ilko-Sascha  
Kowalczyk

# „Kritische Wissenschaft braucht einen Begriff von Gesellschaft“

**Christiane Schulte & Freund\_innen**

Mitte Februar 2016 erschien auf Telepolis unter dem Titel „Kommissar Rex an der Mauer erschossen? Ein Plädoyer gegen den akademischen Konformismus“ ein Artikel von Christiane Schulte & Freund\_innen. Darin berichten die Autor\_innen davon, dass sie im Januar 2015 auf einer Tagung am Center for Metropolitan Studies der TU Berlin am Workshop „Tiere unserer Heimat“. Auswirkungen der SED-Ideologie auf gesellschaftliche Mensch-Tier-Verhältnisse in der DDR“ mit einem Beitrag teilgenommen hatten. Im Dezember 2015 erschien der Beitrag in der Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts. Die dort vorgetragenen Thesen und ein erheblicher Teil des empirischen Materials waren jedoch frei erfunden. In einem Email-Interview befragten wir Christiane Schulte & Freund\_innen zu ihrer Kritik an Human-Animal-Studies und Totalitarismustheorien und ihrer Diagnose eines verbreiteten Konformismus in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Im Aufsatz „Der deutsch-deutsche Schäferhund – Ein Beitrag zur Gewaltgeschichte des Jahrhunderts der Extreme“ wird die direkte Abstammung der DDR-Grenzhunde von den KZ-Hunden der Nationalsozialist\_innen behauptet, die eigensinnige Widerständigkeit der in Dienst genommenen Hunde, die immerhin 34 Mauertote unter sich zu beklagen hatten, beschrieben. Ein Ausblick beschreibt die Situation der ehemaligen West-Grenzhunde an den EU-Außengrenzen nach der „Wende“, wo die Hunde Flüchtlinge abschrecken mussten, anstatt sie mit freundlichem Gebell willkommen heißen zu dürfen.

Bisher wurde die Intervention von einer Reihe von Zeitungen und einem Fernsehbeitrag besprochen. In zahlreichen E-Mail-Verteilern verschiedener Disziplinen und an universitären Kaffeetischen wurde der Hoax zum Gesprächsstoff. Das Hannah-Arendt-Institut nahm den Beitrag aus der digitalen Ausgabe von *Totalitarismus und Demokratie* und bedauerte in einer stattdessen veröffentlichten Stellungnahme, dass die Redaktion „durch einen gefälschten Lebenslauf, eine scheinbar wissenschaftliche Argumentation, die dem Leser mit ausführlichen Erläuterungen, umfangreichen Fußnoten und falschen Archivangaben glaubhaft gemacht wurde ... systematisch getäuscht“ worden sei. Auch der Arbeitskreis für Human-Animal Studies Chimaira sah sich zu einer Stellungnahme zu diesem „plumpen Human-Animal-Studies-Bashing von Schulte & Co“ genötigt.

**s u b \ u r b a n (s\u):** *Sie schreiben, dass Sie mit Ihrer Intervention „eine Diskussion darüber anregen wollen, warum engagierte Gesellschaftskritik in den Geisteswissenschaften zur Ausnahme geworden ist“. Ist diese Diskussion nach Ihrer Meinung bereits im Gange? Wie erleben Sie die Reaktionen auf Ihre Intervention?*

**Christiane Schulte & Freund\_innen (CSF):** Der Telepolis-Text wie auch die Berichterstattung haben per E-Mail und Internet eine unglaubliche Reichweite erlangt. Allerdings gibt es die Tendenz, das Ganze als Witz und Unterhaltung abzutun, was schade ist. Natürlich ist die Satire auch witzig, aber sie hat ein ernstes Anliegen, nämlich die Marginalisierung von Gesellschaftskritik in der Wissenschaft anzusprechen. Wir wollten die unsichtbaren „Grenzen des Sagbaren“ sichtbar machen und zeigen, dass man mit den bizarrsten Inhalten durchkommt, solange sie mit dem Mainstream konform sind, während andere Inhalte und Methoden es extrem schwer haben, als „richtige Wissenschaft“ anerkannt zu werden. Diese Inhalte sind nicht zufällig herrschaftskritisch, feministisch, staatskritisch, antikapitalistisch ... unbequem eben.

Von daher hätten wir erwartet, dass Vertreter\_innen der Kritischen Wissenschaft mehr Diskussionsbedarf haben würden, oder die Zivilgesellschaft. Doch z. B. auch die Vereine, die von der Extremismusklausel akut betroffen waren, haben sich bisher nicht dazu geäußert. Nur der MDR hat im Magazin *artour* eine Verbindung gezogen, die offensichtlich ist: Die Extremismustheorie, die der Schäferhund-Hoax als unwissenschaftlich vorgeführt hat, diente in Sachsen über zwei Jahrzehnte dazu, Antifaschist\_innen und Linke mit Nazis gleichzusetzen, während die ganz realen Nazis unbehelligt blieben. Die jüngsten Ereignisse zeigen, welche fatalen Folgen das hat.

**s\u:** *Warum ist Ihnen das Moment der Anonymität so wichtig?*

**CSF:** In allen Anfragen war dies bisher das erste Thema. Spannender ist aber doch die Gegenfrage: Warum ist es so wichtig, wer Christiane Schulte ist? Ist es nicht wichtiger, was sie zu sagen hat? Je öfter diese Frage gestellt wird, desto mehr erscheint auch die Personalisierung im Medienbetrieb als ein Problem. Eine Story ist nur dann interessant, wenn man ein nettes Gesicht dazu hat. Auch im akademischen Betrieb geht das so: Bei Bewerbungen ist ein schickes Foto immer gut, während in anderen Ländern längst Bewerbungen ohne Foto üblich sind.

**s\u:** *Es ging uns nicht so sehr um Personalisierung. Sondern eher darum, inwieweit Sie Anonymität als notwendig erachten und dies zugleich auch Ausdruck dessen ist, was Sie kritisieren: eine Struktur der Einschüchterung und die Angst vor den sozialen Kosten von Kritik im Kampf um die Ressourcen des akademischen Feldes? Alan Sokal, der ja in den 1990er Jahren vermutlich den bekanntesten Hoax in den Wissenschaften veröffentlichte, konnte das unter seinem Klarnamen machen.*

**CSF:** Sie haben es erfasst: Der Druck, sich einordnen zu müssen, macht auch vor uns nicht halt. Nur die Anonymität bot die Möglichkeit, überhaupt erst



mal frei sprechen zu können, ohne „Schere im Kopf“: Wird mir das beruflich schaden? Was ist bei der nächsten Bewerbung, der nächsten Evaluation? – Das alles einmal zu vergessen, war eine echte Befreiung und hat die Kreativität für die Satire überhaupt erst freigesetzt.

Alan Sokal hatte es 1996 insofern einfacher. Er hatte eine Stelle an der New York University und arbeitete als Physiker nicht in dem Bereich, in dem er seine Satire platzierte. Selbstzensur im eigenen Forschungsfeld war also nicht die Idee seiner Intervention.

Zwanzig Jahre später gibt diese Frage aber die Hauptstoßrichtung unserer Satire vor. Wir brauchen einen radikalen Bruch mit der Prekarisierung, den Kettenverträgen, den Projektstellen und dem ewigen Bewerber\_innenstatus in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Dieses System erzeugt Duckmäusertum und verhindert originelles Denken. Es müssen unbefristete Stellen und soziale Sicherheit erkämpft werden. Die Vorschläge seitens der GEW etwa liegen seit Jahren als „Templiner Manifest“ auf dem Tisch, doch in der Realität hat sich wenig geändert.

Unser Hunde-Hoax zeigt, was für eine Wissenschaftskultur entsteht, wenn Geisteswissenschaftler\_innen wie Praktikant\_innen gehalten werden: Was nichts kostet, ist auch nix wert. Wer die Leute ständig in Existenzangst hält, bekommt eben Konformismus und Nachgeplapper.

Die Lösung kann von daher auch nicht mehr *peer review* sein – das wird das Problem eher noch verstärken, weil gerade ein anonymes *peer review*, bei dem man alle möglichen und unmöglichen Gutachter\_innen im Kopf mitdenken muss, nicht zu originellen Thesen führt. Zu erwarten sind dann eher Artikel mit viel „einerseits-andererseits“, die sich der Linie des Fachblatts anpassen und möglichst viele von dessen Beiträgen zitieren, damit dessen *impact factor* steigt. Originalität braucht aber nicht noch mehr Evaluation, sondern eine liberale Wissenschaftskultur und soziale Sicherheit für die Forschenden.

**s\u:** *Wie kann man Ihrer Ansicht nach jenseits der Satire der Mainstreamisierung der Wissenschaft entgegen wirken?*

**CSF:** Zunächst: Nicht alles, was Mainstream ist, ist automatisch schlecht. Wir behaupten nicht, die allein seligmachende Weisheit zu besitzen. Doch wir wollen, dass neben dem Hauptstrom auch Platz für Seitenströme und insbesondere für Gesellschaftskritik ist.

Wie kann man das erreichen? – Satire kann nur auf ein Problem aufmerksam machen, es aber nicht lösen. Satire ist eine Strategie, um etwas offenzulegen, die Debatte um gesellschaftliche Veränderungen beginnt erst danach. Für die Wissenschaft bedeutet das, mal genauer nach den Ursachen des Konformismus zu fragen.

Es geht dabei nicht nur um einzelne Strömungen, sondern um ein Wissenschaftssystem, in dem die bereits angesprochenen prekären Arbeitsbedingungen mit feudalen persönlichen Abhängigkeiten kombiniert werden. Da es in Deutschland keine unbefristeten Stellen im Mittelbau gibt, hat eine Professur nach wie vor einen geradezu mittelalterlichen Status: Alle anderen am Institut sind abhängig vom Lehrstuhlinhaber und dessen Protektion – Lehrstuhlinhaberinnen sind nach wie vor die Minderheit. Es besteht ein

massiver Anreiz, sich einzuordnen und Knickfüße zu machen. Gleichzeitig soll man irgendwie innovativ sein. So entstehen Schein-Innovationen und Pseudodebatten, aber keine unabhängige Forschung.

Hinzu kommt ein kulturelles Problem: In Deutschland fehlt die liberale Wissenschaftskultur und oft denkt man, der Kalte Krieg sei noch nicht zu Ende. Gesellschaftskritik steht bei uns immer unter Ideologieverdacht, und auch das ist innovationsfeindlich. So gab es in Deutschland seit den 1970er Jahren eine sehr gute Frauen- und Geschlechterforschung, die kaputtgespart wurde. Und dann wird sie auf Umwegen aus den USA als Gender Studies teilweise wieder reingeholt. Ähnlich verlief es mit antirassistischen Ansätzen, die erst unter dem Label Postcolonial Studies bei uns wissenschaftlich sprechfähig wurden, oder mit marxistischen Strömungen, wie etwa der Kritischen Geographie. David Harvey hätte zum Beispiel in der BRD als Marxist nie eine Professur bekommen. Aber weil sich seine Bücher in den USA gut machen, wird er nun auf Kosten der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeladen. In Deutschland ist eine gesellschaftskritische Wissenschaft also erst dann aussprechbar, wenn sie vom Weltmarkt kommt. Niemand hat bei der Bachelor-Reform daran gedacht, sich vielleicht aus dem angelsächsischen System auch mal Dinge zum Vorbild zu nehmen wie populär geschriebene Sachbücher und eine liberale Wissenschaftskultur mit Raum für Dissidenzen.

**s\u:** *Liest man Ihre Erklärung auf Telepolis wie auch die Stellungnahme des Arbeitskreises Chimaira, so fällt auf, dass in beiden Fällen mit einem sehr emphatischen Bezug auf einen wissenschaftlichen Ethos argumentiert wird. Sehen Sie hier jeweils unterschiedliche Wissenschaftsverständnisse mobilisiert?*

**CSF:** Haben Sie die *Chimaira*-Erklärung einmal genauer durchgelesen? Dort wird gezeugnet, dass die „Schäferhund-Thesen“ absurd seien. Der Hoax wird auch nach der Enthüllung noch für bare Münze genommen. *Chimaira* schreibt: „Weiterhin ist bisher weder bewiesen noch widerlegt, dass Wachhunde aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht von KZ-Hunden abstammten.“

Man muss sich das einmal vor Augen führen: Es gibt einen Beitrag mit erfundenen Thesen, der einer wissenschaftlichen Strömung nach dem Mund redet, und die Vertreter\_innen dieser Strömung antworten: Beweisen sie uns doch mal, dass ihre Thesen wirklich erfunden sind! Jetzt soll also die arme Christiane Schulte beweisen, dass die NVA-Hunde nicht doch von KZ-Hunden abstammen. Zum Glück gilt in der Geschichtswissenschaft das Primat der Quellen, das heißt, wer eine Behauptung über die Vergangenheit aufstellt, muss eine historische Quelle dafür anbringen. Die Antwort von *Chimaira* zeigt, dass die Human-Animal Studies kein Wissenschaftsverständnis haben. Sie folgen dem Dogma der *animal agency* und Kritiker\_innen sollen ihnen das Gegenteil beweisen. In der Astrologie wird recht ähnlich argumentiert: Beweisen Sie uns erst einmal, dass Sternzeichen nicht doch etwas über Ihren Charakter aussagen!

Das zeigt auch, was passiert, wenn sich eine wissenschaftliche Strömung nur mit sich selbst beschäftigt ist und in einer Selbstbestätigungsschleife festhängt. So etwas passiert auch Vertretern\_innen von Ansätzen, die sich selbst

als kritisch begreifen – wie in den Human-Animal Studies, deren Vertreter\_innen sich ja ständig als total radikal inszenieren, die die ultimativ unterdrückten Tiere zurück in den Diskurs holen wollen etc. Kritische Wissenschaft braucht eben immer auch ein Außen, mit dem sie diskutieren kann. Aber mit Schäferhunden können sie nicht diskutieren, auch wenn manche aufs Wort hören. „Außen“ bedeutet, dass gerade Kritische Wissenschaft immer auch mit dem Mainstream diskutieren muss. Andererseits bedeutet dieses Außen auch, dass Kritische Wissenschaft immer eine Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Und Gesellschaft ist ein Verhältnis zwischen Menschen und Menschengruppen, es geht um Herrschaft, um Privilegien, um Verteilung von Ressourcen und Arbeitskraft nach Geschlecht, Klasse oder anderen Kategorien. Diese Ungleichheiten zu thematisieren, sie überhaupt sichtbar zu machen und gesellschaftliche Gleichheit einzufordern: Das ist Kritische Wissenschaft!

Dazu gehört auch das gesellschaftliche Naturverhältnis, also der Umgang von Menschen mit der Natur. Die *agency*-These in den Human-Animal Studies baut hier jedoch einen Fetisch auf. Dadurch werden ethische und politische Kategorien wie „Ausbeutung“ auf Tiere projiziert und Herrschaftsverhältnisse zwischen Menschen somit unsichtbar gemacht.

Eine ähnliche These gibt es in der Klimadiskussion beim „Anthropozän“, dem „Menschenzeitalter“ als geologische Epoche. Hier gibt es die Tendenz, die Menschheit als Block zu sehen, verantwortlich für Klimawandel und Naturzerstörung. Doch schon ein Blick auf die Klimaverhandlungen zeigt, dass es „die Menschheit“ nicht gibt. Es gibt ökonomisch starke Staaten, die seit Jahrhunderten die Natur in Besitz genommen und andere Menschengruppen unterdrückt haben und damit gerne ungestört weitermachen würden. Es gibt Unternehmenslobbys, die enorme Ressourcen mobilisieren, um sich ihr Geschäft nicht zerstören zu lassen. Der Klimakonflikt ist eben kein Konflikt zwischen „Menschheit“ und „Natur“ oder gar zwischen Menschen und Eisbären. Es ist ein gesellschaftlicher Kampf zwischen Menschengruppen mit Macht und anderen, die von Geld, Macht und Ressourcen ausgeschlossen werden.

Lange Rede, kurzer Sinn: Kritische Wissenschaft braucht einen Begriff von Gesellschaft. Und Gesellschaft ist die Arbeitsteilung und Machtverteilung zwischen Menschen.

**s\u:** *Ist Kritische Wissenschaft für Sie nur jenseits des sogenannten Posthumanismus möglich? Es gibt doch auch innerhalb dieser Strömung Ansätze, deren Vertreter\_innen sich durchaus als feministisch, antikapitalistisch etc. verstehen, so z. B. Donna Haraway (die Sie ja auch zitieren) oder die Debatten um das Capitaloscene.*

**CSF:** Wichtig ist, dass unser Beitrag nicht als pauschales Bashing von Dekonstruktivismus, postmoderner Theorie oder gar von Geisteswissenschaften generell verstanden wird. Geschichtswissenschaft muss stets Mythen dekonstruieren, etwa wenn es um Nationalismus geht. Das ist auch im Mainstream anerkannt. Aber jede Geschichtsschreibung baut auch eine neue Erzählung auf. Die „reine“ Dekonstruktion ist also nicht möglich. Man kann nur eine revidierte, anders begründete, weniger pauschale Rekonstruktion vorlegen.

Das Problem am Posthumanismus ist, dass die totale Dekonstruktion versucht wird. Auf der Strecke bleiben dabei wesentliche ethische Grundideen,

die zum Glück nicht nur von der politischen Linken geteilt werden. Es ist nämlich nicht möglich, den Begriff „Spezizismus“ zu verwenden oder von „menschlichen und nicht-menschlichen Tieren“ zu reden, ohne Mensch und Tier gleichzusetzen. Die Human-Animal Studies haben explizit zum Ziel, diese Grenze zu verwischen. Ergebnis sind Gleichsetzungen wie „Hühner-KZ“ oder die PETA-Werbung, in der die Schweinemast mit dem Holocaust verglichen wird. Auch wenn sich von diesen Auswüchsen innerhalb der Human-Animal Studies distanziert wird, bleibt das grundsätzliche Problem dahinter bestehen: Sobald man Tieren denselben Status wie Menschen zuschreibt, ist das Ergebnis nicht die Aufwertung von Tieren, sondern die Abwertung von Menschen. Der Tierrechtler und Ethiker Peter Singer hat das auf die Spitze getrieben. Er fordert Menschenrechte für Affen und stellt in seiner *Praktischen Ethik* fest, dass die Tötung behinderter Säuglinge gerechtfertigt sein könne.

Posthumanist\_innen müssen sich nicht auf diesen gefährlichen Stuss einlassen. Die Kritik am klassischen Humanismus der Renaissance, der von einem per se „guten Wesen“ des Menschen ausgeht, ist natürlich notwendig. Die essentialisierende Annahme vom „an sich“ guten Menschen ist schon seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr zu halten. Doch die Lehre aus der Gewalt von Menschen gegen Menschen kann nicht sein, die Menschlichkeit als Konstrukt einzureißen.

Die Menschenrechte sind eine soziale Konstruktion: irgendwann erfunden, 1948 in einer Konvention festgeschrieben. Und dennoch kämpft man für ihre Durchsetzung und sollte das auch weiterhin tun, man sollte sie auf die soziale und ökonomische Sphäre ausweiten.

Der Kampf um soziale Rechte ist alles andere als ausgekämpft. In Pakistan gibt es eine NGO für Esel, in der Londoner U-Bahn werden dafür per SMS Spenden gesammelt. Aber Flüchtlinge will man in Großbritannien und auch anderswo nicht so gerne aufnehmen und hält sie lieber in Calais im Lager fest. Es stellt sich doch die Frage, ob wir in solchen Zeiten mehr Tierrechte und Posthumanismus oder nicht eher einen neuen Humanismus brauchen?

**s\u:** *Es ist aber doch bemerkenswert, dass die Stellungnahme des AK Chimaïra mit Vorwürfen des „Vertrauensbruchs“ argumentiert, die Zeitschrift Totalitarismus und Demokratie die Intervention als „arglistigen“ Missbrauchs des „liberalen Grundverständnis der Zeitschrift“ kritisiert. Hier werden die Kategorien der Redlichkeit und des Vertrauens als zentrale Elemente von Wissenschaft postuliert, die Dimension der Wahrheit jedoch nicht. Ist dies Ihrer Ansicht nach ein Teil des von Ihnen dargestellten größeren Problems konformer Wissenschaft?*

**CSF:** Diese Vorwürfe lenken davon ab, dass in beiden Fällen wissenschaftliche Standards nicht kontrolliert wurden, weil die Inhalte einfach zu gut klangen. Wer so offensiv Vertrauen einfordert, der sagt nur, dass er versäumt hat, kritisch nachzufragen und zu prüfen.

Es ist klar, dass Zeitschriftenredaktionen und Konferenzorganisator\_innen nicht ins Archiv gehen und alle Signaturen überprüfen. Aber unser Text lag vor Konferenzbeginn ausformuliert vor, und in dieser Vorlage war jedes zweite Zeitungszitat erfunden. Wir warten bis heute auf ein *wikiplag*, auf dem das mal auseinandergenommen wird. Zudem gab es offensichtliche Hinweise: Unser

fiktiver Mauerhund hieß ausgerechnet Rex, nach dem bekannten „Kommissar Rex“ aus der SAT.1-Serie. Und ganze 280 Hundejahre dauerte die deutsche Teilung – das waren Winks mit dem Zaunpfahl! Die Absurdität des Beitrags lag offen zutage. Doch wie sagte schon Kirchenvater Augustinus: *Credo quia absurdum* – Ich glaube, weil es absurd ist. *Extremismus und Demokratie* ist zudem keine liberale, sondern eine rechtskonservative Zeitschrift. Sie ist nur da liberal, wo es in ihren Kanon passt: Die DDR mit Nazis gleichsetzen, das darf man auch mit postmoderner Begründung und Hundegebell. Es ist außerdem vielsagend, dass die im Aufsatz enthaltene Kritik am EU-Grenzregime kräftig geschrumpft und in Randbemerkungen grundsätzlich abgelehnt wurde. Nur ein Satz darüber hat es in die Veröffentlichung geschafft. Hier ist also kein Vergleich erwünscht, hier hört der Liberalismus auf.

**s\u:** *In Ihrer Intervention zielen Sie ja sowohl auf eine Kritik poststrukturalistisch-undogmatischer Theorien (wie den Human-Animal Studies) ab, als auch auf die deutsche Totalitarismusforschung, die ja eher dogmatisch ist und einem ganz anderen Weltbild wie auch Wissenschaftsverständnis entspringt. Diese beiden vermeintlich konträren Ansätze scheinen doch überraschend gut zusammenzugehen. Warum?*

**CSF:** Wir halten die Human-Animal Studies nicht für undogmatisch. Die darin vertretene These von der *animal agency* erfüllt vielmehr alle Kriterien eines Dogmas: Sie wird gesetzt, ist unverhandelbar, alle Ergebnisse sind nur zu ihrer Bestätigung da und in ihrer Allgemeinheit lässt sie sich nicht widerlegen. Denn klar: Tiere sind keine Möbel, sie tun immer irgendwas und aus dem Tun wird dann *agency*. Erinnern wir uns nur an die Erklärung von *Chimaira* und die Trotzreaktion, dass ja nicht bewiesen sei, dass die Mauerhunde nicht doch von KZ-Hunden abstammten. „We want to believe“, würde *Akte X*-Star Fox Mulder dazu sagen. Gemeinsam ist beiden Ansätzen, zumindest in der Konferenzeinladung „Tiere unserer Heimat“, ein holzschnittartiger Antikommunismus. Wir sind keine stalinistischen DDR-Fans, wie uns der Betreiber des *Foucault-Blogs* in einem Kommentar unterstellte. Wir finden allerdings, dass weder die Sprachschablone „Unrechtsstaat“ die DDR erklären kann, und ebensowenig die Totalitarismustheorie, die durch die Gleichsetzung der DDR mit dem NS-Staat in letzter Konsequenz den Holocaust relativiert. Für den Stalinismus, der Millionen von Opfern forderte, mag dieser Vergleich auf einem nachvollziehbaren Erschrecken beruhen. Aber erklären kann der Vergleich nichts, denn der Stalinismus hat nicht den Nationalsozialismus als historischen Vorläufer, sondern die sozialistische Arbeiter\_innenbewegung. Hier wäre der Vergleich zwischen den Zielen einer Bewegung und den Realitäten des Staatssozialismus angebracht. Bei der Übertragung auf die DDR zeigt sich die ganze Erklärungsunfähigkeit der Totalitarismustheorie: In der DDR gab es keinen Holocaust; sie hat keinen Weltkrieg vom Zaun gebrochen. Ein Vergleich mit dem NS-Regime ist daher schon bezüglich der unterschiedlichen Dimensionen absurd. Im Gegenteil, wenn man die DDR und das NS-Regime mal „ehrlich“ miteinander vergleichen würde, käme die DDR noch zu gut weg. Deswegen heben ja gerade „Ostalgiker“ das Antifaschistische in der DDR hervor, um über ihre diktatorischen Züge nicht reden zu müssen. Es ist auch interessant, dass etwa der Vergleich zwischen „Bismarckstaat“ und

NS verpönt ist. Hier redet niemand von „zwei deutschen Diktaturen“, obwohl im Deutschen Kaiserreich die Regierung nicht gewählt, sondern vom Kaiser ernannt wurde. Auch nicht gerade demokratisch.

Die Human-Animal Studies sind jedoch für die Totalitarismustheorie und andere konservative bis rechte Erklärungsmuster offen, weil sie schlichtweg keinen Begriff von Gesellschaft haben.

**s\u:** *Die Universitäten in Deutschland waren ja (mit wenigen erkämpften Ausnahmen) selten Orte radikaler Gesellschaftskritik. Ist es da so verwunderlich, dass sich an diesen unkritisches und marktförmiges Wissen reproduziert? Welchen Ort könnte denn eine kritische Wissenschaft haben? Welche kollektiven Formen jenseits der von Ihnen eingeforderten kritischen Haltung je einzelner Wissenschaftler\_innen könnte sie annehmen?*

**CSF:** Nein, es ist nicht verwunderlich. Die Universitäten sollen Berufsausbildungen für den Markt anbieten, und welcher Staat finanziert schon seine eigenen Dissident\_innen?

Allerdings herrscht an den Universitäten immer auch ein Bildungsideal: Objektivität, Neutralität und Pluralismus sind zentral, wenn Wissenschaftler\_innen im Feuilleton ihre Welterklärungen legitimieren. Wichtig ist daher, diesen Anspruch auch einzufordern und den Konformismus nicht einfach hinzunehmen, weil das ja im Kapitalismus sowieso die Funktion der Uni sei. Die Universitäten sind Kampffelder. Wer jeden gesellschaftlichen Konformismus und Konservatismus rein funktionalistisch mit der institutionellen Struktur erklärt – aus dem Verblendungszusammenhang oder anderen abstrakten Ableitungen heraus –, der gibt den Anspruch auf, etwas verändern und bewegen zu wollen. Die Universitäten waren einmal offener für Kritische Wissenschaft, und sie könnten es wieder werden. Wir hoffen, dass unsere Intervention auch ein Ansporn dafür ist.

Gleichzeitig braucht es Gegen-Institutionen und Räume. Zeitschriften sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig, auch eigene Kongresse, auf denen sich emanzipatorische Wissenschaft trifft. Das sind aber alles auch Fragen einer guten Selbstorganisation. Hier fehlt oft die Energie, die Vision - oder der Schulkampf verstellt den Blick auf größeres.

Ansonsten ist Wissenschaft nicht alles. Sie kann politische Bewegungen nicht ersetzen, nur begleiten, vielleicht beraten, aber sie hat ihre Grenzen. Die Wissenschaft ist nur ein Kampffeld von vielen, das muss auch klar gesagt werden. Wer kritisch sein will, kann das nicht nur in der Theorie sein, sondern muss sich auch einmischen, Teil von sozialen Bewegungen werden, auf der Straße gehen. Theorie ist eben nicht auch „irgendwie“ Praxis, sondern Politik geht über das Universitäre hinaus.

*Das Gespräch führten Stefan Höhne, Boris Michel und Lisa Vollmer.*

**Debatte**

2016, Band 4, Heft 2/3

Seiten 145-154

zeitschrift-suburban.de

Schulte & Freund\_innen/  
„Kritische Wissenschaft  
braucht einen Begriff von  
Gesellschaft“

Repliken von:  
Markus Kurth, Helen  
Keller und Aiyana Rosen  
(Chimaira – Arbeitskreis für  
Human-Animal Studies)  
sowie von Ilko-Sascha  
Kowalczyk

# Human-Animal Studies zwischen wissenschaftlicher Distanz und politischem Engagement

Ein Gespräch über Wissenschaft, Politik und Gesellschaft mit dem Chimaira-Arbeitskreis

Markus Kurth

Helen Keller

Aiyana Rosen

In den Stellungnahmen zu ihrem „Schäferhund-Hoax“ erheben Christiane Schulte und Freund\_innen schwere Vorwürfe gegen die Human-Animal Studies (HAS) sowie die Totalitarismusforschung (siehe Interview mit Schulte et. al. in diesem Heft) Wir haben mit dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk, Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, sowie mit Chimaira – Arbeitskreis für Human-Animal Studies e. V. über die Intention und Kritik von Schulte et. al. und die Möglichkeiten kritisch-emanzipativer Wissenschaft gesprochen.

**s u b \ u r b a n (s\u):** Die Gruppe „Christiane Schulte und Freund\_innen“ kritisiert an den HAS unter anderem, dass diese radikal antihumanistisch, affirmativ und offen für rechte Erklärungsmuster seien. Wie begegnen Sie dieser Kritik?

**Chimaira – Arbeitskreis für Human-Animal Studies:** Ehrlich gesagt ist es für uns schwierig, die Kritik von Schulte und Freund\_innen genau zu erfassen, weil sie so wenig konkret ist. Was den Vorwurf, wir seien antihumanistisch, anbelangt: Nach unserer Einschätzung stellt die antihumanistische Kritik von Autor\_innen wie zum Beispiel Althusser, Foucault, Butler und Derrida einen wichtigen Impuls zur Weiterentwicklung des Humanismus dar. In dieser Kritik geht es gerade nicht um eine ethische Abwertung von Menschen – auch wenn Schulte und Freund\_innen dies anscheinend so auffassen –, sondern um eine Infragestellung des humanistischen Subjekts mit seiner vermeintlichen Autonomie und seiner selbstbestimmten Handlungsfähigkeit. Es ist nun aber nicht so, dass Foucault und seine Mitstreiter\_innen dem Subjekt die Handlungsfähigkeit komplett absprechen wollen. Sie gehen allerdings davon aus, dass Menschen in bestimmte, innere und äußere Strukturen eingebunden sind, die ihre Möglichkeiten zu handeln einschränken. Zwar gibt es weiterhin die Möglichkeit gegen diese Strukturen anzugehen, allerdings nicht von außen, als autonomes Subjekt, sondern innerhalb komplexer Machtverhältnisse.

Ein solcher poststrukturalistischer Antihumanismus – wie auch der mit ihm verwandte Posthumanismus – wird von uns und vielen Vertreter\_innen der HAS geteilt, weil er es unter anderem möglich macht, nichtmenschliche Tiere stärker mitzudenken, nämlich als Lebewesen, die wie Menschen in gesellschaftliche Strukturen eingebunden sind und gewisse Formen von Handlungsfähigkeit besitzen.

Das Missverständnis liegt also darin, Humanismus und Anti-beziehungsweise Posthumanismus als Gegenbewegungen zu betrachten, auch und vor allem auf einer ethischen Ebene. Es geht gerade nicht darum, sich – wie von Schulte im Interview mit der s u b \ u r b a n in diesem Heft behauptet – zwischen der menschenwürdigen Behandlung von Geflüchteten und der Spende an eine pakistanische NGO für Esel entscheiden zu müssen. Wieso sollte das eine das andere ausschließen? Die posthumanistisch ausgerichteten HAS streben eine Inklusion von nichtmenschlichen Tieren an, nicht eine Ersetzung von Menschen durch Tiere.

Der Vorwurf, nichtmenschliche Tiere über Menschen zu stellen, wurde in den 1990ern auch an die deutsche Tierrechtsbewegung gerichtet. Allerdings hat er schon damals inhaltlich nicht gegriffen. Das Grundanliegen für den größten Teil der Bewegung war und ist eine Inklusion von nichtmenschlichen Tieren in eine emanzipatorische Politik. Am Scheingefecht um den Begriff ‚nichtmenschliche Tiere‘ lässt sich dieser Konflikt gut erkennen: Eingeführt wurde er, um die Kontinuitäten zwischen Menschen und anderen Mitlebewesen hervorzuheben, nicht um diese gleichzusetzen. Für einige scheint es jedoch eine große Herausforderung zu sein, sowohl Ähnlichkeiten als auch Differenzen zwischen Menschen und nichtmenschlichen Tieren gleichzeitig zu denken. Dabei ist es doch offensichtlich, dass keine der beiden Extrempositionen – Menschen und Tiere sind vollständig verschieden versus völlig gleich – dem ambivalenten Status von nichtmenschlichen Tieren in unserer Gesellschaft gerecht wird. Schulte und Freund\_innen greifen dieses ‚Argument‘ wieder auf, indem sie den HAS zu Unrecht unterstellen, herabwürdigend von „menschlichen Tieren“ zu sprechen. Dahinter steckt recht offensichtlich der Versuch, ein gesamtes Forschungsfeld herabzusetzen und ihm einen rein politischen, reaktionären Charakter zu unterstellen. Dabei macht schon ein Blick auf die Vielfalt der Positionen von HAS-Forscher\_innen deutlich, wie absurd diese Beschuldigungen sind. Viele der Beteiligten haben wenige oder keine Schnittmengen mit der Tierrechtsbewegung, das Feld ist von wissenschaftlicher Offenheit, nicht von politischer Schließung gekennzeichnet.

Wohin eine solche Schließung führt, lässt sich an der Gruppe um Schulte leicht erkennen. Diese bezeichnet sich selbst als ‚kritisch‘, allerdings pachtet sie den Kritikbegriff so doktrinär für sich, dass sie keine Forschung jenseits der eigenen politischen Agenda anerkennt. Wie wir nach den ersten Anschuldigungen Schultes deutlich gemacht haben, sind viele der angeblich völlig absurden Thesen oder Textstellen ihres Vortrags durchaus mit bestehenden wissenschaftlichen Ansätzen vereinbar. So zeigt die NS-Forschung beispielsweise, dass es während des Dritten Reichs zu einer Häufung des Namens „Rex“ unter Schäferhunden kam. Schultes Hoax hätte also keineswegs schon durch den – fiktiven – Hundennamen auffliegen müssen, was Schulte und Co. jedoch behaupten. Anstatt bestehende Forschung anzuerkennen, bezeichnet die Gruppe diese lieber als ‚Astrologie‘. Es ist ziemlich



offensichtlich, dass die Forderung, die Geschichtswissenschaft solle sich wieder mehr am ‚Primat der Quellen‘ orientieren, von Schulte und Freund\_innen dann fallengelassen wird, wenn sie den eigenen politischen Zielen zuwiderläuft. Wenn Wissenschaft allerdings allein von der eigenen Politik instrumentalisiert wird, sollte man stattdessen eine Politgruppe gründen. Besser wäre es natürlich, man würde einer fundierten wissenschaftlichen (Gegen-)Argumentation begegnen.

Natürlich bedeutet das nicht, dass HAS-Forscher\_innen keine politischen Überzeugungen besitzen! Es gibt viele im Feld, die sich – so wie wir – als explizit kritisch in einem politischen Sinn verstehen und sich gegen vielfältige Formen von Gewalt positionieren, so zum Beispiel neben Speziesismus auch gegen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie. Die Behauptung, die HAS seien prinzipiell nach rechts offen, ist von daher absurd. Allerdings sind diese politischen Überzeugungen eben nicht gleichzusetzen mit unserer wissenschaftlichen Arbeit: Wir forschen ergebnisoffen und lassen unsere Thesen jederzeit überprüfen.

Unser Ansatz ist jedoch in der Regel ein kritischer, eben weil wir bestehende, meist anthropozentrische Wissensbestände in Frage stellen. Insofern finden wir auch den Vorwurf, wir seien ‚affirmativ‘, ehrlich gesagt ziemlich unverständlich.

**s\u:** *Verstehen wir das richtig: Wissenschaftliche Arbeit ist Ihrer Ansicht nach von politischem Engagement strikt zu trennen? Wissenschaftliche Kritik in Ihrem Sinne heißt also primär, ergebnisoffen und erkenntniskritisch zu sein und nicht, wie beispielsweise die Kritische Theorie dies fordert, das eigene Forschen als in gesellschaftliche Verhältnisse eingebunden zu verstehen und mit einer nicht nur epistemischen, sondern auch politischen Kritik zur Aufhebung dieser Verhältnisse beizutragen?*

**Chimaira:** Wir denken nicht, dass die beiden genannten Optionen zwangsläufig einen Widerspruch darstellen. Die strikte Trennung zwischen Politik und Wissenschaft ist natürlich eine Illusion. Und natürlich ist auch unsere Forschung eingebunden in bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse und zielt auf eine politische Veränderung. Trotzdem muss auch eine solche Forschung ergebnisoffen sein und sich einer kritischen Überprüfung durch andere stellen. Sonst bestünde die Gefahr, genau die Ergebnisse zu produzieren, die mit der eigenen politischen Haltung übereinstimmen, und diese dann als objektive Wahrheiten darzustellen. Schauen Sie sich die Kritische Theorie an: Ihre Vertreter\_innen haben anfangs sehr wichtige Erkenntnisse geliefert, aber doch auch sehr vieles ausgeblendet, das dann von feministischen und postkolonialen Forscher\_innen kritisiert und ergänzt wurde. Auch in diesem Fall war also eine Überprüfung wichtig. Die HAS versuchen größtenteils ebenfalls, mit ihrer Arbeit zu gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen. Das Fundament dazu können aber nur Forschungen zu Mensch-Tier-Verhältnissen liefern, die eine kritische Distanz zu ihrem Material wahren und offen bleiben für Differenzierungen.

**s\u:** *Ein weiterer Kritikpunkt lautet, dass die HAS Kategorien wie Ausbeutung auf Tiere projiziere und somit Herrschaftsverhältnisse zwischen*

*Menschen ausblende. Dies liege an einem nicht vorhandenen Gesellschaftsbegriff. Sie widersprechen dem jedoch und schlagen einen anderen Begriff von Gesellschaft vor, der auch Machtverhältnisse und Hierarchien kritisch in den Blick nehmen soll. Wie sieht dieser aus und welche Kritik haben Sie an etablierten Gesellschaftsbegriffen?*

**Chimaira:** Wir schlagen vor, anstatt von Projektion von Inklusion zu sprechen. Etablierte Gesellschaftsbegriffe finden wir deswegen schwierig, weil sie sich zumeist auf menschliche Sozialbeziehungen beschränken. Faktisch leben wir aber in einer *multispecies society*: Ob Vögel, Insekten, Ratten oder unsere geliebten Haustiere, wir kommen täglich mit einer großen Anzahl nichtmenschlicher Tiere in Kontakt und interagieren mit ihnen. Viele treffen wir allerdings erst, wenn sie bereits tot sind, nämlich auf unseren Tellern. Natürlich hat unser Umgang mit nichtmenschlichen Tieren nicht nur für diese Folgen, sondern auch für uns Menschen und die Umwelt. Stichwort: die katastrophalen globalen Auswirkungen der industrialisierten Nutztierhaltung, die maßgeblich für den Klimawandel mitverantwortlich ist.

Es gibt jedoch auch viele Gesellschaftsbegriffe, an die die HAS anschließen können. Wussten Sie, dass Max Horkheimer sich den Keller des gesellschaftlichen Wolkenkratzers als Schlachthof vorgestellt hat? Zu nennen wäre auch der Neue Materialismus, deren Vertreter\_innen versuchen neben Menschen auch nichtmenschliche Entitäten mitzudenken. Oder Sue Donaldson und Will Kymlicka, die ihr liberales Verständnis von *citizenship* um nichtmenschliche Tiere erweitern und in ihrem Buch *Zoopolis* (2013 [2011]) durchspielen, welche Konsequenzen das für die Gesellschaft hätte. Wir beschäftigen uns in unserem Arbeitskreis mit all diesen Ansätzen, sind jedoch – wie die HAS im Allgemeinen – theoretisch unterschiedlich verortet: Manche von uns bevorzugen poststrukturalistische Gesellschaftstheorie, andere haben ein Faible für feministische Theorieansätze und einige haben sich in der letzten Zeit dem Neuen Materialismus zugewandt. Manche von uns haben sich auch eingehender mit Marx' Verständnis von Gesellschaft und Arbeit auseinandergesetzt. Für die damalige Zeit war dieses Verständnis auf jeden Fall revolutionär und Marx' Analyse der kapitalistischen Gesellschaft ist wirklich kaum zu überschätzen. Allerdings räumt er der Ökologie in seinem Werk wenig Raum ein, was sicherlich der Ära des Industriekapitalismus geschuldet ist. Zudem bauen Marx' Konzepte besonders stark auf der Grenze zwischen Mensch und Tier auf. Allerdings war das Mensch-Tier-Verhältnis damals auch ein anderes: Domestizierte Tiere waren vor allem Arbeits- oder Nutztiere und auf diese waren Menschen viel stärker angewiesen als heute, zumindest in westlichen Gesellschaften. Weil wir Arbeits- und Nutztiere nicht mehr unbedingt benötigen, können wir ihnen, wenn wir wollen, nun einen besseren Status zusprechen.

Die Lebens- und Produktionsbedingungen sind für uns *ein* Faktor für das Entstehen einer bestimmten Gesellschaftsordnung. Dass sich, was die Mensch-Tier-Verhältnisse angeht, in den Lebensbedingungen und im Stand der Produktivkräfte bereits Veränderungen ergeben haben, lässt grundlegende Veränderungen für die Zukunft erhoffen.

Insgesamt finden wir jedoch die Frage, ob wir nichtmenschliche Tiere grundsätzlich als Mitglieder unserer Gesellschaft ethisch berücksichtigen

wollen, viel wichtiger als die Frage, an welche Begriffstradition angeschlossen wird. Schaut man sich politische Kämpfe in der Vergangenheit an, so findet man zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass sich politisches Engagement für nichtmenschliche Tiere und Menschen nicht ausschließt: So hat der Internationale Sozialistische Kampfbund der 1920er- und 1930er-Jahre sich beispielsweise für Tierrechte und Vegetarismus ausgesprochen. Oder dass die Frauenwahlrechtsbewegung in Großbritannien am Anfang des 20. Jahrhunderts eng mit der Antivivisektionsbewegung verbunden war, da gab es personell zahlreiche Überschneidungen. Dennoch führt die Forderung nach einer Berücksichtigung tierlicher Belange bei der politischen Linken oft noch zu Abwehrbewegungen. Das könnte an einer zu engen Auslegung marxistischer Theorie oder am eigenen Unwillen zur Konsequenz und Komplexität liegen. Wir können nur wiederholen: Der Einbezug nichtmenschlicher Tiere in die Auseinandersetzung mit Herrschaftsverhältnissen stellt eine Ergänzung und Inklusion dar, keine Ersetzung. Der Vorwurf, die entsprechenden Theorien würden Herrschaftsverhältnisse zwischen Menschen ausblenden, ist in keiner Weise haltbar und zeigt deutlich, dass eine Beschäftigung mit relevanter Literatur nicht stattgefunden hat. Diese übt nämlich in der Regel eine allgemeine Kritik an Herrschaftsverhältnissen, also auch an denen unter Menschen. Unser Arbeitskreis ist da keine Ausnahme. Im Gegenteil: In unserem ersten Sammelband gibt es zwei Artikel, die Geschlechterverhältnisse und Mensch-Tier-Verhältnisse verbinden. In unserem zweiten Sammelband werden Rassismus und Speziesismus in ihrer Verwobenheit analysiert. Alle, die unsere Texte kennen, wissen: Von einer Ausblendung zwischenmenschlicher Herrschaftsverhältnisse sind wir weit entfernt.

**s\u:** *Was bedeutet die von Ihnen eingeforderte ethische Berücksichtigung von Tieren genau? Wie sollte diese in der Praxis aussehen? Oder anders und etwas plakativ gefragt: Sollte das Recht auf Stadt auch für Schäferhunde gelten?*

**Chimaira:** Wir denken, dass es ein Anfang wäre, domestizierte nichtmenschliche Tiere als Teil von gesellschaftlichen Mensch-Tier-Verhältnissen zu betrachten und nicht als Naturwesen. Damit würde die Diskussion über diese Tiere auch eine historische, kulturelle und politische Ebene bekommen. Als Wissenschaft müssen sich die HAS dem aktuellen sozialen Wandel in vielen westlichen Gesellschaften und dem veränderten Denken in Bezug auf nichtmenschliche Tiere stellen. Praktisch oder ethisch heißt das, zu verstehen, wie vielfältig menschliche Beziehungen zu nichtmenschlichen Tieren sein können. Daraus sollten dann wiederum Schlussfolgerungen für ein möglichst emanzipatorisches Verhältnis abgeleitet werden. Auf einer Mikroebene könnte das heißen, mit der eigenen Forschung Orte wie die sogenannten Lebenshöfe sichtbar zu machen. Sie kennen diese vielleicht. Das sind Einrichtungen für ehemalige Nutztiere, in denen versucht wird, ein anderes, herrschaftsärmeres Mensch-Tier-Verhältnis zu leben.

Auf einer Makroebene halten wir es beispielsweise für wichtig, die immensen Auswirkungen der Nutztierhaltung sichtbar und der politischen Diskussion zugänglich zu machen. Insgesamt würden wir uns wünschen, dass nichtmenschliche Tiere nicht nur dann in der Politik als ethisch relevant

betrachtet würden, wenn sie zu einer bedrohten Art gehören, also Teil einer zu schützenden ‚Natur‘ sind. Nichtmenschliche Tiere sind keine Menschen und brauchen entsprechend kein menschliches ‚Recht auf Stadt‘, aber vielleicht ja doch ein Recht auf körperliche Unversehrtheit? Wenn wir emanzipatorische Politik betreiben wollen, sollten wir zumindest darauf hinwirken, dass im Konfliktfall nicht stumpf jedes noch so schwache menschliche Bedürfnis gegen alles Nichtmenschliche durchgesetzt wird. Es müsste zumindest der Versuch unternommen werden, die tierliche Perspektive beziehungsweise die Auswirkungen auf nichtmenschliche Tiere nachzuvollziehen.

**s\u:** *Unserer Einschätzung nach ging es der Intervention von Christiane Schulte und Freund\_innen in erster Linie um eine Kritik an Totalitarismustheorien und nicht primär um die HAS. Jedoch haben Christiane Schulte und Freund\_innen die HAS ausgewählt, da es sich aus ihrer Perspektive um eine unkritische Theoriemode handelt, die Ausdruck einer Krise der Universitäten und Kritischer Theorie sei. Darin ähnelten sich die HAS und die Totalitarismustheorien nach Ansicht von Schulte et al. also. Wie würden Sie das Verhältnis von HAS und Totalitarismusforschung beschreiben?*

**Chimaira:** Wir wehren uns gegen eine Verbindung unseres Arbeitskreises mit der Totalitarismustheorie, wie sie in den Veröffentlichungen von Schulte und Freund\_innen gezielt geschürt wird. Auch im Interview mit Ihrer Zeitschrift wird behauptet, dass die HAS – und damit auch wir – „für die Totalitarismustheorie und andere konservative bis rechte Erklärungsmuster offen [sind].“ Für diese Behauptung gibt es überhaupt keine Grundlage. Richtig ist nur, dass das fingierte Paper der Schulte-Gruppe von der Zeitschrift *Totalitarismus und Demokratie* des Hannah-Arendt-Instituts in Dresden zur Veröffentlichung akzeptiert wurde. Die Totalitarismustheorie scheint also für Ansätze der HAS offen zu sein, umgekehrt ist dies jedoch nicht der Fall. Zumindest ist uns keine Publikation aus den HAS bekannt, die die entsprechenden Parallelen zieht. Wir haben keine Verbindung zum Hannah-Arendt-Institut und stehen Extremismustheorien sowie der politischen Instrumentalisierung des Totalitarismuskonzepts ablehnend gegenüber. Insgesamt haben wir den Eindruck, dass die Totalitarismustheorie wissenschaftlich nicht mehr relevant ist und nur noch in bestimmten politischen Kontexten benutzt wird. Das entspricht genau Schultes Engagement: Dieses geht nicht über eine Kritik am politischen Charakter der Totalitarismustheorie hinaus, unterstellt aber gleichzeitig den HAS, sie seien zu politisch. Oder zu mainstreamig. Oder zu affirmativ. Je nachdem, wie es der Gruppe passt.

**s\u:** *Sie betonten die erkenntnistheoretische und politische Heterogenität der HAS, ihre Offenheit gegenüber vielen Ansätze und Strömungen. Wie positionieren Sie sich in diesem Feld? Von welchen epistemischen und politischen Positionen grenzen Sie sich ab?*

**Chimaira:** Wir stellen uns in unserer Arbeit gegen die hegemoniale Geschichte der gesellschaftlichen Mensch-Tier-Verhältnisse, das heißt, wir lehnen es ab, diese Verhältnisse als naturgegeben, überhistorisch und ungesellschaftlich anzusehen. Praktisch geht es uns weniger um eine allgemeine

Kritik an der Versuchstierforschung oder der Nutztierhaltung, sondern eher darum, Zwischenräume, Widersprüche und Potenzialitäten in den Mensch-Tier-Verhältnissen aufzuspüren. Wir diskutieren unter anderem, wie nicht-menschliche Tiere in Begriffe wie Arbeit, Handeln und Kommunikation integriert werden könnten. Eigentlich stehen wir mit unserer Forschung zwischen zwei Positionen: Wir kritisieren den wissenschaftlichen und politischen Status quo in Bezug auf Mensch-Tier-Verhältnisse, wollen aber andererseits auch nicht einfach die Anliegen der Tierrechtsbewegung wiederholen. Es ist eher so, dass uns gerade unsere Unzufriedenheit mit gewissen Tierrechtspositionen inspiriert. In politischer, aber auch in wissenschaftlicher Hinsicht orientieren wir uns vor allem an den Gender, Queer und Postcolonial Studies. Eine bunte Gemengelage also, die aber für unser Feld nicht untypisch ist. Allerdings gibt es auch Forscher\_innen in den HAS, die im Gegensatz zu uns rein deskriptiv arbeiten.

**s\u:** *Die Arbeit des Chimaira AK findet ja primär außerhalb der Universitäten statt und wird weitestgehend durch Ehrenamt und Selbstorganisation getragen. Wie hat sich dieser Arbeitszusammenhang entwickelt? Warum scheint für die angeblich so modische und ‚mainstreamige‘ Bewegung der HAS kein Platz an den Universitäten zu sein?*

**Chimaira:** Den Chimaira AK gibt es seit 2010. Wir haben uns damals als studentisches Projekt gegründet und auch als Reaktion darauf, dass es weder in der Tierrechtsbewegung noch an deutschsprachigen Universitäten eine wirklich komplexe Auseinandersetzung mit Mensch-Tier-Verhältnissen gab. Die Tierrechtstheorie war sehr stark durch ihre politische Motivation geprägt – das war uns nicht differenziert genug. An den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern konnten wir uns jedoch auch nicht orientieren, denn dort wurden nichtmenschliche Tiere größtenteils ignoriert. Dabei gab es im angloamerikanischen Raum damals schon Arbeiten, in denen – im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen Ansätzen – nichtmenschliche Tiere als Lebewesen betrachtet wurden, die in gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet sind. Diese Auffassung spiegelt sich auch im Namen des gesamten Forschungsfelds wider: In den HAS werden nicht Tiere untersucht, sondern die vielfältigen Verbindungen zwischen Menschen und Tieren.

Aktuell sind wir zu einer überregionalen Gruppe gewachsen. Gleichzeitig sind wir auch ein Netzwerk von und für Nachwuchsforscher\_innen. Insgesamt haben wir zur Entwicklung der HAS mit der Herausgabe von drei Sammelbänden, wissenschaftlichen Artikeln sowie der Organisation von Kolloquien und Veranstaltungsreihen beigetragen. Unsere Arbeitsform erlaubt uns, neben allen Beschränkungen und Härten – wie Mangel an Zeit und Geld – auch ein großes Maß an Unabhängigkeit. Wir sind keiner Institution in unserer Arbeit verpflichtet und können unsere Themen und Beiträge selbst festlegen. Das kommt auch dem akademischen Nachwuchs zugute, für den wir Publikations- und Vernetzungsmöglichkeiten schaffen.

In Deutschland ist es momentan noch sehr schwierig, die HAS in eine nach wie vor stark disziplinär ausgerichtete Universitätslandschaft zu integrieren. Wir glauben, dass das weniger mit politischen Vorbehalten zu tun hat, als mit der Interdisziplinarität der HAS. Allerdings ist auch hier viel in Bewegung. Es

gibt mehrere Lehrstühle, die sich bereits vorwiegend mit HAS beschäftigen und zudem noch zwei Professuren mit einer HAS-Denomination. Außerdem wurden in den letzten Jahren mehrere Konferenzen zum Thema durchgeführt.

**s\|u:** *Wie können die HAS zu einem emanzipatorischen Wissenschaftsverständnis sowie emanzipatorischen Praktiken beitragen?*

**Chimaira:** Wir sind davon überzeugt, dass emanzipatorische Forschung Raum zur Entfaltung braucht. Wissenschaftliche Neugier ist weder unter einem zu engen politischen Dogma noch in den Verwertungsansprüchen der Universitäten gut aufgehoben. Die Rahmenbedingungen sind heutzutage schlecht für eine Wissenschaft als Projekt, in dem autonom gearbeitet werden kann. Es gibt nur wenige, die sich frei genug machen können, um neben ihrer Lohnarbeit zu forschen. Zudem sind aufwändigere Forschungen ohne entsprechende finanzielle Mittel einfach nicht machbar.

Wir stimmen Schulte und Freund\_innen auf jeden Fall dahingehend zu, dass die Bedingungen für emanzipatorische Forschung sehr schwierig geworden sind. Es wäre gut, wenn die HAS die beunruhigenden Entwicklungen innerhalb der Hochschullandschaft deutlicher kritisieren würden – wie zum Beispiel den immer stärkeren Zwang, Drittmittel einzuwerben, oder die prekäre Arbeitssituation insbesondere von Nachwuchswissenschaftler\_innen.

Generell sollten wir – und mit diesem „Wir“ meinen wir alle kritischen Forschenden – mit unserer wissenschaftspolitischen und inhaltlichen Arbeit dem neoliberalen Trend entgegenwirken und eine wissenschaftliche Praxis fördern, die nicht am Verwertungsinteresse orientiert ist.

Auf inhaltlicher Ebene versucht unser Arbeitskreis, zu einer emanzipatorischen Wissenschaft beizutragen, indem wir theoretische Anstöße liefern und gesellschaftliche Entwicklungen begleiten. Das kann durch eine Analyse der Tiernutzungsindustrie oder durch eine kritische Betrachtung des Vegan-Booms geschehen. Generell sind wir der Meinung, dass eine zeitgemäße emanzipatorische wissenschaftliche Praxis nicht funktionieren kann, wenn das Nichtmenschliche ausgeklammert wird. Sehen Sie sich zum Beispiel die Arbeitsabläufe eines Schlachthofs an: Wenn Sie diese umfassend analysieren wollen, macht es einfach keinen Sinn, nur auf *race*, *class* und *gender* der Arbeiter\_innen zu fokussieren. Sie brauchen zusätzlich auch andere Perspektiven, auf die beteiligten Tiere, aber auch auf die Umwelt und auf die Technik. Sonst bleiben die Wirkmächte zum Teil verborgen und die anschließende Theoriebildung wird zwangsläufig unterkomplex.

Wir tragen sehr gern dazu bei, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stärken und Wissen zu produzieren, das den komplexen und widersprüchlichen Realitäten eher gerecht wird. Wir hoffen, dass dieses Wissen einmal Grundlage für ein deutlich anspruchsvolleres – und natürlich emanzipatorisches – politisches Programm sein wird.

*Das Interview führten Stefan Höhne, Boris Michel und Lisa Vollmer.*

## **Beteiligte**

Markus Kurth ist Soziologe. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Human-Animal Studies, Stadtforschung, Sozialtheorie und Politische Philosophie.

Helen Keller ist Gender-Theoretikerin. Ihre Schwerpunkte sind Männlichkeitsforschung, Critical Animal Studies und Queer Theory.

Aiyana Rosen ist Politikwissenschaftlerin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Politik der Mensch-Tier-Verhältnisse, Geschlechter- und Diskursforschung.

[chimaira@human-animal-studies.de](mailto:chimaira@human-animal-studies.de)





**Debatte**

2016, Band 4, Heft 2/3

Seiten 155-160

zeitschrift-suburban.de

Schulte & Freund\_innen/  
„Kritische Wissenschaft  
braucht einen Begriff von  
Gesellschaft“

Repliken von:  
Markus Kurth, Helen  
Keller und Aiyana Rosen  
(Chimaira – Arbeitskreis für  
Human-Animal Studies)  
sowie von Ilko-Sascha  
Kowalczuk

## „Schulte et al. haben nicht nur den Finger in die Wunde gelegt, sie sind auch Ausdruck derselben.“

Ein Gespräch über den 'Schäferhund-Hoax' mit dem Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk

Ilko-Sascha Kowalczuk

In den Stellungnahmen zu ihrem „Schäferhund-Hoax“ erheben Christiane Schulte und Freund\_innen schwere Vorwürfe gegen die Human-Animal Studies (HAS) sowie die Totalitarismusforschung. Wir haben mit dem Historiker und wissenschaftlichen Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Ilko-Sascha Kowalczuk, sowie Chimaira – Arbeitskreis für Human-Animal Studies e. V. über die Intention und Kritik von Schulte et. al. sowie die Möglichkeiten kritisch-emanzipativer Wissenschaft gesprochen.

*s u b \ u r b a n (s\u): Mit ihrem Hoax haben Christiane Schulte und Freund\_innen ja für einigen Wirbel gesorgt, nicht zuletzt in den Geschichtswissenschaften. Wie haben Sie die Reaktionen auf die Intervention erlebt? Wie wurde sie nach Ihrer Einschätzung im Kontext der DDR-Forschung rezipiert und diskutiert?*

**Ilko-Sascha Kowalczuk (ISK):** Ich las zunächst via HSozKult von diesem Vortrag. Erst Anfang 2015 in der Konferenzankündigung, dann einige Wochen später im dazugehörigen Konferenzbericht. Beides war sofort Gesprächsstoff in meinem engsten Kolleg\*innenkreis. Die Reaktionen waren eindeutig: wir schüttelten die Köpfe und lachten über so viel Unsinn. Ich arbeite in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagenbehörde, gemeinhin also eine Einrichtung, die in der kritischen Öffentlichkeit als eine angebliche Vertreterin par excellence totalitarismus- und extremismustheoretischer Ansätze angesehen wird. Wir wunderten uns jedenfalls, dass auf dieser Tagung offenkundig ernsthaft über diesen Unsinn debattiert worden war. Als dann der Vortrag in der Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ publiziert worden ist, lasen wir ihn sofort und waren fassungslos, dass ein solcher Quatsch in einer wissenschaftlichen Zeitschrift publiziert worden war. Die später veröffentlichte Stellungnahme von der Redaktion machte die Sache wahrlich nicht besser. Wir lachten wieder und sahen uns in unseren Erfahrungen bestätigt. Diese hatten bis dahin jedoch einen anderen Hintergrund, der aber letztlich auf das gleiche Schema hinausläuft.

Denn ich selbst hatte nur wenige Monate zuvor, im Jahr 2013, hautnah erlebt, was kritische Wissenschaft erleben kann: ich hatte ein Buch veröffentlicht („Stasi konkret“), in dem ich neben viel Konventionellem, das ich brachte, einiges in Frage stellte. So bezweifle ich aufgrund langjähriger Forschungen, dass die bisherigen Angaben über die IM-Zahlen zutreffend sind, dass die Angaben über kontrollierte Briefe in der DDR stimmen et cetera. Insgesamt betone ich, dass die DDR- und Stasi-Geschichte bislang zu wenig historisiert und kontextualisiert worden sind und immer nur diejenigen „Recht“ bekommen, die die größten Zahlenangaben und die schlimmsten Verbrechen behaupten. Ich prognostizierte in diesem Buch, dass man für solche Thesen zum Verharmloser und DDR-Freund abgestempelt werden könne. Was dann allerdings passierte, dazu reichte auch meine Fantasie nicht aus: monatelang trommelten bestimmte Medien gegen das Buch und mich ganz persönlich. Zugleich stellte sich niemand offensiv auf meine Seite, obwohl es hinter den Kulissen viele gab, die ähnlicher Ansicht waren. Die schlimmsten Anfeindungen kamen zugleich aus meiner eigenen Institution, die mein Buch zur reinen Privatangelegenheit erklärte. Das wurde dann besonders grotesk, als ausgerechnet die Fraktion „Die Linke“ im Bundestag eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung stellte und wissen wollte, wie diese zu meinen Thesen stehe und sogar implizit fragte, ob es arbeitsrechtliche Maßnahmen gegen mich gebe! Initiiert hatte das ein Kollege von mir, der sich besonders durch mein Buch angegriffen empfand, weil er offenbar glaubte und glaubt, auf diese Forschungsthemen hätte nur er ein Anrecht (so etwas kommt übrigens in der Wissenschaft nicht selten vor, sehr skurril!). Aber es wurde noch grotesker: Wie es üblich ist, reichte die Bundesregierung die Kleine Anfrage an die zuständige Behörde zur Beantwortung weiter, also letztlich an die Stasi-Unterlagenbehörde und dort wiederum sollte ich selbst das Antwortschreiben, das sich gegen meine wissenschaftlichen Thesen richtete, aktiv zur Kenntnis nehmen. Als die Antwort öffentlich bekannt wurde, jubelten Medien wie *Tagesspiegel* oder *Welt*, die Bundesregierung habe „entschieden“, wie viele IM es in der DDR gab und ich hätte, wie ein Journalist der *Berliner Zeitung* in einem Buch des Ch. Links Verlages ernsthaft schrieb, „verloren“. Alles kein Witz!

Ich erzähle dies hier, weil ich vor dem Hintergrund einer solchen kafkaesken Erfahrung natürlich besonders sensibilisiert bin, wie mit kritischen wissenschaftlichen Ansätzen und Einlassungen umgegangen wird. Zugleich aber beobachte ich publicitymäßig motivierte Übertreibungen – und um eine solche schien es sich mir beim „deutschen Schäferhund“ so oder so in jedem Falle zu handeln. Das war erkennbar. Was nun die Geschichtswissenschaft anbelangt, da habe ich in Bezug auf den Schäferhund-Hoax kaum Reaktionen wahrgenommen. Aber betretenes, lautes Schweigen, gerade wenn es besonders laut ausfällt, ist ja auch ein Indikator. Die historische DDR-Forschung ist insgesamt nicht gerade dafür bekannt, selbstkritisch das eigene Tun zu reflektieren.

**s\u:** *In ihren Stellungnahmen erheben Christiane Schulte und Freund\_innen schwere Vorwürfe an die Extremismusforschung. Nicht nur parallelisiere sie Kommunismus und Faschismus, auch diene sie primär dazu, Antifaschist\_innen und Neonazis gleichzusetzen. Damit hätte die Extremismusforschung dem aktuellen Aufschwung neofaschistischer Bewegungen Vorschub geleistet. Teilen Sie diese Einschätzung?*

**ISK:** Nein. Ich gestehe durchaus zu, dass man dieser Ansicht sein kann. Aber ich vermute zugleich, dass die Aktivist\*innen hier weniger als Wissenschaftler\*innen sprechen. Jede\*r, die oder der sich intensiv mit der Zwischenkriegszeit im 20. Jahrhundert wissenschaftlich auseinandergesetzt hat, wird gar nicht umhinkommen, Faschismus/Nationalsozialismus und Kommunismus (und global betrachtet füge ich hinzu: Kolonialismus) und die von ihnen hervorgebrachten Diktaturen in historisch-organischen Zusammenhängen zu analysieren und zu vergleichen, weil natürlich nur ein Vergleich auch die Unterschiede hervortreten lassen kann.

Vergleichen gehört zum Kerngeschäft jeder wissenschaftlichen Arbeit. Wer dies unterdrücken will, egal was miteinander verglichen werden soll, erweist sich als wissenschafts- und intellektuellenfeindlich. Allerdings erfordert der wissenschaftliche Vergleich ein hohes Maß an methodischer und theoretischer Reflexion und nicht zuletzt empirischer Genauigkeit. Die häufig artikulierte Kritik an Diktaturvergleichen ist nie wissenschaftlich, sondern immer geschichtspolitisch motiviert, weil die Vergleichsergebnisse als exkulpierend antizipiert werden. Geschichtswissenschaften dürfen sich um solche Verbotsallüren nicht scheren, für Geschichtspolitiker\*innen aller Couleur hingegen gehören sie zum Kerngeschäft ihres Tuns.

Was die Sinnhaftigkeit von Vergleichen wiederum anbelangt, da kann man sehr wohl zuweilen seine Zweifel haben. Aber die Sinnfrage zu stellen ist auch so ein Unterfangen, von dem es nicht sehr weit ist bis hin zu Zensur und Verboten. Ich bin in der Diktatur sozialisiert worden – ich bin da sehr sensibel und empfindlich.

Die hinter Ihrer Frage stehende Befürchtung seit 1989/90, dass nämlich durch die kritische Betrachtung der DDR die NS-Diktatur ihrer einzigartigen Grausamkeit in der deutschen Geschichte beraubt werden könnte, hat sich im Übrigen auch nicht ansatzweise bewahrheitet. Diese Perspektive ist allerdings eine deutsche beziehungsweise westeuropäische. In den „Bloodlands“ (Snyder) sieht man dies anders. Und auch dafür gibt es dort gute Gründe. Mich verwundert übrigens sehr, dass im Zusammenhang mit der DDR- und der Kommunismusgeschichte oft ein Perspektivenwechsel der kritischen Geschichts- und Sozialwissenschaften zu beobachten ist. Meist stehen die kritischen Gesellschaftswissenschaftler\*innen auf der Seite der Unterdrückten, den vermeintlichen Verlierer\*innen der Geschichte. Im Fall der DDR beziehungsweise des europäischen Kommunismus schlagen sie sich aber oft auf die Seite des Staates und verunglimpfen die Kritiker desselben. Ich verstehe, warum sie das tun: Sie wollen die sozialistische Idee – durchaus mit guten Gründen – nicht preisgeben, aufgeben und glauben offenbar, dies würde ihnen eher gelingen, wenn sie sich mit allen Gegnern des Kapitalismus (des Westens - wie H.A. Winkler sagen würde) gemein machen. Von dort ist es zuweilen ein kurzer Weg zur Apologie des real existierenden Sozialismus/Kommunismus, zum Beispiel anschaulich nachlesbar bei Hardt und Negri.

Ich komme nochmals auf die Thesen von Schultes et al und einen anderen Aspekt zu sprechen: In ihren Thesen schwingt eine kräftige Überschätzung der Wissenschaften und ihrer Einflussmöglichkeiten mit. Ich erlebe vielmehr, dass es in weiten Teilen der Gesellschaft, nicht zuletzt in den wirkungsmächtigen Print-, Funk- und Netz-Medien, eine verbreitete Wissenschaftsskepsis bis hin zur harschen Ablehnung gibt. In Deutschland grassiert doch längst

wieder eine Intellektuellenfeindschaft, die sich immer stärker von den radikalen Rändern kommend in die vermeintliche Mitte der Gesellschaft ausbreitet.

In der Aufarbeitungslandschaft wiederum, die sich mit der DDR und dem Kommunismus beschäftigt, beobachte ich seit vielen Jahren, dass wissenschaftliche Erkenntnisse nur nach Nützlichkeitsbewertungen rezipiert werden und vieles von dem, was nicht in die tradierten Bilder passt, schlichtweg ignoriert oder gar als abwegig denunziert wird. Insofern ist gerade für den Aufstieg von AfD oder Pegida, wenn überhaupt, stärker die Aufarbeitungslandschaft, die politische Bildung, mit verantwortlich, denn die Wissenschaft. Die eigentlichen Gründe sind freilich anderswo zu suchen. Aber da sich die Prozesse ja in einem internationalen Kontext vollziehen, wie die Blicke nach Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Dänemark, Niederlande, Frankreich oder England zeigen, verbieten sich ohnehin einfache Antworten. Doch mich als ‚89er‘ schmerzt es schon, mit ansehen zu müssen, dass ausgerechnet jene, die vom Fall der Mauern 1989/91 am stärksten profitierten, nun nach neuen Mauern rufen.

**s\u:** *Ist die Tatsache, dass der Hoax von Schulte et al. auch in der Redaktion von Totalitarismus und Demokratie nicht auffiel, Ihrer Ansicht nach ein Zeichen für die Krise der Forschungen zur DDR-Geschichte beziehungsweise des Wissenschaftsbetriebs allgemein?*

**ISK:** Ich glaube nicht, dass es sich um eine aktuelle oder neue Krise handelt. Das gesamte Wissenschaftssystem steht seit Jahren und Jahrzehnten in der Kritik. Das deutsche Begutachtungssystem führt in allen Wissenschaften dazu, dass vor allem reproduziert wird, was vor dem Forschungsbeginn erwartet wird. Über 80 Prozent der deutschen Professor\*innen glauben nicht, dass die Gutachten für Artikel, Stipendien, Forschungsanträge et cetera nach fairen, ‚objektiven‘ Gesichtspunkten verfasst werden. Es handelt sich hier immerhin um jene Gruppe, die vor allem diese Gutachten schreibt. Aber es handelt sich zugleich um eine Gruppe, die von Gutachten ‚betroffen‘ ist. Was soll man also noch sagen, wenn diese große Gruppe sich selbst nicht traut?!

Schulte et al. haben nicht nur den Finger in die Wunde gelegt, sie sind auch Ausdruck derselben. Ich habe immer alles mit offenem Visier gemacht, weil ich Wissenschaft immer als eine öffentliche und per se kritische Angelegenheit angesehen habe, die keine Rücksicht auf eventuelle Folgen für einen selbst nehmen darf. Dafür habe ich bezahlt, wenn vielleicht auch aus Sicht von Schulte et al. weniger einschneidend als in meiner eigenen Wahrnehmung. Aber dass sie letztlich aus Rücksicht auf ihre eigenen Karriereambitionen (und noch mit einigen anderen nicht nachvollziehbaren Argumenten) in der Anonymität bleiben, passt dann eben spiegelbildlich zum Wissenschaftssystem: Hinter dem Rücken wird der Dolch gezogen und zugestoßen, offen wird sich ins Gesicht gelächelt und zugeprostet.

Dass der Artikel veröffentlicht worden ist, hängt nach meiner Ansicht mit der eingangs bereits vorgestellten Beobachtung zusammen: Die These, der blutrünstige Grenzschäferhund stamme direkt vom nicht minder blutrünstigen KZ-Wachschäferhund ab, passt manchen ins historische Welt- und Geschichtsbild. Umgekehrt könnte man vermuten, ein Aufsatz mit der These, der Wachhund von Buchenwald und Sachsenhausen sei ‚erwiesenermaßen‘ weitaus angriffslustiger und bissiger gewesen als der Grenzhund

an der innerdeutschen Demarkationslinie, weil der KZ-Hund deutsches Eigengewächs war während der Grenzhund mit einem russischen Exemplar gekreuzt wurde – ich vermute, einen solchen Aufsatz hätte der zuständige Redakteur abgelehnt.

So interessant der gesamte Vorgang ist, durchaus exemplarisch, wie ich finde, so vorsichtig allerdings sollten wir auch sein, aus dem etwas unterkomplexen Verhalten eines Redakteurs und einer Tagungsleitung gleich globale Rückschlüsse zu ziehen und die gesamte DDR-Forschung haftbar machen.

**s\u:** *Wie Sie eingangs sagten, hatte bereits die Ankündigung des Vortrags von Schulte bei Ihnen und Ihren Kolleg\_innen für Erheiterung gesorgt. Warum eigentlich genau? War es die These der Abstammung der DDR-Grenzhunde von den ‚Nazi-Hunden‘, die sie als absurd erkannten oder ging es eher um die Perspektive der Human-Animal-Studies allgemein? Wie stehen Sie zum Vorwurf von Schulte et al., dass die Human-Animal-Studies ‚für die Totalitarismustheorien und andere konservative bis rechte Erklärungsmuster offen‘ seien?*

**ISK:** Für Erheiterung sorgte der offenkundige Abstammungsunsinn. Dass die Human-Animal-Studies „für die Totalitarismustheorien und andere konservative bis rechte Erklärungsmuster offen“ seien, ist eine Behauptung, die genauso wahr oder unwahr ist, wie die These, der Mensch ist gut. Es ist eine Nullaussage, die etwas zu verhindern sucht, statt die Auseinandersetzung zu betreiben. Im Übrigen ist die Totalitarismustheorie, vielleicht weiß dass nicht jede\*r, ursprünglich eine genuin linke Theorie gewesen. Sie jetzt pauschal als ‚konservativ‘ oder ‚rechts‘ zu bezeichnen, halte ich für wenig sachgerecht. Aber natürlich wird sie von Konservativen und Rechten gern benutzt. So wie ich mir sozialistische oder linke Ideen nicht von kommunistischen Machthaber\*innen oder jenen, die sich plakativ Linke nennen, nehmen ließ oder lasse, so halte ich auch nichts davon, irgendetwas Rechten zu überlassen, nur weil einige linke Torwächter\*innen glauben, alle, die anders denken, als Was-weiß-ich denunzieren zu müssen.

Eine sich selbst als kritisch verstehende Forschung zur DDR findet aktuell weniger in etablierten Institutionen, sondern eher in Arbeitskreisen und selbstorganisierten Zusammenhängen statt. Warum ist für solche Ansätze kein Platz in den Universitäten und Forschungszentren?

Ich weiß nicht, ob das stimmt. In allen Institutionen, die ich kenne, findet auch kritische Geschichtswissenschaft statt. Kritisch muss ja nicht immer heißen, dass man einen revolutionären Systemwechsel anstrebt. Ich kritisiere, dass es an den Universitäten keine Lehrstühle für DDR- und/oder Kommunismusgeschichte gibt. Durch die Konzentration der Forschung auf wenige groß außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (Berlin, Potsdam, Dresden) sind die Claims abgesteckt, die Aufstiegsschleusen verstopft und an den Eingangstüren lungern Wächter\*innen herum, die vor allem ihr-regleichen Einlass gewähren. Eine auch stärker an Universitäten verankerte Forschungsstruktur würde die Landschaft dezentralisieren, bunter und pluralistischer werden lassen, würden methodische und theoretische Ansätze miteinander wissenschaftlich konkurrieren lassen, würde mehr Durchgangsschleusen bereitstellen, weil aus wenigen Wächter\*innen nun

viele würden. Die bisher wenigen Platzhirsche müssten sich die Futtertröge mit weiteren Kandidat\*innen teilen. Und die Überpräsenz nichtwissenschaftlicher Einrichtungen in wissenschaftlichen Debatten, wie zum Beispiel der „Stiftung Aufarbeitung“, könnte überwunden werden.

**s\u:** *Welche Rolle kann kritische Wissenschaft und Forschung an den Universitäten und Forschungszentren spielen?*

**ISK:** Die queere Philosophin Jami Weinstein fragte unlängst, warum kritische Wissenschaften wie die Gender- und Queer-Studies auf der Stelle treten. Sind die falschen Fragen gestellt worden? Oder ist mit den falschen Ansätzen, Theorien, Methoden gearbeitet worden? Oder können wir gar nicht kritisch sein, solange wir mit den Methoden und Kategorien dessen arbeiten, was kritisch unterwandert werden soll? Antike und Humanismus brachten ein Mantra westlicher Epistemologien hervor, beziehungsweise vertieften es, das in nachfolgenden Jahrhunderten und vor allem durch die Aufklärung verstärkt wurde: Das Narrativ des Binären, das im Kern die Formel Kultur versus Natur trägt, oder genauer - Kultur ist der Natur überlegen. Auf diesem Binarismus basieren viele der Logiken der Bauart (überlegener) Mensch versus (unterlegenes) Tier, (überlegener) Mann versus (unterlegene) Frau, Weiß-Sein als Norm versus Schwarze als ‚Andere‘, heterosexuell versus LGBTIQ und so weiter. Kritische Wissenschaften fordern diese Binarismen heraus, bleiben aber in dessen Denkgerüst gefangen. Egal wie intensiv theoretisch hergeleitet wird, dass es nicht um ‚Rasse‘ als biologische Kategorie, sondern als soziale Position geht, die Erblast des Rassismus klingt mit. Kritische Wissenschaft muss mehr tun, als Missstände aufzudecken; sie muss alternative Wege gehen und dabei eben auch neue Begriffe, Theorien und Ziele wagen. Dieser Weg ist noch zu beschreiten.

Wenn ich etwas zu sagen hätte, wenn ich Verteilungsmacht hätte, dann würde ich den Schultes et al. eine Chance geben – gerade weil ich ihre Angriffe auf die Human Animal Studies völlig überzogen und deplatziert empfinde –, mit offenem Visier für ihre Thesen, Theorien und Methoden in einem Forschungsinstitut oder an einer Universität zu reüssieren. Diese Institutionen sind eigentlich jene Orte in unserer Gesellschaft, an denen staatlich alimentiert das Gegenwartsüberwindende erdacht, diskutiert und ausprobiert werden kann, soll, muss und darf. Es sind eigentlich Orte, die mit einer besonderen Power Ideen verbreiten, materialisieren können. Eigentlich... Leider sind sie das nicht – nicht zuletzt auch deshalb, weil die Schultes et al. sich maskieren in der Hoffnung, sich zu demaskieren, wenn sie selbst mal Verteilungs- und Deutungsmacht besäßen, um kritische Wissenschaft in gesellschaftspolitischer Absicht zu betreiben. Der Weg bis dahin ist so lang, dass die meisten, am Ziel angelangt, selbst vergessen haben, dass sie eigentlich nur Maskierte sind. Die Maske ist zur vergoldeten Norm geworden – und vielleicht sogar zum eigentlichen Gesicht.

*Interview, Transkription und redaktionelle Überarbeitung: Stefan Höhne, Boris Michel und Lisa Vollmer*



**Debatte**

2016, Band 4, Heft 2/3

Seiten 161-190

zeitschrift-suburban.de

Ein Gespräch zwischen Encarnación Gutiérrez-Rodríguez, Kien Nghi Ha, Jan Hutta, Emily Ngubia Kessé, Mike Laufenberg und Lars Schmitt.

# Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen

Ein runder Tisch, der aneckt

Encarnación Gutiérrez-Rodríguez, Kien Nghi Ha,  
Jan Hutta, Emily Ngubia Kessé,  
Mike Laufenberg und Lars Schmitt

Während die Diskussion um Geschlechterverhältnisse an deutschen Hochschulen seit längerem – wenn auch meist auf Fragen der Gleichstellung beschränkt – geführt wird, ist eine Auseinandersetzung mit rassistischen Strukturen von Studium, Lehre und Einstellungsverfahren nach wie vor randständig. Auch Klassenverhältnisse werden gemeinhin nicht unter Labels wie ‚Gleichstellung‘ oder ‚Diversität‘ gefasst, sie prägen die Hochschullandschaft aber auch seit den Reformen der 1970er Jahre noch stark. In welchem Verhältnis steht die (mangelnde) Auseinandersetzung mit Rassismus zu Diskussionen um Geschlechter- und Klassenverhältnisse? Welche Auswirkungen hat die zunehmend wettbewerbsorientierte Steuerung der Hochschulen auf unterschiedliche Machtformen und Teilhabemöglichkeiten? Und welche Formen des praktischen Umgangs und der politischen Intervention können ausgehend von verschiedenen Positionen der Marginalisierung entwickelt werden?

Diese und weitere Fragen hat Jan Hutta von der s u b \ u r b a n -Redaktion in einem virtuellen runden Tisch fünf Wissenschaftler\_innen gestellt, die sich mit verschiedenen Facetten von Rassismus sowie Klassen- und Geschlechterverhältnissen an (nicht nur) deutschen Hochschulen beschäftigen. Encarnación Gutiérrez-Rodríguez, Kien Nghi Ha, Emily Ngubia Kessé, Mike Laufenberg und Lars Schmitt haben Erfahrungen mit Machtverhältnissen nicht nur in ihrem jeweiligen Arbeitsalltag am eigenen Leib gemacht, sie haben auch eine Reihe von Studien und Analysen veröffentlicht, die den Ausgangspunkt des Austauschs bildeten.[1] Das Gespräch wurde auf einem Online-Text-Pad über den Zeitraum eines Monats geführt. Dabei wurde den Fünf jeweils eine Einstiegsfrage gestellt, in deren Anschluss sich nach und nach an mehreren Stellen des Pads Gesprächsfäden entsponnen. Dadurch entstand ein komplexer, nicht-linearer Gesprächsverlauf, der anschließend durch Verschiebungen, gezielte Nachfragen, Ergänzungen und editorische Überarbeitung in eine kohärentere Form gebracht wurde. Dabei wurde zugleich die Notwendigkeit deutlich, verschiedene der begonnenen Gesprächsfäden über diesen runden Tisch hinaus weiterzuführen.

**Jan Hutta (JH):** Nghi, Du hast kritisiert, dass die Ausgrenzung von People of Colour (PoC) an deutschen Hochschulen gegenwärtig nicht nur nicht abgebaut, sondern durch die selektive Sichtbarmachung kultureller Diversität im Zuge von Internationalisierungsprozessen zusätzlich übertüncht wird. Was läuft falsch?

**Kien Nghi Ha (KNH):** Um diese Frage sinnvoll zu beantworten, ist es zunächst nötig historisch ein wenig auszuholen, um den gesellschaftspolitischen Kontext klarer zu machen. Wenn wir über Rassismus als strukturelles Problem an deutschen Universitäten sprechen, fällt zunächst auf, dass dieses Thema bis in die allerjüngste Vergangenheit eben kein Thema war. Die akademische Auseinandersetzung mit Rassismus erschöpfte sich im Grunde in einer Politik der Externalisierung, die im besten Falle rassistische Strukturen in der Gesellschaft zu erkennen vermochte, sich aber blind zeigt, wenn es um eigene Privilegien, Ressourcen und Arbeitszusammenhänge geht.

In den 1960er Jahren wurden Klassismus und Sexismus als zentrale Grundlagen westlicher Universitätssysteme verstärkt kritisiert. Im Zuge der kulturellen wie politischen Veränderungen wuchs in der Folgezeit die gesellschaftliche Bereitschaft, über die Reformierung der Hochschulpolitik nachzudenken. Dabei erwies sich nach langen Kämpfen vor allem die Genderperspektive bis in die Gegenwart hinein als politisch und institutionell durchsetzungsfähig und veränderte in begrenztem Maße durchaus die Strukturen und ihre Spielregeln. Obwohl Frauenförderungspolitiken zur Korrektur historischer Ungleichheits- und Exklusionsverhältnisse emanzipatorische Gehalte aufweisen, besteht kein Grund, die damit verbundenen Fallstricke und Auslassungen zu idealisieren. Da koloniale, rassistische wie klassenbasierte Zusammenhänge in der bürgerlich dominierten Debatte um die Universität als Ort der männlich geprägten Wissensproduktion von Anfang ausgeblendet wurden, hat der Fokus der Frauenförderung in ihrer bestehenden Form in erster Linie Weißen bürgerlichen Frauen bessere Chancen für akademische Karrieren ermöglicht. Diese Entwicklung sollte meines Erachtens im Sinne einer Repräsentation gesellschaftlicher Normalität auch nicht per se verteufelt werden. So eingeschränkt diese Diversifizierung auch ist: Es hat seine Berechtigung, wenn Weiße Frauen auch in den oberen universitären Hierarchieebenen breiter aufgestellt sind, da der alte Status Quo noch rückständiger war.

Auf der anderen Seite ist es aber auch notwendig, die Schattenseiten dieser Entwicklung ernst zu nehmen und die Diskussion darum nicht als ‚Neid-Debatte‘ zu diskreditieren. Es wäre wichtig, den analytischen und politischen Blick für Strukturen und Machtverhältnisse in ihren unterschiedlichen Dimensionen zu schärfen. Es ist ja kein Zufall, dass in dieser Debatte so gut wie nur Weiße Subjekte vorkommen und die Universität scheinbar als Weißer Ort gedacht wird. In Bezug auf die politische Kultur in der Gesellschaft und an den Unis zeigen sich somit ganz deutlich die Grenzen der Wahrnehmung, der Identifikationsfähigkeit und der Anerkennung. Zumindest die Fragen und Probleme der Weißen Subjektkonstituierung, ihrer Identitätspolitik und hegemonialen Repräsentation haben sich auf der dominanten Seite bisher keineswegs überlebt.

Die Universität als soziales, politisches und kulturelles Feld ist intersektional durchzogen und formiert sich durch verschiedene Machtachsen, die



unterschiedlich hegemonial sein und auch in Widerspruch zueinander stehen können. Was als relevant, problematisch oder weiterführend gedacht wird, wird durch eine Brille Weißer Subjektivität gesehen, die ihrerseits durch Machtstrukturen der Kolonialität (in-)formiert werden. Kein Wunder also, dass die Interessen und die gesellschaftlichen Bedürfnisse von Communities of Color nicht im Zentrum standen, als irrelevant galten und unsichtbar gemacht wurden. Ich denke daher, dass es unerlässlich ist, Struktur und Fokus in der Geschichte der bundesdeutschen Hochschulpolitik in der heutigen Diskussion nicht zu vergessen. Es ist nicht nur eine Frage des neoliberalen Ökonomisierungsdrucks und des rassistischen Mainstreams: Auch die Weiße akademische Linke hat ebenso wie Weiße feministische Bewegungen ihren Anteil am Prozess der Weißwaschung der Universität. Das ist, wie die Folgewirkungen der 1968er-Bewegung und wie die Kolonialität der Moderne, nicht nur national zu denken, sondern muss auch in einem globalen Zusammenhang kontextualisiert werden.

In diesem Rahmen argumentiere ich, dass die werbewirksame Herausstellung der kulturellen Internationalität deutscher Universitäten der historischen Struktur der Missachtung von Rassismus als immanentem Bestand der westlichen Wissensproduktion in der kolonialen Moderne folgt. Anstatt die vielfältigen Bezüge zwischen Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis und der Universität als sozialem Arbeits- und Lernort zu thematisieren, wird mit einer glattpolierten Imagepolitik eigennützig für das eigene Renommee im internationalen Wettbewerb um wissenschaftliche ‚Exzellenz‘ geworben. Auf diese Weise verschwinden rassistische Beziehungsmuster in den akademischen Hierarchien hinter bunten Fassaden. Die Ausgangsmotivation der Internationalisierung ist eine effizientere und selektive Verwertung kultureller Diversität in der neoliberalen Universität, zielt aber nicht auf eine nachhaltige Gleichstellung in der deutschen Migrationsgesellschaft ab. Falls diese Entwicklung langfristig anhält, lassen sich solche nicht primär intendierten Effekte wahrscheinlich trotzdem nicht vermeiden, da viele ausländische Studierende und Wissenschaftler\*innen als eigensinnige Migrant\*innen der ersten Generation agieren und bis zu einem gewissen Grad Zugänge öffnen und Strukturen aufbrechen werden. Aber wir sprechen hier von Dekaden und Best-Case-Szenarien.

Es wäre fahrlässig, die Frage der Internationalisierung der Universität mit dem Problem der Gleichstellung und der gesellschaftlichen Repräsentation minorisierter Menschen und rassifizierter Communitys zu verwechseln. Diese Menschen sind meist hier aufgewachsen und verfügen nicht notwendigerweise über eigene Migrationserfahrungen. Angesichts der realen Ausschlüsse entlang rassifizierter Grenzziehungen und den gesellschaftlichen Machtstrukturen, die sich natürlich auch im akademischen Raum abbilden, ist eine Diskussion über Gleichstellung und Anti-Diskriminierung von rassistisch ausgeschlossen Gruppen notwendig, um kurz- und mittelfristig Wirkungen erzielen zu können. Es ist damit zu rechnen, dass diese Debatte nicht leicht wird und heftige Abwehrreflexe zu Tage treten werden – wie immer, wenn über die Verteilungsgerechtigkeit knapper gesellschaftlicher Ressourcen neu verhandelt wird und marginalisierte Gruppen institutionelle Mitspracherechte einfordern. Wie das hegemoniale Eigenbild der ach so liberalen und aufgeklärten Universität derzeit aussieht, kann sich jede\*r ausmalen: Selbst nach dem PISA-Schock (2000) blieben im Zuge der sich bahnbrechenden Debatte über fehlende Chancengleichheit im deutschen

Bildungssystem die gesellschaftlichen Ungleichheiten und Ausgrenzungen an deutschen Universitäten gänzlich ausgespart. Die gar nicht so implizite Nachricht lautete, dass eine Debatte über den Abbau von Zugangsbarrieren und institutionelle Öffnung überflüssig sei. Diese Reaktion lässt bestenfalls auf eine weitverbreitete Ignoranz und Verantwortungslosigkeit schließen. Klar ist jedoch, dass ein weiteres Totschweigen dieses Problems nicht mehr möglich ist, weil die Widerstände wachsen. Jede/r, der/die halbwegs im Unibetrieb unterwegs ist, weiß, dass marginalisierte Migrant\*innen und People of Color an deutschen Unis bisher entsprechend ihrem gesellschaftlichen Stellenwert randständig positioniert sind und dieser Sachverhalt nicht haltbar ist.

**Emily Ngubia Kessé (ENK):** Nghi, ich finde es sehr hilfreich, dass du aufzeigst (und uns daran erinnerst!), dass Rassismus jahrhundertlang nicht Teil des Diskurses im universitären Kontext (generell) war, und noch viel weniger in Deutschland und an deutschsprachigen Universitäten. Rassismus war aber trotzdem nie abwesend. Gerade an der Universität wurde Rassismus gerechtfertigt und in ein wissenschaftlich abgesichertes, biologisches ‚Ding‘ transformiert. Du hast auch die feministische Wissenschaft angeführt, als einen Ort, an dem *weiße* Identität im Zusammenhang mit Gender und Subjektstatus verhandelt und innerhalb einer Rhetorik der Gleichheit angesiedelt wurde. Hier möchte ich gern hinzufügen, dass die Universität historisch gesehen der Ort war, an dem Gesellschaften bestimmte Menschen dafür ‚angestellt‘ haben, die Welt, in der wir leben, zu beschreiben. Soll heißen, Akademiker\_innen spielen eine wichtige Rolle dabei, die Gesellschaft mit einer Handhabe dafür auszustatten, wie Menschen ihre eigenen Lebensrealitäten artikulieren oder über sie nachdenken können. (Ein Beispiel hierfür wäre, wie sehr Ideen von Hegel und Kant Teil des Alltagswissens geworden sind.) Rassismus wurde natürlich nicht an der Universität erschaffen, sondern ist immer schon ein Teil westlicher Gesellschaften gewesen, in denen Privilegien und die kapitalistische Kontrolle über Ressourcen von der Versklavung und Kolonialisierung Anderer abhängen. Die Universität hat jedoch eine bedeutende Rolle dabei gespielt, Rassismus zu rechtfertigen und Ungleichverteilungen von Macht zu intellektualisieren. Race, beziehungsweise biologisierte menschliche Differenz, war eines der Instrumente, das dazu verwendet wurde, die Unterordnung nicht-weißer Anderer sowie die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und Ressourcen zu rechtfertigen. Die Universität ist dabei der Ort, an dem *weiße* Identität kontinuierlich neu definiert, transformiert und artikuliert wurde. (Damit meine ich, sie ist ein Ort der Formalisierung, Standardisierung und Akademisierung weißer Normen.) Sie ist auch ein Ort, der eine maßgebliche Rolle dabei eingenommen hat, eine *weiße* Weltanschauung als die zentrale Perspektive auf Lebensrealitäten und Erfahrungen zu etablieren. Die Universität nährt kulturelle Vorstellungen und Symbole und hilft der Gesellschaft dabei, exkludierende Vorurteile, Normen und Stereotype zu stabilisieren.

„Die Universität hat jedoch eine bedeutende Rolle dabei  
gespielt, Rassismus zu rechtfertigen und  
Ungleichverteilungen von Macht zu intellektualisieren.“

Die Bereitschaft, die Universität in Bezug auf Gender und Class zu reformieren, war nur deswegen vorhanden, weil klar wurde, dass manchen (*weißen*)

Anderen) zu Unrecht diese öffentliche Ressource (hier bedeutete öffentlich zu-meist *weiß*) vorenthalten wurde. Diese Debatten fanden vor dem Hintergrund der Rhetorik von Gleichberechtigung und Gleichheit statt, wobei ein ‚Recht‘ auf die Teilhabe an Privilegien und Ressourcen sozusagen nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Im Falle rassistisch motivierter Ausschlüsse wird Gleichwertigkeit grundsätzlich in Frage gestellt und verwehrt und somit ein ‚Recht‘ auf verfügbare Ressourcen verweigert und nicht einmal verhandelt. ‚Rechtmäßiger Besitz‘ wird von kolonialen Hierarchien konstruiert, die Weißsein Besitz zuweisen, als ‚rechtmäßiger Besitzer des Landes‘ (ich denke hier an die Arbeit von Cheryl Harris 1993). Hochschulreformen werden somit dann ‚verhandelbar‘, wenn dieser Besitzumsgrundsatz sichergestellt ist, und zwar durch die Zugehörigkeit zum System *weißer* Dominanz, wo Weißsein der unbenannte Standard und Normstatus ist. Für mich ist klar, dass meist nur in diesen Kontexten (wo *weiße* Andere ausgeschlossen werden) Class und Gender allgemeiner theoretisiert und thematisiert worden sind.

**JH:** Ngubia, das schließt auch direkt an dein Buch eingeschrieben. *Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen* (2015), an, in dem du ein facettenreiches Bild der Ausgrenzungen und Abwertungen zeichnest, mit denen Schwarze Student\_innen und Student\_innen of Colour an deutschen Universitäten konfrontiert sind – wenn sie denn einen Studienplatz erhalten. Schwarzen und PoC wird – auf subtile oder sehr direkte Weise – vermittelt, dass sie in einer *weißen* Institution fehl am Platz seien. Welche Mechanismen sind dabei besonders mächtig?

**ENK:** Ich denke, dass einer der machtvollsten Mechanismen, die anhaltende Rassifizierungen an der Universität fördern, deren unverhohlene Verleugnung ist. Neoliberale *weiße* westliche deutsche Hochschulen verkaufen den Mythos, sie seien ‚offen‘ und würden aktiv in Richtung Inklusion arbeiten. Dabei tragen sie sogar eine naive bis gekünstelte Freude dabei zur Schau, Student\_innen mit einem internationalen Hintergrund zu ‚inkludieren‘. (Und natürlich zeigt allein die Idee, dass es ein ‚wir‘ gibt, das inkludieren kann – also über die Kriterien für Inklusion entscheidet –, deutlich die verborgenen Machtdynamiken auf, die diesen politisch umkämpften Raum formen.)

In gewisser Weise macht es die Rhetorik von Diversity und Internationalisierung (für die Hochschulleitung) schwierig zu akzeptieren oder sich überhaupt vorzustellen, dass eine ‚liberale‘ und ‚zivilisierte‘ Institution, an der sich die größten Kaliber des Bildungsbürgertums befinden, überhaupt dazu in der Lage wäre zu rassifizieren – meist verstanden als Ausschluss (als ob Bildung Rassismus ‚austreiben‘ würde). Eine solche Einstellung beruht auf einem falschen Verständnis, wonach Rassismus als ‚unbegründete, schlecht informierte negative Einstellungen‘, die den ‚bildungsfernen Schichten‘ eigen seien, definiert oder imaginiert wird. Die Kategorie ‚Class‘ wird hier instrumentalisiert, um die bürgerlichen Eliten vom Rassismus zu distanzieren. Rassismus von den *weißen* hegemonialen Machtstrukturen loszulösen, die Weißsein systematisch auf ein Podest erheben und mit unverdienten Privilegien ausstatten – dieser Mechanismus ist der unbenannte Übeltäter: *Weiß*e Überlegenheitsansprüche übersetzen sich in das alltägliche Leben – über Denken/Gedanken, Handlungen, Verhalten, Strukturen der In- und

Exklusion, kulturelle Werte – um nur einige Ebenen zu nennen. Ich denke, ich will hier darauf hinaus, dass die Ent-Wahrnehmung und Ent-Nennung oder auch die Maskierung von Rassismus (wenn Rassismus z. B. als Resultat individueller Gefühle definiert wird) und ebenso dessen Loslösung von *weißen* Privilegien, aus denen heraus dieser ja erst entsteht –, dass dies zusammengenommen der machtvollste Mechanismus dafür ist, Rassismus an deutschen Universitäten aufrecht zu erhalten. Denn so wird es beispielsweise unmöglich für Universitäten, eine rassistische Situation als solche anzuerkennen. Und das macht es auch schwierig für eine Universität, deren Grundpfeiler auf imperialistischen kolonialen Werten fußen, wahrzunehmen, dass sich ihre Werte von Grund auf aus dieser Vorstellung von *weißer* Überlegenheit nähren, selbstverständlich einschließlich der Epistemologien, die sie hervorbringt. Da du nicht etwas bekämpfen kannst, dessen Existenz du verleugnest oder das du dich weigerst anzuerkennen, sind durch diese luxuriöse Ignoranz alle Voraussetzungen dafür erfüllt, systematischen Rassismus an der Universität zu schüren und aufrecht zu erhalten. Verantwortung entsteht erst dann, wenn sich eine\_r für zuständig erklärt, und Deutschland befindet sich aktuell in einer andauernden Phase der Verleugnung und zeigt sich unfähig, seine Jahrhunderte kolonialistischer Gräueltaten einzugestehen.

**Lars Schmitt (LS):** Vielen Dank für diese wichtige Erläuterung von Zusammenhängen, Ngubia. Nicht nur, dass Du die Verwendung von ‚Offenheit‘, ‚Inklusion‘ und ‚Diversity‘ als ‚Verkaufs-Mythen‘ entlarvst, sondern Du thematisierst auch die Machtfrage, wer eigentlich wie inkludieren darf und wer mitmachen muss. Ebenso interessant ist, wie Du beschreibst, dass so aus Rassismus fast beschönigend Exklusion wird. Exklusion ist die Position der ‚Opfer‘ und lenkt einerseits ab von rassistischen Strukturen, Repräsentationen, Handlungen und deren Normalisierungen und andererseits von Verbindungen auch zur (Bildungs-)Bourgeoisie.

Ich sehe hier eine Parallele zu dem, was ich an Verschleierungen im akademischen Feld ausmache. Inklusion und Diversity ließen sich nahtlos in meine Liste an „Dethematisierungsinstrumenten von Ungleichheit“ einfügen, wie ich das an anderer Stelle auch versucht habe (Eickhoff/Schmitt 2016). Eine bestimmte Art, über Diversity und Inklusion zu reden, ist ein sehr nachhaltiges Instrument, eigene Privilegierungen des Weißseins, Männlich-Seins, Bildungsbürgerlich-Seins nicht zu hinterfragen. In den Schilderungen von Studierenden bei den Selbstsozioanalysen in meinen Seminaren werden Rassifizierungsprozesse zwar deutlich, aber eben fast nur aufseiten der rassistisch Diskriminierten. Umso wichtiger ist es bei Erzählungen von Personen mit jeweils dominanten (nicht nur) Habitusanteilen (*weiß*, männlich,...) dann, in einem halbwegs geschützten Rahmen, im Kollektiv, diese Mechanismen aufzudecken. Dies wird vermutlich nie ganz ohne Scham und Beschämung ablaufen können.

**Encarnación Gutiérrez-Rodríguez (EGR):** Danke, Nghi, dass du uns daran erinnert hast, dass rassistische Ausschluss- und Diskriminierungsmechanismen bis vor kurzem an der Universität in Schweigen gehüllt wurden. Außerdem gefällt mir deine Beobachtung sehr, Ngubia, dass Class und Gender in Bezug auf *weiße* Andere „allgemeiner theoretisiert

und thematisiert worden sind“. Und Lars, ich stimme dir zu: Rassismus im Unterricht wird meistens von denen thematisiert, die ihn selbst erfahren. In der europäischen Hochschullandschaft bleibt Rassismus bis heute ein ‚besonderes‘ Untersuchungsobjekt, während sein konstitutiver Charakter für die Konfiguration der Gesellschaft, wie du sagst, größtenteils abgestritten wird. Ngubia, du sprichst vom permanenten Ableugnen der europäischen Geschichte von Kolonialismus und Versklavung, welche die akademischen Traditionen in der westlichen Hemisphäre genährt haben. Diese Traditionen sind in der neoliberalen Universität noch immer ungebrochen. Die neoliberale Universität kann BPoC[2] teilweise inkludieren, um ihren Kanon zu bestätigen und auszuweiten, ohne dabei das Establishment zu irritieren. Postcolonial Studies, dekoloniale Perspektiven oder als nächstes vielleicht auch ‚institutioneller Rassismus‘ können als Themen in die Lehrpläne aufgenommen werden, indem sie als neues Objekt für Forschung und Studium integriert werden, ohne aber die Mechanismen von Inklusion und Exklusion für das Establishment grundsätzlich in Frage zu stellen. Antirassistische, dekoloniale, feministisch-queere Debatten, die aus sozialen Kämpfen hervorgegangen sind, lassen sich mit der neoliberalen Universität vereinbaren und innerhalb dieser kanalisieren. Das Ergebnis ist dann ‚Diversität‘, ‚Gleichberechtigung der Geschlechter‘ und ‚Chancengleichheit‘. Die neoliberale Universität ist multikulturell, gendersensibel und familienfreundlich – und, wenn es gerade passt, auch postkolonial, dekolonial oder sogar feministisch. Diese Vereinnahmungen kommen von den Akteur\_innen, die jetzt die Professuren innehaben. In diesen Prozess ist man verwickelt und muss Fragen aufwerfen bezüglich der Reproduktion von exkludierenden Mechanismen. Es stellt sich demnach die Frage: Wenn alles inkludiert wird, was ist dann das Problem mit der neoliberalen Universität?

Ich war diesen Sommer in Südafrika und habe die Programme für die Transformation des Hochschulwesens kennengelernt, die dort in den letzten zwei Jahrzehnten eingeführt worden sind. Es war beeindruckend zu sehen, wie sich ehemals *weiße* Campus von Eliteuniversitäten gewandelt haben zu solchen, an denen die Zulassung Schwarzer Student\_innen beständig steigt, wie beispielsweise an der Free State University, wo sie bereits über 50 Prozent erreicht hat. Diese Generation von Student\_innen beansprucht nun (gegen Studiengebühren) die Universität als ihren Ort und verlangt Zugang zur Universität für alle, wirft aber auch Fragen auf zu Lehrplänen, die Rassismus unterbewerten und nicht über europäischen Kolonialismus, Maafa und Siedlerkolonialismus sprechen. Und sie stellt schließlich auch die Frage: „Warum ist mein\_e Professor\_in nicht Schwarz?“ Dies sind relevante Fragen, die nicht vernachlässigt werden können und die sich auch nicht erledigt haben, wenn der Prozentsatz an BPoC-Wissenschaftler\_innen an der neoliberalen Universität von zwei auf 15 Prozent erhöht wird. Die neoliberale Universität kann ihre Attraktivität für ihre potentiellen Klient\_innen (Student\_innen) steigern, indem sie bei ‚Inklusion‘ ein Häkchen ins Kästchen setzt. Allerdings stehen Erhöhungen von Studiengebühren, die Kommodifizierung von Bildung, die Umformung von Akademiker\_innen zu ‚Wissensvermarktern‘ im Widerspruch zur Hochschulbildung als Ort des Lernens, der Reflexion, Analyse, Kritik und des Erforschens für alle.

**ENK:** Ja, Encarnación, genau deswegen muss sich antirassistischer Aktivismus an Hochschulen die Dekolonisierung der Universität zum Ziel setzen, was bedeutet: Hinterfragen des Kanons, Hinterfragen des traditionell *weißen* Charakters der Universität sowie der *weißen* ableistischen, vergeschlechtlichten Räumlichkeiten und so weiter ... Wie du (weiter unten) völlig richtig schreibst: „Rassismus an der Hochschule wird nicht nur darüber beseitigt, dass mehr BPoC eine Anstellung in dieser Institution finden, obwohl dies schon ein großer Erfolg wäre.“

### **Verschleierung und Ent-Wahrnehmung von Rassismus und Klassenverhältnissen**

**JH:** Diese Frage nach Möglichkeiten, Rassifizierungsprozesse und andere Machtformen zu thematisieren und aufzubrechen, finde ich wichtig – darauf werden wir nochmal zurückkommen. Mike, möchtest Du die von Ngubia angesprochene ‚Ent-Wahrnehmung‘ auch kommentieren?

**Mike Laufenberg (ML):** Ja, vielen Dank auch von mir, Ngubia, für diesen Einstieg zu den Strategien, mit denen Rassismus in der Hochschule als strukturelles Herrschaftsverhältnis unwahrnehmbar gemacht wird. Und danke auch euch anderen für die vielen weiteren Aspekte und Beispiele, die für mich alle zusammen ein stimmiges Bild ergeben: Ihr alle rückt in euren Ausführungen weniger ein Nicht-Sprechen und ein Schweigen über Rassismus ins Zentrum, sondern fokussiert gerade das Sprechen, genauer: das ‚Wie‘ des Sprechens als eigentliches Problem. Wenn es um Rassismus, um die koloniale Geschichte der Universität, um die Hochschule als Ort der Reproduktion sozialer Ungleichheiten geht, so besteht das Problem demnach nur zum Teil darin, dass diese Dinge in vielen Fällen immer noch nicht thematisiert und thematisierbar gemacht werden. Zum anderen Teil (und das stellt uns vielleicht sogar vor größere Schwierigkeiten, wenn wir nach kritischen Interventionsmöglichkeiten suchen) besteht das Problem darin, dass die neoliberale Hochschule Wege gefunden hat, über Rassismus zu sprechen, ohne über Rassismus zu sprechen. Und das ist wirklich perfide, weil es dadurch viel besser gelingt, Kritik an Rassismus und an der Kolonialität der Universität zu entkräften oder ganz zu delegitimieren.

Wenn überhaupt Rassismus zum Thema wird, dann, wie Ngubia so treffend beschreibt, als personalisiertes Fehlverhalten, als individuelle Ausnahme. Wer aber auf die Idee kommt, der Universität als Institution Rassismus vorzuwerfen, wird – wie ihr schön verdeutlicht – mit Hochglanzbroschüren über Internationalität, Diversity Management und das rassismuskritische Lehrangebot an Zentren für Migrations- und Geschlechterforschung beworfen. Den Widerspruch zeigst du auf, Encarnación, wenn du betonst, wie kritische Forschung und Lehre von der neoliberalen Hochschule auf diese Weise regelrecht eingesackt, wie sie als progressives Aushängeschild instrumentalisiert und als Wettbewerbsvorteil verwertet wird. Auf diese Widersprüchlichkeit kommen wir bestimmt noch einmal zurück, denn sie verdeutlicht uns ja durchaus auch, dass die neoliberale Hochschule kein monolithischer Block ist, sondern ein Ort, an dem soziale Kämpfe stattfinden; Kämpfe, an denen wir – bei aller Selbstkritik – partizipieren und anscheinend auch partizipieren wollen, weil wir die Bedeutung der Universität als einen

herausragenden Ort für die Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen wie Rassismus und Klassismus erkennen – und damit auch für deren Kritik.

Ich würde aber gern noch einen anderen Machtmechanismus ansprechen, der meines Erachtens ebenfalls in die Rubrik Verschleierung und Entwahrnehmung von Rassismus und Klassismus gehört: die Ideologie des Meritokratismus[3]. Der meritokratische Mythos verdeckt die Widersprüchlichkeit bürgerlicher Institutionen wie der Universität, die einerseits ein abstraktes Gleichheitsgebot verkündet, andererseits aber weiterhin auf sozialen Stratifizierungen, auf Rassismus, auf männlicher Herrschaft beruht. Dies gelingt durch eine diskursive und politische Umstellung von der Gleichheitsnorm (engl. *equality*) auf den Wert der Chancengerechtigkeit (engl. *equity*). Wer sich im Bildungssystem dann trotz vermeintlich gleicher Chancen nicht bewähren kann, wer im Konkurrenzkampf um die besten beruflichen Positionen ins Hintertreffen gerät, kurzum, wem der Aufstieg von einer unterprivilegierten in eine privilegierte Position nicht gelingt, war dann entweder nicht begabt genug, oder es mangelte an Ehrgeiz und Fleiß. Ungleichheit erscheint damit als selbstverschuldet und in diesem Sinne auch als gerechtfertigt. Ein wesentlicher herrschaftsverfleischer Mechanismus der Meritokratie besteht hier darin zu behaupten, es gäbe objektive, neutrale Kriterien dafür, wie sich Leistung messen lässt, etwa das Notensystem oder der Zitationsindex. Doch was als gute Leistung überhaupt wahrgenommen wird, die hier angeblich belohnt werden soll, ist selbst durch Macht- und Dominanzverhältnisse gefiltert und eng auf den Habitus derer abgestimmt, für die die Universität ursprünglich gemacht wurde, die sich in ihr zu Hause fühlen sollen. Es bevorteilt jene, die dem regulativen Ideal einer *weißen* Männlichkeit mit bildungsbürgerlicher Performance entsprechen oder zumindest nahe kommen.

**KNH:** Danke Ngubia und Lars für eure inspirierenden Dekonstruktionen der universitären Selbstverklärung als Ort des gesellschaftlichen Fortschritts, des machtfreien Diskurses und der kosmopolitischen Weltoffenheit. Ich würde ergänzend sagen, dass diese Diskurse auf ein Janusgesicht hindeuten und die akademische Zurschaustellung als Leuchtturmprojekte auch eine nicht anerkannte dunkle Seite enthält. Mir erscheint es zudem wichtig, das Lokale und Alltägliche mit globalen Strukturen und historischen Dimensionen zu verknüpfen, um nicht nur Ausschnitte, sondern durch eine andere Perspektivität auch ein umfassenderes Bild zu erhalten.

*„Mir erscheint es zudem wichtig, das Lokale und Alltägliche mit globalen Strukturen und historischen Dimensionen zu verknüpfen.“*

Historisch wird das klarer, wenn wir das universitäre Selbstbild in eine größere und längere Geschichte westlicher Überlegenheitsdiskurse und Hegemonialansprüche einbetten. Diese Geschichte ist mit globalen Zivilisierungsmissionen zur ‚Rettung‘ und ‚Hebung‘ des außereuropäischen Anderen verbunden, in der solch selbst zugeschriebene Attribute als Legitimationsgrundlage für Versklavung und Kolonialisierung genutzt wurden. Die westliche Wissenschafts- und Universitätsgeschichte ist so stark mit Bezügen zur Rassenkonstruktion und kolonialen Praktiken durchsetzt, dass eigentlich von einer Struktur der ‚wissenschaftlichen Kolonialität‘ gesprochen werden muss.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, dann ist davon auszugehen, dass diese Geschichte sich weiterentwickelt und neue Formen in der Gegenwart ausbildet.

Heute erleben wir, dass bereits die westliche Eigenkonstruktion als freiheitliche, tolerante und demokratische Gesellschaft, deren reinste Form die Universität verkörpert, Auswirkungen auf aktuelle politische Entwicklungen hat. Denn diese Behauptung geht implizit mit dem Vorwurf der Rückständigkeit gegenüber nicht-westlichen Gesellschaften einher, sodass dieser Diskurs offensichtlich Gefahr läuft, koloniale Settings und Hierarchien zu reproduzieren. Gerade anti-muslimische Diskurse finden in binären Weltansichten eine weitverbreitete Grundlage für ihre Überzeugungskraft, die einen grundsätzlichen Gegensatz aufstellt zwischen dem aufgeklärten Westen, der angeblich streng nach rational-wissenschaftlichen Prinzipien organisiert sei, und dem Islam, der das Gegenteil verkörpert. Wenn wir diese Spur weiterverfolgen, stoßen wir auch auf das Phänomen der neoimperialen Kriege etwa im Mittleren Osten und auf die Dynamik zur Aufrechterhaltung, Flexibilisierung und Modernisierung der heutigen neoliberalen Weltordnung – in all diesen Kontexten wäre es spannend zu analysieren, welche Rolle die akademische Wissensproduktion und das westlich zentrierte sowie hierarchisch gegliederte globale Universitätssystem spielen.

Leider finden wir dekoloniale Wissenschaftskritik derzeit nur an den Rändern des westlichen Wissenschaftssystems, während der sozial- und kulturwissenschaftliche Mainstream nach wie vor eurozentristisch ausgerichtet ist. Die Beziehung zwischen Wissenschaft und Kolonialität bildet eine wesentliche Grundlage der westlich dominierten Moderne. Umso absurder und programmatischer ist die Tatsache, dass dieses Thema nach wie vor unterforscht ist. Ich würde mir wünschen, dass die Selbstreflexion über die Eingebundenheit akademischer Institutionen und Wissenschaftspraktiken in kolonialisierende Machtverhältnisse zentral in der Lehre vertreten wäre, und das kann nur durch entsprechende Forschungsschwerpunkte mit entsprechenden Anreizen gewährleistet werden.

**LS:** Vielen Dank für die erneute Weitung des Blickes, Nghi. Hier zeigt sich auch, was Encarnación und Mike oben beschrieben haben, nämlich wie selbst – nach welcher Façon auch immer – kritische Theorie systemisch vereinnahmt wird. Dies lässt sich nicht nur an der ‚Entwicklungs‘-Soziologie zeigen; Beispiele dafür gibt es auch in der Friedens- und Konfliktforschung: So wird bei der ‚Interventionsoziologie‘ beispielsweise Habitussensibilität aufseiten der intervenierenden Organisationen und Akteur\*innen eingefordert. Anwendung fand dies u. a. bei dem militärischen Einsatz in Afghanistan, wobei der Begriff ‚Intervention‘ ja schon insofern beschönigend ist, weil er suggeriert, dass eine externe Partei, die vermeintlich zuvor nichts mit dem Konflikt zu tun hatte, nun eingreift.

**JH:** Vielen Dank für diese Verbindungen zu kolonialen und neoimperialen Projekten, Nghi. In der Geographie sind wir mit dieser Eingebundenheit akademischer Praktiken besonders konfrontiert, etwa in nach wie vor stark am Diskurs der ‚Entwicklung‘ orientierten Forschungen in afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Kontexten. Und als ich in der Vorbereitung einer Lehrveranstaltung vor ein paar Jahren den Abschnitt zu



‚Rasse‘ in Jürgen Bährens Standardwerk zur Bevölkerungsgeographie (Auflage von 2010!) las, wäre ich fast vom Stuhl gefallen. Dort wird – lediglich durch eine Literaturangabe problematisiert – die angebliche Verteilung verschiedener ‚Rassenkreise‘ auf der Erde abgebildet. Auch das geographische Format der ‚Exkursion‘, das standardmäßig in der Lehre eingesetzt wird, hat natürlich eine koloniale Geschichte, die selten reflektiert wird – wobei Exkursionen auch genau zur Auseinandersetzung mit Fragen nach Positionalität und Kolonialität oder auch mit Theorien zu globalen Machtbeziehungen, dependent development oder dekolonialen Epistemologien genutzt werden könnten. Dazu gibt es in den letzten Jahren einige interessante Ansätze, wenn auch nur – wie du schon sagtest, Nghi – an den Rändern.

Ich wollte aber auch nochmal auf die ‚De-Thematisierungsinstrumente‘, wie Lars es genannt hat, zurückkommen. Lars, du sprichst in Deiner Arbeit auch von ‚verborgenen Mechanismen der Macht‘ im Sinne von Pierre Bourdieu, mit denen Student\_innen aus ‚bildungsferner Herkunft‘ an deutschen Hochschulen umgehen müssen. Dabei beschreibst du Ängste und Unsicherheiten, die durch Erfahrungen der Nicht-Passung entstehen. Was sagen diese Erfahrungen über das Hochschulsystem aus?

**LS:** Die Erfahrungen vermitteln (mir) das Bild, dass das Hochschulsystem (nach wie vor oder mehr denn je) unter anderem getragen ist von diesen Mechanismen, die vielleicht sogar Prinzipien sind: ‚Konservierung durch Veränderung‘ und ‚Verschleierung durch Transparenz‘. Damit meine ich, dass der Bologna-Prozess und so mancherlei Aspekte der Ökonomisierung von Hochschulen ja perfiderweise mit dem Anspruch versehen wurden, soziale Ungleichheit zu bearbeiten, sowohl mit Blick auf Verteilungsgerechtigkeit als auch auf Chancengleichheit. Damit lassen sich hervorragend Machtverhältnisse konservieren, während sich auf der Ebene der symbolischen Repräsentationen kaum etwas ändert. Mit Transparenz und Partizipation ist es ähnlich. Hochschulangehörige werden auf verschiedensten Ebenen dazu aufgerufen, Transparenz und Beteiligung walten zu lassen. Wenn dann die Diskursmächtigen ihre Sicht der Dinge als den universellen Blick darauf, eben als ‚die‘ Transparenz, zu verkaufen in der Lage sind, dann ändert sich nicht nur nichts, sondern Dominanzverhältnisse werden durch die Beteuerung effektiver verschleiert, dass man doch Klarheit und auf der ‚Angebotsseite‘ die Möglichkeit der Beteiligung hergestellt habe („Ich hatte das doch über den Mail-Verteiler an alle zur Kommentierung geschickt“, wäre so ein Beispiel).

Das gilt unabhängig von Mehrheitsverhältnissen. Circa 70 Prozent der Studierenden an der Hochschule Düsseldorf haben zum Beispiel keinerlei Studiererfahrungen in ihrem familiären Umfeld. Das ist auch für eine Fachhochschule ein sehr großer Anteil. Dennoch funktionieren viele Muster auch hier so, dass sie eher klassische akademische Habitus beziehungsweise entsprechendes Verhalten einfordern: zum Beispiel indem die Fähigkeit zu selbstgesteuertem Lernen vorausgesetzt wird, obwohl sich zeigen lässt, dass viele sogenannte Studienpionier\*innen genau damit Schwierigkeiten haben, weil die Denkmuster, die sie in ihrem bisherigen Leben gelernt haben und mit Erfolg anbringen konnten, eher auf Kurzfristigkeit ausgerichtet waren. Mit dem Bedarf an (und dem Bedürfnis nach) Anerkennung und mit Selbstzweifeln ist es ähnlich.

**EGR:** Ich möchte den Punkt der Nicht-Passung in Bezug auf ‚bildungsferne Herkunft‘, Sexismus und Rassismus aufgreifen. Bei der Thematisierung von institutionellem Rassismus geht es auch um alltägliche Erfahrungen von Diskriminierung. Es geht hier nicht immer um explizit geäußerte Ausschließungsmechanismen. Die Forschung zu institutioneller Diskriminierung an Schulen spricht hier von direkten und indirekten Diskriminierungspraktiken. Indirekte Diskriminierung äußert sich in alltäglichen Interaktionen, in denen bestimmte Menschen zu Projektionsflächen werden, indem sie zu Gegenständen von Gerüchteküchen, von Auslassungs- und Vernachlässigungspraktiken werden. Diese Praktiken tragen dazu bei, dass die Menschen, die zum Blau dieser subtilen Attacken werden, diskreditiert, ignoriert oder übergangen werden, während diejenigen, die an den Attacken mitwirken, ihre Zugehörigkeit zur Clique konstituieren und Banden schließen im Sinne von ‚white bonding‘ oder ‚hegemonic bonding‘. Diese alltäglichen und unterschweligen Attacken immobilisieren Menschen, sie werden krank oder verlassen die Hochschule, weil sie es nicht mehr aushalten und keine Perspektive sehen. Bei Studierenden kommt es dann zum Studienabbruch oder der Herstellung eines Selbstverständnisses, das die Hochschule als Außenwelt begreift und sie nicht als Ort der eigenen Selbstentfaltung oder gar als zukünftigen Arbeitsplatz ansieht. Für Promovierende und Postdocs wiederum stehen diese Dynamiken im Zusammenhang mit fehlender institutioneller Förderung.

Rassismus an der Hochschule wird nicht nur darüber beseitigt, dass mehr BPoC eine Anstellung in dieser Institution finden, obwohl dies schon ein großer Erfolg wäre. Denn neben der strukturellen Ausgrenzung von BPoC müssen wir auf die affektiven Mechanismen achten, die Menschen das Leben in bestimmten Räumen unmöglich machen. Wenn ich über institutionellen Rassismus spreche, beziehe ich mich auch auf die subtilen Mechanismen, die Menschen degradieren und ihre Daseinsberechtigung in Frage stellen. Es geht um die Menschen, die in der Institution Hochschule im Sinne von Nirmal Puwar (2004) von Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft als ‚space invaders‘ betrachtet werden. Hierbei spielt das Zusammenkommen von Klasse, Nationalität, Race, Religion, Sexualität und Ability eine entscheidende Rolle. Ich erinnere mich an eine Situation an der Universität Hamburg, als in einer Berufungskommission ein professorales Mitglied meinte: „Wir werden doch nicht mit dem Servicepersonal am gleichen Tisch sitzen.“ Diese Bemerkung war zwar nicht an mich gerichtet. Doch mir wurde sofort bewusst, dass die Frage, mit wem Mensch am Tisch sitzt, eine Frage ist, die für Menschen, die ihre Privatsphäre mittels sozialer Distinktion organisieren und faktisch von anderen Menschen bedient werden, von Gehalt ist. Wenn die Tochter der Putzfrau oder der Mensch, den eine eher als Gärtner oder als Köchin oder Kindermädchen einstellen würde, plötzlich die gleiche berufliche Position einnimmt wie eine selbst, kann das zwar im Einzelfall begrüßt werden. Doch wenn sich dies häuft, kann es als Bedrohung und Destabilisierung der eigenen sozialen Position empfunden werden.

Der alltägliche Rassismus, der die Ordnung zwischen gesellschaftlich superioren und inferioren Positionen organisiert, findet in alltäglichen Begegnungen, Adressierungen und Interaktionen statt. In diesem Zusammenhang wird auf der Grundlage von Annahmen, Vorstellungen und Affekten

gehandelt. Rassismus funktioniert, indem ein Außen als Norm gesetzt wird. Die allgemeingültigen Regeln, die alltäglich in die Interaktion Eingang finden, werden plötzlich außer Acht gelassen. Die Ausnahme der Regel wird etabliert. In alltäglichen Interaktionen heißt das zum Beispiel: In kollegialen Gesprächen wird einer das Wort abgeschnitten, ihr in den Satz gefallen, sie wird nicht zu bestimmten Terminen eingeladen oder bei Vorstellungen von Projekten übergangen. Neben den alltäglichen Ego-Profilierungsambitionen, die immer wieder in der akademischen Sozialität abgefragt und inszeniert werden, kommt es im Zusammenhang mit institutionellem Rassismus zu Dynamiken, die im Regelfall als unkollegial oder unethisch gelten, hier jedoch zumeist stillschweigend ausgeführt werden und von den Anwesenden kaum kommentiert oder angesprochen werden.

**ENK:** Wow! Encarnación, das ist eine wunderbare und komplexe Analyse, die die Alltäglichkeit von Rassismus und Ausschlüssen beschreibt. Die Alltäglichkeit von Rassismus macht es schwer, genau den ‚Finger darauf zu legen‘, und somit fast unmöglich, ihn zu thematisieren – eine frustrierende Erfahrung. Von dieser Subjektposition aus habe ich das eloquente Schweigen beobachtet, das ihn umgibt, vor allem aufseiten *weißer* Kolleg\_innen. Die greifbare Unverhohlenheit und die eloquente Subtilität, die diese Handlungen begleiten, konstruieren das Andere als psychopathologisch, welches angeblich etwas sehen würde, das ‚nicht existiert‘ oder nicht gesehen werden kann – als schizophran. Das mag sich sehr kontrovers anhören, aber ich beginne gerade zu begreifen, dass solche Rassifizierungen (Rassismen) bei *weißen* Kolleg\_innen nicht einfach offen angegangen werden können, indem ihre Handlungen als rassistisch gebrandmarkt werden (auch wenn wir alle wissen, was unter der Spitze des Eisbergs noch alles verborgen liegt). Hier denke ich viel darüber nach, wie neue Werkzeuge entwickelt werden können, die diese rassistischen Unbesonnenheiten direkt aufzeigen und hervorheben, ohne sie jedoch als rassistisch zu brandmarken. Vielen lieben Dank, dass du diese Aspekte so eloquent artikuliert hast.

### **Internationalisierung und Ökonomisierung der Hochschulen**

**JH:** Diese Diskussion der oft subtilen Formen der Machtausübung zeigt, wie schwer Rassismus allein durch Quotierung und Diversitätsdiskurse begegnet werden kann. Bevor wir die Frage politischer Strategien weiter vertiefen, können wir das vielleicht noch einmal in den gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Kontext einbinden, den Nghi eingangs angesprochen hat, und dabei die intersektionellen Verstrickungen diskutieren. Encarnación, du hast dich unter anderem mit Zusammenhängen von rassistischen Ausschlüssen, Migrationskontrolle und der Neoliberalisierung von Universitäten beschäftigt. Wie schätzt du die Entwicklungen der letzten Jahre ein?

**EGR:** Internationalisierungsbestrebungen an Hochschulen müssen in Verbindung mit der Ökonomisierung von Bildung diskutiert werden. Universitäten in den USA, Großbritannien, Australien und auch Frankreich, den Niederlanden, den skandinavischen Ländern sowie in lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien, Mexiko, Kolumbien, Chile und Ecuador orientieren sich zunehmend

an einem global agierenden Hochschulbildungsmarkt – in Deutschland ist dieser Prozess aktuell ebenfalls zu beobachten. In diesem Zusammenhang stellen internationale Studierende, vor allem für US-amerikanische und britische Universitäten, eine Einnahmequelle dar. Migrationsforscher\*innen weisen zunehmend auf die Effekte dieser Entwicklung hin, die sich in anwachsenden Mobilitäts- und Migrationsbewegungen von internationalen Studierenden äußert. Migrationspolitiken in den USA und Großbritannien greifen auf restriktiv regulierende Weise in dieses Feld ein. Entsprechend ist die Universität nicht frei von der Exklusionslogik, die diesen Politiken innewohnt. Wenn Migrationspolitiken die Tore der neoliberalen Universität betreten, wird die nationale, rassifizierende Matrix, die der Regierungslogik und -praxis des Nationalstaates zugrunde liegt, erkennbar. Auch wenn Migrationspolitiken nicht direkt mit einem rassifizierenden Diskurs operieren, hat die ihnen immanente Technologie der Herstellung eines ‚Anderen‘ der Nation oder zur Nation eine rassifizierende Wirkmächtigkeit, die sich an der Herstellung konkreter rassifizierter Subjekte festmacht.

*„Wenn Migrationspolitiken die Tore der neoliberalen  
Universität betreten, wird die nationale, rassifizierende Matrix,  
die der Regierungslogik und -praxis des  
Nationalstaates zugrunde liegt, erkennbar.“*

Internationale Studierende und Wissenschaftler\*innen genauso wie nicht-akademisches Personal sehen sich mit Visaanforderungen und Regularien zur Migrationskontrolle konfrontiert. Dabei variieren das Ausmaß und die Intensität dieser Maßnahmen je nach nationalem, regionalem, religiösem und ökonomischem Hintergrund. Der legale Status der Migrant\*innen bestimmt die Möglichkeiten oder Beschränkungen, denen Individuen oder Gruppen, die als Migrant\*innen, Flüchtlinge oder Asylsuchende markiert werden, begegnen. So haben zum Beispiel undokumentierte Migrant\*innen, Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus und Menschen, die Asyl beantragt haben, keinen Zugang zu höherer Bildung. Auch wenn sie individuell die offiziellen Voraussetzungen für die Annahme als Studierende erfüllen, hält ihr legaler Status sie in einem Zustand sozialer Untätigkeit fest und hindert sie daran, an Arbeit und/oder Studium teilzuhaben.

Im Falle internationaler Studierender und Wissenschaftler\*innen haben wir es wiederum mit einer Gruppe von Migrant\*innen zu tun, die aufgrund ihrer finanziellen Mittel oder professionellen Kompetenz in der Lage sind, einen temporären Aufenthaltsstatus in Europa zu erlangen. Doch je nach nationaler Herkunft ist diese Gruppe nicht geschützt vor von Anti-Migrations-Rhetorik und Migrationskontrollpolitiken produzierten diskriminierenden Übergriffen. Das Ausmaß, in welchem internationale Wissenschaftler\*innen und internationale Studierende Kontrollen ausgesetzt sind, variiert mit den verschiedenen bilateralen und transnationalen Abkommen zwischen Einreise- und Auswanderungsland. Zum Beispiel brauchen Studierende aus den Vereinigten Staaten, Kanada oder Japan kein Visum, um nach Deutschland einzureisen. Zugleich müssen Studierende aus Osteuropa und den meisten Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens sich für Visa bewerben und können einer Reihe von Restriktionen bei der Einreise ins Land und der Einschreibung in ihr Studienprogramm begegnen (Amjahid 2011). Der Grad der Kontrolle

und die restriktive Dimension dieser Vorgaben können je nach nationalen ökonomischen und politischen Interessen variieren. Jenny Lee und Charles Rice (2007) stellen in ihrer Studie über rassistische Diskriminierung internationaler Studierender in den Vereinigten Staaten fest, dass Studierende aus dem Mittleren Osten, Afrika, Ost- und Südasiens sowie Lateinamerika Formen von Diskriminierung erleben, die Lee (2007) als Neo-Rassismus bezeichnet. Lee unterscheidet in diesem Zusammenhang direkte Formen rassistischer Diskriminierung, wie rechtliche Hürden und die Verletzung persönlicher Freiheiten, von indirekter Diskriminierung durch ungleiche Behandlung.

Im europäischen Kontext sind Migrationsüberwachung und Kontrolltechnologien an der Universität nicht nur durch politische Regulationen, Richtlinien und Maßnahmen vermittelt, sondern besonders auch durch Alltagsrassismen und Vorurteile. Auf diesen beiden Ebenen wird institutioneller Rassismus erfahren. Basierend auf der Unterscheidung zwischen ‚Bürger\*in‘ und ‚Migrant\*in‘, produzieren Migrationspolitiken verschiedene legale Kategorien des Zugangs zu Bürgerrechten. Fragen der Niederlassung, der politischen Teilhabe, Familienzusammenführung, Bewegungsfreiheit, des Zugangs zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu Krankenversicherung und sozialen Sicherungen werden auf dieser Basis reguliert.

**JH:** Die von Encarnación angesprochene Ökonomisierung von Bildung knüpft auch an deine Arbeit, Mike, zu kapitalistischen Klassenverhältnissen im Hochschulkontext an – um eine weitere Facette intersektionaler Machtverhältnisse anzusprechen. Du hast argumentiert, dass sich die Ausgrenzung von Menschen der Arbeiter\_innen- und Armutsklasse im Kontext der Ökonomisierung der Hochschulen verschärft hat – gerade vom Masterabschluss aufwärts. Welche Dynamiken wirken hier?

**ML:** Zunächst einmal ist es wichtig zu betonen, dass die Ökonomisierung der Universitäten ja nichts grundsätzlich Neues ist. Schon die staatlich gesteuerte Hochschulexpansion der späten 1960er und 70er Jahre in der BRD stellte eine umfassende Subsumption der Universitäten unter den kapitalistischen Reproduktionsprozess dar. Der Ausbau der Hochschulen erwies sich im Zuge der auf die Wachstumskrise 1966/67 folgenden Umstellung des kapitalistischen Akkumulationsmodells auf Massenproduktion und -konsum als notwendig. Denn der bis dahin vorherrschende Typus der elitären, weitgehend auf die Bildung des Bürgertums beschränkten Ordinariatenuniversität war aus Sicht der Produktivkraftentwicklung nicht geeignet, um den wachsenden Bedarf an technisch und wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften für den privaten und staatlichen Arbeitsmarkt auszubilden. Tatsächlich öffnete sich die deutsche Universität im Zuge dieser Expansion in den 1970er Jahren zum ersten Mal in einem höheren Maße für Teile der Arbeiter\_innenklasse. In den 1980er Jahren finden ‚Arbeiter\_innenkinder‘ schließlich historisch neuartige Gelegenheitsstrukturen für eine wissenschaftliche Laufbahn und die Berufung auf eine Professur vor. Aktuelle Studien weisen jedoch darauf hin, dass diese Entwicklung rückläufig ist und wir seit der Jahrtausendwende wieder einen verstärkten sozialen Schließungsprozess beobachten können.

Diese aktuelle Verschärfung der sozialen Exklusivität der Hochschulen ist kein Zufall, sondern ein wesentliches Merkmal der neoliberalen

Universität. So wurden seit den 1990ern systematisch neue institutionelle Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit implementiert, wie zum Beispiel die Einführung des dualen Bachelor-Master-Systems und die Schaffung der Juniorprofessur verdeutlichen. Der Übergang vom Bachelor zum Masterstudiengang stellt einen neuen Selektionsmechanismus dar, den das alte Studiensystem so nicht kannte und der nachweislich Studierende aus hochschulfernen Klassen benachteiligt. Diese sehen aus finanziellen oder habitusvermittelten Gründen häufiger als Studierende aus hochschulnahen Klassen davon ab, nach dem Bachelorabschluss ein Masterstudium aufzunehmen. Bezüglich der Juniorprofessur gibt es wiederum empirische Belege, dass diese von allen professoralen Statusgruppen die höchste soziale Geschlossenheit aufweist. Da Juniorprofessuren relativ bald nach der Promotion besetzt werden sollen, werden neben der Promotionsnote Leistungskriterien wie schnelle Studien- und Promotionsdauer angelegt, aber auch das Alter spielt eine Rolle. Dies spielt Personen aus bürgerlicher Klassenherkunft zu, da diese aufgrund ihres mitgebrachten kulturellen Startkapitals durchschnittlich zielstrebig studieren und promovieren sowie insgesamt schneller auf hohe Statuspositionen vorrücken.

Die soziale Exklusivität der neoliberalen Hochschule korrespondiert hier mit aktuellen Strategien ökonomischer Hochschulsteuerung, sofern beide Neuerungen, die Einführung der Juniorprofessur wie des Zweiklassensystems B.A.-M.A., auf eine Senkung der Kosten für die Produktion und Reproduktion von Arbeitskraft – und damit deren Wert – hinauslaufen. Im einen Fall durch die Verkürzung von Bildungslaufbahnen und das Erreichen einer schnelleren Berufsbefähigung (*employability*), im anderen Fall durch eine Senkung der Ausgaben für Personalmittel mittels der Schaffung neuer, im Vergleich zu ordentlichen Professuren kostengünstigeren Personalkategorien. Der neoliberalen Hochschule gelingt es damit, zwei verschiedene Reproduktionsfunktionen der Universität im Kapitalismus zu versöhnen, die im Zuge der sozialen Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen in den 1970er Jahren zunehmend in Konflikt gerieten: Einerseits soll die Hochschule Arbeitskräfte mit spezifischen Fertigkeiten und Kompetenzen produzieren, die auf die jeweils aktuellen Produktionsweisen kapitalistischer Akkumulation abgestimmt sind. Andererseits dient das Hochschulsystem eben seit jeher auch der Sicherung und Reproduktion der Privilegien und der Dominanz der herrschenden Klassen. Die häufig abschätzig als ‚Massenuniversität‘ bezeichnete Reformuniversität der 1970er Jahre schien diese zweite Funktion zu gefährden. Jedenfalls schürte sie im Bürgertum die Angst vor der Abwertung ihres eigenen kulturellen Kapitals durch eine massenhafte Produktion hoher Bildungsabschlüsse. Bereits in den 1970er und 80er Jahren forderten konservative Kräfte der Bildungselite daher eine stärkere Regulierung des Hochschulzugangs, eine Ausdifferenzierung des Hochschulsystems in elitäre und weniger reputierliche Bereiche sowie eine Verkürzung der Studienzeiten. Dies wurde dann seit den 1990er Jahren auch tatsächlich umgesetzt. Mit der systematischen Produktion abgewerteter Studienabschlüsse, der Normalisierung prekärer Beschäftigungsbedingungen und der fortgesetzten Segregation der professoralen Statusgruppen in hoch und weniger angesehene gelingt es der neoliberalen Hochschule, dem weiter steigenden Bedarf an akademisch

qualifizierten Arbeitskräften zu entsprechen, jedoch ohne – wie einst in Ansätzen das sozial-liberale Projekt der Reformuniversität in Aussicht stellte – den elitären, soziale Klassenverhältnisse reproduzierenden Charakter des Hochschulsystems preis zu geben.

**LS:** Vielen Dank für diese erhellenden Ausführungen. Ich freue mich, dass du hier auch statistische Zusammenhänge deutlich machst, wie etwa den Zugang zur (Junior-)Professur. Dem möchte ich nur nochmal das Selbstverständliche hinzufügen, dass sich hinter diesen Verteilungen auch ein qualitatives Erleben verbirgt, was tagtäglich an der Hochschule zu beobachten ist: Masterstudierende, oder sogar Doktorand\*innen, die zum Teil verbittert, zum Teil gelassen, normalisiert spüren, „dass das nichts für sie ist“.

**ENK:** Hi Mike, danke für diese historische Erkundung. Mir ist dabei aufgefallen, dass, wenn wir über Leute aus der ‚Arbeiter\_innenklasse‘ reden, wir gleichzeitig wie synonym *weiße* Menschen damit meinen. Ich finde das ungemein interessant für unsere Diskussion, weil dadurch Mensch-Sein mit Weißsein in eins gesetzt wird und das mit einem marxistischen Kampf verbunden wird. Ich denke, dass das noch andere Analyseebenen öffnet, zum Beispiel auch, wie die verschiedenen akademischen Qualifikationen und Anforderungen eingesetzt worden sind, um insbesondere Student\_innen of Color den Zugang zu verwehren, die dadurch nachweislich nicht an der Universität vertreten waren, und deren Kämpfe in den meisten derartigen Untersuchungen unbenannt bleiben. Ich finde dabei spannend, wie solche Mechanismen spezifisch dazu dienen, die *weiße* nichtbehinderte männliche heteronormative Norm aufrecht zu erhalten. Lars, dein zusätzlicher Punkt ist großartig. Mir gefällt wirklich sehr, wie du das Subjekt wieder zum Individuum zurückbringst und dabei wieder das einbringst, was ich auch als Habitus interpretieren kann – wie dieser inszeniert, also durch Handlungen, Worte und Interaktionen instrumentalisiert wird, um ‚ungewollte Andere‘ fern zu halten.

### **Umgang mit Mehrfachdiskriminierung**

**ML:** Lars und Ngubia, ich stimme euch beiden zu, sowohl was die Bedeutung der Ebene subjektiven Erlebens betrifft, als auch Ngubias wichtigen Einwand, dass eine Gefahr darin besteht, die Arbeiter\_innenklasse als implizit *weiß* zu imaginieren. Auf beide Punkte würde ich gerne antworten, indem ich eine persönliche Erfahrung heranziehe: Im letzten Jahr habe ich an der TU Berlin gemeinsam mit Myriam Raboldt und Tanja Abou einen zweiteiligen Empowerment Workshop von und für Studierende und Wissenschaftler\_innen aus der Arbeiter\_innen- und Armutsklasse organisiert. (Tanja Abou hatte diesen Workshop sowohl konzipiert als auch angeleitet.) Wir haben uns über vieles ausgetauscht: über unsere biografischen Wege, Erfahrungen von *class shaming*, die Abwertung unserer herkunfts-spezifischen Erfahrungen und daraus folgender Wünsche, ein anderes Lern- und Arbeitsumfeld zu gestalten, bis hin zu manifester Diskriminierung. Was im Workshop sehr deutlich wurde, ist das Wechselverhältnis von klassenspezifischer Diskriminierung und Rassismus. Ungefähr die Hälfte der Teilnehmenden waren Studierende und Wissenschaftler\_innen of Colour.

Und obwohl alle im Raum schwierige und verletzte Situationen erlebt haben, zeigten sich gerade in ihren Erfahrungen die explizitesten Formen von direkter und offener Diskriminierung, insofern sich hier Rassismus und Klassismus überlappten und gegenseitig verstärkten. Sie erlebten die Situationen, in denen sie an der Universität Rassismus erfuhren, regelmäßig zugleich als Abwertung und Stigmatisierung ihrer Herkunft aus einer Arbeiter\_innenfamilie; die Rassifizierung fungierte in diesen Fällen auch als klassenspezifische Markierung, als explizit abwertendes Benennen und Sichtbarmachen ihres Klassenhabitus.

**KNH:** Ngubia, ich kann es gut nachvollziehen, dass du die Ausschlüsse in der Klassenfrage monierst. Ich möchte die Diskussion hier auch gar nicht ablenken, sondern intersektional ausweiten. Denn interessanterweise haben nicht nur liberale und marxistische Ansätze blinde Flecken, da sie bei Hochschulfragen etwa Race und Gender systematisch ausblenden. So kämpften frühe feministische Bewegungen hauptsächlich für den Uni-Zugang von Weißen Bildungsbürgerinnen, während sie sich nicht für die Belange von proletarischen Frauen interessierten, die sich ihrerseits in eigenen Organisationen zusammenschlossen. Schwarze Feministinnen und Women of Color haben bereits in den 1970er Jahren im US-Kontext auf ihren Ausschluss aus der neuen (Weißen) feministischen Frauenbewegung hingewiesen, die im Wesentlichen eine bürgerliche blieb. Auch antirassistische Ansätze in PoC-Bewegungen waren in ihrer Geschichte oftmals durch bürgerliche Männerperspektiven und ihre Interessen bestimmt. Auch unter PoCs und Schwarzen ist der Zugang zur Universität stark vom familiären Klassenhintergrund abhängig, so dass auch hier Studierende und Lehrende of Color aus Arbeiter\*innenfamilien in der Minderzahl sind.

Die verschiedenen identitätspolitischen Formierungen, die auf strukturelle Ausschließungen in der Gesellschaft und in den sozialen Bewegungen reagierten, haben ihrerseits mit dem Problem zu kämpfen, dass jede Gruppe in erster Linie für sich selbst um eine angemessene Repräsentation und Beteiligung kämpft. Die Kämpfe um Zugang, Ressourcen und Machtpositionen an den Hochschulen bilden dabei keine Ausnahme, sondern sind meistens integraler Bestandteil von größeren sozialen Bewegungen. Ungeklärt ist unter anderem, wie eine gerechte und angemessene Repräsentation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an der Universität und in der Gesellschaft aussieht. Dazu existiert keine einheitliche Vorstellung. Hinzu kommt die Knappheit der zur Verteilung stehenden Ressourcen, die als Nullsummenspiel angelegt ist, da der Gewinn des Einen als Verlust des Anderen wahrgenommen wird. All das hat sich im Grunde bis heute nicht elementar geändert. Solange der Zugang zum Hochschulstudium und erst recht der Aufstieg zu professoralen Positionen so stark klassenabhängig sind, werden die hochschulpolitischen Debatten vor allem von denjenigen geführt, die an den Unis in einflussreichen Positionen vertreten sind.

**JH:** Um nochmal auf die von Lars angesprochene Ebene des täglichen Erlebens zurückzukommen: Wo liegen für dich, Lars, die Herausforderungen eines intersektionellen Ansatzes bei Fragen der Selbstreflexion und politischen Intervention?



**LS:** Mit Blick auf verschiedene Ungleichheitsdimensionen ist der Aspekt besonders interessant, dass auch auf studentischer Seite gerade in sozialen und vermeintlich politisch linken Fachbereichen der Anspruch besteht, politisiert zu sein beziehungsweise über eine politisierte Haltung und politisch korrekte Sprache zu verfügen. Und auch das ist für Studienpionier\*innen nicht selbstverständlich. Hier versteckt sich also hinter wohlmeinenden emanzipatorischen Anliegen ein Stück weit eine Exklusionspraxis oder Klassismus. (Der Begriff ist allerdings irreführend, weil es hier um unterschiedene soziale Herkünfte oder Habitus und weniger um unterschiedliche Klassenlagen geht.) Dies ist kein Vorwurf, sondern mein Wunsch, bei allem Engagement einen Blick auch auf die eigenen Privilegien und Markierungen zu richten. Natürlich fällt es uns leichter, die Benachteiligungsdimensionen zu sehen, von denen wir selbst betroffen sind. Die eigenen Privilegien und Dominanzzugehörigkeiten nicht zu hinterfragen – auch das gehört zum System Hochschule.

*„Die eigenen Privilegien und Dominanzzugehörigkeiten nicht zu hinterfragen – auch das gehört zum System Hochschule.“*

Wir sind an unserer Hochschule dabei zu versuchen, das ein bisschen aufzubrechen. Mittlerweile liegen über 1000 schriftliche oder mündliche studentische Selbst-Sozioanalysen vor, in denen Studierende das eigene Leben daraufhin analysieren, mit welchen Mustern sie aufgewachsen sind und zu welchen Mustern ihrer jeweiligen Umgebung das gut oder weniger gut gepasst hat und passt (Schmitt 2015). Das Feedback ist überwältigend positiv, weil dadurch nicht nur eine große Solidarität im Seminarraum entsteht, da viele sich in den Geschichten der anderen wiedererkennen, sondern viele auch sich selbst und andere mit der Bourdieu'schen Brille besser verstehen lernen und annehmen können, ohne aber die Konflikte zu individualisieren, sondern eben auch Strukturen zu kritisieren. Habitus-Struktur-Reflexivität bei Lehrenden anzustoßen, ist schon etwas schwieriger.

**ENK:** Ich finde das sehr interessant, was du, Lars, gerade erzählt hast. Danke für das Teilen deiner Gedanken. Du zeigst zum Beispiel auf, wie verschiedene wohlmeinende Anstrengungen tatsächlich ausschließende Praxen weiter stabilisieren, weil die Machtdimensionen, die sie konstituieren, nicht reflektiert werden. Außerdem bringst du ein gutes Beispiel von dem Einfluss der Kategorie Class auf die Lebensrealitäten *weißer* Student\_innen, von denen erwartet wird, dass sie sich dem akademischen Habitus fügen, der ihnen höchstwahrscheinlich nie beigebracht wurde, beziehungsweise zu dem sie keinen Zugang hatten (weil dies oft mit dem familiären Hintergrund zusammenhängt, mit Zugang zu Kapital usw., kurz also: mit ‚Class‘). In diesem Zusammenhang bringst du an, dass das Reflektieren verschiedener Erfahrungshorizonte und Hintergründe durch die Student\_innen als Katalysator für Selbstreflexion in Bezug auf ihre Privilegien sowie darauf, wo sie sich innerhalb der Dominanzkultur verorten, dienen kann. (Teil der Dominanzkultur zu sein, ist an sich schon *das* Hyperprivileg). Ich verstehe sehr gut, wie das zu einem selbst-reflexiven Prozess führen kann – ich meine, irgendwo müssen wir ja anfangen. Was ich mich aber frage, ist: Wie kann deiner Meinung nach ein solcher Reflexionsprozess über die verschiedenen Linien miteinander verwobener Privilegien hinweg gefördert werden – wenn wir zum Beispiel an Ableismus, Rassismus, Sexismus denken?

Außerdem würde mich interessieren, welche Strategien dir einfallen, um die Aufmerksamkeit von Student\_innen aus vor allem technischen Fächern zu erlangen (denn Student\_innen der Sozialwissenschaften und Gender Studies sind diesbezüglich mit höherer Wahrscheinlichkeit eingeweiht als bspw. die der Ingenieurwissenschaften). Ich verstehe, dass ein Ansatz über die Kategorie ‚Class‘ für (vor allem) *weiße* Student\_innen hilfreich sein kann, um ihnen überhaupt einen ersten Zugang zur Reflexion von Privilegien zu vermitteln. Wie würdest du sie dazu bewegen, *weiße* Privilegien zu reflektieren?

**LS:** Vielen Dank für die Hinweise, Ngubia, die ich, glaube ich, gut nachvollziehen kann. Ich bin mir bewusst, dass ich in einer Art Soziotop agiere, und dass an einer Fachhochschule, an einem inhaltlich und umgangstechnisch sozial ausgerichteten Fachbereich, Dinge initiiert werden können, die nicht ohne Weiteres übertragbar sind. Es liegen aber (in sehr kleinem Maßstab) Erfahrungen mit (zuvor angeleiteten) Selbstsozioanalysen von Studierenden aller Fachbereiche unserer Hochschule vor, die sehr erfreulich sind. Und ich verbinde eine methodologische und emanzipatorische Hoffnung damit: Wenn Studierende dazu eingeladen sind, ihr Leben mit der ‚Brille‘ der Habitus-Struktur-Reflexivität zu betrachten, dann werden zwar oft milieuspezifische und geschlechterspezifizierte Habitusanteile und umgebende Strukturen reflektiert und sehr selten etwa rassifizierte methodologisch aber ist das möglich. Deshalb bleibt für mich Bourdieus Habitusbegriff ein sehr bedeutsames Instrument, gerade in intersektionaler Perspektive. Mit Kritischer Theorie und Postcolonial-Ansätzen lässt sich unter anderem analysieren, wie kolonialisierend der Kapitalismus ist und wie (mit an Foucault angelehnten Ansätzen) das ‚Übel‘ versubjektiviert wird und wir Kompliz\*innen der Verhältnisse werden. Mit weiteren dekonstruktivistischen, auch queer-theoretischen, Konzepten können Dekonstruktionspolitiken angestoßen werden. Dennoch bietet der Habitusbegriff die Möglichkeit sozial auszudifferenzieren: Wer ist wie stark von systemischen Kolonialisierungen der Lebenswelt, von Kämpfen um Anerkennung, von Subjektivierungsprozessen und so weiter betroffen? Wer ist wie diskursmächtig? Eine intersektionale Perspektive wird insofern möglich, als am konkreten Einzelfall geschaut werden kann, welche Elemente eines Habitus von welchen Umgebungsstrukturelementen aufgenommen, geschluckt, brüskiert oder subtil zurückgewiesen werden. Mit dem Reden über (auch sich überschneidende) Habitusanteile wird es damit möglich, Dominanzverhältnisse und -praktiken zu benennen, ohne Gruppenzugehörigkeiten zu essentialisieren.

Mir ist, meine Gedanken abschließend, nochmal wichtig, den Unterschied von Klassenlage und sozialer Herkunft zu erläutern, weil eine Vermischung der beiden auch oft zu Verschleierungen führt. Beide hängen statistisch natürlich eng miteinander zusammen. In der Protestforschung wird zum Beispiel bei Befragungen zu Demonstrationen oft die soziale Lage in Form von ökonomischem Kapital, Berufstätigkeit und kulturellem Kapital (hier meist: formaler Bildungsstatus) erhoben. Darin unterscheiden sich Studierende zum Beispiel kaum, sie haben eine ähnliche Klassenlage. Bei einer Befragung zu Demonstrationen gegen die Einführung von Studiengebühren etwa wurde diesbezüglich eine Heterogenität suggeriert: ‚alle‘ demonstrieren. Eine Erhebung der sozialen Herkunft würde hingegen ausweisen, dass Studierende aus nicht-akademischen Elternhäusern deutlich weniger protestieren. Die

Gründe dafür liegen eben nicht nur in der Ressourcenausstattung, sondern auch im Habitus. Hier würde also eine Partizipation suggeriert, wo keine ist.

**JH:** Mike, wie waren denn deine Erfahrungen bezüglich des Umgangs mit der Intersektionalität von Rassismus und Klassenverhältnissen?

**ML:** Es wird häufig behauptet, dass Klasse und Klassenherkunft mehr oder weniger unsichtbar seien und klassenspezifische Diskriminierung an der Hochschule ebenfalls eher unsichtbar und subtil operieren würde, weswegen sie so schwierig zu thematisieren und zu fassen sei. Wenn Klasse auf eine solche Wahrnehmung reduziert wird, dann wird genau das befördert, was Ngubia zu Recht kritisiert, weil diese vermeintliche Unsichtbarkeit von Klasse in der Tat nur angenommen werden kann, wenn Working Class Academics als weiß imaginiert werden. Denn aufgrund der symbolischen Ordnung des Rassismus an der Hochschule ist die Klassenherkunft von Working/Poverty Class Academics of Color jederzeit sichtbar. Unser Workshop war sehr wichtig, um diese mit Rassismus zusammenhängenden Differenzen in unserer jeweiligen Positioniertheit herauszuarbeiten.

Als schwuler Working Class Academic erlebe ich strukturelle Benachteiligungen und subtile Politiken der Beschämung, Verunsicherung und Abwertung an der Universität. Als *weißer* männlicher Akademiker bin ich jedoch in Hochschule wie Gesellschaft vielfach privilegiert und werde mit offenen Armen willkommen geheißen. Das geht so weit, dass mein Weißsein meine Klassenherkunft abfedern und die daraus erwachsenen Probleme und Hürden abschwächen oder sogar kompensieren kann. Denn wenn ich mich anstrengte, dann gelingt mir, etwa auf einer Konferenz, als *Weißer* ein *academic passing*. Zumindest nach außen hin, denn meine inneren Konflikte und Selbstzweifel sieht man mir von außen ja nicht an. Ich glaube, dass dies, neben den gravierenden rassistischen Selektionsmechanismen, die bereits beim Zugang zur Universität wirken, ein wesentlicher Grund dafür ist, dass der typische Working Class Academic in Deutschland nachweislich cis-männlich und *weiß* ist, gerade auch unter den Professor\_innen. Denn Rassismus und Sexismus wirken dem *academic passing*, d. h. der Anerkennung als wissenschaftliche Persönlichkeit, innerhalb der *weißen*, cis-männlichen Dominanzkultur der Hochschule massiv entgegen.

In unserem Workshop wurde deutlich, dass unsere Arbeiter\_innen-/Armutsklassenherkunft ein gemeinsamer Referenzrahmen für uns alle war, um ins Gespräch zu kommen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und kollektives Handlungsvermögen auszuloten. Zugleich wurden aber auch Hierarchisierungen und Differenzen erkennbar, unterschiedliche Grade der Prekarisierung und Diskriminierungserfahrung. Diese müssen sichtbar gehalten und bearbeitet werden, damit sie nicht mit einem universalen, homogenisierenden Klassenbegriff weggewischt werden. Kurzum, ich möchte den Klassenbegriff nicht aufgeben, gerade weil er nicht nur ein abstraktes Konzept ist, mit dem sich Zusammenhänge von kapitalistischer Vergesellschaftung und Herrschaft erklären lassen, sondern weil sich dahinter Menschen verbergen, die sich in widerständiger und empowernder Absicht auf ihn beziehen können, um gemeinsame Perspektiven zu entwickeln, Interessen zu artikulieren, kollektive Handlungsräume zu erweitern, sich zu organisieren. Dies alles aber unter der Bedingung, sichtbar zu machen, wie stark die Zusammensetzung von sozialen

Klassenverhältnissen im Kapitalismus mit Rassismus, Kolonialität und heteronormativen Geschlechterverhältnissen verwoben ist.

Seit ein paar Jahren wird im Zusammenhang mit der Universität wieder vermehrt über die soziale Klassenherkunft als Ausschlussmechanismus diskutiert und geforscht, nachdem dieses Thema jahrzehntelang kaum beachtet wurde. Wir müssen dafür sorgen, dass sich das ‚Weißwaschen‘ der Arbeiter\_innenklasse, das die Debatte und Politik in den 1960er und 70er Jahren geprägt hat, nicht wiederholt beziehungsweise fortsetzt, und daher vehement – wie es in vielen anderen Ländern schon lange der Fall ist – eine intersektionale Erweiterung und Ausdifferenzierung von Konzepten wie ‚soziale Herkunft‘ und ‚soziale Klasse‘ in der deutschsprachigen Debatte voranbringen. Denn es ist ja offensichtlich, dass die soziale Schließung der Universitäten in Deutschland zu einem Zeitpunkt stattfindet, da sich die Arbeiter\_innenklasse hierzulande anteilig mehr als je zuvor aus Menschen und Familien zusammensetzt, die zugleich von Ethnisierung und Rassifizierung betroffen sind.

**LS:** Vielen Dank für die weiteren Ausführungen, die den Prozess näher beleuchten und den Nghi eingangs schon strukturhistorisch als ‚Weißwaschen‘ der Hochschulen beziehungsweise des akademischen Feldes sehr erhellend beschrieben hat. Er hat dabei bereits auf die Ambivalenz aufmerksam gemacht, dass Errungenschaften bezüglich einer Diskriminierungsdimension, solange sie nicht intersektional reflektiert werden (und vielleicht sogar dann), mit zu diesem Prozess der dann kaum mehr hinterfragbaren *weißen* Wirklichkeitskonstruktion beitragen. Ngubia und Mike haben aufgezeigt, wie auch etwa die Konzentration auf Klasse sich in diesen Prozess einreihen kann. Mike hat beschrieben, wie es dazu kam, dass ‚auf einmal‘ auch die Klassenfrage bezüglich des akademischen Feldes gestellt wurde; diese aber weiterhin nur dann Sinn mache, wenn eben nicht die Klassenlage selbstverständlich als *weiß* konzipiert wird, sondern sich die Analyse intersektional gestaltet.

Ich würde an dieser Stelle gerne nochmal zurück kommen zur Akteur\*innenseite. Ich habe mich gefragt, ob diesem historischen Prozess (weg von den isoliert betrachteten und bestenfalls noch kombinierten Dimensionen von Klasse und Geschlecht, hin zu mehr Intersektionalität), auch ein biographisch-reflexiver Prozess entsprechen mag. Damit meine ich die Frage, wann Menschen sich mit welchen Diskriminierungsdimensionen befassen. Die *Rückkehr nach Reims* von Didier Eribon (2016) hat mich erneut darüber nachdenken lassen. Er schildert hier die Konsequenzen seiner sozialen Herkunft mit Blick auf seinen Wechsel vom Arbeitermilieu ins akademische Feld, nachdem er zuvor seine Biographie, Heteronormativität und homophobe Strukturen mit Blick auf (seine) Homosexualität analysiert hatte. Er bildet das – sehr verkürzt ausgedrückt – an einer Theorieverschiebung von Foucault zu Bourdieu ab. Auch dies bricht natürlich nicht den Prozess des Weißwaschens auf (alles *weiße* Männer!), lässt mich aber die Frage stellen, ob Diskriminierungsdimensionen, die offensichtlicher mit der Anerkennung von Identitäten zu verknüpfen sind, auf der Biographieseite zuerst reflexiv und ‚bearbeitet‘ werden, bevor Verteilungsfragen ins Spiel kommen. Als Habitusforscher möchte ich allerdings betonen, dass ich die Gegenüberstellung von Identität und Anerkennung auf der einen und Verteilung auf der anderen Seite nicht unbedingt teile. Mir ist bloß aufgefallen, dass meine habitus- und strukturbezogenen Reflexionen sich erst in den

vergangenen Jahren intersektional erweitern, wo sich meine vermeintliche Identität als Milieuwechsler (vom Arbeiterkind zum Akademiker), aber auch die materielle Lage, abgesichert haben. Wenn ich hier wieder auf die Akteur\*innen-Ebene rekurriere, heißt das nicht, dass ich Strukturen ausblende, weder jene der Umgebung noch solche des Habitus. Deshalb ist es mir auch wichtig, nicht bloß von Habitussensibilität, sondern von Habitus-Struktur-Reflexivität zu sprechen.

### **Die Rolle von Gefühlen in politischen Prozessen**

**JH:** Vielleicht können wir Lars' Überlegungen zur Selbstreflexion mit Bezug zur Frage der kollektiven Organisierung, die auch bei Mike anklang, noch etwas vertiefen. Ngubia, du wolltest diesen Vorschlag kommentieren?

**ENK:** Lieber Lars, ich kann völlig nachvollziehen, wie die Prinzipien funktionieren, die du eingangs ‚Konservierung durch Veränderung‘ und ‚Verschleierung durch Transparenz‘ genannt hast – eine brillante Ausdrucksweise dafür, und sie passt zu einigen Problematiken, die ich zu Diversity und In- und Exklusion aufgeworfen habe. Danke für diese wunderbare Zusammenfassung weiter oben. Ich finde es sehr empowernd und aufschlussreich, dass du die Diskussion mit der Frage danach eröffnest, wie eine Selbstreflexion von Habitus und Privilegien in Gang gesetzt und aufrecht erhalten werden kann innerhalb einer Student\_innenschaft, welche solche Prozesse generell nicht für wichtig oder sinnvoll erachtet. Wie könnte ein solches Programm aussehen? Die Fragebogen-Idee, die du vorstellst, ist ein guter Anfang und ich überlege: Wie können solche Prozesse zu einem inhärenten Teil von Lernstrukturen gemacht werden?

Und ist es wiederum wirklich möglich, Scham zu vermeiden? Ich unterscheide hier zwischen *shame* und *shaming*. *Shaming* bedeutet für mich, einen anderen Menschen absichtlich herabzuwürdigen, gepaart mit einer verachtenden Einstellung ihm gegenüber. *Shame* hingegen ist ein psychologischer Prozess, Schamgefühle, oder die Unzulänglichkeit, die eine Person fühlt, wenn klar geworden ist, dass ihre Position, Einstellung, ihre Handlungen oder Denkmuster nicht innerhalb der Parameter liegen, die als angemessen anerkannt werden. Wie Grada Kilomba (2008) analysiert, ist *shame* ein (notwendiger) Schritt auf dem Weg zum Anerkennen (*weißer* Privilegien etwa) und somit dahin, Verantwortung für notwendige Veränderungen zu übernehmen. Ich denke nicht, dass wir die Student\_innen vor *shame* schützen können. Allerdings bin ich der Überzeugung, dass es absolut notwendig ist, darüber nachzudenken, wie wir Diskriminierungsstrukturen privilegierten Anderen gegenüber konstruktiv thematisieren können, und zwar in einer Weise, die auch die Kämpfe derer zu würdigen weiß, die mit den Konsequenzen dieser Privilegierungsmechanismen konfrontiert sind. Ich meine damit, wie wir Raum schaffen können für die Gefühle, die in diesem Prozess entstehen, ohne vom Kurs abzukommen, das heißt, ohne Raum zu schaffen für Geringschätzung und die *shaming* irgendwelcher Personen. Wie soll mit der Gewaltförmigkeit der Ignoranz umgegangen werden? In der letzten Zeit gab und gibt es zum Beispiel eine fortwährende Diskussion darüber, dass *weiße* Professor\_innen und Student\_innen das Gefühl haben, dass die ‚Zensur‘ der Verwendung diskriminierender Sprache ihre Rechte und

Freiheiten einschränken würde. Ich führe das an, weil ich viel darüber nachdenke, was *safety* (im Sinne von *safe space*) bedeutet – für wen und wovor?

**KNH:** Ich finde es hilfreich, dass Ngubia auf den Unterschied zwischen *shame* und *shaming* hingewiesen hat, aber ich weiß nicht, ob Scham notwendigerweise ein politisch produktiver Erkenntnisprozess ist. Die Auseinandersetzung mit der systematischen Struktur von Weißsein als gesellschaftlicher Norm sollte ohne Zweifel eine wichtige Rolle in der akademischen Lehre spielen. Ich weiß allerdings nicht, ob das Empfinden von Scham eine notwendige Voraussetzung für die Anerkennung der Existenz Weißer Privilegien ist. Sicherlich ist eine ehrliche Auseinandersetzung mit Rassismus immer anstrengend und geht für alle Beteiligten mit komplexen psychologischen Prozessen einher. Die Erkenntnis, auch unintendiert und auf ungerechtfertigte Weise von einem unfairen und repressiven System zu profitieren, kann sicherlich Scham auslösen, aber muss sie es? Sind diejenigen, die Scham darüber empfinden, antirassistischer als diejenigen, die Weiße Privilegien ablehnen, aber sich nicht dafür schämen (können), weil sie für diese Struktur keine direkte persönliche Verantwortung übernehmen können? Und noch problematischer wird die normative Setzung der Scham, wenn die Frage gestellt wird: Können Weiße auch dann antirassistisch sein, wenn sie keine Scham für ihr Weißsein empfinden, sondern nur die damit einhergehenden Privilegien zurückweisen?

Ich glaube, dass es gefährlich ist, wenn Scham mit einer normativen Erwartungshaltung und Bewertung verknüpft wird und eine Verkomplizierung von emotionalen Abhängigkeitsverhältnissen stattfindet, in der dann die Suche nach Absolution durch Bündnispartner und Menschen, die negativ von Rassismus betroffen sind, im Zentrum des Handelns von Weißen zu stehen scheint. Gerade in Konstellationen, in denen Lehrende of Color mit Weißen Studierenden arbeiten, stellt sich für mich die gezielte Produktion von Scham als schwierig dar – natürlich ist die umgekehrte und viel häufiger vorkommende Normkonstellation (Weiße Profs und Studierende of Color) auch mit vielen Problemen behaftet, aber das ist ein anderes Thema. Ich bin skeptisch, da die Erzeugung von Scham für mich weder ein pädagogisches noch ein didaktisches Ziel ist und auch als Mittel zum Zweck nicht unproblematisch erscheint. Das Empfinden von Scham ist für mich ein menschlicher Gefühlsausdruck wie das Weinen, und als solches natürlich zulässig. Aber ich muss diesen Gestus nicht zusätzlich aufwerten und als Dozierender die Normierung aussprechen, die einen Gestus über eine andere Ausdrucksweise stellt. Im Zentrum des Lernprozesses steht für mich die Bereitschaft, durch Wissen und Empathie Verantwortung für sich selbst und den eigenen Anteil an der Gesellschaft zu übernehmen.

**LS:** Zu den Ausführungen bezüglich *shame* und *shaming*, die ich sehr bereichernd finde, würde ich gerne noch ergänzen, dass ich mich erstens auch oft gefragt habe, in welchen Situationen (im akademischen Feld) und von wem meine Unsicherheiten und Schamgefühle gesehen werden. Ich vermute, dass das nicht immer unsichtbar bleibt und dass es von manchen sogar ‚richtig‘ gedeutet wird, indem Sozialstruktur, Habitus und Machtgefälle zur Interpretation herangezogen werden. Selbst wenn das *academic passing*, wie Mike es beschreibt, also nicht immer gelingt, dann ändert das nichts an der Weißwaschung, sondern trägt eher mit dazu bei.

Zweitens ist mir nochmal wichtig zu beschreiben, wie sehr Gefühle wie Wut, Scham, aber auch die Zuschreibung von ‚Affektiertheit‘ oder Intoleranz mit Sozialstruktur und Machtverhältnissen zu tun haben. Auch wenn jeder Mensch Scham empfinden kann und dies ein psychologisch nachvollziehbarer Prozess ist, so entsteht Scham eben ganz oft bei dem Bemerkten oder Vermuten eines eigenen nicht-feldadäquaten Verhaltens. Und falls – was ja selten genug der Fall ist – dieser Konflikt nicht individualisiert und psychologisiert wird, sondern die Feldregeln, die immer aufseiten der Herrschenden sind, doch zur Sprache gebracht oder verletzt werden, wird die betreffende Person von Seiten herrschender Fraktionen nicht selten als ‚intolerant‘, ‚affektiert‘, oder sogar als ‚aggressiv‘ wahrgenommen, weil eben das vermeintlich Selbstverständliche, einzig Sagbare, angekratzt wurde. Die Toleranz ist mit den Herrschenden.

Drittens stelle ich mir die Fragen, die Ngubia aufgeworfen hat, auch. Ich wollte jedoch nicht – da stimme ich mit Nghi und Ngubia überein – *shame* und *shaming* normativieren: weder als pädagogisches Empowerment-Instrument aufseiten der Emanzipation von Subjekten, noch auf der Seite der politischen Strukturentwicklung, sofern das überhaupt zu trennen ist. Ich habe mich bloß gefragt, was etwa in diesen intensiven Habitus-Struktur-Reflexionsworkshops passieren würde, wenn zum Beispiel rassistische Strukturen personalisiert werden, was ja denkbar ist. Nachvollziehbarerweise werden bei der Selbstsozioanalyse eher eigene Diskriminierungen und dafür verantwortliche ‚Umgebungen‘ beziehungsweise Strukturen thematisiert, die den eigenen Habitus als weniger passend herausstellen. Dann entsteht ganz viel Solidarität, Verständnis für das eigene So-Sein und das von anderen, und auch Raum für intersektionale Wahrnehmungen, die mir sehr ähnlich zu den von Mike beobachteten zu sein scheinen. Und es werden Überlegungen zu Strukturhomologien von Diskriminierungsdimensionen auch auf subjektiver Ebene angestellt („Da hab’ ich das Gleiche erlebt, wie du, auch wenn ich keinen ‚Migrationshintergrund‘ habe.“). Das kann dann auch zu Verharmlosung beziehungsweise zur Weißwaschung beitragen. Denn trotz des quantitativ und qualitativ überwältigenden Feedbacks zu diesen Selbstsozioanalysen lässt sich in einem Seminar mit 80 Leuten nicht in jeden Kopf reinschauen. Ich weiß nicht, was da passiert bezüglich *shame* oder *shaming*. Ich würde das nie zum Konzept erheben, würde aber aufgrund der so positiven Erfahrungen auch nicht auf diese Seminare verzichten.

Was zudem die Analyse von Studienberatungsgesprächen und andere Beobachtungen zeigen, ist die von Mike benannte Individualisierung und Psychologisierung, wie sie mit der Komplizenschaft von Leistungsmythos und der Idee der Chancengleichheit einhergeht. Letztere möchte ich als Konfliktbearbeitungsmöglichkeit nicht diskreditieren, aber die Habitus-Struktur-Reflexivität und entsprechende Seminare zeigen, dass eine De-Individualisierung respektive ‚Rekollektivierung‘ des subjektiv empfundenen Konfliktes sehr wohl nicht nur politische Strukturen fokussiert, sondern auch auf der Subjektebene eine emanzipatorische Wirkung hat, weil diese Art der Analyse eine Selbstattribuierung von vermeintlichem Versagen mindert und auch so etwas wie ein Kohärenzgefühl vermittelt.

**JH:** Um nochmal auf die Schamfrage zurückzukommen: Die Diskussion um ‚negative‘ Gefühle wurde in letzter Zeit ja auch mit Bezug zu queerer Politik

intensiv geführt, wenn auch anders gelagert. Es wurde etwa diskutiert, wie sich Formen der Mobilisierung oder Anteilnahme ändern, wenn statt des inzwischen teils homonationalistisch anmutenden Fokus auf ‚pride‘ Gefühle wie Scham ins Zentrum gestellt werden – wobei es hier zunächst um die Gefühle der Marginalisierten selbst geht, die auch in Lars‘ Beitrag anklingen. Diese und andere aktuelle Debatten rund um Emotionen und Affekte zeigen, denke ich, dass Gefühle durchaus konstitutiv für politische Prozesse sein können, und sie inhaltlich-diskursive Auseinandersetzungen nicht nur als deren sekundäre Effekte begleiten. Auch die Empathie, die Nghi ins Spiel gebracht hat, ist ja ein durchaus problematisches Gefühl, das Grenzziehungen befördern und etwa in kolonisierenden Formen der ‚Entwicklungshilfe‘ mobilisiert werden kann – auch wenn es in anderen Fällen, wie von Nghi angesprochen, zu Übernahme von Verantwortung führen kann. Mit einer normativen Setzung von Scham als politisch notwendiges Gefühl habe ich aber – sowohl hinsichtlich ‚gay shame‘ als auch hinsichtlich der Scham weißer Menschen – ebenso wie Nghi Schwierigkeiten. Inwiefern könnten in Auseinandersetzungen mit den eigenen rassistischen Verstrickungen auch andere Affekte eine Rolle spielen? Ich denke hier etwa an Traurigkeit beim Erfahren nicht (direkt) überwindbarer Grenzen zwischen Menschen, aber auch an Humor (wenn mich eine Freundin of Colour als ‚Kartoffelfreund‘ bezeichnet), oder vielleicht sogar ein erleichterndes Gefühl, das sich beim Ablegen verklärender Masken einstellen kann. Oft vermischen sich verschiedene Gefühle ja auch.

Ngubias Überlegungen zu Scham schließen, denke ich, an die eingangs thematisierten Abwehrreaktionen und De-Thematisierungsstrategien an. Hier sehe ich einen großen Bedarf der Auseinandersetzung. Um auf die Frage der Selbstreflexion zurückzukommen: Ich erlebe unter weißen Kolleg\_innen immer wieder, dass Hinweise auf eigene Verstrickungen in Rassismus als Vorwurf persönlicher Verfehlung aufgefasst und direkt abgewehrt werden. Damit wird die Schaffung von vertrauensvollen und solidarischen Räumen, in denen eine gemeinsame Auseinandersetzung stattfinden kann, fast unmöglich. Zugleich könnte vielleicht eine vielfältigere Gefühlslandschaft – über Scham hinaus – durch intersektionell oder transversal verstandene politische Prozessen befördert werden, wo es neben der Thematisierung der Privilegien bestimmter Gruppen auch um die Formulierung gemeinsamer Kämpfe geht. Bei Transversalität denke ich etwa daran, dass beispielsweise neben rassifizierten auch queere und Transpersonen oder Menschen mit Behinderung von biologistischen und Rasse-Diskursen betroffen sind (besonders deutlich im Diskurs der ‚Entartung‘). Und bezüglich der Hochschulpolitik: Könnten wir vielleicht nochmal auf Mikes Überlegungen zur gleichzeitigen – wenn auch unterschiedlichen – Betroffenheit verschiedener Subjekte durch die Ökonomisierung zurückkommen?

**ENK:** Danke, Nghi und Jan für eure Darstellungen, die mich dazu anregen, meine Argumentation noch etwas weiter zu schärfen. Ich denke tatsächlich nicht, dass Scham ein pädagogisches Ziel in individuellen Interaktionen sein sollte, und außerdem bedeutet das Fühlen von Scham nicht automatisch, dass *weiße* Leute sich deswegen notwendigerweise contra-rassistisch engagieren würden. Andererseits bin ich sehr wohl der Überzeugung, dass zu den psychologischen Prozessen, die sich dabei abspielen, wenn *weiße*



Personen mit ihren eigenen Privilegien konfrontiert werden, unter anderem Scham-, Angst- und Schuldgefühle zählen. Dies stellt meiner Meinung nach eines der Haupthindernisse für eine tiefergehende Selbst-Analyse von Privilegien dar und folglich dafür, eine klare Haltung gegen Rassismus einzunehmen. Nur weil eine Person sich schuldig fühlt, heißt das nicht, dass sie sich antirassistisch verhalten wird, überhaupt nicht. In Wirklichkeit trägt die Scham-Schuld-Angst-Konstellation lediglich dazu bei, dass psychologische Abwehrmechanismen ausgebildet werden, wie eben Verleugnung, Eskapismus (Realitätsflucht), oder auch Projektionen, was auch die oben von Jan erwähnte Entsolidarisierung mit einschließt. In der letzten Zeit denke ich viel über die Rolle von Liebe beim Reflektieren über Diskriminierungen nach. (Ich weiß, das klingt hier vielleicht etwas utopisch, und meine Gedankenprozesse sind noch relativ roh und unvollständig, aber lasst bitte Gnade walten – ich werde dennoch ein, zwei Worte dazu teilen). Ich denke nicht, dass das Ziel antidiskriminierender Arbeit darin bestehen sollte, Gefühle von Scham bei denen hervorzurufen, die sich diskriminierend verhalten. Vielmehr denke ich, dass antidiskriminierende Arbeit stattdessen helfen sollte, Überzeugungen zu schaffen beziehungsweise zu festigen, die von Herzen kommen, und nicht ein bloß logisches Wissen und Handeln, das dann manchmal oberflächlich bleibt.

*„Alle scheinen gegen etwas zu kämpfen, aber niemand kämpft  
für Verbundenheit, dafür sich untereinander zu verstehen,  
dafür sich gemeinsam vorwärts zu bewegen –  
und wir müssen Diskriminierung gemeinsam bekämpfen.“*

Beispielsweise habe ich während meiner Arbeit an der Humboldt-Universität beobachtet, wie viele *weiße* Student\_innen sich contra-rassistisch engagieren. Meistens aufgrund von Schuld- und Schamgefühlen (denke ich zumindest), zusammen mit einer neoliberalen Motivation/Überzeugung von Gleichberechtigung. Damit will ich nicht sagen, dass ihre Intentionen unaufrichtig seien, überhaupt nicht. Nein, ganz im Gegenteil denke ich, dass sie einen wichtigen Beitrag geleistet haben und leisten, indem sie ihre *weißen* Privilegien für contra-rassistische Arbeit nutzen. Allerdings habe ich nach und nach auch bemerkt, dass viele dieser Student\_innen gar nicht wissen, *warum* und *wofür genau* sie eigentlich kämpfen. Und Diskriminierungen sind so komplex und vielschichtig, dass eine aufrichtige Überzeugung von Herzen und eine Wertschätzung für die Menschen, die Individuen, die sie meinen zu unterstützen, wirklich notwendig wäre, um durch diese stürmischen Fahrwasser navigieren zu können. Alle scheinen gegen etwas zu kämpfen, aber niemand kämpft für Verbundenheit, dafür sich untereinander zu verstehen, dafür sich gemeinsam vorwärts zu bewegen – und wir müssen Diskriminierung gemeinsam bekämpfen. Was ich stattdessen wiederholt beobachtet habe, sind viele interne Konflikte innerhalb und außerhalb der Personengruppen, die andernfalls große politische Veränderungen hätten bewirken können.

Wofür kämpfen wir? Liebe ist eine größere Motivation für Veränderung als Angst. Scham wird keine gute Motivation sein, sondern lediglich zu mehr Isolation führen. Aber wie können wir über die Scham hinauswachsen und stattdessen eine reflektierte Kommunikation eröffnen, ohne dabei unehrlich zu sein? Wie kann Liebe eine Motivation und Verbundenheit ein Ziel sein? Darüber denke ich nach.

**ML:** Damit kann ich sehr viel anfangen, Ngubia. Ich habe selbst schon häufiger über die politische Bedeutung von Liebe in queerem *community building* nachgedacht und auch darüber geschrieben. Eine Erkenntnis, die daraus für mich resultierte ist, dass Liebe nicht spontan entsteht (Liebe sei hier verstanden als relationale Affektion, nicht als individualisiertes Gefühl). Sie braucht entsprechende Bedingungen, und dasselbe gilt für die mit Liebe einhergehende Bereitschaft und den Wunsch, sich füreinander zu öffnen und miteinander zu verbinden. Für mich schließt sich hier wieder der Bogen zum Problem der Ökonomisierung der Hochschulen, das Jan nochmals angesprochen hat. Es ist unverzichtbar, dass wir die Reproduktion von Rassismus, Klassenverhältnissen und männlicher Dominanz auf der alltäglichen Interaktions- und Kommunikationsebene der Universität verstehen und thematisieren. Und dass wir folglich auf dieser alltäglichen Ebene Gegenstrategien entwickeln, sodass sich die individuellen und kollektiven Handlungsräume erweitern, durch die Reproduktionsweisen von Herrschaft gestört, unterlaufen, unterbrochen werden können.

Allerdings halte ich es parallel dazu für genauso unverzichtbar, die materiellen und institutionellen Strukturen zu problematisieren und zu verändern, innerhalb derer sich wissenschaftliche Communitys und das soziale Innenleben der Universitäten praktisch konstituieren. Die Ökonomisierung der Hochschulen ist ja nicht bloß ein abstrakter Prozess der Rationalisierung und Verwertung kognitiver und affektiver Arbeit, sondern sie ist zugleich eine soziale Technologie, welche eine Neuzusammensetzung der Sprache und der Sozialität der Universität vornimmt. Die Umstrukturierung von Zeit und Raum wissenschaftlichen Arbeitens (Stichwort Entgrenzung von Arbeit und Leben), der stetig wachsende Ausbau prekärer und befristeter Beschäftigungsverhältnisse und die zugespitzte Konkurrenz um den immensen staatlich forcierten Mangel an Stellen und Ressourcen produzieren die Universität als sozialen Raum, der affektiv mit Existenzängsten, Frust, Unsicherheit, Überforderungsgefühlen, Versagensangst, Neid und dergleichen mehr aufgeladen ist. Die neoliberale Hochschule legt ihren Subjekten nahe, eine Strategie individualisierter Bewältigung zu entwickeln, um die hiermit einhergehenden Verletzungen, Überforderungen und negativen Gefühle zu managen. Dies ist ja insofern konsequent, als dass wissenschaftliche Laufbahnen unter den gegebenen Bedingungen insgesamt nicht kollektiv organisiert sind, sondern als individuelle Karrieren angelegt werden.

*„Die Ökonomisierung der Hochschulen ist ja nicht bloß ein abstrakter Prozess der Rationalisierung und Verwertung kognitiver und affektiver Arbeit, sondern sie ist zugleich eine soziale Technologie, welche eine Neuzusammensetzung der Sprache und der Sozialität der Universität vornimmt.“*

Phänomene wie der *corporate feminism* zeigen, dass Subjekte, die von struktureller Benachteiligung betroffen sind, durchaus geneigt sein können, auf diesen Zug aufzuspringen und sich noch als treibende Kräfte vor den Karren der neoliberalen Universität und ihrer meritokratischen Ideologie vom Aufstieg durch individuelle Leistung spannen lassen. Das Grundprinzip, nach dem wissenschaftliche Subjekte zueinander ins Verhältnis gesetzt werden, nämlich Konkurrenz um künstlich verknäppte Positionen und Ressourcen, wird damit nicht infrage gestellt. Und somit wird der Blick auch gegenüber der Tatsache verschlossen, dass Konkurrenz in der neoliberalen

Hochschule herrschaftsförmig bearbeitet wird. Rassistische und klassistische Selektionsmechanismen einerseits und die Kultur und Sozialität einer zunehmend kompetitiveren, undemokratischeren und sozial segregierten Institution andererseits, stützen sich hierbei wechselseitig. Ich halte es daher für wichtig, dass die Diskussionen um die Ökonomisierung und Prekarisierung von Wissenschaft sowie die Debatte um institutionellen Rassismus, Klassismus und männliche Dominanz stärker zusammen geführt werden als dies gegenwärtig nach meiner Wahrnehmung geschieht.

**JH:** Encarnación, Ngubia, Lars, Mike, Nghi, vielen Dank für diesen anregenden Austausch!

*Englische Kommentare von Encarnación Gutiérrez-Rodríguez und Emily Ngubia Kessé wurden von Katharina Krämer übersetzt. Die Moderation und redaktionelle Überarbeitung hatte Jan Hutta.*

## Endnoten

- [1] Siehe dazu Gutiérrez Rodríguez (2016), Ha (im Ersch.), Kuria [Kessé] (2015), Laufenberg (2016) und Schmitt (2010).
- [2] BPoC steht für Black People und/oder People of Colour (Anm. d. Redaktion).
- [3] Meritokratie (von lat. ‚meritum‘ = das Verdienst) bezeichnet eine bürgerliche Herrschaftsform und ein Gerechtigkeitsverständnis, das auf der Formel ‚Intelligenz/ Fähigkeiten + Leistung = Erfolg‘ basiert.

## Beteiligte

Encarnación Gutiérrez-Rodríguez ist Soziologin mit den Schwerpunkten queer-feministische Theorie, Gesellschaftstheorie, dekoloniale Perspektive und kritische Migrations- und Rassismusforschung.

E.Gutierrez-Rodriguez@sowi.uni-giessen.de

Kein Nghi Ha ist promovierter Kulturwissenschaftler und Herausgeber des Dossiers Geschlossene Gesellschaft? Exklusion und rassistische Diskriminierung an deutschen Universitäten (Heinrich Böll Stiftung 2016).

Jan Hutta ist Geograph und beschäftigt sich mit räumlichen Formationen von Macht und Citizenship sowie queeren Politiken, u. a. im brasilianischen Kontext.

hutta@gmx.net

Emily Ngubia Kessé beschäftigt sich mit Machtverhältnissen und Normen mit Rassismus\_ Sexismus in Bildung, mit Epistemologie und Wissensentstehung, Neurowissenschaften und Gender Studies.

e.ngubia.kesse@hu-berlin.de

Mike Laufenberg ist Soziologe und arbeitet schwerpunktmäßig zu gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnissen, Care-Arbeit, Wissenschaftsforschung und queere feministischer Sozialtheorie.

mike.laufenberg@tu-berlin.de

Lars Schmitt forscht zu Politischer Soziologie und Konfliktforschung mit Fokus auf Bildungs- und Beratungssoziologie, vor allem mit Blick auf Partizipation und soziale Ungleichheit.

lars.schmitt@hs-duesseldorf.de

## Literatur

- Amjahid, Mohamed (2011): Kritische Übergänge. Hürdenläufe internationaler StudienbewerberInnen und AbsolventInnen. Dossier der Böll-Stiftung. [http://www.migration-boell.de/web/integration/47\\_2786.asp](http://www.migration-boell.de/web/integration/47_2786.asp) (letzter Zugriff am 25.10.2016).
- Harris, Cheryl I. (1993): Whiteness as property. In: Harvard Law Review 106 (8), 1707-1791.
- Eickhoff, Verena / Schmitt, Lars (2016): Herausforderungen hochschulischer Diversity-Politik. Für einen reflexiven, differenz- und ungleichheitssensiblen Umgang mit einem deutungsoffenen Phänomen. In: Karim Fereidooni / Antonietta P. Zeoli (Hg.), Managing Diversity. Die diversitätswusste Ausrichtung des Bildungs- und Kulturwesens, der Wirtschaft und Verwaltung. Wiesbaden: Springer VS, 199-228.
- Eribon, Didier (2016 [2009]): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación (2016): Sensing dispossession. Women and gender studies between institutional racism and migration control policies in the neoliberal university. In: Women's Studies International Forum 54: 167-177.
- Ha, Kien Nghi (im Ersch.): Einleitung. Kein machtfreier Raum – Warum institutioneller Rassismus im Hochschulsystem ein großes Thema ist. Dossier ‚Geschlossene Gesellschaft‘. <https://heimatkunde.boell.de/geschlossene-gesellschaft-universitaet>. (letzter Zugriff am 28.10.2016)
- Kilomba, Grada (2008): Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism, Münster: Unrast.
- Kuria, Emily Ngubia (2015): eingeschrieben. Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen. Berlin: w\_ornten & meer.
- Laufenberg, Mike (2016): Soziale Klassen und Wissenschaftskarrieren. Die neoliberale Hochschule als Ort der Reproduktion sozialer Ungleichheiten. In: Nina Baur / Cristina Besio / Maria Norkus / Grit Petschick (Hg.), Wissen – Organisation – Forschungspraxis. Der Makro-Meso-Mikro-Link in der Wissenschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 580-625.
- Lee, Jenny J. (2007): Neo-racism towards international students. About Campus Jan./Feb., 28–30.
- Lee, Jenny J. / Rice, Charles (2007): Welcome to America? International student perceptions of discrimination. In: Higher Education 53, 381–409.
- Puwar, Nirmal (2004): Space invaders. Race, gender, bodies out of place. Oxford: Berg.
- Schmitt, Lars (2010): Bestellt und nicht abgeholt. Soziale Ungleichheit und Habitus-Struktur-Konflikte im Studium, Wiesbaden: Springer VS.
- Schmitt, Lars (2015): Studentische Sozioanalysen und Habitus-Struktur-Reflexivität als Methode der Bottom-Up-Sensibilisierung von Lehrenden und Studierenden. In: Rheinländer, Kathrin (Hg.), Ungleichheitssensible Hochschullehre. Positionen, Voraussetzungen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, 197-217.

## Race, Class and Gender at German Universities: A Provocative Round-Table Discussion

*While there has been an ongoing discussion on gender at German universities, an engagement with racist structures has remained marginal. Likewise, class relations are commonly not included under labels like 'equity' and 'diversity', although they have still continued to impact the higher-education system after the reforms of the 1970s. What are the relations between the (lacking) engagement with racism and discussions of gender and class? What are the effects of the increasingly competitive regulation of universities regarding specific power formations and democratic processes? And which practical coping strategies and forms of political intervention can be developed from different positions of marginalisation? Jan Hutta has discussed these questions with five researchers who have published a number of studies and analyses on these issues.*



# Neue Horizonte feministischer Wissensproduktion

Nina Schuster

In feministischen Diskussionen wird seit den Anfängen der Zweiten Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre das Verhältnis von wissenschaftlicher und bewegungsbezogener Wissensproduktion als ein Verhältnis von ‚Theorie und Praxis‘ diskutiert.[1] Dabei geht es idealerweise auch um eine Anerkennung der unterschiedlichen ‚Qualitäten‘ der verschiedenartigen Wissensformen und -praktiken (handwerkliche, soziale, theoretische, erfahrungsbezogene, künstlerische), verbunden mit dem Versuch, deren Bewertung neu auszutarieren und deren Hierarchisierung herauszufordern. Dies impliziert, die Unterschiedlichkeit sozialer Positionierungen in ihrem sozialen, politischen und ökonomischen Kontext zu reflektieren. Feministische Wissensproduktion kann also bedeuten, Wissensformen in Zusammenhang zu bringen mit den damit verbundenen ungleichen und hierarchisierten Sprechpositionen und Hegemonien, beispielsweise mit Klassenunterschieden, Rassismus und Heteronormativität. Um diesen hohen Anspruch an die eigene Reflexivität wird in feministischen Debatten immer wieder neu gekämpft. Mein Text beschäftigt sich mit der Entwicklung dieses Anspruchs und skizziert seine Fallstricke. Ich plädiere hier für eine erneute, stärkere Kopplung feministischer Theorie und Praxis, um akademische feministische Wissensproduktion wieder deutlicher der Bewegungspraxis anzunähern und ihre gesellschaftspolitische Relevanz zu erhöhen. Dies macht eine fortgesetzte Auseinandersetzung mit den Mechanismen der Wissensproduktion und der Hierarchisierung feministischer Wissensformen notwendig.

## **Aus der Theorie in die Praxis: Feministische Wissensproduktion dezentrieren**

Braucht es heute ein Studium der Gender Studies, um sich feministisch zu engagieren? Diese provozierende Frage weist auf die heute stark akademisierte Rezeption feministischen Wissens hin. Zugleich macht sie aber auch deutlich, dass an Hochschulen nicht nur akademisches Wissen weiterentwickelt wird. Diese sind heute nach wie vor Orte, an denen sich feministisch Engagierte in Gruppen und Kontexten versammeln. So sind (nicht nur, aber auch) die

organisierten Strukturen im AStA (FrauenLesbenTrans\*Queer-Referate, Feministische Archive, Schwulenreferate) innerhalb der Hochschulen ein wichtiger Rahmen zur Politisierung und für kollektive, politisch-private Aktivitäten, die zum Beispiel in Kooperation mit (sub-)kulturellen, politischen oder gewerkschaftlichen Akteur\_innen organisiert werden, wie Veranstaltungen (z. B. Vorträge und Vorlesungsreihen) und das Sammeln praktischer Erfahrungen (z. B. Webdesign-Kurse, Selbstverteidigung).

Universitäten sind allerdings auch heute nicht die einzigen Orte feministischer Wissensproduktion und akademisch Gebildete sind nicht deren einzige Produzent\_innen, obwohl sie nicht selten den Alleinvertretungsanspruch darauf erheben und längst eine akademische Hegemonie innerhalb feministischer Wissensformen entstanden ist. Akademisches feministisches Wissen sollte daher wieder stärker dezentriert als *eine von vielen* feministischen Wissensformen betrachtet werden. Zahlreiche aktuelle queer/feministische Projekte verdeutlichen, dass Feminismus nach wie vor jenseits akademischer Formierung und fern von Themen, die in akademischen Kreisen diskutiert werden, außerordentlich lebendig ist. Feministische Wissensproduktion in der Praxis findet zum Beispiel bei Ladyfesten und Riot-Grrrl-Aktivitäten statt. Sie wird sichtbar in feministischen Internet- und Zeitschriftenprojekten, Aktionen von FEMEN und Protesten von Sexarbeiter\_innen, in feministischen Handwerker\_innen-Kollektiven, Archiven und den noch existierenden feministischen Buchläden, in Beratungsstellen, in Transgender-Vereinen, Selbstverteidigungsprojekten und Frauenhäusern, in Queer-of-Color-Initiativen, queer/feministischen Bands, Performancegruppen und Chören, in Film- und Radioprojekten sowie feministischen Schreibwerkstätten und Gesundheitszentren, um nur einige Bereiche zu nennen. Der Fokus der Aktivitäten liegt in vielen der genannten Projekte und Initiativen eher auf Praxisnähe und Alltagserfahrung, direktem Austausch und konkreter Unterstützung, auf Information, Aufklärung, politischem Aktivismus und kollektiver Organisation, aber auch in handwerklichen, gesundheitsbezogenen, kulturellen und künstlerischen Bereichen. Wie schon zu Beginn feministischer politischer Organisation dienen diese kollektiven Projekte dazu, individuelle Erfahrungen auszutauschen und dadurch zu überschreiten, dass überindividuelle Gemeinsamkeiten entdeckt und in politische Praxis übersetzt werden.

Große Teile des akademischen Feminismus haben allerdings durch die über die Jahrzehnte entstandene Kluft zwischen feministischer Praxis und akademisierter Theorie ein Eigenleben entfaltet und kommen weitgehend ohne Praxisbezug aus. Dies geht mit einer Angleichung an die herkömmliche Wissensproduktion einher, bei der Praxis und Erfahrung zum Forschungsgegenstand werden, anstatt als eigenständige Wissensformen ihren eigenen Beitrag zur feministischen Wissensproduktion zu leisten. Diese Form der Entmündigung der Praxis durch die Theorie führt zu einem einseitigen Theorie-Praxis-Wissenstransfer, in dem sich akademisches feministisches Wissen der Praxis als Interpretationsfolie und zur Untermauerung sozialer und politischer Erfahrungen anbietet, ohne dass umgekehrt eine praxisbasierte Theoriebildung fortgeschrieben würde.

Vor dem Hintergrund der existierenden, differenten feministischen Wissensformen gibt es immer wieder Versuche sowohl von der praxisorientierten als auch von der theorieorientierten feministischen Seite aus, sich zu

verständigen und miteinander auseinanderzusetzen. Dies kann Konflikte mit sich bringen, z. B. im Hinblick auf das Sprachregister, das bei Veranstaltungen benutzt wird (akademisch oder alltagsnah) sowie auf die Denkbezüge, die dabei zugrunde gelegt werden (theoretisch oder erfahrungsbasiert), besonders, wenn Moderation und Vermittlung verschiedener Wissensbestände fehlen. Dazu ein Beispiel: Bei einer „queerfeministischen Konferenz“ in Berlin, die sich explizit sowohl an akademisches wie nichtakademisches Publikum richtete, kam es vor einigen Jahren zum Konflikt darum, wie Wissen kommuniziert und produziert werden sollte. Einige Teilnehmer\_innen ohne akademische Vorbildung kritisierten die Veranstaltung als „zu akademisch geprägt“, da bereits Sprachduktus und theoretische Referenzen einiger Referent\_innen nur akademisch Gebildeten zugänglich wären, was Nicht-Akademiker\_innen aus den Diskursen ausschloss. Sie erlebten dabei ihr erfahrungsbasiertes, praktisches Wissen als dem akademischen Wissen unterlegen und machten die Erfahrung, von akademisch vorgebildeten Teilnehmer\_innen untergeordnet zu werden. In einer spontan anberaumten Diskussion wurde diese Diskrepanz und Schräglage noch während der Konferenz diskutiert. Bereits der Versuch und die Offenheit, über entsprechende Wissenshierarchien und deren soziale Konsequenzen zu sprechen, lassen sich aus meiner Sicht als Besonderheit queer/feministischer Kontexte bewerten. Sie verdeutlichen den hohen selbstreflexiven Anspruch, der zumindest in einigen Kreisen an der Schnittstelle von queer/feministischer Theorie und Praxis nach wie vor besteht (vgl. Schuster 2010: 268 ff.).

### **Feministisches Wissen**

Feministische Wissensproduktion unterscheidet sich aufgrund ihres Anspruchs, sich mit dem Spannungsfeld von Theorie und politischer Praxis auseinanderzusetzen, von vielen anderen wissenschaftlichen Kontexten. Dies hängt mit ihrer Besonderheit zusammen: Sie gründet auf der Praxis politischer und *erfahrungsbasierter* Theorieentwicklung. Diese Praxis ist nicht eigens durch feministische Akteur\_innen entwickelt worden, sondern lässt sich zumindest im US-amerikanischen Kontext auf die politische Praxis Schwarzer Frauen in den Bürgerrechtsbewegungen zurückführen (Phipps 2016: 2 f.). Ähnliche erfahrungsbasierte Wissensproduktion findet sich auch etwa in den Ansätzen der *Pädagogik der Unterdrückten* von Paulo Freire (1971) und weiteren befreiungspädagogischen Konzepten weltweit. Es lassen sich zudem paradigmatische Parallelen zu Forschungsansätzen etwa in der Aktionsforschung ziehen, die versucht, soziale Bewegungen und Aktivist\_innen gleichberechtigt mit den Forschenden an der Erhebung und Produktion von Forschungsdaten zu beteiligen, wobei die Forschung ihrerseits auf gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der Beteiligten zielt (Kindon/Pain/Kesby 2009).

Feministische Theorienproduktion ist also aus der Wissensproduktion vielstimmiger politischer Bewegungen hervorgegangen, die seit ihren Anfängen praxisorientiert, interdisziplinär und institutionenkritisch organisiert und ausgerichtet sind. Dies bedeutete immer auch, dass einige Erfahrungen mehr Gewicht und Gehör erhielten als andere, und dadurch mitunter eine Marginalisierung bestimmter Erfahrungen und Positionen zugunsten anderer.[2] In diesem Zusammenhang kritisieren Women of

Color und Feministinnen des Globalen Südens seit Ende der 1970er Jahre die Essentialisierung ‚der‘ weiblichen Erfahrung, die eine Marginalisierung Schwarzer bzw. nicht-,westlicher‘ Frauen und damit eine Homogenisierung differenter Erfahrungen und Politiken innerhalb feministischer Bewegungen erzeugt. Diese Interventionen sind frühe Hinweise auf intersektionale Verschränkungen. Sie führten zusammen mit der grundsätzlichen Kritik der Gegenüberstellung von *sex* als biologisch bedingt und *gender* als kulturell konstituiert und der Analyse heteronormativer Gesellschaftsstrukturen in poststrukturalistischen feministischen Theorien vonseiten Lesbian/Queer/Trans\*-Feminist\_innen seit den 1990er Jahren zur Herausbildung von queer/feministischen und später zu trans/feministischen Theorien, letzteren insbesondere in anglophonen und spanischsprachigen Kontexten (Stryker/Bettcher 2016). Bis heute ist in feministischen Diskursen umkämpft, wer als Subjekt des Feminismus sprechen und agieren darf. Dabei spielen gesellschaftliche Hierarchien eine bedeutsame Rolle, insbesondere rassistische Ausschlüsse und die Diskriminierung von Trans\*-Personen, aber auch Heteronormativität und Klassenfragen.[3]

Irene Dölling (2013) unterscheidet wissenschaftlichen von akademischem Feminismus, wobei sich Letzterer später aus Ersterem entwickelte. Der wissenschaftliche Feminismus entsteht in den USA und in Europa seit den Anfängen der Zweiten Frauenbewegung in den 1960er und 70er Jahren auf der Basis erfahrungsbasierter Theorieproduktion, als Frauen[4] gemeinsam mit anderen Frauen durch Selbsterfahrung und Erfahrungsaustausch begannen, über die eigene Subjektivität zu reflektieren (Hark 2005: 227). In diesem kollektiven Wissensproduktionsprozess erschienen nun scheinbar private Themen als gemeinsame. Es wurden Rückschlüsse auf strukturelle Bedingungen gezogen („Das Private ist politisch!“) und Themen politischer Kämpfe definiert. Zugänge, die bisher in hegemonialen Diskursen ausgeblendet waren, wurden in den Fokus gestellt. Ein zentrales Feld bildete dabei die Kritik an der kapitalistisch organisierten und geschlechtsspezifischen Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit und ihrer (Nicht-) Bezahlung, später wurden auch Unterschiede zwischen Frauen, z. B. zwischen erwerbstätigen weißen Mittelschichtfrauen und migrantischen Frauen, die ihnen die Haus- und Care-Arbeit abnehmen, thematisiert (Lutz 2008). Darüber hinaus standen die körperliche und psychische Selbstbestimmung von Frauen (in Bezug auf Schwangerschaftsabbruch und Gewalt an Frauen) ebenso wie ökologische Fragen und die mangelnde Gleichberechtigung in Bezug auf die Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen im Zentrum feministisch-politischer Kämpfe. Der kollektive Austausch, auch in den selbstgegründeten autonomen Räumen, ermöglichte es, eigene und kollektive Erfahrungen zu deuten, Interessen und Ziele zu formulieren und gemeinsame und individuelle politische Aktivitäten zu legitimieren. Dabei waren, z. B. in der BRD, zu Beginn der Zweiten Frauenbewegung die Grenzen zwischen den verschiedenen sozialen Räumen fließend: „[Das] Seminar und die Frauengruppe sind dasselbe“, erinnert sich Ulrike Prokop an die Anfänge feministischen Engagements an der Frankfurter Universität (Prokop 1986: 87, zit. n. Hark 2005: 225). Der wissenschaftliche Feminismus entwickelte sich dementsprechend zu einer Möglichkeit, das geteilte (Erfahrungs- und Alltags-)Wissen zu verknüpfen und herauszuarbeiten, inwiefern sich in den



individuellen Erfahrungen Muster widerspiegeln, die auf gesellschaftliche Strukturen zurückzuführen und damit kollektiv kritisierbar sind.

An die Entstehungsnarration feministischer Theorie, die besagt, dass diese aus einer kollektiven Politisierung des Privaten und der Praxis hervorgegangen ist, kann in bestimmten feministischen Diskursen bis heute angeknüpft werden. Nur vor diesem Hintergrund sind Deutungskämpfe innerhalb feministischer Wissensproduktion – zwischen Praxis und Theorie, politischer Bewegung und Akademisierung, aber auch zwischen hegemonialen und marginalisierten Positionen – zu verstehen. Die in diese Kämpfe eingeschriebene epistemische Ungerechtigkeit, die auch die Verwendung von „Erfahrungswissen“ durchzieht und ordnet, wer sprechen und wissen darf und wer nicht, ist seit jeher zentraler Gegenstand feministischer Theorien und feministischen Aktivismus (Phipps 2016: 3). Den Positionen postkolonialer Feministinnen, die eine weitere Dezentrierung hegemonial gewordener weißer feministischer Diskurse fordern, gelingt es dabei allerdings nur selten, ins Zentrum feministischer Wissensproduktion vorzudringen (Gutiérrez Rodríguez 2000, Spivak 1988). Dies lässt sich verbinden mit Donna Haraways Konzept des „Situiereten Wissens“ (1995 [1988]), das davon ausgeht, dass jede Art von Wissen und Erkenntnisanspruch einem bestimmten sozio-ökonomischen und politischen Kontext entspringt, sprich: durch diese situiert ist. Die Grenzziehungen zur Frage, welches Wissen dazu gehört und welches nicht, rühren von interessengeleiteten Machtstrategien her und beinhalten keine Annäherung an eine Wahrheit. Wenn Haraway sagt: „Geschichte ist eine Erzählung, die sich die Fans westlicher Kultur gegenseitig erzählen, Wissenschaft ist ein anfechtbarer Text und ein Machtfeld, der Inhalt ist die Form“ (Haraway 1995: 75), dann bringt sie ein zentrales feministisches Postulat auf den Punkt: Wissensansprüche und Wissenssubjekte sind historisch kontingent. An Stelle einer unmarkierten Wissensposition des Mannes und des Weißen, die Objektivität für sich beansprucht, plädiert sie für eine reflexive „Lehre verkörperter Objektivität [...], die paradoxen und kritisch-feministischen Wissenschaftsprojekten Raum böte“ (ebd.: 80). Feministische ‚Objektivität‘ bedeutet dann, das eigene Wissen als situiertes aufzubrechen.

Ein zentrales Ziel feministischer Vorhaben war und ist es, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu erkämpfen, Machtverhältnisse zu hinterfragen und zu transformieren, um alle Menschen gleichermaßen und gleichberechtigt an sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen zu beteiligen und Diskriminierungen und Benachteiligungen auf verschiedenen Ebenen abzubauen. Gewalt, Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen werden dabei sowohl mit Geschlecht in Verbindung gebracht als auch intersektional betrachtet: Sie sind untrennbar verknüpft mit anderen gesellschaftlichen Kategorien wie *race*, Klasse, Befähigung und Sexualität (Crenshaw 1991). Das bedeutet, Feminismus ist „transformative Politik“, wie es 1984 während eines Workshops beim 2. Internationalen und Interdisziplinären Frauenkongress in Groningen/Niederlande hieß (Bunch et al. 1985: 244, zit. n. Hark 2005: 20, FN 1). Zugleich ist Feminismus als „historisches Projekt“ (Hark 2005: 33) zu begreifen, da immer wieder begriffliche, theoretische und methodische Revisionen und Entwicklungen notwendig sind. Das heißt allerdings auch, dass die seit

Jahrzehnten formulierten nicht-weißen, nicht-mittelschichtsbezogenen und trans/feministischen Positionen stärker als bisher überhaupt als feministische Positionen wahrgenommen und in feministische Diskurse eingebunden werden müssen. Nur dann kann das Projekt feministischer Wissensproduktion glaubwürdig für sich in Anspruch nehmen, die feministische Kritik des Feminismus konstitutiv zu benötigen.

### **Akademischer Feminismus**

Seit den späten 1980er Jahren begannen einige Feministinnen für feministische Lehr- und Forschungsinhalte an Hochschulen der BRD zu kämpfen. Der sich entwickelnde akademische Feminismus basierte im Gegensatz zum wissenschaftlichen Feminismus nicht mehr auf der praktischen Auseinandersetzung der Akteur\_innen in politischen Gruppen feministischer Bewegungen, sondern löste sich allmählich von ihr. Den Weg der Frauen- und Geschlechterforschung, später der Gender Studies, in die Universitäten der BRD begleitet dabei von Beginn an der hehre Anspruch, Praxis und Theorie weiter eng miteinander zu verknüpfen. Feminist\_innen etablierten feministische Studieninhalte, zunächst in Form autonomer FrauenLesbenräume und -bibliotheken (Heimberg 2005), autonomer feministischer Seminare und autonomer feministischer Zeitschriften an der Schnittstelle von Praxis und Theorie[5], später folgten feministische Professuren, Gender-Studies-Studiengänge und interdisziplinäre Forschungszentren. Diese Entwicklung fällt zeitlich zusammen mit dem Schwächerwerden eines Teils der feministischen Bewegungen und der Übernahme einiger feministischer Forderungen in staatliche Gleichstellungspolitik in den 1990er Jahren (Dölling 2013: 33). Zeitgleich erstarken auch in der BRD queere und queer/feministische ebenso wie afrodeutsche und Schwarze Bewegungen, in denen Feministinnen eine wichtige Rolle spielten. Allerdings haben sich deren Themen und Positionen bis heute deutlich weniger in akademischen Diskursen verankern können als frühere feministische Foki.

Über die Jahrzehnte hat sich der akademische Feminismus von seinen Wurzeln im praxisbezogenen Feminismus weit entfernt. Die unterschiedlichen feministischen Wissensformen haben sich in die traditionelle Wissenshierarchie eingefügt, in der so etwas wie eine akademische ‚reine Theorie‘ höheres Ansehen erfährt als das abqualifizierte erfahrungsbasierte Wissen, das auch marginalisierte feministische Perspektiven umfasst. Akademische feministische Analysen blicken heute meist *aus* der Theorie *auf* gesellschaftliche Wirklichkeit. Im Gegensatz zu früher deutlicher artikulierten, radikal transformationsbezogenen feministischen Anliegen fehlt vielen heutigen Analysen in den Gender Studies außerdem aufgrund ihrer vorwiegenden Ausrichtung auf akademische Zusammenhänge und wegen ihres fehlenden Bewegungs- und Praxisbezugs der politisch radikalere Biss.[6] Die angeblich abnehmende Bedeutung feministischer Bewegungen (Dölling 2013) ist auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Neoliberalisierung der Gesellschaft zu verstehen, bei der das ökonomische Prinzip bis tief in die soziale Sphäre eindringt, wobei die immer stärker individualisierten Gesellschaftsmitglieder unter andauerndem Selbstoptimierungsdruck stehen, was u. a. auch kollektive Kämpfe erschwert. Hark (2005) benennt außerdem

die Widersprüchlichkeit, ein radikal gesellschaftskritisches feministisches Projekt in die Strukturen einer Wissenschaftsinstitution einzufügen, die von Feminist\_innen grundsätzlich als herrschaftsorientiert und patriarchal kritisiert werden. Befürchtet und bekämpft, aber häufig auch hingegenommen, wird heute eine entpolitisierte Indienstnahme feministischen Wissens durch die Universitäten, worauf auch Dölling hinweist:

„Fragmentiert und eingebettet in neoliberale Diskurse ist das gesellschaftskritische Potenzial dieser feministischen Forderungen weitgehend verloren gegangen und diese können so – nicht zuletzt im akademisierten Feminismus, wie er zunehmend als Gender- und Diversity Studies an immer stärker betriebswirtschaftlich orientierten und organisierten Universitäten betrieben wird – als Teil postmoderner Regierungsweisen und Herrschaftsformen wirken.“ (Dölling 2013: 29 f.)

Dies alles stellt die akademisierte feministische Wissensproduktion vor große Herausforderungen.[7] Diese feministische Position ist beispielhaft für hegemonale feministische Debatten, indem sie die Geschlechterdimension in den Vordergrund rückt und die rassistische Verfasstheit der ‚indienstnehmenden‘ Institution ausblendet (Kurja 2015, Ha et al. 2016, siehe auch das Gespräch „Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen. Ein runder Tisch, der aneckt“ in diesem Heft). Dies berührt immer auch die Frage normativer Wissenschaft: Als politische Stimmen richten feministische Kritiken ihre grundlegende Gesellschaftskritik gegen patriarchale, rassistische, sexistische und homophobe kapitalistische Strukturen. Zugleich hat der transformationsbezogene politische Anspruch akademischer feministischer Wissensproduktion an Schärfe verloren. Nachdem die Institution Hochschule den engagierten Studierenden und Wissenschaftler\_innen nach harten und erbitterten Kämpfen zugestanden hatte, in einigen Disziplinen Frauen- und Geschlechterforschung zu etablieren, scheint nun ihre Zugehörigkeit zu einer Hochschule die feministische Wissensproduktion zu verändern, wobei die traditionelle Hierarchisierung von Wissensformen übernommen wird. Es wird deutlich, dass es ein Irrtum war, anzunehmen, dass feministische Kritik ‚unschuldig‘ wäre: Sara Ahmed weist darauf hin, dass Kritik zur Performance verkümmert, wenn jemand sie sich als Eigenschaft und Eigentum zuschreibt (Ahmed 2004, Abs. 10). Kritik muss sich im Tun zeigen. Zu fragen ist also, wie sich feministische Wissenschaft auch innerhalb der Akademie als kritische Stimme weiterentwickeln und dabei ihren gesellschaftskritischen Anspruch aufrechterhalten kann. Nicht zuletzt die Etablierung der Gender Studies, die als gefälliger und mainstream-tauglicher gelten als die frühere feministische Geschlechterforschung, aber auch inhaltliche Brüche wie die konstruktivistische und poststrukturalistische Wende seit den frühen 1990er Jahren[8] werden dafür verantwortlich gemacht, dass Feminismus heute in der öffentlichen Wahrnehmung entweder als eher harmlos und nicht mehr radikal erscheint, oder in neu erstarkenden, antifeministischen Angriffen als überflüssig, ideologisch überfrachtet und veraltet dargestellt wird (Hark/Villa 2015). In diesen Annahmen spiegeln sich aber auch feministische Grabenkämpfe um den angeblichen Verlust ‚des‘ feministischen Subjekts ‚Frau‘ wider, verbunden sowohl mit rassistischblinden Annahmen als auch mit Transphobie und Unreflektiertheit in Bezug auf Heteronormativität.

## Neue Horizonte feministischer Wissensproduktion

Ein spannendes Beispiel für einen neuerlichen Versuch, Theorie bewegungsbeziehungsweise praxisnah weiterzuentwickeln, ist die aktuelle Bewegung der „Precarias a la deriva“ (2014), die sich 2002 als loser Zusammenschluss im Zuge des spanischen Generalstreiks in Madrid gegründet haben. In ihrer „militanten Untersuchung“ (ebd.: 35) von Prekarisierung und prekarisierter, meist von Frauen erledigter Fürsorgearbeit, die sie in sehr umfassendem Sinne verstehen, stellen sie fest:

„Aktuell besteht eine der fundamentalen biopolitischen Herausforderungen darin, eine Kritik der gegenwärtigen Organisation von Geschlecht, Aufmerksamkeit und Fürsorge zu formulieren. Zu entwickeln ist ebenso eine Praxis, die von diesen als Zusammenhang ausgeht und sie rekombiniert, um neue, freiere und kooperative Formen des Affekts zu produzieren, in deren Zentrum die Fürsorge steht, ohne sie aber von Geschlecht und Kommunikation zu separieren.“ (Precarias a la deriva 2005: 7)

Fürsorge betrachten sie als Grundlage aller menschlichen Existenz und aller sozialen Beziehungen: als „das, was das Leben möglich macht“ (ebd.). Sie schlagen vor, innerhalb der Organisierung des Sozialen die Menschen an erste Stelle zu setzen und dabei dafür zu sorgen, dass alle primären Bedürfnisse, vom Zugang zu Nahrung und Versorgung bis zum „Recht auf Affekte“, nachhaltig befriedigt werden (ebd.: 8). In der Gesellschaft sollten die Entfaltung als menschliche Wesen und die Orientierung an den menschlichen Wünschen und Bedürfnissen oberste Priorität haben, was den Zugang zu Wissen und Bildung ebenso einschließt wie die weltweite Bewegungsfreiheit. Um auf die zahlreichen, oft unsichtbaren Fürsorgetätigkeiten von Frauen aufmerksam zu machen, die bisher kaum gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung erhalten, und alle Praktiken, die als Fürsorgearbeit zählen können, auch als solche zu denken, schlagen sie einen „Fürsorge-Streik“ vor. Die Praxis des Streiks soll dazu genutzt werden, kollektiv Alternativen zu entwickeln und so darauf aufmerksam zu machen, dass „Fürsorge kein häusliches Problem [ist], sondern eine öffentliche Angelegenheit und ein Generator für Auseinandersetzungen“ (ebd.: 9). Indem sie in ihren als „*dérive*“ verstandenen und praktizierten Suchbewegungen bei den individuellen Lebensbedingungen und Lebensformen ansetzen, um „die Existenz zu politisieren“ (Precarias a la deriva 2014: 38 f.), beziehen sie alte feministische Herangehensweisen einer Politisierung scheinbar individueller Angelegenheiten auf heutige Zeiten extremer Vereinzelung und Prekarisierung der Lebensbedingungen. Ihre schriftlichen und audiovisuellen Aufzeichnungen der subjektiven Perspektiven sind zugleich Interventionen und Produktionen eines teilbaren Wissens, das auf neue Weise zirkulieren und zu Politisierung und neuen Interventionen führen kann (Trott 2013: 123).

Projekte wie dieses verdeutlichen, wie feministische Praxis auch heute feministische Wissensproduktion vorantreibt. Insbesondere die Debatte um Fürsorgearbeit (*care*) an der Schnittstelle vom praxisbezogenen zum akademischen Feminismus erscheint zurzeit besonders produktiv (vgl. z. B. das caGE-Projekt[9]). Die Precarias a la deriva geben eine von vielen

Antworten auf die Frage, wie sich antirassistische, queer/feministische politische Bewegungen wieder stärker „auf der Schwelle [zur Universität] [...] platzieren“ (Hark 2005: 245) können, wie es in den frühen Versuchen des akademisch werdenden Feminismus hieß.

Im Weg steht einem solchen Anspruch aktuell die Institutionalisierung und hegemoniale Position des akademischen Feminismus und ausgewählter Wissensformen, die ganz ohne Bewegungs- und Praxisbezug kanonisiert studiert und forschend weiter entwickelt werden können. Diese Ablösung feministischer Wissensproduktion von Erfahrungsbezügen erzeugt häufig ein gewissermaßen entkörperteres, objektiviertes und kaum noch transformationsbezogenes Wissen, das die eigene Herrschaftsposition und die Verstrickung akademischer feministischer Wissensproduktion in bestehende Strukturen nicht reflektiert und dadurch reaffirmiert.

Feministische Wissensproduktion könnte ihrem reflexiven Anspruch wieder mehr gerecht werden und zu neuer politischer Schärfe gelangen, wenn feministische Theorie und die unterschiedlichen feministischen Bewegungen den wechselseitigen Austauschprozess auf Augenhöhe wieder stärker mit Leben erfüllen würden – denn Kritik ist etwas, was getan werden muss (Ahmed 2004). Dies würde feministischen Akademiker\_innen abverlangen, vom hohen akademischen Ross herabzusteigen und die eigene gesellschaftliche Position wieder stärker in die Analysen einzubeziehen, aber auch, die Sensoren auszufahren für die zahlreichen gesellschaftspolitischen Bewegungen, die wieder stärker in die feministische Wissensproduktion einfließen müssten. Akteur\_innen politischer queer/feministischer und antirassistischer Bewegungen sollten sich wieder stärker selbst dazu ermächtigen, die feministische Wissensproduktion selbstbewusst mitzugestalten und sie sich nicht länger aus den Händen nehmen zu lassen.

## Endnoten

- [1] Jan Simon Hutta und Johanna Hoerning danke ich für Anregungen und Hinweise, die ich längst nicht alle berücksichtigen konnte. Ich freue mich, wenn sich unsere Diskussionen dazu in der Zukunft fortsetzen.
- [2] Auch das Wissen über Marginalisierungserfahrungen und dessen Verwendung in (wissenschaftlichen) Diskursen trägt nicht automatisch dazu bei, machtvolle Dominanzverhältnisse und soziale Schräglagen zu verändern. Es kann im Gegenteil sogar dazu genutzt werden, konservative Politiken voranzutreiben. So werden beispielsweise Opfererzählungen von Prostituierten in Politiken für restriktivere Prostitutionsgesetze genutzt. Vom selektiven Anführen subjektiver Erfahrungen anderer profitieren dann die Sprecher\_innen, die sich dabei nicht selten in Opposition zu den Interessen der Marginalisierten stellen, die von Graswurzelorganisationen artikuliert werden (Phipps 2016: 6; 8).
- [3] Vgl. das Doppelschwerpunktheft zu Trans/Feminisms der Zeitschrift *Transgender Studies Quarterly* 3: 1-2 (2016). Zum Ausschluss von Trans\* aus feministischen Räumen vgl. Phipps 2016: 8 ff., Schuster 2010: 278 ff. Ein konstruktives Beispiel für trans\*inklusive Frauen\*-Raumpolitiken findet sich in der GLADT-Broschüre *Frauenräume und die Diskussion um Trans\*-Offenheit* (2011).
- [4] Hier und im Folgenden verwende ich das Konzept „Frau(en)“ in seiner vielfältigsten Bedeutung, was die Reflexion über dessen soziale Konstruiertheit und Unabgeschlossenheit beinhaltet. Gemeint sind damit also ausdrücklich alle Personen, die sich selbst als „Frauen“ bezeichnen – auch wenn ihre Teilhabe am feministischen Projekt stets umkämpft war und bis heute ist.

- [5] Z. B. der *an.schläge* in Wien (seit 1986 bis heute), der *Krampfader* in Kassel (seit 1988 bis heute), der *Ihresinn* (1989 - 2004), der *Xanthippe* in Marburg (1991 - 98).
- [6] Dies lässt sich auch am Beispiel der deutschsprachigen Rezeption der Queer Theory verdeutlichen. Im Gegensatz zur Entwicklung feministischer Wissensproduktion sind die Wissensproduktionen queerer Bewegungen und Queer Studies, die aus anglo-amerikanischen Bewegungskontexten und akademischen Auseinandersetzungen hervorgegangen sind, seit den späten 1990er Jahren im deutschsprachigen Raum zunächst als akademische Diskurse rezipiert worden, anfangs z. B. durch die Rezeption der Übersetzungen von Adrienne Rich (1980, deutsch: 1993) und Judith Butler (1991; 1997) sowie der Übersetzungen von Rubin, de Lauretis, Butler, Sedgwick, Halperin, Dinshaw, Bravmann, Traub, Creech in Kraß (Hg.) (2003). Diese Texte wurden und werden heute in einigen Bewegungskontexten wiederum als wichtiges theoretisches Hintergrundwissen durchgearbeitet. Hier fehlte in der deutschsprachigen Rezeption meist von Beginn an die Rückkopplung *aus* den Bewegungen *in* die akademischen Diskurse hinein. Des Weiteren spielt eine Rolle, dass die Formierung queerer Bewegungen in den verschiedenen nationalen Kontexten auf ganz unterschiedliche Weise verlief und verläuft. Diese Rezeptionsgeschichte könnte einer der Gründe dafür sein, dass es bis heute an deutschsprachigen Universitäten – außer in Verknüpfung mit den Gender Studies – noch nicht gelungen ist, queer/feministische Studien eigenständig institutionell zu verankern, z. B. in Form eigener Studiengänge und unbefristeter Dozent\_innenstellen und Professuren.
- [7] Einige Positionen dazu werden z. B. in den *feministischen studien* 31/1 (2013) diskutiert.
- [8] Vgl. Butler (1991); *feministische studien* 11/2 (1993) für den deutschsprachigen Kontext und Benhabib et al. (1993) für die angloamerikanische Diskussion.
- [9] „Care, Gender and Green Economy. Forschungsperspektiven und Chancengerechtigkeit nachhaltigen Wirtschaftens“ (CaGE), gefördert durch das BMBF, 2013-14: [www.cage-online.de](http://www.cage-online.de).

## Autor\_innen

Nina Schuster ist Soziologin und forscht an der Schnittstelle von stadtsoziologischen und queer/feministischen Theorien zur sozialen und räumlich-materiellen Produktion sozialer Ungleichheit.

[nina.schuster@tu-dortmund.de](mailto:nina.schuster@tu-dortmund.de)

## Literatur

- Ahmed, Sara (2004): Declarations of whiteness: The non-performativity of anti-racism. In: *Borderlands* 3/2. [http://www.borderlands.net.au/vol3no2\\_2004/ahmed\\_declarations.htm](http://www.borderlands.net.au/vol3no2_2004/ahmed_declarations.htm) (letzter Zugriff am 23.08.2016).
- Benhabib, Seyla et al. (1994): *Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Bunch, Charlotte/Carillo, Roxana/Guinée, Ied (1985): Feminist perspectives. Report on the feminist perspectives working group on the closing plenary. In: *Women's Studies International Forum* 8/4, 243-247.
- Butler, Judith (1991 [1990]): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. (Übers. Kathrina Menke)
- Butler, Judith (1997 [1993]): *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. (Übers. Karin Wördemann)
- Crenshaw, Kimberlé Williams (1991): Mapping the margins: Intersectionality, identity politics, and violence against Women of Color. In: *Stanford Law Review* 43/6, 1241-1299.
- Dölling, Irene (2013): 30 Jahre feministische Studien: Wie mit dem feministischen Erbe umgehen? In: *feministische studien* 31/1, 29-34.
- Freire, Paolo (1971 [1970]): *Pädagogik der Unterdrückten*. Stuttgart: Kreuz-Verlag.
- GLADT (2011): *Frauenräume und die Diskussion um Trans\*-Offenheit*. <http://www.gladt.de/seite/268126/trans-in-frauenr%C3%A4umen.html> (letzter Zugriff am 7.10.2016).

- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2000): Fallstricke des Feminismus. Das Denken „kritischer Differenzen“ ohne geopolitische Kontextualisierung. Einige Überlegungen zur Rezeption antirassistischer und postkolonialer Kritik. In: polylog. Forum für interkulturelle Philosophie 2. <http://them.polylog.org/2/age-de.htm> (letzter Zugriff am 7.10.2016).
- Ha, Kien Nghi / Ha, Noa / Mesghena, Mekonnen (Hg.) (2016): Dossier „Geschlossene Gesellschaft? Exklusion und rassistische Diskriminierung an deutschen Universitäten.“ Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Haraway, Donna (1995 [1988]): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive (Übers. Helga Kelle). In: Donna Haraway, Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen (hg. und eingeleitet von Carmen Hammer und Immanuel Stiess). Frankfurt am Main und New York: Campus, 73-97.
- Hark, Sabine (2005): Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (2015): Eine Frage an und für unsere Zeit. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In: Sabine Hark / Paula-Irene Villa (Hg.), Anti-Genderismus Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, 15-39.
- Heimberg, Anke (Hg.) (2005): „...das erste und einzige feministische Archiv in Marburg“. 15 Jahre Feministisches Archiv Marburg. Ein Projekt der Studentinnen- und Frauenbewegung. Marburg: BdWi-Verlag.
- Kindon, Sara Louise / Pain, Rachel / Kesby, Mike (2009): Participatory Action Research. In: Rob Kitchen / Nigel Thrift (Hg.), International Encyclopedia of Human Geography. Amsterdam u. a.: Elsevier, 90-95.
- Kraß, Andreas (Hg.) (2003): Queer Denken. Gegen die Ordnung der Sexualität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kuria, Emily Ngubia (2015): eingeschrieben. Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen. Berlin: w\_orten & meer.
- Lutz, Helma (2008): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen u. a.: Barbara Budrich.
- Phipps, Alison (2016): Whose personal is more political? Experience in contemporary feminist politics. In: Feminist Theory. DOI: 10.1177/1464700116663831.
- Precarias a la deriva (2005): Ein sehr vorsichtiger Streik um sehr viel Fürsorge. Vier Hypothesen (Übers. Jens Kastner). [www.republicart.net/disc/precariat/precarias02\\_de.htm](http://www.republicart.net/disc/precariat/precarias02_de.htm) (letzter Zugriff am 12.07.2016)
- Precarias a la deriva (2014): Was ist dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität. Wien: transversal texts.
- Rich, Adrienne (1980): Compulsory heterosexuality and lesbian existence. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society 5, 631-660.
- Schuster, Nina (2010): Andere Räume. Soziale Praktiken der Raumproduktion von Drag Kings und Transgender. Bielefeld: transcript.
- Spivak, Gayatri (1988): Can the subaltern speak? In: Cary Nelson / Lawrence Grossberg (Hg.), Marxism and the Interpretation of Culture. London: Macmillan, 271-313.
- Stryker, Susan / Bettcher, Talia M. (2016). Introduction. Trans/Feminism. In: TSQ Transgender Studies Quarterly 3/1-2, 5-14.
- Trott, Ben (2013): Gefühle, Affekte, Feminisierung: Zeitgenössische Interventionen in die geschlechtliche Arbeitsteilung. In: Beate Binder et al. (Hg.), Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot, 104-115.





## And the winner is...

The male academy oder: Die ungleichen Auswirkungen universitärer Prekarität

Annekathrin Müller

Sarah Speck

In den ‚heiligen Hallen‘ der Universitäten zu arbeiten fordert von angehenden Wissenschaftler\_innen so einiges. In Leidenschaft entbrannt und mit höchster intrinsischer Motivation ist es geboten, sich dem Dienst an der Wahrheit zu verschreiben und der Forscherehre würdig zu erweisen. Forscher\_in zu werden ist ein Prozess, in dem es gilt, dieses Bestreben mit voller Kraft und vollem Einsatz unter Beweis zu stellen, das zeigt die (kultur-)soziologische Forschung zu wissenschaftlichen Werdegängen (u. a. Engler 2001, Beaufäys 2003; 2015) – wir erfahren es aber auch selbst permanent in unserem Berufsalltag.[1] Wissenschaft ist dem gängigen Verständnis nach weniger Beruf als Berufung, eine Lebensform, die gewissermaßen kein anderes Engagement neben sich duldet. Das macht, da haben Sandra Beaufäys und Beate Kraus vollkommen Recht, ein Kernelement des Glaubens aus, der die wissenschaftliche Arbeit trägt und stabilisiert (2005). Freizeit, Freunde, Familie und sogar materielle Lebensnotwendigkeiten sind nachrangig. Der Preis, den man dafür zahlt – im hohen Maße prekär und entgrenzt zu arbeiten, permanente Mobilität und so weiter – ist eigentlich kein Geheimnis. Und doch scheint die Tätigkeit des Forschens und Schreibens derart mit einer Idee von höchster Freiheit und Selbstverwirklichung verbunden zu sein, dass diese über all die vielen Unannehmlichkeiten hinweg trägt.

Richtet man den Blick auf die Arbeitsrealität an Universitäten, so wird deutlich, dass die Bedingungen alles andere als rosig aussehen: Prekäre Arbeitsverhältnisse bei mehr als vollem Arbeitseinsatz, ungezählte Überstunden und eine ungewisse Zukunft sind mit der Tätigkeit in der Wissenschaft verknüpft. Die miese Lage ist bereits vielfach thematisiert und in den letzten Jahren zum Glück auch zunehmend skandalisiert worden: 2015 sind nur 12 Prozent der hauptberuflich akademisch Beschäftigten an Universitäten (ohne Pädagogische Hochschulen etc.) Professor\_innen; 84 Prozent sind wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiter\_innen (Statistisches Bundesamt 2016). Sie gehören zum Mittelbau – zum sogenannten akademischen Nachwuchs, wie auch Mitte 40-jährige promovierte Forscher\_innen weiterhin bezeichnet werden. 2013 hatten lediglich 13 Prozent der wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiter\_innen eine unbefristete Vollzeitstelle;

2011 betrug bei nur 11 Prozent der Beschäftigten die Vertragslaufzeit länger als zwei Jahre (Ullrich 2016, Zahlen zitiert nach Brugger et al. 2013, Jongmanns 2011). Nicht nur Befristungen, sondern auch unfreiwillige Teilzeit-Stellen sind weit verbreitet – halbe Stellen sind für Doktorand\_innen die Regel, obwohl selbstverständlich voll gearbeitet wird, und die Zahl der nicht sozialversicherungspflichtigen Stipendien steigt. Nicht nur, aber besonders ‚Lehrkräfte für besondere Aufgaben‘ leiden unter enormen Lehr- und Prüfungsbelastungen, und es gibt an allen Universitäten eine Menge schlecht- oder unbezahlter Lehraufträge – die unter anderem von Privatdozent\_innen durchgeführt werden.

Um den Titel ‚Privatdozent\_in‘ führen und damit weiterhin eine reelle Chance auf eine Berufung aufrecht erhalten zu können, müssen habilitierte Wissenschaftler\_innen unbezahlte Titellehre erbringen. Die Legitimation erscheint ebenso abwegig wie die Praxis selbst – wie eine Privatdozentin pointiert formulierte: „Und das mit dem Argument, es diene der wissenschaftlichen Weiterqualifikation – wie lange soll man sich denn qualifizieren?“ Vermutlich sind etwa 5000 bis 7000 Personen von der Titellehre betroffen. Ein Philosophieprofessor aus Regensburg hat kürzlich beim Bayrischen Verfassungsgerichtshof gegen diesen seit geraumer Zeit bestehenden Irrsinn Klage eingereicht (Gebhardt 2016).

Im Zusammenhang mit der prekären Situation des Mittelbaus wird insbesondere die Unterfinanzierung der Hochschulen, aber auch ihr Wandel zur unternehmerischen Hochschule kritisiert. Problematisch erscheinen die Orientierung an den Prinzipien des New Public Managements sowie die Verschärfung des (politisch gewollten) innerakademischen Wettbewerbs unter anderem in den ‚Winner-Takes-it-All-Märkten‘ der gegenwärtigen Förderstrukturen. Wir wissen ebenfalls seit langem, dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz die prekären Verhältnisse ebenso befördert wie die viel bejubelte, aber ebenso umstrittene Exzellenzinitiative, die zu einem weiteren Ausbau der Stipendienlandschaft und einer Explosion befristeter Stellen für Post-Docs geführt hat (vgl. Ullrich 2016, Münch 2011, Reitz et al. in diesem Heft) – selbstverständlich ohne Aussicht auf Verstetigung. Selbst die Imboden-Kommission, von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) mit der Evaluation der Exzellenzinitiative betraut und den derzeitigen Entwicklungen alles andere als kritisch gegenüberstehend, gesteht dies ein (IEKE 2016). Die Entwicklungen gehen eindeutig in eine Richtung: Auf sehr wenige Dauerstellen – und diese sind fast alle Professuren – kommen sehr viele prekär beschäftigte ‚Nachwuchs‘-Wissenschaftler\_innen, die versuchen, durch den berüchtigten ‚Flaschenhals‘ zu gelangen. In Deutschland stellt sich diese Situation im Vergleich zu anderen Ländern mit einer ähnlich ausgebauten Bildungs- und Hochschullandschaft besonders drastisch dar.

Dass die Universitäten von der Arbeitskraft der prekär beschäftigten ‚Nachwuchs‘-Wissenschaftler\_innen profitieren, oder genauer: dass der wissenschaftliche Output im deutschen Hochschulsystem und die Aufrechterhaltung der Ausbildung der Studierenden nur durch diese überhaupt gewährleistet werden können, muss wohl kaum gesagt werden. Der Mittelbau schultert gemeinsam mit einem Heer nicht-angestellter Lehrkräfte an den Universitäten den Großteil der Lehr- und Betreuungsaufgaben. Dabei schreibt er zugleich in ungezählten Überstunden neben der eigenen

‚Weiterqualifikation‘ an Drittmittel-Anträgen, damit überhaupt weiter geforscht werden kann. Den Zynismus der Lage erkennt auch die „Internationale Expertenkommission Exzellenzinitiative“ (so heißt die Imboden-Kommission offiziell), wenn sie schreibt, dass „die Universitäten immens davon profitieren, dass sich eine große Zahl junger Menschen darauf einlässt – in der Hoffnung auf eine akademische Karriere – die produktivsten Jahre ihres Lebens auf schlecht bezahlten und befristeten PostDoc-Stellen zu verbringen. Vielen ist dabei gar nicht bewusst, dass sich in diesen Jahren ihre Vermittelbarkeit in den nicht-akademischen Arbeitsmarkt dramatisch verschlechtern kann. Was prima vista für die Universitäten durchaus vorteilhaft scheint, ist jedenfalls ethisch problematisch“ (IEKE 2016). So ist es. Eine gute Zahl der Wissenschaftler\_innen, die es lebenspraktisch realisieren können, wandert dann auch nach Großbritannien, in die USA oder nach Kanada ab, was die Unfähigkeit der Universitäten unterstreicht, nachhaltig in Sachen Bindung guter Forscher\_innen zu agieren.

Dabei ist die Lage in Deutschland bekanntlich auch deshalb besonders fies, weil aufgrund des Lehrstuhlsystems weiterhin starke Abhängigkeiten von einzelnen Personen und deren Gunst bestehen, die zu äußerst leidvollen Erfahrungen führen können und die Bezeichnung ‚Nachwuchs‘ in einem seltsam adäquaten psychischen Gefühl spiegeln – man muss sich ‚lieb Kind‘ machen. Die Abhängigkeiten des in den traditionellen Universitätsstrukturen verankerten akademischen Feudalismus verbinden sich auf ausgesprochen eklige Weise mit der zunehmenden Ökonomisierung und dem ausgeweiteten Wettbewerb an den Hochschulen. Dabei wird ein Ausstieg aus der akademischen Laufbahn biographisch von Jahr zu Jahr schwieriger: Als hochgradig spezialisierte Expert\_innen, und dies gilt nicht nur, aber insbesondere für Geistes- und Sozialwissenschaftler\_innen, sind viele schnell zu alt für eine berufliche Neuausrichtung (vgl. Ullrich 2016).

### **Alle gleich prekär? Mitnichten**

Nicht alle haben gleiche Voraussetzungen für diesen prekär-steinigen Aufstieg. Geschlechterforscher\_innen verwenden die Metapher der ‚leaky pipeline‘ um auf das ‚Verlorengehen‘ von Frauen im Karriereverlauf hinzuweisen. Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache – noch immer: Über alle Fächer hinweg liegt der durchschnittliche Frauenanteil im Jahr 2014 bei 53,7 Prozent. Noch fast die Hälfte der Promotionen wurde im gleichen Jahr von Frauen bestritten; bei den Habilitationen lag der Anteil bei nur noch 27,8 Prozent. 2014 waren 22 Prozent der Professuren von Frauen besetzt (2015: 23 Prozent, Statistiken: Destatis). Im Jahr 2013 waren 22,5 Prozent der Hochschulleitung Frauen, davon 14,4 Prozent Rektorinnen, Präsidentinnen, Gründungsrektorinnen (Statistiken: CEWS 2016). Wie nahezu überall gilt auch hier: Je höher der Status, desto eher wird die Position von einem Mann besetzt. Unter den Apologeten der neoliberalen Universitätsreformen gibt es auch solche, die meinen, dass bisher marginalisierte Personen jetzt bessere Chancen auf Karriere erlangen würden, da sich im ökonomischen Wettbewerb nun fairere Leistungschancen etablieren würden. Doch das ist natürlich blanker Unsinn. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Der geringe Anteil an Professorinnen ist ganz unmittelbar auch auf die zunehmend prekären

Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Selbst die Imboden-Kommission räumt ein, „dass es nicht unbedingt die vielbeschworenen ‚besten Köpfe‘ sind, die sich auf dieses Vabanquespiel einlassen“ und dass es „Hinweise“ darauf gebe, „dass sich Frauen durch solche Bedingungen leichter von einer wissenschaftlichen Karriere abschrecken lassen als Männer“ (IEKE 2016). Richtig: diese „Hinweise“ darauf, dass die Prekarisierung an Hochschulen unterschiedliche Auswirkungen auf unterschiedliche Gruppen hat, gibt es.

Auf der Mehrzahl der Lehrstühle sitzen weiterhin weiße Männer. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zweifelsohne wirken in den Berufungskommissionen mitunter auch männerbündische Strukturen. Die Unterrepräsentanz von Frauen auf dieser Ebene hat zudem – und auch dazu gibt es bereits ausreichend wissenschaftliche Forschungen – viel mit Diskriminierungen und Zuschreibungen zu tun: Frauen wird eine umfassende Leidenschaft für den Beruf auch heute noch tendenziell abgesprochen, denn in ihrem Leben werden stets andere Prioritäten – na was wohl: Familie und Kinder – vermutet, und das gilt selbst für diejenigen, die gar keine Kinder haben (vgl. Beaufaÿs/Krais 2005, Beaufaÿs 2003, Lind 2004; 2006). Auch drückt sich die strukturelle Privilegierung von Männern darin aus, dass (was ebenfalls belegt ist) Leistungen von Frauen und Männern unterschiedlich bewertet werden: Von Frauen wird eher erwartet, dass sie allen in den Bewerbungsverfahren zu wissenschaftlich hochrangigen Positionen formulierten Kriterien entsprechen (Steinweg/Pawlak/Brodesser 2014) – was, wenn man sich die üblichen Anforderungen anschaut, schlichtweg absurd ist. Umgekehrt tragen sich viele Frauen mit Kinderwunsch – wohlwissend, dass, wenn sie Kinder bekommen, sie auch diejenigen sind, die die Haupt-Sorgearbeit stemmen – mit einer gewissen Skepsis, ob sie sich dem Druck der Uni-Karriere wirklich aussetzen wollen. Oder Frauen bewerben sich gar nicht erst, beispielsweise aus der Sorge heraus, die genannten Kriterien nicht zu erfüllen oder weil sie sich für die Stelle ‚nicht so ganz passend‘ fühlen. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache, dass sich noch nicht promovierte Männer regelmäßig auf ausgeschriebene Professuren bewerben, leider nicht nur lachhaft.

Ähnliche Mechanismen der Zuschreibung und des Sich-nicht-Zutrauens greifen, wie Bourdieu in seinen Studien zum „Homo Academicus“ gezeigt hat, hinsichtlich der Frage der sozialen Herkunft (Bourdieu 1992). ‚Nachwuchs‘-Wissenschaftler\_innen aus bildungsaffinen und kapitalstarken Elternhäusern bringen bereits Kenntnisse über erfolgreiche Karrierestrategien und das wissenschaftliche Spiel mit, die soziale Aufsteiger\_innen erst lernen müssen (Reitz et al.: 2016). Sie beherrschen den akademischen Habitus. Und gerade weil ein wissenschaftlicher Beruf heutzutage ausgesprochen viel Selbstdarstellung, Gepose und Getöse beinhaltet, wird ihnen umgekehrt auch mehr zugetraut. Auch rassistische Strukturen und die Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenen) Migrationsgeschichten zeitigen ähnliche Effekte (Gutiérrez-Rodríguez et al. in diesem Heft, Kuria 2015, Lind/Löther 2008). Es ist nicht sonderlich kompliziert, darauf zu kommen, dass sich eine zunehmende Prekarisierung auch hier nicht zum Guten auswirkt – wenn man denn davon ausgeht, dass soziale Durchlässigkeit respektive ein Abbau sozialer Ungleichheit etwas Gutes sind.

Auf viele, die ihre Chancen auf Ein- beziehungsweise Aufstieg eher unsicher einschätzen und/oder aus weniger gut betuchten Familien kommen,

haben prekäre Perspektiven in der Wissenschaft eher eine abschreckende Wirkung. Personen mit sozial und ökonomisch privilegierten Hintergründen, die unmittelbar an eine legitime wissenschaftliche Praxis anschließen können, fällt es leichter, sich auf risikoreiche Karrieren einzulassen – auch weil sie im Zweifel weicher fallen. Summa summarum: Die vorherrschende Wissenschaftskultur ist männlich, weiß und bildungsbürgerlich. Dabei wird nicht nur eine Ungleichheit in den Zugangsvoraussetzungen und Karriereperspektiven (re)produziert, sondern auch eine Identitätsbildung unter Wissenschaftler\_innen, die für viele ausschließend wirkt.

### **Entgrenzte Anforderungen**

„Das ist ja heute das Geile am Wissenschaftler, dass wir alle mehr oder weniger mitnehmen, was wir im Privaten machen und uns im wissenschaftlichen Leben interessiert. Also, wenn ich ein Buch aufschlage, dann ist das für mich keine Arbeit, sondern totales Vergnügen. Da kann ich total von profitieren. Alles was ich denke, was ich lese, hat irgendetwas mit meiner Arbeit zu tun. Das ist total cool. Also, wir sind die wahren Pioniere der Subversion. Weil, wir haben diese entfremdete Tätigkeit aufgehoben. Wir sind nicht entfremdet in unserer Daseinsform als Wissenschaftler. Wir sind schon begünstigt.“  
(Interview Privatdozent, Berlin 2013)

In dieser Aussage eines Wissenschaftler kommt eine weit verbreitete Haltung zum Tragen, die tatsächlich jedwede Grenzziehung zwischen Beruf und Privatleben verunmöglicht.. Das Lesen für die Wissenschaft ist zugleich – und so muss es dem Habitus nach ja auch sein – totales Vergnügen, und zwar ausnahmslos. Äußert sich der interviewte Privatdozent hier äußerst positiv über die ideale „Daseinsform“ und Tätigkeit der Wissenschaft, wird in anderen Passagen des Interviews sehr deutlich, dass dieses Ideal im Alltag immer wieder an seine Grenzen gerät: Stress, Unsicherheit und auch Gesundheit sind ein großes Thema: „Auf der anderen Seite sehe ich auch, dass man sich schützen muss. Wir hatten eine ganz tolle Juniorprofessorin hier im Haus, die hatte `nen richtigen Burn Out. Die ist also zusammengebrochen und ist zurück zu ihren Eltern. Also: zurück ins Elternhaus. Und die hat dann gesagt, sie macht nie wieder was mit Wissenschaft.“

Das Versprechen der Wissenschaft als Lebensform scheint vor allem auch davon begleitet zu werden, dass diese entgrenzte Form des Arbeitens nicht die Aufhebung entfremdeter Arbeit, sondern vielmehr eine Ausdehnung von Entfremdung in alle Lebensbereiche hinein darstellt. Auch das Freizeitvergnügen scheint als wissenschaftlich sinnvolle Tätigkeit geframed werden zu müssen. Das Bedürfnis nach einer sinnvollen Tätigkeit, die zudem Spaß macht, ist nachvollziehbar, doch das schützt nicht vor den Zwängen der (Selbst-)Ausbeutung, die besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften herrschen. Zudem ist die Freiheit, Arbeit nicht als entfremdete Plage zu erleben, die zum Selbstverständnis insbesondere in Feldern kultureller Produktion geworden ist, mit sozialen Privilegien verbunden.

Das gegenwärtig entworfene Berufsbild des Wissenschaftlers ist dabei in mehreren Hinsichten widersprüchlich. Einerseits beschwört die Forderung

nach totaler Mobilität (befristete Verträge, alle zwei Jahre umziehen oder dauerhaft pendeln, zwingende Auslandsaufenthalte) das Bild einer gänzlich solitären Lebensführung herauf. Andererseits ist die sich in den Arbeitsstrukturen und -erwartungen niederschlagende Vorstellung wissenschaftlicher Arbeit orientiert an der ‚männlichen Normalbiographie‘: an der Idee eines vollversorgten und nicht sorgenden Menschen, an einer weitestgehend von Reproduktionsarbeit freigestellten Person – sprich an einer Person, die gerade nicht alleine lebt, sondern mit einer anderen Person (vielleicht einer Ehefrau?), die ihr ‚den Rücken frei hält‘. Das bedeutet, dass es für denjenigen deutlich leichter ist, Professor zu werden, der eine Person an seiner Seite hat, die für ihn einkauft und kocht und ihm abends den Kopf kraut und die Kinder versorgt, während er abends auf Konferenzen mit den Kollegen noch beim Wein parlieren kann. Am besten eine Person, die auch noch gut zuhören kann und am Ende sagt, was für ein kluger Artikel das wird. Für Frauen ist es deutlich schwieriger, eine solche Person zu finden. Die Arbeitsbedingungen und die eingeforderte permanente Verfügbarkeit im wissenschaftlichen Feld evozieren das Bild der heterosexuellen bürgerlichen Ehe mit ihrer spezifischen Geschlechterlogik. Genauer gesagt, sie rufen die in der geschlechterkonstituierenden Arbeitsteilung der bürgerlichen Ehe hergestellten Voraussetzungen auf, die die Ausdifferenzierung der Lebensführung des (männlichen) Wissenschaftlers überhaupt erst ermöglichten. Nun ist dieses Reproduktionsmodell aus verschiedenen Gründen brüchig geworden – doch das Problem der Reproduktion ist deshalb nicht gelöst. Mehr noch: Es stellt sich unter gestiegenen Unsicherheitsbedingungen für alle (und insbesondere auch für diejenigen, die nicht einer heteronormativen Lebensführung folgen) in neuem Ausmaß. Und wer die viel besprochene ‚Krise der Reproduktion‘ am eigenen Leib erfährt, überlegt sich mindestens drei Mal, ob er oder meistens sie auf die berufliche Selbstverwirklichung nicht vielleicht doch eher verzichtet. Auch deshalb, weil die umfassende Subjektposition des entgrenzten Wissenschaftlers nicht nur materielle Risiken beinhaltet und Rücksichtslosigkeiten voraussetzt, sondern auch Fragen der Verhandlung von Anerkennung und Erfolg aufwirft – sowie solche der Bewältigung, wenn diese ausbleiben.

Der Umgang mit ausbleibender Anerkennung und (vermeintlichem) Scheitern ist in hohem Maße vergeschlechtlicht, so wie auch die Frage, was man sich zutraut. Das (mangelnde) Selbstvertrauen – bin ich das, kann ich das, hat das nicht schon jemand anders viel präziser beschrieben? – wiederum prägt die Performance, das Auftreten, das Sprechen und damit auch das Gesehen- und Gehörtwerden vor allem weiblich sozialisierter Wissenschaftler\_innen.

„Das wissenschaftliche Feld ist nicht deshalb männlich dominiert, weil Männer Männer sind und Frauen Frauen, sondern weil das Feld von Akteuren dominiert wird, die mit einem Habitus ausgestattet sind, dem ein männlicher Wissenschaftler am nächsten kommt.“ (Beaufäys 2003)

Zudem ist es kein Wunder, dass die Anzahl der Narzissten im wissenschaftlichen Feld besonders groß ist (hier können wir keine konkreten Zahlen liefern – müssen wir aber wohl auch nicht): Menschen, und vor allem Männern, die tatsächlich in der Lage sind, sprich die Dispositionen dafür haben, mit diesen Berufsanforderungen umzugehen, die das Gefühl des Scheiterns mit

Selbstüberschätzung kontern und denen es gelingt, sich in der Anerkennung zu sonnen, die das wissenschaftliche Feld, das immer noch und wider besseren Wissens dem Geniemythos aufsitzt, Einzelnen gerne zuteilwerden lässt. Wir (prekären Nachwuchswissenschaftler\_innen) kennen wahrscheinlich alle das Verblüffen darüber, mit welchem Selbstbewusstsein und welcher Verve so mancher Typ totale Banalitäten von sich gibt. Leider hält das „och – also das kann ich auch“ meistens nicht so lange an. Stattdessen kriecht der andere Gefühls-Komplex wieder hoch („Ich überblicke das Feld doch gar nicht“ ... „Kann ich mich mit diesem Gedanken überhaupt in eine Öffentlichkeit trauen?“ ...).

### **Die beharrliche Vorstellung von Genialität**

Es ist fast verwunderlich, wie hartnäckig sich der romantische Geniemythos, demzufolge eine einzelne Person, ein Künstler, Autor oder eben Wissenschaftler, aus seiner ureigensten Fähigkeit und einem genialischen Einfall heraus mit schöpferischer Kraft ein Werk schafft, wider besseren Wissens in der Wissenskultur hält und auch gegenwärtig noch in Förderstrukturen verankert ist: In Ausschreibungen sucht man nach dem genialischen Kopf und will brillante ‚Forscherpersönlichkeiten‘ fördern, damit diese sich mit intrinsischer Motivation ihrem nächsten Werk widmen und ‚Spitzenforschung‘ machen können. Jedem oder jeder sei eine solche Förderung gegönnt. Aber uns scheint eine solche Politik in ihrem Grundverständnis höchst kritikwürdig zu sein. Zum einen, weil bestimmte Personengruppen (tendenziell alle jenseits weißer Cis-Männer aus bildungsbürgerlichen Haushalten) Schwierigkeiten haben, sich selbst als solch genialische Forscherpersönlichkeit zu identifizieren und sich daher gar nicht erst bewerben. Zum anderen, weil dieses Fördersystem ganz grundsätzlich an dem vorbeigeht, wie eine Produktion von Erkenntnissen de facto von statten geht – nämlich typischerweise als kollektiver Prozess – als auch an dem, was wir eigentlich wollen: Dauerhaft bessere Arbeitsbedingungen für alle und auch institutionell sichtbare Möglichkeiten kollektiver Wissensproduktion.

Infrage gestellt wird das Leitbild des autonomen Genies auch nicht erst seit gestern. In der Literaturwissenschaft etwa, die sich mit dem Verhältnis von Text und Autor qua Profession auseinandersetzt, wird die Idee genialischer Allein-Autorenschaft in nahezu allen Ansätzen der letzten 50 Jahre problematisiert. Mit der Chiffre des „Todes des Autors“ löste Roland Barthes im Jahr 1968 (hier: Barthes 2000) den Autor als Ursprung aller Bedeutungen durch den „Schreiber“ ab, der primär auf das Wörterbuch seiner – oder auch ihrer – Kultur zurückgreife, das heißt nicht allein, sondern kontextuell kreative. Ein Jahr später analysierte und dekonstruierte Foucault die Rolle des Autors als Bestandteil des Diskurses (Foucault 2000). Der Autor erscheint vielen als überlebte literarische Institution aus dem Gründungszeitalter der Philologien (Jannidis et al. 2000). Und was für die literarische Autorin gilt, gilt ebenso für den wissenschaftlichen Autor – die Ideen beider entstehen vor dem Hintergrund von bereits Geschriebenem und Gesagtem. Gerade die Produktion wissenschaftlicher Erkenntnis vollzieht sich im Austausch mit Kolleg\_innen, Studierenden, und oftmals auch mit Freund\_innen und Genoss\_innen in sozialen Bewegungen (Schuster in diesem Heft). Kollektive Formen der Produktion von Ideen und Werken haben sich in Zeiten

der Digitalisierung und des Internets weiter ausdifferenziert und verbreitet. Darum weiß die Kunst und inzwischen auch die Politik, wenn sie sich mit neuen Formen des ‚kollaborativen Schaffens‘ auseinandersetzt und einen anderen Umgang mit ‚geistigem Eigentum‘ und eine Reform des Urheberrechts verlangt (Enquete 2011). Ist es nicht an der Zeit, dass auch die Wissenschaft den Fokus auf die Förderung des ‚genialen Forschers‘ infrage stellt? Erkenntnisse werden nicht von geistreichen Köpfen in einsamen Stuben produziert. Ideen entstehen in Gesprächen, in der Lehre und in kooperativer Zusammenarbeit – die aber wird durch die erhärtete Konkurrenz im akademischen Feld systematisch unterhöhlt. Sodass das zweijährliche Treffen der Fachdisziplinen eben nicht zum kollegialen Austausch führt, sondern einfach ein meist unangenehmes Schaulaufen ist.

Die Kulturgeschichte des romantischen Geniemythos zeigt zudem, in welchem Maße diese Vorstellung an Männlichkeit geknüpft ist – Frauen scheinen bis heute von dieser *Illusio* ausgeschlossen. Das Gleiche gilt für das total entgrenzte Arbeiten und die Behauptung, die gerne männliche Kollegen auf besagten Tagungen aufstellen: Sie würden nicht im Ausnahme- sondern im Regelfall 15 Stunden am Tag arbeiten. Gewiss doch. Und selbst wenn: Welche genialen Einfälle kommen wohl noch in Stunde 13 am Schreibtisch? Und wer macht dann gleich nochmal den Einkauf, den Abwasch, wer übernimmt die Sorge für Kinder, Eltern, Freunde? Und überhaupt: Welches Leid bringt eine solche Lebensführung hervor?

### **So what? Don't fix the women – fix the f\*\*\*ing system**

Es sind also die Wissenschaftskultur, der Wissenschaftsmythos der unbedingten Hingabe und die in die Struktur des gegenwärtigen Unisystems eingelassene Prekarität sowie die irrsinnigen Arbeitsbedingungen, die einen wesentlichen Anteil daran haben, dass die Universität männlich ist und aller Voraussicht nach auch bleibt. Es ist nicht einzig oder vor allem die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Unbenommen – Vereinbarkeit ist weiterhin ein großes Problem, und der Ausbau sogenannter ‚Familienkomponenten‘ und solcher Maßnahmen, die es ermöglichen, den Wissenschaftsberuf trotz Sorgeverpflichtungen auszuüben, ist immens wichtig. Aber das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen in den höheren Positionen der Universitäten allein auf ‚Vereinbarkeit‘ zu reduzieren, geht unseres Erachtens an des Pudels Kern vorbei. Nicht zuletzt werden damit kulturelle Zuschreibungen verlängert. Und offenbar kann auch nicht oft genug gesagt und geschrieben werden: Vereinbarkeit ist kein Frauenproblem. Auch zunehmend mehr Väter, die sich um ihre Kinder kümmern, leiden unter den Anforderungen der Akademie.

Die politischen Konsequenzen liegen auf der Hand: Aus feministischer Perspektive sind gendersensible Berufungsverfahren, Quotenregelungen, Förderprogramme und Stipendien für Frauen, Double-Blind-Gutachten bei Peer-Review-Verfahren, die Forderung, Geschlecht als Querschnittsthema in der Forschung zu berücksichtigen, Gleichstellungsstandards, Work-Life-Balance-Modelle, die Orientierung am Kaskaden-Modell und Ganztagskinderbetreuung an Universitäten für eine Chancengleichheit auch weiterhin unabdingbar. Doch – vor allem brauchen wir eine andere Wissenschaftskultur! Eine Wissenschaftskultur jenseits der gegenwärtigen nahezu unerfüllbaren



Anforderungen an eine Wissenschaftslaufbahn. Eine Wissenschaftskultur ohne Publikationsdruck und die permanente Angst, das, was man tut und auch gern tut, in zwei Jahren möglicherweise nicht mehr tun zu können, und in der Zeit zum Lesen, Forschen, Schreiben, Lehren nicht die absolute Ausnahme ist. Wir brauchen unbefristete Stellen jenseits der Professur, einen Abbau der feudalen Abhängigkeitsstrukturen und einen sensiblen Umgang mit Prozessen der Entgrenzung: Es ist wünschenswert, dass, und schön, wenn Erwerbsarbeit und persönliche Selbstentfaltung zusammenfallen, aber das birgt bekanntlich Gefahren – individuelle wie gesamtgesellschaftliche. Entgrenzung zieht die Notwendigkeit neuer Grenzsetzungen nach sich, nicht nur in der Arbeitszeit, sondern auch in der Intensität und in Prozessen der Identitätsbildung – das ist ein nicht nur in Burn-Out-Kliniken erlernbares Wissen. Auch lassen sich im Bewusstsein, dass das, was man tut, auch Lohnarbeit ist und damit potentiell auch ein Ort der (Selbst-)Ausbeutung, wesentlich leichter gemeinsam mit Anderen politische Forderungen entwickeln. Vielleicht wäre eine kurze Vollzeit sinnvoll, wie sie auch für andere Arbeitsbereiche diskutiert wird! Müsste in der Wissenschaft doch auch möglich sein. Würde auch heißen: mehr Zeit für Sorgearbeit, für politische Arbeit und für das gute Leben. Und schließlich: Wir wollen kollektive Arbeits- und Forschungszusammenhänge, die auch als solche anerkannt und gefördert werden. Für all das gilt es weiter zu kämpfen. Ganz sicher – und auch das ist schon oft gesagt worden – würden die Lehre und die Betreuung von Studierenden, die Texte und Forschungen unter solchen Bedingungen besser werden. Und an den Unis würden zweifelsohne auch zunehmend mehr Menschen arbeiten, die weniger Privilegien in die Wiege gelegt bekommen haben.

## Endnoten

- [1] Im Rahmen dieses Textes rekurrieren wir außerdem auf Zitate aus Interviews mit Expert\_innen, die Annekathrin Müller im Zuge ihrer Masterarbeit mit Privatdozent\_innen durchgeführt hat.

## Autor\_innen

Annekathrin Müller ist Sozialwissenschaftlerin, Geschlechterforscherin und Politologin. Derzeit beschäftigt sie sich mit (digitaler) Arbeit, Prekarisierung, Diskriminierung und Wissenschaftskultur.  
annekathrinm@gmail.com

Sarah Speck ist Soziologin und Kulturwissenschaftlerin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschlechterforschung, Paar- und Familiensoziologie, soziale Ungleichheit und Milieus, der Wandel der Erwerbswelt sowie die Soziologie der Intimität.  
s.speck@em.uni-frankfurt.de

## Literatur

Barthes, Roland (2000): Der Tod des Autors. In: Fotis Jannidis / Gerhard Lauer / Mathias Martinez / Simone Winko (Hg.): Texte zur Theorie der Autorschaft. Stuttgart: Reclam, 185-193.

- Beaufaÿs, Sandra (2003): Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft. Bielefeld: Transkript.
- Beaufaÿs, Sandra (2015): Die Freiheit arbeiten zu dürfen. Akademische Laufbahn und legitime Lebenspraxis. In: Beiträge zur Hochschulforschung 3/2015, 40-55.
- Beaufaÿs, Sandra / Kraiss, Beate (2005): Doing science – doing gender. Die Produktion von WissenschaftlerInnen und die Reproduktion von Machtverhältnissen im wissenschaftlichen Feld. In: Feministische Studien 1/5, 82-99.
- Bourdieu, Pierre (1992): Homo academicus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brugger, Pia / Threin, Marco / Wolters, Miriam (2013): Hochschulen auf einen Blick – Ausgabe 2013. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bildung-ForschungKultur/Hochschulen/BroschuereHochschulenBlick0110010137004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bildung-ForschungKultur/Hochschulen/BroschuereHochschulenBlick0110010137004.pdf?__blob=publicationFile) (letzter Zugriff am 10.08.2016).
- CEWS (Center for Excellence and Women Studies) (2016): Statistiken. <http://www.gesis.org/cews/unser-angebot/informationsangebote/statistiken/> (letzter Zugriff am 10.08.2016).
- Engler, Steffani (2001): In Einsamkeit und Freiheit? Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur. Konstanz: UVK.
- Enquete-Kommission (2011): Dritter Zwischenbericht der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft. Urheberrecht. [http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user\\_upload/DBV/themen/2011\\_Dritter\\_Zwischenbericht.pdf](http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/themen/2011_Dritter_Zwischenbericht.pdf) (letzter Zugriff am 28.07.2016).
- Foucault, Michel (2000): Was ist ein Autor?. In: Fotis Jannidis / Gerhard Lauer / Mathias Martinez / Simone Winko (Hg.): Texte zur Theorie der Autorschaft. Stuttgart: Reclam, 198-229.
- Gebhardt, Miriam (2016): Eine Frage der Lehre. Privatdozenten werden von den Universitäten nicht bezahlt. Dagegen klagt jetzt ein Philosophieprofessor aus Regensburg. <http://www.zeit.de/2016/33/privatdozenten-regensburg-professor-gehalt-universitaeten-klage> (letzter Zugriff am 30.08.2016).
- IEKE (Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative) (2016): Endbericht. [https://www.bmbf.de/files/Endbericht\\_Internationale\\_Expertenkommission\\_Exzellenzinitiative.pdf](https://www.bmbf.de/files/Endbericht_Internationale_Expertenkommission_Exzellenzinitiative.pdf) (letzter Zugriff am 15.08.2016).
- Jannidis, Fotis / Lauer, Gerhard / Martinez, Mathias / Winko, Simone (Hg.) (2000): Texte zur Theorie der Autorschaft. Stuttgart: Reclam.
- Jongmanns, Georg (2011): Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG). Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. [http://www.dzhw.eu/pdf/pub\\_fh/fh-201104.pdf](http://www.dzhw.eu/pdf/pub_fh/fh-201104.pdf) (letzter Zugriff am 20.08.2016).
- Kuria, Emily Ngubia (2015): Eingeschrieben: Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen. Berlin: w\_orten & meer.
- Lind, Inken (2004): Aufstieg oder Ausstieg? Karrierewege von Wissenschaftlerinnen: ein Forschungsüberblick. Bielefeld: Kleine.
- Lind, Inken (2006): Kurzexpertise zum Themenfeld Frauen in Wissenschaft und Forschung. <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Publikation.pdf> (letzter Zugriff am 10.04.2015).
- Lind, Inken / Löther, Andrea (2008): Wissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund. <http://www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/download/cews-publik12.pdf> (letzter Zugriff am 10.10.2013).
- Münch, Richard (2011): Akademischer Kapitalismus: Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Berlin: Suhrkamp.
- Statistisches Bundesamt (2016): Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen. Vorläufige Ergebnisse vom 1. Dezember 2015. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/PersonalVorbericht5213402158004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/PersonalVorbericht5213402158004.pdf?__blob=publicationFile), abgelesen am 8.09.2016 (letzter Zugriff am 15.08.2016).
- Steinweg, Nina / Pawlak, Natalie / Brodesser, David (2014): Es muss gehandelt werden - wo liegt der Schlüssel zur Erhöhung des Frauenanteils an Professuren? Forschung & Lehre 21/6: 466-467.
- Ullrich, Peter (2016): Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus. Strukturen, Subjektivitäten und Organisationsansätze in Mittelbau und Fachgesellschaften. <https://undercurrentsforum.com/2016/07/21/peter-ullrich-prekaere-wissensarbeit-im-akademischen-kapitalismus-strukturen-subjektivitaeten-und-organisationsansaeetze-in-mittelbau-und-fachgesellschaften/> (letzter Zugriff am 10.08.2016).



## Aushöhlung der Mitbestimmung?

Die Interessenvertretung an Hochschulen kämpft mit neuen Strukturen der Steuerung und Finanzierung sowie mit überholten Rollenbildern in der Wissenschaft

Sonja Staack

Demokratie in der Hochschule – das war eines der großen Themen der Studierendenbewegung der 1960er Jahre. Sie forderte eine paritätische Mitbestimmung der verschiedenen Statusgruppen ein und legte den Grundstein für die Gruppenhochschule, in der Professor\_innen, wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen, wissenschaftsunterstützendes Personal und Studierende ihre jeweiligen Interessen eigenständig vertreten. Meilensteine auf diesem Weg waren unter anderem die Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (Nitsch et al. 1965) sowie die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) 1976 (vgl. Staack 2008). Die Mitbestimmung sollte den Hochschulmitgliedern Teilhabe sichern, aber auch pluralistische Strukturen gewährleisten und Statusverfestigungen wie Monopolisierung vorbeugen (Hauck-Scholz/Lüthje 1970: 27). Insofern waren Fragen der Mitbestimmung stets auch eng mit Möglichkeiten und Unmöglichkeiten kritischer Wissensproduktion verknüpft.

Die Forderung nach einer Demokratisierung der Hochschulen zielte außerdem nie nur auf eine Demokratisierung der Wissenschaft selbst, sondern war immer mit dem Leitbild einer demokratischen Bildung beziehungsweise einer Bildung für die Demokratie verbunden. Die Verfasstheit der Hochschulen bestimmt gleichzeitig mit, mit welchen Erfahrungen Studienabsolvent\_innen die Hochschulen verlassen, mithin auf welcher Grundlage sie fortan die Gesellschaft mitgestalten. Dieser Zusammenhang kommt beispielhaft bei Stephan Leibfried zum Ausdruck, der sein „Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen“ (1967) – wie die zitierte Denkschrift längst ein Klassiker – mit dem Titel „Wider die Untertanenfabrik“ überschrieb. Doch wo steht die Gruppenhochschule heute? Sind 40 Jahre nach der Verabschiedung des HRG eine wirksame Interessenvertretung aller Gruppen und Verhandlungen auf Augenhöhe selbstverständlich geworden – oder steckt die Akademische Selbstverwaltung längst in ihrer nächsten Krise?

## Neue Steuerung

Hochschulen und Forschungseinrichtungen erleben derzeit den wohl umfassendsten wissenschaftspolitischen Wandel seit 1968. Die Debatte um Instrumente des New Public Management hat die Hochschulen zwar etwa zehn Jahre später erreicht als die Kommunalverwaltungen (Bogumil/Heinze 2009:7), dann aber umso heftiger erfasst. Neues Leitbild ist die unternehmerische Universität (vgl. Dörre/Neis 2010, Himpele et al. 2014). Zielvereinbarungen, leistungsorientierte Mittelvergabe und wettbewerbliche Steuerung sind zu zentralen Leitbegriffen der Wissenschaftspolitik geworden. Inzwischen haben alle Bundesländer entsprechende Steuerungsinstrumente in ihren Hochschulgesetzen verankert, wenngleich das Ausmaß der realisierten Hochschulautonomie und des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen stark variiert (Lanzendorf/Pasternack 2009: 25 ff.; zu finanziellen Aspekten vgl. Quaißer 2014).

Durch Evaluationsverfahren, Exzellenzwettbewerbe, Rankings und Ratings wird statt einem Wettbewerb zwischen Wissenschaftler\_innen – den es in der Wissenschaft schon immer gab – ein Wettbewerb zwischen Hochschulen als Organisationen initiiert. Damit geht auch eine Transformation der Wissenschaft vom Kulturgut zum vermarktbareren Produkt einher (Münch/Pechmann 2009: 92). Macht über Ressourcen gewinnt in diesem System, wer erfolgreich Drittmittel einwirbt oder weitere Kennzahlen bedient wie etwa Zitationshäufigkeiten oder Absolvent\_innen-Zahlen. Er oder sie trägt so zur Wettbewerbsposition der Hochschule oder Forschungseinrichtung bei und generiert damit auch innerhalb der eigenen Institution eine besondere Anerkennung und Ausstrahlungskraft. Gewonnene Mittel bedeuten im Übrigen stets auch eine verbesserte Ausgangssituation für künftige Wettbewerbe: So steigt die Reputation bereits hoch angesehener Wissenschaftsbereiche immer weiter an (Matthäus-Effekt, vgl. Merton 1968) und im Zusammenhang mit einer wettbewerbsförmigen Mittelvergabe führt dies dazu, dass neue Forschungsmittel insbesondere dorthin fließen, wo bereits viele Forschungsmittel sind (Münch/Pechmann 2009: 79).

Die gemeinsame strategische Debatte über inhaltliche Entwicklungsoptionen in den Gremien oder Berufungskommissionen sowie die Beschlussfassung über Haushaltspläne der Hochschulen verlieren gegenüber den geschilderten Mechanismen an Bedeutung. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass sich die Qualität von Forschung und Lehre nur begrenzt in Kennzahlen und Rankings ausdrücken lässt (Iost 2014). Wissenschaftliche Freiräume bedürfen damit zunehmend der Verteidigung: Das grundlegende Infragestellen herrschender Thesen oder eigener Forschungskonzepte, Querdenken abseits des Mainstreams, wissenschaftliche Neuorientierungen sowie mitunter auch Sackgassen – all das sind ureigene Bestandteile von Wissenschaft und Forschung, die durch die zunehmende Orientierung an Kennzahlen und an Möglichkeiten der Mittelauswerbung erheblich unter Druck geraten (vgl. Demirovic 2014).

## Schlanke Leitungsstrukturen

Die neuen Steuerungsmechanismen sind mit einer erheblichen Stärkung der Leitungsorgane verbunden (Lanzendorf/Pasternack 2009: 18): Gremien

der Akademischen Selbstverwaltung werden abgeschafft, wie etwa an vielen Hochschulen die Konzile. Entscheidungskompetenzen in den Bereichen Personal und Finanzen genauso wie in Studium und Lehre werden von Gremien und Kommissionen in Präsidien, Rektorate und Dekanate verschoben. Gleichzeitig wird die Nominierung und/oder Wahl der Hochschulleitungen teilweise an externe Akteure wie Hochschulräte übertragen. Die Leitungsorgane werden maßgeblich anhand des Erfolgs der jeweiligen Einheit in wettbewerblichen Verfahren gemessen und sind mithin gehalten, die Organisation auf eine Erfüllung von Wettbewerbsanforderungen hin auszurichten. Kontrollmöglichkeiten der Gremien gegenüber der Leitung schwinden.

Hierdurch werden die Mitwirkungsmöglichkeiten aller Statusgruppen geschwächt, was in den vergangenen Jahren auch in mehreren Klagen von Professorinnen und Professoren vor dem Bundesverfassungsgericht Ausdruck gefunden hat, in denen diese Einschränkungen ihrer Wissenschaftsfreiheit durch übermächtige Leitungsorgane geltend gemacht hatten. Tatsächlich definierte das Bundesverfassungsgericht in einem dieser Verfahren 2014 Grenzen für die Übertragung von Kompetenzen an die Leitungsorgane: Je mehr wissenschaftsrelevante Entscheidungen diesen zugewiesen würden, desto stärker müsse die Mitwirkung des entsprechenden Vertretungsorgans der Akademischen Selbstverwaltung an der Bestellung und Abberufung des Leitungsorgans sein, so die Verfassungsrichter\_innen (BVerfG 1 BvR 3217/07).

Die mit der Einführung neuer Steuerungsmechanismen in allen Bundesländern einher gegangene neue Autonomie von Hochschulen gegenüber staatlichen Eingriffen (Lanzendorf/Pasternack 2009: 19 f.) erweist sich in diesem Zusammenhang aktuell in erster Linie als eine neue Autonomie der Hochschulleitungen. Die Gewerkschaften haben stets eingefordert, eine Stärkung der Hochschulautonomie müsse mit einer Stärkung der innerhochschulischen Demokratie einhergehen (vgl. etwa Keller/Staack 2009). Zum heutigen Stand ist demgegenüber festzustellen, dass den Hochschulmitgliedern in der Breite durch neue Strukturen der Steuerung und Finanzierung keine neuen Spielräume verschafft, sondern diese vielfach sogar weiter eingeschränkt worden sind.

### **Interessenvertretung durch Personal- und Betriebsräte**

Eine Vertretung der Interessen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Rahmen der Personalvertretung ist gegenüber anderen Bereichen bereits traditionell erheblich erschwert. Auf Hochschullehrer\_innen finden die meisten Personalvertretungsgesetze gar keine Anwendung (Ausnahmen bilden lediglich Hamburg und Bremen). Für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter räumen zahlreiche Personalvertretungsgesetze eine Vertretungsmöglichkeit durch den Personalrat nur für den Fall ein, dass diese im Einzelfall ausdrücklich beantragt wird, außerdem tritt in einzelnen Ländern eine Mitwirkung an die Stelle der Mitbestimmung des Personalrats, sodass die Dienststelle betreffende Entscheidungen letztlich auch ohne Zustimmung des Personalrats treffen kann. Im Bereich der außeruniversitären Forschungseinrichtungen gilt teilweise statt der Personalvertretungsgesetze für den öffentlichen Dienst das Betriebsverfassungsgesetz, welches wissenschaftliche Einrichtungen als

Tendenzbetriebe klassifiziert und den Betriebsräten damit gegenüber der Privatwirtschaft wiederum nur eingeschränkte Rechte zukommen lässt (§ 118 BetrVG).

Zu den althergebrachten kommen neue Probleme der Personalvertretung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hinzu. Immer mehr Wissenschaftler\_innen werden aus Drittmitteln finanziert. In Sachsen-Anhalt sind diese von der Personalvertretung gänzlich ausgeschlossen (§ 99 PersVG LSA). In anderen Ländern entstehen zunehmend Debatten über die Wählbarkeit von Drittmittelbeschäftigten. Es sollte unstrittig sein, dass ihnen als Beschäftigten der Hochschule beziehungsweise Forschungseinrichtung das Recht zusteht, nicht nur über die Zusammensetzung des Personalrats und damit über dessen Arbeit mitzubestimmen, sondern sich auch selbst zur Wahl zu stellen und gegebenenfalls Aufgaben der Personalvertretung zu übernehmen. In vielen Fällen scheint gleichwohl ungeklärt, inwieweit die Freistellung von Drittmittelbeschäftigten für Personalratstätigkeiten beziehungsweise die Finanzierung von entsprechendem Vertretungsbedarf eine Aufgabe des Drittmittelgebers oder der Hochschule ist. Die Unwägbarkeiten der Folgen einer Kandidatur für die Personalvertretung hält indes Drittmittelbeschäftigte davon ab, ihre Rechte der Mitbestimmung tatsächlich wahrzunehmen.

### **Mitbestimmung und Beschäftigungsbedingungen**

Eine weitere Herausforderung für die Personalvertretung stellt die Zunahme von Kurz- und Kettenverträgen in der Wissenschaft dar. Während das allgemeine Arbeitsrecht das unbefristete Beschäftigungsverhältnis zur Norm erklärt, von der nur in klar definierten Ausnahmen abgewichen werden darf, hat das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) die Verhältnisse in der Wissenschaft auf den Kopf gestellt: Mindestens zwölf, in der Medizin sogar 15 Jahre sachgrundlose Befristung sind möglich. Darüber hinaus wird die Befristung von Arbeitsverträgen pauschal legalisiert, wenn eine Drittmittelfinanzierung vorliegt. Von den wissenschaftlichen Arbeitgeber\_innen wurden diese Möglichkeiten extensiv genutzt: Inzwischen haben neun von zehn wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen nur einen Zeitvertrag (Statistisches Bundesamt 2013, eigene Berechnungen). Die Mehrheit der nach dem WissZeitVG befristeten Verträge an Hochschulen hat außerdem nur eine Laufzeit von unter einem Jahr, wie die Evaluation des Gesetzes zeigte (Jongmanns 2011: 73). Die Personalräte hatten aufgrund des Sonderbefristungsrechts für die Wissenschaft sowie stark eingeschränkter Mitwirkungsmöglichkeiten bei Fragen der Befristung wenige Möglichkeiten, der geschilderten Entwicklung entgegenzuwirken. Gleichzeitig haben Kolleginnen und Kollegen mit Kurzverträgen kaum eine Möglichkeit, sich in die Personalvertretung wählen zu lassen, geschweige denn, eine kontinuierliche Arbeit des Gremiums zu stützen. Auch für Teilzeitbeschäftigte gestaltet sich die Mitwirkung an der Personalvertretung häufig schwierig. Hinzu kommt, dass die Sorge um eine Fortführung des eigenen Arbeitsverhältnisses einer offensiven kontroversen Debatte mit dem Arbeitgeber beziehungsweise der Arbeitgeberin durchaus im Weg stehen kann, was sowohl Potentiale der Mitbestimmung als auch Spielräume

kritischer Wissenschaft einschränkt. Aus den dargestellten Gründen ist die zunehmende Befristung in der Wissenschaft unweigerlich mit einer Schwächung der innerhochschulischen Demokratie verknüpft.

Mit der Novelle des WissZeitVG, auf die nicht zuletzt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gedungen hat, sind im März dieses Jahres Mindeststandards für befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft eingeführt worden (BGBl. I 2016: 442 ff.). So müssen etwa Vertragslaufzeiten künftig dem angestrebten Qualifizierungsziel angemessen sein oder im Drittmittelbereich der jeweiligen Projektlaufzeit entsprechen (vgl. hierzu ausführlich Keller/Staack 2016). Die Zunahme von Befristungen in der Wissenschaft ist allerdings nicht nur auf arbeitsrechtliche Deregulierung, sondern nicht zuletzt auch auf die starke Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln zurückzuführen. Während die Grundfinanzierung stagniert, fließen über die staatlich finanzierte Drittmittelforschung und immer neue Bund-Länder-Pakte, insbesondere die 2005 gestartete Exzellenzinitiative, Milliarden ins System, die in wettbewerblichen Verfahren befristet vergeben werden (vgl. Bultmann 2014). Selbst in der Lehre hat mit dem Hochschulpakt und dem Qualitätspakt Lehre die befristete Finanzierung Einzug gehalten. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen geben die Risiken einer unsicheren Finanzierung an ihre Beschäftigten weiter – in Form befristeter Arbeitsverträge. Eine Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse wird sich folglich nicht allein mit rechtlichen Standards, sondern nur im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Wissenschaftsfinanzierung erreichen lassen.

### **Mitbestimmung und Wissenschaftsfreiheit**

Teilweise wird in der rechtswissenschaftlichen Literatur die Auffassung vertreten, auch die eingeschränkten Vertretungsmöglichkeiten der Personalräte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien verfassungswidrig. Stattdessen sei das wissenschaftliche Personal aus dem Anwendungsbereich der Personalvertretungsgesetze gänzlich auszuschließen (so etwa Schubert/Tarantino 2015: 17). Dem liegt die Auffassung zugrunde, die Auswahl und Kündigung von wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen, gegebenenfalls aber auch Regelungen über deren Arbeitszeit, stellen eine Ausübung der grundgesetzlich geschützten Wissenschaftsfreiheit der Hochschullehrer\_innen dar, weswegen jedes Beteiligungsrecht der Personalvertretung, welches auf eine Beeinflussung entsprechender Entscheidungen abzielt, als nicht zu rechtfertigender Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit der Hochschullehrer\_innen zu werten sei (ebd.: 15 f.). Diese Sichtweise wird allerdings offenkundig weder vom Bundes- noch von den Landesgesetzgebern geteilt.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat in den 1970er Jahren gewisse – wenngleich erheblich weniger radikale – Beschränkungen der innerhochschulischen Mitbestimmung mit der Wissenschaftsfreiheit begründet (BVerfG 1 BvR 424/71 und 325/72). So haben die Richter zwar das Modell der Gruppenuniversität für vereinbar mit Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz erklärt, in Verbindung mit dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG) müsse allerdings den Hochschullehrer\_innen in wissenschaftsrelevanten Fragestellungen ein maßgebender (Lehre) beziehungsweise ausschlaggebender (Forschung) Einfluss gesichert werden. In der Konsequenz wurde

das Prinzip der Drittel- beziehungsweise Viertelparität durch das Prinzip der doppelten Abstimmung in wissenschaftsrelevanten Fragen ergänzt.

Das Verhältnis von Wissenschaftsfreiheit und Mitbestimmung sorgt bis heute für kontroverse Debatten. So wendet etwa Peter Hauck-Scholz (2009: 31) ein, die Verfassungsrichter hätten „verkannt, dass die in der Hochschulselbstverwaltung zu treffenden Sachentscheidungen einen Sachverstand erfordern, über den die Hochschullehrer, die jeweils für ein bestimmtes Fach spezialisiert sind, von vornherein ebenso wenig verfügen wie die Angehörigen der anderen Gruppen“. In den Schriften der Bundesassistentenkonferenz findet sich der Hinweis, dass sich aus der Knappheit der Mittel und der Notwendigkeit der Koordination und Kooperation in der Wissenschaft notwendigerweise Grundrechtskonflikte ergäben, die einer Lösung bedürften – nämlich zwischen den verschiedenen Träger\_innen des Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit, zu denen auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen gehören. Deshalb sei die Mitbestimmung durch Art. 5 Abs. 3 nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar geboten; jedenfalls so lange es kein besseres, das heißt die Freiheit besser gewährleistendes Mittel zur Konfliktschlichtung gebe (Hauck-Scholz/Lüthje 1970: 27).

### **Wissenschaftler\_innen und ihre Rollen**

Die Debatte um das Verhältnis von Professor\_innen und dem sogenannten Mittelbau in der Akademischen Selbstverwaltung verweist auf die Rollenbilder verschiedener Gruppen im deutschen Wissenschaftssystem. Im internationalen Vergleich fällt hier insbesondere ins Auge, dass die Rolle des *junior staff*, das heißt eigenständig forschender und lehrender Wissenschaftler\_innen unterhalb der Professur, in Deutschland fast vollständig fehlt. Der Anteil der Juniorprofessuren am hauptamtlichen wissenschaftlichen Personal der Universitäten liegt heute bei 0,7 Prozent und kann diesen Befund damit nicht ernsthaft in Frage stellen. Stattdessen sind rund 80 Prozent des wissenschaftlichen Personals auf unselbständigen Mittelbaupositionen beschäftigt, zumeist befristet (Kreckel 2016: 19 f.) – ein „ausgesprochener Sonderweg“ (ebd.: 12). Während es vor hundert Jahren „noch eingeleuchtet haben mochte, dass man die vergleichsweise kleine Zahl der nicht auf Professuren berufenen Wissenschaftler an Universitäten (größtenteils Privatdozenten) als ‚wissenschaftlichen Nachwuchs‘ in prekärer Warteposition behandelte, so ist das angesichts der riesigen Zahl von teils promovierenden, teils promovierten und gelegentlich auch habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heute schon sehr erstaunlich, auf jeden Fall aber erklärungsbedürftig“ (ebd.: 16).

Die „erstaunliche Reform- und Kritikresistenz der universitären Karrierestruktur“ (ebd.: 24) erklärt sich Reinhard Kreckel damit, dass „[d]ie soziale Mystik des Berufungsvorgangs, der zufolge ‚Wissenschaft als Beruf‘ im vollen Sinne nur von den dazu ‚Berufenen‘ ausgeübt werden darf, [...] weiterhin in Kraft [ist]. Eine Tätigkeit, die diesseits dieser Barriere ausgeübt wird, gilt dann per definitionem als vorübergehende, beruf(ung)s vorbereitende Nachwuchstätigkeit“ (ebd.: 26). In diesem Sinne müssen über vier Fünftel der als hauptberuflich ausgewiesenen Stellen von Wissenschaftler\_innen an deutschen Universitäten als Nachwuchsstellen



begriffen werden – mit ausgeprägter Abhängigkeit von einer zugeordneten Professur sowie großer Unsicherheit über die eigene Berufsperspektive. Mit dieser Rollenzuschreibung allerdings gerät jede Interessenvertretung von Wissenschaftler\_innen ohne Professur unvermeidlich in Konflikt – dies beginnt beim individuellen Widerspruch am Arbeitsplatz und setzt sich in der Personalvertretung wie in der Akademischen Selbstverwaltung fort.

Gleichzeitig gerät diese Rollenzuschreibung zunehmend in Konflikt mit der Selbstwahrnehmung zumindest eines Teils der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: „Diejenigen, die nach abgeschlossener Promotion in der Wissenschaft verbleiben und einige Jahre in Forschung und Lehre tätig gewesen sind, sehen sich nicht mehr als wissenschaftlichen Nachwuchs. Sie schätzen sich vielmehr als professionelle Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ein, die mit hoher Verantwortung Studierende betreuen und Forschungsprojekte durchführen. Insofern können sie nicht nachvollziehen, dass sie sich von Rechts wegen in einer 6-jährigen Qualifikationsphase befinden“ (Jongmanns 2011: 80). Dem lässt sich hinzufügen, dass die Wissenschaftler\_innen ohne Professur an den Universitäten inzwischen sogar den größeren Teil der Lehre erbringen (Bloch et al. 2014: 45). Ihre faktische Rolle in der Aufgabenerfüllung der Hochschulen wollen sie zunehmend mit einer Veränderung ihrer Rollenzuschreibung und ihrer Beschäftigungsbedingungen verknüpft sehen, wie Ende des vergangenen Jahres beispielhaft in den bemerkenswerten Protesten gegen das Befristungsrecht zum Ausdruck kam (vgl. Keller/Staack 2016).

Damit werden letztlich nicht nur die Beschäftigungsbedingungen, sondern auch die Machtverhältnisse innerhalb der Wissenschaft insgesamt auf den Prüfstand gestellt. Gelingt es, überholte Rollenbilder von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufzubrechen, geraten damit auch Fragen der Mitbestimmung innerhalb des Hochschulsystems wieder auf die Tagesordnung. Ob der beschriebenen Phase der Aushöhlung der Mitbestimmung durch neue Strukturen der Steuerung und Finanzierung einerseits sowie durch eine Erosion von Beschäftigungsstabilität und Berufsperspektiven andererseits damit eine neue Phase der Demokratisierung folgen wird, bleibt abzuwarten.

### **Autor\_innen**

Sonja Staack ist Mitglied im Beirat des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).  
sonja.staack@hamburg.de

### **Literatur**

- Bloch, Roland / Lathan, Monique / Mitterle, Alexander / Trümper, Doreen / Würmann, Carsten (2014): Wer lehrt warum? Strukturen und Akteure der akademischen Lehre an deutschen Hochschulen. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Bogumil, Jörg / Heinze, Rolf G. (Hg.) (2009): Neue Steuerung von Hochschulen. Eine Zwischenbilanz. Berlin: edition sigma.
- Bultmann, Torsten (2014): Zur Verzerrung der Hochschulfinanzierung durch Drittmittel. Das Matthäus-Prinzip. In: read.me – GEW-Studierendenzeitung 1/14, 2.

- Demirovic, Alex (2014): Die standortgerechte Dienstleistungshochschule und die kritische Theorie. Zur politischen Epistemologie der Produktion des Wissens. In: Klemens Himpele / Steffen Käthner / Jana Schultheiss / Sonja Staack (Hg.), Die unternehmerische Hochschule. Marburg: BdWi-Verlag, 19-27.
- Dörre, Klaus / Neis, Matthias (2010): Das Dilemma der unternehmerischen Universität. Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang. Berlin: edition sigma.
- Hauck-Scholz, Peter (2009): Demokratie und Wissenschaftsfreiheit. In: Andreas Keller / Sonja Staack (Hg.), Innovation durch Partizipation. Steuerung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im 21. Jahrhundert. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, 27-33.
- Hauck-Scholz, Peter / Lüthje, Jürgen (1970): Wissenschaftsfreiheit durch Mitbestimmung. In: Schriften der Bundesassistentenkonferenz Heft 9, 42 ff.
- Himpele, Klemens / Käthner, Steffen / Schultheiss, Jana / Staack, Sonja (Hg.) (2014): Die unternehmerische Hochschule. Zwischen Bildungsanspruch und Standortsicherung. Marburg: BdWi-Verlag.
- Iost, Oliver (2014): Hochschulrankings. Rolle, Bedeutung und Alternativen. In: Klemens Himpele / Steffen Käthner / Jana Schultheiss / Sonja Staack (Hg.), Die unternehmerische Hochschule. Marburg: BdWi-Verlag, 73-85.
- Jongmanns, Georg (2011): Evaluationsbericht zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. In: HIS:Forum Hochschule 4/11. Hannover: Hochschul-Informationssystem.
- Keller, Andreas, / Staack, Sonja (2016): Endlich gute Arbeit in der Wissenschaft? Nach der Novelle des Befristungsrechts. In: Forum Wissenschaft 3/16, i. E.
- Keller, Andreas / Staack, Sonja (Hg.) (2009): Innovation durch Partizipation. Steuerung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im 21. Jahrhundert. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Kreckel, Reinhard (2016): Zur Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses an Universitäten: Deutschland im Vergleich mit Frankreich, England, den USA und Österreich. In: Beiträge zur Hochschulforschung 1-2/16, 12-40.
- Lanzendorf, Ute / Pasternack, Peer (2009): Hochschulpolitik im Ländervergleich. In: Jörg Bogumil / Rolf G. Heinze (Hg.), Neue Steuerung von Hochschulen. Eine Zwischenbilanz. Berlin: edition sigma, 13-28.
- Leibfried, Stephan (1967): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Merton, Robert K. (1968): The Matthew-Effect in science. In: Science 159/3810, 56-63.
- Münch, Richard / Pechmann, Max (2009): Der Kampf um Sichtbarkeit. Zur Kolonisierung des wissenschaftsinternen Wettbewerbs durch wissenschaftsexterne Evaluationsverfahren. In: Jörg Bogumil / Rolf G. Heinze (Hg.), Neue Steuerung von Hochschulen. Eine Zwischenbilanz. Berlin: edition sigma, 67-92.
- Nitsch, Wolfgang / Gerhardt, Uta / Offe, Claus / Preuß, Ulrich K. (1965): Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Berlin: neue kritik.
- Quaißer, Gunter (2014): Mehr ist nicht genug. Trends der Hochschulfinanzierung. In: Klemens Himpele / Steffen Käthner / Jana Schultheiss / Sonja Staack (Hg.), Die unternehmerische Hochschule. Marburg: BdWi-Verlag, 183-199.
- Schubert, Andreas / Tarantino, Sarah (2015): Hochschullehrer im Personalvertretungsrecht. In: Ordnung der Wissenschaft. Freiburg: Forschungsstelle für Hochschulrecht und Hochschularbeitsrecht, 11-22.
- Staack, Sonja (2008): Verdammst lang her? Die SDS-Denkschrift – heute neu gelesen. In: Hochschule und Demokratie. Marburg: BdWi-Verlag, 10-13.
- Statistisches Bundesamt (2013): Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen, Fachserie 11, Reihe 4/4. Wiesbaden.

# Nicht förderungswürdig

Weshalb die Evaluation der Exzellenzinitiative gegen deren Fortsetzung spricht

Tilman Reitz  
Angela Graf  
Christina Möller

Die Evaluationen, die seit den späten 1990er-Jahren in der öffentlichen Verwaltung um sich greifen, helfen bekanntlich Entscheidungen zu rechtfertigen. Zumal wenn knappes Geld verteilt werden soll, ist eine Empfehlung durch Expert\_innen und Angehörige des Feldes hochwillkommen. Die vom Bund initiierte und von den Ländern mitgetragene Exzellenzinitiative nutzt das Instrument der Evaluation inzwischen in doppelter Weise. Erstens werden im Wettbewerb um Exzellenzmittel selbst Einrichtungen, Projekte und ‚Visionen‘ evaluiert. In Anlehnung an auch sonst üblich gewordene Peer-Review-Verfahren wählen Fachjurys jene aus, die aufgrund zugeschriebener Qualität die Gelder erhalten sollen. Die Evaluation und Entscheidung erfolgt dabei weniger auf Grundlage bisher erbrachter Leistungen als auf Grundlage der Anträge, also der überzeugenden Darstellung versprochener zukünftiger Leistungen.[1] Inwiefern damit tatsächlich wissenschaftliche Exzellenz beurteilt oder vielmehr erst hergestellt wird, wurde seit Beginn der Exzellenzinitiative kontrovers diskutiert (zum Beispiel Münch 2007a; 2007b, Hartmann 2006; 2010, Kühl 2016). In jedem Fall wird durch dieses Instrument eine sonst hochstrittige Bündelung von Mitteln im öffentlichen Diskurs an wissenschaftliche Standards gekoppelt. Zweitens wurde mit der Evaluation der Exzellenzinitiative von den Geldgeber\_innen nun zusätzlich eine Art Meta-Evaluation installiert, die das Programm selbst bewerten soll. Der Legitimationszweck lag hier klar auf der Hand, wurde aber wenig geschickt verfolgt: Die Ergebnisse waren insgesamt absehbar und werden im Detail von den Entscheidungsträger\_innen nur höchst selektiv aufgenommen.

Mit der Evaluation beauftragt und um Empfehlung gebeten wurde die sogenannte Internationale Expertenkommission Exzellenzinitiative (IEKE), zu deren Konstitution im Kommissionsbericht nur wenig vermerkt ist. Der Vorsitzende Dieter Imboden, ein erklärter Anhänger der Exzellenzinitiative, wurde durch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) berufen, alle weiteren Kommissionsmitglieder wurden von ihm vorgeschlagen und durch die GWK lediglich bestätigt (IEKE 2016: 8). Der Physiker Imboden, den seine langjährigen Leitungsfunktionen im Schweizer Nationalfonds und im Österreichischen Wissenschaftsfonds für die Aufgabe qualifizieren, hat sich für die Evaluation

Kolleg\_innen gesucht, die ähnlich wie er Wissenschaft und Verwaltungsämter verbinden. Die staatliche Geldvergabe durch Drittmittelwettbewerb ist für viele von ihnen selbstverständliche Praxis, kein skeptisch zu prüfender Vorgang.[2] Zudem fällt auf, dass das Fächerspektrum der zehn Kommissionsmitglieder begrenzt ist: Medizin, Jura, (mehrfach) Physik, Informatik, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft – weitere Geisteswissenschaften fehlen ebenso wie Wissenschaften, die auf die Analyse sozialer Prozesse und evaluativer Methoden spezialisiert sind (Soziologie, Psychologie, Erziehungswissenschaft). Daher liegt es nahe, dass bestimmte Formen von Kritik und Selbstreflexion in dem Bericht randständig bleiben. Die Zusammensetzung der Kommission stellt in gewissem Maß eine Vorentscheidung über ihre sachliche Haltung dar. Im Evaluationsbericht spricht sich die Kommission, wie zu erwarten war, für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative aus und bietet ihr somit die erwünschte Legitimationsgrundlage.

Schaut man sich den im Januar veröffentlichten Bericht der Imboden-Kommission genauer an, kann man trotz dieses positiven Votums erhebliche Zweifel entwickeln, ob eine Verstärkung der Exzellenzinitiative sinnvoll ist: Die Kommission beleuchtet mehr ungelöste Probleme als klare Erfolge der Initiative, und ihre Argumente für eine ausgebauten Spitze sind ausgesprochen angreifbar. Diese Zweifel sollen hier ausgeführt werden. Selbst wenn es zu spät sein sollte, mit unserer Evaluation der Evaluation Entscheidungsbefugte zur Besinnung zu bringen, sammeln wir so rationale Erwägungen für bessere politische Zeiten.

Vieles ist bereits gesagt beziehungsweise geschrieben worden. Seit Beginn der Exzellenzinitiative 2005 wurden grundlegende Argumente gegen die konkurrenzförmige Hierarchisierung der deutschen Hochschullandschaft vorgebracht, die durch sie vorangetrieben wurde. Von der Eliten- und Hochschulsoziologie (z. B. Hartmann 2005; 2015, Münch 2007a, Kühl 2016) bis in die Rechts-, Geistes- und Kulturwissenschaften (z. B. Möllers 2009, Schwindt 2013) und auch in den Naturwissenschaften (z. B. Brems/Brennicke 2015, Brems 2016) gibt es kritische Stimmen. Auf diese Argumente werden wir in unserer Auseinandersetzung mit dem Imboden-Bericht wiederholt zurückkommen.

Im Kommissionsbericht selbst wird keiner der genannten Texte erwähnt. Die fehlende Auseinandersetzung mit grundsätzlicher Kritik kann auch als Unklarheit über den Zweck der Evaluation gedeutet werden. Während die Kommission ihre Aufgabe wohl darin sah, die Exzellenzinitiative an ihren selbst gesetzten Zielen zu messen, also eine summative Evaluation vorzulegen, behandeln die politisch Zuständigen den Bericht als Entscheidungsgrundlage, also als formative Evaluation zur Fortführung und Gestaltung eines umstrittenen Programms. In diesem zweiten Kontext wäre eine stärkere Reflexion der möglichen oder wahrscheinlichen (nicht intendierten) Langzeitfolgen der Exzellenzinitiative obligatorisch gewesen.

## **1. Die Dauerbaustellen im deutschen Hochschulsystem: wovon die Exzellenzinitiative ablenkt**

Die Evaluationskommission hat trotz ihres positiven Gesamturteils keinen Jubelbericht geschrieben. Sie benennt massive Probleme des deutschen

Hochschulsystems, zu deren Lösung die Exzellenzinitiative großenteils keinen Beitrag leistet oder die sie noch verschärft. Die „Baustellen“, die der Bericht als besonders dringlich darstellt, sollen in den folgenden Abschnitten genauer betrachtet werden, bevor wir blinde Flecken des Berichts benennen und zu unserer abschließenden Einschätzung kommen.

Im Überblick lassen sich die von der Kommission benannten „Baustellen“ in zwei Hauptrubriken einteilen: Zum einen werden Probleme angeführt, die erst im Kontext von Exzellenzbedürfnissen als solche erscheinen, wie die mutmaßlich zu schwach ausgeprägte vertikale Differenzierung zwischen den Universitäten oder angeblich zu schwache Hochschulleitungen. Zum anderen werden grundlegende Strukturprobleme eindrücklich belegt: Die deutschen Hochschulen sind im internationalen Vergleich und in zunehmendem Maß unterfinanziert;<sup>[3]</sup> entsprechend hat die Betreuungsbelastung der Lehrenden nach einer kurzen Verbesserung wieder zugenommen und ist heute höher als 2003 (IEKE 2016: 14, 21); schließlich wird diese Last immer umfassender auf einen prekär beschäftigten wissenschaftlichen Nachwuchs abgewälzt (ebd.: 26 f).

Was leistet die Exzellenzinitiative, um diese Strukturprobleme zu bewältigen? Die offizielle Antwort des Kommissionsberichts lautet: nichts. Das in die Exzellenzförderung investierte Geld ist verglichen mit den Budgets der Stanford University, der University of Oxford oder der ETH Zürich ein Tropfen auf den heißen Stein<sup>[4]</sup>; die Betreuungsrelationen werden sich weiter verschlechtern, wenn ‚exzellente‘ Forschende von der Lehre freigestellt werden; die Zahl der zeitlich befristeten Nachwuchs-Projektstellen hat durch die Exzellenzinitiative (und ihre Vorbildwirkung) weiter zugenommen.

Zwischen den Zeilen lässt sich allerdings doch eine Perspektivänderung ablesen: Wenn es den meisten Hochschulen unverantwortbar schlecht geht, könnte man bei einigen eine Ausnahme machen und bei allen anderen die Ansprüche senken. Man muss dazu nur egalitäre Ansichten aufgeben: „Obwohl [bisher] nicht nachweisbar ist, dass sich das deutsche Universitätssystem durch die Exzellenzinitiative stärker ausdifferenziert hätte, wurde durch sie im Zuge der öffentlichen Diskussion zumindest die ‚alle-sind-gleich-Illusion‘ begraben.“ (IEKE 2016: 19) Sätze wie dieser betreffen nicht nur die Förderung bestimmter Schwerpunkte an bestimmten Standorten. Sie verlangen auch eine größere ‚Differenzierung‘ zwischen ‚Oben‘ und ‚Unten‘, zwischen ‚Elite‘ und ‚Masse‘. Die offensichtlichen Strukturprobleme des deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystems werden dadurch nicht nur marginalisiert, sondern auch legitimiert – und für die Verlierer\_innen im Exzellenzwettbewerb noch verschärft.

## **2. Vertikale Differenzierung: das Matthäus-Prinzip in offener und verschleierter Form**

Der Imboden-Bericht hat in vielen Punkten den Vorzug der Klarheit. Als zentrales Ziel der Exzellenzinitiative weist er die „vertikale Differenzierung“<sup>[5]</sup> des deutschen Hochschulsystems aus, also eine Schaffung von Hierarchien zwischen den Hochschulen und bei begrenzten Mitteln eine Umverteilung von unten nach oben. Das dürfte die Erwartung einschließen, dass die Exzellenz-Universitäten symbolische und strukturelle Strahlkraft entwickeln,

die weit über die finanzielle Subventionierung im Volumen von mehr als 500 Millionen Euro pro Jahr hinausgehen. Dieses Ziel wurde lange geleugnet: Der Eliteforscher Michael Hartmann hatte es bei der zweiten Runde der Exzellenzinitiative noch entlarvend herausgestellt (Hartmann 2015), und noch in den Diskussionen über den wünschenswerten Zuschnitt der aktuellen Fortsetzung wurde häufiger eine ‚Exzellenz in der Breite‘ beschworen.

Die Klarheit, die von der Kommission geschaffen wurde, hat die Hochschulpolitik dankbar aufgenommen – allerdings nur bis zu einem bestimmten Punkt. Sie will nämlich nicht durch die Vergaberegeln sichtbar machen, dass ganz im Sinne des Matthäus-Effekts (Merton 1985; 2010) vorrangigen gegeben wird, die schon haben.[6] Der Vorschlag der Kommission, einigen wenigen Universitäten automatisch beziehungsweise aufgrund von Kennzahlen eine jährliche Exzellenzprämie von zehn bis fünfzehn Millionen Euro zu zahlen (IEKE 2016: 43 ff.)[7], hat sich nicht durchgesetzt. Auch wenn schon jetzt absehbar ist, welche Einrichtungen im Wettbewerb die besten Chancen haben, und obwohl gerade bei den vorgesehenen acht bis elf Exzellenz-Universitäten nicht viele Überraschungen zu erwarten sind, soll die Hierarchie vollständig durch Anträge und deren Bewertung hergestellt werden. Der Rechtfertigungsvorteil liegt auf der Hand: Die als Beste Beglaubigten setzen sich durch, und auch die faktischen Mittelkürzungen bei der Nicht-Spitze erscheinen als leistungsgerechtes Ergebnis.

Die fatalen Nebenfolgen der Wettbewerbe, von der bloßen Antragsarbeit bis zu Anreizen für die rhetorische oder betrügerische Aufpolierung von Forschungsergebnissen, werden noch zu diskutieren sein. Doch auch das Hauptziel der Vertikalisierung ist ein Problem, da es vor allem Verlierer\_innen hervorbringen wird.[8] Die traditionelle Stärke des deutschen Hochschulsystems bestand bislang darin, dass an prinzipiell jedem Standort fast jedes Niveau von Forschung möglich ist – auch international sichtbare Spitzenforschung. Das Vorhaben, diese Forschung an wenigen Standorten zu bündeln, verspricht wenig Gewinn, aber klare Verluste. Die durch den Exzellenzwettbewerb nebenher auf Dauer gestellte und legitimierte Mittelkürzung an den nicht erfolgreichen Hochschulen wird die Arbeits- und Forschungsbedingungen dort weiter verschlechtern. Sie werden dauerhaft ihre Attraktivität für internationale Studierende und Gastforscher\_innen verlieren und ihre Bedeutung wird tendenziell auf eine rein regionale Ebene absinken. Zugleich droht das Postulat der Einheit von Forschung und Lehre zunehmend aufgegeben zu werden. Die Exzellenz-Universitäten und Standorte von Exzellenzclustern werden durch Bereitstellung entsprechender finanzieller Ressourcen verstärkt zu Forschungsuniversitäten aus- beziehungsweise umgebaut, während die restlichen Hochschulen tendenziell zu Ausbildungsanstalten degradiert werden. Diese Stoßrichtung wird unter anderem durch Deputatsreduktionen beziehungsweise die Befreiung ‚exzellenter‘ Forschender von der Lehre deutlich, die im Gegenzug durch erhöhte Lehrbelastung aller anderen erkauft wird.

### **3. Prekäre Beschäftigung des Nachwuchses: erkannte Probleme, vermiedene Lösungen**

Wie die Imboden-Kommission zu Recht feststellt, wurde die miserable Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen ‚Nachwuchses‘ in



Deutschland durch die Exzellenzinitiative weiter verschlechtert. Die Zahl der (häufig sehr kurzzeitig) befristeten Stellen unterhalb der Professur nimmt kontinuierlich zu, Dauerstellen bleiben die Ausnahme. Besonders durch die explosive Zunahme von Projektstellen verschärft sich die „Flaschenhalsproblematik“, also das Problem, dass „einer hohen Zahl qualifizierter und befristet angestellter Nachwuchswissenschaftler\_innen eine geringe Zahl von Professuren bzw. sonstiger Dauerstellen gegenübersteht“ (IEKE 2016: 27). Die Kommission kommentiert dies sehr deutlich:

„Die Situation ist insofern nicht ganz frei von Zynismus, als die Universitäten immens davon profitieren, dass sich eine große Zahl junger Menschen darauf einlässt – in der Hoffnung auf eine akademische Karriere – die produktivsten Jahre ihres Lebens auf schlecht bezahlten und befristeten Post-Doc-Stellen zu verbringen.“ (ebd.: 26)[9]

Die Kommission empfiehlt daher, das Ziel der Nachwuchsförderung und das Instrument der Graduiertenschulen ganz aus der Initiative zu streichen (IEKE 2016: 35 f., 39 f.); die Ministerien haben den Streichungsvorschlag übernommen und planen zudem, zukünftig eher Tenure-Track-Stellen statt bloßer Projektstellen zu schaffen. Derart lässt sich vielleicht der schon entstandene und durch die Exzellenzinitiative vergrößerte strukturelle Schaden eindämmen, allerdings um den Preis, dass sich die auf Dauer angelegte Förderung bei einer kleinen Gruppe auserwählter Nachwuchsforscher bündelt (die Rede ist von circa 1.000 Stellen), während die schlechte Lage aller anderen (die derzeit auf etwa 145.000 befristeten Mittelbaustellen arbeiten[10]) weiterhin besteht und zudem durch den Wettbewerb legitimiert wird.

#### **4. Ein blinder Fleck des Berichts: verschärfte soziale Ungleichheit**

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich ein Effekt verschärft, den die Imboden-Kommission nicht anspricht, nämlich erneut zunehmende soziale Ungleichheiten beziehungsweise Herkunftsvorteile im Wissenschaftsbetrieb. Für eine erfolgreiche Positionierung in der Wissenschaft war die soziale Herkunft auch bisher schon von großer Bedeutung (Hartmann 2002, Möller 2015, Graf 2015). Zahlreiche Studien zeigen, dass Nachwuchswissenschaftler\_innen aus bildungsaffinen und kapitalstarken Elternhäusern bereits Kenntnisse über erfolgreiche Karriere-strategien und wissenschaftliche Spielregeln mitbringen, die für eine frühe soziale Positionierung im akademischen Feld hilfreich sind, während soziale Aufsteiger\_innen sich diese erst noch aneignen müssen (Hasenjürgen 1996, Lange-Vester/Teiwes-Kügler 2013). Prekäre und risikoreiche Beschäftigungsbedingungen verstärken diese Ungleichheiten zusätzlich. Die Karriereunsicherheit stellt gerade für soziale Aufsteiger\_innen eine enorme Hürde dar. Dagegen sind Personen aus sozial und ökonomisch privilegierten Familien prinzipiell eher in der Lage, sich auf eine risikoreiche Karriere einzulassen, da sie über ein familiäres Sicherheitsnetz verfügen. Auch die Imboden-Kommission sieht eine deutliche Gefahr,

dass es „nicht die ‚besten Köpfe‘ sind, die sich auf dieses Vabanquespiel einlassen“ (IEKE 2016: 26). Sie bezieht sich damit allerdings nur auf Geschlechterungleichheiten, nicht auf soziale Selektivität. Dass diese Selektivität zunimmt, wenn Wettbewerbe inszeniert und den Erfolgreichen bereits früh privilegierte Positionen zugeteilt werden, zeigt sich auch in neueren Tendenzen sozialer Schließung in der Professor\_innenschaft und besonders bei den Juniorprofessuren (Möller 2015). Unter diesem Gesichtspunkt wäre selbst der Ausbau von ‚exzellenten‘ Tenure-Track-Stellen ein bestenfalls fragwürdiger Gewinn.

Hinsichtlich der bereits erwähnten Geschlechtergerechtigkeit – dem einzigen sozialen Faktor, den die Imboden-Kommission thematisiert und problematisiert (IEKE 2016: 27) – fehlen überzeugende Maßnahmen. Trotz Gleichstellungsbemühungen sind Frauen in Führungspositionen der Exzellenzeinrichtungen Ausnahmen geblieben (Engels et al. 2015) und auch im wissenschaftlichen ‚Nachwuchs‘ scheinen sie weiterhin Verliererinnen in verschärften Wettbewerbssituationen zu sein (Funken et al. 2015). Der von der Kommission vorgeschlagene Wegfall der „Zukunftskonzepte“ (IEKE 2016: 43), in denen Gleichstellung stark gemacht wurde, lässt zudem eine erneute Marginalisierung dieser Thematik befürchten.

Die weiter reichenden Auswirkungen der Exzellenzinitiative auf soziale Ungleichheiten sind im Imboden-Bericht wie in vielen anderen Debattenbeiträgen nicht einmal am Horizont sichtbar. Es ist anzunehmen, dass die Exzellenz-Universitäten zu Elitebildungsstätten im Wortsinn werden. Der Blick auf stark vertikal differenzierte Hochschulsysteme beziehungsweise auf Länder, in denen Elitehochschulen Tradition haben, macht deutlich, dass die soziale Herkunft für die Aufnahme und das erfolgreiche Studium an diesen Institutionen enorme Bedeutung hat. Nicht nur die hohen Studiengebühren, die etwa von Eliteuniversitäten in den USA erhoben werden, sondern auch die aufwändigen Selektions- und Aufnahmeverfahren wie an den Grandes Écoles in Frankreich, bei denen die soziale Herkunft vermittelt über den Habitus (und die Kosten für Vorbereitungskurse) eine zentrale Rolle spielt, tragen zur sozial exklusiven Zusammensetzung der dort Studierenden bei[11]; auf dem Arbeitsmarkt zahlt sich der Abschluss dann in hohen Einstiegsgehältern und im Zugang zu Führungspositionen aus (Rivera 2015, Binder et al. 2016). Ansatzweise lässt sich auch in Deutschland bereits eine erhöhte Attraktivität von Exzellenz-Universitäten für Studierende aus bildungs- und finanzstarken Elternhäusern belegen (Stiftung neue Verantwortung 2011). Alles spricht dafür, dass sich dieser Trend durch die Verstetigung der Exzellenzinitiative fortsetzen wird.[12]

Die symbolische Strahlkraft der Exzellenz-Universitäten dürfte schließlich langfristig dazu führen, dass die Wege an die wissenschaftliche Spitze zunehmend durch wenige Institutionen verlaufen – nicht nur mit sozialstrukturellen, sondern auch mit epistemischen Folgen.[13] Die vertikale Hierarchisierung und soziale Selektivität der Hochschulen befördert zugleich die Deutungshoheit derer, die an den selektiven, ‚exzellenten‘ Einrichtungen forschen. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Perspektivenpluralität, die Kritikfähigkeit und Qualität der Wissenschaft als solcher, und würde dem gesetzten Ziel, der Förderung von Spitzenleistungen, geradezu entgegenwirken.



## **5. Governance oder starke Hochschulleitungen: ein Vorbild ohne Argumente**

Die Imboden-Kommission sieht die Probleme ihrem Auftrag entsprechend in der zu wenig herausgehobenen Spitze. Das gilt auch für hochschulinterne Hierarchien: Die Kommission wünscht sich starke Hochschulleitungen in Deutschland. An die Stelle der Analysen und begründeten Argumente treten dabei mehrheitlich Meinungsbekundungen beziehungsweise summarische, unüberprüfbare Urteile:

„Handlungsfähigkeit, Autonomie und Wettbewerb haben sich als die wichtigsten Faktoren für den Erfolg einer Universität erwiesen [...]. Im Inneren sollte die Entscheidungskompetenz dort angesiedelt sein, wo auch für Folgen eingestanden werden kann, d. h. bei den zentralen (Präsidium/Rektorat) oder dezentralen (Dekanat) Leitungsebenen. [...] Im Außenverhältnis bedeutet Autonomie, dass die Freiheit von Forschung und Lehre die Freiheit einschließt, Prioritäten zu setzen.“ (IEKE 2016: 20)

Auch „Posterioritäten“, das heißt zentral verfügte Kürzungen in einigen Bereichen, sollen durch „starke Governance“ (ebd.: 38) möglich werden. Das kann man anstreben oder auch nicht; der einzige Ansatz für eine Begründung besteht im Verweis auf „internationale Spitzenuniversitäten“, die „eine starke interne Governance“ haben und „von staatlichen Eingriffen weitgehend abgeschirmt“ (ebd.: 21) sind. Dass diese Universitäten ihren Erfolg vielleicht eher den andernorts herausgestellten Riesenbudgets verdanken, bleibt unreflektiert.

Überlegt man genauer, welche Leitungsentscheidungen im deutschen Exzellenz-Biotop möglich sind, verliert eine starke Führung deutlich an Plausibilität: Der Effekt besteht hier wesentlich darin, dass Entscheidungsträger\_innen im Präsidium oder Dekanat den mit dem Forschungsstand besser Vertrauten in den Instituten und Arbeitsbereichen vorschreiben, welche Vorhaben sie vorrangig zu verfolgen haben und mit wem sie zusammenarbeiten sollen. Organisationale Zielsetzungen schieben sich so zunehmend vor wissenschaftlich anvisierte Themensetzungen und Forschungsprogramme; Forschungsentscheidungen werden immer mehr zu strategischen Entscheidungen, die in komplexen Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen Interessensgruppen gefällt werden (Aliets/Lettkemann 2012), was eine weitere Reduktion der wissenschaftlichen Pluralität sowie gewagter Forschungsvorhaben abseits des Mainstreams befürchten lässt. Kritisch ausgerichtete Arbeitsbereiche, die sich bisher immerhin eigenständig in die Drittmittelkonkurrenz wagen konnten, müssen sich in diesem Kontext zusätzlichen ideologischen Vorgaben anpassen. Exzellenz-Universitäten, deren Präsidien mit weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattet sind, und solche, die sich für den Exzellenzwettbewerb rüsten, könnten den bereits bestehenden Drift zum Mainstream noch einmal deutlich verstärken.

## **6. Die Grundsatzfrage: Sinn und Funktion wissenschaftlicher Antrags- und Statuswettbewerbe**

Ein letzter Punkt sollte mit und ohne den Imboden-Bericht klar sein: Der anhaltende Trend zum Prestige-Wettbewerb und zu Quasi-Märkten im

Hochschulsektor bedroht die Substanz, die Attraktivität und die kritischen Potenziale wissenschaftlicher Arbeit. Statt für eine solide Grundfinanzierung zu sorgen, die gute Lehre gewährleistet und Freiraum für Forschung lässt, treibt die deutsche Wissenschaftspolitik die Forschenden in eine Dauerkonkurrenz um die weiterhin staatlich bereitgestellten knappen Mittel. Sie verstärkt damit eine Fassadenkultur (bei der der Antragserfolg wichtiger wird als die Durchführung), eine Mainstream-Orientierung (infolge derer man sich schon bei der Projektplanung der vermuteten Meinung der anderen anpasst, sowie mit unorthodoxen Denkrichtungen wenig Erfolgchancen hat und oft gleich von Anträgen absieht) und prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft (in denen diskontinuierliche Beschäftigung durch Bindung an Forschungsprojekte normal wird oder bleibt).

Grundsätzlich verkehrt das Antragswesen die Zweck-Mittel-Relation im Forschungsbetrieb (Kühl 2016). Statt Mittel zu beantragen, wenn Forschungsvorhaben kostspielig sind – weil man zum Beispiel Apparate für Experimente oder Personal für Interviews braucht –, muss man im deutschen Wissenschaftssystem in Drittmittelwettbewerben erfolgreich sein, um seine Beschäftigung zu sichern und seinen Marktwert zu steigern. Die Zeit, in der man forschen könnte, und die kollegialen Kooperationen, die man vielleicht gerne aufbauen würde, werden so von einem Spiel aufgezehrt, dessen Mitspieler\_innen unter den Forschenden bevorzugt ‚Beutegemeinschaften‘ heißen. Neben den dysfunktionalen Zügen, die dieses Spiel hat, zerstört es zunehmend auch die intrinsische Motivation für die wissenschaftliche Tätigkeit.

Den Forschenden und Lehrenden sind die meisten Schwächen der Exzellenzinitiative geläufig; sogar eine mehrheitliche Ablehnung des Programms ist belegt.[14] Sie beugen sich allerdings praktisch (notgedrungen) dem Wettbewerbs- und Erfolgsdruck der Kolleg\_innen, Vorgesetzten, Fakultäten, Hochschulleitungen, Landesregierungen und Bundesministerien und verinnerlichen zunehmend die Logik, Antragserfolge mit wissenschaftlicher Qualität gleichzusetzen. Daher wird es ihnen wohl wieder so ergehen wie in den ersten beiden Runden: Wieder werden sie monatelang Anträge für den Geld- und Prestigewettbewerb schreiben, wieder wird trotz voraussehbarer Grundmuster mit Spannung erwartet werden, wer genau im Wettbewerb gewinnt und verliert, wieder wird der Prozess von den grundsätzlichen Strukturproblemen des deutschen Hochschulsystems ablenken, die auch der Bericht der Imboden-Kommission feststellt. Wissenschaftlich arbeitenden und denkenden Menschen, die auch die eigene Lage analysieren und vernünftige Schlussfolgerungen ziehen wollen, bleibt nur die Möglichkeit, sich kritisch gegen die Verstetigung der Exzellenzinitiative zu positionieren und einen Politikwechsel zu fordern. Selbst innerhalb der vorherrschenden Rechtfertigungslogik bestätigt sich diese Einschätzung: Da die Exzellenzinitiative ihrer kritisch evaluierten eigenen Evaluation nicht standhält, ist sie nicht weiter förderungswürdig.

## Endnoten

- [1] Zur Konstruktion wissenschaftlicher Leistung siehe beispielsweise Beaufaj's/Krais 2007, Graf 2015: 61 ff.
- [2] Zwei weitere Mitglieder der Kommission (Georg Kratky und Michael Schneideregger) waren führend im Österreichischen Wissenschaftsfonds und im Schweizer Nationalfonds tätig. Für alle Mitglieder, außer für Imboden selbst, sind hoch dotierte Forschungspreise und Projektförderungen dokumentiert (IEKE 2016: 62f).
- [3] Die Ausgaben pro Studienplatz sind in Deutschland höchst bescheiden und im Zeitraum von 2003 bis 2013 (v. a. aufgrund steigender Studierendenzahlen) gesunken (IEKE 2016: 12 f). Zur internationalen Einordnung vergleicht der Bericht zwar nur selektiv US-amerikanische, englische und Schweizer ‚Spitzenuniversitäten‘ mit solchen, die es in Deutschland werden könnten (Konstanz, RWTH Aachen; ebd.: 15), doch auch ein struktureller Vergleich mit Studiengebühren erhebenden Ländern wie den USA oder mit den skandinavischen Sozialstaaten kann Defizite belegen (Schulze-Cleven/Olsen 2016, i. E.).
- [4] Das jährliche Budget der Exzellenzinitiative beträgt weniger als ein Siebtel des Jahresbudgets der Stanford University und deutlich weniger als die Hälfte der Budgets der University of Cambridge oder der ETH Zürich (IEKE 2016: 15).
- [5] Zur Erläuterung des Begriffs heißt es, dass „sich Universitäten [...] erheblich in Bezug auf Umfang und Qualität ihrer Forschungsleistung“ unterschieden; es folgt die Feststellung: „Die Exzellenzinitiative ist in ihrem Kern auf vertikale Differenzierung zur Formierung besonders forschungstarker Universitäten („World Class Universities“) ausgerichtet.“ (IEKE 2016: 17 f.)
- [6] Mit dem Matthäus-Effekt nimmt Merton Bezug auf eine Bibelstelle im Matthäusevangelium. Dort heißt es: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, dass er Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat.“ (Mt 25,29 LUT) Er verweist damit auf die ungleiche Kumulation von Chancen, die in der Konsequenz zu einer Polarisierung der Opportunitätsstruktur führt.
- [7] Bemerkenswert ist dabei nicht allein die Kritik an bloß versprochenen Ergebnissen, sondern auch der offensive Vorschlag, eine Kennzahlensteuerung nach britischem Muster im deutschen Wissenschaftssystem zu etablieren. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten bewegt sich eine auf Wettbewerb setzende Hochschulpolitik.
- [8] Auch dieser Mechanismus ist dem Matthäus-Effekt implizit: Mit der Etablierung von Gewinner\_innen werden die Verlierer\_innen gleichsam mitproduziert. Michael Hartmann (2015) hat auf den Trend hingewiesen, dass die Hochschulen ohne Exzellenzmittel auch sonst zunehmend schlechtere Erfolgsquoten bei DFG-Anträgen haben.
- [9] Vgl. hierzu ausführlicher Rogge 2015. Im Vergleich mit Frankreich, England und den USA liegt Deutschland mit seiner ungezügelter Befristungspraxis mit Abstand vorn (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 82).
- [10] Da nur ein Bruchteil der Promovierenden dauerhaft im Wissenschaftsbetrieb verbleiben möchte, sollte die Laufzeit der Stellen, die zur Promotion dienen, zumindest der für die Fertigstellung der Qualifikationsarbeit benötigten Zeit entsprechen. Für jene, die sich für eine dauerhafte Wissenschaftslaufbahn entscheiden, müssen hingegen langfristige Perspektiven in Form von Tenure-Track-Optionen und Entfristungen installiert werden.
- [11] Vgl. im Überblick zu den USA, Frankreich, Großbritannien und Japan: Hartmann 2005, ausführlich zu den USA: Mettler 2014, Karabel 2005.
- [12] Ansatzpunkte finden sich etwa in der zunehmenden Korrelation hoher Ranking-Plätze von Instituten und sozialer Selektivität bei den Studierenden (Weiss et al. 2015).
- [13] Neuere Forschungen zur Reputationshierarchie in der Wirtschaftswissenschaft zeigen, dass die Vergrößerung und verbesserte finanzielle Ausstattung von Instituten mit der Erhöhung ihrer Erfolge in der wissenschaftlichen Gemeinschaft und der Gefragtheit ihrer Angehörigen als Expert\_innen in der Öffentlichkeit eng zusammenhängen (Maeße 2015).
- [14] 2010 ergab eine Umfrage unter 1000 Professor\_innen, dass eine klare Mehrheit die Initiative als „völlig ungeeignet“ oder „eher ungeeignet“ ansah, um den Wissenschaftsstandort Deutschland zu stärken (Böhmer et al. 2011). U.a. gab es eine Petition gegen die Fortsetzung der Exzellenzinitiative, die über 3.000 Personen unterzeichnet haben, zu großen Teilen aus der Wissenschaft. (<https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-gute-forschung-und-lehre-argumente-gegen-die-exzellenzinitiative>, letzter Zugriff 11.11.2016)

## Autor\_innen

Tilman Reitz ist Soziologe und Philosoph. Seine Schwerpunkte sind Politische Theorie, Gesellschaftstheorie, Wissenssoziologie und Ästhetik.  
tilman.reitz@uni-jena.de

Angela Graf ist Soziologin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Wissenschafts- und Elitesoziologie sowie Soziale Ungleichheit und Sozialstruktur.  
angela.graf@tum.de

Christina Möller ist Soziologin mit den Forschungsschwerpunkten Soziale Ungleichheiten und Bildung sowie Hochschul- und Wissenschaftsforschung.  
christina.moeller@uni-paderborn.de

## Literatur

- Aliets, Enno / Lettkemann, Eric (2012): Hochschulleitung und Forscher: Von wechselseitiger Nichtbeachtung zu wechselseitiger Abhängigkeit. In: Uwe Wilkesmann / Christian C. Schmid (Hg.), Hochschule als Organisation. Wiesbaden: Springer VS, 131-153.
- Beaufaÿs, Sandra / Kraus, Beate (2007): Wissenschaftliche Leistung, Universalismus und Objektivität. Professionelles Selbstverständnis und die Kategorie Geschlecht im sozialen Feld Wissenschaft. In: Regine Gildemeister / Angelika Wetterer (Hg.), Erosion oder Reproduktion geschlechtlicher Differenzierungen? Widersprüchliche Entwicklungen in professionalisierten Berufsfeldern und Organisationen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 76-98.
- Binder, Amy J. / Davis, Daniel B. / Bloom, Nick (2016): Career Funneling: How Elite Students Learn to Define and Desire 'Prestigious' Jobs. In: Sociology of Education 89/1, 20-39.
- Böhmer, Susan / Neufeld, Jörg / Hinze, Sibylle / Klode, Christian / Hornbostel, Stefan (2011): Forschungsbedingungen von Professorinnen und Professoren an deutschen Universitäten. Bonn: iFQ-Working Paper 8.
- Brembs, Björn (2016): Data show "excellence initiative" was a massive failure – help stop it. <http://bjoern.brembs.net/2016/04/data-show-excellence-initiative-was-a-massive-failure-help-stop-it/> (letzter Zugriff am 13.5.2016).
- Brembs, Björn / Brennicke, Axel (2015): Wir flexibilisieren uns zu Tode. Gegen das wachsende Wissenschaftsprekariat an den Universitäten gibt es ein einfaches Mittel: Verschlankt die Verwaltungen und gebt Wissenschaftlern feste Verträge! In: FAZ, 7.1.2015. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/verbesserung-der-arbeitsbedingungen-an-unis-13354907.html> (letzter Zugriff am 13.5.2016).
- Engels, Anita / Beaufaÿs, Sandra / Kegen, Nadine V. / Zuber, Stephanie (2015): Bestenauswahl und Ungleichheit. Eine soziologische Studie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Exzellenzinitiative. Frankfurt am Main: Campus.
- Funken, Christiane / Rogge, Jan-Christoph / Hörlin, Sinje (2015): Vertrackte Karrieren. Zum Wandel der Arbeitswelten in Wirtschaft und Wissenschaft. Frankfurt am Main: Campus.
- Graf, Angela (2015): Die Wissenschaftselite Deutschlands. Sozialprofil und Werdegänge zwischen 1945 und 2013. Frankfurt am Main: Campus.
- Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt am Main: Campus.
- Hartmann, Michael (2005): Elitehochschulen: Die soziale Selektion ist entscheidend. In: Prokla 34/137-4, 535-549.
- Hartmann, Michael (2006): Die Exzellenzinitiative. Ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. In: Leviathan 34/4, 447-465.
- Hartmann, Michael (2010): Die Exzellenzinitiative und ihre Folgen. In: Leviathan 38/3, 369-387.
- Hartmann, Michael (2013): Die Exzellenzinitiative und die Hierarchisierung des deutschen Hochschulsystems. In: NachDenkSeiten, <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=16967> (letzter Zugriff am 14.5.2016).

- Hartmann, Michael (2015): Die Exzellenzinitiative und die Hierarchisierung des deutschen Hochschulsystems. In: Hans-Peter Müller / Tilman Reitz (Hg.), *Bildung und Klassenbildung. Kritische Perspektiven auf eine Leitinstitution der Gegenwart*. Weinheim: Beltz/Juventa, 208-230.
- Hasenjürgen, Brigitte (1996): *Soziale Macht im Wissenschaftsspiel. SozialwissenschaftlerInnen und FrauenforscherInnen an der Hochschule*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- IEKE [Internationale Expertenkommission Exzellenzinitiative] (2016): *Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative. Endbericht*. <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/Imboden-Bericht-2016.pdf> (letzter Zugriff am 14.06.2016).
- Karabel, Jerome (2005): *The Chosen. The Hidden History of Admission and Exclusion at Harvard, Yale, and Princeton*. Boston: Houghton Mifflin.
- Konsortium Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs (2013): *Bundesbericht zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Kühl, Stefan (2016): *Exzellente Beantragung. Eine alternative Evaluation der Exzellenzinitiative*. Working Paper 1/2016, Universität Bielefeld.
- Lange-Vester, Andrea / Teiwes-Kügler, Christel (2013): *Zwischen W3 und Hartz IV. Arbeitssituation und Perspektiven von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Maeße, Jens (2015): *Eliteökonomien. Wissenschaft im Wandel der Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Merton, Robert K. (1985): Der Matthäus-Effekt in der Wissenschaft. In: Ders., *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 147-171.
- Merton, Robert K. (2010): Der Matthäus-Effekt in der Wissenschaft, II. Kumulativer Vorteil und der Symbolismus des intellektuellen Eigentums. In: *Berliner Journal für Soziologie* 20/3, 285-308.
- Mettler, Suzanne (2014): *Degrees of Inequality. How the Politics of Higher Education Sabotaged the American Dream*. New York: Basic Books.
- Möller, Christina (2015): *Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheiten unter Universitätsprofessorinnen und -professoren*. Weinheim/Basel: Beltz/Juventa.
- Möllers, Christoph (2009): Kein Grundrecht auf Exzellenzschutz. In: Jürgen Kaube (Hg.), *Die Illusion der Exzellenz. Lebenslügen der Wissenschaftspolitik*. Berlin: Wagenbach, 56-64.
- Münch, Richard (2007a): *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Richard (2007b): Die Konstruktion von Elite-Universitäten durch soziale Schließung. In: Hermann-Josef Blanke (Hg.), *Bildung und Wissenschaft als Standortfaktoren*. Tübingen: Mohr Siebeck, 111-142.
- Rivera, Lauren (2015): *Pedigree. How Elite Students Get Elite Jobs*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Rogge, Jan-Christoph (2015): The winner takes it all? Die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67/4, 685-707.
- Schulze-Cleven, Tobias / Olsen, Jennifer (2016): *Worlds of Higher Education Transformed? Towards Varieties of Academic Capitalism*. In: *Higher Education, special issue: The New Political Economy of Higher Education*, im Erscheinen.
- Schwindt, Jürgen-Paul (2013): *Exzellenz*. In: *Unbedingte Universitäten (Hg.)*, Bologna-Bestiarium. Zürich/Berlin: diaphanes, 101-103.
- Stiftung neue Verantwortung (2011): *Wege aus der Exzellenzfalle. Vorschläge für eine aktive Hochschulpolitik*. Policy Brief 04/2011. [http://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/042011\\_policy\\_brief\\_wege\\_aus\\_der\\_exzellenzfalle.pdf](http://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/042011_policy_brief_wege_aus_der_exzellenzfalle.pdf) (letzter Zugriff am 14.5.2016).
- Weiss, Felix / Schindler, Steffen / Gerth, Maria (2015): Hochschulrankings als Kriterium für neue soziale Ungleichheit. In: *Zeitschrift für Soziologie* 44/5, 366-382.



## „Es kann nicht nur darum gehen, dass wir David Harvey unterrichten“

Interview mit Thomas Bürk zu Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten kritischer Lehre an der neoliberalen Universität

Thomas Bürk

*s u b \ u r b a n (s\u): Die Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen im universitären und außeruniversitären Wissenschaftsbetrieb allgemein und vor allem die Formen kritischer Lehre werden nun schon seit einiger Zeit immer wieder diskutiert. So hat beispielsweise die heute nicht mehr aktive Gruppe AK Kritische Lehre bereits im Jahre 2010 ein wichtiges Thesenpapier dazu veröffentlicht (zugänglich unter: <http://www.reflect-online.org/arbeitskreise/ak-kritische-lehre>). Wie hat sich nach Deiner Einschätzung die Debatte in den letzten Jahren entwickelt?*

**Thomas Bürk (TB):** Bereits Mitte der nuller Jahre wurden prekäre Arbeitsbedingungen intensiv thematisiert, wie etwa durch den Euro Mayday und andere Initiativen. Die Prekarität im Bildungsbetrieb und an den Universitäten anzusprechen hat aber noch etwas gedauert und erst langsam ab 2010 eingesetzt. Auch weil sich spätestens zu diesem Zeitpunkt die Lern- und Arbeitssituation an den Universitäten merklich zugespitzt hatte. Sicherlich hat auch die zunehmende Kritik an den Bologna-Reformen dazu beigetragen.

In dieser Zeit haben sich Initiativen wie der *reflect!* – AK Kritische Lehre gebildet. Sie begannen, die Möglichkeiten kritischer Wissensvermittlung an den Universitäten zu diskutieren. Ursprünglich ging es dabei vor allem um die Frage, wie man kritische Inhalte überhaupt (wieder) in die Seminarräume bringen könnte, etwa durch autonome Seminare und durch feministische und herrschaftskritische Lehrinhalte. Zu diesem Zeitpunkt wurde nur peripher über gerechte Bezahlung, Widersprüche bezüglich der Notengebung oder Hierarchiekonflikte – mit Studierenden und Kolleg\_innen gleichermaßen – diskutiert. Der nächste Schritt bestand aus meiner – sicherlich eingeschränkten – Sicht darin, dass mehr kritische Menschen angefangen haben, sich in der Lehre zu engagieren, ihre Arbeitsbedingungen ernst zu nehmen und diese mit Kolleg\_innen zu besprechen. Dadurch wurden sehr schnell Widersprüche der Arbeitsituationen an Hochschulen und in anderen Bildungsbetrieben deutlich. Und das war nicht zu unterschätzen, denn nur wenig wird – gerade

auch unter linken Akademiker\_innen – dürftiger thematisiert als der eigene Job, die jeweiligen Karriereaspirationen und der Kampf um den Aufstieg oder den reinen Stellenerhalt. Letztendlich herrscht immer noch die Vorstellung vor, künstlerische Genies kämpften hier gegeneinander, wobei sich die ‚besten Köpfe‘ natürlich durchsetzten. Solidarität innerhalb einer gleichen – ja nennen wir es nur beim Namen – Klassenlage ist da selten. Viel verbreiteter ist die abwehrende Haltung, nach der es sich beim akademischen Prekariat eher um privilegierte Positionen in der Arbeitswelt handele und nicht um bloße Zeitarbeitsjobs. Dass vor allem die Arbeitsverhältnisse der ‚Anderen‘ immer einfacher zu thematisieren und zu reflektieren sind als die eigenen, schwächt die Organisierung gegen die Arbeit allgemein und Diskussionen über prekäre Arbeitsbedingungen im Bildungsbetrieb im Besonderen. Das haben wir von der Kritischen Geographie Berlin auch gespürt, als wir vor ein paar Jahren – ich glaube es war Ende 2013 – einen Boykottaufruf gegen die damals noch recht neuen LfBA, also die Lehrkräfte für besondere Aufgaben, formuliert hatten (zugänglich unter <http://kritische-geographie-berlin.de>). Hintergrund waren vermehrte Stellenanzeigen von Universitäten und Hochschulen für befristete und oftmals auch in Teilzeit zu besetzende Post-Doc Stellen. Für eine 100 Prozent-Stelle sollten bis zu 16 oder gar 18 Semesterwochenstunden unterrichtet werden. Das bedeutete eine massive Überlastung der Lehrenden bei gleichzeitigem Abbau der alten Mittelbaustellen, etwa der Assistenzen oder Ratsstellen. Bis heute wird zunehmend versucht, mit solchen Stellen die immer größeren personellen Lücken in der Lehre notdürftig zu stopfen.

**s\u:** *Gab es Debatten über die Rolle von kritischer Lehre bereits in den 1960er und 1970er Jahren? Studentische Gruppen haben ja in den späten 1960er-Jahren die Art der Lehre an deutschen Hochschulen deutlich kritisiert, weil diese weder arbeitsmarktaugliche Ausbildungen noch kritisches Denken hervorbrachte.*

**TB:** Das ist schwer zu sagen, weil ich damals ja nicht an der Universität war. Ich nehme an, dass diese Debatten vor allem als Auseinandersetzung mit den Reformen im Schulsystem betrachtet wurden. Ich denke da an die von Paolo Freire inspirierten Ansätze – wie etwa die Schülerschule Scuola di Barbiana –, die Teil der antiautoritären Bewegung in den 1960er-Jahren waren. In Bezug auf Universitäten wurde hinsichtlich antiautoritär orientierter Lehre sicherlich auch viel probiert. Die Arbeitsbedingungen wurden aber vor allem als gewerkschaftliches Betätigungsfeld angesehen. Bei kritischer Lehre handelt es sich aber – nach meinem Verständnis – um eine Kopplung von formal-strukturellen mit inhaltlichen und *agency*-orientierten Fragestellungen: Von welchen Bedingungen wird kritisches Lehren und Lernen bestimmt und wie lassen sich Verhältnisse und Verhaltensweisen subversiv ändern, unterlaufen und eventuell auch fester verankern? Diese Fragen treffen den Kern des Konflikts, nämlich die Synthese von Form und Inhalt, von Ökonomie und Alltag. Es geht eben nicht nur darum, spannende, nicht hegemoniale und ausgegrenzte Themen zu wählen, sondern diese auch in einer emanzipatorischen, egalitären Lehr- und Lernsituation aufzufalten und auszuhalten.



**s\u:** *Was ist eigentlich der Ort für kritische Lehre? Warum sollten Universitäten überhaupt dazu zählen?*

**TB:** Universitäten sind genauso gut oder wenig gut geeignet für kritische Lehre wie andere Orte. Wenn man als Lehrende\_r dort arbeitet, stellt sich die Frage natürlich besonders dringend. Grundsätzlich sollte natürlich jeder Arbeitsplatz Ort einer kritischen, kämpferischen Auseinandersetzung mit Arbeit sein. Immer frei nach dem alten operaistischen Motto ‚Kampf gegen die Arbeit!‘. Das sollte auch für Jobs an Universitäten, Fachhochschulen, Volkshochschulen, Musikschulen, bei kirchlichen und freien Bildungsträgern et cetera gelten. Gerade der Bildungssektor wurde ja – etwa in den Thesen zum kognitiven Kapitalismus – zum zentralen, tertiären Dienstleistungsbereich mit Brücken zum quartären, informellen Kommunikationssektor erklärt und Schulen, Universitäten als neue, weiße Fabriken‘ lokalisiert. Dies lässt sich aber – wie gesagt – immer einfacher von außen formulieren und analysieren, als die eigene Arbeit zum Zentrum einer täglichen Feldforschung, einer ‚militanten Untersuchung‘, zu machen oder sie gar für Widerständigkeit zu nutzen. Man hat sich ja auch in kritischen, autonomen oder linken Zusammenhängen sehr lang kaum damit beschäftigt, wie wir eigentlich arbeiten (wollen/sollen/müssen). Und selbst wenn es um die Rolle der Arbeit ging, diskutierte man sie – zumindest bis in die 1980er-Jahre hinein – meistens mit Fokus auf Fabriken und später auf Kollektivbetriebe. Der Bildungsbereich wurde lang ausgeklammert. Andere Formen, wie etwa die immer zahlreicheren unternehmerischen ‚Ego-Firmen‘, sind immer noch kaum bearbeitet. Fragt mal unter Kolleg\_innen nach, wer denn eigentlich bei ver.di, der Bildungsgewerkschaft oder gar der Freien ArbeiterInnen Union organisiert ist! Das wäre ja irgendwie die minimalste Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeit.

Warum dieser blinde Fleck so existiert und man sich lieber mit Arbeit jenseits der Universitäten beschäftigt, ist sicherlich auch eine längere Debatte wert. Ich halte nicht sehr viel von der Trennung zwischen Sozialkritik und Künstlerkritik, wie sie Luc Boltanski und Ève Chiapello in *Der neue Geist des Kapitalismus* (1999) vornehmen. Sie problematisieren darin die Arbeitswelt getrennt von der sogenannten Reproduktionssphäre, vom Alltagsleben und von der Lebensführung. Faktisch aber lässt sich da gar nichts trennen. Arbeit bleibt ebenso Teil des Alltags wie andere politische Auseinandersetzungen, die ebenfalls nur auf alltäglicher Ebene geführt werden können.

Allerdings ist wichtig festzuhalten, dass sich die Universitäten seit den 1960er-Jahren radikal verändert haben und zumindest zeitweilig wichtige Schauplätzen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Kämpfe – nicht nur von Studierenden – waren und hoffentlich auch wieder werden. Sie sind längst mehr als nur Orte der Reproduktion von Bildungsbürgertum und Verwaltungseliten. Dies kann man nicht einfach leugnen. In den 1990er-Jahren begann allerdings ein flächendeckendes ‚Zurückrollen‘. Universitäten wurden Orte der Ausbildung und *employability*, sie wurden also als Arbeitsmarkt neu erfunden. Seither sind sie ein zentrales Instrument in der Bildungsorganisation der sogenannten ‚Wissensgesellschaft‘ und werden es sicher noch eine Weile bleiben.

**s\|u:** *Welche Formen kritischer Lehre gilt es zu schaffen? Geht es dabei auch um andere pädagogische Zugänge?*

**TB:** In der Entwicklung kritischer Lehre kommt es meines Erachtens vor allem darauf an, Situationen zu schaffen, die offen, kommunikativ und konfrontativ sind. Es geht darum, eigene Standpunkte einzufordern, zu unterstützen und zu hinterfragen. Kurz: Es geht um Situationen, die grundsätzlich nicht didaktisiert sind, also nicht primär um die Ausweitung von Schuldidaktik auf Universitäten, auch weniger um ‚besseren‘ Unterricht qua vieler cleverer Didaktiktools und Kommunikationstechnologien. Eigentlich macht den Kern der kritischen Lehre aus, grundsätzlich mit der Idee des Unterrichts – sowie seiner anschließenden Evaluierung – zu brechen. Ich denke, wichtige Anregungen für die Hochschullehre sind eher aus Bereichen wie der Kritischen Psychologie, der politischen Bildungsarbeit oder der kritischen Erwachsenenbildung zu holen als aus der klassischen Schuldidaktik. Diese haben idealerweise ein anderes Verständnis von Subjekten und betonen die Rolle von Interaktion, Kommunikation und Anerkennung vieler unterschiedlicher Expertisen und Lebenserfahrungen. Denn auch bei jungen Studierenden sollte erst einmal davon ausgegangen werden, dass sie Expert\_innen ihres eigenen Lebens sind und daher auch viele – mehr oder weniger interessante – Perspektiven einbringen könnten, wenn diese nur zugelassen und ernst genommen würden. Dies könnte gerade bei zunehmend heterogen zusammengesetzten Studierendenschaften noch spannender sein. Solche Situationen kollaborativer Erkenntnis und Diskussion sollten Momente sein, in denen man einmal kurz nicht an Bologna denkt.

So viel zur Form kritischer Lehre. Was den Inhalt angeht: Es gibt ja einerseits klassische ‚kritische‘ Inhalte, andererseits denke ich, dass man potentiell jeden Inhalt kritisch lehren kann. So kann man ja beispielsweise Heidegger so oder so besprechen; vor allem sollte es darum gehen, jede\_n Autor\_in zu kontextualisieren, das heißt ihre oder seine sozialen Positionen (*positionality*) zu bestimmen und diese mit kritischem Blick zu prüfen. Im Zweifelsfall sollten sie eher als Quelle und Ausdruck einer spezifisch situierten Haltung erschlossen werden denn als unanfechtbare Wissenslieferant\_innen. Das ist alles nichts Neues, trotzdem gibt es eine Fetischisierung von Texten und großen Namen als Indikatoren für eine kritische Lehre. Es kann nicht nur darum gehen, dass wir David Harvey unterrichten.

Natürlich geht es nicht ohne Marx, Haraway, Foucault und Adichie. Aber das sagt noch überhaupt nichts darüber aus, wie deren intellektuelle Impulse aufgegriffen werden. Generell wird an Universitäten eine absolute Überschätzung des Textes gepflegt. Das läuft quasi analog zur ‚publish or perish‘-Unterschätzung der Universität als sozialem Ort. Wer also nicht beziehungsweise wenig und an den falschen Orten publiziert, hat schon verloren. Es herrscht daher weitgehend die Vorstellung vor, dass wir als Lehrende schriftbasierte Inhalte einbringen und im Seminar so tun als hätten wir die Texte verstanden und – im besseren Fall – Interpretationen anbieten oder – im schlechteren – Textexegese betreiben. Das hat vielleicht auch etwas mit den Ursprüngen unserer Universitäten als christlich-scholastische Anstalten zu tun. Dies ist alles zutiefst unbefriedigend. Stattdessen sollten die Studierenden die Inhalte selbst entdecken und bestimmen können. Das

heißt zunächst, dass sie selbst recherchieren lernen und in die Lehre intervenieren. Dazu bräuchte es jedoch eine ganz andere Vorbereitung, sowohl der Lehrenden wie der Studierenden, die eher auf Zusammenhänge als auf Textlektüre abzielt. So sollten die Studierenden ermutigt werden, selbst zu denken und vor allem einen eigenen Standpunkt zu entwickeln. Auch hier stimmt der alte Merksatz: ‚Keine Kritik ohne Standpunkt.‘

**s\u:** *Bedeutet diese Lehransprüche nicht noch mehr Anstrengungen und Arbeit für die Lehrenden, beispielsweise eine intensivere Vorbereitung und Betreuung der Studierenden?*

**TB:** Dem Argument, dass eine gute kritische Lehre vor allem eine intensivere Vorbereitung erfordere, möchte ich widersprechen. Die Seminare sollen ja gar nicht didaktisch genau durchgetaktet werden. Eher im Gegenteil: Kritische Lehre heißt für mich eben nicht, eine ‚bessere Performance‘ zu liefern oder ‚gute Arbeit‘ im gewerkschaftlichen Sinne. Ich verstehe unter kritischer Lehre kein tolles Rezeptbuch oder keinen didaktisch-pädagogischen Werkzeugkasten. Nach dem Motto: Wenn wir nur all diese Punkte berücksichtigen, können wir dies als kritische Lehre labeln und vielleicht gleich noch zertifizieren lassen. Stattdessen bedeutet sie womöglich eher, sich weniger oder anders vorzubereiten und mehr ‚Situationen‘ zuzulassen.

Der Anspruch hat vielmehr zu sein, die Widersprüche kritischen Wissens transparent zu machen und sich etwa als Lehrende\_r auch zurückzunehmen, also durchaus auch zuzugeben, wenn man etwas nicht weiß, schlecht vorbereitet oder verkatert ist. Selbstverständlich ist die Lehre so oft weniger kontrollierbar und herausfordernd; sie kann durchaus eine Zumutung sein. Jedoch müssen ja nicht immer alle Sitzungen ‚gelingen‘. Es reicht doch durchaus, wenn es ab und zu klappt, oder?

**s\u:** *Heißt dies, dass es in den Ansätzen kritischer Lehre darum geht, so etwas wie ‚herrschaftsfreie Räume‘ zu schaffen?*

**TB:** Es ist doch klar, dass die Seminarsituation niemals machtneutral oder gar herrschaftsfrei sein kann. Dies gelingt bestenfalls in kurzen Momenten. Auch Wahlmöglichkeiten et cetera sind ja immer nur innerhalb des – von den Dozierenden geschaffenen – Seminarrahmens möglich. Zudem wollen viele Studierende solche unsicheren Situationen und Formate gar nicht. Sie sind dermaßen ‚durchbolognaisiert‘, dass es erstmal darum geht, sie für irritierende und unkonventionelle Momente zu öffnen. Oftmals herrscht ein starkes Desinteresse unter Studierenden, das sich in langweiligen Vorträgen mit öden Präsentationen niederschlägt. Nach dem Motto: ‚Mach aus Deinem Desinteresse eine Powerpoint!‘ Das muss erst einmal aufgebrochen werden, etwa indem nach eigenen Zugängen zu einzelnen Seminarthemen gebohrt wird. Auch dass im Seminarrahmen nichts perfekt und fertig sein muss, sondern dieser durchaus als Versuchsfeld angesehen werden kann, sollte klar werden. Gerade in den Bachelorstudiengängen muss zuerst geübt werden, nicht mehr an der Schule zu sein. Das ist quasi institutionelles und intellektuelles Detoxing! Eine zentrale Aufgabe kritischer oder gar subversiver Lehre ist es also, den Mythos Wissenschaft und Universität zu dekonstruieren.

**s\u:** *Wie sind Deine eigenen Erfahrungen mit dem Anspruch und den Möglichkeiten kritische Lehrformen und -inhalte an den Universitäten zu erproben?*

**TB:** Grundsätzlich eher gut! Ich habe sehr gute Erfahrungen mit offenen, nicht von vornherein festgelegten, Seminarplänen, mit thematischen Recherchegruppen und freien Formaten gemacht. Beispielsweise gibt es bei mir bisher in Bachelorseminaren keine Reader oder Textbücher, in denen relevante Inhalte vorgegeben werden. Ebenso reduziere ich Textarbeit erstmal auf ein Minimum und setze eher auf Diskussionsatmosphäre, Austausch und Standpunkte. Das ist auch deshalb relativ einfach, da ich mich im Bereich der Sozial- und Kulturgeographie bewege, in dem ich vor allem Seminare veranstalte, die qualitative Methoden fokussieren und in denen Themen wie Stadtgeographie, Flucht und Migration, aber auch Ökonomie und Alltag auf der Reeperbahn oder Geographien des *war on drugs* behandelt werden. Die Studierenden in Hamburg sind solchen leicht anschlussfähigen Themen gegenüber meistens recht aufgeschlossen. Gute Großstadtjünglinge eben!

**s\u:** *Wie siehst Du die Möglichkeiten Universitäten und den Bildungsbereich zu verändern?*

**TB:** Strukturelle Veränderungen an den Universitäten sind nicht durch Einzelinitiativen möglich, sondern allenfalls durch große und kollektive Interventionen, wie beispielsweise Bildungsstreiks. Ich würde auch nicht behaupten, dass einzelne Initiativen für kritische Lehre Universitäten institutionell verändern könnten. Allerdings können sie durchaus eine hilfreiche Organisations- und Kollaborationsform sein. Wenn man mit kritischem Anspruch Studierende unterrichtet, sucht man den Austausch darüber, wie man dem eigentlich gerecht werden kann. So fungiert die Universität auch als Ort des Zusammenschlusses.

Ansonsten ist natürlich klar, dass man die Universitäten durch kritische Lehre nicht retten kann. Allerdings kann man unter anderem versuchen, den Studierenden zu helfen, diesen Apparat möglichst schadlos zu durchlaufen. Zudem gibt es im täglichen Lehrbetrieb auch durchaus Freiräume. Geographie beispielsweise ist an vielen Universitäten eine total verkrustete Angelegenheit, sowohl institutionell als auch inhaltlich: Man läuft sehr schnell gegen Wände, wenn man Strukturen ändern will. Aber auf Seminar- und Exkursionsebene kann man sehr viel machen.

Jenseits der Universität gab und gibt es zahlreiche Orte, die für kritische Lehre, Inhalte und Bildung viel offener und auch viel wichtiger waren und sind. Meine großen ‚Bildungsmomente‘ fanden beispielsweise auch nicht an der Universität statt, sondern eher im Kontext sozialer Bewegungen wie den Anti-AKW-Gruppen, Häuserkämpfen und feministisch-antipatriarchalen Initiativen. Gerade in den 1980er- und 1990er-Jahren waren diese Bewegungen nicht nur zentrale Instanzen der Politisierung und Organisation, sondern vor allem auch der kritischen Bildung und Subjektivierung. Sie waren allerdings auch explizit gegen akademische Bildung gerichtet und haben nicht gerade zur Theoriebildung oder zu kritischen Reflektionen geführt. Es herrschte eben sehr viel Praxisfetisch.

*s\u: Wie haben sich Deiner Einschätzung nach die Möglichkeiten, kritische Lehre an den Universitäten möglich zu machen, in den letzten Jahren verändert?*

**TB:** Die Umstrukturierungen beziehungsweise Neoliberalisierungen der Universitäten haben die Rigidität und Verschuldungsdynamiken beziehungsweise befördert: Es gibt nicht weniger, sondern immer mehr Vorlesungen und Frontalunterricht. Wenn zugleich zunehmend auf projektbasiertes Lernen oder Gruppenarbeiten umgestellt wird, so folgt dies vor allem den Imperativen von Vergleichbarkeit und Standardisierung. Dabei stehen nicht Inhalte, sondern ‚Kompetenzen‘ im Mittelpunkt. Nach einer mehrjährigen Ebbe erleben wir aktuell eine ganze Armada von ‚Qualitäts- und Qualifizierungsinitiativen‘ in der universitären Lehre. Allerorten bemüht man sich um Akkreditierungen, schreibt Preise für ‚gute Lehre‘ aus und implementiert Lehrfortbildungen, die zum Beispiel ‚Lehren lernen‘ heißen. In diesen professionellen Weiterbildungsangeboten treffen sich vor allem prekär Beschäftigte, also Lehrbeauftragte, vor allem Doktorandinnen aus dem Mittelbau et cetera. Jedoch nehmen kaum Professor\_innen teil, schon gar nicht aus den Naturwissenschaften. Zudem sind diese Bildungsangebote meist an der Schuldidaktik orientiert, die nun für Erwachsene bemüht werden soll und der Logik der Benotbarkeit und Standardisierung folgt. Darüber hinaus gelten diese Lehrangebote immer mehr als Möglichkeit, Zertifizierungen zu erwerben, mit denen man sich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhofft.

*s\u: Vielen Dank für die Erläuterungen. Könntest Du vielleicht zum Schluss noch einmal zusammenfassen, was für dich kritische Lehre ausmacht?*

**TB:** Klar! Der Bildungsanspruch muss den Studierenden ermöglichen, sich zu kritischen und selbstbewussten Menschen zu entwickeln. Die beste Lehre ist die, die gar nicht unbedingt als solche wahrgenommen wird, sondern eher eine Situation gemeinsamer Erkenntnis darstellt.

*Das Gespräch führten Stefan Höhne und Boris Michel.*

## **Beteiligte**

Thomas Bürk ist Sozialgeograph und empirischer Kulturwissenschaftler mit Fokus auf Sozialgeographien des Nationalismus, politische Ökologie und verräumlichte Regierungstechniken.

thomas.buerk@uni-hamburg.de





## „Haltung provozieren“

Ein Gespräch über Möglichkeiten der Kooperation zwischen universitären Lehrveranstaltungen und stadtpolitischen Initiativen

Anna Heilgemeir, Asli Varol,  
Beatrice Termeer, Enrico Schönberg,  
Dagmar Pelger und Paul Welch Guerra

Im Wintersemester 2014/15 fand am Institut für Architektur der TU Berlin eine außergewöhnliche Lehrkooperation statt. Unter dem Namen „Projekt X-Berg“ hat sich das „Fachgebiet für Städtebau und Urbanisierung“ CUD gemeinsam mit der Initiative „Stadt von Unten“, dem „Miethäuser Syndikat“ und der „Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen“ KUBUS (ZEWK, TU Berlin) ein Semester lang mit den Potenzialen der Produktion von Stadt als Gemeingut beschäftigt.

In zwei Seminaren und einem Entwurfsstudio haben Studierende den üblichen Rahmen universitärer Lehre verlassen und sich mit Aktivist\_innen und Mitgliedern der Initiativen ausgetauscht. Als gemeinsamer Bezugspunkt diente die Debatte um das umkämpfte sogenannte Dragonerareal in Kreuzberg. Der bundeseigenen Fläche droht die Privatisierung, wogegen sich unter anderem die Initiative „Stadt von Unten“ einsetzt.[1] Gleichzeitig bietet das Gelände eine Projektionsfläche für gemeingutbasierte Formen des Wohnens, des Arbeitens und Produzierens und des Zusammenlebens in der Stadt.

Mit Lehrbeauftragten und Teilnehmer\_innen des Projektes haben wir über die Synergieeffekte und Erkenntnisgewinne, über das gesellschaftskritische Potenzial, aber auch über die Dilemmata eines Lehrformats gesprochen, in dem die Grenzen zwischen Lehre und Forschung, zwischen akademischer und aktivistischer Wissensproduktion und zwischen Seminardebatten und realen stadtpolitischen Kämpfen bewusst überschritten werden.

Für die Initiative „Stadt von Unten“ und das „Miethäuser Syndikat“ nahm Enrico Schönberg am Gespräch teil. Anna Heilgemeir ist freie Architektin unter anderem für das „Miethäuser Syndikat“ und ebenfalls Mitglied von „Stadt von Unten“. Sie leitete als Lehrbeauftragte am FG CUD das Seminar „Selbstverwaltet Kommunal“. Studierende recherchierten historische und aktuelle Wohnungsbau- und soziale Infrastrukturprojekte, deren Finanzierung, Trägerschaften, Eigentums- und Organisationsmodelle als Grundlage dafür dienen sollten, über neue Formen der Kooperation zwischen Selbstverwaltung und öffentlicher Hand nachzudenken. Asli Varol, Architekturstudentin, und Beatrice Termeer, Urban Design Studentin, nahmen an diesem Seminar teil. Dagmar Pelger, freie Architektin und wissenschaftliche Mitarbeiterin

am Institut „Entwerfen, Kunst und Theorie“ des KIT (Karlsruhe) bot als Lehrbeauftragte im Fachgebiet CUD das Seminar „Allmende als urbane Typologie“ an, das sich neben anderen Grundstücken in Kreuzberg ebenfalls auf das sogenannte Dragonerareal bezog. In engem Austausch mit den beiden anderen Seminaren erstellten Martin Murrenhoff, Jörg Stollmann und ihre Studierenden in dem Entwurfsstudio „Wohnen in Berlin 4 – Dragonerareal“ vier städtebauliche Entwürfe auf Grundlage zweier Entwicklungsszenarien. Ein Szenario basierte auf den Forderungen der Initiative „Stadt von Unten“ und ein zweites prognostizierte eine mögliche Kooperation zwischen „Mietshäuser Syndikat“ und einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft des Landes Berlin. Im Interview wird insbesondere auf die beiden Seminare Bezug genommen.[2] Das Interview führte Paul Welch Guerra.

**Paul Welch Guerra (PWG):** *Von außen betrachtet ist die Struktur des „Projekt X-Bergs“ nicht ganz einfach zu durchschauen. Wie ist die Konstellation zustande gekommen?*

**Anna Heilgemeir (AH):** Wir sind von der Initiative Stadt von Unten aus auf den Lehrstuhl zugegangen und haben gefragt, ob sie nicht mal was zum Dragoner-Areal machen wollen. Auch weil wir gemerkt haben, dass wir als Initiative an unsere Grenzen kommen: Wir wollen ja dort ein Modellprojekt entwickeln, sind aber eigentlich die ganze Zeit mit dem Abwehrkampf gegen die Privatisierung beschäftigt. Dann kam die Idee auf, mit der Uni zusammenzuarbeiten. Interessanterweise hatten sie das Areal schon im Auge. Als Initiative waren wir vor allem daran interessiert, Recherchen über verschiedene vorbildhafte Projekte mit den Studierenden zusammen zu erarbeiten, um dann als Gesamtgruppe Interventionen zu entwickeln. Zunächst ging es uns also weniger darum, Wünsche zu erfragen, sondern darum, Wissen für einen Prozess der Stadtentwicklung von Unten bereit zu stellen. Diese Wissensproduktion haben wir dann gemeinsam durchlebt (lacht) und anschließend geplant, wie wir die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich machen.

**PWG:** *Was ist das Besondere an dem Lehransatz?*

**AH:** In unseren Seminaren versuchen wir beispielsweise über Haltung zu sprechen, bevor man Forschungsentscheidungen trifft. Ich finde auch, dass die Uni oder bestimmte Lehrstühle noch viel klarer eine Haltung beziehen könnten und dass es da gefühlt eine Angst davor gibt. Es bleibt oft diffus unter dem Stichwort „Akteursbestimmtes Planen“, anstatt mal klar zu sagen: „Es geht uns darum, dass die Armen nicht aus der Stadt rausfliegen.“

**Dagmar Pelger (DP):** Ein wichtiger Anspruch ist es auch, einen Austausch hinzubekommen. Seither entstanden drei weitere Kartierungs-Seminare zum urbanen Gemeingut, die sich mit Alltagspraktiken und alternativen Formen der Stadtproduktion beschäftigt haben. Das Fachgebiet hat auch eine Geschichte, wenn es darum geht, das Wissen von ‚draußen‘ an die Uni zu holen und umgekehrt. Zum Beispiel mit der „Akademie einer neuen Gropiusstadt“, an der ich auch beteiligt war. Da kristallisieren sich mit der



Zeit methodologische Kniffe heraus, die man immer besser lernt anzuwenden. Ich kann mir gut vorstellen, dass man das unter den Studierenden auch zu schätzen weiß.

**Asli Varol (AV):** Als Architekturstudentin lebt man normalerweise in einer Gedankenwelt, man versteht sich untereinander. Man begründet seine Arbeit mit bestimmten Begriffen und bleibt dabei immer in einer akademischen Welt, ohne mal eine Initiative kennenzulernen oder zu wissen, wovon man eigentlich spricht. Es ist super wichtig, während der Planung mit Nicht-Architekt\_innen zu reden, die ein ganz anderes Wissen haben, um das zu vermeiden. Ich fand es gut, dass es im Seminar mal nicht nur um Gebäude und Städtebau ging, sondern andere Fragen im Vordergrund standen. Sich mit Finanzierungs-, Verwaltungs- und Organisationsstrukturen zu beschäftigen statt mit ästhetischen Erwägungen, ist eine Seltenheit. Wenn man nicht selbst den Anspruch hat und solche Projekte auswählt, kann man auch meilenweit daran vorbei studieren. Schon die aufwendige Darstellung von Entwürfen und Ergebnissen im Architekturstudium macht eine ernsthafte Beschäftigung mit Strukturfragen oft unmöglich.

**Beatrice Termeer (BT):** Ja, man arbeitet eigentlich immer auf Deadlines zu und bereitet Präsentation vor, die man beinahe täglich halten muss. Die Zeit, um mal einen Schritt zurück zu gehen und zu sagen: „Ich gucke mir das nochmal in Ruhe an und verwerfe es vielleicht auch komplett wieder“, gibt es normalerweise nie. Auch die sozialen Aspekte des Entwurfs und des Austauschs mit Projekten außerhalb der Universität sind unter diesen Bedingungen meistens unmöglich.

**Enrico Schönberg (ES):** Die wissenschaftliche Welt hat oft ihren eigenen, teilweise inzestuösen Diskurs, in dem bestimmte Begriffe feststehen und definiert sind. Es ist ja auch Teil des wissenschaftlichen Arbeitens, Begriffe zu begründen. Eine Zusammenarbeit mit Initiativen, die sich in konkreten Auseinandersetzungen befinden, kann diese starren Begriffe ins Wanken bringen. Weil innerhalb von Konflikten die Infragestellung von Begriffen stattfindet. Weil Initiativen merken, sie werden in ihren Konflikten mit Erzählungen konfrontiert, die sie unterbuttern und ihre Forderungen unterminieren. Also bei uns war das zum Beispiel der Begriff der ‚Bezahlbarkeit‘. Da wird schnell klar: Bezahlbarkeit ist nicht gleich Bezahlbarkeit. Eine Zusammenarbeit kann so Widersprüche innerhalb der wissenschaftlichen Debatten zum Vorschein bringen und etablierte Begriffe in Frage stellen.

**AH:** Spannend ist dabei nicht nur das Lehrformat, sondern auch, was für Netzwerke daraus entstehen. Wir bilden gefühlt einen kritischen Pool, auf den man zurückkommen kann. Auch wenn die Frage, was eigentlich ‚kritisch‘ heißt, noch nicht ganz beantwortet zu sein scheint.

**PWG:** *Es geht euch also darum Planung beziehungsweise Architektur als etwas explizit Politisches zu verstehen?*

**AH:** Ja genau. Das wird zu wenig gemacht, jedenfalls an der TU Berlin.[3]

**AV:** Und das wirkt sich auch auf die Studierenden aus, die gar nicht mitbekommen, dass Architektur unbedingt etwas mit Politik zu tun hat. Und dass sie unbedingt noch andere Sachen tun sollten, das hängt alles zusammen. Das Angebot an der Universität, in diese Richtung zu gehen, statt nur zu studieren, ist wirklich sehr begrenzt. Oft geht ein Engagement in solchen Projekten auch damit einher, länger studieren zu müssen. Das können und wollen viele nicht.

**DP:** Ja, aber ich glaube, da kann man auch nur weitermachen und gegenarbeiten. Es gibt dieses Dogma, die Regelstudienzeit einzuhalten, das mag teilweise finanzielle Gründe haben. Aber ich hab den Eindruck, die ideologischen Gründe überwiegen. Die Studierenden, die ich kenne, stehen irgendwie in einer Bringschuld. Man kann nur dagegen arbeiten, und Engagement einfordern. Und dann muss man sich da als Studentin positionieren. Aus dem Allmende-Kartierungsseminar ist sogar eine Publikation mit vier Studierenden entstanden unter extrem großem Engagement.[4] So etwas kommt schon noch vor.

**PWG:** *Eure Antworten zielen in erster Linie auf die Universität ab. Was hat das ganze Projekt den Initiativen gebracht?*

**AH:** Wir haben eine vierwöchige Ausstellung mit den Ergebnissen im Foyer des Rathauses Friedrichshain-Kreuzberg gemacht, was ich schon aufgrund der Reichweite für einen ziemlich großen Erfolg halte.

**BT:** Die Ausstellung wurde am Eröffnungstag von unseren Aktionen im öffentlichen Raum begleitet. Es wurden Parolen wie „Wohnst du noch oder gentrifizierst du schon?“ auf die Straße geschrieben. Darauf gab es Reaktionen. Das war spannend und hat Aufmerksamkeit erzeugt.

**ES:** Letztendlich ist es immer das Interesse unserer Initiative, unsere Inhalte in möglichst viele unerreichte Räume und Gruppen hineinzutragen. Bei der Eröffnung waren unheimlich viele Leute und alle haben mitgekriegt: Es gibt mal abgesehen von den präsentierten Ergebnissen eine Auseinandersetzung um das Areal. Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass wir nicht nur gegen Privatisierung sind, sondern an konkreten Inhalten arbeiten, dass unsere Inhalte wissenschaftlich fundiert sind, und dass wir nicht die NIMBYs[5] sind, die alles nicht wollen (alle lachen). Hier entsteht ein wirkmächtiges Argument rein aus der Kooperation. Die Ergebnisse haben wir auch im Rahmen eines Nachbarschaftsfestes und auf einer Konferenz nochmal vorgestellt.

**AH:** Für die Initiativen war es gut, dass ihre Ideen plötzlich auf Papier sichtbar wurden. Es war auch ein Experiment zur Zusammenarbeit mit universitären Lehrveranstaltungen. Was können diese sogenannten Expert\_innen überhaupt? Und wie kann man kollaborieren? Das wäre auch ein Ziel: dass dieses Wissen innerhalb der Initiativen weitergetragen wird. Damit die Initiativen merken: Ich muss nicht immer nur Anfragen beantworten, ich kann auch aktiv auf die Universität zugehen und fragen.

**ES:** Andere Akteure machen auch nichts anderes, die Wirtschaft nimmt sich die Wissenschaft auch gerne zur Hand. Sie schafft sich Studien, Aufträge et cetera, die einen neutraleren, objektiveren Standpunkt behaupten sollen. Objektiv sind sie natürlich auch nicht unbedingt, aber die Behauptung hilft, um politische Ziele durchzusetzen. Wenn wir selber an dieser Möglichkeit arbeiten und sie nutzen, finde ich das jedenfalls gut. Zum Beispiel nutzen Initiativen immer wieder die Studien von Wissenschaftler\_innen zum Wohnungsmarkt, etwa um zu zeigen, dass es nicht genug bezahlbaren Wohnraum gibt. Und dann stellt sich natürlich die Frage: Wie kann man so etwas in einem Verhältnis von Initiative, Lernenden und Lehrenden reproduzieren?

**PWG:** *War das alles so harmonisch, wie es rüberkommt?*

**AH:** Naja, es gibt innerhalb der Initiative auch eine akademiekritische Fraktion. Sobald es offizieller wird, wird es einigen dann auch schnell mal unheimlich. Also, wollen wir überhaupt was im Rathaus machen? Wollen wir anfragen oder wollen wir den Raum einfach besetzen? Die Kooperation mit der Universität hat Letzteres ja eher unmöglich gemacht. Es gab sicherlich unterschiedliche Meinungen dazu, aber es war auch klar, dass die Öffentlichkeit, die dadurch generiert wird, einfach wichtiger ist als die Vorbehalte. Ganz harmonisch war es jedenfalls nicht. Und die städtebaulichen Entwürfe wurden teilweise auch durchaus kritisch gesehen. In den Entwürfen war eine relativ hohe Bebauungsdichte vorgesehen und Hochhäuser provozieren in Kreuzberg natürlich Widerspruch. Da sehe ich vielleicht auch ein bisschen eine verlorene Chance. Mit mehr Zeit hätten wir diese Gestaltungsfragen besser diskutieren können.

Innerhalb des Lehrstuhles gab es dann noch den kritischen Moment, als die Initiative einen Info-Tisch in das Rathaus stellen wollte. Es wurde in Frage gestellt, ob es überhaupt geht, bei einer Ausstellung der Universität einen Info-Tisch von „Stadt von Unten“ zu präsentieren, über dessen Inhalte wir dann nicht mitentscheiden. Da musste ich dann versichern, dass der Tisch als Exponat der Initiative erkennbar bleibt und sich von den kooperativ entstandenen Ergebnissen absetzt. Da wir ein Gestaltungsstudiengang sind, gab es auch Bedenken, ob das formal passt. Wir haben das dann in verschiedenen kleinen Gesprächen viel auf Vertrauensbasis abgestimmt. Und dann gab es natürlich auch noch Leute aus der Initiative, die eigenmächtig Plakate aufgehängt haben.

**ES:** Was feststeht: Es hat eine große Wirkmächtigkeit, wenn man solche Kooperationen eingeht, und das kann einen auch überfahren, wenn die wissenschaftliche Institution, mit der man zusammenarbeitet, anfängt etwas zu produzieren mit der Behauptung, man hätte zusammengearbeitet.

**PWG:** *Also eine Art der Vereinnahmung?*

**ES:** Ja. Also dieses „Wir haben ja zusammengearbeitet“. Und dann wird etwas produziert, was von Anderen wieder ganz anders verwendet wird, aber man ist dann gefangen, weil es heißt „Ihr wart ja mit dabei bei der Entwicklung“. Auch bei den Entwurfsprojekten, bei denen es ganz konkret wird, kann so

etwas problematisch werden. Wie werden die Entwürfe verwendet? Manche Studierende wären umgekehrt sicher ganz froh wenn ihre Ergebnisse nicht in der Schublade des Archivs verschwinden, sondern durch eine Initiative verwendet werden. Es kann dann aber wiederum auch passieren, dass die Initiative die Ergebnisse quasi enteignet und Sachen damit macht, die nicht im Sinne des Forschenden waren.

**AH:** Beim Seminar haben wir uns darüber ja verständigt. Wir haben ein Gespräch darüber gehabt, ob das ok ist, dass Stadt von Unten die Ergebnisse über das Seminar hinaus weiterverwenden und -entwickeln kann.

**ES:** Das ‚Ob‘ ist aber nur ein Teil der Frage. Das ‚Wie‘ ist damit noch nicht beantwortet. Und über dieses ‚Wie‘ könnten Lehrende auch die Kontrolle verlieren in dem Moment. Das ‚Wie‘ und ‚Wofür‘ kann man nur klären, wenn man auch eine kontinuierliche Zusammenarbeit hat. Und das ist mein Punkt: Wir haben zwar eine Kooperation, aber in der Perspektive organisieren wir uns nicht zusammen und wir haben keine längere Zusammenarbeit, in deren Rahmen man gemeinsam darüber entscheidet, was man mit dem produzierten Wissen anstellt.

**PWG:** *Stichwort Perspektive: Was für ein gesellschaftskritisches Potenzial seht ihr in solchen Lehr- und Forschungsformaten?*

**DP:** Ein wichtiges Potenzial liegt sicherlich darin, eine Verschiebung der gesamten Konstellation zu erreichen. Also dass man versucht, über die Kooperation und andere Hebel und methodische Herangehensweisen die Studierenden und auch sich selbst aus der Uniperspektive gedacht in eine andere Position zu bringen, die gewöhnliche Bezüge zueinander aufzuheben: Eine Haltung zu provozieren. Es geht darum rauszukommen aus dieser klassischen professionellen Sicht auf diese Disziplin ‚Architektur/Planung‘ und ihre Werkzeuge, die man da lernt und lehrt. Klar vermitteln wir auch ganz klassisch Werkzeuge. Aber eben auch, wie diese ganz anders eingesetzt werden können. Das fängt im Grunde schon im ganz Kleinen bei der Art der Aufgabenstellung für einen Entwurf an: Welches Programm gebe ich vor? Hinterfrage ich das Grundstück? Hinterfrage ich das Seminarthema? Und im Großen heißt das dann, die Aufgabe, die man sich gesetzt hat, mit dem echten Leben da draußen zu konfrontieren.

**AH:** Ein Potenzial besteht sicherlich auch in der Möglichkeit, die Rolle der Planer\_innen anders zu definieren, als das herkömmlich geschieht. Das bedeutet, sich mehr Zeit zu nehmen, die Strukturen dahinter zu hinterfragen. Es ist mir ein Anliegen zu vermitteln, dass Architekt\_innen darüber reflektieren, inwieweit sie ihre Auftraggeber\_innen selbst aussuchen können und sich nicht einfach vom Markt bestimmen lassen. Man kann sich Auftraggeber\_innen danach aussuchen, inwieweit sie ein ‚kritisches‘ beziehungsweise veränderndes Potenzial haben, Räume zu bauen. Um das zu vermitteln, muss man die Rahmenbedingungen verändern. Viele Studierende verlieren schon während ihres Studiums die Vorstellungskraft, wie ein Arbeitsalltag anders aussehen könnte als dass man in einem Büro arbeitet und weisungsgebunden

irgendwelche Sachen plant, die man eigentlich nicht gut findet. Dafür ist die Kooperation oder sogar Kollaboration mit stadtpolitischen Akteuren ein total wichtiger Schlüssel. Sätze wie „Wow, was ihr als Initiative alles geschafft habt“ oder „Ich dachte, dass in solchen Projekten nur Hippies wohnen“ zeigen, dass eine Verschiebung des ‚Ernstnehmens‘ von Alternativen stattfindet. Also von Projekten, die nicht nur ‚alternativ‘ sein wollen, sondern die wirklich machbar sind. Dazu gehört auch zu verstehen, dass solche Projekte nicht im Alleingang zu realisieren sind. Es gibt so viele Planer\_innen, die im Alleingang versuchen, irgendwelche Firmen aufzuziehen, wo sie dann Projektberatung für ‚Co-Housing-Lalala-Alternative-Projekte‘ machen. Das ist meiner Meinung nach totaler Schwachsinn. Das kann vielleicht ökonomisch funktionieren, aber das hat nicht dieses gesellschafts-verändernde Potenzial. Meiner Meinung nach ist Stadt eine Gemeinschafts-Produktion. Und das ist der Grund dafür, dass diese Seminare so gut sind, weil man hier genau das eben kollektiv lernt.

**PWG:** *Vielen Dank für das spannende Gespräch.*

*Das Gespräch führte Paul Welch Guerra.*

## Endnoten

- [1] Für mehr Informationen zum Gelände, dem Privatisierungsprozess und der Initiative: [www.stadtvonunten.de](http://www.stadtvonunten.de).
- [2] Für mehr Informationen zu den Lehrveranstaltungen: <http://www.cud.tu-berlin.de/topics/spatial-commons-2/>
- [3] Zur Tradition einer politischen Betrachtung von Architektur und Planung an der TU Berlin und anderswo: Nina Gribat, Matthias Görlich und Philipp Misselwitz (im Erscheinen 2016): *Vergessene Schulen: Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968*. Leipzig: Spector Books.
- [4] Dagmar Pelger, Anita Kaspar, Jörg Stollmann (Hrsg.): *Spatial Commons. Städtische Freiräume als Ressource*. Berlin 2016; kostenloser Download: <http://dx.doi.org/10.14279/depositonce-5075>.
- [5] NIMBY = not in my backyard



## Der Lucius-Burckhardt-Platz in Kassel

Eine Geschichte über den Kampf um Legitimität und Deutungshoheit bei der Neugestaltung des Campus der Universität Kassel

Sieben Textfresser\*innen von der Initiative „Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!“

Die Uni wächst. Mitten in der Stadt. In Kassel. Lucius Burckhardt (†2003) war auch mal da. Aber das ist schon lange her. Zur großen Kunstaussstellung (Documenta 14, Kassel & Athen 2017) soll er wieder kommen, aber auf seinem Platz ist kein Platz für ihn. Vielleicht bleibt ein Grabstein für seine Ideale oder es wird ihm einfach ein neuer schöner Platz gebaut. Nur: Warum sollte der dann seinen Namen tragen?

Wir sind ein temporäres Autor\*innenkollektiv mit sieben Textfresser\*innen aus Kassel. Einige von uns setzten sich seit 2011 für den Erhalt des Lucius-Burckhardt-Platzes am Rande der Universität ein. Als Mitglieder der Initiative „Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!“ erzählen wir euch hier von unserem Versuch, die Zerstörung und autoritäre Überplanung dieses Quartiersplatzes zu verhindern. Es ist die Geschichte unseres Widerstandes gegen eine Planung, die Teilhabe als Feigenblatt auf der Ebene von institutionellen Gremien und Ausschüssen proklamiert. Gegen eine Planung, die gewachsene soziale und räumliche Strukturen negiert und die Wünsche der Nutzer\*innen mit Absicht überhört. Wir werden Hintergründe und Mechanismen dieser politischen Planungspraxis an der Universität Kassel aufzeigen und über unsere Erfolge, unsere Kompromisse und unser Scheitern berichten.

### **Kassel hat ein ‚Platzproblem‘.**

Wie in vielen anderen Städten fehlt es an Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen. Freiräume für Projekte alternativer Kultur und politischen Engagements verschwinden. Die Versuche, Teilhabe und Partizipation im öffentlichen Diskurs um Stadtentwicklung zu verankern, stehen einer Politik gegenüber, die den wirtschaftlichen Aufschwung und den touristischen Ausbau proklamiert und unter dem Deckmantel des kommunalen Schutzschirms sukzessiven Sozialabbau betreibt. Auf der einen Seite steht der Ausbau der Museumslandschaft (z. B. Brüder Grimm-Museum und UNESCO-Weltkulturerbe „Bergpark Wilhelmshöhe“). Auf der anderen Seite die Verdrängung alternativer Kulturprojekte aus dem Südflügel des Hauptbahnhofes zugunsten des neuen Fraunhofer Instituts und der Verlust

der Kulturfabrik Salzmann. Auf der einen Seite der Bau von Stadtvillen und der enorme Verlust sozialgebundener Wohnungen. Auf der anderen Seite der mahnende Ruf von Sozialverbänden nach günstigem Wohnraum und aktuell die Forderung nach dem Recht auf Wohnen in der Stadt für alle.

Innerhalb dieses Szenarios werfen wir einen Blick auf die Universität Kassel mit ihrem aktuellen Bauvorhaben (Campuserweiterung Nord). In der Auseinandersetzung um einen Quartiersplatz auf dem Universitätsgelände prallt die neoliberale Politik und Praxis von Verwaltung und Planung auf eine alternative, solidarische und sehr heterogene Gemeinschaft von Nutzer\*innen. Es geht um Wissen, Macht und Aneignung. Das Große spiegelt sich im Kleinen.

### Freiraum und Aneignung an der Reformhochschule Kassel

Die Universität Kassel wurde in den 1970er Jahren als Gesamthochschule Kassel (GhK) gegründet und verstand sich als Reformhochschule. Erst 1993 wurde die ‚Universität‘ in den Titel eingefügt und 2003 die ‚Gesamthochschule‘ gestrichen. Ihre ersten Jahrzehnte waren geprägt von vielen Disputen. Man wollte das Bildungssystem revolutionieren und überhaupt



Abb. 1 Lageplan der Universität in der Stadt (Quelle: Archiv Initiative Lucius-Burckhardt-Platz bleibt! Kassel)



Abb. 2 Fabrik Henschel und Sohn Cassel 1911 (Quelle: Henschel & Sohn 1920: Denkschrift aus Anlass des Hundertjährigen Bestehens der Maschinen- und Lokomotivfabrik Henschel & Sohn Cassel und der Vollendung der Lokomotive Fabriknummer 10000, Cassel 1910.)



alles anders machen. So siedelte man die Gesamthochschule Ende der 1970er Jahre nicht wie damals üblich am Rande der Stadt, sondern auf einer innerstädtischen Konversionsfläche, dem ehemaligen Gelände der Firma Henschel & Sohn am Holländischen Platz, an. Wo früher Lokomotiven sowie Rüstungsgüter und später auch Omnibusse produziert wurden, entstand nun ein neuer Campus nordöstlich der Innenstadt. (vgl. Abb. 1) Schon bei der Ansiedlung am Holländischen Platz gab es Auseinandersetzungen zur Campusgestaltung. Auf dem ehemaligen Industriegelände standen große Werkhallen, die einige Gründer\*innen und Studierende als erhaltenswert ansahen und für die Ideen zur Umnutzung im Raum standen. (vgl. Abb. 2) Durch den gekonnten nächtlichen Einsatz einer Abrissbirne wurden Fakten geschaffen (akute Einsturzgefahr und Abriss in den Morgenstunden) und weitere Auseinandersetzungen über den Erhalt im Keim erstickt. Der neuen Bebauung stand somit nichts mehr im Weg.

Während die bildungspolitischen Utopien bald in der Realität des deutschen Bildungswesens begraben wurden, setzte sich die aktivistische Tradition der Studierenden, die zusammen mit Mitarbeiter\*innen und Nachbar\*innen Freiräume errichteten und das Vorgehen von Ministerium oder Präsidium scharf kritisierten, weiter fort. 1977 wurden Aktionsbäume gepflanzt, verbunden mit der Forderung nach Beteiligung bei der Außenraumgestaltung des neuen Campus der damaligen GhK. (vgl. Abb. 3b) In den 1980er Jahren wurde ein reformfreudiger Präsidentschaftskandidat (Herr Daxner) vom Ministerium abgelehnt. Daraufhin streikten Angestellte und Studierende, und pflanzten zusammen mit Joseph Beuys die ‚Daxner-Linde‘. (vgl. Abb. 3a) Ein geplanter Park (eigentlich eine Ausgleichsfläche für die dichte neue Bebauung auf dem Campus) wurde trotz starker Proteste durch Parkplätze (‚unter Baumdach‘) ersetzt. Das Projekt für experimentelles Wohnen auf dem Campus (Bauwagenplatz) wurde von Studierenden initiiert und lebt, bis es auf Anweisung des Präsidiums in den 1990er Jahren gewaltsam

Abb. 3 Aktion Daxner Linde 1988 (Abb3a, links) und Aktionsbäume 1977 (Abb3b, rechts) (Quelle: ASL-Grauer Raum, bearbeitet von Traudel, Kassel, Mai 2011)



abgeräumt wurde. Die Gestaltung des Campus wurde lange von Studierenden und Mitarbeiter\*innen selbst in die Hand genommen oder kritisch durch Aktionen kommentiert. Das hat ebenso Tradition in Kassel wie das ablehnende Gebaren seitens der ‚herrschenden‘ Planenden auf institutioneller Ebene.

### Die Universität und der Stadtteil...

Die junge Hochschule formulierte über Jahrzehnte das Anliegen, dass „auch an das stadtteilöffentliche Interesse gedacht werden“ sollte und proklamierte „in baulich- und räumlicher Hinsicht immer den Anspruch einer Quartiersoffenheit“ (in der Kasseler Hochschulzeitung *Publik* von 1992/7: 8). Diese Offenheit wurde vor allem im Nordteil des Campus an der Schnittstelle zum Quartier Nord-Holland (Nordstadt) gewünscht. (vgl. Abb. 4) Nach dem Weggang der Firma Henschel und Sohn und anderen Betrieben galt es diesen von Arbeiter\*innen und Migrant\*innen geprägten Stadtteil ‚wiederzubeleben‘. Die Gesamthochschule wurde dafür als wichtiger Hoffnungsträger angesehen, wirkte aber zum Beispiel in Bezug auf die Mieter\*innenstruktur im Stadtteil letztlich nur in einem sehr begrenzten Radius (wenige Nebenstraßen). Die Studierenden zog es damals vor allem in den Stadtteil ‚Vorderer Westen‘, der dadurch in den 80er und 90er Jahren deutlich sichtbar gentrifiziert wurde.

Das städtebauliche Konzept für den Campus (1980er Jahre) sah nicht nur einen zentralen Eingang am Holländischen Platz mit diagonaler Wegführung bis zur Bibliothek und zur Mensa vor. Der Campus hat auch heute noch die Anmutung einer postmodernen Kleinstadt, in der Seminarräume, Fachbereiche, studentisches Wohnen, der AStA und die freien Referate bunt

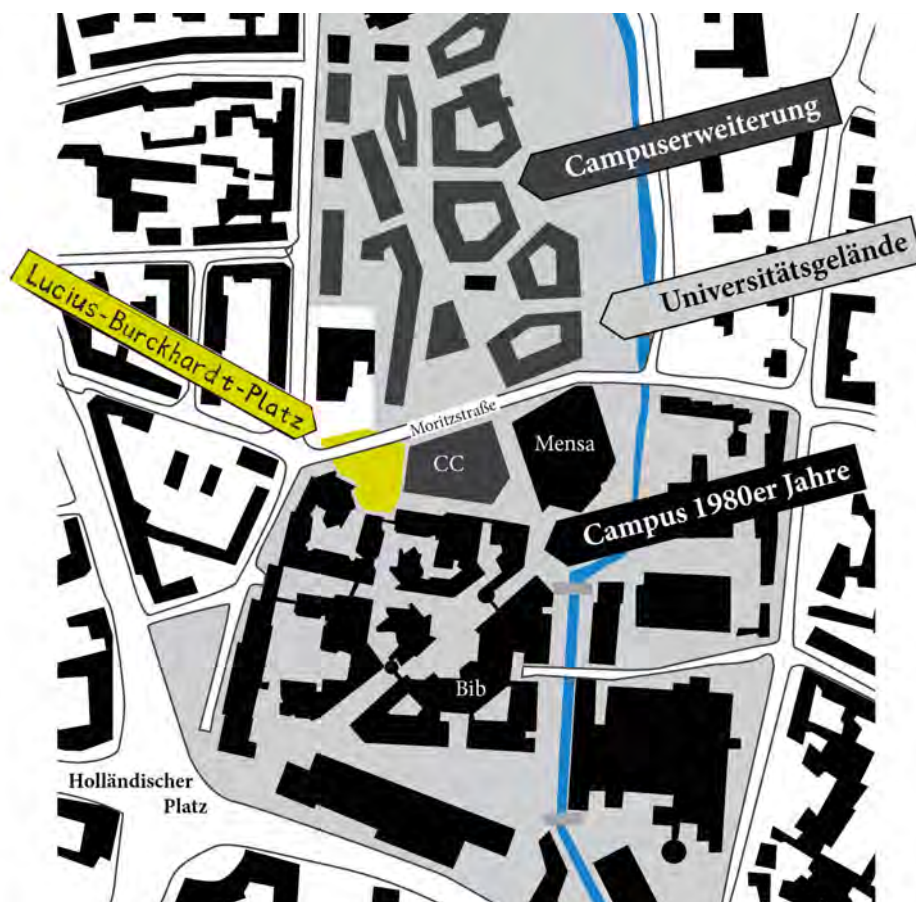


Abb. 4 Die Universität und der Stadtteil (Quelle: Archiv Initiative Lucius-Burckhardt-Platz bleibt! Kassel)





Abb. 5 Bau der Fahrradwerkstatt 1996 (Quelle: Archiv Fahrradwerkstatt des AStA Kassel)

verstreut sind. Neben zentralen Fußwegen mit Laubengängen gibt es unzählige andere Durchgänge, Brücken und Treppen, über die man auch kleine Innenhöfe und Dachterrassen erreichen kann. Die Randbebauung ist zum Teil kleinteilig und immer wieder mit Öffnungen versehen, die mal als Tor, mal als Tunnel durch ein Gebäude gestaltet sind. Diese Öffnungen sind die Scharniere, an denen sich der alte Campus mit dem Stadtteil verbindet und eine gute Durchlässigkeit ermöglicht.

### **...treffen sich auf einem Platz**

Eine der zentralen Schnittstellen zwischen Campus und Stadtteil ist ein kleiner Platz unweit der Mensa, auf zwei Seiten eingefasst von durchlässigen Gebäuderiegeln mit Studi-Wohnungen, Büro- und Seminarräumen und einem kleinen Café. Daneben ein riesiger Parkplatz (heute der Standort des neuen Campus Centers) und die Moritzstraße. Auf dem Platz stehen kleine Linden und vor dem Café hat der Betreiber einen Biergarten mit Hainbuchenhecken umpflanzt. Ein Kiosk findet sich um die Ecke an der Kreuzung.

Im Laufe der 1990er Jahre wird das Café nach einem Streik übernommen und unter Selbstverwaltung als ‚Café desasta‘ weitergeführt. Eine ebenfalls selbstverwaltete Fahrradwerkstatt besetzt als Statement gegen die autogerechte Planung in Kassel zwei Parkplätze am Rand des Platzes. Als kleiner ökologischer Versuchsbaum in Holzskelettbauweise, der jederzeit umgesetzt werden kann (fliegender Bau), wird die Werkstatt von Studierenden des Fachbereichs ASL (Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung) selbst gebaut. (vgl. Abb. 5) Die Fahrradwerkstatt ist ein Ort, wo Studierende und Bewohner\*innen der Nordstadt das eigene Fahrrad mit Hilfe und Unterstützung reparieren können. Materielle Unterstützung erfolgt dafür von umliegenden Betrieben. Finanzielle Unterstützung erhalten die Studierenden von dem Studierendenparlament (StuPa), dem Fachbereich ASL, der Gesamthochschule Kassel und dem Studentenwerk Kassel.

Auch die Gestaltung des Platzes übernehmen die Studierenden zu dieser Zeit selbst: Sie ersetzen im Zuge eines studentischen Projektes die größtenteils



abgestorbenen Linden durch Kastanien und betreiben Aufwuchspflege. Das Café desasta pflegt die Hainbuchenhecken um ihren Biergarten. Es entsteht hier ein kleiner Ruhepol, an dem man Kaffee trinken, Zeitung lesen, Gespräche führen oder kurz innehalten kann. Die großzügige restliche Fläche des Platzes ist mit feinem Schotter (wassergebundene Decke) bedeckt und ebenfalls durch Hecken und Bäume eingerahmt. Diese Art von Bodenbelag ermöglicht eine einfache Nutzung, ist aber auch gleichzeitig durch ein geringeres Rückstrahlungsvermögen als andere Versiegelungsmaterialien (wie zum Beispiel Plattensteine, die nun überall auf dem neuen Campus verbaut werden) ein wichtiger Beitrag zum Mikroklima des Platzes (vgl. Blume/Horn 2011, 162). An den Rändern stehen Bänke und oft begangene Wege sind gepflastert. Hier und da wächst etwas Grünes durch den Schotter, dort, wo er nicht so intensiv begangen wird (Spontanvegetation). (vgl. Abb. 6)

Der Platz wird zu einem beliebten Treffpunkt von Menschen aus der Universität, dem Quartier und der Stadt. Hier wird zusammen an Fahrrädern geschraubt, es werden Feste gefeiert und Boule gespielt. Die Räume des Cafés können auf Anfrage auch außerhalb der Öffnungszeiten genutzt werden. Der Platz am Rande des Campus bildet an dieser Stelle keine Mauer, keinen Zaun und vor allem keine Grenze, zementiert also keine Separierung von Universität und Stadtteil. Es ist ein Quartiersplatz für alle. Baumbeständen, behutsam zoniert, überschaubar, lesbar, besitz- als auch besetzbar durch mobile Bänke und Stühle. Ein Ort, an dem man sich willkommen fühlt, an dem man etwas machen oder anderen zuschauen kann. Die Hecken erhalten dort Öffnungen, wo sie von Menschen ‚erlaufen‘ werden, die Stühle des Cafés wandern der Sonne nach über den Platz. Ein Freiraum, der zugleich

Abb. 6 Der Lucius-Burckhardt-Platz  
(Quelle: Marina und Alexander)



als Durchgangsort fungiert – allerdings einer, bei dem das Tempo abnimmt. Kaffee, Politik, Sonnenbaden und Schattensitzen, Bier oder Börek, Boule und Bla – ein offener Möglichkeitsraum bestimmt das Programm bis 2011.

### **Die Campuserweiterung: Von neuen Bildungslandschaften und wie sie geplant werden**

Mit dem 2007 in Wiesbaden beschlossenen „Hochschul-Entwicklungs- und Umbauprogramm: RundErneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre“ (HEUREKA) regnet es in Hessen Fördermittel in Höhe von vier Milliarden Euro für den Ausbau und die Sanierung von insgesamt dreizehn Hochschulen. Damit kann nun auch der Campus der ehemaligen Reformhochschule in Kassel erweitert werden. Mit einer rasant steigenden Anzahl von Studierenden (1991: 16.000; 2015/16: 24.385) ist der alte Campus längst zu klein geworden. Gleichzeitig hat die Universität seit ihrer Entstehung einen fundamentalen Wandel vollzogen, der sich nicht nur in ihrer Umbenennung zur Universität im Jahre 2003 manifestiert, sondern auch in ihren Ausbauplänen widerspiegelt. Ziel des 2005 beschlossenen Baustrukturkonzeptes, das nun umgesetzt werden soll, ist auch die Zentralisierung von Einrichtungen und Fachbereichen auf dem Campus am Holländischen Platz, die vormals dezentral in Kassel verstreut waren. Konträr zum alten Campus sieht das neue städtebauliche Programm dabei jedoch klare Gebäudeformen und getrennte Nutzungszuweisungen vor. Das neue Wohnheim des Studentenwerks und die Kita, das Selbstlernzentrum, der Science Park („für innovative Start-up-Unternehmen aus allen Bereichen der Universität“), das Campus Center und einige Fachbereiche sollen nun als große Solitäre realisiert werden.

Die Ausschreibung und Entwicklung der Konzepte für die Hochschulerweiterung erfolgt 2008 ohne nennenswerte Einbindung der Anwohner\*innen. Die Entwürfe werden zwar kurz ausgestellt, die Begründung für die Auswahl der Sieger\*innen des zweistufigen, beschränkten Ideen- und Realisierungswettbewerbes (Architektur: raumzeit; Landschaftsplanung: K1 Landschaftsarchitekten) aber nicht im Stadtteil öffentlich präsentiert, erläutert und diskutiert. Allein der Fachbereich Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung widmet sich in einer Abendveranstaltung dem Gewinnerentwurf. Der Fokus liegt dabei auf dem neuen Gebäude für den Fachbereich, welches (wie auch das Campus Center und die gesamte Freiflächenplanung) ebenfalls bei dem Wettbewerb ausgeschrieben war. Auf dieser Entwurfsebene endet dann auch die Möglichkeit der Einsichtnahme in detailliertere Planungen. Die spätere Weiterentwicklung des Siegerentwurfs und die Ausschreibungen für die restlichen einzelnen Gebäude wurden ohne Einbeziehung der Öffentlichkeit abgeschlossen und umgesetzt. Nach mehrmaligen gescheiterten Versuchen des Ortsbeirates Nord-Holland, noch Änderungswünsche im neuen Bebauungsplan einzubringen, wird dieser dann von ihm abgelehnt, was jedoch keine Auswirkung auf den positiven Beschluss der Stadtverordnetenversammlung hat.

Das große Planungsvorhaben „Campuserweiterung Nord“ besteht zu diesem Zeitpunkt nur auf dem Papier, seine Bedeutung für die Quartiersrealität vor Ort sickert nur langsam durch. Die Tragweite der Planungen ist für viele

Menschen schwer vorstellbar. Wo im Zuge des Hochschulausbaus in den 1980er und 90er Jahren die Bauvorhaben noch transparent vorgestellt und in Dauerausstellungen präsentiert wurden, findet heute kaum noch eine direkte Kommunikation statt. Um dem Anspruch von Transparenz zu genügen, bedient man sich einiger weniger pdf-Plan-Dateien und minimalistischer Renderings auf der Webpräsenz der Universität. Die Zustimmung in den internen Gremien erfolgt anscheinend ebenfalls nur auf Grundlage kleiner Präsentationen und ohne über Details zu diskutieren. Diese Art der Vermittlung ist freilich Teil einer ausschließlichen Top-Down-Kommunikation, einer oberflächlichen und plakativen Informationspolitik, die Entscheidungsträger\*innen und Nutzer\*innen notwendiges Wissen vorhält und keinen Diskurs vorsieht. Weder bei der Architektur der neuen Gebäude, die kaum mehr Bezug zu den Bestandsgebäuden der Hochschule und des Stadtteils haben, noch über den Umgang mit Freiräumen, Menschen und die Art und Weise, wie die Planungsprozesse gestaltet sind.

Der Quartiersplatz mit der Fahrradwerkstatt und dem Café desasta liegt nun nicht mehr am Rande des alten Universitätsgeländes, sondern rückt in dessen neue prominente Mitte, in die direkte Nachbarschaft mit dem neuen Herzstück der Universität, dem Campus Center. Dieses steht als expressiver Bau in Alu und Beton Pate für die neue Bildungslandschaft und beherbergt nicht nur Hörsäle und Seminarräume, sondern auch die zentralen Beratungs- und Serviceeinrichtungen der Universität und des Studentenwerks sowie eine Sparkassenfiliale. Es ist auch der neue repräsentative Veranstaltungsort für Kongresse und andere Großveranstaltungen.

### **Alternativlosigkeit und Definitionsmacht**

Als die ersten Bilder und Pläne vom Neubau des Campus Centers veröffentlicht werden, wird uns Nutzer\*innen des Quartiersplatzes klar, dass die geplanten Baumaßnahmen auch weitreichende Konsequenzen für den Platz haben werden. Da weder die Mitarbeiter\*innen der Fahrradwerkstatt, noch die des Café desasta bisher über Umbaupläne informiert wurden, ging man bis dato davon aus, dass der Platz nicht Teil der Neuplanungen sei. Trotzdem beginnen wir zu recherchieren und beschaffen uns detaillierte Pläne. Daraus geht hervor: Die Fahrradwerkstatt soll dem Campus Center weichen. Außerdem ist der gesamte Platz während der dreijährigen Bauzeit als eingezäunte Baulogistikfläche eingepflanzt. Obwohl er mit seinem gewachsenen Gefüge inzwischen seit Jahrzehnten elementarer Bestandteil der Quartiers- und Hochschulkultur ist, soll er während der gesamten Bauphase nicht nutzbar sein und danach als neuer Vorplatz des Campus Centers gestaltet werden. (vgl. Abb. 7)

Wie begegnet man einer solchen bürokratischen und autoritären Planung? Mit den ersten Nachfragen bei der Bauabteilung wird deutlich: Wir stehen scheinbar vor alternativlosen Tatsachen. Die Baulogistikfläche sei unverrückbar, weil sowieso schon zu knapp bemessen. Die Fahrradwerkstatt könne ja irgendwo anders auf dem alten oder neuen Campus stehen. Und das Café hätte dann in drei oder vier Jahren einen schönen neuen Platz vor der Tür, der ja auch repräsentativ sein sollte. Damals noch ungesagt, aber deutlich spürbar: Die Bedeutung und die gewachsene Qualität des Platzes werden nicht nur negiert, weil es kosteneffizienter oder einfacher ist, sondern

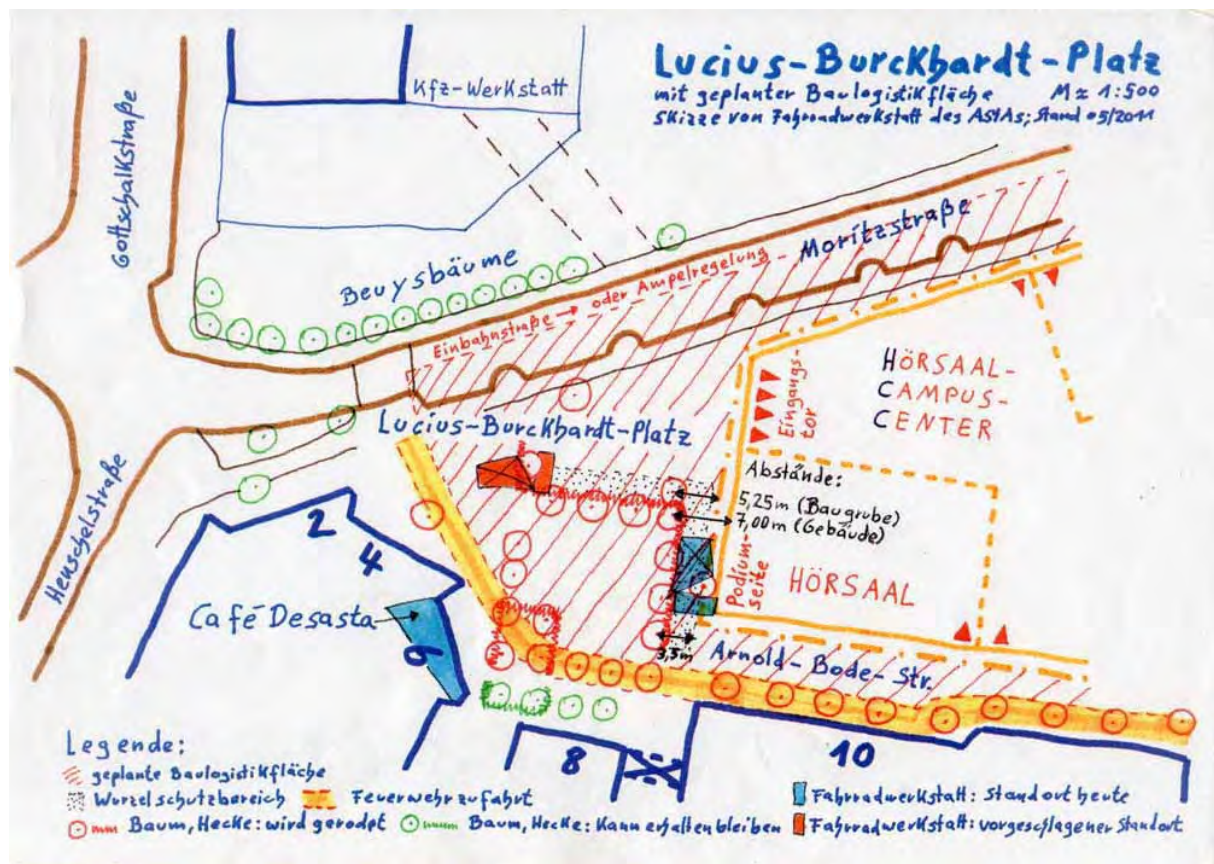
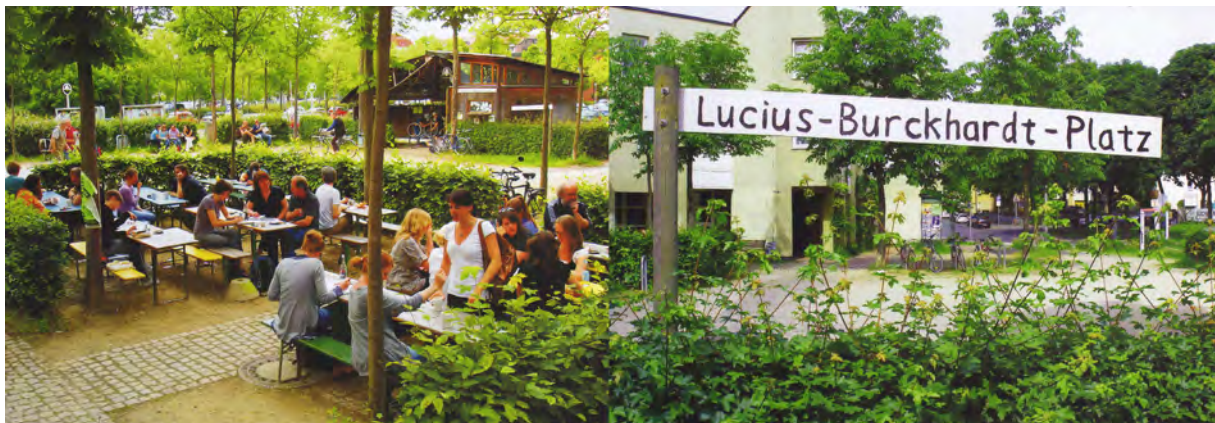


Abb. 7 Der Platz und die Baulogistikfläche (Quelle: Archiv Fahrradwerkstatt des ASTa Kassel. Erstellt von Walter)

sie sind auch nicht mehr erwünscht. Die Platzgestaltung aus den 1980 und 1990er Jahren entspricht einem Planungsverständnis, das weit über die einfache Setzung verschiedener baulicher Elemente (Bäume, Bänke, Hecken, Formbarkeit) hinausgeht. So hat der Platz (durch die Bäume) am Rand und über dem Biergarten ein Dach. Er hat Wände (aus Hecken und Bänken), die ihn einrahmen. Das Design orientiert sich vor allem an der Nutzung des Platzes: Das heißt: Nur dort, wo viel Verkehr ist, werden Wege gepflastert, der Rest bleibt frei. Hecken sind dort durchlässig, wo es durch Nutzer\*innen eingefordert wird. Diese eher auf den Prozess der Nutzung reagierende Planung wird nun als unzeitgemäß dargestellt und soll dem neuen gestalterischen Leitbild der Universität angepasst werden. Dazu gehört auch die Art der Aneignung und Bespielung des Platzes. Wo voraussichtlich in Zukunft Massen von Studierenden auf der Jagd nach dem nächsten Credit Point passieren sollen, scheint ein Ort, der individuelle Aneignung und Verweilen ermöglicht, im wahrsten Sinne des Wortes fehl am Platze. Fortan wird der Platz von der Bauabteilung der Universität nur noch als „Baulogistikfläche am Campus Center“ oder „westlicher Vorplatz des Campus Centers“ bezeichnet.

Zu diesem Zeitpunkt (2011) beginnen wir als eine Initiative von Platznutzer\*innen damit eine Gegenmacht aufzubauen. Als Bewohner\*innen der umliegenden Quartiere und als Studierende und Beschäftigte an der Universität Kassel wollen wir gemeinsam für den Erhalt des Platzes kämpfen und die kolportierte Alternativlosigkeit nicht hinnehmen. Wir entscheiden uns dafür, der Definitionsmacht der Universität eine eigene gegenüberzustellen. Was einen eigenen Namen hat, kann man besser verteidigen. Um auf die besonderen Qualitäten und andere Formen der Planung hinzuweisen, beziehen wir uns auf die Ideen eines bekannten ehemaligen Kasseler Professors. „Lucius-Burckhardt-Platz“ ist der (zumindest im Alltag schnell etablierte) neue



Name des Platzes, der vorher keinen hatte. (vgl. Abb. 8) Unser Namenspatron ist berühmt: Lucius Burckhardt gehörte nicht nur zur Gründungsgeneration des integrierten Studienganges Stadt-/Landschaftsplanung und hatte eine Professur für Sozialökonomie urbaner Systeme in Kassel inne, sondern verfolgte auch eine partizipatorische und kommunikative Einbindung der Menschen in Planungsprozesse. Bekannt sind auch seine behutsamen Lösungsansätze für den Umgang mit Problemen in bestehenden räumlichen und sozialen Gefügen: „Jeder Übelstand sollte mit derjenigen Strategie bekämpft werden, die den dafür kleinstmöglichen Eingriff darstellt und damit am wenigsten unerwartete und schädliche Folgen hat.“ (Burckhardt in Ritter/Schmitz 2013: 148) Der „kleinstmögliche Eingriff“ ist ein Gedanke, welcher sich beispielhaft dafür verwenden lässt, die zweckrationale und negierende Planungshaltung der Bauabteilung an der Universität Kassel sichtbar zu machen und ihr etwas entgegensetzen, indem man das Problem klar benennt.

Abb. 8 Benennung in Lucius-Burckhardt-Platz (Quelle: Archiv Fahrradwerkstatt des AStA Kassel)

Lucius Burckhardt deutete den „kleinstmöglichen Eingriff“ als Regulativ und meinte damit das Vorgehen (Strategie) bei einem planerischen Eingriff (ebd.: 117). Gleichsam war es auch eine Kritik an den gängigen „Mechanismen der Beschlussfassung“, die oftmals eine Legitimation durch den Hinweis auf eine Gesamtkonzeption (in unserem Fall die Campuserweiterung) darstellten und als „Teil der Ideologie von Mittel und Zweck“ fungierten (vgl. ebd.: 148 f.). Konstruktiv ergänzen kann man diese Kritik durch seine Betrachtungen zum ‚unsichtbaren Design‘ welches eine unbemerkte Sozialfunktion erfüllt, die sich beispielsweise dadurch auszeichnet, dass sie ein Gesamtsystem und zwischenmenschliche Beziehungen bewusst berücksichtigt.

### **Eine Frage des Territoriums**

Unsere Initiative erhält ihren Namen: „Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!“ und gewinnt immer mehr Unterstützer\*innen. Mit dem Namen als Programm kommunizieren wir öffentlich unsere Kritik an der Planung, treten als Gesprächspartner\*innen (auch gegenüber der Bauabteilung) auf und informieren in verschiedenen Veranstaltungsformaten über die bevorstehende Zerstörung des beliebten Platzes.

Wir zeichnen Pläne (die Baustelleneinrichtungspläne der Bauabteilung sind für Laien nicht zu entziffern) und hängen sie öffentlich im Café aus. Wir bauen die Umrisse der Baulogistikfläche mit Bauzäunen nach, um deutlich zu machen, wie es in den nächsten drei Jahren aussehen wird. Eine Künstlerin strickt in einer Mitmachaktion die neunzehn Bäume auf dem Platz ein. Im



Herbst 2011 werden kurz vor Baustart gemeinsam Lucius-Kastanien eingetopft und verschenkt.

In einem breiten Bündnis mit über 100 Gruppen und Einzelpersonen (der Vollversammlung der Studierendenschaft, dem AStA, den freien Referaten, der Fachschaftskonferenz, dem Ortsbeirat, dem ADFC, Geschäftsinhaber\*innen in der Umgebung und vielen mehr) sowie einer Unterschriftenaktion mit über 1505 Unterschriften fordern wir von der Stadt und dem Präsidium den Erhalt des Platzes während der Bauphase und darüber hinaus die Berücksichtigung von bestimmten Planungsgrundsätzen: die partizipative Einbindung der Nutzer\*innen bei zukünftigen Planungen und die Integration bestehender Einrichtungen, Nutzungen und Gestaltungsmerkmale. Durch den gemeinsamen Druck und die Unterstützung des Ortsbeirates Nord-Holland (Nordstadt) erreichen wir im Herbst 2011, dass die Fahrradwerkstatt auf die gegenüberliegende Seite des Platzes (auf städtischen Grund) umsiedeln kann und somit weiterhin am Platz und für alle im Quartier sichtbar und erreichbar bleibt. (vgl. Abb. 9) Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über die Einrichtung der Baulogistikfläche. Durch die detaillierte Analyse der bestehenden Pläne und die penetranten Auseinandersetzungen mit der Bauabteilung der Universität und dem Vertreter des Hessischen Baumanagements können wir zumindest einen kleinen Teil des Platzes erhalten. Der Bauzaun und die eigentlich so notwendige Feuerwehrezufahrt werden ein kleines bisschen verschoben, so dass der Biergarten und eine Baumreihe erhalten bleiben können. Eineinhalb Meter weniger für die Baustelle bedeutete für uns den Erhalt eines wesentlichen Bausteins des Platzes über die Bauzeit hinweg.

Mit dem Verbleib der Fahrradwerkstatt und des Biergartens mitsamt seinem Baumdach am Platz konnte das besondere Flair des Ortes seit dem Baustart 2011 erhalten werden. Trotz Baulärm, Staub und enormer Verkleinerung ist der Lucius-Burckhardt-Platz mit seiner besonderen Atmosphäre nach wie vor Schnittstelle und Treffpunkt von Universitätsangehörigen und Quartiersbewohner\*innen. Die Boulespieler\*innen sind auf die neue kleine Freifläche vor der Fahrradwerkstatt ausgewichen, die Fahrradschrauber\*innen holen ihren Kaffee nach wie vor im Café desasta. Der Bauzaun wird als Schwarzes Brett und Litfaßsäule umgenutzt.

Abb. 9 Umsetzung der Fahrradwerkstatt 2011 (Quelle: Archiv Fahrradwerkstatt des AStA Kassel)

Abb. 10 Der Lucius-Burckhardt-Platz ist abgeräumt 2016 (Quelle: Archiv Initiative Lucius-Burckhardt-Platz bleibt! Kassel)

### Verleugnung als Strategie

Trotzdem stehen wir im Sommer 2016 vor den Trümmern des Lucius Burckhardt-Platzes, dessen mühsam über die Baustellenzeit hinüber geretteten



Reste am frühen Morgen im Februar ohne vorherige Ankündigung und entgegen mündlicher Vereinbarungen mit dem AStA zerstört wurden. Die Empörung der Nutzer\*innen entlädt sich in einem großen Plenum am Abend des gleichen Tages. Der AStA gibt sich in seinen Pressemeldungen fassungslos, die Mitarbeiter\*innen des Café desasta fegen Schotterreste von ihrem Biergartenmobiliar, das nun verloren auf der Brache herumsteht. (vgl. Abb. 10) Noch im Herbst 2015 hatten wir über den Ortsbeirat Nord-Holland (Nordstadt) bei Stadt und Universität angefragt, wann die Beteiligung bei der Neuplanung beginnen würde, da die Bauarbeiten am Campus Center so gut wie abgeschlossen waren. Während die Stadt darauf verwies, dass sie für den Platz nicht zuständig sei (Landesterritorium), erklärte die Universität, dass erst spät im nächsten Jahr mit der Platzgestaltung begonnen werde.

Nach öffentlichem Protest bekunden das Präsidium und die Bauabteilung nun universitätsintern ihr Bedauern: Es sei irgendwie falsch oder eben nicht an den richtigen Stellen kommuniziert worden. Es sei doch immer klar gewesen, dass der Platz einer kompletten Neugestaltung unterzogen würde. Dass der Wunsch nach dem Erhalt des Biergartens auch seine Einfassung mit Bäumen und Hecken beinhaltete, sei ihnen nicht bewusst gewesen. Es wurde schnell deutlich: Der vermeintliche ‚Frieden‘, der durch den Erhalt während der Bauzeit erkämpft wurde, war eine Illusion. Die Vorstellung, die Arbeit der Initiative vor sechs Jahren hätte dazu geführt, dass die Bauabteilung und das Planungsbüro unsere Forderungen berücksichtigen würden, war eine fundamentale Fehleinschätzung. Sie hatten weder vor, an den Bestand anzuknüpfen, noch die Nutzer\*innen bei der weiteren Planung zu beteiligen.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung zeigt sich deutlich: Die Initiative hat etwas gemeinsam mit ihrem Platz. Dieser wird in den öffentlichen Verlautbarungen der Bauverantwortlichen der Universität konsequent als „Freifläche westlich des Campus Centers“ bezeichnet (Bauabteilungsleiter Klaus Sausmikat im Campusradio Kassel 2016). Der Begriff der Freifläche suggeriert weder Nutzung noch Funktion oder gar Entstehungsgeschichte. Gleichzeitig wird jegliche Kommunikation von Seiten der Bauverantwortlichen nur noch über den AStA geführt, obwohl dieser auf die Initiative „Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!“ als offizielle Ansprechpartnerin verweist. Initiative und Platz werden verleugnet.

Einige Nutzer\*innen des Platzes beginnen kurz nach der Zerstörung direkt mit Maßnahmen zur Wiederherstellung. Weiden werden anstelle der ausgerissenen Hecke rings um den Biergarten gepflanzt und alle möglichen Gegenstände herangezogen, Sitzmöbel und kleine Rauminstallationens errichtet. Transparente und Flyer werden ausgehängt. Die Auseinandersetzung spitzt sich zu. Nach einem großen Plenum am Platz, bei dem wiederholt der Bedarf nach einer öffentlichen Diskussion geäußert wird, organisiert die Initiative (mit Rückendeckung durch den AStA) eine öffentliche Podiumsdiskussion im Campus Center, auf welcher der neue Präsident (ein Forstwissenschaftler), der Kanzler, der Leiter der Bauabteilung der Universität sowie ein Ortsbeiratsmitglied, ein Student, eine Mitarbeiterin des Café desasta und ein Mitglied der Initiative zu Wort kommen. (vgl. Abb. 11) Der Präsident versucht wortreich, das bisherige Vorgehen als etwas problematisch zu entschuldigen, aber es wird klar: Die Planungen für die Platzgestaltung sind abgeschlossen, das Material bestellt und die Baufirma beauftragt. Spielraum

Abb. 11 Bild zur Einladung für die Podiumsdiskussion 2016 (Quelle: Archiv Initiative Lucius-Burckhardt-Platz bleibt! Kassel)



für Beteiligung gibt es trotz einer Entschuldigung für das Vorgehen nicht. Die Universitätsleitung befürchtet schlechte Presse und demonstriert hier Gesprächsbereitschaft, allerdings ohne auf die wiederholten Forderungen von Menschen im Publikum und den Teilnehmer\*innen auf dem Podium nach Teilhabe bei der weiteren Bebauung einzugehen. Leider wird dem Kasseler Campus Radio verweigert einen Mitschnitt zu erstellen. Soweit geht dann der Wille nach Transparenz seitens der Leitung doch nicht.

Nach dieser Veranstaltung ist sich die Initiative unschlüssig, wie es weiter gehen soll. Einige Nutzer\*innen sprechen über eine Besetzung, andere hoffen auf einen Dialog. Der Bedarf, sich mit der neuen Planung und der aktuellen festgefahrenen Situation zu beschäftigen, bleibt groß. Letztlich entscheidet sich die Initiative dafür eine öffentliche Ideenwerkstatt zu veranstalten. Uns geht es aber vor allem darum, die Qualitäten des ursprünglichen Platzes herauszuarbeiten und dass sich mit dem geplanten Entwurf der Bauabteilung auseinander gesetzt wird. Uns war durchaus bewusst, dass wir damit eigentlich das machen, was wir von der Universitätsleitung einfordern. Neben Mitarbeiter\*innen der Universität, Studierenden und Bewohner\*innen der Nordstadt nehmen sowohl der Leiter der Bauabteilung als auch ein Vertreter des Planungsbüros an unserer Ideenwerkstatt teil. Im Verlauf der gemeinsamen Diskussion und Begutachtung der von uns angefertigten maßstabsgetreuen Modelle von Bestand und Neuplanung (vgl. Abb. 12) wird deutlich, dass bestehende Strukturen des Platzes ganz bewusst nicht in die Entwürfe mit einbezogen wurden. Obwohl es möglich gewesen wäre, alte Elemente

Abb. 12 Modelle für die Ideenwerkstatt 2016 (Quelle: Archiv Initiative LuciusBurckhardt-Platz bleibt! Kassel)



ehemaliger Bestand



Entwurf

und Zonierungen wie einzelne Bäume und Hecken zu erhalten und zu integrieren, entschied sich das Planungsbüro dafür, den Platz komplett neu zu gestalten: Einheitlichkeit mit der restlichen Freiflächengestaltung auf dem neuen Campus wird angestrebt. Dieses Vorgehen beruht auf der vom Bauabteilungsleiter im Prozess immer wieder proklamierten These, dass sich die besonderen sozialen Qualitäten des Lucius-Burckhardt-Platzes einfach von allein auf dem neugestalteten Platz wiederherstellen ließen. Dass er damit natürlich nur bestimmte „besondere soziale Qualitäten“ meint, ist uns schon beim Kampf um die Umsiedelung der Fahrradwerkstatt, spätestens aber mit der endgültigen Abräumung des Platzes, klar geworden. Dem alten Platzkonzept (mit einer freien Mitte mit Rückzugs- und Beobachtungsräumen am Rand, die den Platz einfassen) wird ein von Gebäuden gerahmter gepflasterter Platz entgegengesetzt, bei dem die Aufenthaltsorte (wie auf einem Podest) in die Mitte gerückt sind. Nach der Abholzung der vierundzwanzig über zwanzig Jahre alte Bäume werden nun acht neue gepflanzt. Das neue Gestaltungskonzept zeichnet sich vor allem durch seine Endgültigkeit aus. Wird es realisiert, ist der Platz fertig. Dann wird er sich nicht baulich weiterentwickeln können. Anders als bei den Planungen aus den 1980er Jahren wird es hier keine Gestaltung durch Spuren von Nutzer\*innen geben. Ergebnis der Ideenwerkstatt ist, dass eventuell noch minimale Änderungen im Bereich des Café desasta vorgenommen werden könnten.

### **So sieht es heute aus:**

Der Platz ist 2016 endgültig abgeräumt, um keine Anknüpfungspunkte für Proteste zu liefern. Er wird als Freifläche definiert, was ihm jegliche Geschichte und Persönlichkeit abspricht. Die Neuplanungen werden erst auf enormen Druck präsentiert, die Organisation von Veranstaltungen zur Diskussion über diese Pläne übernimmt die Initiative. Sie wird jedoch als außeruniversitäre Gruppe von jeglicher Kommunikation ausgeschlossen. Die Universität baue schließlich keine Stadtplätze und müsse daher nicht die Bürger einbinden, sagte der Leiter der Bauabteilung in der Ideenwerkstatt. Eine späte, aber noch machbare und von vielen gewünschte Beteiligung, sowie eine Neuplanung, würde Kosten verursachen, die für die Universität nicht tragbar seien (Gedächtnisprotokoll 2016). Obwohl die Neubauten Mehrkosten in Millionenhöhe erzeugt haben, sah man sich in diesem Fall nicht in der Lage, auf die Wünsche der dort lebenden und arbeitenden Menschen einzugehen. Mit der Zusage, minimale Änderungen vorzunehmen, vermeiden Hochschule und Planungsbüro eine weitere Schädigung ihres Images.

Bereits 1986 beschreibt Michael Schwarze eine Vorgehensweise, der nicht nur wir Platzfreund\*innen zum Opfer fielen:

„Die Strategie der Behörden läuft meist im ersten Schritt darauf hinaus, die Einwände und Argumente der Betroffenen als unsachlich oder fachlich unterbemittelt zu disqualifizieren. Nützt das nichts, so wird die Berechtigung des Protests mit dem Argument bestritten, die Bürgerinitiativen verträten nicht das Allgemein-, sondern ein Sonderinteresse. Auf der dritten Stufe werden dann kleinere Formfehler zugegeben, in bestimmten Details werden Kooperationsangebote

gemacht. Dieses ‚Entgegenkommen‘ schafft ihnen ein politisches Alibi.“ (Schwarze in: Andritzky/Spitzer 1986: 416 f.)

### **Und nun?**

Was wurde erreicht oder besser: Welches Ergebnis kam zustande? Wir haben als Initiative viel voneinander gelernt. Haben Spaziergänge über den Platz und den Campus gemacht, uns Geschichten über seine Entstehung und die Proteste erzählt. Wir haben unser Wissen ausgetauscht. Der Platz ist nicht einfach weg, nur weil dort gerade eine Brache ist. Der Platz ist nicht einfach weg, weil dort jetzt ein durch den ‚Verwaltungsmechanismus‘ erzeugtes Abziehbild entsteht. Wir tragen seine Idee und sein Bild in unseren Geschichten weiter. Trotzdem erweist es sich als schwierig für etwas zu kämpfen, das so essentiell für die Benutzung des Platzes war und nun verschwunden ist: seine über Jahre gewachsene und gestaltete bauliche Substanz. Bei den Diskussionen in diesem Jahr zeigte sich aber auch reges Interesse an den restlichen neuen Flächen auf dem neuen Campus. Die Umsetzung der Freiflächenplanung für diesen Teil steht kurz bevor. Vielleicht gibt es hier eine neue Dynamik und neue Stimmen, die ihre Mitbestimmung bei der Gestaltung einfordern?

### **Was bleibt:**

Die sich immer mehr in den Platz einfräsenden Veränderungen, der Wunsch noch mehr Menschen für die Gestaltung ihrer Freiräume zu mobilisieren und über die Geschichte zu informieren. Wie begegnet man einer Politik der Order von oben und der Tabula rasa? Der Bezug auf den guten alten Burckhardt hat uns ganz konkret und praktisch bisher nicht viel weitergeholfen. Bei der Vermittlung von Inhalten aber schon: Es kam zu aktivierenden Gesprächen mit Menschen auf dem Platz darüber, warum er sich bisher so gut angefühlt hat und was ein behutsames, prozesshaftes Vorgehen für eine Planung bedeutet. Offenbar werden Ideen ‚von damals‘, die wir heute auch gerne noch in großen Reden feiern, an einer alternativlosen und sterilen Realpolitik nach dem Motto ‚für alle, aber gerade dadurch nicht jeden‘ scheitern. Modern muss es heute sein, bitte überschaubar, mit klaren Zuständigkeiten und vor allem im großen Stil, damit hinterher alles zumindest verbal zusammengefasst werden kann... und wenn Proteste laut werden, werden durch die Hintertür Tatsachen geschaffen und in Grimm’scher Tradition Märchen erzählt.

### **Autor\_innen**

Die sieben Textfresser\*innen sind ein temporäres Autor\*innenkollektiv aus Kassel. Einige setzten sich bereits seit 2011 für den Erhalt des Lucius-Burckhardt-Platzes ein. Alle waren 2016 Teil der Initiative Lucius-Burckhardt-Platz bleibt!  
initiative\_lucius-burckhardt-platz@gmx.de

## Literatur

- Blume, Hans-Peter / Horn, Rainer / Thiele-Bruhn, Sören (Hg.) 2011: Handbuch des Bodenschutzes. Bodenökologie und -Belastung – Vorbeugende und abwehrende Schutzmaßnahmen 4. Weinheim: Wiley.
- Burckhardt, Lucius (2013): Der kleinstmögliche Eingriff oder die Rückführung der Planung auf das Planbare. Berlin: Verlag Martin Schmitz.
- Sausmikat, Klaus (Bauabteilungsleiter) 2016: Interview im Campusradio Kassel. Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=QwVZudsZ6bQ> (letzter Zugriff am 03.10.2016).
- Schwarze, Michael (1987): Bürgerinitiativen – Widerstand und Selbsthilfe. In: Andritzky, Michael / Klaus Spitzer (Hg.), Grün in der Stadt: von oben, von selbst, für alle, von allen. Reinbek: Rowohlt, 398-420.



# Das Projektstudium: Eine ‚weltfremde‘ Utopie?

Zwischen gesellschaftskritischem Reformanspruch und wissenschaftsbasierter Berufsvorbereitung

Sandra Huning  
Frank Schulz

Planungsstudiengänge gehörten in den 1960er und 1970er Jahren zu den Vorreitern bei der Umsetzung eines Lehrangebots für ‚forschendes Lernen‘, das inzwischen an vielen Studiengängen eingerichtet wurde oder wird.[1] An der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund ist das Projektstudium Ausdruck eines solchen Lehrangebots und neben den städtebaulichen Entwürfen zentraler Baustein der hiesigen Studiengänge. Die Projekte finden im ersten und dritten Studienjahr (Anfänger\_innen- bzw. Fortgeschrittenen-Projekt) über zwei Semester statt und haben für die Studierenden einen Umfang von acht Stunden Präsenzzeit (zwei Nachmittage pro Woche) und acht Stunden Vor- und Nachbereitungszeit. Es gibt eine\_in regelmäßig anwesende\_n Betreuer\_in und eine\_in regelmäßig dazu kommende\_n Berater\_in aus zwei unterschiedlichen Fachgebieten. Die Studierenden legen ein Exposé, einen Zwischen- und einen Endbericht vor, präsentieren ihren Zwischenstand zu Beginn des zweiten Semesters vor der Fakultätsöffentlichkeit (‚Projektmarkt‘) und verteidigen ihre Ergebnisse in einer Disputation. Anders als in den eher standardisierten Lehrformaten wie den einsemestrigen Vorlesungen und Seminaren ist hiermit ein intensiver Arbeitskontext gegeben, in dem vor allem die Selbständigkeit der Studierenden gefordert wird und die Lernerfolge nicht nur in der Wissensvermittlung liegen, sondern weit darüber hinausgehen.

Allerdings gibt es zurzeit an vielen Fakultäten Diskussionsbedarf über die Ausgestaltung des Projektstudiums.[2] Wesentlicher Diskussionspunkt in Dortmund ist die neu eingeführte individuelle Benotung der Projektteilnehmer\_innen. Bisher gab es keinerlei Noten für die Projektleistung (und es wird sie zumindest im Projekt im ersten Studienjahr (A-Projekt) auch zukünftig nicht geben); vielmehr konnten die Studierenden ihre Projekte bestehen oder – in seltenen Fällen – auch nicht. Studierende, die im Studienjahr 2016/17 ihr Fortgeschrittenenprojekt beginnen, werden nun auch an der Fakultät Raumplanung erstmalig benotet. Grund dafür ist eine Änderung des Hochschulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, dessen Interpretationsspielraum an der TU Dortmund dazu genutzt wurde, eine Benotung für alle Prüfungsleistungen nach dem ersten Studienjahr einzuführen. An der Fakultät Raumplanung wird diese Entscheidung sehr

ambivalent beurteilt. In der Diskussion darum wurde gleich ein ganzes Bündel an Grundsatzfragen über die Ausgestaltung und die Sinnhaftigkeit des Projektstudiums aufgeworfen.

Mit einem Blick auf das ursprüngliche „Dortmunder Modell“ (Brunn/Pannitschka 1978) möchten wir in diesem Beitrag an das utopische Potenzial erinnern, das einmal vom Projektstudium erhofft wurde und möglicherweise auch heute noch in ihm liegt. Wir diskutieren die These, dass das Projektstudium in Zeiten, in denen Hochschulen zunehmend ökonomisierten Effizienz- und Exzellenzkriterien unterworfen sind, ein letzter, konsequent ‚weltfremder‘ Raum des freien Nachdenkens, Widerstehens und gelegentlich auch Scheiterns sein kann. Die hier erworbenen Kompetenzen lassen sich weitgehend nicht mit standardisierten Noten bewerten, weil sie im Idealfall über die allgemeinen Standards der Wissensvermittlung und des wissenschaftlichen Arbeitens hinausgehen. Darüber hinaus bieten vor allem die Projekte in fortgeschrittenen Studienphasen Möglichkeiten, Planungskulturen und Problemstellungen im Ausland kennenzulernen, und sie tragen mit dazu bei, eigene Sichtweisen zu erweitern beziehungsweise zu überdenken. Für den beruflichen Alltag von Planer\_innen sind diese Erfahrungen unverzichtbar, wie die Befragungen von Absolvent\_innen der Fakultät Raumplanung in den letzten Jahren regelmäßig gezeigt haben. Projekte bieten die Chance des Einübens wissenschaftlichen Denkens jenseits standardisierter Schemata und Notenzwänge. So besteht hier zumindest theoretisch die Möglichkeit, disziplinäre Grenzen und Methoden ebenso wie institutionelle Strukturen der Wissensvermittlung zu durchbrechen, ganz grundsätzlich infrage zu stellen oder vielleicht – ein abenteuerlicher Gedanke – sogar zu reformieren. Gerade angesichts der „böartigen Probleme“ (Rittel/Webber 1992), mit denen Planung es zu tun hat, halten wir das Projektstudium für zentral, um solche Reflexions- und Kommunikationsfähigkeiten einzuüben.

### **Ursprünge und Ziele des Projektstudiums**

Die ersten Planungsstudiengänge wurden in der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren eingerichtet (vgl. für einen Überblick IRPUD 2000: 11). Im Rahmen der Bildungsreform wurde dem forschenden und praxisorientierten Lernen zu dieser Zeit „aus gesellschaftspolitischen und didaktischen Motiven heraus“ eine wichtige Rolle zugesprochen (Kremer/Stäudel 1987: 1). Pädagog\_innen verwiesen auf die ‚Erziehungsphilosophie‘ von John Dewey, der kritisiert hatte, dass Schüler\_innen im herkömmlichen Unterricht „eine Wissenschaft, anstatt die wissenschaftliche Behandlungsweise der vertrauten Inhalte ihrer Alltagserfahrung [...] lernen“ (Dewey zit. n. Heidorn 1987: 57; weitere pädagogische Traditionslinien finden sich bei Tippelt 1979: 42 ff.). Dem wurde das Projekt – eher als „Konzeption von organisiertem Lernen“ denn als Unterrichtsmethode im formalen Sinn (Heidorn 1987: 59) – gegenüber gestellt. Gleichzeitig forderte die Student\_innenbewegung der späten 1960er Jahre aus einem gesellschaftspolitischen bzw. -kritischen Impetus heraus mehr Mitbestimmungsrechte sowohl bei strukturellen Fragen an den Universitäten als auch bezüglich der Inhalte des Studiums. Ihre Vertreter\_innen kritisierten dabei die Trennung von Theorie und Praxis, die durch Projekte überwunden werden sollte (ebd., Ernst et al. 1978: 292).



Ziele waren die Überprüfung und Anwendung wissenschaftlicher Theorien in der Praxis, das Erlernen interdisziplinärer Zusammenarbeit, die Entwicklung sozialer Sensibilität und politischer Verhaltensweisen sowie die Entdeckung neuer Begriffe und Zusammenhänge und die „emanzipative Innovation der beteiligten Subjekte“ durch Aktionsforschung (Tippelt 1979, 15).

Diese Vorstellungen schlugen sich auch in der Gestaltung des Projektstudiums an der Dortmunder Fakultät Raumplanung nieder: Das Projekt galt als Studienform, die „Wissenschaftlichkeit, praxisnähere Qualifikation, politische Kritik und Emanzipation quasi natürlich verbindet“ (Ernst et al. 1978: 290). Vor dem Hintergrund der Krise des Ruhrgebiets hatten viele an der Gründung der Fakultät Beteiligte zu Beginn der 1970er Jahre die Vorstellung, „die Abteilung Raumplanung als institutionell garantierten Freiraum für politisches Handeln“ zu gestalten (zitiert bei Ernst et al. 1978: 294). Das Studium sollte sich an seinem Anwendungsbezug messen lassen. Forschendes Lernen sei „zugleich systemnotwendig und systemüberwindend“, formulierten Studierende (Görg/Wolf 1973, zit. n. Ernst et al. 1978: 295). Doch nicht einmal zehn Jahre nach der Einführung des Dortmunder Modells wurden die hohen Erwartungen bereits kritisch hinterfragt:

„Man muss [...] die Sache differenzierter sehen, indem man das Projektstudium in eben dem Widerspruch befindlich begreift, indem [sic] sich Hochschule und Wissenschaft bewegen: sie alle können sich – wohl institutionalisiert – nur entfalten, wenn ihre Wurzeln tief genug im kapitalistisch organisierten Produktions- und Reproduktionsprozess der Gesellschaft verankert sind, d. h. sie müssen sich in diesen Prozessen verwerten lassen. Gleichwohl enthalten sie aber – wie jede systematische, theoretische Betätigung – die Perspektive der Kritik der herrschenden Verhältnisse durch ihre Aufklärung und damit den Widerspruch zum Kapitalismus. Es bedarf allerdings eines bewussten Aktes, diese Kritik als Kritik der herrschenden Verhältnisse zu entfalten; von selbst setzt sich die kapitalistische Verwertung von Wissenschaftsresiduen durch oder die Unterdrückung der Wissenschaften [...].“ (Ernst et al. 1978: 290)

Es hatte sich herausgestellt, dass die Kritik der Verhältnisse mit praktischen Planungsproblemen keineswegs einfach in Einklang gebracht werden konnte. So produzierten die Projekte in ihren Abschlussberichten entweder theoretische Erkenntnisse unter Vernachlässigung konkreter Lösungen für die Praxis, oder sie erstellten praxisrelevante Lösungsvorschläge, ohne gleichzeitig darüber hinaus weisende wissenschaftliche Erkenntnisse abzuleiten und Wissenschaftskritik zu betreiben (Ernst et al. 1978: 297 f.). Diese Schwierigkeit lässt sich bis heute beobachten, und so hängt die thematische Studienprojektgestaltung – unabhängig vom jeweils geltenden Modulhandbuch – immer auch maßgeblich von den einzelnen Lehrenden ab und davon, wie sie das Projektstudium interpretieren und erwartete Lernerfolge definieren. Die thematische Bandbreite ist folglich groß und reichte in Dortmund im vergangenen Studienjahr 2015/16 von relativ konkreten Planungen für die Neunutzung von Brachflächen über Planungs- und Steuerungsinstrumente zum Umgang mit dem Klimawandel bis hin zu Fragen der Gerechtigkeit in der Stadtpolitik unter Sparzwang. Viele Projekte

enden mit sogenannten ‚Handlungsempfehlungen‘, andere mit eher theoretischen Reflexionen oder Evaluierungen gängiger Prozesse.

Betrachtet man die oben genannten ursprünglichen Ziele des Projektstudiums in Raum-, Stadt-, Regional- und anderen Planungsstudiengängen, so fällt auf, dass sich die Rahmenbedingungen dafür nicht nur an den Hochschulen verändert haben, sondern dass auch die Raumplanung als Profession – wenn man sie so bezeichnen will (Altrock 1997, Nuissl 2000) – im Laufe der Jahrzehnte verschiedene theoretische, methodische und legitimatorische Wendungen durchlaufen hat. Heute haben die in den aktuellen Modulhandbüchern für die Projekte erwarteten Schlüsselkompetenzen nur noch wenig bis gar nichts mit „Systemüberwindung“ (ebd.) zu tun; eine „Kritik an bestehenden Verhältnissen“ und eine „Infragestellung der Berufspraxis“ (Ernst et al. 1978: 292) sind weder vorgesehen, noch werden sie offensichtlich von den Studierenden in stärkerem Maße als angeboten gewünscht. Dies steht im Einklang mit Beobachtungen, dass der Reformanspruch in der räumlichen Planung ein Stück weit verloren gegangen ist (Göschel 2016). Prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf der einen Seite und der Wunsch nach größtmöglicher Arbeitsmarktcompatibilität auf der anderen mögen dabei eine Rolle spielen. Hinzu kommt, dass viele Planer\_innen den Anspruch, Gesellschaft durch Raumplanung grundsätzlich zu verändern, heute aus durchaus guten Gründen weder für realistisch noch für wünschenswert halten. So erscheint es angemessener, Prozesse positiv zu beeinflussen und auf die ohnehin stattfindenden Veränderungen in der Gesellschaft (im positiven wie negativen Sinne) besser reagieren zu wollen.

Was die Durchführung von Studienprojekten angeht, gibt es bis heute weder einen einheitlichen Leitfaden noch eine einheitliche Zielsetzung. Dies macht eine Vergleichbarkeit der einzelnen Projektthemen und Bearbeitungsschwerpunkte unmöglich.[3] Grundsätzlich stellt sich daher die Frage, ob es überhaupt notwendig ist, an derartig hoch gesteckten Zielen festzuhalten oder ob mittlerweile nicht andere, eher berufsorientierte Kompetenzen im Vordergrund stehen sollten, die durch das Projektstudium befördert werden. Hierbei ist jedoch nicht abschließend geklärt, welche Kompetenzen denn überhaupt zwingend notwendig sind, um als Raumplaner\_in auch im gesellschaftspolitischen Sinne erfolgreich zu arbeiten.

### **Welche Kompetenzen und welcher Rahmen heute?**

In einer Evaluation der Fakultät Raumplanung im Jahr 2000 wurde die Projektarbeit als „unersetzliches Training in interdisziplinärer Zusammenarbeit, Teamfähigkeit und ganzheitlicher raumplanerischer Denk- und Arbeitsweise bei einem hohen Grad an Selbständigkeit und starken Effekten für eine erfolgreiche Sozialisation im Studienbetrieb und im Fakultätsleben“ bezeichnet (IRPUD 2000: 18). Studierende haben hier die Möglichkeit, raumplanerisch relevante Themen nicht nur wissenschaftlich zu reflektieren, sondern auch mit Praxisbezug kooperativ in Gruppen zu bearbeiten und sich dabei weitestgehend selbst zu organisieren. Sie haben auch die Gelegenheit, eigene Themen vorzuschlagen, sich dafür eine formale Betreuung zu suchen und ein ‚selbstbestimmtes‘ Projekt durchzuführen (was jedoch nur selten genutzt wird). In der bereits genannten Evaluation hoben

auch die Studierenden die „herausragende Bedeutung der Projekte für den Studiengang Raumplanung“ hervor (IRPUD 2000: 95). Ihr Plädoyer lautete: „Starkes Projektstudium – weniger Vorlesungen.“ (IRPUD 2000: 101)

Viele Hochschullehrende sehen aber gerade in den Vorlesungen die durchaus sinnvolle Möglichkeit, ihren Stoff adäquat zu vermitteln. Hinzu kommt, dass die Studierendenzahlen in den letzten Jahren auch in der Raumplanung enorm zugenommen haben und Lehrveranstaltungen effizienter gestaltet werden müssen. Viele Kritiker\_innen des Projektstudiums liebäugeln daher damit, stärker einen Weg zurück zu standardisierten Lehrformen und Prüfungsverfahren zu finden, um den Aufwand zu minimieren. Zuvor hatte schon die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge dazu geführt, dass Entfaltungsmöglichkeiten aufgrund strikterer Vorgaben als im Diplomstudiengang eingeschränkt wurden. Zu Beginn der Umstellung war dabei aber noch großer Wert auf den zentralen Stellenwert des Projektstudiums im Anfänger- und Fortgeschrittenbereich gelegt worden. Dies war einer der zentralen Gründe, warum in Dortmund ein achtsemestriger Bachelor-Studiengang eingeführt wurde. Auch die aktuellen Diskussionen führten bislang nicht grundsätzlich zu einer Abschaffung des Projektstudiums. Es lässt sich aber die Tendenz ablesen, dass der Stellenwert insgesamt sinkt und Kürzungen beispielsweise am Deputat ohne inhaltliche Diskussion hingenommen werden.

Die hohe Bedeutung des Projektstudiums bleibt hingegen bis heute in vielerlei Hinsicht bei den aktuellen und ehemaligen Studierenden ungebrochen, wie die aktuelle AbsolventInnen-Befragung von 2015 zeigt, in der die Befragten die Bedeutung der Projekterfahrungen (auch im Ausland) und der dort erworbenen Kompetenzen – Diskussionskultur, Moderation, Strukturierung, Konfliktbewältigung und Koordinierung – für die spätere Berufspraxis hervorheben. In den nachgelagerten allgemeinen Mitteilungen wird die Freiheit, Eigeninitiative zu ergreifen, ebenfalls wertgeschätzt (vgl. Leschinski-Stechow/Seitz 2015: 220; 225).

Das aktuelle Modulhandbuch für das Bachelorstudium Raumplanung an der TU Dortmund greift diese Maßgaben unter dem Schlagwort „forschendes Lernen“ (ebd.) auf. Neben inhaltlichem Erkenntnisgewinn geht es demnach in den Studienprojekten vor allem um Schlüsselqualifikationen wie Selbstorganisation, Teamfähigkeit, Ergebnisorientierung, Methoden wissenschaftlichen Arbeitens, Konsensfindung und Konfliktbearbeitung. Mit gesellschaftspolitischen Zielen wie „Systemüberwindung“, „Kritik an bestehenden Verhältnissen“ und „Infragestellung der Berufspraxis“ (ebd.) hat das offensichtlich nicht mehr viel zu tun, sodass die Frage, welche Rolle solche übergreifenden Ziele spielen, stark von der Herangehensweise der Lehrenden abhängt. Deren Rolle ist dabei ohnehin ambivalent: einerseits sollen sie eine erfolgreiche Projektbearbeitung – mit Blick auf die genannten ‚Schlüsselkompetenzen‘ – anleiten, andererseits sollen sie die Selbständigkeit und Reflexionsfähigkeit der Projektgruppe beziehungsweise der einzelnen Teilnehmer\_innen befördern. Es handelt sich dabei regelmäßig um eine Gratwanderung; verallgemeinerbare Faustregeln gibt es kaum. Lehrende müssen situations- und gruppenabhängig agieren und ihr Handeln jedes Mal neu austarieren. Sie gehen daher auf unterschiedliche Weise mit Projekten um, was ihr eigenes Einwirken auf scheinbar ‚sinnlose‘ Diskussionen, unzureichende Literaturrecherche oder -lektüre oder auch ungelöste Konflikte

innerhalb von Projektgruppen angeht. Schwierig wird es für sie zu beurteilen, wie wertvoll der eine oder andere Beitrag für den Erfolg eines Projektes ist: Nicht immer sind diejenigen, die sich am häufigsten zu Wort melden und am fleißigsten engagieren, auch diejenigen, die den Projektfortschritt am positivsten beeinflussen. Ohnehin sind die Ausgangsbedingungen für den Kompetenzerwerb in Projekten unter den teilnehmenden Studierenden höchst unterschiedlich: Diejenigen, die bereits während ihrer Schulzeit mit diesem Lehrformat konfrontiert waren oder sich zum Beispiel ehrenamtlich engagieren, haben einen erkennbaren Erfahrungsvorsprung, können sich besser durchsetzen und artikulieren. In Folge gruppenspezifischer Prozesse finden sich einige Studierende besser im Projekt zurecht als andere. Persönliche Charaktereigenschaften der Studierenden erleichtern oder erschweren den individuellen Zugang zu Projekten. Es gibt die klassischen Wortführer\_innen und ‚stillen Mäuschen‘, Mitläufer\_innen und Strippenzieher\_innen im Hintergrund. Die Diskussion auf dem Hochschultag 2016 hat aber auch gezeigt, dass dieses scheinbare Problem in gewisser Weise zum Prozess dazugehört, da auch der Umgang mit Machtverhältnissen (wie hier durch die Einflussnahme der Projektbetreuung oder durch Erfahrungsunterschiede zwischen den Studierenden) erlernt werden muss.

Was sind also die Kompetenzen, die das Projektstudium vermitteln soll? Es scheint beinahe so, als seien die schon fast revolutionären Ideen aus der Anfangszeit eher zu banalen ‚praktischen‘ Kompetenzen für die Zweckverwendung auf dem Arbeitsmarkt verkümmert. Schaut man sich den Begriff der Kompetenz noch einmal genauer an, fällt auf, dass sich enge Bezüge zu den Diskussionen um die PISA-Studie finden lassen. Im Zuge der Weiterentwicklung des Verständnisses von schulischer Bildung wurde eine Definition von Weinert zugrunde gelegt. Kompetenzen sind hierbei „die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können“ (Weinert 2001: 27). Vergleicht man diese Aussagen, wird deutlich, dass das Projektstudium genau hier ansetzt und sich vor allem auf die Fähigkeiten zur Lösung von Planungsproblemen konzentriert. Einen besonderen Stellenwert erhält die im Projektstudium fest etablierte Reflexion der eigenen Leistungen und inhaltlichen Ergebnisse. Damit ist notwendigerweise immer auch eine zarte Systemkritik verbunden, die es den Studierenden ermöglicht, sich mit den bestehenden Vorgehensweisen kritisch auseinanderzusetzen und Probleme im System zu erkennen. Dies bildet einen krassen Gegensatz zum stark verschulerten System der Bachelor- und Masterstudiengänge, die vor allem darauf ausgelegt sind, Wissen durch Auswendiglernen zu vermitteln. Auch wenn dies vielleicht etwas zugespitzt ist, setzen an diesem Punkt doch die meisten Lehrveranstaltungen ganz selbstverständlich an. Im Projekt sind vielmehr selbständiges und kritisches Denken, Abstraktions- und Kommunikationsfähigkeit gefragt, Eigenschaften, die im sonstigen Studium häufig nicht gefördert werden.

So gibt es eine ganze Reihe an offenen Fragen zur ‚guten‘ Gestaltung von Projekten und zur Frage der zu erwerbenden Kompetenzen. Beim bereits genannten Nationalen Hochschultag in Berlin wurden zum Beispiel die Dauer von

Projekten (ein oder zwei Semester), die ideale Zahl der Teilnehmer\_innen, die Anforderungen an die Studierenden, Maßstäbe für eine Bewertung beziehungsweise Benotung sowie die Grenzen und Chancen einer Kooperation mit der Praxis diskutiert. Angesichts der unterschiedlichen Traditionen an den jeweiligen Hochschulstandorten haben sich verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten für das Projektstudium ergeben, die in ihrer Vielfalt – darüber herrschte Einigkeit – erhalten bleiben sollen; den einen besten Weg kann und wird es nicht geben. Dennoch ist es wichtig, diese Rahmenbedingungen zu beleuchten, um mögliche Stellschrauben für tendenziell bessere oder schlechtere Konditionen diskutieren zu können (vgl. Schulz/Auerswald 2016).

### **Gründe gegen eine individuelle Benotung in Projekten**

Das Projekt ohne Benotung und mit einem Fokus auf die genannten Qualifikationen und Entfaltungsmöglichkeiten bot bislang eine Art Insel im System, das bereits durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in vielerlei Hinsicht eine ‚Verschulung‘ des Studiums erfahren hat. Aus Sicht der Dortmunder Kritiker\_innen ist eine Benotung in Projekten besonders unsinnig und kontraproduktiv, da dies den kooperativen Gruppenprozess zugunsten eines Wettbewerbs um Noten beeinträchtigen könnte. Aus diesem Grunde setzen viele Schulen mittlerweile im Rahmen ihrer Möglichkeiten immer stärker auf alternative Bewertungssysteme und projektähnliche Lehrmethoden, da vor allem die intrinsische Motivation sowie individuelle Fähigkeiten gefördert werden sollen – abseits von starren Notensystemen (vgl. auch Untersuchungen von Ruth Butler 1988: 1-14; s. auch Spiegel-Ausgabe 35/2016 mit dem Schwerpunkt-Thema „Lasst die Kinder frei – Noten sind nicht alles: Worauf es im Leben ankommt“).

Im Zuge der Diskussionen pro und contra Benotung im Projektstudium prallen nicht nur unterschiedliche Vorstellungen eines guten Studiums, sondern auch Fragen nach den erstrebenswerten Kompetenzen zukünftiger Raumplaner\_innen aufeinander. Eine Benotung ist dann konsequent, wenn man davon ausgeht, dass die individuellen Fertigkeiten von Studierenden im Zeugnis nachweisbar sein sollen und es auch in den Projekten vor allem darum geht, diese zu stärken. Wenn es aber um die Reflexionsfähigkeit von Studierenden und darum gehen soll, sich selbst zu motivieren, in Gruppen zu organisieren und zusammenzuarbeiten, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, könnte eine Benotung dazu führen, dass aus den Projekten eine Reihe von Einzelkämpfer\_innen hervorgehen, denen nicht mehr klar ist, weshalb es sich lohnen könnte, sich mit Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven und Fähigkeiten auseinanderzusetzen, und denen in der Folge auch die Erfahrung entgeht, dass sich diese zugegebenermaßen nicht zu unterschätzende Anstrengung lohnt.[4]

Als Planer\_innen, die sich mit der Gestaltung von (Möglichkeits-)Räumen befassen, finden wir es schade und bezeichnend, dass es an den Hochschulen immer weniger ‚weltfremde‘ Räume gibt, die jenseits von Leistungsdruck ‚nur‘ für ungeschütztes wissenschaftliches und kritisches Denken zur Verfügung stehen und theoretisch auch die Möglichkeit böten, sich selbst und das umgebende System zu hinterfragen – eine vielleicht starke Kompetenz angesichts vieler aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen. Mit unseren Befürchtungen

malen wir natürlich den Teufel an die Wand; es gibt viele Planungsfakultäten, die argumentieren, mit benoteten Projekten gute Erfahrungen gemacht zu haben. Hier muss allerdings einschränkend bemerkt werden, dass das Dortmunder Modell mit dem Betreuungsaufwand und den Gruppengrößen einzigartig ist. Es bleibt also abzuwarten, ob die Benotung das etablierte (und positiv bewertete) System ins Wanken bringen kann. Inwiefern in den Fortgeschrittenenprojekten durch die Einführung einer individuellen Benotung und den Wegfall einer interdisziplinären Betreuung beziehungsweise Beratung diese Ziele beeinträchtigt werden, wird sich nach der Beobachtung der Entwicklungen in den nächsten Jahren herausstellen.

### **Projektstudium gestern und heute: Schlussbetrachtungen**

Der Kern des Projektstudiums ist unserer Meinung nach auch in Zukunft das ‚forschende Lernen‘ mit seinen entsprechenden Entfaltungsmöglichkeiten (vgl. hierzu auch Wildt 2009: 4; 6). Die Ziele der Anfangszeit nach Ernst et al. (1978) sind weiterhin aktuell und sollten unserer Meinung nach nicht grundsätzlich infrage gestellt werden. Die Förderung der Eigenmotivation und des selbständigen Arbeitens sowie das Hinterfragen gängiger Planungspraktiken sollten auch zukünftig im Vordergrund stehen. In den übrigen Lehrveranstaltungen wird Sozialkompetenz in der Regel nicht – zumindest nicht in annähernd vergleichbarem Maße – berücksichtigt und angeregt. Raum für Experimente und damit zwangsläufig auch für gescheiterte Ansätze gibt es ansonsten ebenfalls kaum. Hier kann im Projekt durch die intensive Reflexion von Vorgehensweisen und Ergebnissen auch eine ‚Kultur des Scheiterns‘ etabliert werden, die maßgeblich zum Lernerfolg beiträgt. Dafür braucht es entsprechende Freiräume und Ressourcen (z. B. die interdisziplinäre Betreuung und Beratung mit entsprechendem Lehrdeputat).

Sehr bedauerlich ist, dass die Diskussion zum Projektstudium nicht anhand der hier aufgegriffenen Inhalte und Zielsetzungen geführt wurde, sondern allein anhand rahmengebender Notwendigkeiten wie der Änderung des Landeshochschulgesetzes und deren spezifischer Interpretation durch die Dortmunder Hochschulleitung. Eine grundsätzliche konzeptionelle Reflexion wäre viel notwendiger, um zu überprüfen, an welchen Stellen Korrekturen des Projektstudiums notwendig sein könnten (z. B. an der Ausbildung der Lehrenden, Definition von Qualitätsstandards etc.).

Mit unserer emphatischen Argumentation begeben wir uns in Gefahr, das Projektstudium zu überhöhen und mit Erwartungen zu überfrachten, die bereits kurz nach der Einführung des Projektstudiums als unrealistisch enttarnt worden sind (s. o.). Sicherlich dürfte das Projekt für viele Studierende und Lehrende auch nur eine Lehrveranstaltung sein wie viele andere, wenn auch eine ungleich aufwändigere. Wir argumentieren trotzdem, dass das selbständige Erarbeiten wissenschaftlicher Fragestellungen und das problemorientierte Durchbrechen disziplinärer Grenzen in gemeinsam organisierten Lernprozessen Freiräume für Utopien und Kontingenz schaffen. Und dass es dafür vielleicht eben einen ‚weltfremden‘ Ansatz braucht, um über den Tellerrand der eigenen Disziplin zu blicken und kreative Lösungsansätze für bestimmte Problemlagen zu entwickeln. Wir freuen uns jedenfalls auf Erwiderungen zu diesem Beitrag und auf eine Fortsetzung der Diskussion.

## Endnoten

- [1] Im Mittelpunkt des ‚forschenden Lernens‘ steht laut Johannes Wildt eine Kombination der Zyklen des Forschens und des Lernens. Bei der Betrachtung beider Zyklen sind gewisse Überschneidungen sichtbar, die genutzt werden können (etwa die Reflexion von Erfahrungen als Antrieb für einen Lernprozess, die gleichermaßen für die Hypothesenbildung im Forschungsprozess genutzt werden kann, vgl. Wildt 2009: 5-6).
- [2] Ein Workshop zum „Projektstudium: Aufbau, Ausprägung, Wertigkeit“ im Rahmen des Fünften Hochschultags der Nationalen Stadtentwicklungspolitik an der TU Berlin am 2. Juli 2016 stieß sowohl bei Lehrenden als auch bei Studierenden verschiedener Fakultäten auf großes Interesse und zeigte den hohen Diskussions- und Austauschbedarf.
- [3] Diese Erkenntnis wurde im Austausch mit anderen Kolleg\_innen und Studierenden auf dem Nationalen Hochschultag in Berlin bestätigt. Auch an den anderen Planungsfakultäten gibt es offenbar kein garantiertes Mittel für das Erreichen der hochgesteckten Ziele der Anfangszeit.
- [4] Dies gilt auch für den Umgang mit den viel zitierten ‚Trittbrettfahrer\_innen‘. Hier scheint es zur Ausbildung von Handlungskompetenz bei der gemeinschaftlichen Entwicklung von Produkten zentral, dass zunächst in der Gruppe versucht wird, mit dem Problem umzugehen und Lösungsansätze zu entwickeln. Darüber hinaus gab es an der Fakultät bereits vorher Mechanismen (Abmahnung, individuelle Leistungen nachfordern, Projektausschluss) zur Verhinderung von Trittbrettfahrer\_innen (§ 17 Abs. 9 BPO; vgl. Mittelbau-Initiative 2016: 2).

## Autor\_innen

Sandra Huning ist Raumplanerin und Stadtsoziologin.  
sandra.huning@tu-dortmund.de

Frank Schulz ist Raum- und Stadtplaner.  
frank.schulz@tu-dortmund.de

## Literatur

- Altrock, Uwe (1997): Stadt- und Regionalplanung – eine eigenständige Disziplin? In: Institut für Stadt- und Regionalplanung (Hg.): Reflexionen. Ein Vierteljahrhundert Studiengang Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin. Berlin: ISR TU Berlin, 42–53.
- Brunn, Ekkehard / Pannitschka, Wolf (Hg.) (1978): Raumplanung und Planerausbildung. Zum Beispiel: AG. KOP-Konzept und Dortmunder Modell (1969-1976). Dortmund: Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung (Blaue Reihe 9).
- Butler, Ruth (1988): Enhancing and undermining intrinsic motivation: The effects of task-involving and ego-involving evaluation on interest and performance. In: British Journal of educational Psychology 58, 1-14.
- Ernst, Rainer / Müller, Sebastian / Waltz, Viktoria (1978): Projektstudium für Raumplaner Ziele, Probleme, Erfahrungen. In: Ekkehard Brunn / Wolf Pannitschka (Hg.): Raumplanung und Planerausbildung. Zum Beispiel: AG. KOP-Konzept und Dortmunder Modell (1969-1976). Dortmund: Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung (Blaue Reihe 9), 289-318.
- Görg, M. / Wolf, J. (1973): Thesen der studentischen Mitglieder der Prüfungsordnungskommission zum projektorientierten Studium und zur neuen Prüfungsordnung. Dortmund: Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung.
- Göschel, Albrecht (2016): Soziale Vernunft und soziale Form: Wandel des Sozialen in Architektur und Wohnungsbau. In: Forum Stadt 2016/1, 49-64.
- Heidorn, Fritz (1987): Reformruine Projektunterricht. Über die Fragwürdigkeit eines didaktischen Modebegriffs. In: Armin Kremer / Lutz Stäudel (Hg.): Praktisches Lernen im naturwissenschaftlichen Unterricht. Bedeutung, Möglichkeiten, Grenzen. Marburg: Soznat 1, 55-74.

- IRPUD (Institut für Raumplanung der Technischen Universität Dortmund) (2000): Raumplanung – ein Modell. Bericht und Einschätzung zur Evaluierung des Dortmunder Studiengangs. Dortmund: Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung (Blaue Reihe).
- Kremer, Armin / Stäudel, Lutz (1987): Vorwort. In: Armin Kremer / Lutz Stäudel (Hg.): Praktisches Lernen im naturwissenschaftlichen Unterricht. Bedeutung, Möglichkeiten, Grenzen. Marburg: Soznat 1, 1-2.
- Leschinski-Stechow, Karsten / Seitz, Jasmin (2015): AbsolventInnenbefragung 2015. Dortmund: Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung..
- Mittelbau-Initiative (2016): Positionspapier zur Frage der Benotung von F-Projekten. Dortmund: Technische Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung..
- Nuissl, Henning (2000): Erschließungsaufgaben. Berlin: Sigma.
- Rittel, Horst W. / Webber, Melvin M. (1992 [1973]): Dilemmas in einer allgemeinen Theorie der Planung. In: Horst W. Rittel (Hg.): Planen, Entwerfen, Design: Ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik. Stuttgart, Berlin und Köln: Kohlhammer, 13-35.
- Schulz, Frank / Auerswald, Katharina (2016): Dokumentation Panel 2: Das Projektstudium – Aufbau, Ausprägung, Wertigkeit. Die Mutter aller Lehrformen für Stadt- und Raumplaner\*innen in der Kritik – zurecht oder Angriff auf unsere Disziplin? Protokollentwurf für einen Workshop anlässlich des 5. Nationalen Hochschultags Stadtentwicklungspolitik in Berlin.
- Tippelt, Rudolf (1979): Projektstudium. Exemplarisches und handlungsorientiertes Lernen an der Hochschule. München: Kösel.
- Weinert, Franz E. (Hg.) (2001): Leistungsmessungen in Schulen. Weinheim und Basel: Beltz.
- Wildt, Johannes (2009): Forschendes Lernen: Lernen im „Format“ der Forschung. Journal Hochschuldidaktik 20/2, 4-7.



# Zur konkreten Utopie einer kritischen Universität

Kollektiv

Wie wollen wir im akademischen Kontext arbeiten, in welchen Verhältnissen und zu welchen Themen? Unsere Vorschläge für eine gründliche Umgestaltung der Universität haben wir auf der Grundlage einer kritischen Bestandsaufnahme des Arbeitens und Lernens an deutschen Universitäten erarbeitet. Dies geschah im Rahmen einer von sub\urban initiierten Zukunftswerkstatt „Konkrete Utopie einer kritischen Wissensproduktion“, die am 30. April 2016 im Atelier des ISR[1] an der TU Berlin mit zehn Teilnehmer\_innen stattfand. In diesem Text stellen wir die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt vor.

## **Warum haben wir eine Zukunftswerkstatt zur Entwicklung konkreter Utopien einer kritischen Universität durchgeführt?**

Immer wieder haben wir in der Vergangenheit festgestellt, dass es teilweise an utopischen Gegenentwürfen zu den derzeitigen Zuständen an Universitäten sowie insgesamt in Bezug auf die Produktion von Wissen im Rahmen wissenschaftlicher Forschung und Lehre fehlt. Zwar haben wir einerseits als Mitglieder des Wissenschaftssystems alle ein vielschichtiges und auf jahrelangen Erfahrungen basierendes Missbehagen an den gegenwärtigen Verhältnissen und können auch zahlreiche Aspekte nennen, die wir kritisieren. Andererseits jedoch fehlt uns sowohl eine kollektive Vision als auch eine Herangehensweise, die konkrete Veränderungen impliziert und hervorruft.

Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, eine Zukunftswerkstatt durchzuführen. Damit folgen wir einem strukturierten Ansatz, der darauf beruht, gemeinsam sowohl Kritik zu üben als auch utopische Ideen und daraus resultierend konkrete Vorschläge für erste Schritte zur Veränderung des Wissenschaftssystems zu entwickeln. Der Ablauf von Zukunftswerkstätten ist entsprechend strukturiert: Auf eine Kritikphase folgt eine Phantasie- und Utopiephase sowie anschließend eine Umsetzungsphase. Unsere Zukunftswerkstatt war als Tagesworkshop zeitlich knapp angesetzt (oft wird für dieses Format zu 2-3 Tagen geraten). Die Ergebnisse des Workshops haben wir in einem gemeinsamen Schreibprozess weiterentwickelt. Damit verstehen wir den Entwurf einer konkreten Utopie nicht als ein bloßes imaginäres

zukünftiges Bild einer kritischen Wissenspraxis, das dem der gegenwärtigen Praxis gegenüber steht, sondern sehen die einzelnen Prozesse der kollektiven Organisation und Arbeit sowie auch des Schreibens selbst als wichtige Formen eines reflexiven, dynamischen und offenen Denkens und Handelns, das mögliche Alternativen nicht nur kritisch diskutiert und entwickelt, sondern gleichzeitig auch kollektiv in der Gegenwart testet. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Teilnehmer\_innen war es uns ein Anliegen, unterschiedliche Perspektiven des akademischen Betriebs mit einzubeziehen: Studierende und studentische Mitarbeiter\_innen, arbeitslose beziehungsweise prekär beschäftigte Akademiker\_innen und solche mit stabileren universitären Beschäftigungsverhältnissen nahmen an der Werkstatt teil.

### **Kritik: Der gegenwärtige Zerfall einer qualitativen und kritischen Wissenspraxis**

In der Kritikphase haben alle Teilnehmenden zunächst individuelle Kritikpunkte gesammelt, die im Anschluss drei thematischen Bereichen zugeordnet wurden:

1. Kritik am gegenwärtigen Umgang mit Inhalten in Lehre und Forschung
1. Kritik an Rahmen- und Arbeitsbedingungen im Wissenschaftssystem
1. Kritik an der Zurichtung der Subjekte im Wissenschaftssystem

#### *Kritik am gegenwärtigen Umgang mit Inhalten in Lehre und Forschung*

Seit einiger Zeit scheint es mehr um Quantität als um Qualität der an der Universität produzierten Inhalte zu gehen, bezogen sowohl auf Inhalte der Forschung als auch der Lehre. Dies betrifft die Menge der eingeworbenen Forschungsmittel ebenso wie die Anzahl der Publikationen bei beidem gilt: je mehr desto besser und nicht, je fundierter das Projekt oder die Publikation, desto besser. Damit verbunden ist ein hoher Druck, der auf den Wissenschaftler\_innen lastet und der nicht selten dazu führt, dass die Beantragung von Forschungsförderung von der gewünschten Drittmittelquote bestimmt ist und weniger vom intendierten Erkenntnisgewinn – alles, was geht, wird wild beantragt.

Kritisiert wurde innerhalb der Gruppe zudem, dass es zunehmend um ‚affirmative Inhalte‘ geht, dass oft kein echtes Wissensinteresse oder Interesse am Erkenntnisgewinn besteht und die Forschung in vielen Bereichen immer marktförmiger und verwertungsorientierter organisiert wird (die Logiken der freien Wirtschaft kapern die Uni). Entsprechend werden die Wissensinhalte ausgerichtet. In der Folge gibt es wenig Zeit, um eigene Perspektiven und neue Zugänge zu entwickeln. Hinzu kommt, dass sich das Hochschulpersonal immer weniger kritisch in gesellschaftspolitische Debatten einmischt, was sich auch in der inhaltlichen Ausrichtung in Lehre und Forschung niederschlägt.

Das gegenwärtige Streben vieler Universitäten nach Exzellenzförderung scheint diese Tendenzen noch zu beflügeln. Statt Inhalte kritisch und nach dem Rahmen gesellschaftlicher Notwendigkeit auszurichten, gilt es für viele Hochschulen, ‚um jeden Preis‘ die richtigen Themenschwerpunkte und Kooperationen einzugehen. ‚Qualitativ anspruchsvolle Lehre und Forschung‘

wird so nicht im Sinne einer progressiven Wissenspraxis, sondern anhand eines Exzellenzbudgets gemessen.

Kritisiert wurden auch die engen Disziplingrenzen und damit verbundene Grabenkämpfe, weil sie interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeit behindern und nicht anerkennen. Trotz allseits geforderter Interdisziplinarität scheinen die Praxis an den Hochschulen und die Förderpraxis von Geldgebern das Gegenteil zu zeigen.

Zudem wurde bemängelt, dass die Anerkennung ‚guter‘ Lehre abzunehmen scheint. Dies steht mit der Verschulung der Hochschul(aus)bildung in Bachelor- und Masterstudiengängen in Verbindung. Hinzu kommt ein stetig wachsender Massenbetrieb an den Hochschulen, innerhalb dessen die Zahl der Studierenden steigt, die der Lehrenden aber nicht. Allein die Anzahl der eingeschriebenen Studierenden bestimmt den Verteilungsschlüssel für die an die Hochschulen ausgezahlten Gelder für die Grundlehre, nicht hingegen die Anzahl der Lehrenden. Hieraus ergibt sich insofern ein Zusammenhang, als dass derzeit viele Entwicklungen in der deutschen Hochschullandschaft auf eine zunehmende Entkopplung von Lehre und Forschung hinauslaufen.

Auch personell hat dies Folgen: Mit der Schaffung von ‚Lehrkräften für besondere Aufgaben‘ beziehungsweise ‚Hochdeputatsstellen‘ wird darauf hingewirkt, dass Teile der Hochschullehre von extra dafür eingestellten Lehrenden absolviert werden, die wiederum keine Zeit zum Forschen haben. Dadurch besteht zum Einen die Gefahr, dass das Wissen, das sie ‚vermitteln‘, sich vom jeweils aktuellen Forschungsstand entfernt und darüber hinaus Wissen als etwas ‚Feststehendes‘, ‚Statisches‘ vermittelt wird, das kanonisiert ist und nicht selbst Gegenstand forschenden Lernens und Lehrens sein muss. Andererseits wird mit der verstärkten Einführung solcher Hochdeputatsstellen eine eigene Klasse innerhalb des Wissenschaftssystems geschaffen, die es schwer haben wird, innerhalb desselben weiter zu kommen, da für eigenständige Forschung schlicht Zeit und Ressourcen fehlen und die Entwicklung eines eigenen Forschungsprofils als Grundlage für eine weitere Beschäftigung gilt.

### *Kritik an den Rahmen- und Arbeitsbedingungen im Wissenschaftssystem*

Die Rahmenbedingungen des Arbeitens in der Wissenschaft werden von besonders perfiden Hierarchiegebilden geprägt, die man als ‚(neo)feudalistisch‘ beziehungsweise ‚nepotistisch‘ bezeichnen kann, da nach wie vor eine starke Abhängigkeit der wissenschaftlichen Angestellten von den Professor\_innen fortbesteht und reproduziert wird. Dies betrifft sowohl die Ausgestaltung der Arbeitszeit und die überlassenen Aufgaben als auch die Wahl der zu bearbeitenden Inhalte und nicht zuletzt die Personalpolitik. Die befristet eingestellten Wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen sind in vielen Fällen auf das Wohlwollen der Professor\_innen angewiesen, die nach oftmals intransparenten Maßstäben ihre Arbeitsverträge verlängern – oder eben nicht. In dieser Position liegt es für die befristet eingestellten Wissenschaftler\_innen oft näher, einen guten Kontakt zu dem/der Professor\_in zu halten, als für eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu kämpfen und damit in einen Konflikt einzutreten.

In vielen anderen Arbeitsbereichen gültige personalrechtliche Normen sind im Wissenschaftsbereich nicht existent. Dass das bestehende System

den Wissenschaftler\_innen keine langfristige Perspektive bietet, resultiert in starker Verunsicherung der Einzelnen („Regime der Angst“) ebenso wie in fehlender Solidarität und extremer Konkurrenz zu Kolleg\_innen anstelle von konstruktivem Austausch, kollegialer Zusammenarbeit und solidarischem Miteinander. Fehlende Kooperation zwischen den Wissenschaftler\_innen ebenso wie ihre vergleichsweise spät erreichte Selbständigkeit, sowohl in inhaltlicher als auch finanzieller Hinsicht, sind dramatische und intendierte Folgen dieser Bedingungen in einem auf Wettbewerb basierendem System. Die durch kurze Vertragslaufzeiten bedingte fehlende Kontinuität in Lehre und Forschung ist ein unerwünschter Nebeneffekt, der jedoch hingenommen wird. Qualität in Forschung und Lehre ist hauptsächlich eine Frage des persönlichen und Gruppenengagements und keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Auch das ‚teleologische Professionsnarrativ‘ betrachten wir als Problem, da darin glaubhaft gemacht wird, dass es in der Wissenschaft ausschließlich den gerichteten Weg ‚vom Studierenden zum/zur Professor\_in‘ gibt und nichts anderes. Dies passt zu der Entwicklung, dass in den vergangenen Jahren ein Großteil der früheren Akademischen Ratsstellen und Hochschuldozenturen gestrichen wurde, welche Wissenschaftler\_innen unbefristete Stellen jenseits von Professuren boten. Aus unserer Sicht bedeutet dies einen ‚Zwang zur Karriere‘, ein ‚in or out‘ in einem zugespitzten und intransparenten Wettbewerb, was wir entschieden kritisieren.

Im Bereich der Rahmenbedingungen ist auch die Austeritätspolitik zu kritisieren, von der Hochschulen ganz und gar nicht ausgenommen sind: Mehr Arbeit muss von weniger Mitarbeiter\_innen bewerkstelligt werden. Hinzu kommt, dass immer mehr Verwaltungsaufgaben erzeugt werden, die, wie beispielsweise die Neukonzeption von Studiengängen oder die Selbstverwaltung von Geldern, zunehmend viel zu viel Zeit und Kräfte aufseiten der wissenschaftlich Tätigen bindet. Die so wachsenden und ungleich verteilten Bürokratiestrukturen prägen zunehmend den wissenschaftlichen Alltag und tragen entscheidend zur Verstetigung gegenwärtiger Machtverhältnisse zwischen Hochschulleitung, Professor\_innen und Mittelbau bei.

### *Kritik an der Zurichtung der Subjekte im Wissenschaftssystem*

Das Wissenschaftssystem, aber auch das Bildungssystem insgesamt, wirkt mit an einer Zurichtung der darin befindlichen Subjekte. Wettbewerb und Konkurrenz führen zunehmend zu einer Entsolidarisierung und Vereinzelung, die nicht nur den Einzelnen schadet, sondern sich auch auf die Gesellschaft sowie auf das produzierte Wissen auswirken. Wenn sich Wissenschaftler\_innen nur noch auf Selbstoptimierung ausrichten, es aber gleichzeitig an der Befriedigung so grundlegender Bedürfnisse wie gutem Essen in den Hochschulkantinen, ausreichend Schlaf, Entspannung und einer gewissen Sicherheit hinsichtlich der eigenen Lebensperspektive mangelt, ist das hochgradig problematisch und erzeugt verständlicherweise Stress und Frustration.

Es hat zudem Folgen für die Entwicklung von qualitativ hochwertiger Forschung und Lehre, die unter einem konstanten Wechsel von Personal leidet. Dass es so viele ‚Wanderarbeiter\_innen‘ gibt, die von Jahr zu Jahr auf befristeten und Teilzeitstellen in teils verschiedenen Städten arbeiten, nur

um irgendwie überhaupt im Wissenschaftssystem Fuß zu fassen, ist kaum anders zu verstehen als durch die nach wie vor existierende Leidenschaft für wissenschaftliche Wissensproduktion und -vermittlung sowie die zu geringe Zahl an gut bezahlten, unbefristeten und interessanten Arbeitsstellen in der Wissenschaft. Dass von Wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen dann trotz ihrer Teilzeit- und Befristungslage erwartet wird, sich stark mit den Arbeitsinhalten und der jeweiligen Forschungs- und Lehrinstitution zu identifizieren, ist obendrein absurd.

Uns fiel hier auch der fehlende Gestaltungswille der Beteiligten auf, insbesondere der innerhalb des Systems strukturell Bessergestellten, den Professor\_innen. Die meisten, selbst durch das System produzierte Einzelkämpfer\_innen, die Konkurrenz und Wettbewerb internalisiert haben, richten ihren Fokus viel zu selten auf Veränderungsmöglichkeiten innerhalb des Systems. Dies führt dazu, dass sie ihren, auch kollektiv auszuübenden, relativ großen Einfluss und ihre zahlreichen Spielräume unterschätzen, nicht ausloten und nicht nutzen.

Kritisiert haben wir außerdem, dass an Hochschulen nach wie vor ein Mittelschichtshabitus gefördert wird, dem sowohl Klassismen, Rassismen und Sexismus zueigen sind als auch ein Obrigkeitsdenken. Davon betroffen sind auch Studierende, die nach wie vor aus recht homogenen sozialen Verhältnissen stammen, was sicherlich sowohl mit der Art des Wissens, das an Hochschulen vorausgesetzt und vermittelt wird, als auch mit Verhaltenserwartungen zusammenhängt.

Damit verbunden haben wir auch den gesteigerten ‚Leistungsgeist‘ der Studierenden kritisiert, die nicht mehr ausreichend kritisch hinterfragen, was von ihnen erwartet wird und stattdessen blind die gesellschaftlich gesetzten Leistungserwartungen versuchen zu erfüllen, ohne dabei über den Tellerrand zu blicken. Nicht selten kommen die Forderungen nach zunehmender Formalisierung und Verschulung der Lehr- und Prüfungsformen dabei aus den Reihen der Studierenden selbst.

Es wird deutlich, dass diese drei Bereiche unserer Kritik am Wissenschaftssystem ineinander greifen. So sind zum Beispiel der zunehmende Publikationsdruck und die Ausrichtung auf Quantität auch damit zu erklären, dass materielle Rahmenbedingungen durch Stellenbefristungen, Teilzeitstellen und die Ausrichtung der Forschung auf Drittmittelinwerbung verschärft wurden. Dies wiederum erzeugt eine Einzelkämpfermentalität, zunehmenden Konkurrenzdruck sowie eine allgemeine Beschleunigung des wissenschaftlichen Alltags, der die Überlastung der in der Wissenschaft und Lehre tätigen Subjekte impliziert.

### **Utopie: Eine andere Wissenspraxis ist möglich!**

Es muss nichts so bleiben, wie es ist. Wir sind davon überzeugt, dass es ‚nur‘ Utopien – also die Fähigkeit, progressive Ideen, Träume, Phantasien kollektiv zu denken und zu artikulieren – braucht, um die Verhältnisse zu verändern sowie alltägliche Dinge zu re-politisieren und in neue Richtungen zu treiben. Daher haben wir damit begonnen, uns gemeinsam eine kritische Universität und Wissenspraxis der Zukunft vorzustellen. Unser Material waren Papier und Stifte. Dabei herausgekommen sind drei Entwürfe, die vieles von dem

adressieren, was wir in der vorangegangenen Phase kritisiert haben. Dabei wurde deutlich, dass wir uns keinesfalls darüber einig waren und sind, ob eine andere Wissenspraxis in den bestehenden wissenschaftlichen Institutionen möglich sein kann oder ob es Neugründungen außerhalb dieser geben muss.

1. Das erste Modell, eine Art Kugel-Zickzack-Netzmodell, ist aus der Vorstellung einer räumlichen Anordnung entstanden: einer runden Grundanordnung, die für Hierarchielosigkeit steht. Die Basis dieses utopischen Modells bilden Neugier, Offenheit, Großherzigkeit und Großzügigkeit, Kollektivität und Solidarität. Wissen ist in diesem recht umfassenden Arbeits-, Lern- und Lebensmodell nicht hierarchisiert; der Wissensbegriff ist erweitert. Die Trennung von Schule und Hochschule ist aufgehoben, ebenso die Trennung von abstraktem und praktischem Wissen sowie die Trennung von Wissens- und Reproduktionsprozessen. Unterschiedlichste Wissens- und Praxisbereiche sind im Kugel-Zickzack-Netzmodell integriert. Personen verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen Befähigungen, darunter auch Kinder, tragen die Forschungs-, Lehr- und Lernprozesse. Der Prozess der Wissensproduktion ist undeterminiert und alle Involvierten werden als Expert\_innen angesehen. Eine Art forschendes Lernen wird praktiziert, bei dem Forschen und Lernen eng verkoppelt sind. Es wird keine rigide Spezialisierung erwartet. Verschiedene Zeithorizonte der Teilnahme sind möglich. Nicht nur das Tun steht im Vordergrund; verschiedene Geschwindigkeiten sind möglich. Es gibt genügend Raum und Zeit für Muße, Zuschauen und Langsamkeit. Das Kugel-Zickzack-Netzmodell basiert auf einem pluralistischen Ansatz und demokratischen und solidarischen Prozessen. Politische Mobilisierung ist ein wichtiges Anliegen. Das Gebilde ist selbstorganisiert und autonom. Dabei existiert eine prinzipielle Gestaltbarkeit von Inhalten und Umgebung, die immer verhandelbar sind. Der Alltag in diesem Modell ist von räumlichen und inhaltlichen Aneignungen geprägt. Das Ganze wird von einem positiven Menschenbild getragen, das auf Vertrauen und Kooperation beruht. Die Beteiligten bekommen ein auskömmliches und bedarfsgerechtes Grundeinkommen. Dieses lokal verwirklichte Gebilde ist mit vielen anderen, ähnlichen und andersartigen Gebilden vernetzt und verkoppelt.
2. Das zweite Modell fokussiert mit seiner „Peer-to-Peer University“ eine radikale Verbesserung der Arbeitsbedingungen und wissenschaftlichen Inhalte an Universitäten. Universitäten werden dabei als diejenigen Orte (um-)gedacht, an denen kritische Reflexion ebenso wie kritisches Praxiswissen hergestellt wird. Die Lehre, Studiengänge und Forschung mit wechselnden Inhalten sind durch Lehrende und Studierende selbstorganisiert und werden unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und Karrierekriterien entwickelt. Um aber einer Beliebigkeit der Inhalte vorzubauen, findet eine kollektive Relevanzbestimmung bezüglich der Inhalte und Themen von Lehre und Forschung statt, auch zusammen mit wissenschaftsexternen Akteur\_innen wie beispielsweise Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Der dafür notwendige Austauschprozess stellt die gesellschaftliche und wissenschaftliche Relevanz wissenschaftlicher Arbeit immer wieder neu her. Um diesen wichtigen Austausch zu

gewährleisten, existieren frühzeitig langfristige Arbeitsperspektiven. Eine Hierarchisierung der Lehrenden ist in diesem Modell nicht vorgesehen, alle sind forschende, lehrende und verwaltende Mitarbeiter\_innen.

3. Das dritte Modell zeichnet einen Entwurf für die Freie Autonome Uni Kreuzberg (FUK; wird jährlich umbenannt). Sie ist eine ‚open university‘, die zugänglich ist für (fast) alle. Da nicht jede\_r mitmachen darf, sind auch Konflikte vorprogrammiert, die aber willkommen sind. Die Uni ist selbstverwaltet. Es gibt ein bedarfsorientiertes Einkommensmodell und keine Abstufung ‚studentischer‘ Löhne. Außerdem werden Stipendien vergeben und die Kinderbetreuung ist organisiert. Die FUK ist in einem Hochhaus in Kreuzberg angesiedelt. Bei der Suche nach nutzbaren Räumlichkeiten fiel ins Auge, dass in guter 1968er Tradition eine Umnutzung des Axel-Springer-Hochhauses sinnvoll wäre. Dieses wurde daraufhin gekapert. Im oberen Teil des Gebäudes wird mehrsprachig geforscht und gelehrt; im unteren Bereich finden sich Ruhe- und Toberäume, Küchen und Kantinen, eine Druckerei und Werkstätten sowie die Bibliothek. Im Außenbereich gibt es einen Garten. Professor\_innen gibt es nicht, stattdessen Lernkollektive, Forschungskollektive und Kochkollektive. Die FUK ist überregional vernetzt mit offenen Unis, die in anderen Städten entstanden sind. Das an der FUK generierte Wissen ist irrelevant und tribal. Ansonsten ist die FUK entsprechend größtmöglicher Intransparenz organisiert. Der Entortung und Entfremdung setzt sie soziale Rückbindung entgegen.

Die Ideen aus den drei entworfenen Modellen haben wir in vier Themenblöcke sortiert:

1. Offenheit/Zugang zu Wissen; gleichzeitig geschützter Raum
2. Formen der räumlichen Organisation
3. Kritische Wissenspraxis, Formen der institutionellen Organisation
4. Relevanz von Wissen, Formen der Wissensproduktion, Wissensformen

Nachdem wir mit diesem Schritt unsere kollektiven Prioritäten gesetzt hatten, haben wir uns in der Umsetzungsphase zunächst mit den zwei Bereichen ‚kritische Wissenspraxis‘ und ‚Relevanz von Wissen‘ beschäftigt.

### **Umsetzung: Wege zu einer kritischen Universität**

#### *Kritische Wissenspraxis*

Kritik ist eine Praxis, die von solidarischem Handeln geprägt ist und kein Selbstzweck. Eine kritische Wissenspraxis kann sich nur in einem von Neugier geprägten Klima entfalten, in dem es freie Denkräume gibt und Verteidigung oder Rechtfertigungen von Interessen außen vor bleiben. Weitere Voraussetzungen sind die Zugänglichkeit, bezogen auf räumliche, finanzielle und habituelle Aspekte der Wissenspraxis, sowie auf die Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Anerkennung des Grundsatzes der politischen Gleichheit aller. Autonomie, Öffentlichkeit und Selbstverwaltung fördern die Entwicklung einer kritischen Wissenspraxis wohingegen weniger klar ist, ob ein räumlich

dezentraler Ansatz, in dem eine solche Wissenspraxis grundsätzlich überall stattfinden kann, gegenüber neuen Institutionen vorzuzuziehen ist.

### *Relevanz von Wissen*

Was ist Wissen? Welche Relevanz hat welches Wissen? Hier sind mehr Diskussions- und Reflexionsprozesse nötig, um hegemoniale Wissensproduktion zu kritisieren. Lehren und Lernen gehen ineinander auf, daher müssen Wissensproduktion und -weitergabe verstärkt in verkoppelten Lehr-Forschungs-Kontexten stattfinden. Dies ermöglicht kollektive Prozesse der Relevanzzuschreibung und -verhinderung in Bezug auf die Wissensproduktion. Wir haben hier noch kein passendes Vokabular entwickelt, um die verschränkten Lehr-Forschungs-Kontexte zu beschreiben, in denen sich die Dualität und Hierarchisierung von Forschen (für Expert\_innen) und Lehren (als Wissensvermittlung, bei der die Idee des Eintrichterns stark mitschwingt) auflöst zugunsten einer Anerkennung, dass sowohl Lehren als auch Forschen gleichzeitig Lernen und Wissensreflexion bedeuten.

Immer wieder haben wir uns gefragt, warum die Strukturen in der Wissenschaft so statisch scheinen, und haben uns noch einmal mit der fehlenden Solidarität unter den Kolleg\_innen beschäftigt, insbesondere unter Professor\_innen. Es scheinen viel mehr Gestaltungsspielräume zu existieren, als Professor\_innen und Dekanate von Fakultäten gegenwärtig wahrnehmen. Sie müssen viel stärker als bisher entdeckt und genutzt werden. Eine Form des Umgangs mit unzumutbarem Sparzwang und schlechten Arbeitsbedingungen, insbesondere der unteren Statusgruppen, wäre eine stärkere Nutzung von Verweigerungsmöglichkeiten. STOPP sagen, individuell und kollektiv. Dies setzt ein gewisses Rückgrat der Professor\_innen voraus, die sich auf dem individuellen Einzelkämpferweg zu ihrer Professur womöglich immer wieder korrumpieren lassen mussten und vermutlich eher weniger kritisches Potenzial haben als noch die Angestellten im Mittelbau, weil sie sich sonst auf dem Weg in die Institution selbst im Wege gestanden hätten. Solidarität wieder zu lernen, könnte daher ein sinnvoller Weg für Professor\_innen sein, um kollektives Handeln und gegenseitiges Vertrauen weiterzuentwickeln. Dies bedeutet am Ende, dass die Professor\_innen die bedürftigsten und zugleich mächtigsten Personen im Wissenschaftsapparat sind.

Vonseiten der teils noch solidarisch agierenden Studierenden und der Beschäftigten im Mittelbau könnte daher Empathie für die Mitglieder der Statusgruppe der Professor\_innen ein Weg sein, um sich der kollektiven Gestaltungsspielräume bewusst zu werden und ein kollektives Handeln weiterzuentwickeln. Doch auch mit der Solidarität der Beschäftigten im Mittelbau ist es nicht weit her. Kürzere Vertragslaufzeiten, geringere Stellenanteile und eine strikt vollzogene Spaltung zwischen jenen auf Haushaltsstellen, die Forschung und Lehre betreiben, sowie anderen, die sich auf Drittmittelstellen alleinig auf die Forschung konzentrieren (und vom Betrieb an der Universität nur einen Ausschnitt mitbekommen) resultieren in einer wachsenden Fragmentierung im Mittelbau. Bei den Studierenden sind ähnliche Prozesse der Entsolidarisierung zu beobachten, ebenso getrieben von Prozessen der Selbstoptimierung und der Arbeit am eigenen Lebenslauf mittels Einhaltung der vorgeschriebenen Studiendauer, entsprechender Auslandsaufenthalte



und möglichst ausgeprägten Praktika sowie von einer zunehmend empfundenen Unsicherheit bezüglich Beschäftigungsaussichten nach dem Studium.

Ein von Hierarchien befreites Miteinander scheint an den Universitäten vonnöten, welches allerdings erst erarbeitet werden muss. Auch Arbeitsbedingungen auf Augenhöhe – unbefristet, angemessen bezahlt für alle – sind dazu ein sinnvoller Weg. Denn Wissenschaftliche und Studentische Mitarbeiter\_innen können auch aufgrund befristeter Verträge gegenüber Universitäten kaum Loyalität entwickeln. Studierende durch selbstorganisierte und autonome Lehr- und Lernformate aktiver in die Wissenspraxis einzubeziehen und diese zu unterstützen, so wie es andere Universitäten in Ansätzen bereits verfolgen (zum Beispiel das Projekt „Interflugs“ an der UDK Berlin oder freie Universitäten wie die „Parallel School“, „Open University“, „Silent University“ et cetera), könnten zudem stärkere Synergien zwischen Lehrenden und Lernenden generieren, um der zunehmenden De-Politisierung und dem blinden beziehungsweise konformistischen Leistungswahn der gegenwärtigen Wissenspraxis entschieden entgegen zu wirken.

## Endnoten

- [1] Der Ort, an dem wir im April 2016 unsere Zukunftswerkstatt veranstaltet haben, war nur aufgrund von utopischem Denken und innerinstitutionellen Kämpfen in dieser Weise für uns nutzbar: Das ‚Atelier‘ des Instituts für Stadt- und Regionalplanung (ISR) an der TU Berlin ist erst seit Herbst 2015 durch das ISR nutzbar; erst nach jahrelangen Kämpfen mit der Raumvergabestelle der TU wurde es dem Institut durch die Verwaltung ermöglicht, hier die im Rahmen des städtebaulichen Entwurfs dringend benötigten studentischen Arbeitsplätze anzubieten. Dies zeigt: Wo – im Universitätssystem – ein Wille ist, ist auch ein Weg.

## Autor\_innen

Die Teilnehmer\_innen der Zukunftswerkstatt „Konkrete Utopie einer kritischen Wissensproduktion“ sind Studierende und studentische Mitarbeiter\_innen, arbeitslose bzw. prekär beschäftigte Akademiker\_innen und welche mit stabileren Beschäftigungsverhältnissen an der Universität.

info@zeitschrift-suburban.de



# Gelsomina

Ein Fotoessay

**Katharina Lepik**

*s u b \ u r b a n (s\u): Gibt es zunächst ein paar Fotos als Ausgangspunkt mit denen Sie dann gezielt weiterarbeiten? Wie hat sich die Serie entwickelt?*

**Katharina Lepik (KL):** An einem der wenigen Tage im Jahr, an denen München mit einer feinen Schneeschicht bedeckt war, kam ich zufällig an einem Zirkuszelt vorbei, vor dem ein Anhänger stand, an dem eine riesige Uhr hing. Das Ganze wirkte arrangiert, wie eine Filmszene oder ein Bild aus einem Traum. Es war aber vermutlich reiner Zufall. Ich fuhr sehr schnell nach Hause, um meine Kamera zu holen. Glücklicherweise war alles unverändert, als ich zurückkam. Nach dieser Aufnahme entstand der Wunsch, mehr Fotos von solchen seltsamen, märchenhaften Szenen zu machen.

Ich reiste dann in unterschiedliche Städte und suchte gezielt nach ungewöhnlichen Orten,. Fündig wurde ich in Theatern, Zirkussen, Vergnügungsparks, aber auch in urbanen Randzonen, wo ich zum Beispiel ein Uhrenlager und eine Monsterwerkstadt entdeckte.





**s\u:** Welche Orte, Situationen und Menschen interessieren Sie als Fotografin?

**KL:** Mich interessieren Orte, die rätselhaft, skurril oder märchenhaft sind, sowie Orte, die wie aus der Zeit gefallen scheinen. Das Bild der Uhr vor dem Zirkuszelt verbindet dies alles für mich: Zirkus ist ja in gewisser Weise ein Anachronismus. Schnee hat oft etwas Märchenhaftes. Und die Kombination aus Anhänger und überdimensionaler Uhr lässt viele Fragen offen.

Auch Menschen, die ungewöhnlich wirken, weil sie sich zum Beispiel ganz besonders kleiden, wecken mein Interesse: So entdeckte ich kürzlich im Freibad eine ältere Dame, die im schwarzen Badetrikot, mit einer schwarz gerüschten Badehaube und Kniestrümpfen, zielstrebig ihre Bahnen schwamm. Sie erinnerte mich an eine schwimmende Nonne. Ich war sofort fasziniert und bat die Schwimmerin, sie fotografieren zu dürfen. Trotz der schwarzen Tracht stellte sich interessanterweise heraus, dass sie Frau Regenbogen hieß.

**s\u:** Was ist das Verhältnis zwischen gefundenen Motiven und gestellten?

**KL:** Die gefundenen Motive, also sämtliche Ortsaufnahmen ohne Menschen, waren zuerst da. Die gestellten Motive, die zum Großteil Selbstinszenierungen sind, ergänzen sie. Ich nehme in den Inszenierungen Bezug auf die Stimmung der vorgefundenen Orte und bringe eine sehr persönliche Ebene in die Serie. Es ist, als hätte ich verschiedene Theaterkulissen ganz ohne Schauspieler vorgefunden und würde diese dann bespielen. Die gestellten Motive bringen in die fragmentarische Sammlung von Orten ein erzählerisches Element und verbinden sie.







*s\u: Welche Rolle spielen Tiere in der Serie?*

**KL:** Tiere spielen eine wichtige Rolle, da ein Tier in der Stadt oft ungewöhnlich oder deplatziert wirkt, wenn es sich nicht um typische Stadttiere, wie Hunde oder Tauben, handelt. Man rechnet mit ihnen nur im Zoo, oder auf dem Land, auf einem Bauernhof. Deswegen habe ich auch gezielt nach Orten in der Stadt gesucht, wo es Tiere gibt, beispielsweise im Zirkus oder auf einem Stadtbauernhof.





**s\u:** *Wie steht diese Serie im Verhältnis zu Ihrer weiteren Arbeit?*

**KL:** Die Serie steht in einem sehr engen Verhältnis zu meiner späteren Arbeit. Einzelne Aspekte, oder auch Stimmungen, wurden aufgegriffen und in anderen Serien, zum Beispiel in „Verschwisterung“ und in „Weiß“ weitergeführt. In „Verschwisterung“, einer Sammlung von Doppelporträts, sind es die märchenhafte Stimmung sowie das Mittel der Selbstinszenierung, an die anknüpfe. In „Weiß“ sind es mehr die skurrilen Motive, die ich weiterführe.







**s\u:** *Welche Rolle spielt Stadt beziehungsweise Urbanität in Ihrer Arbeit?*

**KL:** Ich habe immer in größeren Städten gelebt und bin viel mit meiner Kamera umhergestreift um neue Orte zu entdecken. Besonders inspirierend finde ich Berlin, wohin ich mit vierzehn Jahren zog und immer wieder zurückkehre: In keiner anderen Stadt habe ich eine derartige Dichte an ungewöhnlichen Orten gefunden, so dass viele Bilder aus „Gelsomina“ in Berlin entstanden. Vielleicht liegt das an den vielen historisch bedingten Freiräumen dieser Stadt. Auch wenn sie nun nach und nach gefüllt werden, bleibt Berlin immer noch erstaunlich weitläufig und dezentral und entzieht sich vielerorts der Funktionalität moderner Großstädte. Auch in anderen Städten fotografiere ich gerne Orte, in die städteplanerisch wenig eingegriffen wird und die für Investoren uninteressant sind, so dass sich







eigene Strukturen entwickeln können. Deswegen fällt es mir in sehr dichten Metropolen, wie beispielsweise in London, oder Paris schwerer Motive zu finden, die mich faszinieren.

*Das Interview führten Nina Gribat und Antonio Carbone.*

### **Autor\_innen**

Katharina Lepik ist Fotografin und streift gerne mit ihrer Kamera durch Städte mit Freiräumen.  
mail@katharinalepik.de









# Neuer „Hofadel“ am Seerheinufer Konstanz?

Machteffekte im restrukturierten Raum

Linus Karl Maria Klappenberger

## 1. Einleitung

Der folgende Text beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Macht und Raum im Zuge der aktuellen städtebaulichen Maßnahmen am Konstanzer Seerheinufer. Der Seerhein ist die Verengung des Bodensees, der an dieser Stelle zu einem Fluss wird, wobei Konstanz auf beiden Seiten des Seerheins liegt. Auf einem ehemaligen Fabrikgelände gegenüber der Konstanzer Altstadt ist seit dessen Bebauung 2004 ein neues, großzügig gestaltetes Wohnquartier und ein großflächig angelegtes öffentliches Parkgelände entstanden. Um die Nutzung der angrenzenden Uferpromenade wird seit Jahren gestritten. Zur Lösung des Konflikts beschäftigen die neuen Bewohner\_innen des Quartiers selbst einen privaten Sicherheitsdienst, der zusätzlich zur Polizei für Sicherheit und Ordnung sorgen soll. Dass dieser gleichzeitig im öffentlichen Park, zeitweise auch zur Durchsetzung des städtischen Glasverbots, patrouilliert, zeigt beispielhaft die Etablierung umfassender Kontrollpolitiken.

Neoliberale Sicherheitspolitiken entstehen zwischen unterschiedlichen Akteuren, wobei zunehmend privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure mit einbezogen werden (Kern 2014: 17). Zum einen ist deshalb zu fragen, welche Akteure an den räumlich begrenzten Sicherheitspolitiken beteiligt sind und welche Diskurse und Praktiken bei der Konstruktion des Raumes als ‚Brennpunkt‘ im untersuchten Fallbeispiel zum Tragen kommen. Zum anderen ist zu fragen, inwiefern sich die Produktion von Sicherheit in Bezug auf den restrukturierten Raum als Mittel zur strategischen Nutzung des Raumes begreifen lassen, durch dessen herrschaftsförmige Gestaltung sich gesellschaftliche Verhältnisse reproduzieren.

Nach einer kurzen Vorstellung des Fallbeispiels wird die Konstruktion des ehemaligen Fabrikgeländes als ‚Gefahrengebiet‘ in diesem Beitrag in den Kontext einer geographisch-historischen Raumanalyse gestellt, wie sie Bernd Belina (2013) vorschlägt. Indem die am Seerheinufer etablierten Sicherheits- und Kontrollpolitiken als „Territorialisierungsprozesse“ (ebd.: 88 ff.) verstanden werden, wird der Beitrag diese räumlich bezogene soziale Praxis jenseits einer Reduzierung und Abstraktion auf räumlich bedingte kulturelle



Praktiken und Diskurse auf der Grundlage empirischer Daten analysieren. Dazu wird das ausdifferenzierte Akteursfeld skizziert, das sich im Fallbeispiel an den erweiterten Maßnahmen der Sicherheitsproduktion beteiligt. Die unterschiedlichen Strategien und Interessen der verschiedenen Akteure und Institutionen bezüglich der Sicherheit im neuen Stadtteilgebiet werden hierbei in ihrem spezifischen historischen und gesellschaftlichen Kontext betrachtet.

Letztendlich stellt der Text die Frage, welche Anregungen aus dem Fallbeispiel für eine machtkritische Analyse neoliberaler Sicherheitsregime innerhalb urbaner Raumentwicklung insgesamt gewonnen werden können. Das Thema und zugleich der Kontext dieses Beitrags bieten somit auch die Möglichkeiten einer Analyse und Kritik der herrschaftsförmigen Gestaltung des urbanen Raumes im Allgemeinen.

## 2. Fallstudie zum ‚Gefahrengebiet‘ in Konstanz

Das Konstanzer Seerheinufer steht seit einigen Jahren im Fokus der städtischen Bebauungsplanung. Seit der Produktionseinstellung der Textilfabrik Herosé 2001 ist dort Wohnraum mit etwa 300 neuen Wohnungen entstanden. Zusätzlich wurden modern entworfene und repräsentative Bürogebäude entlang des attraktiven Uferbereichs angesiedelt. Politisch-städtebauliche Maßnahmen führten so zu einer Neustrukturierung des alten Fabrikgeländes in einen neuen „Wohn-, Büro- und Dienstleistungsstandort“ (Pressereferent der Stadt Konstanz o. J.), der außerdem mit dem großzügigen, neu angelegten Herosé-Park und einer nun öffentlich zugänglichen Uferpromenade eine ökonomische Aufwertung des gesamten gegenüber der Konstanzer Altstadt gelegenen Uferbereichs am Rhein darstellt.

Anschließend an den Herosé-Park entstand hier ein neues Wohnquartier. Es besteht aus mehreren zum Rhein hin offenen Wohnanlagen, die, jeweils hufeisenförmig gebaut, durch eine zum Ufer des Seerheins hin offene Garten- bzw. Parkanlage[1] zur privaten Nutzung durch die Bewohner\_innen abgegrenzt werden (vgl. Abb. 1). Dies führte in Folge zu einigen Interessenskonflikten zwischen den neuen Anwohnern\_innen und Eigentümer\_innen im Quartier einerseits und den Nutzern\_innen der öffentlichen Promenade und des anschließenden Parks andererseits. Dabei organisieren sich einige der Anwohner\_innen des neuen Stadtquartiers als zivilgesellschaftliche Interessengemeinschaft und unterhalten gemeinsam die Homepage (Seerhein-Netz)[2], um ihre Interessen gegenüber der Stadtverwaltung und dem Stadtrat geltend zu machen. Als Probleme, die durch die freie Nutzung der anschließenden Parkanlage

Abb. 1 Bebauungsplan Konstanzer Seerheinufer (Quelle: Klaus Theo Brenner)





Abb. 2 Beschädigung der gebührenpflichtigen Toilette im Park (Quelle: Anja Joos)



Abb. 3 Graffiti gegen teuren Wohnraum (Quelle: Anja Joos)

entstünden, betrachten sie „Lärm, Müll, Belästigung von Passanten“ (Seerhein-Netz o. J.) sowie Beschädigungen im Quartier. Nachdem die Polizei jedoch aufgrund der eher geringen Kriminalitätsbelastung keinen erhöhten ordnungspolitischen Bedarf erkennen konnte (vgl. Pugliese 2014), setzten die Eigentümer\_innen und Mieter\_innen ihre Forderungen an die Stadt, gegen Müll und Lärmbelästigung vorzugehen, selbst durch. In diesem Konflikt um den neuen öffentlichen Raum haben die Bewohner\_innen des Quartiers daher über mehrere Jahre einen kommerziellen Sicherheitsdienst engagiert und finanziert, der auf dem Gelände des öffentlichen Parks und entlang der öffentlichen Promenade zum Einsatz kam.

Obwohl eine öffentliche Finanzierung des privaten Sicherheitsdienstes in Briefen und Unterschriftenaktionen von engagierten Anwohner\_innen wiederholt gefordert worden war, lehnte der Gemeinderat (Stadt Konstanz 2014a) dies im Sommer 2014 zwar erneut ab (vgl. Seerhein-Netz 2011). In der historischen Betrachtung zeigt sich allerdings, wie diese Initiative – quasi als Interessenvertretung des Quartiers – teilweise zusammen mit der ‚Bürgergemeinschaft Petershausen‘[3], entsprechend Einfluss auf stadtpolitische Entscheidungen ausübte, um die Produktion des öffentlichen Raumes ihren Interessen entsprechend auszurichten. Auf die mehrmalige Bitte der zivilgesellschaftlichen Initiative hin wurde bereits 2011 ein Glasverbot von der Stadtverwaltung eingeführt (vgl. Seerhein-Netz o. J.). Bevor gegen diese Sondergesetzgebung 2012 erfolgreich Klage beim Verwaltungsgericht Mannheim eingelegt wurde, diente der privat organisierte Sicherheitsdienst über zwei Jahre hinweg vor allem dazu, diese ordnungspolitische Maßnahme auf dem öffentlichen Gelände durchzusetzen und zu gewährleisten.

### 2.1. Diskursive Strategien

In der diskursiven Legitimierung solcher macht- und ordnungspolitischen Maßnahmen durch die zivilgesellschaftlich engagierten Anwohner\_innen tritt das neustrukturierte Areal vor allem als „Brennpunkt“ (Seerhein-Netz o. J.) in den Vordergrund. Dies lässt sich empirisch besonders anhand des zahlreich vorliegenden Materials auf der Homepage herausarbeiten, auf der deren Autor\_innen in seriell dokumentierten Erfahrungs- und Erlebnisberichten zu einzelnen Bagatelldelikten[4] auf ihr Leid verweisen. In diesen

Berichten werden die neuen Bewohner\_innen des Quartiers dichotom anderen Nutzergruppen des öffentlichen Geländes gegenübergestellt, die dabei fast ausschließlich stereotypisierend als ‚Chaoten‘, ‚Volltrunkene‘, ‚die Störenden‘ und als ‚Vandalierer‘ (vgl. Seerhein-Netz o. J.) kategorisiert werden. Das auf diese Weise konstruierte Wissen und dessen Machtwirkungen werden von der lokalen Tageszeitung *Südkurier* reproduziert, sodass sich eben jene Diskurseffekte verstärken, die die Vorstellung des Raumes nach den Kriterien von Sicherheit und Ordnung ausrichten.

Darauf, dass in medialen Berichten des *Südkuriers* wenig zwischen unterschiedlichen Nutzer\_innen differenziert werde und damit deren Stereotypisierung vorangetrieben werde, weist auch die Studie der Mediatorin Franziska Becker hin (2013: 9), die in diesem Konflikt von der Stadt engagiert wurde. Sie geht davon aus, dass die geringen Erfolgsaussichten von teils dialogorientierten Verfahren im untersuchten Quartier vor allem in der fehlenden Bereitschaft der Eigentümer\_innen und Mieter\_innen begründet sind, vermittelnde Gespräche mit den Nutzer\_innen der öffentlichen Parkanlage zu führen und sich auf „ergebnisoffene Verfahren einzulassen“ (ebd.: 21). Vor allem die engagierten Autor\_innen der Homepage lehnen ‚pädagogische‘ Maßnahmen ab und fordern für das Seerheinufer restriktive Verbote und Kontrollen. Wie eine weitere Studie zeigt, lehnt dagegen das junge und studentisch geprägte Milieu der Nutzer\_innen restriktive Maßnahmen wie das Glasflaschenverbot ab (Edinger/Lipphardt 2011: 10); 70 Prozent der Anwohner\_innen konstatieren überhaupt kein problematisches Nutzungsverhalten (ebd.: 7). Trotzdem werden über die wenig differenzierende Berichterstattung in der Lokalzeitung die Partikularinteressen einiger engagierter Anwohner\_innen in die Öffentlichkeit getragen.

Diese Interessen werden in der Folge auch durch stadtpolitische Akteure geteilt. Besonders die Stadtverwaltung zeigt sich unzufrieden über die „unbefriedigende, aber aktuelle Rechtslage“ (vgl. Stadt Konstanz 2014c), die keine Regelungen über das bestehende Recht zum Lärmschutz oder die geltende Umwelt- und Polizeiverordnung hinaus vorsehe, um „den Anwohnern in ihrem Recht auf Nachtruhe zu verhelfen“ (ebd.: 2014).

## 2.2. Lokalstaatliche Interventionen

Die Verschränkung der Interessen zur gemeinsamen Herstellung von Sicherheit im neustrukturierten Raum kommt neben dem zeitweise gültigen Glasverbot in anderen, weitreichenden Forderungen lokalstaatlicher Akteure nach Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle des öffentlichen Geländes zum Ausdruck. Sie fordern „eine Videoüberwachung zu installieren“ (Stadt Konstanz 2014b) oder „einzelne Plätze an der Bischofsvilla[5] für den Aufenthalt uninteressanter zu machen“ (Rindt 2014), indem diese entsprechend bebaut werden. Hiermit tritt die lokalstaatliche Politik selbst als strategisch und taktisch handelnder Akteur in den Vordergrund.

Anhand des empirischen Materials zeigt sich, dass stadtpolitische Akteure durch vielfältige Strategien, die sich bis in die sozialpädagogischen Diskurse und Maßnahmen hinein spiegeln, die Kontrolle im urbanen Raum über die Verfolgung von Kriminalität hinaus legitimieren und mit hervorbringen. Die neoliberale Sicherheitsproduktion bringt neben



Abb. 4 Neugestalteter Uferbereich gegenüber der Konstanzer Altstadt (Quelle: Anja Joos)



den bereits genannten restriktiven Maßnahmen am Konstanzer Ufer auch präventive Maßnahmen und ein weites Netz einer ‚weichen‘ sozialen Kontrolle hervor. Dies zeigt sich in der städtischen Zusammenarbeit mit sozialpädagogischen Einrichtungen der Jugendarbeit, der Einrichtung eines Runden Tisches (vgl. Seerhein-Netz o. J.), der Prüfung von Mediations-Verfahren (vgl. Becker 2013) sowie auch in der Einrichtung einer Stelle zur Kommunalen Kriminalitätsprävention (KKP) (vgl. Stadt Konstanz 2014c). Zusammengenommen stellen all diese Maßnahmen Versuche der Stadtverwaltung und des Gemeinderates dar, einen erweiterten Handlungsspielraum „zur Verbesserung der soziale Kontrolle“ (Stadt Konstanz 2014c) im ökonomisch aufgewerteten Areal zu errichten. Die genannten, zum Teil restriktiven Strategien sollen solche Praktiken in dem Areal verhindern, die sich nicht auf „touristisches Schlendern“ (vgl. Stadt Konstanz 2014c) beschränken und somit nicht der Steigerung des Standortfaktors der „unternehmerischen Stadt“ (Harvey 1989) Konstanz dienen.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass in der Verschränkung zivilgesellschaftlich organisierter Akteure und lokalstaatlicher Politik verschiedene Taktiken und Strategien zur „(De-)Normalisierung“ (vgl. Link 1997)[6] der Nutzer\_innen und deren Verhalten vorangetrieben werden, die die Verlängerung sozialer Kontrolle durch den privaten Sicherheitsdienst im öffentlichen Raum bis in die Subjekte hinein ermöglichen. Dazu erhält das öffentliche Parkgelände im Zusammenwirken privater, zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure einen privaten Status, obwohl es gleichzeitig weiterhin als öffentlicher Raum funktioniert (Ronneberger 1999: 53). Mit dem so geschaffenen, „semi-öffentlichen“ (Wehrheim 2012: 62) Raum werden auch Voraussetzungen für präventive Kontrollmaßnahmen über die bestehenden Gesetzesgrundlagen hinaus geschaffen, die dazu dienen, die Aufwertung des ehemaligen Fabrikgeländes sowie dessen marktförmige Gestaltung als neuer „Wohn-, Büro- und Dienstleistungsstandort“ (Pressereferent der Stadt Konstanz o. J.) durchzusetzen. In der skizzierten „historisch-spezifischen Konfiguration staatlicher und gesellschaftlicher Kontrollpolitiken“ (Kern 2014: 22) offenbaren sich Strategien, mit denen das Versprechen der städtischen Wohnungsbaupolitik, im restrukturierten Raum ein ruhiges und sauberes Umfeld in entsprechender Lage zu schaffen, auch von dem sozialstrukturell privilegierten Klientel selbst umgesetzt und aufrechterhalten werden soll (vgl. BHS Städtebau 2005).

### 3. Zur räumlich begrenzten Produktion von Sicherheit als Strategie

Die Inanspruchnahme eines bestimmten abgegrenzten Gebiets durch soziale Praxen und Prozesse versteht Belina als „Territorialisierung“ (2013: 57 ff.). Über entsprechende Territorien wird insofern Macht ausgeübt, als die raumbezogene soziale Praxis und die entsprechenden jeweiligen Prozesse nie allein einem Selbstzweck dienen, sondern je nach Interesse und ihrem Gegenstand nach als Strategien fungieren. Dem geographisch-historischen Materialismus Belinas folgend, sind Produktion und Aneignung physisch-materieller Räume „nicht Ergebnis individueller Praxis, sondern Momente gesellschaftlicher Verhältnisse“ (ebd.: 50). Dem entgegenstehend werden nach dem *cultural turn* der Sozialwissenschaften Räume vor allem als kulturell geprägt und sozial konstruiert begriffen. Damit erscheinen Räume und ihre Machtstrukturen stets als diskursiv hergestellt, so dass ihre physische Materialität selbst unberücksichtigt bleibt und sie letztlich nur als eine Idee erscheinen, quasi nur als eine Abstraktion, deren Resultat sie sind. Um nicht einseitig dem Idealismus ‚kulturalisierter Räume‘ zu verfallen, scheint es daher wichtig, Territorialisierungsprozesse in ihrer Möglichkeit und Realität aus sozialen Prozessen heraus zu verstehen. Damit lässt sich die Konstruktion von Sicherheit und Ordnung nicht nur als Machteffekt im Raum verstehen, sondern es lässt sich darüber hinaus untersuchen, wie dieser als strategisches Mittel zum Zweck der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse eingesetzt wird. Betrachtet man entsprechend Sicherheitspolitiken als Strategien der Territorialisierung in Bezug auf den restrukturierten Raum, lassen sich auch „Spuren des gesellschaftlichen Charakters der Stadterneuerung aufspüren“ (Holm 2006: 11).

Zwar zeigt sich im untersuchten Fallbeispiel, wie im Zuge räumlich beschränkter Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen unterschiedliche Akteure und Institutionen den städtischen Raum diskursiv herstellen, indem sie diesem direkt Bedeutungen zuweisen. Dabei entstehen entlang spezifischer Bedeutungszuschreibungen „dominante Vorstellungen“ (Belina 2013: 57 ff.) über die Sicherheit im Raum. Wie die physisch-materiellen Räume und eine auf diese bezogene soziale Praxis selbst gehen jedoch auch deren Bedeutungen aus gesellschaftlich umkämpften Prozessen hervor (ebd.: 55). Um dabei einer historisch-materialistischen Perspektive gerecht zu werden, können daher nicht nur „menschliche Bedeutungszuschreibungen (Wissen) für die Konstitution des städtischen Areals und/oder menschlichen Handelns in den Vordergrund gestellt“ (Christmann/Mahnken 2012: 91) werden.

Genauso wie die Sicherheitspraktiken stellt der hier vorgeschlagene Ansatz auch die Diskurse über die Sicherheit in den Kontext der materiellen Voraussetzungen, die zum Beispiel mit der Aufwertung eines Stadtteils als Teil gesellschaftlicher Prozesse in Verbindung stehen. Deshalb werden „insbesondere die rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen, aber auch die administrativen Arrangements des lokal-staatlichen Handelns“ (Holm 2006: 11) als wesentliche Ausgangslage der Forschung betrachtet. Dabei treten Lokalisierung und Regionalisierung als Kennzeichen neoliberaler Sicherheitsproduktion, um abgegrenzte urbane Räume als Ressource in der Standortpolitik nutzbar zu machen, in den Vordergrund der Analyse. (Kern 2014: 17). Jan Kemper und Anne



Vogelpohl (2013) legen in ihrem programmatischen Aufsatz „Zur Konzeption kritischer Stadtforschung“ dar, dass es um

„...die Berücksichtigung der historisch-sozialen Voraussetzungen für gegenwärtige Stadtentwicklungsprozesse, die Analyse der städtischen Raum- und Sozialverhältnisse als krisen- und konfliktvermittelte und deshalb als dynamische Verhältnisse sowie die Konzeptionierung dieser Verhältnisse als veränderbar [geht]“ (ebd.: 7).

Vor diesem Hintergrund kann die Bedeutung eben dieser „Verräumlichung von Sicherheit“ (Belina 2011) durch unterschiedliche Akteure angemessen analysiert und als gesellschaftlicher Prozess nachvollzogen werden.

#### 4. Fazit

Die Analyse zeigt, wie im Zusammenwirken privater, kommerzieller und staatlicher Interessen und Strategien die eigentlich polizeiliche Aufgabe, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, auf verschiedene Akteure ausgelagert wird und sich die Kontrolle zusätzlich auf präventive Maßnahmen ausdehnt. Bei der gemeinsamen Produktion des Raumes bringen eine zivilgesellschaftliche Initiative und städtisch-administrative Institutionen in ihrer Verzahnung außerdem dominante Vorstellungen hervor, die in ihren konkreten Maßnahmen Relevanz für die soziale Praxis erlangen: Potenziell verstößt somit jede offene Weinflasche innerhalb des betrachteten Areals gegen bestimmte Normvorstellungen. Die diskursive Konstruktion des Raumes als ‚Brennpunkt‘ dient der Legitimierung macht- und ordnungspolitischer Maßnahmen. Mittels dieses semiotisch vereinfachten Wissens bleiben andere Perspektiven auf den öffentlichen Raum, wie sie sowohl von den unterschiedlichen Nutzer\_innen als auch von den Anwohner\_innen selbst vertreten werden, unberücksichtigt. Die dominanten Vorstellungen in Bezug auf den öffentlichen Raum werden dabei in der lokalen Zeitung verstärkt und reproduziert. Somit wird der öffentliche Raum am Ufer des Seerheins auch im medialen Diskurs nach den Maßstäben von Sicherheit und Ordnung konstruiert.

Zwar lässt sich einerseits in diesen dominanten Vorstellungen und Praktiken zur Produktion von Sicherheit und Ordnung die „(De-)Normalisierung“ bestimmter Verhaltensweisen im Raum erkennen. Andererseits scheint es wichtig, dass die spezifischen Formen der Subjektivierung durch individualisierte Kontrollmechanismen nicht isoliert betrachtet werden, wodurch sozialräumliche Prozesse als rein ideell und abstrakt produzierte Wirklichkeit erscheinen, in deren Folge das Sicherheitsregime nur als kulturelles Muster analysierbar wird. Hingegen ist es aus einer historisch-materialistischen Perspektive wichtig zu zeigen, dass im Zusammenwirken der verschiedenen Akteure zur Herstellung eines ruhigen und sauberen Umfeldes und der Ausrichtung des Raumes am Ideal des ‚touristischen Schlenderns‘ dieser Raum zugleich als strategische Ressource zum Einsatz kommt und als Mittel fungiert, um das aufgewertete Fabrikgelände herrschaftsförmig zu organisieren. Dies bedeutet vor allem, dass die abstrakte Idee von Sicherheit im Raum sich nicht als Eigenlogik entfaltet, sondern innerhalb der konfliktiven Auseinandersetzung um Sozial- und Raumverhältnisse als Teil von Territorialisierungsstrategien zu begreifen ist.

Die Produktion des Raumes lässt sich so als sozialer Prozess erkennen, der von den Strategien und Interessen einzelner Akteure bestimmt ist. Die Analyse macht die materiellen Bedingungen der Aufwertung sichtbar. Die ökonomische Aufwertung selbst als Machtstrategie im Raum zu betrachten, macht diese als einen Teil der kapitalistischen Verwertungslogik erkennbar, die den Raum zur strategischen Ressource innerhalb gesellschaftlicher Herrschaftslogik insgesamt macht. Eine rein diskursive Analyse, die die dominante Vorstellung von Sicherheit im Raum insgesamt in ihrem Verhältnis zur ökonomischen Aufwertung der ‚Stadt am Wasser‘ ausblendet, würde somit der gleichen ideellen Konstruktion von Sicherheit und Ordnung im Raum folgen, mit der die engagierten Bewohner\_innen des neuen Quartiers dem Raum seinen abstrakten sozialen Inhalt zuweisen.

Gleichzeitig ist für eine Analyse neoliberaler Kontrollpolitiken wichtig, dass sich Raum und Gesellschaft auch aus historisch-materialistischer Perspektive gegenseitig bedingen und Räume nicht lediglich als Spiegel der ökonomischen und politischen Verhältnisse zu begreifen sind. Versteht man vielmehr Raum als Elaborat gesellschaftlicher Verhältnisse und zugleich als Instrument, welches diese erst hervorbringt und stabilisiert, lässt sich der doppelte Zusammenhang von gesellschaftlichen Voraussetzungen und Effekten der Stadterneuerung zeigen.

## Endnoten

- [1] Diese Wohnquartiere werden daher im lokalen Sprachgebrauch aufgrund ihrer Bauweise auch ‚Hofgärten‘ genannt.
- [2] Leider lassen sich die Autoren der Homepage zumeist nicht direkt zuweisen, da die einzelnen Beiträge oft ohne kenntliche(n) Autor\_in und Datum veröffentlicht sind. Ich habe mich deshalb darauf festgelegt, die Abkürzung „Seerhein-Netz“ zu benutzen und wenn möglich das Datum anzugeben. Als Mitautor\_innen werden auf der Seite neben dem Betreiber (Günther Lange) noch B. Lange, H.-P. Krause und S. Geiger gelistet. Die Homepage ([www.am-seerhein.net](http://www.am-seerhein.net)) selbst ist mittlerweile nur noch über [archive.org](http://archive.org) aufrufbar.
- [3] Petershausen ist der Konstanzer Stadtteil, dem auch das alte Fabrikareal angehört. Die Bürgergemeinschaft ist eine Stadtteilinitiative.
- [4] Die Beschwerden beziehen sich dabei beispielsweise auf ein beschädigtes Toilettenhaus im Park (vgl. Abb. 2), einige rausgerissene Weidenstecklinge und wenige Graffitis (vgl. Abb. 3), die als politische Äußerung gegen den aufgewerteten Wohnraum verstanden werden müssen (vgl. Seerhein-Netz o.J.).
- [5] Dies ist ein altes Gebäude, dessen Räumlichkeiten bereits vor der Restrukturierung des Fabrikgeländes der Universität Konstanz zur Verfügung standen.
- [6] Interessant ist hierbei auch, dass Link (1997: 77) „normalistische Strategien“ besonders hervorhebt, die „im Sinne einer gerichteten Kombination einzelner ‚Taktiken‘“ zu begreifen sind.

## Autor\_innen

Der Autor betreibt kritische Sozialforschung und bezieht dazu Anregungen aus der Sozial- und Kulturtheorie sowie der Ethnologie mit ein. Besonders die Themen Popkultur, Stadt- und Migrationsforschung stehen dabei im Fokus.  
[linus.klappenberger@hu-berlin.de](mailto:linus.klappenberger@hu-berlin.de)

## Literatur

- Becker, Franziska (2013): Nachtruhe versus Party? Eine ethnographische Studie zu Konflikten im öffentlichen Raum in Konstanz. Abschlussbericht der ethnographischen Orientierungsstudie (Prämediation) zu Konflikten im öffentlichen Raum Konstanz. <http://www.ethnologie-mediation.de/sicherheit-praevention> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Belina, Bernd (2011): Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd (2013): Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Christmann, Gabriela B. / Mahnken, Gerhard (2012): Raumpioniere, stadtteilbezogene Diskurse und Raumentwicklung. Über kommunikative und diskursive Raum(re)konstruktionen. In: Rainer Keller / Inga Truschkat (Hg.): Methodologie und Praxis der wissenschaftlichen Diskursanalyse. Wiesbaden: VS Verlag.
- Edinger, Eva / Lipphardt, Anna (2011): Melting Space Herosé? – Die „Stadt am Seerhein“ in Konstanz aus raumwissenschaftlicher Perspektive. <http://kops.uni-konstanz.de/handle/123456789/12656> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism. The transformation in Urban Governance in late capitalism. In: Geografiska Annaler B 71, 3-17.
- Holm, Andrej (2006): Die Restrukturierung des Raumes. Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin: Interessen und Machtverhältnisse. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kemper, Jan / Vogelpohl, Anne (2013): Zur Konzeption kritischer Stadtforschung. Ansätze jenseits einer Eigenlogik der Städte. In: s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 1/1, 7-30. <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/2/102> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Kern, Anna (2014): Ein Frankfurter Sicherheitsregime. Neoliberale Sicherheitsproduktion in der ‚Hauptstadt des Verbrechens‘. In: s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 2/2, 17-38. <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/133/206> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Link, Jürgen (1997): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pressereferent der Stadt Konstanz (o.J.): Stadt am Seerhein. Arbeiten und Wohnen am Wasser. <http://www.konstanz.de/umwelt/01029/02010/05903/05940/index.html?lang=de> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Pugliese, O. (2014): Bürger auf den Barrikaden. In: Seemoz, 20.10.2014.
- Rindt, Claudia (2014): Patt bei Thema Sicherheitsdienst für das Seeufer. In: Südkurier, 12.02.2014.
- Ronneberger, Klaus / Lanz, Stephan / Jahn, Wehrheim (Hg.) (1999): Die Stadt als Beute. Bonn: Dietz.
- Seerhein-Netz (2009): Homepage der Bewohner der Stadt am Seerhein Konstanz. <http://www.am-seerhein.net> (letzter Zugriff am 25.12.2014).
- Seerhein-Netz (2011): Homepage der Bewohner der Stadt am Seerhein Konstanz. <http://www.am-seerhein.net> (letzter Zugriff am 25.12.2014).
- Seerhein-Netz (2012): Homepage der Bewohner der Stadt am Seerhein Konstanz. <http://www.am-seerhein.net> (letzter Zugriff am 25.12.2014).
- Seerhein-Netz (o.J.): Homepage der Bewohner der Stadt am Seerhein Konstanz. <http://www.am-seerhein.net> (letzter Zugriff am 25.12.2014).
- Stadt Konstanz (2014a): Gemeinderatssitzung vom 20.02.2014. Konzept Prävention und Sicherheit. <http://www.konstanz.sitzung-online.de/bi/too20.asp?TOLFDNR=1000710> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Stadt Konstanz (2014b): Ergänzungsvorlage zu Konzept Prävention und Sicherheit. <http://www.konstanz.sitzung-online.de/bi/too20.asp?TOLFDNR=1000767#allrisAE> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Stadt Konstanz (2014c): Beschlussvorlage\_0164. Antrag Stadtverwaltung. <http://www.konstanz.sitzung-online.de/bi/voo20.asp?VOLFDNR=100014> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Städtebau Bodensee/Hegau GmbH (BHS): Die Stadt am Seerhein. Prospekt Hofgarten 2. <http://www.bhs-staedtebau.de/downloads/hofgarten2.pdf> (letzter Zugriff am 29.03.2016).
- Wehrheim, Jan (2012): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen: Verlag Barbara Budrich.



# Durch Athen auf Frankfurt blicken

„Austerity Urbanism“, Uneven Development und Alltäglichkeit –  
Reflexionen aus zwei Workshops

Felix Wiegand, Tino Petzold,  
Daniel Mullis und Bernd Belina

## Einleitung: zwei Workshops

„[I]t has been particularly productive to bring the experiences of different case-study cities into careful conversation with one another in order to reflect critically on extant theory, to raise questions about one city through attending to related dynamics in other contexts, or to point to limitations or omissions in existing accounts.“ (Robinson 2011: 6)

Was ist das Spezifische an urbanen Krisen heute, im „Zeitalter der Austerität“ (Edsall 2012)? Hierzu wollen wir<sup>[1]</sup> einige konzeptionelle Überlegungen vorstellen, die auf Erfahrungen in und Diskussionen mit Kolleg\_innen aus Athen zurückgehen. Der griechisch-deutsche Austausch erfolgte im Rahmen einer Kooperation von Athener Stadtforscher\_innen von der School of Architecture der National Technical University (NTUA) und Kolleg\_innen aus dem deutschsprachigen Raum, insbesondere vom Frankfurter Institut für Humangeographie sowie aus Hamburg, Leipzig und Weimar. Seinen Ort hat dieser Austausch bisher in zwei Workshops gefunden.<sup>[2]</sup> In beiden Fällen war es neben den Vorträgen und Plenumsdiskussionen das umfangreiche Begleitprogramm, das zu einem vertieften Verständnis der jeweiligen Situation beigetragen hat: so unter anderem zahlreiche Exkursionen, der gemeinsame Besuch einer Demonstration in Athen und die vielen persönlichen Gespräche am Rande.

Der Beitrag zielt auf den Versuch, durch Athen auf Frankfurt zu blicken, und zwar in zweierlei Weise: Was lernen wir über Frankfurt und die Rhein-Main-Region, wenn wir unseren Blick durch Erfahrungen und Forschungen aus und über Athen anleiten lassen, wenn wir also Athen als Kontrastfolie, Maßstab und Pool an Hinweisen verstehen? Und was lernen wir, wenn wir wollen, dass unsere Gäste aus Athen Frankfurt und die Rhein-Main-Region verstehen, wir also ihren Blick antizipieren, unterstützen und mitunter auch anleiten? In dieser doppelten Weise glauben wir in konkreter Form von einer „careful conversation“ (Robinson 2011: 6) zwischen Fallstudien profitieren zu können, wie sie in der Debatte um komparative Stadtforschung mitunter

doch recht abstrakt gefordert wird. Durch den ‚Umweg‘ über Athen wollen wir einen Beitrag zu den Debatten um die urbane Dimension der aktuellen Konjunktur von Krise und Austerität leisten.

Dabei scheint uns wichtig, Austerität nicht als gänzlich neues Phänomen zu betrachten, ist sie doch seit jeher ein wichtiger Teil des politischen Repertoires der Neoliberalisierung (des Städtischen); aktuell können wir aber eine drastische Vertiefung und institutionelle Festschreibung dieser Logik beobachten. Wie für den urbanen Kontext insbesondere Peck (2012) mit dem Begriff ‚*Austerity Urbanism*‘ herausgearbeitet hat, kommen dabei Aspekte zum Tragen, die über den bisherigen Modus der Neoliberalisierung hinausgehen. Vor diesem Hintergrund reflektieren wir im Folgenden in einem ersten Abschnitt über unsere *Erfahrungen* aus den Workshops und den Implikationen, die sich daraus für die wissenschaftliche Arbeit, insbesondere zum *Gegenstand* urbane Austerität und Krise ergeben. Daran anschließend verdichten wir im Abschnitt *Interventionen* diese Einsichten im Lichte der aktuellen Debatte über das *Konzept Austerity Urbanism*, um dessen analytische Möglichkeiten und Grenzen aufzuzeigen.

## **Erfahrungen**

### *Raum-zeitlich ungleiche Entwicklung und Multiskalarität ernstnehmen*

Zunächst wollen wir den Mehrwert einer geographisch informierten Perspektive betonen. Beim Versuch, durch Athen auf Frankfurt zu blicken wird die Aufmerksamkeit insbesondere auf solche Aspekte gelenkt, die uns zwar aus der geographischen Theoriediskussion bekannt sind, deren Relevanz aber erst durch den ‚Umweg‘ und den gemeinsamen Austausch am konkreten Gegenstand wirklich nachvollziehbar wird. Diesbezüglich lassen sich insbesondere der Fokus auf Prozesse der raum-zeitlich ungleichen Entwicklung sowie eine multiskalare Perspektive hervorheben. Letztere kam in den beiden Workshops zunächst in der Fokussierung auf die urbanen Ausprägungen des europäischen Austeritätsregimes in zwei nationalen Kontexten zum Tragen. Vor dem Hintergrund der dominanten Krisenerzählungen (vgl. Belina 2013), aber auch den zumeist auf nationale und europäische Maßstäbe fokussierten Beiträgen kritischer Sozialwissenschaften (z. B. Jäger/Springler 2015), erscheint es *erstens* betonenswert, dass der Fokus auf räumliche Maßstabsebenen unterhalb des Nationalstaates das Verständnis von Krise vertiefen kann und insbesondere auch gesellschaftspolitisch jene nationalen Mythen infrage zu stellen hilft, welche die Erzählungen der Krise nach dem Muster ‚hier so, dort anders‘ weitgehend beherrschen. Demgegenüber fördern Untersuchungen zu Bundesländern, Regionen und Städten, Nachbarschaften oder den Orten alltäglicher Reproduktionsarbeit soziale Prozesse jenseits makroökonomischer Kennzahlen zutage, die die Komplexität und Widersprüchlichkeit der aktuellen gesellschaftlichen Konjunktur sichtbar machen können – und zwar in Griechenland wie auch in Deutschland. Die Analyse einzelner Stadtviertel in Athen offenbart neben den desaströsen Auswirkungen der Austeritätspolitik auch die widerständige Kreativität und Handlungsfähigkeit der lokalen Bevölkerung, was deren Darstellung als ‚naive‘ und ‚passive‘ Opfer ‚großer Politik‘ deutlich relativiert. Der Blick auf

Städte wie Offenbach in der Rhein-Main-Region macht umgekehrt klar, in welchem Umfang Haushaltskrisen und die teilweise seit Jahrzehnten stattfindende – bisweilen autoritäre – Durchsetzung von Austeritätsmaßnahmen auch hierzulande vielerorts zum Alltag gehören – so sehr, dass sich einzelne Kommunalpolitiker\_innen und Journalist\_innen zur Aussage genötigt sahen: „Wir sind Griechenland“ (Frese 2012). Eine kritische Aufarbeitung dieser urbanen Austeritätspolitik, die auch im Rahmen der breiteren Debatte um die Neoliberalisierung des Städtischen in Deutschland[3] bestenfalls eine untergeordnete Rolle einnehmen, steht bislang noch weitgehend aus.

Diese Diagnose kann freilich die qualitative Differenz nicht überdecken, die zwischen unseren beiden Fallstudien besteht. In diesem Sinne lässt sich auf Grundlage der beiden Workshops *zweitens* die zentrale Bedeutung großmaßstäblicher, wesentlich entlang nationaler Territorien verlaufender Muster ungleicher Entwicklung hervorheben. Insofern diese Muster und die politischen Regulierungen im Kontext der Europäischen Union entscheidend für den Ausbruch der Krise verantwortlich waren und ihren Verlauf bis heute entscheidend prägen (Hadjimichalis 2011), bestimmen sie auch das Maß, in dem Regionen, Städte und Gemeinden von der Krise selbst bzw. den Politiken ihrer herrschaftlichen ‚Bearbeitung‘ betroffen sind. Darüber hinaus wird der je spezifische Charakter urbaner Austerität von den national divergierenden historischen, institutionellen, politischen usw. Rahmenbedingungen bestimmt, die zum Teil lange vor dem Ausbruch der aktuellen Krise entstanden sind und in bestimmten Pfadabhängigkeiten resultieren. Deutlich wurde dies in den beiden Workshops zum Beispiel anhand der unterschiedlichen zeitlichen Dynamik der Durchsetzung von Austerität – ‚scheibchenweise‘ über 40 Jahre in Deutschland oder im Rahmen einer kurzfristigen „Shock Doctrine“ in Griechenland (Hartmann/Malamatinas 2011) –, der unterschiedlich starken Ausprägung lokaler Autonomie gegenüber dem Zentralstaat oder den verschiedenen Traditionen der Wohnraumversorgung in Griechenland und Deutschland.

Bleibt die Argumentation auf dieser Ebene, so entsteht ein Bild nationaler ‚Spielarten‘ urbaner Austerität, das die eingangs kritisierten ‚nationalen Mythen‘ zu reproduzieren droht. Um die variierten Formen lokaler Entwicklung adäquat fassen zu können, bedarf es *drittens* eines genauen Blicks auf kleinteiligere Ausprägungen ungleicher Entwicklung. Gerade die Auseinandersetzung mit den beiden Metropolregionen Attika und Rhein-Main macht deutlich, dass zwischen beziehungsweise innerhalb einzelner Kommunen und Stadtteile ein Maß an sozialräumlichen Disparitäten besteht, das eine schematische Zuordnung entlang nationaler Kategorien verunmöglicht. Dies gilt umso mehr, da diese auch kleinräumigen Ungleichheiten in den letzten Jahren hier wie dort weiter zugenommen haben. Die Auseinandersetzung mit solchen lokalen Entwicklungen legt dabei eben jenes ungleichzeitige Wechselspiel von Investition und Desinvestition offen, das für kapitalistische Raumproduktion charakteristisch ist. So geraten neue Runden kapitalistischer Inwertsetzung in den Blick – inklusive der damit unweigerlich verbundenen Formen der Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2013: 106-12). Wie in den beiden Workshops anhand der Beispiele Offenbach[4] sowie des Europaviertels in Frankfurt (Schipper/Wiegand 2015) gezeigt wurde, manifestiert sich diese Dynamik in Deutschland gegenwärtig

in Gestalt eines kriseninduzierten (Wohn-)Immobilienbooms, in dessen Folge zuvor brachliegende oder von Desinvestition betroffenen Areale aufgewertet und umfangreiche Prozesse der staatlich geförderten (Neubau-)Gentrifizierung angestoßen werden, wodurch neue, kleinräumige Reichtums- und Armutinseln entstehen. Vergleichbare Tendenzen lassen sich auf dem Immobilienmarkt in Athen nur sehr vereinzelt nachzeichnen. Dennoch zeugt der Privatisierungsdruck seitens der Troika auf Griechenland, der 2011 in der Gründung der staatlichen Treuhandgesellschaft HRADF mündete, von Versuchen, die Krise für eine neue Runde der kapitalistischen Inwertsetzung von (urbanem) Grund und Boden zu nutzen (Hadjimichalis 2014). Die Implementierung investitionsorientierter urbaner Gesetzgebungen und die zusätzliche Fokussierung auf urbane Großprojekte (Mullis 2015) weisen in dieselbe Richtung.

Die letztgenannten Beispiele zeigen schließlich *viertens*, dass die konkrete Analyse urbaner Austeritätspolitik ein multiskalares Zugriffsbedarft, der die verschiedenen Ebenen gesellschaftlicher Prozesse und Auseinandersetzungen gleichermaßen in die Betrachtungen mit einbezieht und in ihrer Relationalität fasst. Dass diese Ebenen und ihr Zusammenhang dabei selbst als sozial hervorgebracht – und daher potentiell veränderbar – verstanden werden müssen, wird nirgendwo deutlicher als an den verschiedenen Institutionen und Mechanismen, welche in den letzten Jahren in ganz Europa gegen teilweise heftige Widerstände eingeführt wurden, um das Leitbild des ausgeglichenen Staatshaushalts zu verfestigen und die Umsetzung austeritätspolitischer Maßnahmen sicherzustellen. Gerade weil beispielweise die Troika in Griechenland oder die Schuldenbremsen in Deutschland das Ausmaß und die konkrete Form urbaner Krisen entscheidend prägen, kann sich deren Analyse ebenso wenig auf die lokale Ebene beschränken wie umgekehrt eine Betrachtung des europäischen Austeritätsregimes ohne Bezug zu urbaner – sowie regionaler – Austerität unterkomplex bleiben muss.

### *Alltag, Krise der Reproduktion und Potentiale der (Re-)Politisierung*

Im Rahmen der Workshops wurde gleichzeitig deutlich, dass der Begriff der Austerität nur einen – wenn auch zentralen – Aspekt der aktuellen Runde urbaner Krisen bezeichnet. So relevant es wäre, die austeritätsbedingten Kürzungen von und Umverteilungen mittels öffentlicher Haushalte auch hierzulande stärker zu thematisieren und zu skandalisieren, so zeigt der Blick über den ‚Umweg‘ Athen, dass wir dabei die Debatte erweitern sollten. Diesbezüglich halten wir vor allem zwei Aspekte für relevant, die ein deutliches Mehr an Forschung und Aktivismus aus der Wissenschaft heraus verdienen würden: zum einen die Krise der sozialen Reproduktion und den Wandel der alltäglichen Lebensweise, zum anderen die Krise der Repräsentation beziehungsweise die Etablierung alternativer politischer Projekte.

Vor dem Hintergrund der multiplen Krise in Athen (Koutrolikou 2015) wird zunächst deutlich, dass es, anders als aktuelle Debatten häufig suggerieren, bei Austerität längst nicht nur um die Konsolidierung öffentlicher Haushalte, die Durchsetzung eines schlanken Staates oder die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit geht. Vielmehr stehen wir vor einem Projekt der gesamtgesellschaftlichen Umgestaltung, das langfristig angelegt ist und



tiefgreifende Veränderungen der sozialen Reproduktion mit sich bringt. So machen die griechischen Teilnehmer\_innen der beiden Workshops in ihren Beiträgen drastische Verschiebungen in praktisch allen Bereichen der Gesellschaft aus, angefangen bei der medizinischen Grundversorgung, über den Zugang zu Energie und Nahrungsmitteln bis hin zur Wohnungsfrage sowie den Geschlechterverhältnissen. Dina Vaiou (2014a) beschreibt eine Rationalisierung des Bildes der Hausfrau und der Mutter durch die hohe weibliche Arbeitslosigkeit; berichtet zugleich aber davon, dass Frauen die klassisch männliche Rolle der ‚Familienernährer‘ übernehmen. In beiden Fällen prägen Spannungen und Konflikte den alltäglichen Austausch, die immer öfter auch in häusliche Gewalt umschlagen. Im Kontext der Wohnungsfrage diskutiert der Beitrag Dimitra Siatitsas die Erosion auch langfristiger Lebensperspektiven durch den ökonomischen und politischen Druck auf das Wohneigentum, das im griechischen Modell den zentralen Ort der sozialen Reproduktion darstellt. In Athen sind Krisenerscheinungen dabei von zeitlich begrenzten Singularitäten zur kontinuierlichen Realität geworden, die den Alltag in all seinen Facetten dominiert (Lührs 2015). Richten wir den Blick über Athen auf Frankfurt und die Region Rhein-Main, ließe sich Ähnliches für prekarierte Gruppen wie Langzeitarbeitslose, Flüchtlinge, Alleinerziehende, Alte und Menschen mit Behinderungen feststellen. Im Sinne der oben genannten variierten Formen lokaler Entwicklung wäre hier insbesondere auch danach zu fragen, welchen Einfluss die „inequalities among places“ (Vaiou 2014b: 1) haben, also etwa, ob mensch im reichen Eschborn oder im armen Offenbach lebt.

Parallel zur Krise der sozialen Reproduktion und der Alltäglichkeit von Austerität sind in Griechenland in den letzten Jahren auch vielseitige Projekte der kollektiven Organisation und sozialer Grundversorgung entstanden. Im Bereich der Wohnungsfrage findet Vernetzung statt; vielerorts gibt es Initiativen von Nachbar\_innen, in denen praktische Solidarität – wie etwa das Wiederanschließen gekappter Stromleitungen – geübt wird; selbstorganisierte Sozialkliniken bieten eine Grundversorgung; neue Formen der Lebensmitteldistribution werden ausprobiert et cetera. Vor diesem Hintergrund schafft die Veralltäglicung der Krise auch Möglichkeiten für alternative Formen sozialer Reproduktion. Wie oft betont wird, versuchen diese Projekte nicht philanthropisch aktiv zu sein, sondern selbstermächtigend zu wirken und damit neue Subjekte hervorzubringen, die sich dem fortlaufenden politischen, sozialen und ökonomischen Angriff mittels Austeritätspolitik widersetzen können.

Ähnlich doppelseitige Prozesse von Prekarisierung und emanzipatorischem Potenzial sind in Griechenland auch auf der Ebene der Repräsentation und der Modi der Politik zu beobachten. Im Zuge der Austeritätspolitik erodierte das Vertrauen in das politische System des griechischen Staates erheblich. Seither wird die Frage nach den Möglichkeiten politischer Interventionen und Repräsentation mit voller Wucht gestellt. Nicht zuletzt die zweifache Wahl von Syriza sowie das Scheitern der fundamentalen Neuaushandlung der Bedingungen der ersten zwei Memoranden von 2010 und 2012 hat deutlich aufgezeigt, worin die Potentiale, aber auch die Grenzen eines politischen Projektes bestehen, das unter der gegebenen politischen Gesamtwetterlage auf nationaler und parlamentarischer

Ebene den Bruch mit dem europäischen Austeritätsregime sucht. Jenseits der politischen Bewertung dieses Versuchs ist entscheidend, dass es rückblickend die breite Infragestellung der traditionellen Formen politischer Repräsentation in Griechenland war, das zum Aufbegehren und – vermittelt über die Besetzung des Syntagma Platzes im Sommer 2011 – zur Explosion jener lokalen Initiativen geführt hat, die den Aufstieg von Syriza erst ermöglichten. Die lokale Verbindung von Protesten und Widerständen vermochte eine breite Kraft zu entwickeln, die auf einer staatlichen Ebene zumindest zwischenzeitlich eine glaubhafte Alternative präsentierte.

Vor diesem Hintergrund konstatieren wir für den deutschsprachigen Kontext – trotz einzelner vielversprechender Versuche und Interventionen (vgl. z. B. Mayer et al. 2013) – eine erhebliche Forschungslücke hinsichtlich der Handlungsfähigkeit politischer Subjekte im Kontext von Neoliberalisierung, Austerität und urbaner Krise. Untersucht werden bis heute in vielen Fällen hauptsächlich die politischen Strategien der Eliten, Gouvernentalitäten, Herrschaftsmuster et cetera. Möglichkeitsfenster beziehungsweise die mitunter feinen, manchmal aber auch schon weiten Brüche kommen oft zu kurz oder werden im Kontext von Debatten des Postpolitischen oder der Biomacht in ihrer Relevanz negiert. Die Erfahrungen des Umgangs mit der ‚Shock Doctrine‘ in Griechenland verdeutlichen, wie diese Brüche von progressiven Gruppen aktiv produziert wurden. Wir vermuten, dass der schleichende Schock von inzwischen 40 Jahren scheinbar weicher Austerität in Deutschland – wenngleich der Schock in den neuen Bundesländern nach 1990 gar nicht so schleichend war – ebenfalls Brüche produziert hat, in denen sich neue Subjekte und widerständige Potentiale ergeben und verdichten. Wir erkennen in den vielen Arbeitsloseninitiativen, Mieterbündnissen, Stadtteilgruppen et cetera auch in unserem Umfeld Gruppen und Projekte, die zumindest an den Brüchen entlang arbeiten, die es analog zu den Arbeiten zu Athen auch hierzulande durch Forschung und Engagement zu (ver-)stärken gilt. Denn wie Cindy Katz (2001) unterstreicht, gehört das „unhiding“ dessen, was passiert, aber totgeschwiegen wird, zu den zentralen Aufgaben kritischer Wissenschaft. Dies gilt umso mehr, als die Unsichtbarkeit dieser Widerständigkeiten auch ein Teil ihrer Kontrolle ist und der Absicherung des Fortbestehens der schleichenden Prozesse der Austerität dient. Wir plädieren somit dafür, mitunter auch kleinteilige und fragmentarische Formen von Politik in und durch unsere Forschung zu erkennen. Neben der Athener Perspektive könnten Anregungen dazu etwa aus den aktuellen Debatten um Formen der „low-budget-urbanity“ kommen.[5] Voraussetzung hierfür wäre jedoch eine stärkere Fokussierung dieser Debatte auf solche Praxen, Initiativen und Akteur\_innen, die ihren Ausgangspunkt in Formen sozialer Marginalisierung (aufgrund von Armut, Prekarisierung, Rassismus, Austeritätspolitik etc.) haben (vgl. Hilbrandt/Richter 2015) beziehungsweise generell auf Macht, Herrschaft und die Möglichkeiten politischer Emanzipation. In diesem Zusammenhang erscheinen insbesondere jene nichteuropäischen Zugänge produktiv, die Mikro- und Alltagsformen von widerständigem Handeln thematisieren (vgl. Bayat 2012; Zibechi 2011). Solche Blickwinkel könnten dabei helfen, die Behauptung der Abwesenheit von Politik, womit immer auch ein Zementieren des Postpolitischen einhergeht, zu überwinden (vgl. Wilson/Swyngedouw 2014).

## Intervention

Abschließend wollen wir die bisherigen Einsichten und Reflexionen im Rahmen der aktuellen Debatte um *Austerity Urbanism* verorten. Unseres Erachtens sollte das Konzept dabei nicht als ausgefeilter Zugang, sondern als heuristischer Ad-hoc-Begriff verstanden werden. Dies ist nicht zuletzt der Kürze der bisherigen Debatte zuzuschreiben, die zudem eher empirisch-beschreibend als begrifflich-abstrahierend ausgerichtet ist. Weiterhin ist auch von einer strategischen Verwendung des Begriffs auszugehen, erlaubt dieser doch, in politischen Debatten zu intervenieren. Ziel ist daher hier weniger eine grundlegende theoretische Kritik als eine Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen des Begriffs.

Analog zum oben herausgearbeiteten Anspruch, Multiskalarität ernst zu nehmen, arbeitet Peck (2012) mit dem Begriff des *Austerity Urbanism* heraus, dass es die Städte sind, in denen extralokal induzierte – sei es durch ökonomische Krisen oder supralokales Sparen – Konsolidierungsmaßnahmen besonders wehtun. Am Beispiel US-amerikanischer Städte benennt er damit zunächst eine spezifisch *fiskalische* Krise des (lokalen) Staates, die sich aber zugleich als eine *urbane* Krise artikuliere, „in the sense that the cities have been hit especially hard by the housing slump and the parallel wave of mortgage foreclosures; in the sense that cities are disproportionately reliant on public services; and in the sense that they are ‚home‘ to many of the preferred political targets of austerity programs – the ‚undeserving‘ poor, minorities and marginalized populations, public-sector unions and ‚bureaucratized‘ infrastructures. Cities are therefore where austerity bites.“ (Peck 2012: 629) Dieser Befund gilt, wie er betont, umso mehr, als die aktuelle Welle von Austerität auf ein urbanes Terrain trifft, das durch Dekaden der *roll-back*-Angriffe und die damit einhergehende Durchsetzung unternehmerischer Stadtpolitiken bereits umfassend neoliberalisiert worden ist. Hinsichtlich der oben zusammengetragenen Erfahrungen möchten wir vier Aspekte herausstellen, die uns bei der Diskussion urbaner Austerität als Resultat unseres Versuchs durch Athen auf Frankfurt zu blicken relevant erscheinen:

Austerität hat *erstens* eine Geographie und eine Geschichte und muss entsprechend als komplexes, in Raum und Zeit ungleiches Verhältnis verstanden werden, das in verschiedenen Territorien und auf verschiedenen Maßstabsebenen unterschiedliche, aber relational verbundene Verdichtungen und Brüche hervorbringt. In diesem Sinne sollte die jüngste Welle (urbaner) Austerität als Ausdruck, Moment und Mechanismus einer umfassenderen, ‚multiplen‘ (Dauer-)Krise der gesellschaftlichen Formation des neoliberalen Kapitalismus begriffen werden – und als solche auch im Dialog mit den vielfältigen Zeitdiagnosen aus dem breiten Feld der kritischen Sozialwissenschaften und Gesellschaftstheorie diskutiert werden.

*Zweitens* kann gerade der urbane Blick den umfassenden Umbau von gesellschaftlichen Mustern, Alltäglichkeiten und Subjektivitäten in den Fokus rücken, der polit-ökonomischen und staatszentrierten Ansätzen oftmals entgleitet. In diesem Sinne ist zunächst im Anschluss an Peck zu betonen, dass die urbanen Krisen im Zeitalter der Austerität sich nicht auf fiskalische Krisen auf dem Terrain des Urbanen beschränken, sondern weiter reichen. Zugleich möchten wir hier insbesondere zwei Dimensionen hervorheben, die

in den bisherigen Debatten – auch jenen im Anschluss an Peck – weitgehend im Dunkeln bleiben: die Krisen der (urbanen) sozialen Reproduktion und die Krisen der (städtischen) Politik und Repräsentation. Wir sehen hier weiteren Forschungsbedarf, um die unterschiedlichen urbanen Krisendimensionen und insbesondere auch ihren Zusammenhang zu beleuchten.

Die durch Austerität Verarmten und Prekarisierten sollten *drittens* nicht ausschließlich als ‚Opfer‘ eines politischen Angriffs verstanden werden. Auch wenn festzustellen ist, dass soziale Verelendung in Griechenland eine schreiende Realität darstellt und auch in der BRD deutlich hervortritt, so sollte darüber nicht vergessen werden, dass daraus potentiell auch neue politische Subjekte entstehen, die sich selbst Handlungsmacht zusprechen und diese auch einfordern. Gerade hier sehen wir nicht nur im deutschsprachigen Kontext Forschungslücken sowie die Gefahr einer Überbetonung von Top-Down-Perspektiven, erfolgreicher Hegemonieproduktion und Postpolitik.

Enden wollen wir *viertens* mit zwei Kommentaren zur wissenschaftlichen Tätigkeit. Wenn wir als Akademiker\_innen zum gesellschaftlichen Widerstand gegen die urbane Krise im Zeitalter der Austerität beitragen wollen, so sollten wir die Vielschichtigkeit der Krise beleuchten und neben den Regulierungsweisen auch die produzierten Risse, Brüche und deren Akteur\_innen ins Blickfeld nehmen; und daran anschließend die progressiven Potentiale politischen Wandels nicht nur erforschen und ausloten, sondern auch aktiv unterstützen.

## Endnoten

- [1] Diskutiert und kommentiert haben Moritz Bachmann, Bernd Belina, Anna Lustenberger, Daniel Mullis, Conny Petzold, Tino Petzold, Anne Vogelpohl und Felix Wiegand; an der schriftlichen Ausarbeitung waren die genannten Autoren beteiligt.
- [2] „Urban Crisis or Urban Crises? Comparing austerity urbanism, everyday life and resistance in Greek and German cities“, 5.-7.12.2013 an der NTUA in Athen, gefördert durch den DAAD, Programm: [https://encounterathens.files.wordpress.com/2013/12/programme\\_austerity-urbanism.pdf](https://encounterathens.files.wordpress.com/2013/12/programme_austerity-urbanism.pdf) (letzter Zugriff am 2.11.2016), Bericht in *Rundbrief Geographie* 247, S. 25 f.; „Austerity Urbanism in Greek and German Cities“, 23.-25.03.2015 an der GU Frankfurt, unterstützt durch die Vereinigung der „Freunde und Förderer“ der Universität Frankfurt, Programm: <http://kritische-geographie.de/workshop-austerity-urbanism-in-greek-and-german-cities/> (letzter Zugriff am 2.11.2016).
- [3] Vergleiche hierzu das 2013 erschienene Themenheft zur „Neuordnung des Städtischen im neoliberalen Zeitalter“ der Geographischen Zeitschrift, 101/3 u. 4.
- [4] vgl. [offenbach.noblogs.org](http://offenbach.noblogs.org) (letzter Zugriff am 2.11.2016).
- [5] Vergleiche hierzu Färber 2014 sowie ein im Februar 2015 erschienenes Themenheft der Zeitschrift *ephemera* (15/1) mit dem Titel „Saving‘ the city: Collective low-budget organizing and urban practice“.

## Autor\_innen

Felix Wiegand ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich mit kritischer Stadtforschung, materialistischer Staatstheorie, (urbanen) Krisen, Austeritätspolitiken und sozialen Kämpfen. [wiegand@em.uni-frankfurt.de](mailto:wiegand@em.uni-frankfurt.de)

Tino Petzold ist Humangeograph und beschäftigt sich mit Austerität, materialistischer Staats- und Rechtstheorie und kritischer Europaforschung.  
petzold@em.uni-frankfurt.de

Daniel Mullis ist Humangeograph und beschäftigt sich mit kritischer Stadtforschung, politischer Philosophie und Raumproduktion, Neoliberalisierung und sozialen Bewegungen.  
mullis@em.uni-frankfurt.de

Bernd Belina ist Humangeograph und beschäftigt sich mit historisch-geographischem Materialismus, Stadtforschung und kritischer Kriminologie.  
belina@uni-frankfurt.de

## Literatur

- Bayat, Asef (2012): *Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern.* Berlin: Assoziation A.
- Belina, Bernd (2013): Germany in times of crisis: Passive revolution, struggle over hegemony and new nationalism. In: *Geografiska Annaler B* 95/3, 275-285.
- Edsall, Thomas (2012): *The Age of Austerity. How Scarcity will Remake American Politics.* New York: Doubleday.
- Färber, Alexa (2014): Low-budget Berlin: towards an understanding of low-budget urbanity as assemblage. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 7/1, 119-136.
- Frese, Alfons (2012): Die Finanzen der Kommunen. Wir sind Griechenland. In: *Der Tagesspiegel*, 02.11.2012. <http://www.tagesspiegel.de/meinung/die-finanzen-der-kommunen-wir-sind-griechenland/7333500.html> (letzter Zugriff am 2.11.2016)
- Hadjimichalis, Costis (2011): Uneven geographical development and socio-spatial justice and solidarity: European regions after the 2009 financial crisis. In: *European Urban and Regional Studies* 18/3, 254-274.
- Hadjimichalis, Costis (2014): Crisis and land dispossession in Greece as part of the global ‚land fever‘. In: *City* 18/4-5, 502-508.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte.* Berlin: Suhrkamp.
- Hartmann, Detlef / Malamatinas, John (Hg.) (2011): *Krisenlabor Griechenland. Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas.* Berlin: Assoziation A.
- Hilbrandt, Hanna / Richter, Anna (2015): Reassembling austerity research. In: *ephemera. theory & politics in organization* 15/1, 163-180.
- Jäger, Johannes / Springler, Elisabeth (2015) (Hg.): *Asymmetric crisis in Europe and possible futures. Critical political economy and post-Keynesian perspectives.* New York: Routledge.
- Katz, Cindy (2001): Hiding the Target: Social Reproduction in the Privatized Urban Environment. In: Minca, Claudio (Hg.): *Postmodern Geography: Theory and Praxis.* Oxford: Blackwell, 93-110.
- Koutrolikou, Penny (2015): Governmentalities of Urban Crises in Inner-city Athens, Greece. In: *Antipode. Online First*, DOI: 10.1111/anti.12163.
- Lühns, Ronja (2015): *Multiple Krise und Alltag in Griechenland: Zum Verhältnis von Alltag und Krise am Beispiel junger Erwachsener in Athen.* Hamburg: Unveröffentlichte Bachelorarbeit.
- Mayer, Margit et al. (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. Debatte mit Kommentaren von Grisca Bertram, Peter Birke, Volker Eick, Samuel Mössner und Lisa Vollmer sowie einer Replik von Margit Mayer. In: *s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 1/1, 155-168.
- Mullis, Daniel (2015): Athen neu Denken und die Rückeroberung der Städte. In: *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung* 59, 10-15.
- Peck, Jamie (2012): Austerity urbanism. American cities under extreme economy. In: *City* 16/6, 626-655.
- Robinson, Jennifer (2011): Cities in a world of cities: The comparative gesture. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/1, 1-23.

- Schipper, Sebastian / Wiegand, Felix (2015): Neubau-Gentrifizierung und globale Finanzkrise. Der Stadtteil Gallus in Frankfurt a.M. zwischen immobilienwirtschaftlichen Verwertungszyklen, stadtpolitischen Aufwertungsstrategien und sozialer Verdrängung. In: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 3/3, 7-32.
- Vaiou, Dina (2014a): Is the crisis in Athens (also) gendered? Facets of access and (in) visibility in everyday public spaces. In: City 18/4-5, 533-537.
- Vaiou, Dina (2014b): Tracing aspects of the Greek crisis in Athens: Putting women in the picture. In: European Urban and Regional Studies. Online First, DOI: 10.1177/0969776414523802.
- Wilson, Japhy / Swyngedouw, Erik (Hg.) (2014): The Post-Political and its Discontents. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Zibechi, Raúl (2011): Territorien des Widerstandes. Berlin: Assoziation A.

# „Austerity Urbanism“ in griechischen und deutschen Städten

Nachbetrachtungen eines gemeinsamen Projekts[1]

Paschalis Samarinis  
Dimitra Spanou

## Einführung

Die Situation der Krise wirft viele Fragen darüber auf, wie sie sich in verschiedenen städtischen Kontexten zeigt und einfügt. Insbesondere ist eine sorgfältige Betrachtung der diversen Prozesse und Aktionen erforderlich, die Muster des ‚Krisenmanagements‘ hervorbringen, politisches Handeln auslösen und zum Anlass für neue Praktiken der Bewältigung und des Überstehens der Auswirkungen der Krise werden. In diesem Sinne kann die Produktion städtischen Lebens unter Krisenbedingungen als das Ergebnis vielfacher Konflikte um die Verteilung sozialen Wohlstands gesehen werden, die eingebettet sind in ein Netz von Machtverhältnissen, die sich über Skalen, Sektoren und Regionen erstrecken. Der Austausch zwischen Gelehrten und Forscher\_innen aus Deutschland und Griechenland lädt dazu ein, diese Fragen in den Blick zu nehmen unter der Annahme, dass aus einem solchen Vergleich etwas zu lernen ist (Robinson 2011). Die zwei in Athen und Frankfurt veranstalteten Workshops boten eine Gelegenheit, Verständnisse und Erkenntnisse über die Krise in einem Kontext zu teilen, der es ermöglichte, tiefgehende Diskussionen zu führen und sich mit dem Milieu der jeweils anderen vertraut zu machen.

Der Versuch, die aus diesen unterschiedlichen Kontexten resultierenden Reflexionen zu diskutieren, bringt gewisse Herausforderungen mit sich. Da sich die Konsequenzen der Krise in unterschiedlichen Kontexten bedeutend voneinander unterscheiden, ergibt sich die Notwendigkeit, eine Grundlage für ein gemeinsames Verständnis zu schaffen. Dafür ist es notwendig, dominante Diskurse über die jüngste Krise, die sich überwiegend auf finanzielle Rahmenbedingungen und nationale Narrative stützten, zu überwinden. Unsere gemeinsamen Diskussionen haben sich stattdessen auf die Stadt konzentriert, die als herausragendes Terrain dafür gesehen werden kann, die Komplexität der Krise, die facettenreichen Konsequenzen der Austeritätspolitik (Peck 2015), die Herausbildung neuer politischer Subjekte sowie die Kämpfe für sozialen und politischen Wandel (Harvey 2012) zu verfolgen. Durch die Untersuchung einer Reihe von Fallstudien, die sich mit einem breiten Spektrum von Großprojekten, Privatisierungen und Landnahmen bis

hin zur Umsetzung von Austeritätspolitik auf Nachbarschaftsebene und ihren Effekten auf das tägliche Leben befassten, war es uns möglich, die asymmetrischen und unterschiedlichen Geographien neoliberaler Stadtpolitik ebenso wie die erstarkenden, in den Städten verwurzelten Gegenbewegungen (*contesting practices*) zu verfolgen. Die verschiedenen Maßstabebenen der Austeritätspolitik, von der europäischen über die regionale bis zur lokalen Ebene, stellten sich im Rahmen unserer Diskussionen als extrem bedeutsames Thema heraus und hoben die Bedeutung kritisch-geographischer Analyse und komparativer Ansätze noch stärker hervor. In einem Umfeld, das auf europäischer Ebene von Gegensätzen und entstehender Polarisierung geprägt ist, zeigten unsere Diskussionen über griechische und deutsche Städte weiterhin, dass nicht nur ein Bedarf besteht, neue analytische Perspektiven, die über die gebräuchlichen Einteilungen in „Nord vs. Süd“ oder „Zentrum vs. Peripherie“ (Hadjimichalis 2011) hinausgehen, auszuprobieren, sondern dass es auch notwendig ist, gemeinsame Projekte zu schaffen, die Grenzen überschreiten und politische Aspekte in akademische Diskurse und Reflexion einbinden.

### **Die komplexen Realitäten des ‚Austerity Urbanism‘**

Zunächst möchten wir zwei Themen hervorheben, die während beider Workshops immer wieder erörtert wurden und unseren Versuch, Austeritätspolitik während der jüngsten Krise kritisch zu untersuchen, widerspiegeln. Das betrifft erstens die Multiskalarität der Krise von der europäischen bis hin zur lokalen Ebene und zweitens die Notwendigkeit, die Krise und das austeritätsbasierte Krisenmanagement als ausschließlichen – oder überwiegenden – Diskurs über ökonomische Ineffizienz und technische Reformen in Frage zu stellen. Dadurch möchten wir Austeritätspolitik als einen inhärenten Teil einer breiter angelegten neoliberalen Transformation mit vielfältigen Konsequenzen für alle Aspekte des sozialen, ökonomischen und politischen Lebens hervorheben. Eine räumliche Perspektive mit einem Schwerpunkt auf Städten kann in dieser Hinsicht nützliche Einsichten generieren.

In den letzten sechs Jahren ist die ‚Europäische Krise‘ nahezu ständig im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit gewesen: Die griechische Schuldenkrise, die in Mitleidenschaft gezogenen Wirtschaften in Südeuropa und die ökonomische ‚Architektur‘ der Eurozone sind allesamt zu Gegenständen von Analysen, Berichten und Diskussionen geworden. Während in den letzten Jahrzehnten Austeritätsmaßnahmen in verschiedenen europäischen Ländern in Form von Programmen zur wirtschaftlichen Umstrukturierung umgesetzt wurden, ist es mit dem Ausbruch der globalen Krise von 2008 zu einer extremen Verbreitung von Austeritätspolitik in der Eurozone gekommen. Seitdem hat sich Austeritätspolitik, allen Unterschieden in Form und Anwendung zum Trotz, europaweit als unangefochtene wirtschaftliche Doktrin herauskristallisiert und ist systematisch und konsequent auf allen Entscheidungsebenen durchgesetzt worden. Die Umsetzung unpopulärer Reformen ist auf politischer und institutioneller Ebene mit dem Transfer von Entscheidungsgewalt zu transnationalen Institutionen verknüpft, die von Technokraten geleitet werden. Dies wirft Fragen zu demokratischer Kontrolle und Partizipation auf. Während dieser Prozess eine neue Ära für das europäische Projekt insgesamt markiert, ist



darauf hinzuweisen, dass Austeritätspolitik durch inländische ökonomische und politische Eliten aktiv umgesetzt wurde, die als privilegierte ‚Übersetzer‘ der neoliberalen Agenda in nationalen Kontexten agieren. Außerdem wurde die Durchsetzung dieser Agenda mittels einer autoritären Umstrukturierung der Nationalstaaten und durch die Verordnung einer von technokratischen und Managementprinzipien geleiteten Verwaltung auf lokaler Ebene befördert, wobei diese Maßnahmen aber als politisch neutral und effizienter in der Durchsetzung ‚nötiger‘ Reformen dargestellt werden.

Diese Dialektik zwischen europäischer und nationaler Ebene und den vielfältigen Dynamiken und sozialen Antagonismen, die sich über verschiedene Skalen und Regionen erstrecken, sind Schlüsselemente zum Verständnis städtischer Transformationen in Zeiten von Krisen und Austerität: einerseits durch die Parallelen im Umgang mit der Krise, die in den räumlichen und städtischen Taktiken über verschiedene Kontexte hinweg bestehen, andererseits durch die Untersuchung der alle Ebenen durchdringenden Verbindungen zwischen den durchgesetzten Politiken und ihren Folgen.

Das Thema Wohnen ist in den Workshops diskutiert worden und bietet ein aufschlussreiches Beispiel. Die vorgestellten Fallstudien aus deutschen Städten und aus Griechenland demonstrierten einen dominanten europäischen Trend, der durch offizielle Maßnahmen zur Liberalisierung des Wohnungsmarktes und die wachsende Rolle globaler Kapitalzuflüsse im Immobiliensektor befördert wird. Historische Differenzen in der Wohnungspolitik, unterschiedliche Besitzstrukturen in Bezug auf Wohneigentum und der asymmetrische Zufluss von Kapital stellen allerdings in jedem Fall spezifische Herausforderungen dar: während die deutsche Erfahrung durch Gentrifizierungs- und Privatisierungsprozesse, die Demontage des Wohlfahrtsstaats und die Verdrängung der Ärmeren beziehungsweise eine ungleiche Verteilung von Investitionen charakterisiert ist, haben in Griechenland der Zusammenbruch des Wohnungsmarktes und des Bausektors und der plötzliche Anstieg der Grundsteuern zu einer noch nie dagewesenen Zunahme stark verschuldeter Haushalte, einem Anstieg der Obdachlosigkeit und Ängsten vor einer zukünftigen Welle von Zwangsräumungen geführt. Eine solche Analyse zeigt außerdem die Notwendigkeit multiskalärer politischer Auseinandersetzungen auf den verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung: Die Förderung eines universellen ‚Rechts auf Wohnen‘ anstelle kapitalistischer Rentabilität und die Schaffung von Netzwerken der Solidarität gehen Hand in Hand mit lokalen Auseinandersetzungen, die auf ortsspezifische Prozesse, Forderungen und Bedürfnisse abzielen.

Privatisierungen und Landnahmepraktiken stellen einen zweiten Themenkreis dar, der es uns ermöglichte, die Rolle der vielfältigen Akteure, die von der globalen bis hin zur lokalen Ebene tätig sind, zu erörtern. Im Falle Griechenlands wurde nach 2010 von den Institutionen der ‚Troika‘ (aus EU, EZB IWF) ein umfangreiches Privatisierungsprogramm als Vorbedingung für die Unterzeichnung der Vereinbarungen zum Rettungspaket mit der griechischen Regierung (Hadjimichalis 2014) vorgeschrieben. Das Programm beinhaltete sowohl Firmenvermögen als auch Immobilien- und Infrastrukturvermögen und wurde durch die Schaffung eines neuen institutionellen Mechanismus, des Hellenischen Entwicklungsfonds (Hellenic Republic Asset Development Fund, kurz HRADF oder TAIPED), befördert. Obwohl

dieser Prozess gekennzeichnet ist von einer Top-Down-Durchsetzung aggressiver neoliberaler Reformen, sollte man die Tatsache, dass lokale Eliten und ihre politischen Repräsentanten schon seit Langem dieselbe Privatisierungsagenda vorangetrieben haben, nicht ignorieren. TAIPED trat letztendlich als wichtiger Akteur hervor, als lokaler ‚Übersetzer‘ des Programmes und als ‚unabhängiges‘ Machtzentrum, das allerdings über privilegierte Beziehungen zu ‚Insidern‘ verfügte. Desweiteren investierten in- und ausländische Fonds in gemeinsame Großprojekte wie zum Beispiel die Privatisierung regionaler Flughäfen oder die private Erschließung des ehemaligen Flughafens Hellinikons, letzteres ein Fall, der für den Kampf gegen Privatisierungsmaßnahmen emblematisch wurde.

Obwohl die makroökonomischen Aspekte der Krise während des gesamten Zeitraums im Zentrum nationaler und internationaler öffentlicher Diskurse standen, sind die komplexen neuen Alltagsrealitäten, die unter der Austeritätspolitik entstanden, weitgehend überschattet worden. Der dominanten neoliberalen Rhetorik zufolge ist Austerität ein politisches Werkzeug und zwar ein Teil der beworbenen technokratischen Regierungsführung (*governance*), die zur Überwindung der Krise notwendig ist. Im Verständnis der Gegenbewegungen und kritischen Analysen ist austeritätsbasiertes Krisenmanagement dagegen ein Teil der Bemühungen, die Wucht einer systemischen ökonomischen Krise auf die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft zu übertragen. Desweiteren ist Austeritätspolitik mehr als nur eine ökonomische Doktrin oder ein Bündel von Maßnahmen und bringt langfristige und tiefgreifende Auswirkungen auf die soziale Realität mit sich. Dadurch befindet sich die Gesellschaft in einem Prozess des Wandels, der über die ökonomische Sphäre hinausgeht und kulturelle, politische und soziale Konsequenzen nach sich zieht. Aus diesem Grund grenzt ein ausschließlicher Fokus auf die Makroebene und die ökonomischen Zahlen diese Aspekte passenderweise aus dem öffentlichen Diskurs aus. Dies hat kognitive und gesellschaftspolitische Implikationen: Es wird noch schwieriger, die von Austeritätsmaßnahmen generierten oder verstärkten asymmetrischen Effekte und ihre ungleiche Verteilung auf Orte oder sozialen Gruppen zu erkennen und zu analysieren (Vaiou 2014). Der erste Schritt, um den Diskurs über die Krise wieder zu politisieren, liegt in der genauen Bestimmung dieser Aspekte.

Der Fokus auf die städtische Ebene kann neue Einsichten zu diesen entstehenden Ungleichheiten sowie der Herausbildung neuer politischer Subjekte generieren. Mit der Verschärfung der Krise werden Fragen des alltäglichen Überlebens und des Zusammenlebens in städtischen Nachbarschaften zu Fragen von äußerster Wichtigkeit. Die Thematik von Verschiebungen im Alltagsleben war in mehreren Beiträgen über Athen von zentraler Bedeutung, in denen die Sorge über die drastischen Veränderungen im Leben der Menschen während der Krise mit der verhängten Austeritätspolitik in Zusammenhang gebracht und so die vielfältigen Facetten der Krise illustriert wurden (Koutrolikou 2016). Diese Facetten umfassten Problemfelder wie etwa neu auftretende Wohnraumprobleme, den schwindenden Zugang zu Grundbedürfnissen wie Gesundheit, Energie und Nahrungsmittel, veränderte Geschlechterbeziehungen, erhöhte antisoziale Gewalt und die Präsenz der extremen Rechten in athenischen Nachbarschaften. In dieser neuen Lage reagieren die Menschen auf vielfältige und unterschiedliche Art und Weise auf

die von der Krise hervorgerufenen Veränderungen. Wie die Präsentationen gezeigt haben, werden einerseits individuelle oder familiäre Strategien entwickelt, die persönliche Lebenswege und -entscheidungen beeinflussen; andererseits entstehen neue, auf Kollektivität und gegenseitiger Hilfe basierende Praktiken der Nachbarschaftlichkeit oder des Zusammenlebens.

Lediglich auf Makro-Analysen basierenden Ansätzen gelingt es nicht, die Arten und Weisen zu erfassen, wie Menschen ihre Handlungsfähigkeit (*agency*) entwickeln (Arampatzi/Nicholls 2012, Stavrides 2014) und diese Strategien und deren Resultate verstehen. Der Krise zu widerstehen erfordert, dass die Menschen (reale oder eingebildete) Ängste überwinden, sich mit Andersartigkeit vertraut machen und Unterschiede aushandeln. Berichte über gewöhnliche Menschen und die von ihnen neu geschaffenen Bewältigungs- und Widerstandsstrategien legen eine Perspektive nahe, die die agierenden Subjekte selbst in das Zentrum der Debatten stellt. Solche Erzählungen zeigen, dass Vielfalt und Verschiedenheit mehr als nur theoretische Konzepte sind, nämlich Schlüsselemente, die Lebensentscheidungen und Alltagspraktiken bestimmen. Ihre Einbeziehung in unsere Analysen kann unser Verständnis der verschiedenen Facetten der Krise und der entwickelten konkurrierenden Praktiken bereichern. Diese Wahl der Skala kann dazu beitragen, die vielfältigen Beziehungen, die die im Alltagsleben verkörperten Erfahrungen mit den Prozessen im ‚Gesamtbild‘ auf vielen anderen räumlichen Skalen zu verknüpfen und die Ebenen, die ansonsten unsichtbar blieben, zu entwirren. Desweiteren können solche Berichte in einer Zeit, in der Austerität zum dominanten Grundprinzip wird, neben erkenntnistheoretischen Zwecken auch einem politischen Ziel dienen, da sie Schwachpunkte und bereits existierende Möglichkeiten der Anfechtung aufzeigen können.

### **Schlussbemerkung**

Abschließend möchten wir in Bezug auf die Workshops als gemeinsamem Projekt zwei Punkte besonders hervorheben. Der erste Punkt betrifft den kreativen Diskussionsprozess, der auf unseren unterschiedlichen Erfahrungen und Vorgeschichten gründete. Lässt die Idee des ‚Austerity Urbanism‘ oder der ‚städtischen Krise‘ gemeinsame Bedenken hinsichtlich des aktuellen Wandels in griechischen und deutschen Städten aufkommen? Meinen wir die gleichen Dinge und welche Bandbreite von Phänomenen beziehen wir ein, wenn wir diese Begriffe verwenden? Es wurde deutlich, dass die in den zwei Kontexten wirkenden Prozesse von Unterschieden charakterisiert sind, die kritisch bewertet werden müssen. Besonders im Falle Athens ist die Umsetzung der Austeritätspolitik als aggressives Umstrukturierungsprogramm untrennbar mit dem schnellen Zusammenbruch der öffentlichen sozialen Infrastruktur und städtischen Ökonomie und einem ebenso schnellen Anstieg von Armut und Ungleichheit verbunden. Die Fallstudien aus deutschen Städten zeichnen hingegen ein anderes Bild, da Austeritätspolitik sich in langfristigen Strategien zur Umstrukturierung der städtischen Ökonomie auszudrücken scheint. Obwohl dieser Prozess nicht die Form einer generalisierten Krise angenommen hat, zeigt der Fokus auf die lokale Skala entstehende Ungleichheiten, die mit Investitions- und Divestmentprozessen verknüpft sind, sowie Gentrifizierung und abnehmenden Zugang zu erschwinglichem

Wohnraum. In diesem Sinn hat die Erfahrung aus beiden Workshops die Notwendigkeit der weiteren Arbeit an der Entwicklung weiterer akademischer Analysewerkzeuge aufgezeigt, die kontextsensitiv sind und die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit der verschiedenen Settings mit einbeziehen. Dennoch haben wir, den unterschiedlichen Phänomenen und den stark unterschiedlichen historischen Prozessen der Stadtentwicklung zum Trotz, dieses gemeinsame Projekt als herausfordernd und als von großem kritischem Potenzial geprägt empfunden. Bei der Diskussion von ‚Austerity Urbanism‘ anhand vielfältiger und unterschiedlicher Perspektiven geht es nicht um direkte Eins-Zu-Eins-Vergleiche, sondern um das Verständnis der neuen, komplexen und dynamischen Geographien von Macht und Ungleichheit, die sich über vielfältige Skalen von der europäischen Ebene bis hinunter zur Ebene des Alltagslebens erstrecken. Städte als komplexes soziales Terrain, auf dem globale und lokale Dynamiken aufeinandertreffen, bieten in diesem Sinne Möglichkeiten für kritische, die dominanten Vorstellungen in Frage stellende Ansätze, indem sie auf die vielfältigen Akteure, die heute in der Politik involviert sind, aufmerksam machen und neue Forderungen und sich herausformende politische Subjekte aufzeigen.

Den zweiten Punkt, den wir hervorheben wollen, betrifft einen der – in unseren Augen – Hauptbeiträge zu diesem gemeinsamen Projekt. Beide Workshops betonten die Bedeutung des eigentlichen *Prozesses*, sich zu treffen, sich mit den Eigenheiten der Anderen vertraut zu machen und Methoden zu entwickeln, um diese Eigenheiten produktiv zu diskutieren. Dieser Prozess hat nicht nur ein Netzwerk an Wissenschaftler\_innen geschaffen, sondern auch Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit, die angesichts einer immer stärker wettbewerbsförmigen Wissenschaft von besonderer Bedeutung sind.

## Endnoten

- [1] Dieser kurze Artikel reflektiert unsere Teilnahme an zwei Workshops, die gemeinsam vom Fachbereich Geowissenschaften/Geographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main und dem Department of Urban and Regional Planning der National Technical University of Athens (NTUA) organisiert wurden. Der erste Workshop, „Urban crisis or urban crises? Comparing austerity urbanism, everyday life and resistance in Greek and German cities“, fand im Dezember 2013 an der NTUA statt (<https://encounterathens.wordpress.com/2013/12/03/workshop-urban-crisis-or-urban-crises/>, letzter Zugriff am 2.11.2016) und der zweite, „Austerity Urbanism in Greek and German Cities“, im März 2015 an der Goethe-Universität (<http://kritische-geographie.de/workshop-austerity-urbanism-in-greek-and-german-cities/>, letzter Zugriff am 2.11.2016).

## Autor\_innen

Paschalis Samarinis promovierte im Bereich Stadt- und Regionalforschung und ist Mitglied der autonomen Forschungsgruppe encounterAthens.  
paschalissamarinis@gmail.com

Dimitra Spanou interessiert sich für Stadtgeographie, feministische Geographie und städtische soziale Bewegungen und promoviert derzeit am Institut für Humangeographie der Goethe Universität Frankfurt am Main.  
dimitraspanou@hotmail.com

## Literatur

- Arampatzi, Athina / Nicholls, Walter (2012): The Urban Roots of Anti-Neoliberal Social Movements: The Case of Athens, Greece. In: *Environment and Planning A*, 44/11, 2591-2610.
- Hadjimichalis, Costis (2011): Uneven geographical development and socio-spatial justice and solidarity. European regions after the 2009 financial crisis. In: *European Urban and Regional Studies* 18/3, 254-274.
- Hadjimichalis, Costis (2014): Crisis and land dispossession in Greece as part of the global 'land fever'. In: *City* 18/4-5, 502-508.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities*. London: Verso.
- Koutrolikou, Penny (2016): Governmentalities of urban crises in inner-city Athens, Greece. In: *Antipode*, 48/1, 172-192.
- Peck, Jamie (2015): *Austerity Urbanism*. New York: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Robinson, Jennifer (2011): Cities in a world of cities: The comparative gesture. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/1, 1-23.
- Stavrides, Stavros (2014): Emerging common spaces as a challenge to the city of crisis. In: *City* 18/4-5, 546-550.
- Vaiou, Dina (2014): Is the crisis in Athens (also) gendered?: Facets of access and (in)visibility in everyday public spaces. In: *City* 18/4-5, 533-537.



## Umkämpfte Orte

Rezension zu Anne Huffschmid (2015): *Risse im Raum: Erinnerung, Gewalt und städtisches Leben in Lateinamerika*. Wiesbaden: Springer VS.

Antonio Carbone

In seiner *Theorie des Filmes* erzählt Siegfried Kracauer den Mythos der Enthauptung der Medusa durch Perseus nach, um das Problem der Sichtbarkeit und Darstellbarkeit von Terror zu veranschaulichen (2005 [1964]: 467-468). Nach Kracauer verkörpert der Anblick der Medusa reinen Terror und dessen versteinemde Kraft. Dem griechischen Mythos zufolge kann Perseus die Medusa nur enthaupten, weil er sie nicht direkt, sondern allein ihr Spiegelbild auf dem Schild, das ihm die Göttin Athene leiht, anschaut. Dies suggeriere – so Kracauer –, dass der Horror nur durch dessen Repräsentation besiegt werden könne. Darüber hinaus betont er, dass Athene den Kopf der Medusa auf ihrem Schild befestige, um an den Schrecken und an dessen Besiegbarkeit zu erinnern.

Entlang der Fragen nach der Darstellung und der Erinnerung an den argentinischen und mexikanischen Staatsterror der 1970er-Jahre entwickelt Anne Huffschmid *Risse im Raum: Erinnerung, Gewalt und städtisches Leben in Lateinamerika*. Um den Fokus ihrer ethnologischen Untersuchung zu schärfen, konzentriert sie sich auf städtische Räume, die sie als veränderliche Produkte sozialer und politischer Auseinandersetzungen begreift. Programmatisch sucht sie nach denjenigen Rissen, die die Verfassung des Stadtraumes destabilisieren und seine soziale Bedingtheit offen legen. Ihrer Meinung nach generiert die Erinnerung an Gewalt Brüche, die die palimpsestartige Natur des Raumes offenbaren. In den Rissen verschränkten sich unterschiedliche Zeiten: die gegenwärtige Praxis des Erinnerns, die erinnerte Vergangenheit und die utopische Zukunft des ‚nunca más‘, des ‚Nie-Wieder‘. Darüber hinaus zeigen – der Autorin nach – solche Brüche nicht nur verschränkte Zeitschichten, sondern auch, dass durch konkurrierende Praktiken und Interpretationen des Raumes um Deutungshoheit gekämpft wird. Die erinnernde Praxis mache „[...] im Strom des Urbanen für einen Moment lang das Ungeheuerliche spürbar [...]“, störe dadurch die sozialen Routinen und mache die Bedingtheit des Raumes sichtbar (Huffschmid 2015: 462).

Im ersten – theoretischen – Teil von *Risse im Raum* verbindet die Autorin diverse Diskussionen und Positionen. Sie präsentiert nicht nur Debatten aus unterschiedlichen Disziplinen, sondern bewegt sich zudem souverän

zwischen verschiedenen sprachlichen und regionalen Kontexten. Dabei führt sie die Arbeit der Raumtheoretiker Michel de Certeau und Henri Lefebvre sowohl mit erinnerungskulturellen Ansätzen von Aleida Assmann zusammen als auch mit den repräsentationstheoretischen Fragestellungen von Roland Barthes und Georges Didi-Hubermann. Darüber hinaus bringt Huffs Schmid spanischsprachige Werke wie die von Manuel Delgado und Armando Silva mit deutschsprachigen Beiträgen zur Erinnerungskultur in Verbindung. Ein Beispiel dafür liefert der in der Studie zentrale Begriff des *imaginario*. Er wurde unter anderem von Armando Silva (2006 [1992]) geprägt, um kollektive Horizonte, in denen sich das Immaterielle mit dem Materiellen der städtischen Erfahrung verbinde, besser beschreiben zu können. Die Idee des *imaginario* impliziert einerseits eine verstärkte Betrachtung der Materialität von Erinnerung und damit die Räumlichkeit derselben, andererseits schließt der Begriff in das materielle Feld des Raumes auch rein diskursive Elemente ein. Somit wird eine verschränkte Betrachtung von Materialität und Diskursen möglich.

Der theoretische Beitrag der Autorin geht über diesen ersten Teil hinaus, indem sie sich im letzten Kapitel vor den Schlussbemerkungen erneut mit theoretischen Fragen beschäftigt. In diesem zusätzlichen Kapitel, das auf den empirischen Teil folgt und wie ein Anhang erscheint, setzt sie sich mit dem ‚Wissen der Bilder‘ auseinander. Hier thematisiert sie sowohl ihre Verwendung der Bilder als Forschungsquelle und -praxis, als auch die ‚Medusa-Frage‘ nach der bildlichen Darstellung des Schrecklichen. Bezüglich dieser zweiten Frage nimmt Huffs Schmid Stellung „gegen eine verbreitete Rhetorik von der Unvorstellbarkeit des Terrors, die zur Bildlosigkeit verdammt, da vermeintlich jede Visualisierung den Vorgang des Erinnerns wie auch das Erinnerte selbst trivialisiere“ (2015: 376). Diese Position arbeitet sie vor allem anhand der Debatten zur Darstellbarkeit der Shoah (Didi-Hubermann 2007) und des lateinamerikanischen Staatsterrorismus (Garcia/Longoni 2012) heraus. Sie unterstreicht die Parallelen dieser Diskussionen und leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Einbindung spanischsprachiger in deutschsprachige Debatten. Methodologischen Fragestellungen zum ‚Wissen der Bilder‘ in der Ethnographie begegnet Huffs Schmid durch eine vielfältige Einbettung ihrer eigenen Position in die bereits existierende Literatur. So zeigten Bilder „[...] unser eigenes Sehen und ihm innewohnende ‚partiality‘, in dem sie uns vor Augen führen, welche Ausschnitte des Feldes wir aus welcher Einstellung im Blick haben und welche gerade nicht“ (2015: 405). Aus diesem Grund ermögliche das Produzieren und das Lesen von Bildern die nötige Distanz, die die subjektive Position des Schauenden sichtbar mache. Diese subjektive Position konzipiert Huffs Schmid gleichzeitig als *partiality* und als Unterworfen-Sein des Subjektes unter Praktiken und Diskurse. Durch die technische Schaffung einer bildlichen Materialität, die sowohl eigen als auch fremd sei, stelle die Fotografie die partielle und unterworfenen Natur des subjektiven Blickes bloß und ermögliche so, den Blick für das ‚Andere‘ zu öffnen. Genau wie im ersten theoretischen Teil geht die Autorin auch hier geschickt mit heterogenen Debatten um. Trotzdem bleibt die Entscheidung, diese Themen – die auch stark ihre Forschungsmethoden beeinflussen – nach der Empirie zu präsentieren, etwas unverständlich. Die Lesenden bekommen dadurch den Eindruck, einen nachträglich verfassten



Anhang zu lesen, der von den zentralen Fragestellungen losgelöst ist und sich wie einen Streifzug durch poststrukturalistische Theorien anfühlt.

Der empirische Teil von *Risse im Raum* ist das Ergebnis einer vielfältigen ethnographischen Arbeit, die sich über fast ein Jahrzehnt erstreckte (2005 bis 2013) und für die die Autorin Buenos Aires und Mexiko-Stadt in regelmäßigen Abständen besuchte. Die Ergebnisse dieser langjährigen Forschung sind vor allem Feldnotizen, Interviews, Fotos, Archivadokumente und Artikel. Da Huffs Schmid ihren Blick insbesondere auf die Entstehung von kontroversen Erinnerungsräumen lenkt, beziehen sich die Feldnotizen hauptsächlich auf ihre Beobachtungen der räumlichen Materialitäten und Praktiken, die mit den ausgesuchten Orten verbunden sind. Die Interviews hingegen umfassen ein breiteres Feld, in dem individuelle Erinnerungen sowie Strategien der Erinnerungspolitik behandelt werden. Die zahlreichen Interviewpartner\_innen in Argentinien und Mexiko sind vor allem Betroffene oder Aktivist\_innen, die sich mit der Erinnerungspolitik zum Staatsterrorismus beschäftigen. Das hochinteressante Material wird durch Fotos und die Rekonstruktion politischer Debatten ergänzt und konterkariert. Teilweise ordnet Huffs Schmid etwas verkürzt – aber deswegen nicht uninteressant – sowohl den argentinischen und mexikanischen Staatsterror als auch unterschiedliche erinnerungspolitische Positionen den nationalen Meistererzählungen der zwei Nationen zu.

In den zwei Städten identifiziert die Autorin hauptsächlich vier verschiedene Typologien von Erinnerungsorten: Geheimgefängnisse und Gedenkstätten, öffentliche Plätze, Gerichte als ‚Räume des Rechts‘ sowie Orte der Kunst. Exemplarisch werden im Folgenden einige Beispiele kurz erläutert, die zugleich die Hauptargumente veranschaulichen. Im Fall von Buenos Aires sind die analysierten Geheimgefängnisse und Gedenkstätten das Gelände der ESMA (Escuela de Mecánica de la Armada), der Club Atlético und die Garage Olimpo. Insbesondere anhand des ESMA-Areals gelingt es der Autorin die konflikthafte Natur von Erinnerungsräumen und die Auseinandersetzung um die Repräsentation des Terrors zu zeigen. Die ESMA, die ursprünglich als Akademie der argentinischen Marine fungierte, wurde während der Militärdiktatur teilweise als Haft- und Folterlager benutzt: „Das Gelände, das im März 2004 offiziell zum ‚Erinnerungsraum‘ umgewidmet wurde, gilt heute als Emblem einer erfolgreich institutionalisierten und stadträumlich etablierten Erinnerungspolitik“ (Huffs Schmid 2015: 123). Die Autorin erläutert weiterhin, wie unterschiedliche Akteure – darunter die Stadt- und Bundesregierung sowie zahlreiche Aktivistengruppen und -vereine – das große Gelände mit teilweise antagonistischen, aber auch komplementären Deutungen und Praktiken besetzen. Am Beispiel der ESMA zeige sich so die Zerrissenheit und das Umkämpft-Sein von Erinnerungsräumen, die als instabiles Palimpsest immer wieder überschrieben und umgedeutet werden.

Das mexikanische Pendant ist in diesem Fall etwas weniger aussagekräftig: der Campo Militar Nr. 1 fungiert heute immer noch als Militärstützpunkt und wurde seit den späten 1960er-Jahren bis in die 1970er-Jahre teilweise als Geheimgefängnis benutzt. Eine der Interviewpartnerinnen definiert den Ort als „kein[en] Erinnerungsort, [sondern] eher ein[en] ‚Ort der Amnesie‘, da es hier offensichtlich keinen politischen Willen zur Erinnerung [gibt]“ (Huffs Schmid 2015: 171). Wie Huffs Schmid herausstellt, versucht eine kleine

Gruppe von Aktivist\_innen den Ort als Erinnerungsraum zu deuten, ohne dass es ihnen gelänge die Deutungshoheit zu erlangen.

Allgemein ist der Vergleich zwischen den zwei Städten zwar – wie von der Autorin selbst deklariert – problematisch, aber trotzdem nicht uninteressant. Buenos Aires und Mexiko-Stadt stellt sie als „diametrale Pole lateinamerikanischer Geschichtskultur“ (2015: 16) dar. Während in Buenos Aires die Erinnerung an den Staatsterror in vielen Räumen wachgehalten und auch von offiziellen politischen Institutionen getragen werde, habe die Erinnerung an Gewalt in Mexiko-Stadt keinen stabilen Stand. Huffschmids Ausgangspunkt ist, dass „vergleichbare Gewalterfahrungen – die staatlich organisierte Repression gegen die politische und bewaffnete Opposition in den 1970er-Jahren – [sich] höchst unterschiedlich im öffentlichen und städtischen Raum materialisieren“ (ebd.). Die Vergleichbarkeit der mexikanischen und argentinischen Gewalterfahrung in den 1970er-Jahren vorzusetzen, ist dennoch etwas problematisch. Auch wenn sich die gewalttätigen staatlichen Praktiken des Verschwinden-Lassens in Argentinien und Mexiko ähnelten, unterschieden sie sich extrem bezüglich ihres Ausmaßes, ihres politischen Rahmens, ihrer öffentlichen Resonanz und deshalb auch in ihrem Einfluss auf das öffentliche Leben und den städtischen Raum. Während man in – vom Militär regierten – Argentinien von einer Zahl zwischen 12.000 und 22.000 Verschwundenen ausgeht, schätzt man die Zahl der *desaparecidos* in – von gewählten Zivilist\_innen regierten – Mexiko auf ungefähr tausend. Angesichts dieser Tatsachen scheinen die Ergebnisse des Vergleiches in *Risse im Raum* bereits durch die Auswahl der erforschten Fälle etwas vorprogrammiert: Buenos Aires wird als Hochburg des Ringens um Erinnerung dargestellt, während Mexiko-Stadt auf die Leser\_innen wie eine Bühne für den einsamen Kampf einiger weniger Betroffener und Aktivist\_innen wirkt. Trotz dieser Probleme, die aber auch von der Autorin thematisiert werden, machen ihr angenehmer Schreibstil und ihr analytisches Feingefühl sowohl die argentinischen als auch die mexikanischen Fälle interessant.

Weitere Fallstudien sind die ‚öffentlichen Plätze‘ Plaza de Mayo in Buenos Aires und Plaza Tlatelolco in Mexiko-Stadt. Letzterer wird auch ‚Platz der drei Kulturen‘ genannt, weil auf ihm die Ruinen einer präkolumbianischen Pyramide, einer Kirche im spanisch-kolonialen Stil und einer modernen Wohnsiedlung der 1960er-Jahre zu finden sind. Diese drei Bauten sollen die indigene, die spanische und die moderne (mexikanische) Kultur symbolisieren, die die Hauptbestandteile der nationalen Meistererzählung ausmachen. Auf dem Platz ereignete sich am 2. Oktober 1968 ein blutiges Massaker, bei dem mehrere Hundert unbewaffnete Student\_innen von regierungsnahen Gruppen ermordet wurden. 1985 stürzte in seiner unmittelbaren Nähe ein ganzes Hochhaus aufgrund eines Erdbebens ein. Der Platz – der jährlich Ausgangspunkt eines Erinnerungszugs für die Opfer des Studentenmassakers ist – zeige nach Huffschmid die „konfliktive Gleichzeitigkeit, [in der] verschiedene Verbindungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart zum Vorschein [kommen]“ (2015: 197). In die Plaza Tlatelolco hätten sich „neben dem Massaker die Erfahrungen zweier weiterer – höchst unterschiedlicher – Katastrophen eingelagert: die Niederlage des Aztekenkriegers Cuauhtémoc, der hier im Jahr 1521 die letzte Schlacht gegen die spanischen Invasoren

verlor, sowie das verheerende Erdbeben von 1985“ (ebd.: 198). Während Huffs Schmid das Funktionieren der räumlichen Erinnerungspraxis an das Studentenmassaker klar und ausführlich zeigt, wird die Erinnerung an Cuauhtémoc etwas unkommentiert vorausgesetzt. Das Verhältnis zwischen der Erinnerung an koloniale Gewalt und an Gewalt im 20. Jahrhundert und deren ‚Einlagerung‘ wird nicht weiter erklärt.

Auch die Plaza de Mayo in Buenos Aires ist ein geschichtsträchtiger Ort. Der Platz war und ist der zentrale Schauplatz der argentinischen Hauptstadt und wurde in unterschiedlichen historischen Phasen – von der Stadtgründung bis heute – von vielfältigen teilweise konkurrierenden Funktionen, Praktiken und Deutungen geprägt. Die Plaza de Mayo sei „seit mindestens zwei Jahrhunderten der politische Platz der Stadt“ (Huffs Schmid 2015: 224), wo heute die Casa Rosada (Sitz des Präsidenten), die nationale Notenbank, die Kathedrale und der Hauptsitz der Stadtverwaltung angesiedelt sind. Die Autorin geht in ihrer Erzählung vor allem auf den Prozess ein, der es den ‚Müttern der Plaza de Mayo‘ erlaubt habe, diesem Raum einen neuen Sinn zu verleihen und ihn als politischen Schauplatz für sich zu erobern. Im Jahr 1977 – noch während der Militärdiktatur – traf sich eine Gruppe von Müttern der *desaparecidos* und veranstaltete einen Rundgang um den Obelisk der Mairevolution, der den Unabhängigkeitskampf gegen die spanische Kolonialmacht symbolisiert. Die Frauen benutzten den national und bürgerlich kodierten Raum und die in der Militärdiktatur essenzialisierte Figur der Mutter strategisch, um auf die Gewalt in der Diktatur aufmerksam zu machen und um Räume für Widerstand zu öffnen. So zeigt sich im Fall der Plaza de Mayo erneut, wie ein – von Erinnerung und Geschichte besetzter – Raum durch politische Praktiken umgedeutet werden kann. Der Fall der Plaza de Mayo verdeutlicht im argentinischen Kontext auch die komplexe Schichtung von Räumen, in denen sich nicht nur zeitliche, sondern auch politische – teilweise konkurrierende – Deutungen und Praktiken verschränken.

Jenseits dieser Beispiele präsentiert Huffs Schmid weitere Fälle, deren Darlegung sich über zweihundert Seiten erstreckt. Auch wenn sie im Einzelnen spannende Fragen aufwerfen und interessant präsentiert werden, leidet der Lesefluss unter der übermäßigen Materialfülle, wodurch auch die Prägnanz der Fragestellung teilweise in der Menge des Erzählten verschwindet.

Trotz einiger struktureller Probleme ist dieses gutrecherchierte Buch eine lehrreiche Lektüre für Leser\_innen, die sich mit der Erinnerungskultur, der lateinamerikanischen Geschichts- und Erinnerungspolitik und der Stadtforschung in Bezug auf Erinnerung beschäftigen. Huffs Schmid leistet darin eine theoretische Verbindung zwischen Debatten und Theorien aus unterschiedlichen Regionen und Disziplinen. Die Klarheit, mit der sie ihren Leser\_innen diese vielfältigen Diskussionen erklärt, macht das Buch auch über eine reine Fachleserschaft hinaus zugänglich und lesenswert. *Risse im Raum: Erinnerung, Gewalt und städtisches Leben in Lateinamerika* ist somit eine neue interessante Referenz im deutschsprachigen Raum, die nicht nur zu einem besseren Verständnis von Buenos Aires und Mexiko-Stadt, sondern auch zur konzeptuellen Verschränkung von Raum und Zeitlichkeit in Städten beiträgt.

## Autor\_innen

Antonio Carbone ist Historiker. Er forscht zur Globalgeschichte und zur lateinamerikanischen und europäischen Urbanisierungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.  
antonio.carbone@fu-berlin.de

## Literatur

- Assmann, Aleida (1999): Erinnerungsräume: Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. München: C.H. Beck.
- Assmann, Aleida / Conrad, Sebastian (Hg.) (2010): Memory in a Global Age: Discourses, Practices and Trajectories. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Barthes, Roland (2012 [1980]): Die helle Kammer. Bemerkungen zur Photographie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brodsky, Marcelo (Hg.) (2005): Memoria en construcción: El debate sobre la ESMA. Buenos Aires: La Marca Editorial.
- Delgado, Manuel (1999): El animal público: hacia una antropología de los espacios urbanos. Barcelona: Editorial Anagrama.
- Didi-Huberman, Georges (2007): Bilder trotz allem. München: Wilhelm Fink.
- García, Luis Ignacio / Longoni, Ana (2012): Imágenes invisibles. Acerca de las fotos de desaparecidos. In: grumo 9, 12-21.
- Gorini, Ulises (2008): La otra lucha. Historia de las Madres de la Plaza de Mayo (1983–1986). Buenos Aires: Grupo Editorial Norma.
- Huffschmid, Anne (Hg.) (2006): Stadt als Labor: Krise und Erinnerung in Berlin und Buenos Aires. Berlin: Parthas.
- Huffschmid, Anne / Durán, Valeria (Hg.) (2012): Topografías Conflictivas. Memorias, espacios y ciudades en disputa. Buenos Aires: Nueva Trilce.
- Kracauer, Siegfried (2005 [1964]): Theorie des Filmes. Die Errettung der äußeren Wirklichkeit. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Silva, Armando (2006 [1992]): Imaginarios Urbanos. Bogota: Editorial Nomos.
- Silva, Armando (Hg.) (2003): Urban imaginaries from Latin America. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz.

## Das Wissen um die ‚gute Stadt‘ und die Herausforderung, um sie zu kämpfen

Rezension zu Moritz Rinn (2016): *Konflikte um die Stadt für alle. Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Joscha Metzger

„Hamburg im Jahr 2009: Das Recht auf Stadt schien zum Greifen nahe: ‚Es liegt auf der Straße, es hängt in Bäumen und versteckt sich unter Pflastersteinen“ (Rinn 2016: 10). In kürzester Zeit verdichteten sich die Debatten, Initiativen und Proteste gegen Gentrifizierung, gegen die Kapitalisierung der Stadt und ihrer Bewohner\_innen, sowie gegen eine Politik, die jahrzehntlang unter der Formel des ‚Unternehmen Hamburg‘ vorangetrieben wurde. Moritz Rinn hat sich als Aktivist in diese Prozesse eingebracht und die Entwicklungen aufmerksam verfolgt. Dabei kristallisierte sich für ihn die Kritik an der städtischen Planung und Stadtentwicklungspolitik als zentraler Gegenstand seines forscherschen Interesses heraus. In der Zeit von 2009 bis 2012 untersuchte er die Auseinandersetzungen um die Nutzung der Alten Rindermarkthalle auf St. Pauli, sowie diejenigen um die Planung der Mitte Altona, einer umfangreichen neuen Wohnungsbebauung im Stadtteil Altona-Nord[1]. Die Verläufe dieser Auseinandersetzungen zeichnet Rinn detailliert nach und rekonstruiert aus ihnen heraus das umkämpfte Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. In der Beschäftigung mit dem Thema stößt der Autor auf eine Überraschung, die er als zentrale Fragestellung aufnimmt: Wollen nicht alle Beteiligten, obwohl sie sich in den Konflikten teilweise antagonistisch gegenüberstehen, eigentlich das Gleiche? Denn: „Diejenigen, die sich in Hamburg um ein Recht auf Stadt streiten, formulieren Ansprüche und werfen Fragen auf, die einander stark zu ähneln scheinen. So verspricht etwa auch die Hamburger SPD, ähnlich wie es Aktivist\_innen fordern, eine ‚Stadt für alle““. Sowohl politisch-administrative Akteure, als auch stadtteilpolitische Aktivist\_innen stellen die Frage „In welcher Stadt wollen wir eigentlich leben?“ (ebd.: 16).

Die Auseinandersetzung mit den Gemeinsamkeiten und Kontroversen der am Konflikt beteiligten Akteure durchzieht das Buch wie ein roter Faden. Zur Beantwortung nimmt Rinn eine umfangreiche Kontextualisierung vor: Er legt eine gelungene Übersicht der Konflikte und Transformation der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg seit Ende der 1960er-Jahre vor. Daran anschließend stellt er die Konstituierung, Ausrichtung und Aktivitäten des Recht-auf-Stadt-Netzwerks in Hamburg seit Ende der 2000er-Jahre sowie

die darauf folgenden Umbrüche im Feld der Stadtentwicklungspolitik dar. Während zwar bereits einige Texte zur Recht-auf-Stadt-Bewegung im deutschsprachigen Raum insgesamt (siehe u. a. Holm 2011, Holm/Gebhardt 2011, Mullis 2014, Vogelpohl 2015) und auch zur Situation in Hamburg erschienen sind (Twickel 2010, Füllner/Templin 2011, Vrenegor/Haarmann 2012, Birke et al. 2015, Boeing 2015), stellen ausführliche Studien – wie die von Rinn – immer noch eine Ausnahme dar.

Seine Arbeit verortet Rinn in neomarxistisch orientierten Debatten um die Neoliberalisierung des Städtischen. Er kritisiert jedoch, dass das konzeptuelle Verständnis dieser Ansätze teilweise „wenig Raum für agency“ ließe und dazu tendieren würde, „die Relevanz städtischer sozialer Bewegungen, die Neoliberalismus bekämpfen, ebenso abzuwerten wie die Anstrengungen von Stadtregierungen, alternative Entwicklungspfade zu erproben“ (2016: 23, mit Bezugnahme auf Scharenberg/Bader 2009). Um Bewegungen und die lokale, konkrete Praxis des Staates stärker in den Blick zu bekommen, schlägt er deswegen vor, (konflikthafte) Praktiken zum Ausgangspunkt der Untersuchung zu machen. Praktiken sieht Rinn dabei als durch „spezifische Wissensbestände ermöglicht“ (ebd.: 28). Als theoretische Bezugspunkte nennt er dabei Michel Foucaults Konzeption von Macht-Wissen, Praktiken und Subjektivierungen sowie Judith Butlers Konzeption performativer Praxis (ebd.). Die Begriffe Praxis und Diskurs sind bei Rinn eng miteinander verknüpft, denn Diskurse müssten „immer als spezifisch situierte und relationale Praktiken begriffen werden“ (ebd.). Von der Praxis der Akteure auszugehen heißt bei ihm daher, die Wissensbestände der Akteure bezüglich der ‚guten Stadt‘ durch die Analyse öffentlicher Dokumente (wie städtische Drucksachen, Flyer, Pressemitteilungen et cetera), Veranstaltungen und Interviews zu rekonstruieren. Er arbeitet die handlungsleitenden Wissensbestände der am Konflikt beteiligten Akteure – die er als politisch-administrative Akteure und Stadtteilaktivist\_innen zu zwei Gruppen zusammenfasst – als ‚Wissen-Praxis-Komplexe‘ heraus und zeigt auf, inwiefern diese Überschneidungen beziehungsweise Unterschiede aufweisen.

Rinn zeigt, dass auf Seiten der politisch-administrativen Akteure insbesondere zwei Konzepte eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Krise der fordistischen Stadt einnehmen: Erstens die ‚integrierte Stadtentwicklung‘, die als eine Reaktion auf die „Krise der Bevölkerungszusammensetzung“ (ebd.: 77f.) in der inneren Stadt infolge von Suburbanisierung sowie auf Konflikte um Sanierung und Stadtumbau zu verstehen ist. Aus der Erfahrung der Proteste gegen die umfassenden Sanierungsbestrebungen der 1960er- und 1970er-Jahre wurde das Quartier als (regierbarer) Teilraum der Stadt sowie Bürger\_innenbeteiligung als Möglichkeit entdeckt, Konflikte einzuhegen und zu managen. Zweitens die ‚unternehmerische Stadt‘, die eine Antwort auf die Krise des städtischen Haushalts und zentralistischer Planungskultur darstellt, darüber hinaus aber mit der Bezugnahme auf die „sozial Starken“ (ebd.: 103) bevölkerungspolitisch die Ansätze der integrierten Stadtentwicklung radikalisiert. Rinn sieht maßgebliche Überschneidungen beider Konzepte, so dass er diese zu einem ‚unternehmerisch-integrierten‘ Wissen-Praxis-Komplex der politisch-administrativen Akteure zusammenfasst, dessen Kern bevölkerungspolitisch begründet ist: Beide Konzepte sind an eine imaginierte Mitte der Gesellschaft adressiert, die sowohl Zielgruppe als auch Instrument

der ‚guten Stadt‘ darstellt. Mittelschichtsangehörige „repräsentieren die Normen guten städtischen Lebens und fungieren damit als Richtschnur [von] Normalität [...]. In ihren Bürgertugenden verbinden sich [...] ökonomischer Erfolg [...] und Verantwortungsübernahme für die Produktion des ‚Kitts der Stadtgesellschaft‘. Die aktiven Mittelschichten sollen Garantinnen funktionierender Nachbarschaften *und* stadtgesellschaftlicher Dynamik wie ökonomischer Prosperität sein.“ (ebd.: 299)

In den Begriffen der politisch-administrativen Akteure wird die gute Stadt durch die richtige ‚soziale Mischung‘ eingerichtet, wobei diese Mischung sich über ihr negatives Gegenbild bestimmt: Soziale Polarisierung wird dann als Problem bearbeitet, wenn diese nach unten aus dem „Normalitätsrahmen“ (ebd.: 303) der Mittelschicht herausfällt.

Die Stadtteilaktivist\_innen und Initiativen<sup>[2]</sup> beziehen sich dagegen zentral auf die beiden Forderungen „die Stadt gehört allen“ und „Stadt selber machen“ (ebd.: 177), welche den egalitären und protagonistischen Anspruch von Recht auf Stadt zum Ausdruck bringen. Auch diese Forderungen lassen sich vor dem Hintergrund vergangener Konflikte verstehen: Aus den Kämpfen gegen Kahlschlagsanierung in den 1970er- und 1980er-Jahren resultiert maßgeblich der Anspruch, die Entwicklung des eigenen Quartiers selbst (mit-)bestimmen zu wollen. Die Auseinandersetzungen um Gentrifizierung und Verdrängung seit den späten 1980er-Jahren sind ein wichtiger Hintergrund des egalitären Anspruchs: Niemand soll aus seinem/ihrer Quartier verdrängt werden, die Stadt soll allen die Möglichkeit bieten, dort zu wohnen, wo sie wollen. Während jedoch zu Zeiten der Kämpfe gegen Verdrängung infolge von Kahlschlagsanierung in den innerstädtischen Vierteln die Fronten zwischen Bedrohung der Nachbar\_innenschaft und ihren Verteidiger\_innen verhältnismäßig eindeutig schienen, sind diese inzwischen schwieriger zu bestimmen: Infolge von Gentrifizierungsprozessen und Partizipationsangeboten in der unternehmerisch-integrierten Stadt verschwimmen die Verortungen eines hierarchischen „Oben“ und eines „widerständigen Unten“ (ebd.: 352). Es stellt sich für die Aktivist\_innen die Frage, inwieweit sie selbst zur Gentrifizierung beitragen – nicht zuletzt, da sich die Initiativen in Hamburg überwiegend aus einem „linksalternativen Mittelklasse-Milieu“ (ebd.: 175) zusammensetzen. Menschen, die besonders stark von Gentrifizierungsprozessen betroffen sind, „sucht man im Netzwerk weitgehend vergebens“ (ebd.: 176). Die Initiativen sehen sich in ihrer Forderung nach einer anwohner\_innenorientierten Quartiersentwicklung insofern mit einem repräsentationspolitischen Problem konfrontiert: Es gibt keinen sozioökonomischen Maßstab, der das ‚Wir‘ in den Stadtteilen bestimmen könnte. Die Aktivist\_innen kämpfen sowohl für ihre eigenen als auch für die imaginierten Interessen weiterer Anwohner\_innen. In dem Begriff der „verdichteten Unterschiedlichkeit“ (ebd.: 274) wird dabei der Anspruch zusammengefasst, den heterogenen Bewohner\_innen des Viertels mit ihren ebenso heterogenen Wünschen und Bedürfnissen gerecht werden zu wollen.

Die Konzeptionen einer ‚guten Stadt‘ weisen dementsprechend über beide Gruppen hinweg Gemeinsamkeiten auf: Eine Initiative aus Altona beispielsweise „sorgt sich um zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und bejaht die soziale und auch nutzungsbezogene ‚Altonaer Mischung‘“, ebenso wie die Stadtentwicklungsbehörde „das urbane, ‚auf Austausch und Lebendigkeit

orientierte Innenstadtgefüge‘ eines ‚Alltagsstadtteils‘“ (ebd.: 274) hervorhebe. So bewegen sich Initiativen und politisch-administrative Akteure in einem gemeinsamen Diskursfeld, dessen soziale Zielvorstellungen als „Urbanität, Quartiersverträglichkeit, Alltagstauglichkeit [oder auch] Integration“ (ebd.) formuliert werden. Die Entschlüsselung des Widerspruchs zwischen dem antagonistischen Verhältnis im Konfliktfall und der Überschneidungen in den Vorstellungen der ‚guten Stadt‘ findet sich letztendlich in der Kontextualisierung der beiden Konzepte ‚soziale Mischung‘ und ‚verdichtete Unterschiedlichkeit‘: Die Mittelschichtorientierung der politisch-administrativen Akteure „basiert noch immer auf einem Wissen über die De-Attraktivierung der inneren Stadt vor deren sogenannter Renaissance“ (ebd.: 276). Es geht um eine *Verbesserung* der sozialen Mischung zugunsten einer Mittelschicht, die marktförmig aktivier- und regierbar ist, durch Engagement für Stabilität in den Quartieren sorgt und gleichzeitig den Expert\_innenstatus der politisch-administrativen Akteure anerkennt. Für die Initiativen dagegen *besteht* die angestrebte verdichtete Unterschiedlichkeit bereits und muss viel eher gegen Verdrängung verteidigt werden. Das Mittel zur (Selbst-)Verteidigung ist dabei der Protagonismus der Betroffenen, also die Idee, ‚Stadt selber zu machen‘. Diesen Anspruch auf Selbstbestimmung können und wollen die politisch-administrativen Akteure jedoch nicht erfüllen. Das zentrale Hindernis, die Bewohner\_innen ihre Stadt ‚selbst machen‘ zu lassen, liegt dabei in jenen Interessen begründet, die die politisch-administrativen Akteure als Gemeinwohl begreifen und zu deren Repräsentation sie sich berufen fühlen.

Diese Erkenntnis gewinnt Rinn aus der Reflexion darüber, welche Akteure innerhalb öffentlich ausgetragener Konflikte überhaupt sichtbar werden beziehungsweise unsichtbar bleiben: Die (sichtbaren) Aktivist\_innen versuchen über sich selbst hinaus die heterogenen Bewohner\_innen eines ganzen Viertels zu repräsentieren. Der Repräsentationsanspruch der politisch-administrativen Akteure geht darüber hinaus, in dem er sowohl die Bewohner\_innen der ganzen Stadt umfasst, als auch – in zentraler Position – das ökonomische Interesse der an einzelnen Projekten beteiligten Unternehmen. Es lässt sich hieraus schlussfolgern, dass es sowohl repräsentierte Akteure gibt, die in öffentlichen Konflikten unsichtbar bleiben *müssen*, da sie nicht als Verhandlungspartner\_innen (an-)gesehen werden (wie zum Beispiel Menschen, die sich infolge ihrer Klassenlage, ihres Status, Migrationshintergrunds et cetera nicht ‚angemessen‘ artikulieren können). Andere Akteure hingegen *können* unsichtbar bleiben: Sie müssen nicht partizipieren, da ihre Interessen von den politisch-administrativen Akteuren bereits als Gemeinwohl repräsentiert werden. Dabei offenbart sich eine „Parallelstruktur“ (ebd.: 284) der Planungspraxis: Öffentliche Partizipationsverfahren stellen in der Regel nur eine Ergänzung zur ‚eigentlichen‘ Planung dar, in der zwischen den politisch-administrativen und ökonomischen Akteuren die Grundlagen der umstrittenen Projekte ausgehandelt werden. Diese eigentliche Planung findet im Vorfeld von und parallel zu Anwohner\_innenbeteiligung statt. Investor\_innen und Eigentümer\_innen haben so trotz beziehungsweise wegen ihrer Unsichtbarkeit einen ‚privilegierten Zugang‘ zu den Verfahren. Die Unsichtbarkeit anderer Akteure ist dagegen Ausdruck ihrer gesellschaftlich marginalisierten Position.



Der Aufbau des Buches ist so gestaltet, dass einer knappen theoretischen und methodischen Einordnung (Kapitel 1) die sehr ausführliche Darstellung der Empirie folgt (Kapitel 2, 3 und 4), welche abschließend in zwei weiteren Kapiteln (5 und 6) in Verbindung mit der Theorie erneut diskutiert wird. Mit diesem Aufbau will der Autor seiner „lokalen und partialen Forschungsperspektive“ (ebd.: 38) sowie dem zyklischen Forschungsprozess auch in der Darstellung Raum geben. Dabei verbleibt die grundlegende theoretische Einordnung der Arbeit eher skizzenhaft, während der Rückgriff auf die Theorie in den abschließenden Kapiteln auf einer fallbezogenen Ebene stattfindet. Meiner Einschätzung nach richtet sich das Buch daher insbesondere an stadtpolitisch Interessierte und Aktive. Seine Stärke liegt vor allem in der ausführlichen und überzeugenden empirischen Analyse, welche tiefe Einblicke in das Feld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg bietet und Ansatzpunkte zur Intervention in dieses Feld aufzeigt: Die Bereitschaft seitens der politisch-administrativen Akteure, die Bewohner\_innen an der Gestaltung der Stadt (mit-)wirken zu lassen, hat enge Grenzen. Eingeladen zur Partizipation sind insbesondere mittelschichtsaaffine Akteure, die die gesetzten ökonomischen Interessen nicht (zu sehr) in Frage stellen. Theoretisch wie praktisch könnte an dieser Stelle durch eine explizite Herausforderung der Repräsentationspolitik aller Konfliktbeteiligten an Rinnns Arbeit angeknüpft werden, indem die bislang unsichtbaren Akteure stärker in den Fokus der Auseinandersetzung gebracht werden. Im Falle des Konflikts um die Esso-Häuser in St. Pauli ist dies gelungen: Bei der Aushandlung um einen Neubau an der Reeperbahn hat sich der Investor auch öffentlich den Forderungen der Initiativen gestellt (Bude et al. 2014). Diejenigen Akteure zu stärken, die zwar von Gentrifizierung betroffen sind, aber bislang infolge ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung noch unsichtbar bleiben (müssen), stellt eine weitere Herausforderung dar. Ansätze dazu bietet in Hamburg das Bündnis Recht auf Stadt – Never mind the Papers! oder das Beispiel von Kotti & Co aus Berlin (s. hierzu die Debatte um Basisorganisation in diesem Heft). In der Praxis könnte es das Ziel sein, die von Verdrängung bedrohten (noch) enger mit denen zusammenzubringen, die sich gegen Aufwertungsprojekte engagieren. Auf einer theoretischen Ebene müsste es darum gehen, die Repräsentation ökonomischer Interessen als (vermeintliches) Gemeinwohl so zu hinterfragen, dass ökonomische Akteure nicht länger unsichtbar bleiben können, sondern sich der Auseinandersetzung um die ‚gute Stadt für alle‘ stellen müssen.

## Endnoten

- [1] Bei der Rindermarkthalle handelt es sich – laut Hamburger Abendblatt – um eines der letzten „Sahnegrundstück[e] der City“ (Rinn 2016:198), auf dem von Teilen der Hamburger Musikwirtschaft und der Stadt die Errichtung einer Musikhalle geplant wurde. Anwohner\_innen führten dagegen eine kollektive Wunschproduktion durch, um eine stadtteilbasierte Planung und Nutzung umzusetzen. Als Kompromiss beziehungsweise Resultat dieser Auseinandersetzung ist inzwischen ein Einkaufszentrum für den täglichen Bedarf inklusive einiger sozialkulturell genutzter Flächen entstanden. Bei der Mitte Altona handelt es sich um eine Konversionsfläche der Bahn, auf der gegenwärtig ein umfangreicher Wohnungsneubau stattfindet. Hier forderten Anwohner\_innen in den von der Stadt organisierten Beteiligungsveranstaltungen eine ökologisch,

sozial- und verkehrspolitisch stärker an ihren Bedürfnissen ausgerichtete Planung sowie die Möglichkeit, als beteiligte Bürger\_innen tatsächlich auf den Prozess Einfluss nehmen zu können. Im vierten Kapitel des Buches werden diese Konflikte für den Zeitraum 2009 bis 2012 in ihren Abläufen detailliert dargestellt. In dieser Rezension beziehe ich mich jedoch vorrangig auf Rinns Analyse des ‚Feldes der Stadtentwicklungspolitik‘ in Hamburg und nehme dabei nicht weiter Bezug auf die empirischen Einzelfälle.

- [2] Entsprechend der ausgewählten empirischen Beispiele handelt es sich hierbei um Anwohner\_innen bzw. Initiativen aus den Stadtteilen St. Pauli (insbesondere die leute:real, das Labor für urbane Transformation und die Keimzelle – Soziales Gärtnern für alle) und Altona (insbesondere das Koordinierungsgremium des Bürgerforums im Planverfahren, LUX & Konsorten und die Initiative Altopia).

## Autor\_innen

Joscha Metzger promoviert im Bereich geographischer Stadtforschung zu Wohnungspolitik, Wohnungsmarkt und Genossenschaften in Hamburg.  
joscha.metzger@uni-hamburg.de

## Literatur

- Birke, Peter / Hohenstatt, Florian / Rinn, Moritz (2015): Gentrifizierung, Aktivismus und „Rollenspiele“. Erfahrungen am Hamburger Stadtrand. In: Sozial.Geschichte Online 16, 53-88.
- Boeing, Niels (2015): Von Wegen. Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft. Hamburg: Edition Nautilus.
- Bude, Irene / Sobczak, Olaf / Jörg, Steffen (2014): buy buy st. pauli. über die kämpfe um die esso-häuser (Film). <http://www.buybuy-stpauli.de> (letzter Zugriff am 14.07.2016).
- Füllner, Jonas / Templin, David (2011): Stadtplanung von unten. Die ‚Recht auf Stadt‘-Bewegung in Hamburg. In: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA-Verlag, 79-104.
- Holm, Andrej (2011): Das Recht auf die Stadt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, 89–97. Online verfügbar unter <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2011/august/das-recht-auf-die-stadt> (letzter Zugriff am 14.07.2016).
- Holm, Andrej / Gebhardt, Dirk (Hg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA: Verlag Hamburg.
- Mullis, Daniel (2014): Recht auf die Stadt. Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie. Münster : UNRAST Verlag.
- Scharenberg, Albert / Bader, Ingo (2009): Berlin’s Waterfront Site Struggle. In: City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action 2-3, 325-335.
- Twickel, Christoph (2010): Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle. Hamburg: Edition Nautilus.
- Vogelpohl, Anne (2015): Die Begriffe Stadt und Urbanisierung bei Henri Lefebvre. Eine Inspiration für Recht auf Stadt-Bewegungen heute. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung 60, 4-8.
- Vrenegor, Nicole / Haarmann, Anke (2012): Entlang einer imaginären Linie. Drei Jahre Recht-auf-Stadt-Bewegung in Hamburg – ein Zwischenstopp. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung 49, 9-14.



## No Escape from the Burbs

Rezension zu Roger Keil (Hg.) (2013): *Suburban Constellations: Governance, Land and Infrastructure in the 21st Century*. Berlin: JOVIS.

Markus Kip

Den Begriff des Urbanen in Auseinandersetzung mit dem Suburbanen zu bestimmen, ist horizonterweiternd. Nicht, dass er nach der Lektüre von *Suburban Constellations* an Schärfe gewonnen hätte, wohl aber hat sich meine Aufmerksamkeit für scheinbar banale Phänomene außerhalb der Stadt geschärft. Neu ist die enorme Bandbreite suburbaner Fallstudien aus dem ‚Globalen Norden‘ und dem ‚Globalen Süden‘, die hier versammelt werden. Dabei soll kein „existing script of peripheral expansion“ (Keil 2013a: 14) validiert, sondern der Versuch unternommen werden, sich dem Suburbanen induktiv zu nähern. Der Band ist ein wichtiger Output des Forschungsverbunds „Global Suburbanism. Governance, Land and Infrastructure in the 21st Century“, dem über fünfzig Wissenschaftler\_innen und Praktiker\_innen angehören. Die Balance zwischen einer für ein breiteres Publikum angelegten Einführung, die durch die Bebilderung teilweise sogar Unterhaltungswert bekommt, und wissenschaftlichem Beitrag wird eindrucksvoll gemeistert. Dass auf fünf bis acht Seiten und mit so vielen Bildern tatsächlich ein wissenschaftlicher Beitrag erbracht werden kann, war eine lehrreiche Überraschung.

Am Ende hat mich die Hauptthese des Buches überzeugt, der zufolge suburbane Räume keine Randphänomene, sondern Schlüsselaspekte der Urbanisierung im 21. Jahrhundert darstellen. Eine entsprechende Theorie steht nach Ansicht von Roger Keil und Kolleg\_innen vor der Herausforderung, die verschiedenen Erscheinungsformen als ‚Konstellation‘ (Benjamin 1963) zusammenzudenken: Dabei reicht das Spektrum von den *gated communities*, dem *Planet of Slums* (Davis 2007), den Hochhausvororten, der Zwischenstadt (Sieverts 1997), den *ethnoburbs* (Li 1998) und *technoburbs* (Fishman 1996), den *edge cities* (Garreau 1991) bis hin zu den *edgeless cities* (Lang 2003). Das Vorhaben bezieht sich damit auf Andi Merrifields Plädoyer für eine ‚reloaded urban theory‘ (2012). Diese beinhaltet

„[...] a thorough reframing of the urban question, of dealing adequately with the ontological question, that of being in the world, of being in an urban world. Within this conceptualization we need to dispense with all the old chestnuts between North and South, between developed and

underdeveloped worlds, between urban and rural, between urban and regional, between city and suburb, and so forth.” (ebd.: o. S.)

### Zum Konzept der Suburbanisierung

Henri Lefebvre lauert überall in dem Band. Sein Werk bildet die fast schon selbstverständliche analytische Grundlage. Kaum noch wird dies weiter erwähnt oder ausgeführt. In seinem Geiste schreibt Keil – in der unbedingt zu lesenden Einleitung – Folgendes: „Driven by an oscillating dialectic of growth and decline, urbanization produces many competing forms of production of space. Suburbanization is one of them.“ (2013a: 8)

Wie von vielen Sammelbänden gewohnt, kämpft auch dieser mit einer gewissen begrifflichen wie methodischen Inkohärenz, was in diesem Fall allerdings auch von einer lebendigen Debatte zeugt. Gleich zu Beginn macht Keil klar, dass es nicht so sehr darum gehe, den Begriff des Suburbanen zu bestimmen, sondern grundsätzlich die Frage nach dem Urbanen neu aufzuwerfen (2013a: 9). Deshalb führt Keil eine simple Definition ein, nach der Suburbanisierung als räumliche Ausweitung der Bevölkerung und wirtschaftlicher Aktivitäten in die Randzonen einer Stadt verstanden wird (ebd.). Diese Definition entpuppt sich aber höchstens als Orientierung für die übrigen Autor\_innen: Nach der Einleitung geht es begriffsschöpferisch heiß her. Während Richard Harris sich noch die Mühe macht, eine systematische Entwicklungslinie von ländlich zu städtisch über die Begriffe ‚periurban‘, ‚suburban‘ und ‚ambiguously urban‘ – im Sinne von konzentrischen Kreisen – vorzuschlagen (2013: 34), werfen Alan Mabin und Jan Nijman diese Vorstellung über den Haufen. Ihrem Verständnis nach könnten auch innenstädtische Orte durch die Aneignung von reichen oder armen Neuankömmlingen suburbanisiert werden (Mabin 2013: 155, Nijman 2013: 168).

Die Ideen von Zentrum und Peripherie geraten in der Folge deutlich ins Schwanken. Keil selbst führt in seinem gemeinsam mit Rob Shields verfassten Text den Stadtsoziologen Walter Prigge ins Feld, für den bereits 1991 ‚Stadt‘ und ‚Land‘, ‚Zentrum‘ und ‚Peripherie‘ überholte Binaritäten waren (1991: 175). Markus Moos und Pablo Mendez schlagen auch in diese Kerbe und bieten als alternatives Vokabular ‚nodes‘, ‚corridors‘, and ‚fields‘ an (2013: 108). An anderer Stelle wiederum bringen Autor\_innen Statistiken vor, die klar implizierten, welches Gebiet urban ist und welches nicht (Bloch/Papachristodoulou/Brown 2013: 95). Und was meint Keil in seinem Schlusswort dann, wenn er behauptet, dass wir bereits in einer post-suburbanen Welt leben (2013b: 201)? Positiv gewendet fand ich diese Uneindeutigkeiten anregend: So formiert sich eine Debatte und die Lesenden sind mittendrin.

### Struktur und roter Faden

Das Buch ist in vier Abschnitte unterteilt. Unter „Foundations“ werden im ersten Abschnitt die Hauptperspektiven auf *governance* (Hamel), *land* (Harris), *infrastructure* (Filion) sowie auf das alltägliche Erleben und Repräsentation (Drummond/Labbé) in lesenswerten Artikeln eingeführt. In den Abschnitten „Themes“ und „Regions“ werden die zunehmende Fragmentierung und Ungleichheiten im suburbanen Raum untersucht – sei es mit Blick auf Themen

wie Verfall und Erneuerung von Wohnsiedlungen, Grüngürteln, Automobilität, Wasser- und Abwasserversorgung sowie Flutrisiken oder im Hinblick auf ausgewählten Regionen, die die Besonderheiten der verschiedenen Kontinente beleuchten. „Essays and Images“ schließlich ist eine etwas eigentümlich anmutende Mischung aus Bildbeiträgen, Poesie und Netzwerkethnographien.

Die Analysen der Dialektik von Wachstum und Verfall ziehen sich wie ein roter Faden durch das Buch, wobei sehr unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. Dazu gehören: die gebaute Umwelt, Bevölkerungsverteilung oder Regierungstechniken. Die baulichen Resultate dieser Dialektik umschreibt Ute Lehrer wie folgt:

„The urban forms of today’s cities are multifarious, particularly on the outskirts where different users and usages are juxtaposed. The shiny facades of office parks meet agricultural lands; highly connected places are next-door neighbors to areas that are cut off from the urban region; advanced infrastructure can be found adjacent to service deserts; high-rise towers greet single family homes [...].“ (2013: 59)

Gemeinsam sei der Entwicklung im ‚Globalen Süden‘ und im ‚Globalen Norden‘, dass – so Lehrer – Großprojekte wie Flughäfen, Universitäten bis hin zu Kraftwerken und Müllhalden zunehmend am Stadtrand geplant würden. So wichtig sie auch für das Funktionieren der Stadt seien, heiße man sie doch nicht im Stadtzentrum willkommen (ebd.: 61).

Abgesehen von der Gemeinsamkeit von Müllhalden und Universitäten, dass nämlich beide eher am Stadtrand zu finden sind, stechen doch eher die unterschiedlichen Motive für diesen Umstand ins Auge. Suburbane Universitätsprojekte stehen dabei beispielhaft für eine „reterritorialization of premium urban functions and populations away from the supposedly impenetrable and ungovernable districts of opaque urban majorities“ (Simone 2015: 3). Zum Teil geschähe diese Reterritorialisierung auch im Rahmen eines ganzen Stadtpakets, worauf Dirk Heinrichs und Henning Nussl in ihrem Beitrag zu Lateinamerika hinweisen. Wohnkomplexe landeten demnach im Verbund mit Shopping-Malls, Industrie- und Büroparks in den Randzonen und stünden in nur minimalem Austausch mit der städtischen Umgebung (2013: 170ff.).

Die Pull-Faktoren für die Ansiedlung von mehr und mehr Menschen im suburbanen Raum sind im Fokus vieler Beiträge, wobei die daraus resultierende Diversität hervorgehoben wird. Attraktiv sei die Suburbia für viele aufgrund der vergleichsweise günstigen Immobilienpreise und nicht selten auch wegen des Versprechens auf mehr Lebensqualität. Nijman verweist darauf, dass laut dem U. S. Census von 2010 der Anteil der nicht-weißen Bevölkerung jenseits der urbanen Zentren bereits über ein Drittel ausgemacht habe und der Anteil der Immigrant\_innen dort stärker gewachsen sei als in Städten (2013: 167). Die Push-Faktoren dieser Völkerwanderung blieben jedoch unterbelichtet. Damit sind die in-Kauf-genommene oder staatlich sanktionierte Verdrängung (Logan 2014) aus den Zentren oder die multiskalaren Formen der Grenz- und Migrationskontrolle gemeint, die bestimmte Bezirke vor den imaginierten Gefahren des Zustroms bewahren sollen (Simone 2015: 3). Fulong Wus Beitrag ist in dieser Hinsicht erhellend, da er berichtet wie neue Schwellenräume für migrantische Arbeitskräfte in China entstehen. Diese seien Orte an denen diejenigen Menschen beschäftigt würden, die vor Landarmut geflohen seien, denen

gleichzeitig aber ein Leben im Stadtzentrum verweigert würde (Wu: 192). Hier werden Machtungleichgewichte und die Rassifizierung von Suburbia bei der räumlichen Verteilung von Bevölkerungsgruppen deutlich. Allein für die USA zählt Nijman ungefähr 2700 Neugründungen von Gemeinden seit 1952. Diese seien vom Wunsch nach finanzieller Unabhängigkeit umliegender Gemeinden ebenso motiviert, wie von der ersehnten Kontrolle und Abwehr bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Wohnungslose oder rassifizierte Arbeiter\_innen (Nijman: 167).

Diese Entwicklungen gehen mit der Abkehr vom Leitbild staatlicher Steuerung einher, sei es im Bereich der Wohnraumversorgung, wie Douglas Young am Beispiel Toronto verdeutlicht (2013: 63ff.), oder der Infrastruktur, wie Jochen Monstadt und Sophie Schramm für die Wasser- und Abwasserversorgung ausführen (2013: 85ff.). Das global wirkungsmächtige Ideal einer ‚networked city‘ sei überholt worden und habe zu neuen dezentralen und experimentellen Formen der Versorgung geführt. Dabei werfen sie Fragen der Gerechtigkeit und Solidarität auf (ebd.: 93). Regiert wird die Fragmentierung der suburbanen Räume auch mittels moralischer und ästhetischer Zuschreibungen. Lisa Drummond und Danielle Labbé arbeiten beispielsweise heraus, wie massenmediale Repräsentationen ihren Teil dazu beitragen, der peripher lebenden Bevölkerung ihre Randständigkeit einzubläuen und staatliche Planungen wie Programmatiken der Marginalisierung zu unterfüttern. In dominanten Darstellungen von Slums als banale und endlose Wucherungen werde deren Beitrag zu städtischen Entwicklungen unterschlagen (2013: 48). Terry McGee argumentiert, dass in den Stadtanalysen der Beitrag der peripheren Räume als ‚international gateways‘, das heißt als Orte politischer Macht und Motoren wirtschaftlicher Entwicklung, regelmäßig übergangen würden (2013: 20). Ganz deutlich formulieren dies auch Keil und Shields, wenn sie schreiben:

„Suburbia has generally been addressed according to its lack of urban density, features, and amenities, and its subordinate and dependent status in relation to an urban core, which is not the case in many cities where the suburban edge is the economic heart of an urban agglomeration.“ (2013: 77)

Der wirtschaftliche Beitrag der Suburbias wird in volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur unzureichend registriert. Für Alan Mabin stellen sich die peripheren Räume als die eigentlichen kreativen Zentren heraus, in denen neue Lebensstile sowie Ausdrucksformen in Musik und Kunst erprobt würden (2013:154ff.).

### **Reloading Urban Theory?**

„There is no escape from the burbs“ (2013b: 201), schließt Keil das Buch ab. Richtig ist, dass für einen alternativen Gesellschaftsentwurf der Fokus auf Innenstädte immer nur partial ist und die suburbane Realität als Ausgangsbasis ernst genommen werden muss. Ob wir sie mögen oder nicht: Sie stellt eine reale Lebensgrundlage für weite Teile der Weltbevölkerung dar. Zudem stellt sich angesichts neuer politischer Arrangements die Frage, wie mit der Unterschiedlichkeit suburbaner Räume, mit alternden Infrastrukturen, wachsender Mobilität und neuen kulturellen Bedürfnissen umgegangen werden soll.

Festhalten lässt sich, dass es mit dem Buch gelingt, die von Neil Brenner und Christian Schmid (2011) angestoßene Diskussion der *planetary urbanization* zu vertiefen. In Ergänzung zu dem ebenfalls bei JOVIS erschienenen Sammelband *Urban Constellations* von Matthew Gandy (2011) werden hier überzeugende Schritte unternommen, die von Lefebvre postulierte urbane Gesellschaft in ihrer enormen Bandbreite zu erforschen. Dabei wird die von Brenner und Schmid (2011: 12) vertretene These ernstgenommen, wonach die Kategorie ‚Stadt‘ analytisch obsolet geworden sei. Nach meiner Lektüre stellt sich jedoch – mit Lefebvre weitergedacht – die Frage nach den subversiven Potenzialen, die in den Suburbanisierungsprozessen enthalten sind. Diese Potenziale sind für Lefebvre ein Schlüsselanliegen der Theoriebildung (2009 [1970]: 178).

Dringlich erscheint mir zudem die Frage, wie der zunehmenden Fragmentierung und Ungleichheit im suburbanen Raum politisch begegnet werden kann. Lefebvres Vorstellung von Stadt als kollektives „oeuvre“ (1996:172f.) – also als Gemeingut, das von den Bewohner\_innen konsumiert und immer wieder neu hergestellt wird (siehe auch Hardt/Negri 2010, Borch/Kornberger 2015, Dellenbaugh et al. 2015) – lässt sich auch auf den suburbanen Raum anwenden. Bei aller Konflikthaftigkeit werden in der Metropolis Formen der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens sowie Wissensbestände, Kreativität, Identitäten und Atmosphären entwickelt, die Stadt und Suburbia miteinander verweben. Die dabei produzierten Räume sind ein Fundus, deren Privatisierung und Einhegung individuelle Renditen verspricht. Während zu diesem Zweck Profiteure die kollektive Herkunft der zu privatisierenden Ressourcen zu kaschieren suchen, steht eine Theorie in der Folge von Lefebvre vor der Aufgabe, diese herauszuarbeiten.

### **Autor\_innen**

Markus Kip ist Soziologe.  
markus.kip@gmail.com

### **Literatur**

- Allen, Adriana (2003): Environmental planning and management of the peri-urban interface: perspectives on an emerging field. In: *Environment and Urbanization* 15/1, 135-148.
- Benjamin, Walter (1963): *Der Ursprung des deutschen Trauerspiels*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bloch, Robin / Papachristodoulou, Nikolaos / Brown, Donald (2013): Suburbs at risk. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 95-101.
- Brenner, Neil / Schmid, Christian (2011): *Planetary urbanization*. In: Gandy, Matthew (Hg.), *Urban Constellations*. Berlin: JOVIS, 10-13.
- Borch, Christian / Kornberger, Martin (Hg.) (2015): *Urban Commons: Rethinking the City*. London: Routledge.
- Davis, Mike (2007): *Planet of Slums*. London u. a.: Verso.
- Dellenbaugh, Mary / Kip, Markus / Bieniok, Majken / Müller, Agnes K. / Schwegmann, Martin (Hg.) (2015): *Urban Commons: Moving Beyond State and Market*. Basel: Birkhäuser.
- Drummond, Lisa / Labbé, Danielle (2013): We're a long way from Levittown, Dorothy: Everyday suburbanism as a global way of life. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 46-51.
- Filion, Pierre (2013): The infrastructure is the message: shaping the suburban morphology and lifestyle. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 39-45.

- Fishman, Robert (1996): *Beyond Suburbia: The Rise of the Technoburb*. London: Routledge.
- Gandy, Matthew (2011): *Urban Constellations*. Berlin: JOVIS.
- Garreau, Joel (1991): *Edge City: Life on the New Frontier*. New York: Anchor.
- Hamel, Pierre (2013): Governance and global suburbanisms. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 26-32.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2010): *Common Wealth: Das Ende des Eigentums*. Frankfurt: Campus.
- Harris, Richard (2013): How land markets make and change suburbs. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 33-38.
- Heinrichs, Dirk / Nuißl, Henning (2013): Latin America at the urban margin: socio-spatial fragmentation and authoritarian governance. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 170-175.
- Keil, Roger (2013a): Welcome to the suburban revolution. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 8-15.
- Keil, Roger (2013b): Escape from the burbs? In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 200-201.
- Keil, Roger / Shields, Rob (2013): Suburban boundaries: beyond greenbelts and edges. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 71-78.
- Lang, Robert (2003): *Edgeless Cities. Exploring the Elusive Metropolis*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.
- Lefebvre, Henri (2009 [1970]): Reflections on the politics of space. In: Brenner, Neil / Elden, Stuart (Hg.), *State, Space, World: Selected Essays*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 167-184.
- Lefebvre, Henri (1996): Perspective or prospective? In: Kofman, Eleonore / Lebas, Elizabeth (Hg.), *Writings on Cities*. Malden, MA: Blackwell, 160-174.
- Lehrer, Ute (2013): FlexSpace – suburban forms. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 58-62.
- Li, Wei (1998): Anatomy of a new ethnic settlement: the chinese ethnoburb in Los Angeles. In: *Urban Studies* 35/3, 479-501.
- Logan, John R. (2014): Separate and unequal in suburbia. In: Census Brief prepared for Project US2010. <http://www.s4.brown.edu/us2010/Data/Report/report12012014.pdf> (letzter Zugriff 6.10.2016).
- Mabin, Alan (2013): Suburbanism in Afrika? In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 154-160.
- McGee, Terry (2013): Suburbanization in the twenty-first-century world. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 18-25.
- Merrifield, Andi (2012): Whither Urban Studies. <https://citiesmcr.wordpress.com/2012/12/10/whither-urban-studies/> (letzter Zugriff 6.10.2016).
- Monstadt, Jochen / Schramm Sophie (2013): Beyond the networked city? Suburban constellations in water and sanitation systems. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 85-94.
- Moos, Markus / Mendez, Pablo (2013): Suburbanization and the remaking of metropolitan Canada. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 106-117.
- Nijman, Jan (2013): The american suburb as utopian constellation. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 161-169.
- Phelps, Nicholas A. (2013): Global suburbanisms: navigating by the constellation of Europe. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 176-181.
- Prigge, Walter (1991): Übergänge: Auf der Schwelle einer neuen Stadtentwicklungspolitik. In: Koenigs, Tom (Hg.), *Vision offener Grünräume: GrünGürtel Frankfurt*. Frankfurt: Campus. 173-175.
- Sieverts, Thomas (1997): *Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. Braunschweig: Vieweg.
- Simone, AbdouMaliq (2015): It's just the city after all! In: *International Journal of Urban and Regional Research*. <http://www.ijurr.org/article/its-just-the-city-after-all/> (letzter Zugriff 6.10.2016).
- Wu, Fulong (2013): Chinese suburban constellations: the growth machine, urbanization, and middle-class dreams. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 190-194.
- Young, Douglas (2013): Suburban redevelopment: decline and renewal in Toronto's in-between city. In: Keil, Roger (Hg.), *Suburban Constellations*, Berlin: JOVIS, 63-70.



## Im Aufstand vereint?

Rezension zu Margit Mayer, Catharina Thörn und Håkan Thörn (Hg.) (2016):

*Urban Uprisings. Challenging Neoliberal Urbanism in Europe*. London: Palgrave.

Lisa Vollmer

Der Sammelband *Urban Uprisings. Challenging Neoliberal Urbanism in Europe* ermöglicht einen vergleichenden Blick auf städtische Proteste in zahlreichen europäischen Ländern. Dabei ist es eines der Hauptargumente des Buches, dass *riots* und soziale Bewegungen nicht als theoretisch oder empirisch distinkte Phänomene zu betrachten sind. Im Gegenteil werden gerade ihre Zusammenhänge und gemeinsamen Grundlagen herausgearbeitet: die zunehmende strukturelle und verräumlichte Ungleichheit. Dafür erweist sich der vergleichende Blick auf Länder Süd- und Nordeuropas sowie ein osteuropäisches Land – eine Region, die in solchen Zusammenschauen oft fehlt – als besonders fruchtbar. Denn dadurch wird deutlich: Entgegen der klassischen, nationalisierten Krisenerzählung, in der es nordeuropäische Länder und vor allem Deutschland besonders ‚gut durch die Krise geschafft haben‘ und südeuropäische Länder die ‚Krisenverlierer‘ sind, hat die Finanzkrise – oder vielmehr ihre Grundlage, die dauerhafte Krise der Neoliberalisierung – eine viel differenziertere Landschaft des *uneven development* geschaffen. Ungleichheiten entstehen nicht nur zwischen Nationalstaaten, sondern auch innerhalb der Staatsgrenzen auf regionaler bis hin zur lokalen Ebene. Auch in Deutschland entstehen so neue Trägerschichten für urbane Bewegungen; durch das nach sicheren Häfen suchende globale Kapital sind manche Regionen in Deutschland sogar besonders betroffen. Auch in der Türkei und in Polen lassen sich keine nationalstaatlichen Wirtschaftskrisen feststellen. Trotzdem gibt es in beiden Ländern, ähnlich wie in Deutschland, urbane soziale Bewegungen, die ökonomische Ungleichheiten anprangern. Es ist vielleicht das größte Verdienst dieses Buches, überzeugend darzustellen, dass durch neoliberalen Urbanismus induzierte Krisenerfahrungen eine bestimmte Schicht des gespaltenen Europas vereinen oder zumindest das Potential dazu haben – urbane Unterschichten und die prekarierte Mittelschicht.

In ihrer Einleitung schaffen Thörn/Mayer/Thörn das, was vielen Sammelbänden fehlt: Sie entwerfen einen gemeinsamen theoretischen Rahmen und überprüfen die Fallbeispiele auf ihre Gemeinsamkeiten. Der theoretische Anspruch der Einleitung und aller Beiträge ist dreifach: Erstens

soll durch den Fokus auf die bisher unterbeleuchteten *städtischen* sozialen Bewegungen das Potential der Wiedereinführung strukturalistischer Perspektiven auf soziale Bewegungen ausgelotet werden, indem Forschung zur städtischen Neoliberalisierung und Soziale Bewegungsforschung zusammen gebracht werden.

Zweitens setzen sie sich für das Aufbrechen der analytischen Unterscheidung zwischen *riots* und sozialen Bewegungen ein. In einer erhellen- den Überblicksdarstellung führen Thörn/Mayer/Thörn (2016: 10 f.) diese Trennung auf die Geschichte der Disziplin der sozialen Bewegungsforschung zurück. Die Teilung hat ihren Ursprung in den sozialpsychologischen Theorien Le Bons, Tardes und Freuds zum irrationalen Massenverhalten. Im ‚Mob‘ verliere das aufgeklärte, moderne Subjekt seine Individualität und könne höchstens noch einem populistischen Demagogen folgen. In den behavioristischen Theorien Neil Smellers (1962) fand diese Sichtweise Eingang in die strukturalistisch-funktionalistische Soziale Bewegungsforschung, die *riots* und organsiertere Formen des Protests strukturell über Deprivation erklärten. Viele der aktuellen Sozialen Bewegungstheorien kritisieren diese Verbindung von sozialen Bewegungen mit ‚irrationalen Massenverhalten‘. Anstatt sich aber zu fragen, ob es sich bei *riots* und (vermeintlich) spontanen Aufständen tatsächlich um irrationales Verhalten handelt, spaltete man *riots* vom eigenen Untersuchungsgegenstand ab, um diesen als legitim erscheinen zu lassen. Dadurch lässt sich auch der oft verzerrende Fokus der Sozialen Bewegungsforschung auf Rationalität und bewusster Strategie wohlorganisierter Netzwerke erklären. Zur konzeptuellen Reintegration der beiden Phänomene schlagen Thörn/Mayer/Thörn (2016: 23 f.) ein mehrstufiges Begriffsinstrumentarium vor. Der Oberbegriff „kollektives politisches Handeln“ umfasst nach Grad der Organisiertheit und Artikuliertheit von Forderungen gestaffelt die Formen des „urbanen Widerstands“, des „urbanen Aufstands“ und der „urbanen sozialen Bewegung“. Damit wird es zur empirischen Frage (nicht zur theoretischen), ob urbaner Widerstand und urbane Aufstände (*riots*) Teile einer sozialen Bewegung sind.

Daraus ergibt sich drittens die theoretische Abgrenzung von einer dominanten sozialen Bewegungsforschung, die durch ihre mikro-soziologische Perspektive strukturelle Begründungen für Proteste aus den Augen verloren hat. Besonders in der Forschung zu *riots*, aber ebenso in der zu sozialen Bewegungen, entwickelte sich die Mikro-Perspektive als Kritik an Deprivationstheorien und anderen strukturellen Erklärungskonzepten für Proteste. Die (relative) Deprivation könne nicht erklären, warum nicht in allen benachteiligten Gegenden *riots* ausbrächen und durch welche Mechanismen soziale Benachteiligung genau mit der Entstehung von *riots* zusammenhänge. Thörn/Mayer/Thörn (2016: 13 f.) sprechen solchen detaillierten Analysen nicht ihr Erklärungspotential ab, verweisen aber auf die Gefahr, darüber strukturelle Faktoren zu übersehen. Die von den Herausgeber\_innen vorgeschlagene europäische Variante der Neuen Sozialen Bewegungsforschung, rund um Autor\_innen wie Alain Touraine (1981) Manuel Castells (1983), Alberto Melucci (1989) und natürlich Margit Mayer selbst, grenzte sich zwar von klassisch marxistischer Klassenanalyse ab, stellte aber weiterhin die Suche nach den strukturellen Widersprüchen und Konflikten in den Mittelpunkt ihrer Analysen: „they considered new social movements to be

defined by their conflictual dimension and challenge to the logic of social systems“ (ebd.: 21). Dieser (post)marxistischen Perspektive wurde die Einsicht zur Seite gestellt, dass kollektive Handlungskompetenz (agency) weder einfach aus den Strukturen abzuleiten ist, noch aus einfachem rationalem Abwägen entspringt. Daran knüpfen auch die Thörn/Mayer/Thörn mit ihrem Vorschlag einer Städtischen Sozialen Bewegungsforschung an. Mit Castells argumentieren sie, dass die Produziertheit von Städten sich besonders in sozialen Protesten zeige. Das wiederum impliziere: „as the production of cities and the forms of urban social movements are changing, they also need to be rethought“ (ebd.: 26). Eine allzeit gültige Theorie städtischer sozialer Bewegungen kann es also nicht geben. „Städtische Soziale Bewegungen“ ist in diesem Sinn als ein analytisches Konzept zu verstehen. Genau das ist es, was die versammelten Beiträge leisten: Sie reflektieren die Spezifika neoliberaler Urbanismen und der dazugehörigen Regierungstechniken in ihrem Wechselverhältnis mit sozialen Bewegungen. Dabei verbinden Thörn/Mayer/Thörn und die übrigen Autor\_innen des Sammelbandes scheinbar mühelos marxistische und poststrukturalistische Perspektiven. Zum Beispiel wird eine Krise sowohl als eine materielle Krise betrachtet, als auch als ein Riss im hegemonialen Diskurs, der eine Möglichkeit für Protest eröffnet.

Diese theoretischen Implikationen – die Wiedereinführung einer strukturalistischen Perspektive in die (städtische) soziale Bewegungsforschung und das Zusammendenken von *riots* und sozialen Bewegungen – führen zur Beschreibung von *riots* und allgemeiner kollektivem politischem Handeln als politische und politisierende Ereignisse (Miller/Nicholls 2013). Politisch sind sie, da sie ihren Ausgang in territorialer Stigmatisierung, sozialer Deprivation, Ungleichheit und strukturellem Rassismus nehmen – auch wenn ihre Teilnehmer\_innen in manchen Fällen keine direkten politischen Forderungen stellen; politisierend sind sie, weil sie soziale Ungleichheiten und Konflikte sichtbar machen, der Erfahrungsvergemeinschaftung dienen und strukturelle Ungleichheit so öffentlich besprechbar machen.

Das Anliegen des Sammelbandes ist es, Gemeinsamkeiten zwischen sozialen Bewegungen in Europa herauszuarbeiten und darüber vermittelt auch Aussagen über gemeinsame strukturelle Veränderungen machen zu können. Trotz aller lokal und national spezifischen Formen der Neoliberalisierung hat sie einen gemeinsamen Effekt: die zunehmende verräumlichte soziale Ungleichheit. Das zugrunde liegende Verständnis von neoliberalen Urbanismus arbeitet Mayer in ihrem ebenfalls einführenden Beitrag „Neoliberal Urbanism and Uprisings Across Europe“ heraus. Mayer erklärt für eine Betrachtung des Neoliberalismus sowohl neo-marxistische Perspektiven als auch poststrukturalistische wie die Gouvernementalitätsstudien für relevant. Beide betonen, dass im Neoliberalismus die Rolle des Staates nicht geringer werde, sondern sich vielmehr wandle: Hin zu einem Staat, der seine Institutionen und Regeln nutzt, um die Kommodifizierung immer weiterer Bereiche zu ermöglichen und sich so in den Dienst einer Marktlogik stellt; einem Staat, der durch seine Regierungstechniken die Ideologie des Neoliberalismus und die Selbstidentifikation der Subjekte mit dem System, etwa die zunehmende Responsibilisierung der ‚aktiven Bürger‘, erst hervorbringt; und nicht zuletzt als ein Staat, der zur Durchsetzung von Marktlogiken

(wieder) verstärkt auf repressive Maßnahmen und direkte Gewaltanwendung setzt (Graham 2010).

In einer ersten Gruppe von Beiträgen werden urbane Aufstände beschrieben. Die Analysen von Mustafa Dikeç zu den Aufständen in französischen *banlieues* 2005, Tom Slater zu den britischen *riots* 2011 und Ove Sernhede, Catharina Thörn und Håkan Thörn zu dem Aufstand im Stockholmer Stadtteil Husby 2013 stellen alle ein räumliches Zusammenkommen ökonomischer Ungleichheit, der Effekte urbaner Umstrukturierungsprozesse, immer stärkerer Stigmatisierung von Gebieten und Menschen und einer Legitimationskrise staatlicher Politiken und ihrer Institutionen als Ursache für die „urban rage“, wie Dikeç es nennt, fest. Entgegen der öffentlich hergestellten Wahrnehmung, die *riots* 2011 in Großbritannien seien ein spontaner und unzusammenhängender Ausbruch der Kriminalität devianter Schichten, bettet Slater sie in einen breiteren Protestkontext ein, indem er sie mit den Studierendenprotesten 2010 und den massiven Streiks im öffentlichen Sektor 2011 in Verbindung setzt. Alle drei Massenmobilisierungen reagieren auf die „strukturelle Gewalt der Austerität“, die Slater überzeugend als einen geplanten Angriff auf die unteren Schichten beschreibt, wobei auch die dahinterstehenden Akteure – vom neoliberalen *think tank* bis zu einzelnen Politiker\_innen – klar benannt werden. Slaters Aufsatz zeigt interessanterweise, dass nicht in jenen Vierteln *riots* ausbrachen, die ‚unsichtbar‘ waren, sondern in jenen, die kurz vorher eine hohe Aufmerksamkeit durch Politik und Öffentlichkeit erfahren hatten und sich von dieser missrepräsentiert fühlten. Die Aufständischen drücken also weniger eine Abkehr von der Gesellschaft aus, wie ihnen vorgeworfen wird, sondern vielmehr die Empörung darüber, nicht an ihr teilhaben zu dürfen. Auch der schwedische Fall zeigt diesen Zusammenhang. Sechs Monate vor den Aufständen 2013 in Husby wurde ein öffentlicher Diskurs über Rassismus in den Medien ausgetragen, in dem die Erfahrungen von Betroffenen immer wieder relativiert und lächerlich gemacht wurden.

Die folgenden beiden Beiträge stellen Konflikte um länger etablierte linke Strukturen in den Mittelpunkt ihrer Analyse: Anders Lund Hansen und René Karpantschov ein Jugendzentrum in Kopenhagen und Peter Birke die Rote Flora in Hamburg. Lund Hansen/Karpantschov fragen schon im Titel ihres Beitrags „Last Stand or Renewed Urban Activism?“, ob es sich dabei um das „letzte Aufbäumen“ einer überlebten politischen Strategie handelt. Teile der Mobilisierung rund um die drohende Räumung des Jugendzentrums wurden von klassischen linken, internationalen Aktivist\_innen und ihren Ideen zu alternativen, selbstbestimmten Freiräumen getragen. Ebenso wie im Kampf um die Rote Flora gelang es aber, den Konflikt in der öffentlichen Debatte in den Widerstand gegen Gentrifizierung einzubetten und damit auch andere, breitere Bevölkerungsteile anzusprechen.

Wie in Deutschland und Dänemark gab es auch in Polen keine wirkliche Massenmobilisierung gegen neoliberale Austeritätspolitik. Aber auch hier konstituiert sich ein stetiger Kampf gegen Gentrifizierung und urbane Umstrukturierungen. Dominika V. Polanska beschreibt die Mieter\_innenbewegung und die Hausbesetzungsbewegung in polnischen Städten in ihrem Wandel seit 1989. Während die Mieter\_innen und ihre Organisationen nach 1989 in Ablehnung des sozialistischen Staates eine neoliberale Organisation

des Wohnraums mitetablierten und die Hausbesetzer\_innen sich ebenfalls den Staat als Hauptfeind aussuchten, positionieren sich beide Bewegungen mit zunehmender Neoliberalisierung und der Spürbarkeit der Konsequenzen ab den 2000ern und besonders nach 2008 ganz anders: Nun sind sie es, die Verdrängung, Gentrifizierung und fehlende staatliche Leistungen im Bereich Wohnen kritisieren. Darüber – und über die gemeinsame Abgrenzung von dominanten rechtspopulistischen Bewegungen – entsteht eine zunehmende Konvergenz beider Bewegungen.

Anders als in Polen, Dänemark und Deutschland kam es in Griechenland, Spanien und der Türkei zu Massenmobilisierungen und einem (zeitweisen) Aufbrechen des hegemonialen, neoliberalen Konsens: Antonis Vradis beschreibt die Aufstände in Griechenland 2008 als Aufkündigung eines „räumlichen Vertrags“, der sozialen Konflikten im „post-diktatorischen Konsens“ der griechischen Gesellschaft einen bestimmten Raum zugewiesen hatte – und zwar das Athener Viertel Exarcheia, das 2008 zwar Ausgangspunkt der Kämpfe war, die sich aber schnell auf das ganze Land ausweiteten. Mit der Besetzung des Syntagma-Platzes von 2011 kommt der Protest im Zentrum der Macht an – oder gerade nicht, denn in dieser Zeit wird klar, wie Vradis schreibt, dass die griechische Regierung zunehmend irrelevant für die Entscheidungen im Land wird. Vradis zieht aus dem griechischen Fall den Rückschluss auf den allgemeinen Zustand des Neoliberalismus: man sei zwar noch weit davon entfernt, ihn zu überkommen, endlich werde er aber als Ideologie und als Herrschaftssystem seinen unterworfenen Subjekten sichtbar – und damit auch repolitisiert. Eine massenhafte Repolitisierung naturalisierter neoliberaler Hegemonie ist auch in Spanien gelungen. Miguel A. Martínez López beschreibt die diversen spanischen Gruppen der 15M Bewegung und ihre hybrid-autonomen Strategien, mit denen sie sich sowohl auf autonome Praktiken beziehen, als diese auch hinter sich lassen, in dem sie einerseits in ihren Protesten auf existierende Institutionen Einfluss nehmen wollen, andererseits aber auch eigene, neue Institutionen gründen. Wie in Spanien, so existiert auch in der Türkei eine breite stadtpolitische Bewegung gegen Stadterneuerungsprojekte und staatlich veranlasste Gentrifizierung in zahlreichen Nachbarschaften, die zu den Gezi-Park-Protesten mit anderen sozialen Bewegungen zusammen kommen. Gülçin Erdi Lelandais analysiert, wie hier soziale, politische und kulturelle Konflikte mit der AKP-Regierung und dem länger etablierten neoliberalen Regime verhandelt werden.

Jeder einzelne dieser Beiträge ist eine Lektüre wert und empfiehlt sich allen Forscher\_innen auch jenseits der Sozialen Bewegungsforschung, und Aktivist\_innen, die sich mit den jeweiligen lokalen Kontexten beschäftigen. Aber erst in der Zusammenschau der Beiträge wird die Leistung des ‚Sammelbandes‘ deutlich: Er ist eben mehr als nur eine Sammlung von Aufsätzen, schafft vielmehr die Basis für ein gemeinsames Verständnis von einem als immer disparater wahrgenommenen Europa – ein wissenschaftlich wie politisch wichtiges Unterfangen.

Das Anliegen des Sammelbandes, Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen städtischen Protesten herauszustellen, ist angesichts der mikro-soziologischen Forschungslandschaft, die dazu neigt, Unterschiede zu betonen, verständlich und sehr gelungen. Alle Beiträge betonen die strukturellen Ungleichheiten und ihre Ursachen, die den Protesten zugrunde liegen. Ausgehend

davon wäre es über dieses Anliegen hinaus nun aber ebenso interessant, dennoch existierende Unterschiede zwischen den Bewegungen zu analysieren. Die Beiträge böten dafür eine gute Grundlage. So wird zum Beispiel deutlich, dass unterschiedliche Ausprägungen neoliberaler Regierungstechniken – etwa der repressive türkische Staat im Vergleich zum auf kommunikative Einhegung setzenden deutschen Staat – unterschiedliche Strategien der in beiden Ländern existierenden sozialen Bewegungen nach sich ziehen.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den europäischen sozialen Bewegungen, sind die verschiedenen Trägerschichten, die in allen Beiträgen einzeln besprochen, aber nicht zusammenfassend analysiert werden. Im wissenschaftlichen Diskurs wird bisher betont, dass die wenigen nordeuropäischen Proteste gegen die europäische Austeritätspolitik größtenteils von den ‚üblichen Verdächtigen‘ gestemmt wurden und nicht wie in Südeuropa von den unmittelbar Leidtragenden neoliberaler Austeritätspolitiken, wie Mayer in ihrem Beitrag zitiert (2016: 63). Liest man allerdings die Beiträge dieses Sammelbandes zu den nordeuropäischen Städten auf die Frage der Trägerschicht hin, fällt auf, dass in diesen lokalen urbanen Protesten ebenfalls Koalitionen zwischen bereits politisierten linken Aktivisten, der urbanen Unterschicht und einer prekarierten Mittelschicht entstehen. Die oben bereits angesprochenen unterschiedlich entwickelten Krisendiskurse hemmen aber ein Ausbreiten dieser lokalen Konflikte – umso wichtiger also, dass diesen Nicht-Krisen-Diskursen in Nordeuropa etwas entgegen gesetzt wird, wie es dieses Buch tut. Bei den Trägerschichten der städtischen Proteste quer durch Europa zeigt sich also doch wieder eine Gemeinsamkeit: die Diversität ihrer Teilnehmer\_innen, die zu einer Diversifizierung – und Hybridisierung wie Martínez López beschreibt – der Praktiken der Bewegungen führt. Ihre politische Einschätzung – handelt es sich um affirmative oder transformative Bewegungen? – fällt in diesem Kontext zunehmend schwer, wie Mayer (ebd. 85) in Abgrenzung zu Harvey (2006) betont. Das Buch gibt einen vielseitigen Einblick in die Anfänge eines entstehenden politischen Kollektivs und schafft es dabei Begriffe, Kategorien und Konzepte für diese Entwicklung zu etablieren.

## **Autor\_innen**

Lisa Vollmer ist Stadt- und soziale Bewegungsforscherin. Sie arbeitet zur Zeit an einem internationalen Vergleich von Mieter\_innenprotesten und beschäftigt sich in diesem Rahmen mit Sozial- und Planungstheorien.

[lisa.vollmer@uni-weimar.de](mailto:lisa.vollmer@uni-weimar.de)

## **Literatur**

Castells, Manuel (1983): *The City and the Grassroots*. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.

Graham, Stephen (2010): *Cities Under Siege. The New Military Urbanism*. Ottawa: Red Quill Books.

Harvey, David (2006): *Spaces of Global Capitalism. Towards a Theory of Uneven Geographical Development*. London und New York: Verso.

- Mayer, Margit (2016): Neoliberal Urbanism and Uprisings Across Europe. In: Mayer, Margit/Thörn, Catharina/ Thörn, Håkan (Hg.), *Urban Uprisings. Challenging Neoliberal Urbanism in Europe*. London: Palgrave, 57-92.
- Mayer, Margit/Thörn, Catharina/Thörn, Håkan (2016): *Urban Uprisings. Challenging Neoliberal Urbanism in Europe*. London: Palgrave.
- Melucci, Alberto (1989): Nomads of the present. Social movements and individual needs in contemporary society. *CITY* 15/3-5, 473-481.
- Miller, Byron / Nicholls, Walter (2013): Social movements in the urban society: The city as a space of politicization. In: *Urban Geography* 34/4, 452-473.
- Smelser, Neil (1962): *The Theory of Collective Behaviour*. Glencoe (Illinois): Free Press.
- Thörn, Håkan/Mayer, Margit/Thörn, Catharina (2016): Re-Thinking Urban Social Movements, 'Riots' and Uprisings: An Introduction. In: Mayer, Margit/Thörn, Catharina/Thörn, Håkan (Hg.), *Urban Uprisings. Challenging Neoliberal Urbanism in Europe*. London: Palgrave, 3-55.
- Touraine, Alain (1981): *The Voice and the Eye. An Analysis of Social Movements*. Cambridge: Cambridge University Press.



